



Bundesministerium
des Innern

| TEXTE ZUR INNEREN SICHERHEIT |

Extremismus in Deutschland

Erscheinungsformen und
aktuelle Bestandsaufnahme

www.bmi.bund.de

Texte zur Inneren Sicherheit

Extremismus in Deutschland

**Erscheinungsformen und aktuelle
Bestandsaufnahme**

Impressum

- Herausgeber:** Bundesministerium des Innern
Referat G 5
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
www.bmi.bund.de
- Redaktion:** Bundesministerium des Innern
Referate IS 3, IS 4, P II 1
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
- Umschlaggestaltung:** MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
- Druck:** GGP Media GmbH, Pößneck
- Bezugsmöglichkeit:** Die Druckschrift kann kostenlos bestellt werden bei
ibro funk und Marketing GmbH
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefon: 03 82 04-6 65 43
E-Mail: bmi@ibro.de
- Stand:** Juni 2004

Inhalt

<i>Vorwort</i>	5
Otto Schily, Bundesminister des Innern	
<i>Formen des politischen Extremismus</i>	7
Professor Dr. Eckhard Jesse	
<i>Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland</i>	25
Professor Dr. Werner Bergmann	
<i>Wahlen und Rechtsextremismus</i>	56
Dr. Kai Arzheimer	
<i>Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen</i>	82
Dr. Richard Stöss	
<i>Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus</i>	98
Dr. Armin Pfahl-Traughber	
<i>Linksextremismus in Deutschland heute</i>	136
Sena Ceylanoglu	
<i>Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus</i>	163
Dr. Martin Kloke	

Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten 197

Bundesamt für Verfassungsschutz

Globalisierungskritik – Eine neue außerparlamentarische Linke im Weltmaßstab? 211

Professor Dr. Claus Leggewie

Linksextremismus im Internet 222

Thomas Barisic und Arnd Reinhardt

Antisemitismus und Holocaustleugnung als Denkmuster radikaler islamistischer Gruppierungen 253

Dr. Juliane Wetzel

Islamische Milieus: Rekrutierungsfeld für islamistische Organisationen? 273

Professor Dr. Friedrich Heckmann

Tradition und Moderne, Identitätsbildung und Weltanschauungen: Das Internet als (Re-)Aktionsfeld islamistischer Bewegungen 291

Herbert L. Müller

Bestandsaufnahme demokratischer Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit muslimischen Jugendlichen in Deutschland – Ein Forschungsbericht 316

Stojanka Manolcheva, Valerija A. Manjuk, Dr. Eduardo-J. Vior

Freiheit den Feinden der Freiheit? Die Konzeption der streitbaren Demokratie in Deutschland – demokratiethoretische Grundlagen, Praxis, Kritik und Gegenkritik 338

Dr. Andreas Klump

Die Autoren 390

Vorwort des Ministers

Politische Extreme begleiten die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung, in unterschiedlichen Ausprägungen bedrohen sie die Demokratie und das Gebot toleranten Zusammenlebens. Ihre Bekämpfung setzt eine offensive, geistig-politische Auseinandersetzung voraus. Sie zu führen, ist nicht allein die Aufgabe des Staates und seiner Institutionen. Aktives Handeln ist von allen Bürgerinnen und Bürgern gefragt, vor allem wenn es darum geht, extremistischen Äußerungen und Handlungen, die im Widerspruch zu den Grundwerten unserer Verfassung stehen, Einhalt zu gebieten. Die Öffentlichkeit wird jährlich durch die Verfassungsschutzberichte über die Aktivitäten extremistischer Bestrebungen aufgeklärt. Dieser Band der „Texte zur Inneren Sicherheit“ dient darüber hinaus der vertieften wissenschaftlich fundierten Analyse und Darstellung von Erscheinungsformen des politischen Extremismus. Dabei deckt sich naturgemäß nicht jede vertretene Auffassung mit der des Herausgebers.

In der allgemeinen Einführung in die Thematik stellt Prof. Eckhard Jesse die empirisch nachweisbare, wesentliche Gemeinsamkeit extremistischer Phänomene heraus: die prinzipielle Ablehnung demokratischer Werte und Spielregeln. Dies wird anschließend durch Prof. Werner Bergmann konkretisiert, dessen Beitrag die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung behandelt.

Das Bestreben rechtsextremistischer Parteien, Wähler für ihre politischen Zielvorstellungen zu gewinnen, untersucht Dr. Kai Arzheimer. Er gibt einen Überblick über diese quantitativ wichtigste Form rechtsextremistischer Aktivität und verweist auf die nach wie vor vorhandene Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienlagers. Nicht zuletzt beschäftigt rechtsextremistische Milieus derzeit das Phänomen der Globalisierung. Deren Problemlagen und mögliche Verbindungen zu rechtsextremen Einstellungen beleuchtet Dr. Richard Stöss, während Dr. Armin Pfahl-Traughber sich des Globalisierungsthemas unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Debatten innerhalb der rechtsextremistischen Szene annimmt.

Entgegen mancher Auffassung ist der Linksextremismus in Deutschland keine Fiktion, sondern leider unbestreitbare Realität. Dies belegt Sena Ceylanoglu anhand aktueller Erscheinungsformen. Dr. Martin Kloke verdeutlicht, dass Antisemitismus und Antizionismus auch Tendenzen innerhalb linksextremistischer Weltanschauung

sein können, während das Bundesamt für Verfassungsschutz am Beispiel des Nahost-Konfliktes illustriert, wie heterogen einzelne politische Themen in linksextremistischen Kreisen „diskutiert“ werden. Die Beteiligung der (extremen) Linken an der politischen Deutung der – für sich genommen nicht extremistischen – „Globalisierungskritik“ zeigt Prof. Claus Leggewie auf. Thomas Barisic und Arnd Reinhardt nehmen sich des Problems der Nutzung des Internets durch Linksextremisten an und analysieren die unterschiedlichen „Gesichter“ des Linksextremismus im Internet.

Bei islamistischen Bestrebungen spielt der Antisemitismus eine besondere Rolle. Insbesondere in Gestalt der Holocaustleugnung drücken sich entsprechende Ideologie- und Agitationsmuster aus, wie Dr. Juliane Wetzel beispielhaft belegt. Prof. Friedrich Heckmann behandelt unter dem Blickwinkel der soziologischen Marginalitätstheorie die Frage, ob islamische Milieus ein Rekrutierungsfeld für islamistische Organisationen darstellen, während Herbert L. Müller die Auftritte im Internet kritisch untersucht und bewertet.

Die großen Aufgaben demokratischer Institutionen und Akteure beim gesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit politischem Extremismus reflektieren Dr. Eduardo-J. Vior, Stojanka Manolcheva und Valerija Manjuk am Beispiel demokratischer Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit muslimischen Jugendlichen. Demokratische Werte sind kein Naturereignis; sie auszugestalten, zu bewahren und zu schützen ist ein wesentlicher Verfassungsauftrag. Die entsprechenden demokratiethoretischen und sozialphilosophischen Grundlagen beleuchtet zum Abschluss Dr. Andreas Klump.

Die Anlage des Sammelbandes ist so gehalten, dass er sowohl als Einführung in die Materie als auch als Nachschlagewerk genutzt werden kann. Ich wünsche dem Werk im Interesse der wichtigen Aufgabe einer nachhaltigen geistig-politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen große Aufmerksamkeit und Verbreitung.



Otto Schily

Bundesminister des Innern

Eckhard Jesse

Formen des politischen Extremismus

1. Einleitung

Das Thema des politischen Extremismus erhitzt immer wieder die Gemüter – im Bereich der Politik, der Publizistik und in der (Politik-) Wissenschaft. Obwohl nach außen hin ein antiextremistischer Konsens vorherrscht, entsteht häufig Streit. Dieser besitzt unterschiedliche Facetten. Kritisieren die einen, der Extremismus werde heruntergespielt, so bemängeln die anderen seine Dämonisierung. Eine weitere „Frontlinie“ verläuft zwischen linksdemokratischen und rechtsdemokratischen Positionen. Für die eine Seite setzt sich die Gesellschaft zu wenig mit dem Rechtsextremismus auseinander, für die Gegenseite zu wenig mit dem Linksextremismus. Offenbar ist in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland der antiextremistische Konsens nicht so tief verankert, wie das zunächst scheint.¹ Nach wie vor fällt es Kritikern schwer, alle Varianten des politischen Extremismus gleichermaßen abzulehnen.

Zwar besteht nach dem Grundgesetz die Schutzkonzeption der streitbaren oder wehrhaften Demokratie, doch sind die Auseinandersetzungen über ihren Sinngehalt zuweilen heftig.² Dies geschieht zumal dann, wenn die Anwendung der Instrumente der streitbaren Demokratie gefragt ist, wie es beim gescheiterten NPD-Verbotsverfahren der Fall war. Solche Meinungsverschiedenheiten³ sind noch kein Zeichen für eine Erosion des demokratischen Bewusstseins, sondern ein legitimes Phänomen in einer offenen Gesellschaft. Anders ist es, wenn bewusst der demokratische Verfassungsstaat delegitimiert und babylonischer Sprachverwirrung Vorschub geleistet wird.

¹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Antiextremistischer Konsens – Prinzipien und Praxis, in: Dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 12, Baden-Baden 2000, S. 13-30.

² Vgl. zuletzt Markus Thiel (Hrsg.), Wehrhafte Demokratie, Tübingen 2003; scharfe Kritik an dem Konzept findet sich bei Claus Leggewie/Horst Meier, Republikschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie, Reinbek bei Hamburg 1995.

³ Vgl. zum Beispiel Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.), Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen, Frankfurt am Main 2002.

Häufig herrscht Unkenntnis über den Sinngehalt des Extremismusbegriffs. Daher scheint es angezeigt, ihn aufzufächern. Auf diese Weise wird deutlich, dass es „den“ Extremismus nicht gibt. Die verschiedenen Ebenen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen sich. Es kommt auf die jeweilige Perspektive an: auf die Ziele, die Mittel, den Organisationsgrad, den extremistischen Intensitätsgrad. Jedes extremistische Phänomen kann mithin unterschiedlich eingeordnet werden. Um es an einem Beispiel zu erörtern: Die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)⁴ vertritt rechtsextremistische Ziele mit stark antikapitalistischer Ausrichtung und weist Berührungspunkte zu neonationalsozialistischen Ideen auf; sie wendet zwar keine Gewalt an, ruft dazu auch nicht auf, aber sie grenzt sich von militanten Strömungen nur halbherzig ab. Die Partei besitzt knapp 6.000 Mitglieder, die eine gewisse Aktivität entfalten. Die Tendenz der Mitgliederbewegung ist seit dem (2003 im Vorfeld gescheiterten) Verbotsverfahren rückläufig.⁵ Udo Voigt steht der straff organisierten Partei vor. Was den extremistischen Intensitätsgrad betrifft, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass die NPD die freiheitliche demokratische Grundordnung entschieden ablehnt. Sie macht mit ihrer „Dreisäulenstrategie“ („Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Wähler“) keinen Hehl daraus.⁶

Es bieten sich weitere Unterscheidungsmerkmale an: So könnte man nach neuen und alten Formen des Extremismus ebenso gliedern wie nach autochthonen (heimischen) und allochthonen (nicht heimischen) Phänomenen.⁷ Zu den neuen Formen gehören etwa der „Öko-

⁴ Vgl. die Gesamtdarstellung von Uwe Hoffmann, *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt am Main 1999. Zur Selbstdarstellung: Holger Apfel (Hrsg.), *„Alles Große steht im Sturm“*. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999.

⁵ Vgl. Eckhard Jesse, *Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD – Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 44 (2003), S. 292-301.

⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 11, Baden-Baden 1999, S. 146-168.

⁷ Vgl. Peter Frisch, *Wandelt sich der politische Extremismus?*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 5, Bonn 1993, S. 51-68; Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Neue Formen des politischen Extremismus?*, in: Dies. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 10, Baden-Baden 1998, S. 15-32.

terrorismus“ oder der „Radikalfeminismus“, um zwei ganz unterschiedliche Richtungen zu benennen. Zu den allochthonen Formen zählen solche islamistischen Bestrebungen, die der westlichen Demokratie den Kampf angesagt haben. Schließlich wäre zwischen eindeutigem und nicht eindeutigem politischen Extremismus zu differenzieren. Zur letzten Kategorie sind die organisierte Gewalt und die Sekten zu rechnen. Die Auffassungen weichen stark voneinander ab, ob es sich hier überhaupt um politischen Extremismus handelt.⁸

Der folgende Beitrag versucht nach der Klärung des Extremismusbegriffs, auch in Abgrenzung von anderen Begriffen (Kapitel 2), die verschiedenen Formen des politischen Extremismus unter unterschiedlichen Perspektiven herauszuarbeiten (Kapitel 3). So wird die Vielgestaltigkeit des extremistischen Phänomens deutlich.⁹ Hingegen führt das diffuse Schlagwort vom „Extremismus der Mitte“ nicht weiter. Wer es in den Mund nimmt und salonfähig zu machen sucht, leistet keinen Beitrag zur Extremismusforschung, vernebelt vielmehr die Diskussion (Kapitel 4). Den Abschluss bildet eine thesenartige Zusammenfassung (Kapitel 5).

2. Politischer Extremismus und Abgrenzung

2.1. Begriffsbestimmung

Der demokratische Verfassungsstaat ist der Widerpart des politischen Extremismus. Er fußt auf zwei Bestandteilen, der demokratischen und der konstitutionellen Komponente. Mit der demokratischen ist die Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität und das Ethos fundamentaler Menschengleichheit gemeint. Die konstitutionelle stellt insbesondere auf die Geltung des Rechtsstaatsprinzips ab. Der demokratische Verfassungsstaat, der sich damit nicht auf eine Wurzel zurückführen lässt¹⁰, ist also eine Synthese aus älte-

⁸ Die Frage wird für die Scientology-Organisation bejaht von Andreas Klump, *Neuer politischer Extremismus? Eine politikwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Scientology-Organisation*, Baden-Baden 2003.

⁹ Vgl. die Gesamtdarstellung von Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Auflage, Bonn 1996; siehe demnächst: Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in Deutschland*, Opladen 2004.

¹⁰ Vgl. etwa Peter Graf Kielmansegg, *Das Experiment der Freiheit. Zur gegenwärtigen Lage des demokratischen Verfassungsstaates*, Stuttgart 1988; Martin Kriele, *Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates*, 4. Auflage, Reinbek bei

ren Traditionen der Freiheitssicherung mit neueren Formen der Demokratie. Extremistische Bestrebungen lehnen mindestens eines der beiden Elemente ab. Die Differenzierung zwischen der demokratischen und der konstitutionellen Komponente kann heuristisch fruchtbar gemacht werden für eine Unterscheidung zwischen der rechten und der linken extremistischen Variante. Während der Linksextremismus mit der konstitutionellen Komponente in Konflikt steht, gilt das Gleiche für den Rechtsextremismus im Hinblick auf die demokratische Komponente. In der Praxis verwischen sich die Unterschiede allerdings vielfältig. Der Rechtsextremismus verneint das ethische Prinzip der Fundamentalgleichheit der Menschen, der Linksextremismus verabsolutiert – in der Theorie – das Gleichheitsdogma.

Unter den Begriff des Extremismus fallen folglich sowohl linke als auch rechte Strömungen. Es gibt aber auch andere extremistische Richtungen, die quer zu den bisher genannten liegen. Für den politisch-religiösen Fundamentalismus gilt, dass er die Einheit von Religion und Staat anstrebt. Die Trennung zwischen geistlicher und weltlicher Herrschaft soll aufgehoben werden. Eine Gefahr stellt besonders der islamistische Fundamentalismus dar. Dem weltanschaulich neutralen Staat wird der Kampf angesagt. „Gotteskrieger“ predigen den „heiligen Krieg“. Extremistische Bewegungen sind solche, die – kämen sie an die Macht – einen autoritären oder totalitären Staat errichten würden. Freilich ist dies nicht immer mit Sicherheit prognostizierbar. Die Tatsache, dass rechtsextremistische Bewegungen schärfste Gegner einer linken Diktatur sind (umgekehrt gilt derselbe Sachverhalt), liegt auf der Hand, ist allerdings kein Indiz für eine demokratische Position. Insofern können Kommunisten ihre antifaschistische Haltung nicht im Sinne eines Einsatzes für den demokratischen Verfassungsstaat geltend machen. Wer mit Schlagworten wie Antifaschismus hausieren geht¹¹, setzt sich dem Verdacht aus, dass die demokratische Orientierung der eigenen Position nicht über allem Zweifel erhaben ist.

Hamburg 1990; Uwe Backes, *Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz*, Düsseldorf 2000.

¹¹ Vgl. Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, Freiburg im Breisgau 2002; Antonia Grunenberg, *Antifaschismus – ein deutscher Mythos*, Reinbek bei Hamburg 1993.

In der Theorie lassen sich viele Probleme klären, die in der Praxis große Schwierigkeiten bereiten. Die Antwort auf die Frage, welche Bestrebungen als antidemokratisch zu gelten haben, fällt nicht immer leicht. Schließlich bringen die meisten antidemokratischen Gruppierungen ihre Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates nicht ungeschützt zum Ausdruck. Und umgekehrt kann nicht jede Organisation, die „etablierten“ Kräften „auf die Nerven geht“ und politisch unbequem ist, als verfassungsfeindlich abgetan werden. Aus der Existenz von Grauzonen lässt sich allerdings nicht die Schlussfolgerung ziehen, der Begriff des Extremismus sei obsolet.

Wie gezeigt, lehnen extremistische Positionen den demokratischen Verfassungsstaat direkt oder indirekt ab.¹² Alle Varianten des Extremismus negieren demzufolge die Pluralität der Interessen, das damit verbundene Mehrparteiensystem und das Recht auf Opposition. Die beiden bekanntesten Erscheinungsformen sind der Links- und der Rechtsextremismus. Der politisch-religiöse Fundamentalismus wird freilich immer wichtiger. Extremisten wännen sich im Besitz der alleinigen Wahrheit, verfechten ihre einmal für richtig erachteten Ziele kompromisslos und unerbittlich. Auch die Neigung zu Verschwörungstheorien ist der einen wie der anderen Variante gemein: Der eigene Misserfolg wird mit der Manipulation finsterner Mächte erklärt. Zu den Strukturmerkmalen des Extremismus¹³ lassen sich rechnen: die Identitätstheorie der Demokratie, Freund-Feind-Stereotypen, ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel ein Missionsbewusstsein: Wer vom Glauben an ein objektiv erkennbares und vorgegebenes Gemeinwohl beseelt ist und sich im Besitz vermeintlich objektiver Gesetzmäßigkeiten wähnt, kann die Legitimität unterschiedlicher Meinungen und Interessen schwerlich dulden. Nicht erst die Bejahung und Anwendung von Gewalt ist ein Kennzeichen von Extremismus. Linksextremisten sind häufig intellektuell „beschlager“ als Rechtsextremisten, die bei den „Modernisierungsverlierern“ vielfach Unterstützung finden. Doch gibt es seit einigen Jahren eine gewisse Intellektualisierung im Rechtsextre-

¹² Vgl. für Einzelheiten die Grundlagenarbeit von Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.

¹³ Vgl. ebd., S. 298-311.

mismus, die mit dem diffusen Begriff der „Neuen Rechten“ nur unzureichend umschrieben ist.¹⁴

Die Kritik am Extremismusbegriff und an der Extremismusforschung reicht von Detailkritik bis zu Fundamenteinwänden. Das Extremismuskonzept beruhe auf einer „unübersehbar politisch motivierten Setzung“¹⁵, werfe „alle Phänomene dieses komplexen Feldes [...] in einen Topf“¹⁶, liefere den „Staatsschutzorganen [...] eine (pseudo-)wissenschaftliche Rechtfertigung für Repressalien“¹⁷, erfasse nicht die Ursachen, sei ideologisch geprägt. Diese Einwände fußen ihrerseits wesentlich auf politischen Vorbehalten. Manche Autoren tabuisieren den Vergleich. Sie bauen einen Popanz auf, indem sie suggerieren, die Extremismusforschung setze die extreme Rechte und die extreme Linke gleich.¹⁸ Viele Kritiker wollen das Äquidistanzgebot gegenüber jedweder Form des Extremismus nicht akzeptieren.

Die Forschung hat zu unterscheiden zwischen Mitgliedern extremistischer Parteien, ihren Wählern und einem extremistischen Einstellungspotenzial. Es hängt von einer Reihe von Faktoren ab, ob die extremistische Wählerschaft oder das extremistische Einstellungspotenzial stärker ist. Nicht alle Wähler einer extremistischen Partei müssen Extremisten sein („Protestwähler“), nicht alle Wähler einer

¹⁴ Vgl. Eckhard Jesse, Von der Linken lernen? – Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln u.a. 2003, S. 261-288; Uwe Backes, Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 46/2001, S. 24-30.

¹⁵ So Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (2000), S. 1452.

¹⁶ So Gero Neugebauer, Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2000, S. 31.

¹⁷ So Christoph Butterwegge, Haupttrichtungen der neueren Rechtsextremismuskonzeption, in: Ders., Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 65.

¹⁸ Vgl. unter anderem die Auseinandersetzung mit der Kritik bei Armin Pfahl-Traughber, Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 4, Bonn 1992, S. 67-86.

demokratischen Partei Demokraten. Wer das extremistische Einstellungspotenzial misst, sollte bei der Operationalisierung empirischer Erhebungen dafür Rechnung tragen, dass grobe Verzerrungen unterbleiben.¹⁹

2.2. Konkurrierende Begriffe für Extremismus

Der Terminus „Extremismus“ findet (noch) nicht dieselbe Anerkennung wie jener des Totalitarismus, der vor dem Zusammenbruch des Kommunismus zum Teil tabuisiert gewesen war.²⁰ Inzwischen erfreut sich dieser Begriff weithin der Wertschätzung derjenigen, die ihm einst gegenüber Vorbehalte angemeldet hatten.²¹ Diese Differenzierung – Akzeptanz des Totalitarismusbegriffs, Vorbehalte gegenüber dem Extremismusbegriff – ist wenig einleuchtend. Denn der Extremismusbegriff stellt gleichsam eine Anwendung des Totalitarismusbegriffs auf diejenigen antidemokratischen Kräfte dar, die innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates wirken. Kommen sie an die Macht und haben sie die Möglichkeit dazu, beseitigen sie wesentliche Bestandteile einer freiheitlichen Ordnung.

Der Begriff Extremismus ist für antidemokratische Ideologien und Bewegungen besser geeignet – weil weniger konnotativ vorbelastet – als der des Radikalismus, welcher in der Bundesrepublik bis in die erste Hälfte der siebziger Jahre für antidemokratische Bestrebungen weite Verbreitung gefunden hatte und heute teilweise immer noch synonym gebraucht wird. Von Radikalismus sollte aus Gründen der Trennschärfe nur gesprochen werden, wenn es sich nicht um eindeutig extremistische Kräfte handelt. Extremistische Gruppierungen (aber nicht nur sie) bezeichnen sich gern als „radikal“, weil sie damit

¹⁹ Diese berechtigte Kritik gegenüber zahlreichen empirischen Rechtsextremismusstudien übt Klaus Schröder, *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich*, Paderborn u.a. 2004, S. 157-245.

²⁰ Darauf hat immer wieder Karl Dietrich Bracher hingewiesen. Vgl. ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, 5. Auflage, München 1984.

²¹ Vgl. Eckhard Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, 2. Auflage, Baden-Baden 1999; Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus/Karin Wieland (Hrsg.), *Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997; am Beispiel von Deutschland und Frankreich: Ulrike Ackermann, *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute*, Stuttgart 2000.

zum Ausdruck bringen wollen, sie würden die Probleme „von der Wurzel“ her lösen (lateinisch *radix* = Wurzel).

Fundamentalismus ist ein vager Begriff, der unterschiedliche Konnotationen besitzt²² (zum Beispiel „Fundamentalismus als Weltflucht“). Ihm wohnen antimodernistische und antipluralistische Elemente inne. Wird der Begriff auf politisch-religiöse Bewegungen bezogen, so ist der islamistische Fundamentalismus²³ mit seinem Hass gegen die „westliche Welt“ die bekannteste Variante²⁴, aber nicht die einzige. Es gibt auch christliche, jüdische und hinduistische Fundamentalismen. Da die Gegner des demokratischen Verfassungsstaates häufig säkulare Richtungen repräsentieren, erscheint die Verwendung des Terminus „Fundamentalismus“ als Oberbegriff für extremistische Bestrebungen wenig sinnvoll.

Beim Populismus handelt es sich nicht um eine bestimmte ideologische Strömung, sondern um eine Strategie. Populisten passen sich an Stimmungen bei Wählern an und schüren Vorurteile. Nicht notwendigerweise muss ein Populist ein Repräsentant des politischen Extremismus sein, aber er kann es. Es gibt nicht nur Formen des Rechts-, sondern auch des Linkspopulismus.²⁵ Ein Linkspopulist appelliert an den Sozialneid der Bürger gegenüber „den Reichen“, ein Rechtspopulist bedient sich Ressentiments gegenüber „den Ausländern“, um jeweils nur ein Feindbild aufzugreifen. Populisten zeichnen sich durch eine antielitäre Attitüde aus. Der Begriff des Populismus weist eine pejorative Konnotation auf. Wer populäre Losungen, hinter denen viele Wähler stehen, von vornherein als „populistisch“ diffamiert, lässt Differenzierungsvermögen missen.

²² Vgl. etwa Thomas Meyer, *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne*, Reinbek bei Hamburg 1989.

²³ Manche Autoren lehnen diesen Begriff ab, da er unzulässig vereinfache. Vergleiche Gilles Kepel, *Der Prophet und der Pharao. Das Beispiel Ägypten: Die Entwicklung des muslimischen Extremismus*, München 1995.

²⁴ Vgl. Bassam Tibi, *Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden*, 3. Auflage, Darmstadt 2002; ders., *Der religiöse Fundamentalismus im Übergang zum 21. Jahrhundert*, Mannheim 1995.

²⁵ Während Bücher zu den Rechtspopulismen verbreitet sind (siehe beispielsweise die überzeugende Darstellung von Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, 2. Auflage, Opladen 2004), mangelt es an Studien zum Linkspopulismus. Zu den ersten übergreifenden Darstellungen gehört: Margaret Canovan, *Populism*, London 1981.

Wie dieser Überblick zeigt, bringt der Begriff des Extremismus wegen seines übergreifenden Charakters und wegen seiner missverständlichen Konnotation am besten die Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat zum Ausdruck.²⁶ Er ist negativ besetzt. Auch Extremisten beziehen sich nicht positiv auf ihn.

3. Formen des politischen Extremismus

3.1. Nach der Art der Ziele

Was die politische Zielsetzung angeht, so wird gemeinhin zwischen Links- und Rechtsextremismus differenziert. Rechts- und linksextremistische Bestrebungen sind jeweils wieder in unterschiedliche Richtungen aufgespalten. Jeder Neonationalsozialist ist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ein Neonationalsozialist. Die gleiche Zuordnung gilt für Stalinisten und Linksextremisten. Durch den Zusammenbruch des „Vaterlandes aller Vaterländer“ und den Wandel des chinesischen Kommunismus ist die früher gängige Unterscheidung zwischen moskau- und pekingorientierten Kommunisten längst überholt.

Deswegen herrscht aber keine Einigkeit über die Zielsetzung. Allein der Trotzismus ist in eine Vielzahl von sektiererischen Gruppierungen gespalten. Alle berufen sich auf Leo Trotzki, den von Stalin verstoßenen und im mexikanischen Exil ermordeten kommunistischen Revolutionär. Bei den Rechtsextremisten gibt es ebenso ein breites Spektrum. So sprach sich die Partei der „Republikaner“ für ein Verbot der militanten NPD aus. Die Differenzen sind nicht nur taktisch-strategischer Natur, sondern auch prinzipieller. Eine spezifische Form des Rechtsextremismus ist der „Revisionismus“ beziehungsweise „Negationismus“. Diesem geht es darum, die massenhafte Vergasung von Juden in Vernichtungslagern zu leugnen. Der Vorwurf der „Auschwitz-Lüge“ schlägt auf die Urheber zurück.

Der politisch-religiös ausgerichtete Fundamentalismus gilt als eine eigenständige Spielart des Extremismus jenseits von rechts und links. Auch in Deutschland spielt diese eine immer stärkere Rolle. Das gilt vor allem für den islamistischen Fundamentalismus. So existieren mehrere Netzwerke „Arabischer Mujahedin“, der „Kämpfer

²⁶ Vgl. Uwe Backes, „Rechtsextremismus“ – Konzeptionen und Kontroversen, in: Ders. (Anmerkung 14), S. 15-52.

für die Sache Allahs“.²⁷ Den „Ungläubigen“ ist der Kampf angesagt. Die Absage an westliche Werte – die USA firmieren als der Hauptfeind – ist fundamental.

3.2. Nach der Art der Mittel

An dem einen Ende des politischen Extremismus steht der Befürworter strikter Legalitätstaktik, der sich innerhalb der gesetzlichen Ordnung bewegt, an dem anderen Ende der Terrorist, der politische Gewalt nicht nur befürwortet, sondern auch systematisch einsetzt. Dazwischen sind jene Positionen angesiedelt, die Gewalt zwar prinzipiell begrüßen, sie aber in der Praxis aus unterschiedlichen Erwägungen ablehnen. Die Antwort auf die Gewaltfrage ist damit kein trennscharfes Kriterium für die Abgrenzung von Extremismus und Demokratie.

Die Konzeption der streitbaren Demokratie, entstanden nicht zuletzt als Reaktion auf die Diktatur des Nationalsozialismus, sieht in der Gewalt zu Recht kein unerlässliches Merkmal des Extremismus. Es gibt nicht nur verfassungsfeindliche Methoden, sondern auch verfassungsfeindliche Ziele. Wer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ausübt, ist ein Extremist; aber nicht jeder, der keine Gewalt anwendet, muss schon ein Anhänger des demokratischen Verfassungsstaates sein. Wer legal agitiert, agiert deswegen noch nicht in Richtung auf legitime Ziele.

Die Gewalt kann von Extremisten in höchst verschiedenartiger Form ausgeführt werden. So hat man den Untergrund-Terrorismus, dessen Räson geradezu in systematischer Gewaltanwendung besteht, von Kräften abzugrenzen, die Gewalt mehr oder weniger spontan anwenden, ohne dass sie sich um eine ideologische Rechtfertigung kümmern. Auch bedarf es der Unterscheidung zwischen der Gewalt gegen Personen und der Gewalt gegen Sachen.

3.3. Nach dem Organisationsgrad

Der politische Extremismus ist unterschiedlich gut organisiert. Das Spektrum reicht von der terroristischen Struktur über Parteien und lockere Gruppierungen bis zu Einzelpersonen, die in keinem Zu-

²⁷ Vgl. etwa Peter Keller, Netzwerke „Arabischer Mujahedin“ in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 194-208.

sammenhang zu einer Organisation stehen. Die Frage der Gefährlichkeit hängt nicht nur von dem Organisationsgrad ab, sondern auch von weiteren Faktoren (zum Beispiel von der Unterstützung, die eine extremistische Gruppierung erfährt).

Die terroristische Binnenstruktur in der Bundesrepublik zeichnete sich nicht nur durch eine starke Abschottung nach außen aus, sondern auch nach innen war sie durch Konspiration geprägt.²⁸ Das gilt jedenfalls für die Kommandoebene, zu der nur wenige Personen gehörten. Nicht alle waren in die Planungen einbezogen. Die Führungsequipe übte eine strenge Hierarchie aus. So darf es denn nicht verwundern, dass wir etwa über die „dritte Generation“ der Roten Armee Fraktion nur wenig wissen. Selbst „illegale Militante“ waren von dem Entscheidungsprozess ausgeschlossen.

Der Grad der Organisation ist bei den extremistischen Parteien zwar schwächer, aber höchst unterschiedlich. Um dies am Beispiel des Rechtsextremismus zu zeigen: Die NPD weist eine Organisation auf, die „flächendeckender“ ist als die der Partei der „Republikaner“. Deren Organisationsstruktur wiederum ist ausgeprägter als die der Deutschen Volksunion. Hier handelt es sich weithin um eine „Phantom-Partei“ ohne aktive Mitglieder, eine Art „Briefkasten-Firma“, dirigiert von dem Münchner Verleger Gerhard Frey.²⁹ Allerdings muss kein Zusammenhang zwischen der organisatorischen Vernetzung und dem Erfolg bei Wahlen bestehen.

Weniger stark organisiert sind jene Kräfte, von denen politisch motivierte Gewalt ausgeht. Die linksextremistischen „Autonomen“, die den Staat hassen, richten ihre Aktionen gegen vereinzelte Vertreter oder gegen Symbole des „Systems“.³⁰ Der Kampf gegen die Kern-

²⁸ Das haben zwei profunde Studien zur zweiten und zur dritten RAF-Generation gezeigt. Vergleiche Tobias Wunschik, *Baader-Meinhofs Kinder. Die Zweite Generation der RAF*, Opladen 1997; Alexander Straßner, *Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation*, Wiesbaden 2003.

²⁹ Das krasse Gegenstück zur DVU im Bereich des Linksextremismus waren die fest organisierten so genannten K-Gruppen in den siebziger Jahren. Vergleiche neben der Studie von Gerd Koenen (*Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001) die folgende Selbstdarstellung, die Licht auf die Abkapselungstendenzen der Parteien wirft: *Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen*, Berlin 1977.

³⁰ Vgl. die Selbstdarstellung: A.G. Grauwacke, *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*, Berlin 2003.

energie und gegen den Rechtsextremismus steht dabei im Vordergrund ihres Wirkens. Aus den Reihen der rechtsextremistischen Skinheads³¹ – nur ein Teil von ihnen ist so eingestellt – stammen die meisten fremdenfeindlichen Übergriffe, die in der Regel spontan erfolgen, ohne jede Planung. Wie die Forschung gezeigt hat, fehlt dabei eine Vernetzung zu festen rechtsextremistischen Strukturen.³²

Schließlich gibt es Einzelpersonen, die für extremistische Umtriebe verantwortlich sind, ob nun gewalttätig oder nicht. Sie sorgen immer wieder einmal für Aufsehen. Hier muss Horst Mahler und seine lange extremistische Karriere genannt werden.³³ Der frühere Aktivist in der militanten Szene der so genannten „außerparlamentarischen Opposition“ war Linksterrorist, dann – in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre – Mitglied der (maoistisch geprägten) KPD, schließlich der NPD (von 2000-2003), die er am Tag der Bekanntgabe des gescheiterten Verbotsantrages wegen der als zu gemäßigt (!) empfundenen Rolle der Partei verließ. Allerdings ist ein solcher „Frontenwechsel“ nicht charakteristisch für Vertreter des politischen Extremismus. Freilich zeigt das Beispiel, dass der Übergang vom Links- zum Rechtsextremisten nicht weit sein muss.

3.4. Nach dem Intensitätsgrad

Es gibt mitunter keine klare Ortung zwischen Extremismus und Demokratie. Die Frage, ob eine Partei noch demokratisch oder schon extremistisch ist, lässt sich manchmal nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten. Während feststeht, dass Frankfurt am Main auf dem 50. nördlichen Breitengrad liegt (und auf dem neunten östlichen Längengrad), sind solch exakte Koordinatenangaben im Bereich des politischen Extremismus aus verschiedenen Gründen nicht

³¹ Vgl. Christian Menhorn, *Skinheads: Portrait einer Subkultur*, Baden-Baden 2001.

³² Vgl. etwa Michael Kubink, *Fremdenfeindliche Straftaten. Polizeiliche Registrierung und justizielle Erledigung am Beispiel von Köln und Wuppertal*. Berlin 1997.

³³ Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 13, Baden-Baden 2001, S.183-199; Stefanie Schenk, Horst Mahler: Seine Entwicklung vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten, in: Herbert Kloninger (Hrsg.), *Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus: Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität*, Brühl 2001, S. 171-263.

möglich (unterschiedliche Strömungen innerhalb einer Gruppierung; in einer „Grauzone“ liegende Grundpositionen). Es handelt sich um ein schwieriges Geltungs- und Abgrenzungsproblem. Das gilt nicht für solche Kräfte, die Gewalt anwenden oder propagieren. Deren extremistischer Charakter steht klar fest.

Bei Parteien wie der PDS (im linken Spektrum) oder den „Republikanern“ (im rechten Spektrum) ist die Frage nach der extremistischen Einordnung nicht leicht entscheidbar. Sie können unter Berücksichtigung der Ideologie, der Strategie und der Organisation zu einer weichen Form des politischen Extremismus gerechnet werden.³⁴ Die großen Parteien müssen sich hoheitliche „Verrufserklärungen“ versagen.³⁵ Denn der Staat darf sich nicht unter dem Deckmantel des Demokratieschutzes als willfähiges Instrument der großen Parteien erweisen.

Die Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland ist eindeutig, was die extremistische Ausrichtung der Parteien im Zeitablauf betrifft. Diese haben zunehmend eine Abschwächung der extremistischen Intensität erfahren. Das gilt für rechts wie links außen. So war die KPD in den fünfziger Jahren weiter von demokratischen Positionen entfernt als die DKP, diese hingegen weiter, als es die PDS heute ist. Die SRP ist Anfang der fünfziger Jahre weitaus aggressiver gewesen als die NPD in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren. Diese stand demokratischen Prinzipien ferner als die Partei der Republikaner heutzutage. Die Gründe liegen auf der Hand. Die Parteien können sich den Bedingungen des demokratischen Verfassungsstaates nicht entziehen. Allerdings: Im Gegensatz zu den ersten beiden Jahrzehnten der Geschichte der Bundesrepublik gibt es seit einer Reihe von Jahren militante extremistische Strömungen außerhalb der Parteien. Das war früher nicht der Fall.

³⁴ Die Studie des Verfassers der nachfolgenden Arbeit verneint die Frage im Titel: Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003; zur Partei der „Republikaner“ liegt keine neuere extremismustheoretische Studie vor.

³⁵ Vgl. Uwe Backes, Probleme der Beobachtungs- und Berichtspraxis der Verfassungsschutzämter – am Beispiel von REP und PDS, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln u.a. 2000, S. 213-231.

4. Extremismus der Mitte?

Wer die demokratische Mitte entschieden bejaht, vergöttert kein juste milieu. Es ist an der Zeit, die Geringschätzung der politischen Mitte nicht hinzunehmen, als sei diese notwendigerweise standpunktlos und opportunistisch.³⁶ Der Anhänger der demokratischen Mitte muss sich gegen den Vorwurf von links und rechts wehren, einem „Extremismus der Mitte“³⁷ das Wort zu reden. Wer davon spricht, entgrenzt den Extremismusbegriff und macht ihn unbrauchbar, delegitimiert gar den demokratischen Verfassungsstaat – ob er das will oder nicht.

Der Begriff des „Extremismus der Mitte“, der eine lange Tradition hat³⁸, kam im Zusammenhang vor allem mit den fremdenfeindlichen Ausschreitungen und den Erfolgen rechtsextremer beziehungsweise -populistischer Parteien der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf. Da sowohl unter den Tätern als auch unter den Wählern feste rechtsextremistische Einstellungen nicht zu finden waren, wurde – in unterschiedlicher Schärfe – die These vertreten, die politische Mitte sei verantwortlich für die Ausschreitungen wie für die Wahlerfolge von rechts außen.³⁹ Die Schuld liege bei jenen, die durch den „Asylkompromiss“ „rechte“ Positionen salonfähig gemacht hätten.⁴⁰ Tatsächlich jedoch wurde dadurch der Propaganda

³⁶ Vgl. Bernd Guggenberger/Klaus Hansen (Hrsg.), *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*, Opladen 1993.

³⁷ So Wolf-Dieter Narr, *Der Extremismus der Mitte*, in: *Vorgänge* 31 (1992), Heft 6, S. 4-7.

³⁸ So vertrat der amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset unter Berufung auf Autoren aus den dreißiger Jahren die Auffassung, der Nationalsozialismus sei ein „Faschismus der Mitte“, weil der Mittelstand überproportional die NSDAP bewegt habe. Vgl. ders., *Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte* (1959), wieder abgedruckt in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, 6. Auflage, Königstein/Taunus 1984, S. 449-491. Unabhängig davon, ob dies so stimmt (nach der Studie von Jürgen W. Falter [Hitlers Wähler, München 1993] dürften erhebliche Zweifel angebracht sein), lässt sich Lipsets Position nicht für die These vom „Extremismus der Mitte“ vereinnahmen, weil sie auf anderen Prämissen fußt.

³⁹ Vgl. etwa Hans-Martin Lohmann (Hrsg.), *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt am Main 1994. Auch in den zahlreichen Studien von Christoph Butterwegge gilt die „Mitte“ als Schuldige an den Entwicklungen. Die „Rechte“ rücke immer mehr in die „Mitte“ vor.

⁴⁰ Vgl. Heinz Lynen von Berg, *Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990-1994)*, Opladen 2000.

rechtsextremer Parteien der argumentative Boden entzogen. Bei Wahlen stellten sich folgerichtig beträchtliche Verluste für sie ein.

Gewiss gibt es in jedem demokratischen Verfassungsstaat politische Korruption, Verstöße gegen die demokratische Ordnung von den „etablierten“ Kräften. Und nicht jede Auseinandersetzung mit – tatsächlichen oder vermeintlichen – extremistischen Kräften atmet den Geist der Liberalität. Dies erscheint kritikwürdig; man kann, ja muss, Missstände anprangern. Eine Betrachtung des politischen Extremismus ohne Einbeziehung der Mehrheitskultur wäre in der Tat fahrlässig, denn Wechselwirkungen sind unbestreitbar. Allerdings können extremistische Erfolge nicht ausschließlich als ein Resultat mangelhafter Politik der „Mitte“ gelten. Wer dies meint, spricht den extremistischen Kräften jedes Eigengewicht ab. Die Behauptung, (rechts-)extremistische Bestrebungen erwachsen aus der Mitte der Gesellschaft, ist entweder eine banale Feststellung (schließlich kommen sie, sarkastisch formuliert, nicht vom Mond) oder eine Diffamierung der tragenden gesellschaftlichen Kräfte (werden sie doch verantwortlich für rechtsextremistische Umtriebe gemacht).

Die Verwendung des Begriffs Extremismus führt in diesem Zusammenhang in die Irre. Denn dieser ist jenen Kräften vorbehalten, die es darauf abgesehen haben, die demokratische Struktur zu unterlaufen und zu beseitigen. Insofern trägt Wolfgang Kraushaar mit der folgenden Aussage zu einer Vernebelung der „politischen Fronten“ bei: „Jede Partei muss unabhängig davon, welche Programmatik sie sich gibt und wie immer sie sich im politischen Spektrum verortet, als demokratisch beziehungsweise extremistisch eingestuft werden können.“⁴¹ Das wäre das Ende des Demokratie- und des Extremismusbegriffes als analytische Kategorie. Im Übrigen ist es eine Paradoxie, dass ausgerechnet Kritiker des Extremismusbegriffs den Terminus des Extremismus benutzen und ihn gegen seine Urheber wenden.

5. Abschließende Thesen

Erstens: Der Extremismusbegriff ist der Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat. Insofern handelt es sich um ein antithetisches Begriffspaar. Extremismus und Demokratie verhalten sich im Prinzip wie Feuer und Wasser. Sie sind miteinander nicht zu versöh-

⁴¹ Wolfgang Kraushaar, Implosion der Mitte, Teil III, in: *Mittelweg* 36, Heft 5/1994, S. 70 f.

nen. Hingegen stehen die beiden Hauptvarianten des Extremismus – Rechts- und Linksextremismus – nur scheinbar in einem diametralen Gegensatz. Einerseits sind sie weit voneinander entfernt, andererseits dicht benachbart – wie die Enden eines Hufeisens. Auch zum islamistischen Fundamentalismus bestehen Schnittmengen.

Zweitens: Begriffe wie Totalitarismus, Radikalismus, Fundamentalismus haben allesamt ihre spezifische Berechtigung, können aber nicht die antidemokratischen Erscheinungen so übergreifend erfassen wie der Terminus des Extremismus. Denn keiner beschreibt derart genau wie dieser alle antidemokratischen Grundpositionen innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates. Wer die demokratische Ordnung bejaht, müsste konsequenterweise seinerseits jene Richtungen, die sie ablehnen, ebenfalls negieren. Mit dem Begriff des Extremismus wird aufgrund der normativen Verankerung freilich kein Freund-Feind-Denken propagiert.⁴²

Drittens: Die Möglichkeiten, extremistische Erscheinungsformen zu untergliedern, sind höchst vielfältig. So kann man nach der Art der politischen Ziele ebenso unterscheiden wie nach der Art der eingesetzten Mittel, nach dem Organisationsgrad wie nach dem extremistischen Intensitätsgrad. Der politische Extremismus weist eine enorme Vielgestaltigkeit auf. Ein politischer Einzelgänger kann ebenso dazu gehören wie eine nur schwach organisierte Gruppe, wie eine Partei oder eine klandestine Terrororganisation. Die Frage der Gefährlichkeit extremistischer Bestrebungen hängt von vielen Faktoren ab (unter anderem von der Stabilität der jeweiligen Demokratie)⁴³, nicht nur von den hier genannten Abgrenzungskriterien.

Viertens: Obwohl die unterschiedlichen Extremismen einander heftig bekämpfen, benötigen ihre Repräsentanten sich gegenseitig. Sie wollen die Existenzberechtigung der eigenen Richtung durch Kampagnen gegen das extremistische Pendant nachweisen. Wer dabei Unterstützung auch aus dem demokratischen Spektrum bekommt,

⁴² Die von Kritikern immer wieder genannte Parallele zu dem Freund-Feind-Denken von Carl Schmitt, einem autoritär orientierten Staatsrechtslehrer, ist vordergründig, denn dieser legt zur Unterscheidung von Freund und Feind keinen normativen Maßstab zugrunde. Vgl. ders., *Der Begriff des Politischen* (1927), Neuauflage, Berlin 1963.

⁴³ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Extremistische Gefahrenpotenziale im demokratischen Verfassungsstaat. Am Beispiel der ersten und der zweiten deutschen Demokratie*, in: Dies. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 3, Bonn 1991, S. 7-32.

erfährt eine Aufwertung, kann das extremistische Stigma tendenziell abstreifen. Die Warnung vor dem (tatsächlichen oder vermeintlichen) Rechtsextremismus nimmt bei Linksextremisten einen größeren Raum ein als die Warnung vor dem Linksextremismus bei Rechtsextremisten. „Antifaschismus“ ist weitaus wirkungsmächtiger als „Antikommunismus“, übrigens nicht nur in Deutschland.⁴⁴

Fünftens: Jeder demokratische Verfassungsstaat muss mit extremistischen Bestrebungen leben. Es ist ein Ammenmärchen, den Extremismus ein für allemal „ausrotten“ zu wollen. Ein politisches System, das jegliche Entfaltungsbedingungen für den politischen Extremismus beseitigte, wäre weder denkbar noch überhaupt erstrebenswert. Freiheit beinhaltet immer auch ihren Missbrauch. Aber das ist kein Einwand gegen Freiheit; es kommt auf die Größenordnung des jeweiligen Extremismus an. Die Unterdrückung verfassungsfeindlicher Bestrebungen entspricht nicht der Liberalität des Verfassungsstaates. Die jakobinisch anmutende Devise „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“⁴⁵ ist daher nicht die Maxime der demokratischen Ordnung. Sie sollte vielmehr lauten: „Keine Freiheit zur Abschaffung der Freiheit“.

Sechstens: Die Frage, ob eine Partei als extremistisch zu gelten hat, ist nicht bloß rhetorischer Natur, sondern von fundamentaler Bedeutung – für die betreffende Partei wie für die demokratische Mehrheitskultur. Wer etwa im Verfassungsschutzbericht auftaucht, erfährt eine negative Würdigung.⁴⁶ Eine liberal-demokratische Ordnung muss einerseits vorsichtig bei der Zuschreibung derartiger negativer Charakterisierungen sein, andererseits jedoch das Selbstbewusstsein besitzen, antidemokratische Strömungen beim Namen zu nennen. Vor allem ist die Orientierung an demokratischen Kriterien konsequent zu handhaben. Wer die Bewegungen von rechts und links nach unterschiedlichen Maßstäben misst, verletzt das zentrale Kriterium der Gleichheit.

Siebtens: Der demokratische Verfassungsstaat trägt vielfältig zur Förderung des politischen Extremismus bei, zum Beispiel dadurch,

⁴⁴ Vgl. François Furet, *Das Ende der Illusion*, München 1996.

⁴⁵ Es ist kein Zufall, dass diese Wendung im Jakobinismus von Saint-Just ihren Ursprung hat.

⁴⁶ Vgl. etwa Lars Oliver Michaelis, *Politische Parteien unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die Streitbare Demokratie zwischen Toleranz und Abwehrbereitschaft*, Baden-Baden 2000.

dass seine Repräsentanten extremistische Bestrebungen verteufeln; zum Beispiel dadurch, dass sie den politischen Extremismus hofieren und salonfähig machen; zum Beispiel dadurch, dass sie seine Positionen übernehmen (aus Unkenntnis oder Anbiederung); zum Beispiel dadurch, dass sie bei wichtigen Problemen Defizite erkennen lassen, sei es Arbeitslosigkeit, sei es eine fahrlässige „Ausländerpolitik“; zum Beispiel dadurch, dass die demokratischen Parteien keinen angemessenen Umgang miteinander an den Tag legen; zum Beispiel dadurch, dass sie politische Skandale verursachen und vertuschen. Aber dies reicht nicht aus, um von einem „Extremismus der Mitte“ zu reden. Denn die genannten Erscheinungen sind keineswegs charakteristisch für den demokratischen Verfassungsstaat, sondern – behbbare – Defizite, Pathologien einer offenen Gesellschaft.⁴⁷

⁴⁷ Vgl. Carl Joachim Friedrich, *Pathologie der Politik. Die Funktion der Missstände. Gewalt, Verrat, Korruption, Geheimhaltung, Propaganda*, Frankfurt am Main/New York 1973.

Werner Bergmann

Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990 bis 2003

Antisemitische Einstellungen treten bei Personen selten isoliert auf, sie sind zumeist Teil eines Einstellungssyndroms. Wer feindselig gegen Juden eingestellt ist, ist häufig auch rassistisch, fremdenfeindlich, sexistisch und hegt Vorurteile gegen Homosexuelle, Behinderte und Angehörige von sozial schwachen Minderheiten. Dieses Einstellungssyndrom, für das man neuerdings den Oberbegriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ verwendet,¹ ist empirisch bereits in den 1940er Jahren in den „Studies of Prejudice“ entdeckt und seitdem immer wieder bestätigt worden.² Dieses Syndrom ist typisch im Rechtsextremismus zu finden, in dem es verbunden mit Autoritarismus, Nationalismus, antidemokratischen und pronazistischen Haltungen auftritt,³ doch findet es sich mehr oder weniger häufig auch in Verbindung mit anderen politischen Einstellungen.

¹ Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt am Main 2002; Folge 2, Frankfurt am Main 2003.

² Vor allem in dem ersten Band der Reihe: Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und Richard N. Sanford, *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

³ Zu diesen Dimensionen des Rechtsextremismus: Richard Stöss und Oskar Niedermayer, *Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik*, im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, Freie Universität Berlin 1998, S. 4. Die Skala „Rechtsextremismus“ von Jürgen W. Falter umfasst ebenfalls: Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, übersteigerter Nationalismus, antipluralistische und antidemokratische Einstellung sowie eine Verklärung der NS-Zeit (*Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München 1994, S. 138). 1998 und 2000 sind mit diesem Instrument erneut Befragungen durchgeführt worden: Jürgen W. Falter, *Rechtsextremismus in Deutschland: Die Entwicklung des Einstellungspotenzials 1994 bis 2000*, in: *Perspektive: Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz*, Dezember 2000; zur jüngsten Untersuchung dieser Dimensionen des Rechtsextremismus (darunter auch Antisemitismus) unter Jugendlichen siehe: Marek Fuchs, *Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 55, 2003, S. 654-678.

Antisemitismus kann sich auf vielfältige Weise äußern (als Ideologie, politische Bewegung, Diskriminierung, Gewalttat usw.), an dieser Stelle wird es allein um die Struktur und die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung gehen. Diese Einstellungen werden hier definiert als feindselige Urteile über die Juden als Kollektiv, in denen ihnen unveränderliche schlechte Eigenschaften sowie die Absicht zugeschrieben wird, anderen Völkern Schaden zuzufügen.⁴ In sozialwissenschaftlichen Umfragen wird die antisemitische Einstellung einer Person dadurch ermittelt, dass man ihr auf einem Fragebogen negative Urteile über Juden beziehungsweise entsprechende Antwortmöglichkeiten in Fragen vorgibt und die entsprechende Häufigkeit der Zustimmung zählt. Zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung haben wir für die alte Bundesrepublik seit 1946 Daten, so dass wir den Einstellungswandel quantitativ relativ genau nachvollziehen können, während wir für die Ostdeutschen erst ab 1990 über entsprechende Informationen verfügen. Auf die letzten fünfzig Jahre bezogen, weist die einzige über diesen Zeitraum identisch wiederholte Frage auf einen deutlichen Rückgang in der Ablehnung der Präsenz von Juden in Deutschland hin.

Tabelle 1: „Würden Sie sagen, es wäre besser (für Deutschland), keine Juden im Land zu haben?“⁵ (in Prozent)

	1952	1956	1958	1963	1965	1983	1987	1998	1998
								West	Ost
besser	37	26	22	18	19	9	13	8	10
nein	19	24	38	40	34	43	67	86	82
unentschieden/ egal	44	50	40	42	47	48	20	6	8

⁴ Diese „Schädigung“ erfolgt oft verdeckt und kann sich nach Meinung der Antisemiten in allen möglichen Formen äußern: religiös als Christenfeindschaft, wirtschaftlich als unlautere Konkurrenz und Geldgier, politisch als Weltmachtstreben, als politische Radikalität oder nationale Illoyalität, kulturell als „Zersetzung“ usw. Ich folge hier dem Definitionsvorschlag von Dietz Bering, Gutachten über den antisemitischen Charakter einer namenpolemischen Passage aus der Rede Jörg Haiders, 28.2.2001, in: Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hrsg.), „Dreck am Stecken“ – Politik der Ausgrenzung, Wien 2002.

⁵ Institut für Demoskopie, Deutsche und Juden – vier Jahrzehnte danach, Allensbach 1986, Tab. 13; und Jahrbuch der öffentlichen Meinung, Band II, Allensbach 1957, S. 126; Forsa, Antisemitismus in Deutschland, 1998, Tab. 12.

Für einen positiven Trend spricht auch die Tatsache, dass antisemitische Einstellungen in den jüngeren Altersgruppen weniger weit verbreitet sind (siehe unten). Andererseits haben die seit der Eskalation des Nahostkonflikts im Oktober 2000 kritischen Medienberichte zu Israels Politik, die Welle antijüdischer Übergriffe in vielen europäischen Ländern im Frühjahr 2002 sowie die Debatten über die Entschädigung für Zwangsarbeiter, die Politikeräußerungen von Jürgen Möllemann (2002) und Jürgen Hohmann (2003) und um Martin Walser's Roman „Tod eines Kritikers“ (2002) den Eindruck entstehen lassen, dass es nicht nur in Deutschland, sondern in Europa einen „neuen Antisemitismus“ gibt, der sich hinter der Maske des Antizionismus verbirgt. Diese Frage kann hier natürlich nicht generell, sondern nur in Bezug auf die Einstellungsentwicklung beantwortet werden.

Die Ergebnisse zweier Studien, die jeweils antisemitische Einstellungen mit einer identischen Antisemitismusskala im Abstand von fünf beziehungsweise einem Jahr(en) erhoben haben, zeigen eine leicht negative Einstellungsentwicklung. Die bereits erwähnte Studie über „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ hat mittels ihrer Kurzskala aus zwei Items („Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss“ und „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig“) von 2002 auf 2003 eine Zunahme der Zustimmung von 12,7 Prozent auf 14,6 Prozent gemessen.⁶ Das Forsa-Institut hat 2003 mit einer aus sechs Items bestehenden Antisemitismusskala gegenüber 1998 ebenfalls eine leichte Zunahme des Anteils antisemitisch eingestellter Personen von 20 Prozent auf zirka 23 Prozent ermittelt.⁷

⁶ Zitiert nach: Der Tagesspiegel 12.11.2003. Auch zwei weitere Items, die nicht in die Kurzskala eingehen, zeigen eine negative Veränderung: Die Zustimmung zu dem Statement „Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit des Dritten Reiches ihren Vorteil zu ziehen“ stieg von 51,8 Prozent auf 54,5 Prozent, hingegen stimmten 2003 dem positiven Statement „Ich finde es gut, dass wieder mehr Juden in Deutschland leben“ mit 65,4 Prozent weniger zu als 2002 mit 67,7 Prozent (zitiert nach: Frankfurter Rundschau 12.12.2003).

⁷ Forsa, Antisemitismus in Deutschland, 14-15. November 2003 im Auftrag des „Sterns“, dort veröffentlicht am 20.11.2003 (Stern 48/2003), S. 52-53; die Skala besteht aus folgenden sechs Items: „Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen“; „Juden fühlen sich in erster Linie mit Israel verbunden. Sie interessieren sich nur am Rande für die Angelegenheiten des Landes, in dem sie leben“; „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“; „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung nicht ganz unschuldig“; „Juden haben etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen deshalb nicht zu uns“; „Man kann Juden an ihrem Aussehen erkennen“.

Als antisemitisch eingestellt müssen in Deutschland also heute zwischen 15 und 23 Prozent der Bevölkerung gelten, ein Umfang, der im letzten Jahrzehnt in einer ganzen Reihe von Umfragen ermittelt wurde. Forsa hat 1998 und 2003 jeweils nach der Einschätzung der Befragten, ob die Einstellung zu den Juden in den letzten Jahren positiver, negativer geworden oder unverändert geblieben ist, gefragt. Hier ist eine deutlich negativere Einschätzung im Jahre 2003 zu erkennen: Sahen 1998 nur 15 Prozent eine negative Entwicklung, so sind es 2003 doppelt so viele (30 Prozent), während umgekehrt nur noch 36 Prozent eine positive Entwicklung erkennen wollen (1998 noch 49 Prozent).⁸ Auch in ihrem Bekanntenkreis finden 2003 mehr Befragte eine negative Einstellung zu Juden als 1998: Die Nennung „keiner“ ist von 67 Prozent im Jahre 1998 auf 59 Prozent im Jahre 2003 gesunken, „etwa die Hälfte“ stieg von 4 Prozent auf 6 Prozent, „fast alle“ blieb bei 3 Prozent und bei „wenigen“ Bekannten sahen 1998 17 Prozent und 2003 24 Prozent negative Einstellungen.⁹ Dies spricht insgesamt für eine negative Entwicklung des Meinungsklimas. Dass „die meisten“ beziehungsweise „eine große Zahl“ ihrer Mitbürger gegen Juden eingestellt sei, glaubten im Oktober 2002 allerdings nur 13 Prozent der Bundesbürger.¹⁰

Es stellt sich also die Frage, ob wir es bei der negativen Entwicklung des letzten Jahres mit einem Periodeneffekt, also einer kurzfristigen Reaktion auf spezifische Ereignisse, oder mit einer generellen Trendwende zu tun haben. Eine NFO-Infratest-Umfrage vom Juni 2002 hat bei identisch wiederholten Fragen aus dem Jahr 1991 noch

⁸ Hier sind es vor allem die sowieso schon antisemitisch Eingestellten, die eine Verschlechterung erkennen wollen: 46 Prozent von ihnen sehen dies so, nur 23 Prozent erkennen eine positive Entwicklung. Entsprechend gibt es auch einen großen Alterseffekt: die über 65-Jährigen, unter denen antisemitische Einstellungen häufiger vorkommen als in der jungen Generation, sehen zu 32 Prozent eine negative Entwicklung (30 Prozent eine positive), während es in der Altersgruppe der 14 bis 24-Jährigen 15 Prozent (negativere) beziehungsweise 61 Prozent (positivere) sind (Forsa, ebd. S. 52).

⁹ Ebd.

¹⁰ Umfrage von tns-Emnid im Auftrag der Zeitung „Die Welt“ vom 6. November 2003, in: „Die Welt“ 10. November 2003. Eine Umfrage von NFO Infratest kam im Sommer 2002 zum fast identischen Ergebnis, damals nahmen 15 Prozent eine weite Verbreitung von Antisemitismus an (Der Spiegel Nr. 24, 2002, S. 7); 1991 waren es noch 23 Prozent gewesen (Emnid-Institut, Antisemitismus in Deutschland, Bielefeld 1992 – Umfrage von 1991, Tab. 1).

einen leichten Rückgang antisemitischer Einstellungen festgestellt.¹¹ Für einen spezifischen Einfluss der andauernden Diskussion über den Nahostkonflikt spricht die Tatsache, dass die Antworten auf die sechs Items der Antisemitismus-Skala von Forsa nicht insgesamt negativer werden, sondern dass wir einen Rückgang der Zustimmung bei der vergangenheitsbezogenen Frage (Vorteil aus der NS-Vergangenheit ziehen) von 41 Prozent auf 36 Prozent haben, dass die Antworthäufigkeiten bei drei weiteren Items („Juden nicht unschuldig an ihrer Verfolgung“, „Juden passen nicht zu uns“ und „Juden am Aussehen erkennen“) sich zwischen 1998 und 2003 nicht verändert haben und dass nur bei zwei Fragen, die sich auf die Loyalität der Juden zu Israel (1998: 25 Prozent, 2003: 35 Prozent) und auf ihren weltpolitischen Einfluss (1998: 21 Prozent, 2003: 28 Prozent) beziehen, die Zustimmung deutlich angestiegen ist. Die negative Einstellungsentwicklung, die die Skala aufweist, scheint also ein Reflex auf die kritische Diskussion der israelischen Politik in der Öffentlichkeit zu sein. Dies spricht einerseits für einen Periodeneffekt, andererseits könnte dies aber auch ein Hinweis darauf sein, dass der Antisemitismus sich vom Bezug auf die deutsche Vergangenheit zu lösen beginnt und sich in der Politik Israels ein neues Objekt sucht (siehe „Abschließende Überlegungen“).

Ost- und Westdeutsche im Vergleich

Erstmals 1990/91 in den alten und neuen Bundesländern durchgeführte Umfragen kamen zu dem Ergebnis, dass antisemitische Einstellungen in letzteren nur von einer Minderheit von 4-6 Prozent geteilt wurden, was ungefähr einem Drittel des westdeutschen Anteils entsprach.¹² In allen Dimensionen – antijüdischen Stereotypen, in der Haltung zur Wiedergutmachung, der Erinnerung an den Holocaust usw. – gaben Ostdeutsche seltener negative Antworten, nur in der Einstellung zu Israel fand sich keine Ost-West-Differenz. Auch Umfragen der Jahre 1994 und 1996 ermittelten eine geringere

¹¹ „Die Juden sind mitschuldig, wenn Sie gehasst und verfolgt werden: 1991 stimmten 32 Prozent zu, 2002 waren es 29 Prozent (NFO-Infratest, 2002).

¹² David A. Jodice, *United Germany and Jewish Concerns. Attitudes Toward Jews, Israel, and the Holocaust*, New York 1991; Reinhard Wittenberg, Bernhard Prosch und Martin Abraham, „Antisemitismus in der ehemaligen DDR“, in *Tribüne* 30, Heft 118, 1991, S. 102-120; Emnid-Institut, *Antisemitismus in Deutschland*, 1992.

Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter Ostdeutschen.¹³ Dies galt allerdings nur für das antijüdische Vorurteil, wenn es mit der NS-Vergangenheit verknüpft war, aber nicht für die soziale Distanz zu Juden als ethnische Minderheit. Misst man die Einstellung zu Juden mittels einer Skala aus traditionellen antisemitischen Stereotypen (jüdische Macht, Dominanz), dem Vorwurf, die Juden instrumentalisierten den Holocaust zum Zwecke finanzieller Ausbeutung der Deutschen, und der Weigerung, die Juden als Verfolgungsoffer (Mitschuld) anzuerkennen, dann zeigt sich, dass die Ostdeutschen 1996 hier deutlich seltener zustimmten (11,3 Prozent zu 21,3 Prozent).¹⁴ Fragt man hingegen nach der sozialen Distanz zu Juden, dann stellte man bei einem etwas größeren Anteil der Ostdeutschen diese Distanz fest (siehe Tabelle 2). Dies kann man als – einseitige – Wirksamkeit der antifaschistischen Verurteilung der Judenverfolgung im Nationalsozialismus interpretieren, die sich nicht in gleichem Maße auf die Akzeptanz der Juden als heute in Deutschland lebende Minderheit auswirkt. Zudem wird die Unkenntnis vieler Ostdeutscher über jüdische Kultur und Religion dazu führen, sie primär als „Fremde“ und „Ausländer“ zu kategorisieren.¹⁵

¹³ Jennifer Golub, *Current German Attitudes Toward Jews and Other Minorities*, New York 1994; Werner Bergmann und Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996*, in: Richard Alba, Peter Schmidt und Martina Wasmer (Hrsg.), *Deutsche und Ausländer. Freunde, Fremde oder Feinde. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Opladen 2000, S. 401-437.

¹⁴ Zur Skalenkonstruktion vgl. Bergmann u. Erb, *Antisemitismus*, 2000, S. 404.

¹⁵ Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen besteht hier nach wie vor: „Juden als Nachbarn“ lehnten im November 2002 21 Prozent der Ost- und 17 Prozent der Westdeutschen ab (American Jewish Committee in Deutschland, *Die Einstellung der Deutschen zu Juden, dem Holocaust und den USA*, Oktober 2002, Frage 1, S. 3).

Tabelle 2: Soziale Distanz (in Prozent)¹⁶

Gruppe	starke Exklusionsneigung	
	Westdeutsche	Ostdeutsche
Italiener	6,9	12,4
Juden	11,2	13,4
Aussiedler	11,2	13,5
Türken	32,7	35,4
Asylbewerber	41,9	44,2

Die Antisemitismus-Studien der letzten fünf Jahre deuten auf eine Angleichung antisemitischer Einstellungen zwischen den Ost- und Westdeutschen hin: 1998 wurden beide Gruppen in einer Umfrage des Forsa-Instituts jeweils zu 20 Prozent als antisemitisch eingestuft, bei der Wiederholung der Studie im Jahre 2003 lag der Anteil bei den Ostdeutschen mit 21 Prozent leicht unter dem der Westdeutschen mit 23 Prozent.¹⁷ Geringe Unterschiede zu Gunsten der Ostdeutschen finden sich in den Studien zur „gruppenbezogenen Menschenfeind-

¹⁶ Die Distanz wurde über die Items: Akzeptanz als Nachbarn, Einheirat eines Mitglieds dieser Gruppe und rechtliche Gleichbehandlung für die jeweilige Minderheit gemessen. Vergleiche Bergmann und Erb, 2000, S. 424.

¹⁷ Forsa, Antisemitismus in Deutschland, 1998 und 2003. Für sechs Statements wurden für schwache, mittlere und starke Zustimmung jeweils 1, 2 oder 3 Punkte vergeben, was eine Skala von 0-18 Punkten ergab. Ab 6 Punkte wurde ein Befragter als latent antisemitisch eingestuft. Eine Erhebung von 1999 entdeckte auch keine Ost-West-Differenzen mehr: Oliver Decker und Elmar Brähler, Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, in: psychosozial 23, 2, 2000, S. 31-45. Die Antwortverteilungen auf die Fragen zur Einstellung zu Juden in den jüngsten Rechtsextremismusstudien bestätigen den Trend zu einer stärkeren Angleichung. Jürgen W. Falter und Kai Arzheimer fanden keine signifikanten Ost-West-Unterschiede: Die westdeutschen Erwachsenen lagen allerdings immer einige Prozentpunkte über den ostdeutschen (Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland 1998 im Vergleich zum Jahre 1994. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mainz 1998, S. 10 f.; vgl. auch Tab. 2 zur Stöss-Niedermayer-Studie 1998, ebenso Stöss und Niedermayer 2000, Tab. 1. Andere Studien zeigen bei einige Fragen gleiche Antwortverteilungen, bei anderen eine geringere Verbreitung antisemitischer Vorstellungen unter Ostdeutschen (NFO-Infratest 2002, American Jewish Committee, Die Einstellung der Deutschen, 2002).

lichkeit“,¹⁸ während die Studie des American Jewish Committee aus dem Jahr 2002 sogar von deutlich weniger negativen Einstellungen zu Juden unter Ostdeutschen spricht, ohne allerdings die Einzelantworten zu einer Antisemitismus-Skala gebündelt zu haben.¹⁹ Betrachtet man die elf eindeutig antisemitischen Statements der Studie, so geben nur in einem Fall (Juden nicht als Nachbarn) Ostdeutsche häufiger eine negative Antwort als Westdeutsche (21 Prozent zu 17 Prozent), auf alle anderen Fragen antworten die Ostdeutschen seltener antisemitisch: Im arithmetischen Mittel betrug die Antwortdifferenz zu den Westdeutschen bezogen auf die elf Statements 7,8 Prozentpunkte (Variationsbreite zwischen 4 Prozentpunkten zu Gunsten der Westdeutschen und 16 zu Gunsten der Ostdeutschen).

Auf die Frage, ob die eigenen Gefühle gegenüber Juden positiv, negativ oder neutral seien, gaben 2002 6 Prozent der Ost- und 8 Prozent der Westdeutschen „eher negative/sehr negative“ Gefühle an, andererseits nannten nur 12 Prozent der Ost-, aber 19 Prozent der Westdeutschen positive Gefühle, während die große Mehrheit die eigenen Gefühle als neutral einstufte (Ost: 81 Prozent, West: 68 Prozent).²⁰

Für einen negativen Meinungstrend unter Ostdeutschen sprechen wiederum die Ergebnisse spezieller Jugendstudien (siehe unten) sowie die deutlichen Stimmengewinne rechtsextremer Parteien seit 1998, nachdem sie Anfang der neunziger Jahre bei Wahlen in den neuen Ländern sehr schlecht abgeschnitten hatten, was auf ein Verblasen antifaschistischer Überzeugungen hinweist. Die 1994, 1998 und 2000 wiederholte Frage „Auch heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß“ deutet für 2000 ebenfalls darauf hin, dass eine Abnahme antisemitischer Einstellungen im Westen zusammentrifft mit einer anhaltenden Zunahme im Osten, so dass deren Verbreitung sich dort der in Westdeutschland angleicht.²¹ Diese Verände-

¹⁸ 2003 liegt der Anteil der Antisemiten unter den Ostdeutschen bei 13,9 Prozent, bei den Westdeutschen bei 14,8 Prozent.

¹⁹ Pressemitteilung: Meinungsumfrage des American Jewish Committee: „Die Einstellung der Deutschen zu Juden, zum Holocaust und zu den USA, 16. Dezember 2002, S. 3.

²⁰ American Jewish Committee, Die Einstellung der Deutschen, 2002, Frage 12.

²¹ Falter, Rechtsextremismus, 2000, S. 12; der gleiche Trend zeigt sich bei der Frage zur sozialen Distanz „Juden passen nicht zu uns“. Siehe auch unten die

rung könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Ostdeutschen nun ebenfalls in den öffentlichen Diskurs über Juden und ihre Verfolgung im Nationalsozialismus einbezogen sind, so dass sowohl das Thema größere persönliche Bedeutung gewinnt als auch Motive zur Ausbildung eines „sekundären Antisemitismus“ entstehen.

Soziodemografische Unterschiede

Alter

Alle Antisemitismus-Studien der letzten Jahrzehnte zeigen einen deutlichen positiven Zusammenhang von Alter und antisemitischen Einstellungen: In den jüngeren Generationen sind antisemitische Einstellungen wesentlich seltener anzutreffen als bei älteren Jahrgängen. Dieser Zusammenhang verläuft aber nicht linear. Erwiesen sich 1998 unter den 14- bis 24-Jährigen 10 Prozent als antisemitisch, so stieg der Anteil bei den 25 bis 34 beziehungsweise 35- bis 49-Jährigen nur leicht auf 12 Prozent an, während der Abstand zu den 50- bis 64-Jährigen (28 Prozent) und zu den über 65-Jährigen (38 Prozent) sehr deutlich ausfiel.²² Das gleiche Muster zeigt auch die Altersverteilung in den Untersuchungen zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, auch dort tritt der größte Sprung zwischen den Kohorten bis 50 Jahre und den Älteren auf.²³

Die geringe Verbreitung antisemitischer Einstellungen auch unter den 14- bis 24-Jährigen Ostdeutschen, die wir in ähnlicher Größenordnung bereits in der Ende 1991 durchgeführten Emnid-Umfrage für die 16- bis 24-Jährigen und in der Allbus-Studie von 1996 für die 18- bis 29-Jährigen ermittelt haben (Ostdeutsche: 6 Prozent, Westdeutsche: 12 Prozent)²⁴, widerspricht allerdings eklatant den Befun-

Entwicklung der Antwortverteilung auf die Frage: „Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus“.

²² Forsa, Antisemitismus in Deutschland, 1998. Der Abstand zwischen der jüngsten und der ältesten Kohorte hat sich auch 2003 nicht verändert, wenn auch die negativen Einstellungen leicht angestiegen sind: 14- bis 24-Jährige: 13 Prozent, über 65 Jahre: 40 Prozent, Forsa, Antisemitismus in Deutschland, 2003.

²³ Auf der Kurzsкала Antisemitismus ergab sich 2003 folgende Verteilung: 16-21 Jahre: 3,7 Prozent; 25-34 Jahre: 7,8 Prozent; 35-49 Jahre: 10 Prozent, 50-64 Jahre: 20,8 Prozent und über 65 Jahre: 23,2 Prozent.

²⁴ Werner Bergmann und Rainer Erb, Anti-Semitism in Germany. The Post-Nazi Epoch since 1945, New Brunswick, NJ, 1997, S. 307, Bergmann und Erb, Antisemitismus, 2000.

den vergleichender Jugendstudien und den Ergebnissen von Stöss und Niedermayer, und zwar in doppelter Hinsicht.²⁵ Angesichts des dort erhobenen Ausmaßes an antijüdischen Einstellungen in den Altersgruppen der 14- bis 18/19-Jährigen und 14- bis 35-Jährigen Ostdeutschen erstaunt der in den repräsentativen Bevölkerungsumfragen ermittelte niedrige Wert für die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen. Diese Diskrepanz ist letztlich nicht plausibel zu erklären.²⁶ Der zweite Widerspruch bezieht sich auf den Ost-West-Vergleich: Während die repräsentativen Antisemitismus-Studien auch für die jüngste Kohorte der Ostdeutschen eine nur halb so große Verbreitung feststellen wie unter Westdeutschen, kehrt sich das Verhältnis in den Jugendstudien und in der Stöss-Niedermayer-Studie völlig um.²⁷ In der vergleichenden Jugendstudie von 1996, die Schüler der

²⁵ Rudolf Welskopf, Ronald Freytag und Dietmar Sturzbecher, Antisemitismus unter Jugendlichen in Ost und West, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9, 2000, S. 35-70. Studien zum rechtsextremen Einstellungspotenzial (zu dem Antisemitismus gehört) belegen die besondere Verbreitung unter den jüngeren Altersgruppen in Ostdeutschland. In den alten Bundesländern erkennen wir einen kontinuierlichen Anstieg von einem sehr geringen Einstellungspotenzial bei den 14- bis 17-Jährigen bis zur weiten Verbreitung bei den über 75-Jährigen, wobei sich ein deutlicher Einschnitt bei den Mittvierzigern erkennen lässt. Dies ergibt eine Drei-Generationenfolge. Der Unterschied zu den neuen Ländern zeigt sich denn auch genau bei diesen jüngeren Kohorten, während rechtsextreme Einstellungen in den beiden älteren Generationen der Ost- und Westdeutschen nahezu gleich weit verbreitet sind – trotz der vierzig Jahre in zwei konträren Gesellschaftssystemen. Der höhere Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials im Osten geht also vorrangig auf die 14- bis 44-Jährigen zurück, die sich ganz deutlich von ihren westlichen Altersgenossen unterscheiden. In den neuen Ländern sind rechte Einstellungen gleichmäßiger über alle Altersgruppen verteilt (Stöss und Niedermayer, Rechtsextremismus 1998, dies., Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, 2000).

²⁶ Sie könnte auf Einflüsse der jeweils benutzten Methode oder auf die Verwendung unterschiedlicher Indikatoren für Antisemitismus zurückgehen. Die Schüler wurden schriftlich im Klassenverband befragt, beim ALLBUS handelt es sich um mündliche und schriftliche Interviews. Die in den Studien verwendeten Items sprechen eher für ihre Vergleichbarkeit. Insbesondere für die gegenläufigen Ost-West-Ergebnisse spielt die Frage der Indikatoren nicht die entscheidende Rolle.

²⁷ Die Studie von Falter und Arzheimer Rechtsextremismus 1998 bestätigt dies nur zum Teil: die Antwortverteilung auf die Vorgabe „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ zeigt keine Ost-West- beziehungsweise Altersdifferenzen (zwischen 9-12 Prozent Zustimmung), während sich bei der Vorgabe „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ die westdeutschen Jugendlichen (14- bis 24-

8.-13. Klassen sowie Berufsschüler in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen befragte, wurden 28,8 Prozent der Brandenburger und nur 11 Prozent der Nordrhein-Westfalen auf einer Antisemitismus-Skala „hoch/eher hoch“ eingestuft. Die Nachfolgestudie für Brandenburg kam 1999 mit 29,5 Prozent zum gleichen Ergebnis wie 1996, wobei hier das „Gegenmilieu“ der kaum antisemitische Vorurteile zeigenden Jugendlichen mit einem Drittel wesentlich niedriger lag als in Nordrhein-Westfalen mit fast zwei Dritteln.²⁸ Im Unterschied zu den Erwachsenen lassen sich bei den Jugendlichen geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen: Jungen sind deutlich häufiger antisemitisch eingestellt als Mädchen.

Für den Anstieg im Osten hat man einerseits Periodeneffekte verantwortlich gemacht, wofür die seit 1990 zu beobachtende negative Einstellungsentwicklung bei ostdeutschen Jugendlichen spricht.²⁹ Diese sind mit einem gesellschaftlichen Umbruch in allen Lebensbereichen konfrontiert, der in Familie, Schule, Arbeitsplatz und Freizeit ihre gesamte Lebenswelt verändert und viele verunsichert hat. Gegenüber dieser „Modernisierungsthese“ hat in den letzten Jahren eine Interpretation an Raum gewonnen, die auf die Wirkungen des autoritären Erziehungsstils und des hohen Konformitätsdrucks in der DDR als Ursachen für eine geringe Toleranz gegenüber Fremden und abweichenden Gruppen verweist, so dass die Ursachen zum Teil im mentalen Erbe der DDR liegen.³⁰ Inzwischen hat sich eine rechte Jugendszene in den neuen Ländern etabliert, die wiederum als sozialisierendes Milieu für die nachwachsenden Jugendlichen vor Ort wirkt, ohne dort auf gefestigte demokratische Gegenkräfte zu sto-

Jährige) mit 4 Prozent sowohl von den Erwachsenen (11 Prozent) als auch von den ostdeutschen Jugendlichen (9 Prozent) unterscheiden, weniger hingegen von den ostdeutschen Erwachsenen (7 Prozent).

²⁸ Ronald Freytag, Antisemitismus, in: Dietmar Sturzbecher (Hrsg.), Jugend in Ostdeutschland: Lebenssituationen und Delinquenz, Opladen 2001, S. 132.

²⁹ Dieser Effekt war bereits 1992 bei den jüngeren Jahrgängen erkennbar: 1992 stimmten 14 Prozent der 14- bis 18-Jährigen dem Slogan „Die Juden sind Deutschlands Unglück“ zu, dagegen nur ein Prozent der 20 bis 25-Jährigen. Vergleiche Peter Förster, Walter Friedrich, Harry Müller und Wilfried Schubarth, Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt, Opladen 1993, S. 114-116.

³⁰ Zum Autoritarismus siehe: Christel Hopf, Marlene Silzer, Jörg M. Wernich, Ethnozentrismus und Sozialisation in der DDR. Überlegungen und Hypothesen zu den Bedingungen der Ausländerfeindlichkeit von Jugendlichen in den neuen Bundesländern, in: Peter E. Kalb u. a. (Hrsg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim und Basel 1999, S. 80-121.

Ben. In diesen rechten Milieus wird über Musik, Schriften und über mündliche Tradierung auch antisemitisches Gedankengut vermittelt, auch wenn es verglichen mit der Ausländerfeindlichkeit eine geringere Rolle spielen dürfte.

Bildung

Ebenso klar wie der Alters- oder Generationeneffekt ist der des Bildungsniveaus auf antisemitische Einstellungen in allen Studien immer wieder bestätigt worden: In der Forsa-Umfrage von 1998 ergab sich für die Bildungsabschlüsse folgende Verteilung antisemitischer Einstellungen: hohe Schulbildung (Abitur, Studium): 12 Prozent, mittlere Bildungsabschlüsse 17 Prozent und Hauptschule 30 Prozent.³¹

Dieser Befund über den Einfluss des Bildungsniveaus auf Einstellungen zu ethnischer Intoleranz findet sich in nahezu allen internationalen Untersuchungen. Unklar ist bisher, welche Eigenschaften oder Fähigkeiten es sind, die vermittelt über die schulische Sozialisation eine tolerante Einstellung befördern. Aribert Heyder hat diese Frage anhand der Daten zum Syndrom „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ untersucht. Er identifiziert vier Komponenten, die vom Bildungsniveau beeinflusst sein könnten: kognitive Fähigkeiten, soziale Kompetenzen (Empathie, Fähigkeit zur Übernahme fremder Perspektiven, Leistungsorientierung), sozialer Status und konformistische Wertorientierungen.³² Einen Zusammenhang zwischen der Höhe des Bildungsabschlusses und den bildungsrelevanten Faktoren für die untersuchte Einstellungsentwicklung fand Heyder für die konformistische Wertorientierung, die kognitiven Fähigkeiten und den sozialen Status. Das heißt, die Wissensvermitt-

³¹ In der Forsa-Umfrage von 2003 zeigt sich eine auffällige Abweichung von diesem Muster: Befragte mit Hauptschulabschluss zeigen wiederum zu 30 Prozent antisemitische Einstellungen (wie 1998), bei Befragten mit hoher Schulbildung sind es 13 Prozent (gegenüber 12 Prozent 1998), hingegen steigt der Anteil bei mittleren Bildungsabschlüssen von 17 Prozent auf 28 Prozent! Dies könnte man so interpretieren, dass die Wahrnehmung des Nahostkonflikts in den mittleren Bildungsschichten eine negative Einstellungsentwicklung ausgelöst hat, während die politisch weniger interessierten Hauptschulabsolventen darauf kaum mit Einstellungsänderungen reagiert haben.

³² Aribert Heyder, *Bessere Bildung, bessere Menschen? Genauerer Hinsehen hilft weiter*, in: Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Folge 2, 2003, S. 78-99, hier S. 78.

lung und Denkfähigkeit verringern in (geringem Umfang) antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen, dies gilt auch für einen mit hoher Bildung zumeist verbundenen hohen sozialen Status, da er offenbar die Konkurrenz(-gefühle) zu Minderheiten verringert. Den größten Einfluss hat die Orientierung an konformistischen Werten (einem typischen Merkmal der autoritären Persönlichkeit), die mit höherer Schulbildung abnimmt.³³ Großen Einfluss auf die ethnische Intoleranz haben Eigenschaften wie Empathie und Leistungsorientierung, die aber offenbar eher über die Familie als über die Schule erworben werden. Empathie, die häufiger bei Befragten aus niedrigeren Bildungsgruppen anzutreffen und somit kein Produkt der formalen Bildung ist, wirkt sich negativ (das heißt reduzierend) auf die Übernahme antisemitischer Einstellungen aus, während Leistungsorientierung beim Antisemitismus keinen Einfluss zeigt, aber hinsichtlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie sowie klassischem Sexismus vorurteilssteigernd wirkt. Hier ist der Konkurrenzaspekt um knappe Ressourcen ausschlaggebend. Heyder zieht aus seiner Analyse den Schluss, dass die hohe Relevanz des formalen Bildungsniveaus nur zum Teil mit den Wirkungen der schulischen Sozialisation zu erklären ist, dass unabhängig davon bildungsrelevante, vermittelnde Faktoren wie soziale Kompetenzen und Leistungsorientierung auf antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen einwirken.³⁴

Waren bis in die 1970er Jahre hinein noch berufsspezifische Differenzen hinsichtlich der Verbreitung antisemitischer Einstellungen erkennbar, in denen die gesellschaftlichen Konstellationen des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus nachwirkten (etwa die besondere Verbreitung des Antisemitismus in den mit Juden besonders konkurrierenden freien Berufen und bei kleineren Gewerbetreibenden sowie auf dem Lande), so sind diese heute fast völlig verschwunden. Die zwischen Berufsgruppen auftretenden Differenzen sind fast gänzlich auf Bildungseffekte zurückzuführen. Allerdings ist in der Studie des American Jewish Committee zu erkennen, dass die Berufsgruppe der Freien Berufe/Selbstständigen verglichen mit den Gruppen der Arbeiter und Angestellten/Beamten überdurchschnittlich häufig den antisemitischen Sta-

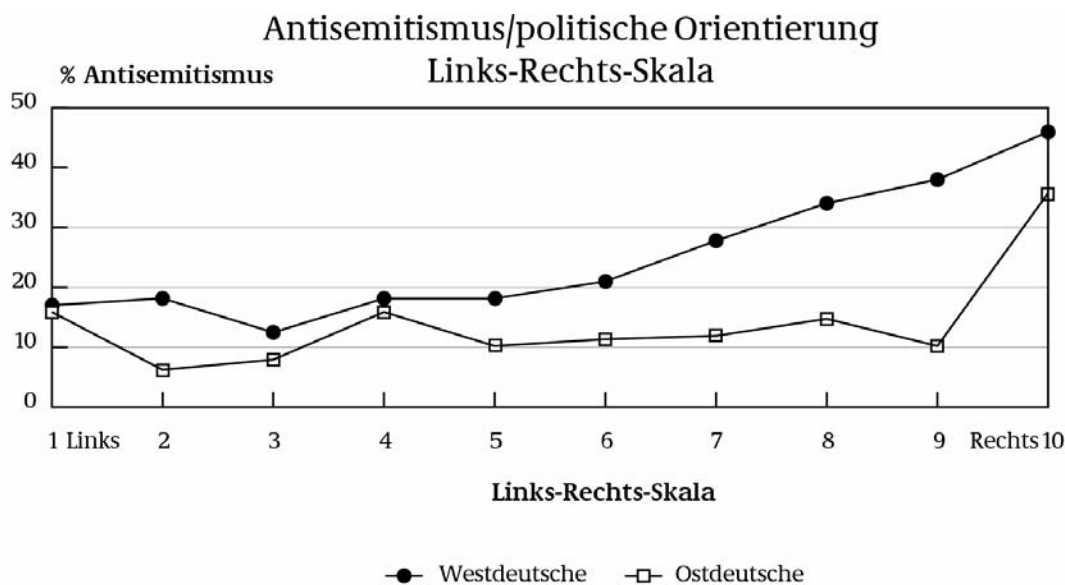
³³ Heyder, *Bessere Bildung*, S. 88 ff.

³⁴ Beim Antisemitismus halbiert sich der Einfluss der Bildung (.26), wenn man die genannten vermittelnden bildungsrelevanten Faktoren in die Rechnung einbezieht (.14). Vergleiche Heyder, *Bessere Bildung*, Tab. 2.

tements zustimmt.³⁵ Bildungseffekte dürften bei dieser (sicherlich heterogen zusammengesetzten) Berufsgruppe als Erklärung nicht in Frage kommen.

Politische Orientierung

Politische Orientierung wird heute in der empirischen Sozialforschung entweder über eine Links/Rechtsskala gemessen, auf der sich der Befragte zwischen zwei Polen (1-10 oder 1-100) eingruppiert, oder über die Parteipräferenz (so genannte Sonntagsfrage). Traditionell ist Antisemitismus ein Bestandteil der politischen Überzeugungen des rechten politischen Lagers und ist verbunden mit nationalistischen und autoritären Überzeugungen. Die politische Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala bestätigt diese Verortung.³⁶ Allerdings ergibt sich in der Allbus-Studie von 1996 für Ost- und Westdeutschland ein unterschiedliches Bild.³⁷



³⁵ In der Forsa-Studie Antisemitismus in Deutschland, 2003, liegen die Selbstständigen mit 23 Prozent ebenfalls über den Beamten (8 Prozent) und Angestellten (17 Prozent), allerdings niedriger als die Arbeiter (29 Prozent), wobei bei den letzteren der Bildungseffekt entscheidend sein dürfte.

³⁶ In der Forsa-Umfrage Antisemitismus, 1998, waren anhand einer Links/Rechts-Skala 11 Prozent der sich „links“ einstufoenden, 20 Prozent der politischen Mitte und 54 Prozent der sich „rechts“ lokalisierenden Befragten antisemitisch.

³⁷ Zur Auswertung Bergmann und Erb, Antisemitismus, 2000, S. 415 ff.

Überraschend ist, dass bei den Westdeutschen der Anteil antijüdischer Einstellungen von der extremen Linken zur rechten Mitte konstant bleibt. Weder eine linksliberale noch bürgerlich-konservative politische Einstellung reduziert den Antisemitismus in stärkerem Maße. Der steile Anstieg des Anteils an Antisemiten auf der extremen Rechten (Skalenstufen 8-10) entspricht den Erwartungen. Anders als bei den Westdeutschen ist bei den Ostdeutschen der Zusammenhang von politischer Selbsteinstufung und Antisemitismus nicht signifikant.³⁸ Von der linken Mitte bis weit nach rechts schwankt der Anteil an Antisemiten um den Durchschnitt. Nur die Extrempunkte (1 und 10) links und rechts weisen einen höheren Anteil aus. Dieser Anstieg bei extrem rechter Orientierung ist in den neuen Bundesländern mit derselben politischen Ideologie zu erklären wie in den alten, während der Anstieg bei den extremen Linken DDR-spezifische Ursachen hat. Vermutlich ist die antikapitalistische und antizionistische Prägung des ostdeutschen Sozialismus für den Antisemitismus verantwortlich.³⁹ Einerseits wirkt das alte Stereotyp des „reichen Juden“ weiter (dies galt zumindest in den 70-80er Jahren ja auch für die westdeutsche extreme Linke)⁴⁰, andererseits die Partei-

³⁸ Es wäre möglich, dass dieses Ergebnis dadurch mitbedingt wird, dass die Befragten in Ostdeutschland sich noch nicht auf dieser Skala platzieren können. Dietmar Sturzbecher berichtet, dass sich 1993 viele der in Brandenburg befragten Jugendlichen einer Einordnung in ein Links-Rechts-Kontinuum verweigert hätten. Dietmar Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Lebenserfahrungen in Schule, Freizeit und Familie*, Göttingen 1997, S. 146.

³⁹ Die Tatsache, dass die extrem linke Position in Westdeutschland durchschnittlich antisemitisch besetzt ist und der Anteil höher liegt als bei der gemäßigten linken Position (Skalenpunkt 3) weist u. E. auf das Vorkommen einer ähnlichen Ideologie hin. Zur Strukturähnlichkeit der marxistisch-leninistischen Theorie mit dem antisemitischen Denken (dualistisches Weltbild) vergleiche Thomas Haury, „Finanzkapitel oder Nation“, *Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 5, 1996, S. 148-171.

⁴⁰ Die sich im Frankfurter Häuserkampf spezifisch gegen Makler jüdischer Herkunft richtende aggressive Kritik, die ihren Reflex dann später in der Figur des „reichen Juden“ in Faßbinders Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ fand, belegt das Fortleben der Verbindung von Antikapitalismus und Antisemitismus.

nahme für die Palästinenser und gegen Israel und die USA im Nahostkonflikt.⁴¹

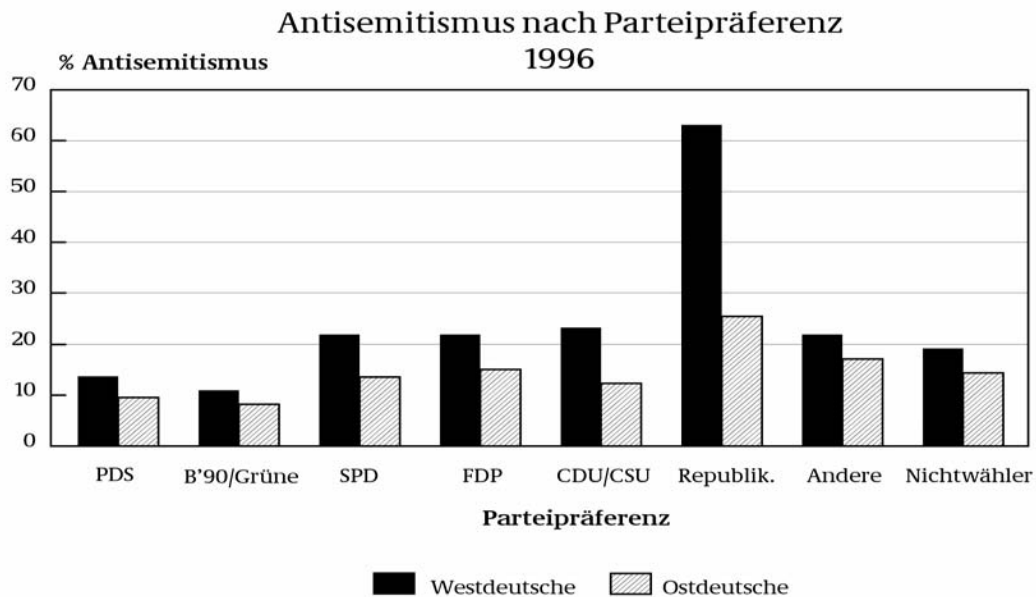
Auch die Messung der politischen Orientierung über die Wahlabsicht gab 1996 für Ostdeutschland kein klareres Bild. Der Zusammenhang mit einer antisemitischen Einstellung war nicht signifikant. Wie im Westen lag der Anteil der Antisemiten bei den Wählern der PDS und Bündnis 90/Die Grünen leicht unter dem Durchschnitt, bei CDU, SPD und FDP lag der Anteil dicht beieinander und schwankte um den Durchschnitt. Die Wähler der Republikaner erwiesen sich zwar auch in Ostdeutschland als am stärksten antisemitisch orientiert, aber erreichten mit 25 Prozent bei weitem nicht den westlichen Anteil von 62 Prozent. Allerdings äußern nur 1,5 Prozent (N = 12) der Befragten eine Präferenz für diese Partei.

Die Parteipräferenz folgt also auch dem Links/Rechts-Muster, ist aber insgesamt etwas anfälliger für Periodeneffekte. 1996 hatten die beiden Volksparteien und die FDP in ihrer Wählerschaft einen gleich hohen Anteil an antisemitisch Eingestellten, der in etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprach.⁴² Einen unterdurchschnittlichen Anteil wiesen nur die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen auf, deren

⁴¹ Ein ähnliches Einstellungssyndrom, das Antisemitismus und Antizionismus mit Antikapitalismus und Anti amerikanismus verknüpfte, hat Martin Kloke auch für die westdeutsche extreme Linke und die Grünen herausgearbeitet, dort allerdings seit den 80er Jahren auch einen „kathartischen Lernprozess“ konstatiert (Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main 1990). Heute tritt dieses ideologische Syndrom im Zusammenhang der Globalisierungskritik und der Kritik an der Politik Israels und der USA im Nahen Osten als imperialistisch und kolonialistisch wieder stärker hervor. Möglicherweise greifen diese Erklärungen jedoch zu kurz, da Steffen Kühnel und Michael Terwey auf der Basis von früheren Allbus-Daten für die kritische Haltung zu Gastarbeitern ebenfalls eine steigende Zustimmung bei extrem linker Selbsteinstufung (Skalenwert 1) gefunden haben, für die sie eine Erklärung schuldig bleiben (Gestörtes Verhältnis? Die Einstellung der Deutschen zu Ausländern in der Bundesrepublik, in: Michael Braun und Peter Ph. Mohler (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft 3. Einstellung und Verhalten der Bundesbürger, Opladen 1994, S. 71-105, hier S. 82).

⁴² Im Vergleich zu Ergebnissen aus den späten 80er Jahren haben sich die Wähler der Altparteien in diesem Punkt angeglichen. Damals war der Anteil antisemitischer Wähler bei den Sozialdemokraten und noch stärker bei der FDP deutlich geringer als bei der CDU und als im Bevölkerungsdurchschnitt (Bergmann und Erb, Anti-Semitism in Germany. 1997, S. 92 f.). Der Koalitionswechsel der FDP (1982) und ihre programmatische wirtschaftsliberale Neuorientierung hatten zu einer Abwanderung des linksliberalen Bürgerrechtsspektrums geführt.

Wählerpotenzial relativ jünger und besser gebildet ist als das der anderen Parteien und die ihre Programmatik Integration von Minderheiten, Rehabilitierung der NS-Opfer etc. seit den 80er Jahren beibehalten haben.⁴³ Die Partei der Republikaner ist ein Sammelbecken für Antisemiten, knapp zwei Drittel ihrer Wähler waren 1996 so einzustufen.⁴⁴



Die neuesten Umfrageergebnisse der Jahre 2002/03 zeigen bezüglich des Zusammenhangs von Parteipräferenz und antisemitischer Einstellung ein uneinheitliches und auch von den Daten aus dem Jahre 1996 abweichendes Bild. In einer Umfrage des NFO-Infratest im Juni 2002, also in der Hochphase des Konflikts zwischen dem FDP-Bundestagsabgeordneten Jürgen Möllemann und dem Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, Michel Friedmann, stimmten dem

⁴³ Dieser Befund gilt auch für die PDS-Wähler, allerdings enthielt das Sample in Westdeutschland nur sieben Personen (= 0,4 Prozent aller Befragten), so dass hier auf eine Interpretation verzichtet werden muss.

⁴⁴ Zur weiteren Differenzierung in Stamm-, Protest und Potenzialwähler vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 65, vom 18.3.1993, Allensbach 1993; zur Auswertung: Werner Bergmann und Rainer Erb, Rechtsextremismus und Antisemitismus, in: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, herausgegeben von Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke und Jürgen W. Winkler, Politische Vierteljahresschrift, SH 27, Opladen 1996, S. 330-343.

Statement „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ im Durchschnitt 29 Prozent der Befragten zu. Am häufigsten die Wähler der FDP mit 44 Prozent (ein deutlicher Reflex auf die Involvierung der Partei in den genannten Konflikt), eng gefolgt von Wählern der CDU/CSU (39 Prozent), während die Wähler von SPD (23 Prozent), Bündnis 90/Die Grünen (21 Prozent) und PDS (18 Prozent) in deutlichem geringerem Maße zustimmen.⁴⁵ Dasselbe Verteilungsmuster und die große Verbreitung negativer Einstellungen zu Juden in der Wählerschaft der FDP findet sich auch 2003 wieder: Auf die Frage, ob die Vertretung der Juden in Deutschland zu viel Einfluss besitzt, gaben 31 Prozent der FDP-Wähler, gefolgt von 27 Prozent der CDU-Wähler und 23 Prozent der Wähler der Republikaner (bei 11 Befragten, aber wegen der geringen Fallzahl nicht repräsentativ) eine zustimmende Antwort. Die SPD-Wähler lagen mit 21 Prozent im mittleren Bereich, allerdings mit weitem Abstand zu Bündnis 90/Die Grünen mit 11 Prozent und der PDS mit 10 Prozent.⁴⁶ Die Forsa-Studie von 2003 findet hingegen wiederum das Muster von 1996, das heißt, die beiden Volksparteien liegen mit 24 Prozent antisemitisch eingestellten potenziellen Wählern an der Spitze, dicht gefolgt von FDP-Wählern. Die PDS-Wähler nehmen, wie 1996, eine Zwischenposition ein (17 Prozent), während die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen nur zu 10 Prozent als antisemitisch gelten können. Am häufigsten finden sich Antisemiten allerdings in der Gruppe der Nichtwähler – hier dürften die Faktoren höheres Alter und geringere Bildung größere Bedeutung haben als eine ideologisch eindeutige Ausrichtung.

Die Einstellung gegenüber Juden spielt für die Wahlabsicht offenbar aber kaum eine Rolle: Von den 373 westdeutschen Antisemiten entschieden sich in der Allbus-Studie von 1996 ganze 6,2 Prozent für die Republikaner (von den Ostdeutschen gar nur 3 Prozent) und 35 Pro-

⁴⁵ NFO Infratest, in: Der Spiegel 24, 2002, S. 27; in der Ablehnung einer besonderen Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den Juden finden wir eine ähnlich Verteilung: FDP: 42 Prozent, CDU/CSU: 40 Prozent, SPD: 29 Prozent, PDS: 16 Prozent und Bündnis 90/Grüne: 9 Prozent (ebd. S. 26).

⁴⁶ tsn-Emnid, 2003, Tab. 4; auf die Frage „Heute ebenso wie in der Vergangenheit üben die Juden zu viel Einfluss auf die Weltgeschehnisse aus“ finden wir in der gleichen Umfrage allerdings eine merkwürdige Antwortverteilung: Die FDP-Wähler führen mit 29 Prozent die „Negativliste“ wiederum an, Wähler von Bündnis 90/Die Grünen stimmen aber gleich häufig zu, unmittelbar gefolgt von der CDU (28 Prozent), während die PDS- (18 Prozent) und die SPD-Wähler (15 Prozent) deutlich seltener diese Meinung vertreten (Republikaner-Wähler 39 Prozent). Ebd. Tab. 5.

zent (beziehungsweise 26 Prozent) für die konservative CDU/CSU.⁴⁷ Auf die SPD entfiel ein Anteil von 30 Prozent (beziehungsweise 28 Prozent). Antisemitismus ist zu einem Segment privater Überzeugungen geworden, das die Präferenzen für politische Parteien kaum steuert⁴⁸, zumal keine der demokratischen Parteien antijüdische Forderungen aufgreift. Auch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei macht hinsichtlich antisemitischer Einstellungen keinen Unterschied zu parteipolitisch inaktiven Bürgern.

Weitere demografische Merkmale

Verglichen mit dem deutlich höheren Anteil von Männern bei rechtsextremistischen und auch antisemitischen Straftaten,⁴⁹ ist der Abstand zwischen Männern und Frauen auf der Einstellungsebene deutlich geringer. In der Allbus-Studie von 1996 war der Zusammenhang zwischen Geschlecht und antisemitischer Einstellung nicht signifikant: In Westdeutschland lag der Männeranteil mit 23,7 Prozent etwas höher als der der Frauen (19 Prozent), in Ostdeutschland fiel der Unterschied noch geringer aus: 12,3 Prozent zu 10,4 Prozent.⁵⁰

⁴⁷ Der Zusammenhang mit einer rechten oder rechtskonservativen politischen Orientierung wird beim harten Kern der westdeutschen Antisemiten (ab 7 Punkte auf der Antisemitismusskala) etwas klarer, die ungefähr zur Hälfte die Republikaner oder die CDU/CSU als Wahlabsicht nennen. SPD und Bündnis90/Die Grünen kommen zusammen nur auf ein Drittel. Für Ostdeutschland ergibt sich kein signifikanter Zusammenhang (geringe Fallzahl N = 23), vergleiche Bergmann und Erb, Antisemitismus 2000.

⁴⁸ Ulrich Rosar hat gezeigt, dass ethnozentrische Einstellungen generell nur geringen Einfluss auf die Parteipräferenz haben, dass sie aber in Hochphasen rechtsextremer Wahlerfolge und ausländerfeindlicher Aktionen rechte Flügelparteien begünstigen. Allerdings ist auch in diesen Phasen die strukturierende Wirkung von ethnozentrischen Vorbehalten nicht so bedeutend, dass sie die Wahlabsicht für eine rechtsextreme Partei zufrieden stellend erklären könnte. Während diese Vorbehalte für Westdeutschland in solchen Phasen einen relativ hohen Erklärungswert haben, trifft dies für Ostdeutschland weniger zu, hier ist die ideologische Selbsteinstufung entscheidend. Antisemitische Vorbehalte hat Rosar nicht einbezogen (Ethnozentrische Vorbehalte und die Unterstützung rechtsextremer Parteien 1980-1996, in: Richard Alba, Peter Schmidt und Martina Wasmer (Hrsg.), Deutsche und Ausländer. Freunde, Fremde oder Feinde. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen 2000, S. 333-372.

⁴⁹ Rainer Erb, Antisemitische Straftäter der Jahre 1993 bis 1995, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6, 1997, S. 160-180; Verfassungsschutzberichte.

⁵⁰ Bergmann und Erb, Antisemitismus, 2000.

In den beiden Studien zu „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ finden sich jedoch signifikante Differenzen: 14,7 Prozent bei den Männern standen 2002 10,9 Prozent bei den Frauen gegenüber. Im Jahr 2003 ist der Abstand noch etwas größer geworden: 17,1 Prozent zu 12,4 Prozent.⁵¹ In der Studie des American Jewish Committee zeigt sich bei den antisemitischen Statements in neun von elf Fällen eine niedrigere Zustimmung der weiblichen Befragten, doch liegen die Antworten im arithmetischen Mittel der elf Statements nur 2,5 Prozentpunkte auseinander. Interessant ist dabei, dass die geschlechtsspezifischen Differenzen bei den Statements am größten sind, in denen den Juden zu viel Einfluss auf die Gesellschaft, die Medien beziehungsweise das Weltgeschehen zugeschrieben wird (Antwortdifferenz 7-9 Prozentpunkte), während sie bei den traditionellen Stereotypen (Schuld der Juden am Tod Christi, Rache und Vergeltung, Juden und Geld, Juden nicht als Nachbarn) sehr gering sind beziehungsweise weibliche Befragte sogar etwas häufiger zustimmen als männliche. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass Männer nach wie vor in explizit politischen (Macht-)Fragen eine dezidiertere Meinung vertreten als Frauen, bei denen der Anteil der Antworten mit „weiß nicht“ in diesen Fällen deutlich höher liegt.⁵²

Hinsichtlich des Gemeindetyps ergab die Allbus-Studie von 1996 zwar einen signifikanten Zusammenhang mit Antisemitismus für Westdeutschland, doch war er nicht linear oder sonst eindeutig interpretierbar. Einzig für westdeutsche Dörfer und Kleinstädte bis 5.000 Einwohner ließ sich eine interpretierbare überdurchschnittliche Verbreitung feststellen, die sich dann noch an der Peripherie von Mittelstädten (zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern) fand. Im Osten stachen zwar die Kleinstädte ebenfalls hervor, dies galt wiederum nicht für die Dörfer. Ein Muster nach dem Grad der Urbanität ließ sich für Ostdeutschland gar nicht und für Westdeutschland nur mit Einschränkung erkennen.

⁵¹ Heitmeyer, Deutsche Zustände 1, 2002, S. 24, Abb. 2; Deutsche Zustände 2, 2003, S. 25, Abb. 3.

⁵² American Jewish Committee, Die Einstellungen der Deutschen, 2002, eigene Berechnung. Hier könnte auch die Erklärung dafür liegen, dass die Studien zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ einen signifikanten Unterschied zwischen den Geschlechtern gefunden haben, da die Antisemitismuskala aus zwei Items besteht, von denen das eine den genannten politischen Bezug aufweist: „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“.

Religionszugehörigkeit und Nähe zur Kirche, die vor 1945 positiv mit antijüdischen Einstellungen korrelierten, zeigen weder für Ost- noch für Westdeutschland einen signifikanten Zusammenhang. Dies hängt damit zusammen, dass einerseits antijudaistische Stereotype (Christusmörder, Ritualmord-Legenden) heute kaum noch geglaubt werden⁵³ und dass andererseits die Kirchen ihren Antijudaismus weitgehend aufgegeben haben. Dies ist anders in einigen fundamentalistischen oder evangelikalen Gruppierungen,⁵⁴ das heißt, dezidiert religiöse Orientierungen sind immer noch mit einer antisemitischen Einstellung verbunden.

Antisemitismus in Deutschland im internationalen Vergleich

Vergleichende Antisemitismusstudien gibt es bisher kaum.⁵⁵ Das American Jewish Committee hat allerdings in vielen europäischen Ländern seit 1990 wiederholt Umfragen zum Antisemitismus in Auftrag gegeben, die zum Teil identische Fragen umfassten.

Die Daten zu zwei Fragen, die in vom American Jewish Committee in diversen europäischen Ländern in Auftrag gegebenen Studien gestellt wurden, sollen kurz vorgestellt werden, wobei die Fragen nach der Einstellung zu Juden als Nachbarn die soziale Distanz, die Frage zum gesellschaftlichen Einfluss stereotype Vorstellungen erfasst.

⁵³ Im Jahre 2002 stimmten dem Statement „Die Juden sind Schuld am Tod Jesu“ 14 Prozent der Befragten vollkommen beziehungsweise eher zu, dabei lag die Zustimmung bei den über 60-Jährigen mit 21 Prozent deutlich über der in den jüngeren Generationen: 7-13 Prozent (Ostdeutsche: 7 Prozent, Westdeutsche: 16 Prozent) American Jewish Committee, Die Einstellung der Deutschen, 2002, Frage 14.

⁵⁴ Im Westen fallen nur die Angehörigen der Evangelischen Freikirchen mit 38,5 Prozent (gegenüber einem Bevölkerungsdurchschnitt von 21 Prozent) aus dem Rahmen, für Ostdeutschland gilt dies nicht (8,3 Prozent, Durchschnitt 11 Prozent), Bergmann und Erb, Antisemitismus, 2000, S. 420.

⁵⁵ Vgl. als Überblick Werner Bergmann, Antisemitismus-Umfragen nach 1945 im internationalen Vergleich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5, 1996, S. 172-195.

Tabelle 3: „Glauben Sie, dass die folgenden Gruppen zu viel Einfluss in unserer Gesellschaft haben, zu wenig Einfluss, oder ob ihr Einfluss gerade richtig ist?“ (für die Gruppe der Juden)

Land	zu viel Einfluss	zu wenig	richtig	k. A./ w. nicht
Argentinien (2000)	25	24	23	27
USA (1990)	21	13	55	12
Österreich (2001)	19	3	35	24
Tschechien (1999)	8	34	27	31
Deutschland (1994)	20	9	30	40
----- (2002)	20	21*	32	27
Großbritannien (1993)	8	7	42	44
Ungarn (1991)	17	13	51	20
Polen (1995)	16	10	40	34
Russland (1996)	14	21	29	37
Slowakei (1999)	15	25	33	27
Schweden (1999)	2	14	56	28
Schweiz (2000)	17	8	55	12

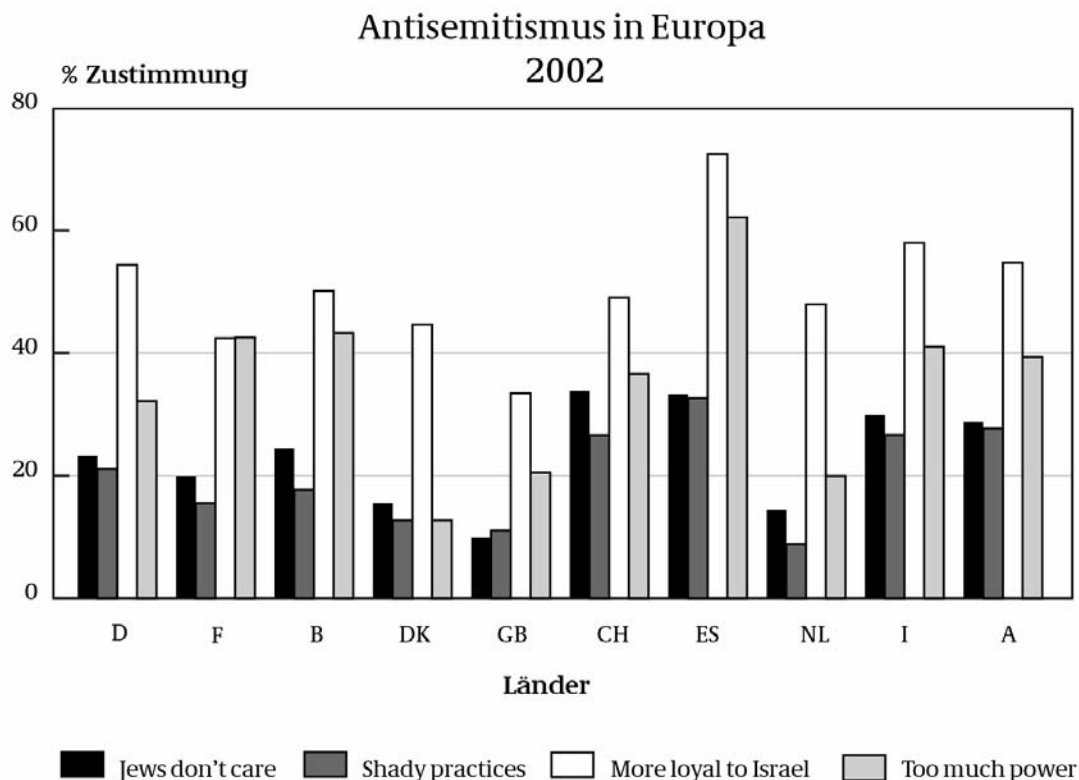
*Hier sind die Zahlen für die Antwortvorgabe: „zu wenig Einfluss“ sowie spontane Antworten: „haben keinen Einfluss“ (15 Prozent) zusammengefasst.

Tabelle 4: Möchten Sie diese Gruppe als Nachbarn haben, ist Ihnen das egal oder wollen Sie sie lieber nicht als Nachbarn haben? (Gruppe: Juden)

Land	möchte haben	egal	nicht haben	k. A./ w. nicht
Argentinien (2000)	8	75	15	2
USA (1989)	91	k. A.	5	4
Österreich (2001)	7	71	18	4
Tschechien (1999)	8	70	17	5
Deutschland (1994)	12	59	22	6
(2002)	13	65	17	5
Großbritannien (1993)	2	83	12	3
Ungarn (1991)	16	65	17	2
Polen (1995)	6	60	30	3
Russland (1996)	13	67	17	3
Slowakei (1999)	16	66	16	3
Schweden (1999)	31	66	2	0
Schweiz (2000)	28	61	8	3

Die Tabellen zeigen für diese beiden Fragen (genauso wie für weitere Fragen), dass in Deutschland wie in einigen anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten die Vorurteile gegen Juden weiter verbreitet sind als in den westlichen Ländern wie Schweden, Schweiz und Großbritannien. Dies gilt jedoch nicht für alle westeuropäischen Länder, wie eine vergleichende Befragung im Jahre 2002 ergab. Aufgeschreckt durch die Welle antijüdischer Übergriffe im Frühjahr 2002 hat die Anti-Defamation League (ADL, New York) in zwei Wellen im Juni und im Oktober 2002 Umfragen in neun europäischen Ländern und den USA durchführen lassen.⁵⁶ Die vier in beiden Wellen identisch gestellten Fragen zu antijüdischen Stereotypen haben folgende Verteilung ergeben:

⁵⁶ Anti-Defamation League, *European Attitudes Toward Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict*, New York June 2002; *European Attitudes Toward Jews: A Five Country Survey*, October 2002, New York.



Statements

- Jews don't care: „Jews don't care what happens to anyone but their own kind.“
- Shady practices: „Jews are more willing to use shady practices to get what they want.“
- More loyal to Israel: „Jews are more loyal to Israel than to this country.“
- Too much power: „Jews have too much power in the business world.“

Nimmt man die Antworten auf die vier Fragen zusammen, dann belegen die Deutschen einen mittleren Platz. Auf dem gleichen Niveau liegen Frankreich und Belgien, etwas darüber folgen die Schweiz, Österreich und Italien, während Spanien besonders negativ hervorsticht. Die geringsten Zustimmungshäufigkeiten finden sich bei Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden und den USA. Dies bestätigt die Ergebnisse der Umfragen des AJC seit den frühen 90er Jahren.

Die ADL hat in fünf Ländern, darunter Deutschland, die Häufigkeit der Zustimmung auf die vier genannten Fragen zu antijüdischen

Stereotypen errechnet. Dabei zeigt sich, dass in Deutschland nur 30 Prozent keiner Frage zugestimmt haben (ähnlich in Belgien 29 Prozent), während der Anteil der „Vorurteilslosen“ in Großbritannien (54 Prozent), Dänemark (45 Prozent) und Frankreich (immerhin 39 Prozent) bedeutend größer ist. Vergleicht man die Werte für die Zustimmung zu drei beziehungsweise allen vier Fragen, so ist der Anteil der offenbar deutlich antisemitisch Eingestellten in Deutschland mit 26 Prozent, in Belgien mit 27 Prozent und in Frankreich mit 24 Prozent fast gleich groß und hebt sich deutlich von den Briten mit 12 Prozent und den Dänen mit 11 Prozent ab.

Abschließende Überlegungen

Was die Erklärung der Ursachen des heutigen Antisemitismus angeht, so weisen multivariate Analysen (Regressionsanalysen) auf eine Diffusität der Ursachen hin. Die größte Erklärungskraft besitzen Faktoren, die eher auf der Ebene von Ideologie und Wertorientierungen liegen (rechte politische Orientierung, konservative Wertorientierungen, vor allem Nationalstolz und autoritäre Folgebereitschaft) und die in Verbindung mit Generationeneffekten auf die Bedeutung nationalsozialistischer Erziehung und die Tradierung von Vorurteilen hinweisen.⁵⁷ Wer sich hingegen verfassungs- und wirtschaftspatriotisch mit den Leistungen der Demokratie, innergesellschaftlicher Vielfalt und mit den sozialen Sicherungssystemen identifiziert, zeigt seltener antisemitische Einstellungen.⁵⁸ Die Erfahrung oder Befürch-

⁵⁷ Frederick D. Weil, *Ethnic Intolerance, Extremism, and Democratic Attitudes in Germany since Unification*, in: Hermann Kurthen, Werner Bergmann und Rainer Erb (Hrsg.), *Antisemitism and Xenophobia in Germany after Unification*, New York 1997, S. 110-142.

⁵⁸ Thomas Blank und Peter Schmidt fanden zwischen einem so definierten Patriotismus und Antisemitismus negative Korrelationen (-.17 bei den Westdeutschen, -.21 bei den Ostdeutschen), während zwischen Nationalismus und Antisemitismus ein hoher positiver Zusammenhang besteht (.56 bzw. .46) (*Konstruktiver Patriotismus im vereinigten Deutschland? Ergebnisse einer repräsentativen Studie in den neuen und alten Bundesländern*, in: Amelie Mummendey (Hrsg.), *Identität und Alterität*, Bern 1997, S.127-148); Aribert Heyer und Peter Schmidt haben diese Ergebnisse auf der Basis der Daten aus dem Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ kürzlich bestätigen können. Der Zusammenhang von Patriotismus und Antisemitismus war wiederum negativ (-.20 im Westen, -.16 im Osten), hingegen mit Nationalismus positiv (.38 im Westen, .35 im Osten), Deutscher Stolz, Patriotismus wäre besser, in: Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 1, 2002, S. 71-82, Abb. 1.

tung einer ökonomischen Krise hat nur schwachen Einfluss auf die Einstellung zu Juden. Eine gewisse Rolle spielt bei den Westdeutschen die Haltung gegenüber der Demokratie. Werden liberale Werte abgelehnt und ist man mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden (Politik- oder Systemverdrossenheit), so korreliert dies positiv mit einer Ablehnung von Juden. Es handelt sich also nicht um eine demokratische Oppositionshaltung, sondern um prinzipielle Vorbehalte gegen die demokratische Regierungsform (so dass diese Haltung wieder in den Bereich der Ideologie gehört). Für die Ostdeutschen besteht dieser Zusammenhang nicht. Die weiter als im Westen verbreitete Systemverdrossenheit wirkt sich nicht spezifisch in Richtung einer rechtsextremen Orientierung oder Protestwahl aus, wohl deshalb, weil mit der PDS für die Ostdeutschen eine alternative Protestpartei existiert.⁵⁹ Großes Gewicht besitzt bei den Ostdeutschen der Faktor Nationalstolz: Da sie sich sehr häufig als Bürger zweiter Klasse fühlen, bietet eine Überbewertung der Eigengruppe verbunden mit der Abwertung der „nichtzugehörigen“ Ausländer hier eine gewisse Kompensation. Situative Einflüsse wie Probleme des Arbeitsmarktes mobilisieren vor allem fremdenfeindliche Einstellungen, die Haltung zu Juden wird von Verteilungskonflikten direkt weniger berührt. Allerdings gibt es einen indirekten Zusammenhang. Krisen begünstigen, wie die Erfolgsphasen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zeigen, Rechtsparteien, die primär das Ressentiment gegen Ausländer benutzen, aber sekundär in ihrem ideologischen Programm auch antisemitische, geschichtsrevisionistische Aussagen verbreiten.⁶⁰

Antisemitische Überzeugungen sind eng verbunden mit pronazistischen sowie nationalistischen, da der Mord an den europäischen Juden die größte Hürde für ein positives Selbst- und Geschichtsbewusstsein sowie eine nationalistische Politik bildet und man ihm mit Strategien des Verschweigens, Relativierens, Leugnens oder Aufrechnens seine Bedeutung zu nehmen sucht.⁶¹ Der Bevölkerungsan-

⁵⁹ Stöss und Niedermayer, *Rechtsextremismus*, 1998, S. 25.

⁶⁰ Die „Republikaner“ traten als Antiimmigrationspartei an und als sie ihre Wahlchancen 1994 wieder sinken sahen, suchte ihr Vorsitzender mit antijüdischen Bemerkungen Wähler zu gewinnen.

⁶¹ Hinsichtlich der Leugnung des Holocausts gibt es allerdings große Unterschiede im rechten Lager. Während sie für den Neonazismus zum ideologischen Kernbestand zählt, glaubten 1994 nur 8 Prozent der Republikaner-Anhänger, „dass an der These, es sei nur Propaganda der Siegermächte, dass die Nazis Millionen von Menschen umgebracht haben, etwas dran“ sei. Wei-

teil mit pronazistischen Auffassungen, die den Nationalsozialismus verharmlosen oder gar rechtfertigen, war 1998 mit 6 Prozent (Westdeutsche: 6 Prozent, Ostdeutsche: 5 Prozent) kleiner als das rechtsextreme Einstellungspotenzial insgesamt (13 Prozent, Westdeutsche 12 Prozent, Ostdeutsche 17 Prozent).⁶²

In den letzten Jahren hat es allerdings eine Reihe von politischen Ereignissen und Entwicklungen gegeben, die einerseits offenbar die Einstellung zu Minderheiten generell verschlechtert haben,⁶³ und andere, die sich negativ auf das Verhältnis zu Juden ausgewirkt haben. Zu ersteren sind die immer spürbarer werdenden Auswirkungen der Globalisierung auf die wirtschaftlichen und kulturellen Anforderungen (Druck auf dem Arbeitsmarkt, PISA) zu zählen, die insbesondere in Deutschland zu einer andauernden Diskussion über den Umbau des Sozialstaates, über Bildungsreformen usw. geführt haben, so dass sich große Teile der Bevölkerung verunsichert fühlen.⁶⁴ Diese Verunsicherung durch den spürbaren Wandlungsdruck

tere 6 Prozent antworteten „weiß nicht“ (Forsa, Die Deutschen und der Nationalsozialismus. Kenntnisse, Einschätzungen, Urteile, 1994, S. 14).

⁶² Auf das Statement: „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“ gab es keine signifikanten Ost-West-Unterschiede, noch unterschieden sich die 14- bis 25-Jährigen von den Erwachsenen, auch wenn die ostdeutschen Jugendlichen den höchsten Prozentsatz (17 Prozent gegenüber 13-14 Prozent in den anderen Gruppen) aufwiesen (Falter und Arzheimer, Rechtsextremismus, 1998, S. 11). In der Nachfolgestudie „Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg“ im Mai/Juni 2000 fanden Stöss und Niedermayer bei der Frage „Hitler großer Staatsmann“ nur eine geringe Ost-West-Differenz: 6 Prozent in West-Berlin zu 8 Prozent in Brandenburg. Die Falter-Studien zeigen, dass die Ostdeutschen pronazistischen Statements wie „Ohne die Judenverfolgung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“ und „Der Nationalsozialismus hatte auch sein guten Seiten“ mit knapp 10 Prozent seltener zustimmen als die Westdeutschen mit 10-15 Prozent. (Falter, Rechtsextremismus, 2000, S. 12). Unter den 16- bis 25-Jährigen existieren entweder keine Einstellungsdifferenzen oder solche zu Ungunsten der Ostdeutschen. Hier hat sich die Zustimmung in Ost und West zu der Frage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ von 1994 bis 1998 nicht nur verdoppelt, sondern die jungen Ostdeutschen stimmten doppelt so häufig zu (West: 1994: 7 Prozent, 1998: 14 Prozent, Ost: 1994: 15 Prozent, 1998: 28 Prozent, vgl. Falter und Arzheimer, Rechtsextremismus, 1998).

⁶³ Dazu die Befunde des Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Heitmeyer, Deutsche Zustände, 2003.

⁶⁴ Es dürfte kein Zufall sein, dass der CDU-Abgeordnete Hohmann in seiner antisemitischen Rede am 3. Oktober 2003 zunächst ein wirtschaftliches und ge-

(Anomie) begünstigt die Übernahme antisemitischer Einstellungen. In die gleiche Richtung wirkt die Verunsicherung durch den islamistischen Terrorismus und den Irak-Krieg, der in den westlichen Ländern die Bereitschaft, an Verschwörungstheorien zu glauben, deutlich erhöht hat. Es ist kein Zufall, dass diese Theorien oft eine antijüdische Färbung haben,⁶⁵ gehören doch nicht erst seit der Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion“ Weltverschwörungphantasien zum Kernrepertoire des Antisemitismus. Die hohe Zustimmung zu Statements, in denen nach internationaler jüdischer Macht gefragt wird (siehe oben Abbildung Antisemitismus in Europa), belegt das Fortwirken dieses alten antijüdischen Stereotyps von der latenten Macht der Juden.⁶⁶ So haben 2002 26 Prozent der befragten Deutschen den „jüdischen Einfluss auf die amerikanische Politik als einen wesentlichen Grund für die Militäraktion der USA gegen den Irak betrachtet (29 Prozent der Westdeutschen, nur 13 Prozent der Ostdeutschen).⁶⁷

sellschaftliches Krisenszenario für die Bundesrepublik entworfen hat. Für die Krise machte er die „Kraft- und Mutlosigkeit“ der Deutschen verantwortlich und sah deren Ursache in der historischen Bürde der Erinnerung an die NS-Verbrechen, die nach seiner Lesart den Deutschen primär von den Juden aufgebürdet werde. Die Juden ihrerseits als „Tätervolk“ zu brandmarken (und dies dann zugleich für die Juden und die Deutschen abzulehnen!), diente primär dazu, ihnen das Recht zu dieser Kritik an der deutschen Geschichte abzusprechen. Die Rede Hohmanns knüpft also an die Argumentation an, die wir bereits aus den Reden zu „Judenfrage“ im Kaiserreich kennen, in denen die Juden als die Urheber einer wie immer definierten gegenwärtigen Krise (von Wirtschaft, Kultur, Politik, Ethik usw.) identifiziert wurden.

⁶⁵ Weit verbreitet war etwa das Gerücht, der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 sei vom israelischen Geheimdienst (wahlweise auch vom amerikanischen oder russischen) verübt worden, wobei als „Beweis“ diente, dass angeblich die jüdischen Angestellten an diesem Tag nicht zum Dienst erschienen seien.

⁶⁶ AJC-Umfragen belegen die weite Verbreitung des Vorurteils. Dem Statement „Heute, wie in der Vergangenheit, üben Juden zu viel Einfluss auf das Weltgeschehen aus“ stimmten völlig oder teilweise zu: 39 Prozent in Argentinien (2000), 40 Prozent in Österreich (2001), 34 Prozent in Tschechien (1999), 53 Prozent in der Slowakei (1999), 14 Prozent in Schweden (1999), 32 Prozent in Russland (1996), 33 Prozent in der Schweiz (2000), 40 Prozent in Deutschland (2002, 1994 hatten mit 31 Prozent deutlich weniger Befragte zugestimmt).

⁶⁷ American Jewish Committee, Die Einstellung der Deutschen, 2002, Frage 28.

Einen spezifischen Einfluss auf die Einstellung zu Juden haben auch der Nahostkonflikt und seine dauernde Medienpräsenz. Die bis Anfang der 90er Jahre bestehende proisraelische Einstellung in der deutschen Bevölkerung ist seitdem einer Haltung gewichen, die für keine der beiden Konfliktparteien Sympathie bekundet, während nur eine ganz kleine Minderheit jeweils Sympathien für eine der beiden Seiten zeigt.⁶⁸ Die Erosion der Solidarität bei denen, die Israel bisher verteidigt haben und die nun angesichts der israelischen Siedlungspolitik in einen Konflikt zwischen dieser Solidarität und ihren grundsätzlichen politischen Überzeugungen geraten, bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung zu den einheimischen Juden, denen ein großer Teil der deutschen (und europäischen) Bevölkerung (siehe oben Abbildung Antisemitismus in Europa) eine größere Loyalität gegenüber Israel als gegenüber ihrem eigenen Land unterstellt. Zwei Drittel der Deutschen glauben, dass „die Politik Israels in den besetzten Gebieten“ eine wesentliche Ursache für eine kritische Meinung über Juden ist, das heißt, Juden werden kollektiv als „Geiseln“ für den Nahostkonflikt genommen.⁶⁹

Angesichts der Eskalation des Konflikts seit Beginn der so genannten zweiten Intifada steht die Politik Israels in der öffentlichen Kritik, die nicht immer frei von antisemitischen Untertönen ist. Diese Politik dient vor allem in Deutschland (aber auch in anderen europäischen Ländern) als ein (willkommener) Anlass, mit Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen, Besatzungspolitik und Rassismus den Opferstatus der europäischen Juden zu relativieren. Entsprechend wird die Bezugnahme auf den Holocaust seitens der Juden zunehmend weniger akzeptiert. In Deutschland stimmten 2002 58 Prozent dem Statement zu „Die Juden sprechen immer noch zu viel über das, was ihnen im Holocaust geschehen ist“.⁷⁰ Fast 70 Prozent der Befragten

⁶⁸ In einer Eurobarometer-Umfrage vom Oktober 2003 wurde eine Liste von Ländern vorgelegt und gefragt, welches davon eine Gefahr für den Frieden in der Welt darstelle. Israel wurde im EU-Durchschnitt mit 59 Prozent am häufigsten genannt, in Deutschland nannten 65 Prozent Israel (ebenso viele Nordkorea). Mehrfachnennungen waren möglich, so dass sich die Nennungen jeweils auf über 500 Prozent summieren (Flash EB No. 151: „Iraq and Peace in the World“ (08/10/2003 – 16/10/2003) – Report S. 78.).

⁶⁹ tsn-Emnid 2003

⁷⁰ Anti-Defamation League, European Attitudes, 2002, in anderen europäischen Ländern ist die Zustimmung ebenfalls sehr hoch: Spanien 57 Prozent, Österreich 56 Prozent, Schweiz 52 Prozent, Frankreich 46 Prozent, Italien 43 Prozent, Belgien 38 Prozent, Niederlande 35 Prozent, Dänemark 30 Prozent und Großbritannien 23 Prozent.

gaben 2003 sogar an, sich darüber zu ärgern, „dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“.⁷¹ Hier deutet sich an, was ja Martin Walser in seiner „Sonntagsrede“ 1998 thematisiert hat, dass die deutsche Bevölkerung weit über den rechtskonservativen Rand hinaus eine „Dauerrepräsentation unserer Schande“ ablehnt.⁷²

Tabelle 5: „Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus“ (Antworten in Prozent)⁷³

Jahr	stimme vollkommen zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	k. A./ w. nicht
1990	11	28	27	15	20
1994	15	24	27	13	18
2003	20	32	20	10	18

⁷¹ Zitiert nach „Der Tagesspiegel“ 11.12.2003, Pressekonferenz zur Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Die Zustimmung liegt bei den Wählern nahezu aller Parteien ähnlich hoch, eine Ausnahme bilden nur die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen mit 39 Prozent.

⁷² Heitmeyer hat besonders hervorgehoben, dass diese Einstellung inzwischen sogar von denen, die sich in der politischen Mitte (70,8 Prozent) oder gar links davon einstufen (eher links: 61,7 Prozent, links 57,1 Prozent) mehrheitlich vertreten wird (Frankfurter Rundschau 12.12.2003). Am rechten Rand ist diese Einstellung mit 86,3 Prozent natürlich noch weitaus häufiger anzutreffen. Auffallend ist auch, dass sich hinsichtlich dieser Frage keine signifikanten Geschlechts-, Ost-West- und Altersdifferenzen zeigen.

⁷³ Die Daten stammen aus drei vom American Jewish Committee in Auftrag gegebenen Studien (Jodice, United Germany and Jewish Concerns, 1991; Golub, Current German Attitudes, 1994, AJC, Die Einstellung der Deutschen 2002), die jeweils mit der identischen Fragestellung und Antwortvorgabe gearbeitet haben. Dass der Anstieg im Jahre 2003 kein Zufallsergebnis ist, belegen die Antworten auf die ganz ähnlich formulierte Frage in der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“. 2002 stimmten 51,8 Prozent voll beziehungsweise eher zu, 2003 waren es 54,5 Prozent. Der Trend in den beiden Forsa-Umfragen Antisemitismus in Deutschland von 1998 und 2003 weist allerdings genau in die umgekehrte Richtung. Hier sinkt die Zustimmung auf eine ähnliche Frage von 41 Prozent auf 36 Prozent.

Insbesondere in der ostdeutschen Bevölkerung, in der 1990 nur 20 Prozent und 1994 nur 19 Prozent dem obigen Statement vollkommen oder eher zugestimmt hatten, tun dies 2003 45 Prozent, während unter den Westdeutschen die Zustimmung weniger stark angestiegen ist: von 39 Prozent in den Jahren 1990 und 1994 auf 54 Prozent im Jahr 2003.

Diese Ablehnung einer Verantwortung auf Grund der deutschen Vergangenheit könnte sich abschwächend auf die Tabuisierung des Antisemitismus auswirken, so dass antisemitische Einstellungen möglicherweise offener geäußert werden als früher – und dies nicht nur am rechtsextremen Rand der Gesellschaft.

Kai Arzheimer

Wahlen und Rechtsextremismus

1. Einleitung und Fragestellung

Die Teilnahme an politischen Wahlen stellt in der Bundesrepublik wie in den anderen Demokratien Westeuropas die wichtigste institutionalisierte Form der Einflussnahme auf den politischen Prozess dar. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Elemente der direkten Demokratie sind in den meisten Ländern dieser Region (mit der bekannten Ausnahme der Schweiz) zumindest auf nationalstaatlicher Ebene bislang bestenfalls als Ergänzung, keinesfalls aber als Konkurrenz zum Wahlrecht zu verstehen.¹ Ähnliches gilt auch für die so genannten unkonventionellen Partizipationsformen,² das heißt die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Blockaden oder die Mitarbeit in Initiativgruppen. So zeigte eine internationale Untersuchung, dass während der ersten Hälfte der 1990er Jahre in der alten Bundesrepublik und in den neuen Ländern ebenso wie in Norwegen und Schweden jeweils nur etwas weniger als ein Fünftel der Bevölkerung wenigstens einmal an einer Demonstration gegen die Regierung teilgenommen hatte (vergleiche Tabelle 1). Für Spanien und Italien ergaben sich etwas höhere, für die angelsächsischen Demokratien hingegen noch weitaus niedrigere Werte. Lediglich für Frankreich wurde ein Prozentsatz ermittelt, der sich zumindest in der Nähe des Anteils der Oppositionsanhänger an der Bevölkerung bewegt. Im gleichen Zeitraum lag die Wahlbeteiligung in den hier untersuchten Ländern auf nationaler Ebene fast immer oberhalb von 70 Prozent und häufig sogar oberhalb von 80 Prozent, wobei in der Regel deutlich mehr als ein Drittel der Stimmen auf die Oppositionsparteien entfiel.³

¹ Arzheimer, Kai und Falter, Jürgen W., 2003, Wahlen, S. 289-312, in: Jesse, Eckhard und Sturm, Roland (Hrsg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven. Opladen: Leske und Budrich, hier S. 290-291.

² Grundlegend dazu: Barnes, Samuel H., Kaase, Max, Allerbeck, Klaus, et al. (Hrsg.), 1979, Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills: Sage.

³ Vgl. die Angaben in den entsprechenden Länderkapiteln in Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), 1999, Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen: Leske und

Tabelle 1: Anteil derjenigen, die während der letzten fünf Jahre mindestens einmal an Demonstrationen gegen die Regierung teilgenommen haben

Großbritannien	5	Schweden	19
Irland	9	Italien	24
Deutschland (Ost)	17	Spanien	24
Deutschland (West)	18	Frankreich	42
Norwegen	18		

Quelle: Eigene Berechnung aus dem ISSP 1996 (ZA Nr. 2900).

Diese aus der allgemeinen Partizipationsforschung bekannten Befunde gelten in ähnlicher Weise auch für den spezielleren Bereich des Rechtsextremismus. So entfielen selbst bei der Bundestagswahl 2002, bei der die rechten Flügelparteien keine nennenswerte Rolle spielten, 280.671 gültige Zweitstimmen auf die Republikaner und weitere 215.232 Zweitstimmen auf die NPD. Vier Jahre zuvor hatte die NPD 126.571, die Republikaner sogar 906.383 Stimmen erhalten, so dass beide Parteien gemeinsam mehr als eine Million Bürger für sich mobilisieren konnten.⁴

Die Zahl derjenigen, die sich an Kundgebungen, Aufmärschen, sonstigen Aktionen oder gar Straftaten mit extremistischem Hintergrund beteiligen, nimmt sich dagegen verschwindend gering aus. Für 1998⁵ bezifferte das Bundesamt für Verfassungsschutz das „Rechtsextremisierungspotenzial“ (gewaltbereite Rechtsextremisten, Neonazis sowie Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und sonstiger Organisationen nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften) auf rund 54.000, für 2002⁶ auf etwa 45.000 Personen. Ebenfalls für das Jahr

Budrich, sowie die Zusammenstellungen auf www.parties-and-elections.de/, www.electionworld.org/ und <http://psephos.adam-carr.net>.

⁴ Quelle: Amtliche Endergebnisse der Bundestagswahlen 1998 und 2002, verfügbar unter www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergeb98/d/t/bun999_02.htm und unter www.bundeswahlleiter.de/wahlen/bundestagswahl2002/deutsch/ergebnis2002/bund_land/wahlkreis/kr99999.htm.

⁵ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 1999, Verfassungsschutzbericht 1998. Bonn und Berlin, Seite 16.

⁶ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 2003, Verfassungsschutzbericht 2002. Berlin, Seite 29.

2002 verzeichnet die amtliche Statistik knapp 13.000 rechtsextremistisch motiviert Straftaten, bei denen es sich zumeist um Fälle von Volksverhetzung und so genannten Propagandadelikte (Verwendung von Kennzeichen oder Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen nach § 86/86 a STGB) handelte.⁷ Selbst wenn man davon ausgeht, dass keineswegs alle entsprechenden Straftaten erfasst werden und eine Vielzahl von extremistisch motivierten Handlungen im Alltag ohnehin nicht justitiabel sind, ist die Wahl rechter Flügelparteien somit rein quantitativ die wichtigste Erscheinungsform des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik.

Ziel dieses Beitrages ist es, deshalb dem Leser einen knappen Überblick über den Stand der Forschung auf diesem Gebiet zu geben. Dazu ist es notwendig, zunächst eine Arbeitsdefinition von Rechtsextremismus festzulegen (Abschnitt 2.1). Im Anschluss daran werden die wichtigsten Parteien der extremen Rechten in Deutschland kurz vorgestellt (Unterkapitel 2.2). Abschnitt 2.3 gibt dann eine Übersicht über die Wahlerfolge der extremen Rechten in der Bundesrepublik; Kapitel 2.4 beschäftigt sich mit der Frage, welche sozialen Gruppen hinter den Erfolgen dieser Parteien stehen. In Abschnitt 2.5 schließlich wird nach tiefer liegenden Ursachen für die Wahl der extremen Rechten gesucht.

2. Wahlen und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

2.1. Rechtsextremismus: Eine Arbeitsdefinition

Die Literatur zur Extremismusforschung und insbesondere zum Rechtsextremismus ist kaum noch überschaubar⁸ und zeichnet sich durch eine verwirrende Vielfalt von je unterschiedlich definierten

⁷ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 2003, S. 31-32. Vergleichbare Angaben für 1998 fehlen, da ein einheitliches System zur Definition politisch motivierter Straftaten erst zum 1. Januar 2001 eingeführt wurde.

⁸ Für einen ersten Überblick vergleiche Winkler, Jürgen, 1996, Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, S. 25-48, in: Falter, Jürgen W., Jaschke, Hans-Gerd und Winkler, Jürgen (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (= PVS Sonderheft 27). Opladen: Westdeutscher Verlag und Winkler, Jürgen, 2001, Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme, S. 38-68, in: Stöss, Richard und Schubarth, Wilfried (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske und Budrich.

Begriffen aus, die sich zudem auf unterschiedliche Ebenen der sozialen Realität, etwa auf allgemeine Persönlichkeitsmerkmale der Bürger, auf deren politische Einstellungen, auf politische Ideologien und Zielvorstellungen der Parteien und schließlich auch auf das Verhalten von Wählern und Politikern, beziehen. Der früher häufig gebrauchte Begriff des *Rechtsradikalismus* ist dabei „zum eher unverbindlichen catch-all-term geworden (...) Versuche, den Begriff wissenschaftlich weiterzuentwickeln, gibt es praktisch nicht mehr“.⁹ In der internationalen Literatur ist die Entsprechung „radicalism“ als Bezeichnung für Phänomene, die sich an den Rändern des politischen Meinungsspektrums bewegen, zwar nach wie vor verbreitet. Als eigenständiges theoretisches Konzept jedoch spielt Radikalismus dort ebenfalls keine Rolle mehr.

Der für die heutige (deutschsprachige) Wahlforschung wichtigste unter diesen Termini ist vielmehr der des *Rechtsextremismus*. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung des modernen Extremismuskonzeptes spielte zunächst die Studie von Seymour Martin Lipset und Earl Raab, in der beide Autoren Extremismus im Wesentlichen mit Antipluralismus, das heißt der „Schließung des politischen Marktes“ gleichsetzten. Charakteristisch für das extremistische Denken ist nach Lipset und Raab „[a] tendency to treat cleavage and ambivalence as illegitimate“.¹⁰

Stark von Lipset und Raab einerseits, von dem im Grundgesetz realisierten Konzept der „streitbaren Demokratie“ andererseits beeinflusst ist die Weiterentwicklung des Begriffs durch Uwe Backes und Eckhard Jesse. Extremistisch in einem allgemeinen Sinne sind nach diesem Verständnis Organisationen, Ideologien, Handlungen und Personen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat beziehungsweise gegen die vom Bundesverfassungsgericht konkretisierte freiheitlich demokratische Grundordnung richten, also antidemokratisch sind.¹¹

Einen spezifisch „rechten“ Charakter gewinnt extremistisches Denken dann, wenn es das „Prinzip menschlicher Fundamentalgleich-

⁹ Jaschke, Hans-Gerd, 1994, *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 28.

¹⁰ Lipset, Seymour Martin und Raab, Earl, 1971, *The Politics of Unreason. Right-Wing Extremism in America, 1790-1970*. London: Heinemann, S. 6.

¹¹ Backes, Uwe und Jesse, Eckhard, 1996, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Vierte, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 45.

heit negiert“¹² und die universalen Menschenrechte durch den Maßstab der Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe ersetzt, die auf der Grundlage von Nationalität, Ethnie, Rasse oder Kultur definiert wird.¹³ Empirisch verbindet sich diese (zumeist affektiv aufgeladene) Ablehnung der Fremdgruppen häufig mit einer Vorliebe für strikte Hierarchien.¹⁴ Bei innenpolitischen Themen hängen Rechtsextremisten deshalb oft einem „law&order-Denken“ an, dessen letzte Konsequenz die Ersetzung der Demokratie durch die Herrschaft eines „starken Mannes“ wäre. In der Wahrnehmung der Staatenwelt neigen Rechtsextremisten in ähnlicher Weise dazu, eine Rangfolge von Kulturen, Völkern und Nationen aufzustellen, deren extremste Form der biologisch begründete Rassismus und Antisemitismus darstellen.

Aus der engen Anlehnung des Rechtsextremismus-Begriffs an die Wertordnung des Grundgesetzes und die Praxis der Verfassungsschutzbehörden ergeben sich einige Probleme, die vor allem darin begründet liegen, dass es heute – anders als in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts – für Parteien und Politiker in keiner Weise opportun ist, sich klar extremistisch zu äußern. Zum einen findet die *Idee* der Demokratie in Deutschland wie auch in allen anderen Ländern Westeuropas breiteste Zustimmung, auch wenn die Bürger mit den konkreten Leistungen ihres demokratischen Systems zuweilen wenig zufrieden sind.¹⁵ Deshalb wäre es für eine Partei politisch unklug, offen gegen die Demokratie zu agitieren. Zum anderen ist der juristische Druck, der auf politische Extremisten ausgeübt wird, hoch.¹⁶ Zumindest in ihren offiziellen Programmen vermeiden die Flügelparteien deshalb Aussagen, die zu einer Strafverfolgung be-

¹² Backes/Jesse 1996, S. 45.

¹³ Arzheimer, Kai, 2004 (i. E.), Die Wahl extremistischer Parteien, in: Falter, Jürgen W. und Schoen, Harald (Hrsg.), Empirische Wahlforschung. Ein einführendes Handbuch.

¹⁴ Meijerink, Frits, Mudde, Cas und van Holsteyn, Joop [J. M.], 1998, Right-Wing Extremism, *Acta Politica* 33, S. 165-178.

¹⁵ Vgl. u. a. Fuchs, Dieter, Gudiorossi, Giovanna und Svenson, Palle, 1995, Support for the Democratic System, S. 323-353, in: Klingemann, Hans-Dieter und Fuchs, Dieter (Hrsg.), *Citizens and the State*. Oxford u. a.: Oxford University Press, insbesondere S. 348-349.

¹⁶ Auch dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für andere europäische Länder, in denen extremistische Parteien teilweise sehr viel einfacher verboten werden können als in Deutschland.

ziehungsweise einem Parteienverbot führen könnten.¹⁷ Die Einstufung solcher Parteien als extremistisch stützt sich deshalb auf sonstige Dokumente und die Äußerungen einzelner Parteimitglieder, die in den jährlichen Verfassungsschutzberichten dokumentiert werden. Inwieweit aber die Partei als Ganzes für diese Aussagen verantwortlich gemacht werden kann, ist eine Frage, die zumindest diskutiert werden müsste (vergleiche dazu auch Punkt 2.2.4.).

Trotz dieser Probleme orientiert sich ein großer Teil der Beiträge aus der deutschsprachigen und internationalen Wahlforschung zumindest indirekt an dem hier skizzierten Verständnis von Rechtsextremismus. Dabei wird in der Regel nicht systematisch zwischen dem vom Extremismusbegriff abgeleiteten Adjektiv „rechtsextremistisch“ und dem allgemeineren, stärker auf die räumliche Verortung im Parteienspektrum bezogenen Epitheton „rechtsextrem“ unterschieden. Beide dienen als Bezeichnung für Parteien, Ideologien und Personen, die dem „Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit“ ablehnend gegenüberstehen und infolgedessen ein zumindest problematisches Verhältnis zur liberalen Demokratie entwickeln.

Der Terminus *Rechtspopulismus*, mit dem in der neueren Literatur häufig solche Parteien bezeichnet werden, die sich am rechten Rand des Meinungsspektrums bewegen, aber „kaum mehr dem klassischen Muster von Rechtsradikalismus beziehungsweise Rechtsextremismus entsprechen“ und zumindest nach außen hin Demokratie und Menschenrechte akzeptieren,¹⁸ hat sich bislang nicht gegen das Extremismus-Konzept durchsetzen können, da der neue Begriff vielen Forschern zu vage erscheint, in der Praxis nur schwer vom Rechtsextremismusbegriff abzugrenzen ist¹⁹ und sich in seiner Definition Aspekte der Ideologie, der Parteiorganisation und des politischen Kommunikationsstils vermischen.²⁰

¹⁷ Hierin liegt einer der Hauptgründe für die kontrovers geführte Diskussion über die Art und Zahl der Merkmale, die vorliegen müssen, damit eine Person beziehungsweise Partei als rechtsextremistisch gelten kann. Vergleiche dazu Mudde, Cas, 1996, *The War of Words. Defining the Extreme Right Party Family*, *West European Politics* 19, S. 225-248.

¹⁸ Betz, Hans-Georg, 2003, *Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung*, *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 251-264, S. 251.

¹⁹ Mudde, S. 231-232.

²⁰ Vgl. dazu exemplarisch Decker, Frank, 2000, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen: Leske und

2.2. Die relevanten Parteien

In einer häufig zitierten Studie²¹ zur extremen Rechten in Westeuropa unterscheidet Piero Ignazi zwischen zwei Typen von Rechtsparteien: Die (unabhängig von ihrem Gründungsdatum) als „alt“ bezeichneten Parteien knüpften personell und programmatisch an die totalitären Ideologien und Regime der Vergangenheit an, während die „neuen“ (und häufig erfolgreicheren) Parteien bei grundsätzlich ähnlicher Zielsetzung zumindest *prima facie* keine Verbindung zu Nationalsozialismus oder Faschismus aufwiesen. Diese Einteilung vereinfacht die tatsächlichen Verhältnisse zwar stark, hat aber durchaus heuristischen Wert. Wendet man sie auf Deutschland an, so zeigt sich rasch, dass alle für die Bundesrepublik relevanten Rechtsparteien dem Typus der „alten“ Parteien angehören. Auch den „Republikanern“, die Ignazi ursprünglich den „neuen“ Rechtsparteien zugeordnet hatte, gelang es nicht, aus dem langen Schatten des Nationalsozialismus herauszutreten.²²

2.2.1. Die Sozialistische Reichspartei (SRP)

Am deutlichsten zeigt sich diese Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus bei der SRP, die im Oktober 1949 durch Abspaltung aus der „Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei“ hervorging und sich rasch zur erfolgreichsten (vergleiche Punkt 2.3) unter den zahlreichen rechtsgerichteten Klein- und Kleinstparteien der unmittelbaren Nachkriegszeit entwickelte.²³ Schon mit der Wahl ih-

Budrich, S. 28-29 sowie S. 47-53. Für eine knappe Kritik an den Begriffen „Rechtspopulismus“ und „Neue Rechte“ vergleiche Ignazi, Piero, 2002, *The Extreme Right: Defining the Object and Assessing the Causes*, S. 21-37, in: Schain, Martin, Zolberg, Aristide und Hossay, Patrick (Hrsg.), *Shadows Over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*. New York: Palgrave, S. 22-23.

²¹ Ignazi, Piero, 1992, *The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe*, *European Journal of Political Research* 22, S. 3-34, hier S. 7-16.

²² So auch Kitschelt, Herbert, 1995, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis* [unter Mitarbeit von Anthony J. McGann]. Ann Arbor: The University of Michigan Press, S. 205-206.

²³ Vgl. für das folgende Schmollinger, Horst W., 1983 b, *Die Sozialistische Reichspartei*, S. 2274-2336, in: Stöss, Richard (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*. Band 2. Opladen: Westdeutscher Verlag.

res Namens wies die Partei auf die Traditionslinie hin, innerhalb derer sie sich bewegte. Fast alle Gründungsmitglieder waren bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP oder anderer NS-Organisationen gewesen und hatten sich bald nach Kriegsende in rechtsextremen Zirkeln zusammengefunden. Ehemalige Aktivisten der NSDAP wurden von der Parteispitze gezielt angeworben, Führungspositionen bewusst mit „verdienten Parteigenossen“ besetzt. Auch ihre Programmatik übernahm die SRP in weiten Teilen von der NSDAP und passte sich dabei „nur minimal den Bedingungen im Nachkriegsdeutschland an“.²⁴ Auf dem Höhepunkt ihres Erfolges hatte die Partei nach unabhängigen Schätzungen etwa 10.000 Mitglieder, davon rund zwei Drittel in Niedersachsen. Im Frühjahr 1951 wurden von der Bundesregierung auf der Grundlage des Vereinsrechtes einige Nebenorganisationen der SRP aufgelöst und die Einleitung des Verfahrens nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz angekündigt.²⁵ Am 23. Oktober 1952 schließlich wurde die SRP als erste Partei in der Geschichte der jungen Bundesrepublik verboten.

2.2.2. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Eine weitere Gruppierung, die dem Nationalsozialismus, vor allem aber auch dem extremen Flügel des Weimarer Konservatismus nahe stand, war die „Deutsche Reichspartei“.²⁶ Diese schloss sich 1964 mit mehreren rechten Splittergruppen zur „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zusammen. Auch diese neu gegründete Sammlungspartei hatte auf der Funktionärssebene enge Beziehungen zum Nationalsozialismus: Die überwältigende Mehrheit der Parteiführung hatte bereits der NSDAP, der SRP oder anderen verbotenen Organisationen der extremen Rechten angehört.²⁷ Das Programm der NPD beinhaltete zunächst eine heterogene Mischung

²⁴ Schmollinger 1983 b, S. 2279.

²⁵ Der Antrag auf Verbot und Auflösung der SRP konnte nicht unmittelbar gestellt werden, da das Bundesverfassungsgericht als letztes der obersten Staatsorgane erst im September 1951 seine Arbeit aufnahm.

²⁶ Schmollinger, Horst W., 1983 a, Die Deutsche Reichspartei, S. 1112-1191, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 1. Opladen: Westdeutscher Verlag.

²⁷ Schmollinger, Horst W., 1983 c, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1922-1994, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 2. Opladen: Westdeutscher Verlag, hier S. 1983.

von nationalsozialistischen, antikommunistischen und zu Beginn sogar konservativ-katholischen Elementen.²⁸ Kernforderungen der Partei waren dabei stets die deutsche Wiedervereinigung und eine Revision der Oder-Neiße-Grenze. Nach ihrem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 nahm die Partei in den 1970er Jahren offen ausländergefeindliche Parolen in ihr Programm auf und rückte insgesamt noch weiter nach rechts.

Seit dieser Zeit konnte die Partei nur noch wenige regional begrenzte Wahlerfolge erzielen. In den neunziger Jahren hat sich die NPD weitgehend aus der Wahlpolitik zurückgezogen und konzentriert sich nun darauf, vor allem in Ostdeutschland gewaltbereite rechtsextreme Jugendliche zu organisieren. Udo Voigt, seit 1996 Vorsitzender der NPD, hat diese Strategie öffentlich mehrfach als „Kampf“ oder „Schlacht um die Straße“ bezeichnet, die neben, wenn nicht sogar vor der „Schlacht um die Köpfe“ und der „Schlacht um die Wähler“ gewonnen werden müsse.²⁹ In ihrer Programmatik hat sich die Partei weiter radikalisiert und vertritt nun dezidiert antikapitalistische Positionen.³⁰

Auf dem Höhepunkt ihres Erfolges in den späten 1960er Jahren hatte die Partei bis zu 28.000 Mitglieder und konnte in allen Wahlkreisen funktionsfähige Organisationsstrukturen aufbauen.³¹ Unmittelbar nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 begann die Zahl der Mitglieder jedoch rapide zu sinken, und viele Kreisverbände zerfielen. Zu Beginn der 1980er Jahre verfügte die Partei nur noch über rund 7.000 Mitglieder, heute sind es etwa 6.000.³²

2.2.3. Die Deutsche Volksunion (DVU)

Die „Deutsche Volksunion“ wurde 1971 von dem rechtsextremen Verleger Gerhard Frey, der bis heute ihr Vorsitzender ist, als Verein gegründet. Frey, der mit dem Vertrieb von rechtsgerichteten Publikati-

²⁸ Schmollinger 1983 c, S. 1929.

²⁹ Bundesministerium des Innern, 2001, Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Berlin: Bundesministerium des Innern, 1999, S. 61.

³⁰ Jesse, Eckhard, 2003, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002, Zeitschrift für Politik 50, S. 17-36, S. 21.

³¹ Schmollinger 1983 c, S. 1973.

³² Bundesministerium des Innern, 2003, S. 68.

onen, NS- und Weltkriegsdevotionalien ein Millionenvermögen erworben hat, wollte mit Hilfe der DVU das Wachstum seiner Verlagsgruppe weiter fördern.³³ Erst 1987 wandelte Frey die DVU in eine Partei („DVU – Liste D“, seit 1991 nur noch DVU) um, die sich seitdem eher sporadisch an Wahlen beteiligt hat. Ein im gleichen Jahr geschlossenes Wahlbündnis mit der NPD, die Frey wegen seiner kommerziellen Interessen seit Mitte der 1970er Jahre sehr skeptisch gegenübersteht, wurde bald wieder aufgegeben.

Das offizielle Programm der DVU wurde so gestaltet, dass es keine Handhabe für ein Parteienverbot bietet. Es umfasst lediglich sechs Druckseiten und beschränkt sich im Wesentlichen auf ein Bekenntnis zur Demokratie und Verfassung. Ein umfassenderes Bild von den Positionen der DVU ergibt sich, wenn zusätzlich die DVU-nahen Publikationen sowie Reden Freys und anderer Parteimitglieder herangezogen werden.³⁴ Ähnlich wie die Republikaner (vergleiche Abschnitt 2.4.) macht die DVU für Probleme der inneren und der sozialen Sicherheit in erster Linie die ausländische Bevölkerung in Deutschland verantwortlich. Darüber hinaus glorifiziert die DVU in größerem Umfang als die REP bestimmte Aspekte des Nationalsozialismus (sozialstaatliche Maßnahmen, „Leistungen“ der Wehrmacht), bemüht sich intensiver um eine Relativierung des Holocausts und propagiert ein krudes sozialdarwinistisches Weltbild.

Die DVU wird zuweilen als „virtuelle Partei“ bezeichnet, da sie ganz auf Freys Person ausgerichtet und eng mit Freys Verlag verflochten ist, der die aufwendigen Wahlkämpfe der Partei mit Krediten und Spenden finanziert. Ein Parteileben im eigentlichen Sinne scheint nach wie vor kaum stattzufinden.³⁵ Der DVU gehören derzeit etwa 13.000 Personen an; 1998, im Jahr ihres großen Wahlerfolges in Sachsen-Anhalt wurde mit 18.000 Mitglieder der bisherige Höchststand erreicht.³⁶

³³ Zu Person und Werdegang Freys vergleiche Backes/Jesse 1996, S. 337-339.

³⁴ Bundesministerium des Innern, 2003, S. 76-84.

³⁵ Bundesministerium des Innern, 2003, S. 84-85; vergleiche auch Hoffmann, Jürgen und Lepszy, Norbert, 1998, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren. Interne Studie 163/1998. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

³⁶ Bundesministerium des Innern, 2003, S. 76; Bundesministerium des Innern, 1999, S. 47.

2.2.4. Die Republikaner (REP)

Die Republikaner wurden 1983 auf Initiative zweier ehemaliger CSU-Parlamentarier gegründet, die mit der Fortsetzung der sozial-liberalen Deutschlandpolitik durch die neue Bundesregierung nicht einverstanden waren. Die Partei geriet rasch unter den Einfluss Franz Schönhubers, der 1986 zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Der frühere Fernsehjournalist Schönhuber kokettierte öffentlich mit seiner Vergangenheit als Mitglied der Waffen-SS, versuchte aber ansonsten zunächst, sich von der „alten“, auf den Nationalsozialismus fixierten Rechten zu distanzieren. Ähnlich wie NPD und DVU traten die REP für eine Revision der Oder-Neiße-Linie ein. Eine wichtige Rolle spielten darüber hinaus Themen der inneren Sicherheit sowie soziale Themen (Renten, Arbeitslosigkeit). Vor allem aber richteten sich die REP gegen die in Deutschland lebenden Ausländer (insbesondere gegen Flüchtlinge und Asylbewerber), die für fast alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme verantwortlich gemacht wurden.

Nach internen Konflikten um die Position der Partei im politischen Spektrum und insbesondere um die von Schönhuber angestrebte Zusammenarbeit mit der DVU musste dieser das Amt des Parteivorsitzenden 1994 aufgeben; 1995 verließ er die Partei. Sein Nachfolger wurde Rolf Schlierer, der sich seitdem darum bemüht, die Republikaner als bürgerlich-demokratische Rechtspartei zu positionieren und von der DVU, der NPD sowie den zahlreichen kleineren rechtsextremen Gruppierungen abzugrenzen.³⁷ Obwohl im Jahr 2002 mit dem langjährigen baden-württembergischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Christian Käs einer von Schlierers schärfsten Gegnern aus der Parteiführung ausgeschieden ist, hält der innerparteiliche Widerstand gegen dessen Kurs an, wie den jährlichen Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu entnehmen ist.³⁸ In den 1990er Jahren hatten die Republikaner rund 15.000 Mitglieder, derzeit sind noch etwa 9.000 Bürger in der Partei organisiert.³⁹

³⁷ Bundesministerium des Innern, 2003, S. 86.

³⁸ Die Republikaner werden seit Anfang der 1990er Jahre vom Verfassungsschutz beobachtet. Bisher sind alle Klagen der Partei gegen diese Praxis gescheitert.

³⁹ Bundesministerium des Innern, 2003, S. 85.

2.2.5. Zwischenbilanz

Die hier vorgestellten relevanten Rechtsparteien haben ein höchst problematisches Verhältnis zu den Normen und Werten der liberalen Demokratie. Dies gilt in gleicher Weise für die große Zahl weiterer Gruppierungen, die sich am rechten Rand des demokratischen Spektrums bewegen und gelegentlich an Wahlen teilgenommen haben, ohne nennenswerte Erfolge zu erzielen. Keiner dieser Parteien gelang es, sich in überzeugender Weise vom Erbe des Nationalsozialismus zu lösen und sich als „moderne“ Rechtspartei im Sinne Ignazi zu konstituieren. Einzelne Versuche in dieser Richtung, etwa der mittlerweile aufgelöste „Bund freier Bürger“ oder die sehr weit rechts stehende, aber nicht extremistische⁴⁰ Schill-Partei – sind bislang gescheitert.⁴¹ Neben dem in den 1970er Jahren aufgekommenen Ausländerthema dominieren deshalb Elemente des „klassischen“ bundesdeutschen Rechtsextremismus – scharfe Kritik an den etablierten Parteien, die als Verräter der nationalen Interessen dargestellt werden, ein zumindest latent vorhandener Antisemitismus und Rassismus, der Wunsch nach einer Revision der Nachkriegsgrenzen und die Relativierung, wenn nicht Verklärung des Nationalsozialismus – noch immer das Bild der rechten Flügelparteien. Damit ist allerdings noch nichts über die Wählerschaft der extremen Rechten ausgesagt: Immerhin wäre es denkbar (wenn auch nicht sehr wahrscheinlich), dass sich die Wähler gar nicht bewusst sind, wofür diese Parteien stehen, oder dass die extreme Rechte nicht wegen, sondern trotz ihres Profils unterstützt wird (vergleiche Abschnitt 2.5.).

2.3. Die drei Wellen rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik

Insgesamt gesehen ist die „Geschichte extremistischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ... weithin die Geschichte ihrer Erfolglosigkeit“.⁴² Nichtsdestotrotz konnte die extreme Rechte auf unterschiedlichen Ebenen und in einzelnen Phasen der Nachkriegsgeschichte durchaus einige bemerkenswerte Wahlerfolge erzielen. In der Literatur hat es sich deshalb eingebürgert, von drei (relativ klar voneinander abgrenzbaren) „Wellen“ rechtsextremer Wahlerfolge

⁴⁰ Jesse 2003, S. 21.

⁴¹ Decker, Frank, 2002, Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52 (B 21), S. 22-31.

⁴² Jesse 2003, S. 18.

zu sprechen, über die Abbildung 1 einen Überblick gibt, in der die Stimmenanteile der Rechtsparteien bei Bundes-, Landtags- und Europawahlen zusammengestellt wurden.⁴³

Da insbesondere bei den Landtagswahlen der neunziger Jahre häufig zwei oder drei Parteien um die Stimmen des rechten Lagers konkurrierten, wurden für jede Wahl die Anteile aller rechten Parteien an den gültigen Listenstimmen aufsummiert. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass man den Umfang des rechten Wählerpotentials unterschätzt. Um angesichts der großen Zahl von Landtagswahlen, die seit der Gründung der Bundesrepublik abgehalten wurden, die Darstellung übersichtlich zu halten, enthält die Grafik für jedes Wahljahr nur das beste summierte Landtagswahlergebnis der rechten Parteien.

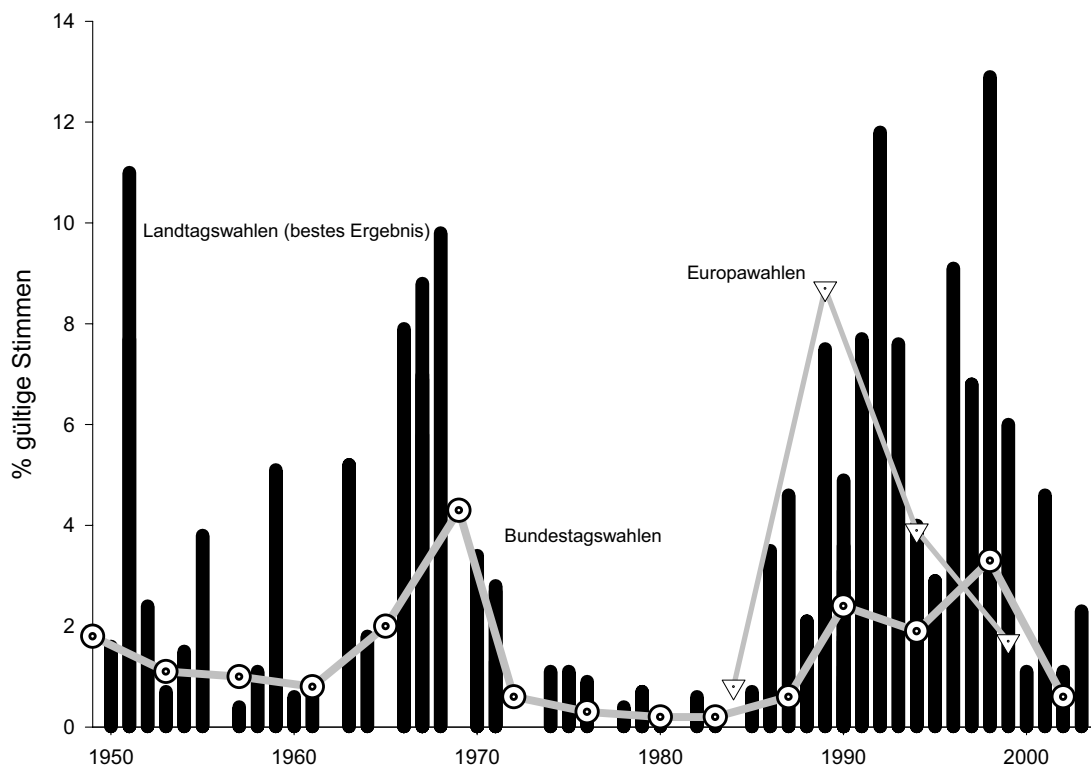
Bei der Betrachtung fällt erstens ins Auge, dass Landtags- und Europawahlen in gewisser Weise als Nebenwahlen⁴⁴ gelten können. Seit den fünfziger Jahren erzielen die rechten Parteien bei diesen Wahlen wesentlich bessere Ergebnisse als bei Bundestagswahlen, die unter ähnlichen Bedingungen im gleichen, im folgenden oder im unmittelbar vorangehenden Jahr stattfinden. Für diesen altbekannten Befund werden häufig zwei (komplementäre) Erklärungen ins Feld geführt. Zum einen seien die Anhänger kleiner Parteien stärker motiviert zur Wahl zu gehen und könnten wegen der meist recht niedrigen Wahlbeteiligung bei Landtags- und Europawahlen einen überproportionalen Einfluss ausüben. Zum anderen seien die Bürger bei diesen Wahlen, die als weniger relevant gelten, eher bereit, mit ihrer Stimme zu experimentieren und eine nicht-etablierte Partei zu unterstützen.⁴⁵

⁴³ Die Grafik wurde aus Arzheimer, Kai, Schoen, Harald und Falter, Jürgen W., 2001, *Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten*, S. 220-245, in: Stöss, Richard und Schubarth, Wilfried (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Leske und Budrich entnommen und fortgeschrieben.

⁴⁴ Vgl. Reif, Karlheinz und Schmitt, Hermann, 1980, *Nine National Second-Order Elections: A Systematic Framework for the Analysis of European Elections Results*, *European Journal of Political Research* 8, S. 3-44.

⁴⁵ Roth, Dieter und Schäfer, Hartmut, 1994, *Der Erfolg der Rechten. Denkkzettel für die etablierten Parteien oder braune Wiedergeburt?*, S. 111-131, in: Bürklin, Wilhelm und Roth, Dieter (Hrsg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?* Köln: Bund, hier S. 123.

Abbildung 1: Die Erfolge der extremen Rechten bei Bundes-, Landtags- und Europawahlen



Zweitens zeigt sich, dass, von diesen Niveauunterschieden einmal abgesehen, Bundes-, Landtags- und Europawahlergebnisse der rechten Parteien einem ähnlichen Muster folgen. Obwohl die extreme Rechte in manchen Wahlkreisen und Bundesländern über mehrere Wahlen hinweg besonders erfolgreich war (siehe Abschnitt 2.4.), spricht dies für die Chance, dass ihre Erfolge auch von überregional wirksamen Faktoren beeinflusst werden.

Drittens schließlich ist klar zu erkennen, dass das Muster rechter Wahlerfolge in der Bundesrepublik dem oben angesprochenen Konjunkturzyklus folgt: Die erste „Welle“ setzte bald nach der Gründung der Bundesrepublik ein und fand schon im Frühjahr 1951 ihren Höhepunkt, als SRP bei der niedersächsischen Landtagswahl einen Anteil von elf Prozent erringen konnte. In neun von 95 Wahlkreisen stimmten mehr als ein Viertel der Wähler für die SRP, in vier Wahlkreisen wurde sie sogar zur stärksten Partei.⁴⁶ Obwohl die Regierung

⁴⁶ Schmollinger 1983 b, S. 2311.

Adenauer, wie oben erwähnt, bereits vor der Wahl einige Nebenorganisationen der Partei verboten und die Anrufung des Verfassungsgerichtes angekündigt hatte, traten die in der „Niedersächsischen Union“ zusammengeschlossenen Landesverbände von CDU und Deutscher Partei daraufhin in Koalitionsverhandlungen mit der SRP ein, die aber nach einigen Wochen scheiterten.⁴⁷ Im Oktober desselben Jahres erzielte die SRP bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen mit einem Anteil von acht Prozent der gültigen Stimmen abermals ein sehr gutes Ergebnis. Selbst im März 1952, als das Verbotsverfahren bereits im Gange und die SRP über Monate hinweg mit einem Versammlungsverbot belegt war, kam die Partei bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung für den neu gegründeten Südweststaat im Landesteil Württemberg-Baden noch auf einen Stimmenanteil von fast vier Prozent. In einigen nordbadi-schen Regionen schnitt sie sogar noch weitaus besser ab.⁴⁸

Das Verbot der SRP war für den parteiförmigen Rechtsextremismus fraglos von entscheidender Bedeutung. Trotzdem beteiligten sich die Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums weiterhin an Wahlen und übersprangen dabei zweimal denkbar knapp die Fünfprozenthürde:⁴⁹ In Rheinland-Pfalz kam die Deutsche Reichspartei 1959 auf 5,1 Prozent; in Bremen erzielte 1964 ein Zusammenschluss von Mitgliedern der früheren Deutschen Partei, des Gesamtdeutschen Blocks/BHE und der Deutschen Reichspartei einen Anteil von 5,2 Prozent. Dieses Bündnis gilt als erfolgreicher Testfall für die ein Jahr später erfolgte Gründung der NPD. Deren Teilnahme an der Bundestagswahl von 1965, bei der sie mit einem Ergebnis von zwei Prozent der Stimmen zumindest einen Achtungserfolg erzielte, markiert den Beginn der zweiten Welle rechtsextremer Wahlerfolge. In den Jahren von 1966 bis 1968 zog die neue Sammlungspartei mit Ergebnissen zwischen 5,8 und 9,8 Prozent der gültigen Stimmen in die Landesparlamente von Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ein und stellte damit das rund zehn Jahre zuvor entstandene Politikmonopol der drei beziehungsweise vier „Bonner Parteien“ ernsthaft in Frage. Bei der Bundestagswahl von 1969 scheiterte die NPD jedoch mit 4,3 Prozent der Stimme abermals an der Sperrklausel.

⁴⁷ Schmollinger 1983 b, S. 2317.

⁴⁸ Schmollinger 1983 b, S. 2313.

⁴⁹ Analog zum Bund haben alle Länder eine Fünfprozentklausel in ihre Wahlsysteme aufgenommen.

Von diesem Schlag hat sich die Partei auf der organisatorischen wie auf der Wählerebene nie wieder erholt. Bei der nächsten Runde von Landtagswahlen in den Jahren 1970 und 1971 fiel die NPD auf Ergebnisse zwischen 1,1 (Nordrhein-Westfalen) und 3,4 Prozent (Saarland) zurück; seitdem hat sie selten mehr als ein Prozent der gültigen Stimmen erhalten.

Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge schließlich setzte erst rund anderthalb Jahrzehnte mit den für viele Beobachter überraschenden Achtungserfolgen ein, die Republikaner und DVU bei den Landtagswahlen von 1986 (Bayern) und 1987 (Bremen) erzielen konnten. Mit dem Einzug der Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus und ins Europaparlament (1989), bei denen die Republikaner 7,5 beziehungsweise 7,1 Prozent der Stimmen erhielten, erreichte sie einen ersten Kulminationspunkt. Obwohl die rechten Parteien in der Folgezeit häufig an der Sperrklausel scheiterten,⁵⁰ gelang es ihnen in den neunziger Jahren immer wieder, in einzelne Landesparlamente einzuziehen – teils auf Grund von Sonderregelungen (Bremen), teils indem sie die Fünfprozenthürde denkbar knapp übersprangen (Brandenburg), teils aber auch durch spektakuläre Erfolge wie in Sachsen-Anhalt, wo die DVU 1998 mit 12,9 Prozent das beste Ergebnis für eine rechte Partei in der Geschichte der Bundesrepublik erzielte.

In den folgenden Jahren ist die Bereitschaft zur Wahl der extremen Rechten allerdings erkennbar zurückgegangen. Seit 1999 hat keine Rechtspartei mehr auf Landes- oder gar Bundesebene die Sperrklausel überwunden.⁵¹ Obwohl es den Rechtsparteien auch sonst nur relativ selten gelungen ist, tatsächlich Parlamentsmandate zu gewinnen, muss man zusammenfassend festhalten, dass die Parteien der extremen Rechten seit Ende der 1980er Jahre Stimmenanteile auf sich vereint haben, die angesichts der historischen Vergleichswerte für die Bundesrepublik als ungewöhnlich hoch gelten müssen. Diese Erfolge beschränken sich allerdings auf die so genannten Nebenwahlen (Landtagswahlen, Europa-Wahlen 1989). Auf der Bundes-

⁵⁰ In einigen Fällen hätten die Parteien vermutlich durch Wahlabsprachen beziehungsweise Bündnisse ein für sie günstigeres Ergebnis erzielen können. Beispielsweise scheiterte die DVU bei der Hamburger Bürgerschaftswahl von 1997 mit 4,9 Prozent denkbar knapp an der Fünfprozenthürde, während auf die Republikaner weitere 1,8 Prozent der Stimmen entfielen.

⁵¹ Die Bremer DVU stellt seit der Bürgerschaftswahl von 2003 einen Abgeordneten, da die Fünfprozentregel getrennt für die Wahlgebiete Bremen und Bremerhaven angewendet wird.

ebene wurde das NPD-Ergebnis von 1969 bislang nicht übertroffen. Im Vergleich mit Nachbarländern wie Frankreich, Dänemark oder Österreich erscheint die extreme Rechte in Deutschland insgesamt gesehen deshalb relativ schwach.

2.4. Das Sozialprofil der deutschen Rechtswähler

Über die Wähler der SRP ist naturgemäß relativ wenig bekannt, da zu Beginn der 1950er Jahre in Deutschland noch keine systematischen Wahlumfragen durchgeführt wurden. Analysen der regionalen Stimmverteilung deuten aber darauf hin, dass die Partei über Schichtgrenzen hinweg vor allem protestantische Wähler in eher ländlichen Regionen ansprach, in denen bereits die NSDAP erfolgreich gewesen war. Räumlich blieb die SRP während der kurzen Dauer ihrer Existenz klar auf Norddeutschland begrenzt, wenn man von ihrem späten Achtungserfolg im Südwesten einmal absieht.⁵² Wesentlich besser ist die Datenlage im Falle der NPD.⁵³ Auch diese blieb zunächst auf die ländlich-protestantisch geprägten Räume Norddeutschlands beschränkt, konnte dann aber auch im Süden und in katholischen Regionen Wähler für sich gewinnen. Ihre soziale Basis rekrutierte sich vor allem aus dem so genannten alten Mittelstand, das heißt aus der heute stark geschrumpften Gruppe der Landwirte, Gewerbetreibenden, Einzelhändler und sonstigen kleineren Selbstständigen, die Mitte der 1960er Jahre noch einen erheblichen Teil der Erwerbsbevölkerung ausmachten. Über diese Gruppe hinaus gelang es der NPD aber in einem erstaunlichen Umfang, auch Angehörige der Arbeiterschaft zu mobilisieren. Charakteristisch für das Elektorat der NPD war außerdem ein hoher Anteil von älteren Wählern und vor allem von Männern, was zumeist auf das reaktionäre Frauenbild der extremen Rechten und die generell geringere Bereitschaft von Frauen, sozial abweichendes Verhalten zu zeigen, zurückgeführt wird.

⁵² Vgl. Schmollinger 1983 b, S. 2312-2313 mit Hinweisen auf die ältere Literatur.

⁵³ Vgl. vor allem Liepelt, Klaus, 1967, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, Politische Vierteljahresschrift 7, S. 237-271 und Klingemann, Hans-Dieter und Pappi, Franz Urban, 1972, Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen. München, Wien: Oldenbourg. Eine Zusammenfassung des Forschungsstandes gibt Schmollinger 1983 c, S. 1955-1960.

Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die seit den späten 1980er Jahren relevanten Rechtsparteien Republikaner und DVU.⁵⁴ Auch diese wurden bald nach ihren ersten Wahlerfolgen als „Männerparteien“ charakterisiert.⁵⁵ Ihre Wählerschaft rekrutierten beide Parteien in erster Linie unter den einfachen und angelernten Arbeitern sowie den verbliebenen Angehörigen des alten Mittelstandes, in geringerem Umfang auch bei den einfachen Angestellten und Beamten. Unter den Bürgern mit höherer formaler Bildung hingegen fanden Republikaner und DVU so gut wie keine Resonanz.

Auffällig war auch, dass beide Parteien ähnlich wie die NPD in erster Linie von Menschen gewählt wurden, die kaum Bindungen an die etablierten Parteien, an Kirchen oder Gewerkschaften aufwiesen.⁵⁶ An diesem Bild hat sich auch am Beginn des neuen Jahrhunderts nichts geändert. Beispielsweise zeigt die repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2002, dass die Republikaner – auf insgesamt extrem niedrigem Niveau – bei den Männern mehr als doppelt so viele Stimmen erhielten wie bei den Frauen.⁵⁷

Betrachtet man die räumliche Verteilung der Wahlerfolge von DVU und Republikanern über mehrere Wahlen hinweg, so ist zu erkennen, dass diese vor allem in Hamburg (DVU) und Baden-Württemberg (Republikaner), in geringerem Umfang auch in Schleswig-Holstein und Bremen beziehungsweise Bremerhaven (DVU) erfolgreich waren.

⁵⁴ Da die DVU nur sporadisch an Wahlen teilnimmt und ihre Kandidatur meist relativ kurzfristig bekannt gibt, werden die DVU-Wähler in Umfragen nur sehr selten gesondert erfasst. Alle bisherigen Ergebnisse sprechen aber dafür, dass zwischen den Anhängern beider Parteien keine relevanten Unterschiede auftreten.

⁵⁵ Einen umfassenden Überblick über die Wähler der extremen Rechten in den 1990er Jahren vermittelt die Monographie von Falter, Jürgen W., 1994, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland* [unter Mitarbeit von Markus Klein]. München: Beck.

⁵⁶ Vergleichbare Ergebnisse zeigen sich auch für die zum großen Teil sehr viel erfolgreicheren Rechtsparteien im westeuropäischen Ausland (vgl. Arzheimer, Kai und Carter, Elisabeth, 2003: *Explaining Variation in the Extreme Right Vote: The Individual and the Political Environment*. Keele: Keele European Parties Research Unit, Working Paper 19 (www.keele.ac.uk/depts/spire/Working%20Papers/KEPRU/KEPRU%20Paper%2019.PDF), S. 15-20 mit weiteren Literaturhinweisen.

⁵⁷ Jesse 2003, S. 30.

Analysiert man die Ergebnisse von DVU und Republikaner auf der darunter liegenden Ebene der einzelnen Wahlkreise, zeigt sich darüber hinaus, dass es den neuen Rechtsparteien häufig gelungen ist, an regionale und lokale politische Traditionen anzuknüpfen und gerade dort besondere Erfolge zu erreichen, wo bereits die NPD und andere Rechtsparteien ungewöhnlich gute Ergebnisse erzielt haben. Beispielsweise konnte die DVU bei der Schleswig-Holsteinischen Landtagswahl von 1992 im Wahlkreis Lauenburg-Nord mit 8,3 Prozent der gültigen Zweitstimmen ihr Landesergebnis von 6,3 deutlich, nämlich um etwa ein Drittel übertreffen.

Im gleichen⁵⁸ Wahlkreis hatte die NPD 1967 7,1 Prozent der Stimmen erhalten, während sie im Landesdurchschnitt nur auf 5,8 Prozent kam. Noch aufschlussreicher ist der Vergleich mit der mehr als vier Jahrzehnte zurückliegenden Landtagswahl von 1950: Die SRP erzielte hier damals mit einem Anteil von 7,7 Prozent ihr bestes Wahlkreisergebnis. Im Landesdurchschnitt erreichte sie gerade 1,6 Prozent.⁵⁹ Ähnliche Beispiele lassen sich auch für eine Vielzahl anderer Gebiete finden.

2.5. Extremistische Einstellungen und die Wahl der extremen Rechten

Die soziale Basis der extremen Rechten lässt sich, wie im vorangehenden Abschnitt gezeigt, relativ klar abgrenzen: Anklang fanden die Parteien der extremen Rechten bislang vor allem in solchen sozialen Gruppen, die den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Wandel, der sich in der Bundesrepublik seit Kriegsende vollzogen hat, häufig als negativ und bedrohlich empfinden, selbst wenn ihre eigene materielle Lage nach objektiven Kriterien nicht oder noch nicht gefährdet ist. Schon für die Wähler und Anhänger des Nationalsozialismus wurde argumentiert, dass solche Statusängste zu einer Abwendung von den demokratischen Werten und Regeln und insbesondere zu einer Projektion der Bedrohungsgefühle auf Fremdgruppen führen können. Die Erfolge der NPD in den 1960er Jahren boten dann für Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter

⁵⁸ Zuschnitt (und Name) des Wahlkreises haben sich mehrfach geändert. Auf die substanziellen Ergebnisse hat dies keinen Einfluss.

⁵⁹ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die SRP damals nur in 21 der 47 Wahlkreise Kandidaten aufgestellt hatte.

Klingemann den Anlass, diese Überlegungen zu einer höchst differenzierten Theorie rechter Wahlerfolge weiterzuentwickeln.⁶⁰

Scheuch und Klingemann zufolge verunsichern rasche Wandlungsprozesse viele Bürger. Eine „pathologische“ Form der Anpassung an diese als beunruhigend empfundenen Veränderungen bestehe in der Entwicklung eines rigiden Denkstiles im Sinne der von Adorno, Eysenck und Rokeach entwickelten Konzepte.⁶¹ Ein solcher Denkstil beinhalte die Entwicklung von Freund-Feind-Schemata, die Bevorzugung einfacher und dabei radikaler politischer Konzepte sowie die Abwehr neuer Erfahrungen und Informationen über die soziale und politische Realität, welche die gewonnene Sicherheit wieder in Frage stellen könnten. Wenn innerhalb eines politischen Systems extremistische Parteien existieren, die das so entstandene Bedürfnis nach einfachen Erklärungen und drastischen Maßnahmen befriedigen können, sei es wahrscheinlich, dass sich zumindest ein Teil der Bürger mit rigidem Denkstil diesen Gruppierungen zuwendet.

Ein vollständiger Test der Theorie von Scheuch und Klingemann steht bis heute aus.⁶² Eine große Zahl empirischer Untersuchungen deutet jedoch darauf hin, dass die Wähler der deutschen Rechtsparteien in ihrer übergroßen Mehrheit selbst rechtsextreme Einstellungen aufweisen. Bei näherer Betrachtung ist dies im Grunde wenig überraschend: Im Falle der SRP konnte es ohnehin keine Zweifel über Herkunft und Ziele der Partei geben. Über NPD, REP und DVU wurde und wird in den Medien intensiv und in der Regel sehr kritisch berichtet. Alle drei Parteien werden in der Öffentlichkeit immer wieder mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Dass eine nennenswerte Zahl von Wählern diese Gruppierungen als demokra-

⁶⁰ Scheuch, Erwin K. und Klingemann, Hans-Dieter, 1967, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12, S. 11-29.

⁶¹ Adorno, Theodor W., Frenkel-Brunswik, Else, Levinson, Daniel J, et al., 1950, The Authoritarian Personality. New York: Harper; Eysenck, Hans Jürgen, 1954, The Psychology of Politics. London: Routledge, K. Paul; Rokeach, Milton, 1960, The Open and the Closed Mind. Investigations into the Nature of Belief Systems and Personality Systems. New York: Basic Books.

⁶² Für einen partiellen Test der Theorie vergleiche Arzheimer, Kai und Falter, Jürgen W., 2002, Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens, S. 85-107, in: Fuchs, Dieter, Roller, Edeltraud und Weßels, Bernhard (Hrsg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

tisch und gemäßigt wahrnimmt, erscheint vor diesem Hintergrund sehr unwahrscheinlich und lässt sich auch empirisch nicht belegen: Bei einer repräsentativen Untersuchung anlässlich der Bundestagswahl 1998 ordneten vielmehr sowohl die Wähler der rechten Flügelparteien als auch die Wähler der anderen Parteien DVU und Republikaner am äußersten rechten Rand des Parteienspektrums ein.⁶³ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Wähler der Rechtsparteien auch sich selbst sehr weit rechts einstufen.⁶⁴

Tabelle 2: Rechtsextreme Einstellungen und die Wahl rechter Flügelparteien 1994-2002

Zustimmung zu	Wähler anderer Parteien	Wähler von NPD, DVU, REP
„Anschläge auf Asylbewerberheime kann ich gut verstehen.“	4	31
„Auch heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß.“	17	50
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	12	61

Lesehilfe: 50 Prozent der Wähler von NPD, DVU und Republikanern, aber nur 17 Prozent der Wähler der übrigen Parteien stimmten der Aussage zu, auch heute noch sei der Einfluss der Juden zu groß.

Diese Einschätzung ist durchaus realistisch, wie aus Tabelle 2 hervorgeht. Darin sind Zustimmungsraten zu Aussagen, die als exemplarisch für eine Reihe rechtsextremer Einstellungen wie (gewaltbereite) Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Verklärung des Nationalsozialismus gelten können, aufgelistet. Das Bild, das sich

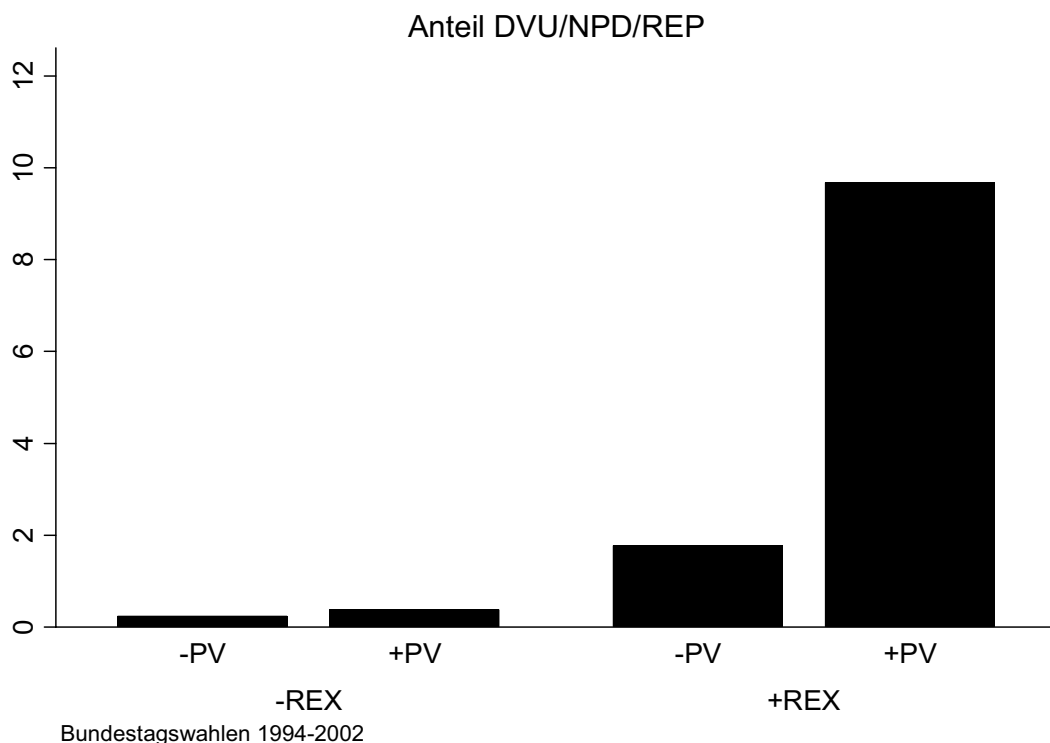
⁶³ Die hier und im Folgenden analysierten Daten stammen aus dem Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland. Ein Langfristvergleich von Determinanten und Konsequenzen 1994-2002“ (ZA-Nr. 3065/3066/3861). Beide Parteien konnten auf einer Skala von ganz links (1) bis ganz rechts (11) eingestuft werden. Wähler von REP, DVU oder NPD ordneten beide Parteien im Mittel bei 9,8 ein, die Wähler der übrigen Parteien verorteten die Republikaner am Skalenpunkt 10 und die DVU ebenfalls bei 9,8. Der (minimale) Unterschied, der sich bei den Republikanern zeigt, ist statistisch nicht signifikant.

⁶⁴ Der Mittelwert für die Wähler der Flügelparteien liegt bei 8,2, der Mittelwert für die Wähler der übrigen einschließlich der bürgerlichen Parteien bei 5,3.

dabei ergibt, ist bemerkenswert klar: In weit höherem Maße als die Wähler anderer Parteien identifizieren sich die Anhänger der Flügelparteien mit Elementen rechtsextremen Gedankengutes.

Um Missverständnisse zu vermeiden, ist es wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die (möglicherweise gedankenlose) Zustimmung zu einzelnen Aussagen dieser Art kein hinreichender Beleg dafür ist, dass ein einzelner Bürger als Rechtsextremist gelten müsste. Einen solchen Nachweis zu führen ist auch kein Ziel der Wahlforschung. Beweisen lässt sich mit solchen Untersuchungen aber, dass die Bereitschaft zur Übernahme rechtsextremer Ideologiefragmente unter den Anhängern der rechten Flügelparteien sehr viel größer, nämlich drei- bis achtmal höher ist als unter den übrigen Wählern. Besonders klar zeigt sich dies bei der Aussage zu den Asylbewerberheimen, die vor dem Hintergrund der schweren Brandanschläge, die in den vergangenen Jahren verübt wurden, nur als Zustimmung zu extremistisch motivierten Mordversuchen verstanden werden kann. Selbst diesem Item stimmte fast ein Drittel der befragten Rechtswähler zu.

Abbildung 2: Ideologie, „Politikverdrossenheit“ und die Wahl rechter Parteien 1994-2002



Rechtsextreme Einstellungen und die Wahl von DVU, REP und NPD stehen also in einem sehr engen Verhältnis zueinander. Die Anfang der 1990er Jahre häufig geäußerte Vermutung, dass die neu entstandenen Rechtsparteien nur aus im Grunde unideologischen Protestmotiven heraus gewählt würden,⁶⁵ lässt sich hingegen nicht bestätigen, wie in Abbildung 2 zu erkennen ist, die entsprechende Befunde von Falter⁶⁶ für die frühen 1990er Jahre bestätigt. Für diese Abbildung wurden die in Tabelle 2 aufgeführten Items durch weitere Aussagen dieser Art ergänzt und zu einer Skala zusammengefasst.⁶⁷ Anschließend wurde eine zweite Skala konstruiert, um Verdrossenheits- und Protestmotive⁶⁸ der Befragten zu erfassen.⁶⁹ In einem dritten Analyseschritt wurden dann vier Gruppen von Befragten gebildet: solche, die auf beiden Skalen niedrige Werte aufweisen (im Diagramm ganz links), solche die niedrige Werte auf der Rechtsextremismusskala mit hohen Werten auf der Verdrossenheitsskala verbinden (zweite Säule von links), solche die eine große Zahl von rechtsextremen Einstellungen aufweisen, aber politisch zufrieden sind (dritte Säule), und schließlich solche, die rechtsextrem und politisch unzufrieden sind (Säule ganz rechts). Die Höhe der jeweiligen

⁶⁵ Vgl. zum Beispiel Roth/Schäfer 1994.

⁶⁶ Falter 1994.

⁶⁷ Dabei handelte es sich um die Items „Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als einen großen Staatsmann ansehen“ und „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen“. Die resultierende Summenskala ist reliabel (Cronbachs $\alpha = 0,73$).

⁶⁸ Für eine grundsätzliche Kritik an diesen Konzepten vergleiche Arzheimer, Kai, 2002, Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

⁶⁹ Die entsprechenden Items lauteten „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“; „Die Parteien betrachten den Staat als Selbstbedienungsladen“; „Die meisten Parteipolitiker sind vertrauenswürdige und ehrliche Menschen (+)“; „Ohne gute Beziehungen zu den Parteien kann der Bürger heute überhaupt nichts mehr erreichen“; „Den Parteien geht es nur um die Macht“; „Die Parteien unterscheiden sich in ihren Zielen so sehr, dass der Bürger klare Alternativen hat (+)“; „Die Parteien üben in der Gesellschaft zuviel Einfluss aus“; „Ohne Berufspolitiker würde unser Land schlechter regiert werden (+)“; „Die meisten Parteien und Politiker sind korrupt“; „Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken (+)“; „Leute wie ich haben keinen Einfluss auf die Regierung“. Die als positiv markierten Aussagen über Parteien und Politiker wurden für die Skalenbildung umkodiert. Die resultierende Skala ist reliabel (Cronbachs $\alpha = 0,78$).

Säulen repräsentiert den kombinierten Anteil, den die drei rechten Flügelparteien in diesen Gruppen erreichen konnten. Interessant ist hier insbesondere die zweite Gruppe, in der sich die nicht-rechtsextremen Protestwähler finden müssten. Der Anteil derjenigen, die angaben, für eine Partei der extremen Rechten stimmen zu wollen, ist jedoch verschwindend gering.

Im rechten Teil der Grafik hingegen ist nochmals klar zu erkennen, dass rechtsextreme Einstellungen eine notwendige Bedingung für die Wahl der rechten Flügelparteien bilden. Nur solche Befragte, die ein hohes Maß an rechtsextremen Einstellungen aufweisen, stimmen überhaupt in nennenswertem Umfang für DVU, NPD oder REP.

Bemerkenswert ist dabei allerdings, dass selbst in der Gruppe derjenigen, die rechtsextrem *und* politisch unzufrieden sind, nur knapp zehn Prozent für eine Rechtspartei stimmen wollten. Die große Mehrheit dieser Bürger enthält sich der Stimme oder votiert für eine der großen Volksparteien. Das Gleiche gilt für die Gruppe derjenigen, die rechtsextrem, aber politisch nicht unzufrieden sind.

Damit stellt sich der Wahlforschung die für viele Bürger vielleicht überraschende Frage, warum die extreme Rechte in Deutschland verglichen mit anderen europäischen Ländern so schwach ist, und warum ihre Unterstützung über die Zeit hinweg derart großen Schwankungen unterliegt (vergleiche Abschnitt 2.3.). Einen Ansatzpunkt bieten auch hier die Überlegungen von Scheuch und Klingemann, die darauf hinweisen, dass extremistische Einstellungen keineswegs automatisch zur Wahl extremistischer Parteien führen. Vielmehr spielen bei der Umsetzung von extremistischen Einstellungen in Wahlverhalten zahlreiche institutionelle und andere Makro-Faktoren, die in der neueren Literatur unter dem Begriff der „Gelegenheitsstruktur“⁷⁰ zusammengefasst werden, sowie deren Wahrnehmung durch die Bürger eine wichtige Rolle. Zu denken ist dabei etwa an die Anzahl und die organisatorische Stärke der extremistischen Parteien, an die rechtlichen Vorschriften, die die Gründung, Kandidatur und Wahlwerbung der Parteien regeln, an die Präsentation der Extremisten in den Medien, an das programmatische Angebot der demokratischen Parteien, die politische Agenda der Öffentlichkeit, an die bisherigen Wahlerfolge der Extremisten, in denen sich die soziale Akzeptanz einer entsprechenden Wahlentscheidung

⁷⁰ Vgl. dazu Arzheimer/Carter 2003 mit weiterführenden Literaturhinweisen.

widerspiegelt, sowie die Anreize, die für Bürger und Parteien vom Wahlsystem ausgehen.

Beispielsweise wurde schon früh darauf hingewiesen, dass die Unionsparteien nach dem Ende der Großen Koalition innen- und außenpolitisch wieder weiter nach rechts rücken konnten. Dadurch eröffnete sich ihnen die Möglichkeit, potenzielle NPD-Wähler zu (re-)integrieren.⁷¹ Systematische Analysen zum Einfluss solcher Gelegenheitsstrukturen auf die Wahl der extremen Rechten gestalten sich in der Forschungspraxis allerdings außerordentlich schwierig, da die Wirkung dieser Faktoren nur über die Zeit und über Ländergrenzen hinweg untersucht werden kann und die Zahl der Messpunkte (=Wahlen) in Relation zur Zahl der infrage kommenden Faktoren klein ist.⁷²

3. Fazit

Ziel dieses Beitrages war es, dem Leser einen knappen Überblick über die quantitativ wichtigste Form rechtsextremistischen Verhaltens, nämlich die Wahl der rechten Flügelparteien zu geben. Dabei zeigte sich, dass alle in Deutschland relevanten Rechtsparteien – SRP, NPD, REP und DVU – dem Typus der „alten“ Rechtsparteien zuzurechnen sind, denen es nicht gelungen ist, sich aus dem Schatten des Nationalsozialismus zu lösen.

Auch die Wähler dieser Parteien, die sich zumeist aus bildungsfernen Schichten rekrutieren, deren Status durch Modernisierungsprozesse in Frage gestellt wird, haben in ihrer übergroßen Mehrzahl ein zumindest problematisches Verhältnis zur Demokratie. In weit größerem Umfang als die Wähler anderer Parteien stimmen sie Aus-

⁷¹ Schmollinger 1983 c, S. 1960.

⁷² Erst in jüngster Zeit wurde überhaupt der Versuch unternommen, den Einfluss derartiger Faktoren empirisch über eine größere Anzahl von Ländern hinweg zu untersuchen. Vergleiche dazu exemplarisch Jackman, Robert W. und Volpert, Karin, 1996, Conditions Favouing Parties of the Extreme Right in Western Europe, *British Journal of Political Science* 26, S. 501-521; Knigge, Pia, 1998, The Ecological Correlates of Right-Wing Extremism in Western Europe, *European Journal of Political Research* 34, S. 249-279; Lubbers, Marcel, Gijsberts, Mérove und Scheepers, Peer, 2002, Extreme Right-Wing Voting in Western Europe, *European Journal of Political Research* 41, S. 345-378; Golder, Matt, 2003, Explaining Variation in the Success of Extreme Right Parties in Western Europe, *Comparative Political Studies* 36, S. 432-466; Arzheimer/Carter 2003.

gen zu, die sich auf die Kernelemente rechtsextremen Denkens beziehen: Verklärung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, übersteigter Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit.

Bislang konnten die Parteien der extremen Rechten dieses Potenzial aber kaum ausschöpfen. Die Unterstützung dieser Parteien unterliegt vielmehr Schwankungen und beschränkt sich im Wesentlichen auf die Ebene der Länder. Verglichen mit vielen europäischen Partnerländern ist die extreme Rechte in Deutschland zersplittert und ausgesprochen schwach. Die Gründe hierfür dürften in den Defiziten der Rechtsparteien selbst, vor allem aber auch in der politischen Kultur Deutschlands, der „Ventilfunktion“ der zahlreichen Nebenwahlen und nicht zuletzt in der Integrationskraft der demokratischen Parteien liegen.

Richard Stöss

Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen

1. Problemstellung

Es scheint mir für den Zweck dieses Beitrags entbehrlich, auf die Diskussion über den vieldeutigen Begriff der Globalisierung einzugehen. Unstrittig ist, dass die rasch voranschreitende Verdichtung und „räumliche Erweiterung von ökonomischen, kulturellen und politischen Beziehungen sowie die wechselseitige Verflechtung (Interdependenz) von Akteuren und Problemlagen“¹ nationale, regionale und selbst kommunale Entwicklungen prägt und das Denken und Handeln der Menschen beeinflusst. Einvernehmen besteht auch darüber, dass die Folgen der Globalisierung widersprüchlich sind. Auf der einen Seite fördert sie – vor allem in den modernen Industriegesellschaften – Entgrenzung, Freiheitsgewinne, Mobilität, Erkenntnisfortschritte, Horizonterweiterung und Wohlstand. Auf der anderen Seite gehen von der Globalisierung aber auch enorme Bedrohungen und Risiken aus: Armut, Verelendung, ökologische Katastrophen usw. Mit Blick auf die Ursachen des Rechtsextremismus sind hauptsächlich vier Faktoren hervorzuheben:

Migration: Das weltweit zunehmende soziale Gefälle zwischen Wohlstandsinseln und Armutsregionen, die innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen – weithin gewaltsam ausgetragenen – Konflikte in der „Dritten Welt“ sowie die Verfolgung von politischen, ethnischen und religiösen Gruppen nehmen zu und verstärken Wanderungsbewegungen gerade auch in die entwickelten Industriestaaten. Diese internationalen Migrationen dürften weiter anwachsen und „Dimensionen annehmen, die sich allen Steuerungs-, Regelungs- und Kanalisierungsversuchen entziehen“.²

Standortwettbewerb: Mit zunehmender Globalisierung der Wirtschaft, insbesondere der Finanzmärkte, verschärft sich der Wettbe-

¹ Klaus Segbers, Entstehungsursachen und Entwicklungstrends von Wanderungsbewegungen, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), *Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen, Einwanderung, Asylpolitik*, Köln 1993, S. 17-32, hier S. 18.

² Klaus Segbers, Entstehungsursachen und Entwicklungstrends von Wanderungsbewegungen, in: Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.), *Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen, Einwanderung, Asylpolitik*, Köln 1993, S. 17-32, hier S. 18.

werb zwischen Standorten um Investitionen. Standortpolitik bedeutet aber nicht nur Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, sondern vielfach auch Lohnsenkung, Abbau von Sozialleistungen und geringe Umweltstandards. In den westlichen Industriegesellschaften steht Modernisierung meist für Deregulierung, Kostensenkung, Steigerung der Arbeitsproduktivität und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Bei unzureichender Modernisierung drohen Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer. In den Sektoren der Wirtschaft, die sich dem internationalen Wettbewerb nicht gewachsen fühlen, mehren sich Forderungen nach staatlichem Schutz (Subventionen, Protektionismus) vor unliebsamer Konkurrenz.

Grenzüberschreitende Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten: Gegenwärtig sind weltweit über 100 Millionen Menschen arbeitslos, und das rasche Wachstum der Weltbevölkerung wird die Arbeitsmärkte verstärkt unter Druck setzen. Die Folgen sind nicht nur Arbeitsmigration und der Export von Arbeitsplätzen, sondern auch die Internationalisierung von Arbeitsmärkten. In den Industriestaaten sind falsch oder gering qualifizierte Personen im Wettbewerb mit Arbeitnehmern aus der „Dritten Welt“ oder aus Osteuropa benachteiligt und ständig von Arbeitslosigkeit bedroht. Und diejenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen, neigen nicht selten dazu, ihre Privilegien rabiat zu verteidigen.

Standortnationalismus: Oft singen Modernisierungsverlierer und Wohlstandschauvinisten gemeinsam mit dem durch die Globalisierung bedrohten Mittelstand das Hohelied des „Standortnationalismus“.³ Damit ist eine Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit zur „Begünstigung ‚eigener‘ Unternehmen, Produktionsstätten und Arbeitsplätze“⁴ und zur Abwehr fremder Ansprüche und äußerer Bedrohungen gemeint.

Wenn Globalisierung der Entstehung beziehungsweise Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leisten sollte, was in der Literatur behauptet wird und auch durchaus plausibel erscheint, dann dürfte er sich aus ihren Bedrohungen und Risiken speisen. Denn Rechtsex-

³ Christoph Butterwegge, Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen 1998, S. 147-161; ders., Rechtsextremismus, Standortnationalismus und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 52 (2001) 11-12, S. 726-730.

⁴ Ebd., S. 157.

tremismus gedeiht zumeist in Zeiten grundlegenden sozioökonomischen und/oder politischen Wandels, wenn der Verlust von Macht, Privilegien oder Sozialprestige für spezielle soziale Gruppen droht beziehungsweise bereits eingetreten ist, wenn sich einzelne Gruppen oder sogar ganze Völker gegenüber anderen benachteiligt, zurückgesetzt oder bedroht fühlen.⁵ Aus der Sicht der empirischen Sozialforschung ist allerdings erklärungsbedürftig, wie sich derartige Entwicklungen auf der individuellen Ebene als rechtsextreme Einstellungen niederschlagen.

Bei der Beantwortung der Frage nach der Beziehung zwischen Globalisierung und Rechtsextremismus steht die Forschung vor dem Problem, die Makroebene mit der Mikroebene, also gesamtgesellschaftliche (hoch aggregierte beziehungsweise sehr allgemeine) Merkmale mit individuellen (sehr speziellen) Merkmalen in Beziehung zu setzen. Dieses Problem ist nicht neu. Es wurde in der empirischen Konfliktforschung durch die Ermittlung von intervenierenden Variablen zwischen allgemeinen Umwelteinflüssen und individuellen Einstellungen beziehungsweise Verhaltensweisen gelöst.

Mein Referat gliedert sich folglich in drei Abschnitte. Zunächst werde ich mich mit den intervenierenden Variablen befassen. Dann erfolgt eine Betrachtung der Umwelteinflüsse, wobei es sich hauptsächlich um den sozialen Wandel und die Globalisierung handelt. Und schließlich wende ich mich der Situation des Rechtsextremismus unter dem Einruck der Umwelteinflüsse zu. Da bislang keine Untersuchungen über den Zusammenhang von Globalisierung und rechtsextremen Einstellungen vorliegen, muss ich mich in diesem Beitrag auf empirisch gestützte Vermutungen beschränken.

2. Intervenierende Variablen zwischen Umwelteinflüssen und individuellem Rechtsextremismus

a) Unzufriedenheit

Unter den intervenierenden Variablen zwischen allgemeinen Umwelteinflüssen und individuellen rechtsextremen Einstellungen beziehungsweise Verhaltensweisen spielt das Unzufriedenheitstheorem eine hervorragende Rolle.

⁵ Vgl. Richard Stöss, *Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 368, Bonn 2000, S. 101-130, hier S. 106.

Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition, Widerstand und Gewalt hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tief greifenden Modernisierungsprozessen.⁶ Auf der individuellen Ebene geht es letztlich um die Wahrnehmung und Verarbeitung von Ungleichgewichtszuständen.⁷

Schon Ernst Bloch hatte den Faschismus der Zwischenkriegszeit als „Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit“ bezeichnet.⁸ Damit sind widersprüchliche Entwicklungen in einer Gesellschaft gemeint: Modernisierung in einem Bereich – Stillstand oder Rückständigkeit in einem anderen, Demokratisierung hier – autoritäre Strukturen dort, Bedeutungsgewinn der Mittelschichten – Niedergang der Bauernschaft oder der Arbeiterklasse. Die Bedrohung des sozialen Status gilt als eine wichtige Ursache für die Hinwendung zum Rechtsextremismus. Nach den wegweisenden Aufsätzen von Lipset und Hofstadter aus dem Jahr 1955 hat die radikale Rechte in den USA („McCarthyism“) in dem Maß an Bedeutung gewonnen, wie die Zahl der Personen zugenommen hat, die ihren Status gefährdet oder keine Möglichkeit sahen, ihren Status zu verbessern.⁹

b) Relative Deprivation

Auf die Diskrepanz von Erwartungen beziehungsweise Ansprüchen und Realität zielt auch das Konzept der relativen Deprivation (Unterversorgung mit lebenswichtigen beziehungsweise für lebenswichtig erachteten Gütern oder Dienstleistungen). Rechtsextremismus be-

⁶ Vgl. Max Kaase, Politischer Protest in der sozialwissenschaftlichen Literatur, Stuttgart 1978.

⁷ Vgl. Jürgen Winkler, Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme, in: Schubarth/Stöss (FN 5), S. 38-68, hier 54 ff.

⁸ Vgl. Ernst Bloch, Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit, in: Ernst Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln 1978, S. 182-204.

⁹ Vgl. Seymour Martin Lipset, The Sources of the “Radical Right”, in: Daniel Bell (Hrsg.), The Radical Right. The New American Right Expanded And Updated, Garden City 1964 (ursprünglich 1955), S. 307-371; Richard Hofstadter, The Pseudo-Conservative Revolt, in: ebd., S. 75-95.

günstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichgewichte in der Entwicklung beziehungsweise in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Allgemeiner formuliert ist relative Deprivation das „Ergebnis sozialer Ungleichheit in der Verteilung von Werten oder angestrebten Gütern“.¹⁰ In dem maßgeblich von Ted R. Gurr ausgearbeiteten Konzept spielt gerade die Kluft zwischen Wert-erwartungen und Wertrealisierungen eine wichtige Rolle, wobei „unerfüllte Erwartungen in Bezug auf niemals erreichte Werte“ weniger Unzufriedenheit erzeugen als der „Abbau einer bereits erreichten Wertposition“.¹¹ Unzufriedenheit erwächst also nicht nur aus materieller (ökonomischer, sozialer), sondern auch aus ideeller Deprivation, was für die Ursachenanalyse des Rechtsextremismus besonders bedeutsam ist.

Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunfts-trächtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher „modernen“ und eher „traditionellen“ Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sektors sind spezifische Berufsgruppen (zum Beispiel Bauern, Landarbeiter, Facharbeiter im Montanbereich, ungelernete Arbeiter) von sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und leiden unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors ihren Stammbeflegschaften zumeist langfristig sichere Arbeitsplätze und hohe berufliche Qualifizierung bieten können. Zugleich bahnen sich weitere Entwicklungen an oder sind in bestimmten Branchen schon Realität: Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses überhaupt durch (Schein-)Selbstständigkeit, Prekarisierung und Verschärfung des innerbetrieblichen Konkurrenzdrucks. Gemeinsam ist diesen Tendenzen, dass sie Sicherheiten der ökonomischen Reproduktion auflösen oder gefährden oder doch mindestens als Gefährdung wahrgenommen werden. Hieraus resultiert der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern, der seit den achtziger Jahren in den

¹⁰ Kaase (FN 6), S. 23.

¹¹ Ted Robert Gurr, *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*, Düsseldorf-Wien 1972 (ursprünglich: *Why Men Rebel*, 1970), S. 346 f.

entwickelten Gesellschaften Europas als wichtige Ursache für den Aufstieg des „neuen“ Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unsicherheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu Gegnern der Modernisierungsprozesse werden.

3. Umwelteinflüsse

Auf der Suche nach aktuellen Umwelteinflüssen, die Unzufriedenheit im Allgemeinen und Statusängste oder relative Deprivation im Besonderen erzeugen und auf diesem Wege Rechtsextremismus bewirken, stoßen wir in der Forschungsliteratur zunächst auf den sozialen Wandel. Globalisierung ist erst neuerdings hinzugekommen, sie setzt gewissermaßen auf den sozialen Wandel auf.

a) Sozialer Wandel

Rascher sozialer Wandel bedeutet zumeist die Auflösung von bestehenden Normen und Bindungen. Viele Menschen sind mit den dabei zu erbringenden erheblichen Lern- und Anpassungsleistungen überfordert und reagieren darauf mit Anomie, mit Gefühlen also wie Einsamkeit, Verunsicherung, Macht- und Hilflosigkeit. Um Anomie abzuwehren, sucht das Individuum nach stabilen Ordnungsmustern, die Sicherheit und Geborgenheit versprechen. Nach Scheuch/Klingemann (1967) besteht eine Ungleichzeitigkeit zwischen dem ständigen sozio-ökonomischen Wandel und den relativ stabilen Wertemustern in einer Gesellschaft. Diese widersprüchliche Situation erzeuge Desorientierung und Verhaltensunsicherheit beziehungsweise das Bedürfnis nach starren Orientierungssystemen, wie Rigidität, Konventionalismus oder Dogmatismus. Im Rechtsextremismus sehen beide Autoren daher eine „normale“ Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften.¹²

Im Kontext des sozialen Wandels moderner Industriegesellschaften wird der (vor allem jugendliche) Rechtsextremismus auch mit den

¹² Erwin K. Scheuch/Hans D. Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jahrgang, Tübingen 1967, S. 11-29.

damit verbundenen Individualisierungstendenzen erklärt.¹³ Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, seien die Menschen heute auf sich selbst zurückgeworfen. Sie müssten allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden und folglich höheren Belastungen bei der Ausbildung autonomer Handlungsfähigkeit standhalten. Individualisierung mindere die Resistenz gegen rechtsextreme Erscheinungsformen und Orientierungen, und das Fehlen sozialer Beziehungen könne dazu führen, dass sich gerade durch Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen geprägte Jugendliche auf die Suche nach kollektiven Ersatzidentitäten begeben, bei denen sie Stärke, Schutz oder Geborgenheit vermuten.

Der Individualisierungsthese in der Jugendsoziologie entspricht in etwa die Flexibilisierungsthese in der Wahlsoziologie.¹⁴ Mit der Entwicklung der Bundesrepublik von einer industriellen zu einer postindustriellen (Dienstleistungs-) Gesellschaft verlören die für die klassische Industriegesellschaft typischen Konfliktlinien zunehmend an Bedeutung. Die daraus gewachsenen dauerhaften Allianzen zwischen sozialen Klassen beziehungsweise Gruppen und Parteien lösten sich auf. Infolge der sozialen Differenzierung hätten sich die großen Volksparteien hinsichtlich ihrer sozialen Basis und ideologisch-programmatisch einander angeglichen, rivalisierten auf dem Wählermarkt um die besonders flexible Mitte und vernachlässigten ihre Kernwählerschaften. So habe sich ein erhebliches Potenzial von ungebundenen, unzufriedenen und stimmungsabhängigen Personen entwickelt, das besonders zur Nichtwahl oder zur Wahl von demagogischen Populisten neige.¹⁵

¹³ Vgl. vor allem Wilhelm Heytmeyer, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*, Weinheim-München 1987.

¹⁴ Vgl. Richard Stöss, *Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 11/1993, S. 50-61; Jürgen Falter, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München 1994.

¹⁵ Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, *Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 11/1993, S. 36-49.

b) Globalisierung

Nicht nur mit Blick auf die allgemeinen Ursachen des Rechtsextremismus besteht ein enger Zusammenhang zwischen sozialem Wandel und Globalisierung. Globalisierung verstärkt oft nur Unzufriedenheit oder relative Deprivation, die aus dem sozialen Wandel resultieren. Aber sie erzeugt auch zusätzliche Probleme, die die weitere Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen.

Zerfall der Nationalstaaten

Der Staat ist die politische Organisation eines Volkes. Sie verfügt über die „höchste und unwiderstehliche Gewalt über die Bewohner eines bestimmten Territoriums“.¹⁶ Die Einheit von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt unterliegt im Zeichen der Globalisierung einer schleichenden Erosion. Nationale Regierungen übertragen nämlich zum Zweck kollektiver Problemverarbeitung zunehmend Kompetenzen auf supranationale Organisationen. Grenzüberschreitende Politik liegt in Anbetracht zunehmender Wirtschaftsverflechtung und wachsender Internationalisierung von Problemlagen durchaus im Interesse der Nationalstaaten, rüttelt zugleich aber an ihren Grundfesten. Denn dadurch gehen genuin staatliche Hoheitsrechte an externe Regime über: „Der Staat konzentriert nicht mehr die gesamte legitime Zwangsgewalt in sich, sondern teilt sie mit anderen, nicht staatlichen, aber auch nicht privaten Institutionen“.¹⁷ Da supranationale Regime unter Konsenszwang stehen, neigen sie zu einer „Politik niedriger Standards“, zur „Harmonisierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner“¹⁸ oder sogar zu Passivität.

Die politische Schwäche supranationaler Regimes ermöglicht die Vorherrschaft der Ökonomie über die Politik. Auch die nationalen Regierungen büßen an Steuerungsfähigkeit ein, weil die Verhältnisse in ihrem Staatsgebiet vermehrt von globalen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen abhängen, auf die sie keinen Einfluss haben. Während die aus dem sozialen Wandel resultierenden Entwurzelungsprozesse und die damit verbundenen

¹⁶ Dieter Grimm, *Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1987, S. 53.

¹⁷ Ebd., S. 81.

¹⁸ Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch, *Regieren im dynamischen Mehrebenenensystem*, in: Dies. (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, S. 15-44, hier S. 27.

Statusängste und Anomiegefühle aktive staatliche Daseinsfürsorge und Einheitsbildung erforderlich machen, schwächt Globalisierung die Fähigkeit nationaler Regierungen zu effizienter Problemlösung. Insbesondere nationale Maßnahmen zur Abschwächung oder gar Beseitigung der zunehmenden sozialen Ungleichheit, vor allem zur Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit, erweisen sich als wenig aussichtsreich, weil die meisten der begünstigten Wirtschaftsteilnehmer (also die großen Unternehmen) über keine oder nur schwache territoriale Bindungen verfügen und mithin der Gewalt der Einzelstaaten nicht oder nur bedingt unterworfen sind.

Entgrenzung

Grenzen bieten Schutz vor äußeren An- und Eingriffen und ermöglichen die Regulierung externer Einflüsse, je nach dem, ob sie erwünscht oder unerwünscht sind. Nach innen kennzeichnen Grenzen einen Raum, einen einheitlichen Kommunikations-, Handlungs- und Wirkungszusammenhang, der durch Normen geregelt wird, auf die sich die dort Ansässigen verständigt haben, und der durch Werte geprägt ist, die die Bewohner im Laufe der Zeit entwickelt haben. Der begrenzte Raum ermöglicht Sicherheit, Integration und Gemeinschaft, er bietet Orientierung und Identität, schränkt allerdings auch Freiheit ein und legitimiert Zwang.

Die mit der Globalisierung einhergehenden Entgrenzungsvorgänge erweitern zwar die Freiheitsgrade der Menschen, fördern Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit und bereichern die heimische Kultur durch neue Impulse und Erfahrungen. Sie schmälern jedoch auch die Souveränität der Bewohner über ihren Raum, zwingen die Einheimischen, sich mit fremden Menschen und Gewohnheiten auseinanderzusetzen, Vorurteile abzubauen und Immigranten zu integrieren. Entgrenzung kann das interne Konflikt- und Gefahrenpotenzial erhöhen und Desintegration und Orientierungslosigkeit Vorschub leisten. Entgrenzung bedeutet auch das Zusammenwachsen von ehemals separierten Gesellschaften. Kulturelle Eigenarten können verloren gehen, internationale Trends können nationale Kulturen beeinflussen oder gar prägen.

Globalisierung macht die Menschen „tendenziell heimatlos“ und sorgt „allenthalben für soziale und kulturelle Verunsicherung, indem die nationalstaatlichen Bindekräfte geschwächt und national-

staatliche Zugehörigkeiten entwertet werden“.¹⁹ Der klassische Nationalstaat steht der Globalisierung tendenziell im Wege und wird sich daher langsam von der politischen Bühne verabschieden. Einige werden ihm keine Träne nachweinen, andere werden den Abschied bedauern, ihn aber für unvermeidlich halten. Und nicht wenige Menschen dürften seinen Abgang als Weltuntergang empfinden und sich der vermeintlichen Katastrophe widersetzen. Hier liegt die Quelle für neonationalistische Bestrebungen.

Entwertung

Werte stellen, kurz gefasst, Konzeptionen des Wünschenswerten dar, relativ stabile und weithin situationsunabhängige Überzeugungen, die das menschliche Verhalten regeln. Politische Werte beziehen sich auf die Beurteilung von politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen und kennzeichnen grundlegende gesellschaftsgestaltende Zielvorstellungen.

Politik, die zunehmend von externen Einflüssen und von globalen ökonomischen Entwicklungen abhängig ist, konzentriert sich notgedrungen auf das unter diesen eingeschränkten Bedingungen Machbare und bedarf daher kaum der Werte als grundlegende Wegweiser politischen Handelns. Wertegebundene Politik erweckt im Übrigen Erwartungen, die sie selten einlösen kann. Die mit dem sozialen Wandel einhergehende Entideologisierung hatte bereits bewirkt, dass sich die linken und die bürgerlichen Volksparteien in programmatischer und praktischer Hinsicht immer ähnlicher werden. Mit dem Werteverlust der Politik setzt sich diese Entwicklung fort, so dass heute vielfach gar nicht mehr von Volksparteien, sondern von mit dem Staat verwachsenen Kartellparteien die Rede ist.²⁰ Sie bilden – so lautet die These – ein Machtkartell, um neuen Parteien den Zutritt zur staatlich-administrativen Sphäre und den dort vorhandenen Ressourcen fern zu halten. Jedenfalls haben die sozialdemokratischen Parteien unter dem Eindruck der „Krise des Wohlfahrtsstaates“ wesentliche Elemente des Neoliberalismus übernommen und sich damit den bürgerlichen Parteien weiter angenähert.

¹⁹ Bernhard Gill, Organisierte Gewalt als „dunkle Seite“ der Modernisierung. Vom nationalen Krieg zum transnationalen Terrorismus, in: Soziale Welt, 53 (2002) 1, S. 49-65, hier S. 60 f.

²⁰ Vgl. Richard S. Katz/Peter Mair, Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, 1 (1995) 1, S. 5-28.

Das – primär ökonomischer Rationalität folgende – neoliberale Denken durchdringt die westlichen Industriegesellschaften mehr und mehr und breitet sich von dort über den Globus aus, der aus der Sicht des Neoliberalismus vor allem aus Wirtschaftsstandorten und Absatzmärkten besteht.

Die allenthalben zu beobachtende Ausdünnung von politischen und kulturellen Werten bewirkt das Wiederaufleben längst überholt geglaubter oder auch neuer, in jedem Fall gegen die Globalisierung gerichteter Werte: Nationalismus, Ethnozentrismus und religiöser Fundamentalismus.

4. Rechtsextremismus

a) Rechtsextremismus unter den Bedingungen der Globalisierung

Da Globalisierung eine sehr diffuse Variable darstellt, die sich statistisch kaum mit Individualdaten in Beziehung setzen lässt, habe ich zunächst nach intervenierenden Variablen gesucht, die zwischen allgemeinen Umwelteinflüssen (dazu zählt in erster Linie der soziale Wandel und erst an zweiter Stelle die Globalisierung) und individuellem Rechtsextremismus vermitteln. Als besonders bedeutsame intervenierende Variable wurde Unzufriedenheit identifiziert, die allerdings erst dann zu unkonventionellem rechtsgerichtetem Denken und Handeln führt, wenn sie sich zu Statusangst und vor allem zu relativer Deprivation verdichtet. Da sich moderne Industriegesellschaften in atemberaubender Geschwindigkeit wandeln, erzeugen sie in Teilbereichen ständig Unzufriedenheit, Statusbedrohungen und relative Deprivation. Rechtsextremismus stellt folglich eine gängige Begleiterscheinung moderner Gesellschaften dar. Und daher ist es unmöglich, aus den komplexen Umwelteinflüssen die besonderen Wirkungen der Globalisierung für individuellen Rechtsextremismus herauszufiltern und zu messen. An dieser Stelle ist auch die quantitative empirische Sozialforschung auf Plausibilitätserwägungen angewiesen.

Globalisierung hängt eng mit dem sozialen Wandel zusammen, liefert aber zusätzliche Anlässe für Unzufriedenheit und verstärkt daher die normalen Statusbedrohungen und die relative Deprivation. Indem Globalisierung die Entgrenzung der Welt, Migration, die Auflösung der Nationalstaaten und den Werteverfall beschleunigt, bietet sie optimale Gelegenheitsstrukturen für rechtsextreme Bewegungen, Subkulturen und Organisationen und begünstigt die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen und individuellen Präferenzen für rechtsextreme Parteien.

Denn das Wesen der rechtsextremen Ideologie besteht in der Synthese von Nationalismus und Ethnozentrismus. Nation und Volk stehen im Zentrum des Denkens und Handelns von Rechtsextremisten, und beides ist durch die Globalisierung existenziell bedroht. Dabei handelt es sich um eine qualitativ neuartige Bedrohung. Dass Nation und Volk existenziell bedroht sind, behauptet der Rechtsextremismus seit seinem Bestehen. Davon lebt er schließlich. Ging es dem bundesdeutschen Rechtsextremismus früher darum, das Deutsche Reich (in welchen Grenzen auch immer) wiederherzustellen, so steht er heute vor der Aufgabe, die Prinzipien Nation und Deutschtum als solche gegen die übermächtigen, „objektiven“ Globalisierungstendenzen zu verteidigen.

Neu ist weiterhin, dass dies auf die Rechtsextremismen aller Länder zutrifft. Früher hatte jeder Rechtsextremismus seine spezielle, durch besondere politische, ethnische oder territoriale Merkmale gekennzeichnete „nationale Frage“. Heute sind alle Rechtsextremismen in den westlichen Industriegesellschaften mit denselben Herausforderungen konfrontiert, und daher gleichen sich auch die Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus international an. Dazu gehört auch, dass die etablierten Volks- oder Kartellparteien die Globalisierung mehr oder weniger als gegeben hinnehmen und sich darauf beschränken, unter den erschwerten Bedingungen möglichst effizient zu regieren. Sie agieren im Sog der Globalisierung anstatt sie politisch zu gestalten oder gar zu steuern, selbst wenn die Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf die ökonomisch-sozialen Vorgänge begrenzt sind. Dadurch sind sich die etablierten Parteien immer ähnlicher geworden. Infolge ihres Drangs in die Mitte haben sie an Profil und Dynamik und damit eben auch an Attraktivität bei den Wählern eingebüßt.

Politik wird in den EU-Staaten von weithin abgehobenen politischen Klassen gemacht, die die Bürger nur noch als Wähler wahrnehmen. Viele Bürger wollen sich aber nicht mehr nur als „Stimmvieh“ von den etablierten Parteien missbrauchen lassen und beklagen die Immobilität der Politik und die Missachtung der Sorgen, Bedürfnisse und Wertorientierungen der „kleinen Leute“. Der zeitgenössische europäische Rechtsextremismus lässt sich auch als wertgebundene Rebellion der Modernisierungsverlierer und Privilegienverteidiger gegen die Globalisierung bezeichnen. War der Rechtsextremismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwiegend ein Mittelschichtenphänomen, so rekrutiert er sich heute zumeist aus den von der Globalisierung besonders betroffenen unteren Schichten.

Dies leitet zu einer dritten Novität über: Es bestehen gewisse Berührungspunkte zwischen der Globalisierungskritik von links und rechts. Vor allem altlinke, staatsfixierte Konzepte zur Beseitigung der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beziehungsweise zur Herbeiführung von mehr sozialer Gerechtigkeit erfreuen sich zunehmender Akzeptanz bei der extremen Rechten, und deren Nationalismus findet sich wenigstens ansatzweise im standortnationalistischen Denken der alten Linken wieder. Der neuerdings vielfach beschworene Hinweis auf den Nationalbolschewismus ist zwar unzutreffend, weil von einer Zusammenarbeit extrem linker und extrem rechter Gruppen nicht die Rede sein kann. Aber im Denken vieler Menschen lassen sich diese Links-Rechts-Konvergenzen durchaus nachweisen.²¹

b) Empirische Aspekte

Es spricht also vieles dafür, dass der kontemporäre Rechtsextremismus stark durch die Globalisierungsfolgen geprägt ist. Da der empirische Nachweis für den Verstärkereffekt nicht direkt zu erbringen ist, käme dieser Behauptung dann wenigstens eine gewisse empirische Evidenz zu, wenn die intervenierenden Variablen Globalisierungseffekte widerspiegeln.

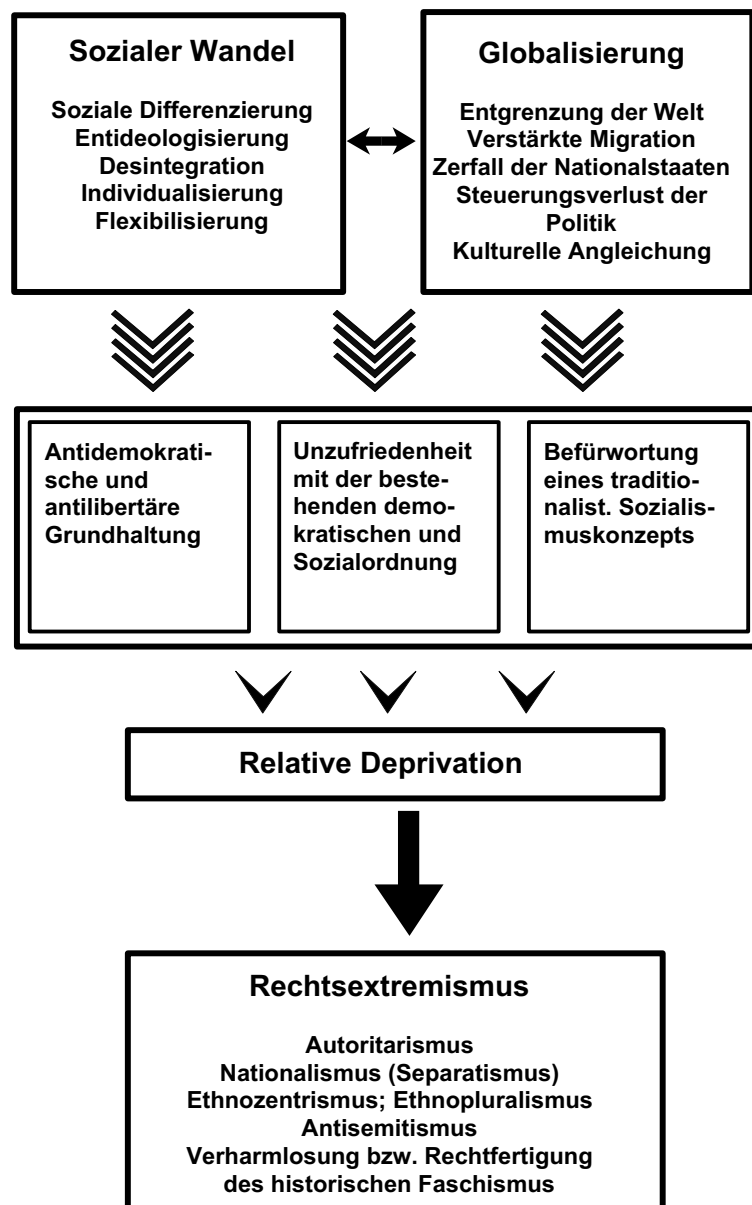
Allerdings muss daran erinnert werden, dass die Ursachen des Rechtsextremismus nicht nur im sozialen Wandel und in der Globalisierung gesucht werden dürfen. Rechtsextremismus bedeutet – nicht nur nach meiner Definition – antidemokratisches Denken und Handeln. Demokratiefeindschaft stellt mithin eine zentrale Determinante des Rechtsextremismus dar, unabhängig davon, ob sie Ergebnis von aktuellen Umweltbedingungen oder Ausfluss von Persönlichkeitsmerkmalen (Autoritarismus, Dogmatismus etc.) ist. Rechtsextremismus darf nicht auf eine Begleiterscheinung des sozialen Wandels und der Globalisierung reduziert werden, er ist auch ein Kind der Moderne. Die Gegnerschaft zur Demokratie bildet mithin eine Konstante in seiner Existenz, die Angst vor grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, vor Lern- und Anpassungsleistungen, die vorurteilsbehaftete Verarbeitung von Unzufriedenheit, Statusbedrohung und Deprivation und die Suche nach Sicherheit und

²¹ Vgl. Richard Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin 2001.

Orientierung verbürgenden Werten oder Ideologien stellen veränderliche, historisch bedingte Determinanten des Rechtsextremismus dar. Demokratiefeindschaft muss also in die Ursachenanalyse mit einbezogen werden.

Insgesamt ergibt sich also folgendes Modell:

Umwelteinflüsse, intervenierende Faktoren und Rechtsextremismus in westlichen Demokratien



Wie eingangs erwähnt, liegen keine Datensätze vor, die angemessene Variablen enthalten, um den Zusammenhang von Globalisierung und rechtsextremen Einstellungen umfassend zu analysieren. Es war mir nur möglich, einige Aspekte dieses Modells an verschiedenen Datensätzen zu testen. Ich verzichte daher darauf, die Untersuchungsergebnisse im Detail vorzustellen und belasse es bei einigen allgemeinen Anmerkungen zu den Befunden, die ich als Thesen verstanden wissen will:

- Bei den Umwelteinflüssen sind sozialer Wandel und Globalisierung schwer voneinander zu trennen. Im Bewusstsein der Menschen hängen beide Faktoren offenbar sehr eng miteinander zusammen. Bei der Herausbildung von rechtsextremen Einstellungen spielt die zunehmende Migration eine Schlüsselrolle. An zweiter Stelle steht die (vor allem transatlantische) Homogenisierung der Kultur. Beide Faktoren tragen in erheblichem Umfang zur Entstehung von Unzufriedenheit bei.
- Antidemokratische und antilibertäre Grundhaltungen befördern nach wie vor besonders stark die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen. Dies gilt auch für Personen, die keine relative Deprivation aufweisen. Anders gesagt: Rechtsextremismus *kann* durch Globalisierung (mit-)verursacht sein, muss es aber nicht. Die Bedeutung der Globalisierung für Rechtsextremismus sollte daher nicht überschätzt werden.
- Relative Deprivation korreliert nur schwach oder gar nicht mit antidemokratischen beziehungsweise antilibertären Einstellungen. Ziemlich starke Zusammenhänge ergeben sich dagegen mit Unzufriedenheit mit der bestehenden demokratischen und der Sozialordnung sowie mit der Befürwortung eines traditionalistischen Sozialismuskonzepts. Bei der Ursachenanalyse sollte daher deutlicher als in meinem Modell zwischen antidemokratischem Denken und relativer Deprivation unterschieden werden.
- Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen relativer Deprivation und rechtsextremen Einstellungen. Relative Deprivation ist – wie Rechtsextremismus – überwiegend ein Unterschichtphänomen (geringe Bildung, geringes Einkommen, Selbstzuordnung zu einer unteren Schicht).
- Gerade bei Rechtsextremisten, die der Unterschicht zuzurechnen sind, bestehen starke Affinitäten zu einem traditionalistischen Sozialismuskonzept (starker Sozialstaat, Kapitalismuskritik, Umverteilung von oben nach unten etc.). Diese Verbindung ist in Ost-

deutschland besonders stark ausgeprägt, und zwar mehr noch bei Frauen als bei Männern.

- Insoweit Rechtsextremismus primär auf einer antidemokratischen beziehungsweise antilibertären Grundhaltung fußt, umfasst er mehr oder weniger gleichmäßig alle Komponenten des rechtsextremen Einstellungsmusters. Insoweit er primär auf Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und auf relativer Deprivation beruht und sich damit auch aus den Globalisierungsfolgen speist, zielt er inhaltlich besonders stark auf Nationalismus und Ethnozentrismus (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus). Die übrigen Komponenten treten dagegen in den Hintergrund.

Fazit

Dass Globalisierung der Entstehung beziehungsweise Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leistet, kann als gesichert gelten. Unklar ist bislang, in welchem Umfang das der Fall ist und wie sich Globalisierung und sozialer Wandel als Ursachenbündel gegeneinander abgrenzen lassen.

Armin Pfahl-Traughber

Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus

1. Einleitung: Begriffsbestimmungen, Fragestellungen und Forschungsstand

„Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre, stoppt die Globalisierung“, „Ein Ende der Globalisierung“ und „Globalisierung stoppen – stoppt die Weltpolizei USA!“ lauten die Mottos von drei Demonstrationen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden. Wollte man allein von derartigen Parolen auf die politische Ausrichtung der Teilnehmer schließen, dann dürfte eine Zuordnung allgemein zur politischen „Linken“ nahe liegen. Die Ablehnung der Globalisierung, die Klage über die Massenarbeitslosigkeit, die Kritik am Auseinanderklaffen von Arm und Reich und die Verurteilung der imperialen US-Politik gelten in ihrer Kombination als typische Positionen dieses politischen Lagers. Die Veranstalter der exemplarisch erwähnten Demonstrationen standen allerdings auf einer ganz anderen Seite, denn es handelte sich tatsächlich um Aufmärsche von Rechtsextremisten aus dem Umfeld der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Sie stellen mit dem besonderen inhaltlichen Bezug keineswegs Ausnahmefälle dar, greift man doch in diesem politischen Lager verstärkt das Themenfeld „Globalisierungskritik“ zu Agitationszwecken auf. Insofern gibt es eine Kritik der Globalisierung in Form einer politischen Bewegung nicht nur von Netzwerken wie „Attac“, sondern auch von bestimmten Rechtsextremisten.

Die Gruppierung „Attac“ zieht allerdings einen deutlichen Trennungsstrich: „Ausgeschlossen sind Neofaschisten, die immer mal wieder versuchen, mit nationalistisch, gar antisemitisch motivierter Kapitalismuskritik bei Attac unterzuschlüpfen. „Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.“¹ Diese Abgrenzung ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen politischen Grundpositionen und

¹ Christian Grefe/Mathias Greffrath/Harald Schumann, Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?, Berlin 2002, S. 137.

Milieus durchaus glaubwürdig. Gleichwohl bestehen hinsichtlich einiger zentraler Kernaussagen der geäußerten Kritik zumindest formale Gemeinsamkeiten, die bei den Rechtsextremisten aber in ganz anderen ideologischen Prägungen wurzeln. Hieraus ergeben sich besondere Fragestellungen: Die folgende Analyse will die Argumentationsweise und Bedeutung der Globalisierungskritik in den unterschiedlichen Bereichen dieses politischen Lagers beschreiben und einschätzen. Danach soll nach den eigentlichen ideologischen Grundauffassungen hinter der formulierten Globalisierungskritik von Rechtsextremisten gefragt werden. Und schließlich geht es um eine Einschätzung des auf dieses Thema bezogenen Bewegungscharakters im rechtsextremistischen Lager und dessen gegenwärtiger und potenzieller gesellschaftlicher Bedeutung.

Analysen und Forschungen zu diesem besonderen Aspekt gibt es bislang noch nicht. Die wenigen Veröffentlichungen zum Themenkomplex „Globalisierung und Rechtsextremismus“ fragen hauptsächlich danach, inwieweit die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung Rechtsextremisten neue Anhänger- und Wählerpotenziale zutreiben können. Der Autonomieverlust des Nationalstaats, die sozialen Folgen wirtschaftlicher Umbrüche und die wachsenden Identitätsprobleme motivierten, so der Tenor dieser Arbeiten, Abwehrreaktionen zugunsten autoritärer Politikvorstellungen unter „rechten“ Vorzeichen.² Auch die wirtschaftspolitischen Positionen von Rechtsextremisten stellen bislang noch ein weitgehendes Desiderat der Forschung dar. Die wenigen Veröffentlichungen zu diesem Komplex unterstellen, dass in dem politischen Lager Auffassungen zugunsten einer freien Marktwirtschaft vorherrschen. Das sozialdarwinistische Prinzip der Durchsetzungsfähigkeit des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren entspreche dem Ruf nach einer von sozialstaatlichen Einschränkungen weitgehend befreiten Wirtschaftsweise.³ Dieser Auffassung widerspricht jedoch die anti-kapitalistische und pro-sozialistische Dimension bei Teilen des Rechtsextremismus in Geschichte⁴ und Gegenwart⁵.

² Vgl. Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt/Main 2001.

³ Vgl. Herbert Schui/Ralf Ptak/Stephanie Blankenburg/Günter Bachmann/Dirk Kotzur, *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997.

⁴ Vgl. Christoph H. Werth, *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1996.

Vor einer ausführlichen Auseinandersetzung mit diesem Aspekt soll zunächst die Definition der für die vorliegende Analyse zentralen Arbeitsbegriffe erfolgen: Extremismus wird hier als Sammelbezeichnung für politische Bestrebungen gegen die Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaats (aus politikwissenschaftlicher Sicht) oder gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (aus verfassungsschützerischer Sicht) verstanden.⁶ Die Besonderheit des Rechtsextremismus (im Unterschied zum Linksextremismus) besteht in der ideologischen Begründung dieses Konflikt- und Spannungsverhältnisses, wobei folgende Merkmale auszumachen sind: erstens die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, womit Grund- und Menschenrechte herabgewürdigt werden, zweitens die Ideologie der Ungleichheit, die Angehörigen anderer Ethnien oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit einen geringeren Wert zuschreibt, drittens der politische Autoritarismus, der den Staat als die Gesellschaft einseitig dominierend betrachtet und viertens ein homogenes Gesellschaftsbild, das von der politischen Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Volkes ausgeht. Sammelbezeichnung meint in diesem Kontext, dass die Ideologieelemente sich sowohl inhaltlich als auch organisatorisch durchaus unterschiedlich artikulieren können.⁷

Während die Definition des Begriffs Rechtsextremismus somit eine normative Dimension aufweist, soll der Terminus Globalisierung⁸ hier im rein formalen Sinne verstanden werden. Er steht für die Ausweitung und Wechselwirkung unterschiedlicher Handlungszusammenhänge über die Grenzen einzelner Nationalstaaten hinaus. Entgegen einer ansonsten vorgenommenen Verengung des Begriffs auf derartige Entwicklungen im ökonomischen und sozialen Bereich sind solche Tendenzen auch auf kultureller, politischer und rechtlicher Ebene auszumachen. Exemplarisch lassen sich für diese Trends Veränderungen wie die weltweite Verbreitung von alltagskulturel-

⁵ Vgl. dazu die folgende Darstellung zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Grundpositionen im gegenwärtigen Rechtsextremismus, insbesondere im Umfeld der NPD.

⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 185-211.

⁷ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999, S. 11-20.

⁸ Vgl. Ulrich Beck, Was ist Globalisierung?, Frankfurt/Main 1997.

len Gütern oder Wertvorstellungen, die Zunahme grenzüberschreitenden Austauschs von Dienstleistungen, Kapital und Waren oder der tendenzielle Souveränitätsverlust der Nationalstaaten gegenüber supranationalen Institutionen benennen.⁹ Die Vielschichtigkeit des Phänomens nötigt somit zur Differenzierung hinsichtlich der angesprochenen Entwicklungen und führt zu Bewertungen, die durchaus unterschiedlich sein können. Übrigens stellt in dem definierten Sinne Globalisierung demnach kein originär neues Phänomen dar, es lässt sich allenfalls von einer Beschleunigung damit verbundener Entwicklungen in den letzten Jahren sprechen.

2. Die Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus

Welchen Stellenwert besitzt die Ablehnung der Globalisierung für den organisierten Rechtsextremismus? Lassen sich in den unterschiedlichen Bereichen dieses politischen Lagers auch unterschiedliche Ausrichtungen und Gewichtungen des Agitationsthemas erkennen? Um diese Fragen zu beantworten, soll die Einstellung von Rechtsextremisten zur Globalisierung aufgegliedert nach den jeweiligen Handlungsebenen dargestellt und eingeschätzt werden. Zunächst geht es um die rechtsextremistischen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ (REP), die das quantitativ größte Personenpotenzial des Rechtsextremismus stellen und durch Wahlkandidatur direkt um gesellschaftliche Unterstützung für sich werben. Einen Sonderfall stellt demgegenüber die NPD dar, handelt es sich doch einerseits um eine Partei, die aber andererseits primär auf das Handlungsfeld „Aktion“ setzt. So kooperierte sie bei öffentlichkeitswirksamen Auftritten teilweise mit Neonazis und Skinheads, wofür auch gemeinsame Demonstrationen gegen die Globalisierung stehen. Und schließlich soll die Auseinandersetzung mit diesem politischen Themenfeld im publizistischen Rechtsextremismus anhand drei intellektuell anspruchsvollerer Zeitschriften wie „Nation & Europa“, „Opposition“ und „Signal“ erörtert werden.

⁹ Vgl. Ulrich Beck (Hrsg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/Main 1998.

2.1. DVU und REP

Die gegenwärtig größte rechtsextremistische Partei ist die DVU¹⁰, die mit 15.000 Mitgliedern¹¹ die stärkste Organisation dieses politischen Lagers ist und Ende der neunziger Jahre in drei Landtage einziehen konnte. Da die überwiegende Mehrheit der Parteiangehörigen allerdings inaktiv ist, politisch arbeitende Strukturen weitgehend fehlen und den vereinzelt Wahlerfolgen mehr Wahlniederlagen gegenüberstehen, kann von einer Etablierung auch der DVU als Wahlpartei noch nicht einmal in Ansätzen gesprochen werden. Ihr lediglich sechs Seiten umfassendes Programm beschränkt sich auf zwölf allgemein gehaltene Punkte, die keine genaueren Angaben oder konkretere Forderungen enthalten. Das Thema Globalisierung wird darin nicht explizit angesprochen: Allenfalls lassen sich einem entsprechenden Diskurs die Forderungen nach der „Bewahrung der deutschen Identität“ oder „Kein Verzicht auf berechnigte deutsche Interessen“ zuordnen. Wirtschaftspolitisch vertritt man widersprüchlich erscheinende Forderungen, die gleichzeitig das Senken von Abgaben und Steuern und umfangreiche Investitionen des Staates für die soziale Sicherheit der deutschen Arbeitnehmer verlangen. Insbesondere der Landwirtschaft und dem Mittelstand solle von staatlicher Seite geholfen werden.¹²

Auch wenn die von dem Parteivorsitzenden Gerhard Frey herausgegebene Wochenzeitung „National Zeitung“ (mit einer Auflage von 45.000 die am weitesten verbreitete rechtsextremistische Publikation) nicht als Parteiorgan angesehen werden kann, dient sie aufgrund der herausgehobenen Bedeutung und Funktion ihres Verlegers als Sprachrohr der DVU. Die Zeitung griff das Thema Globalisierung erst im Kontext der kommentierenden Berichterstattung über gewalttätige Ausschreitungen von linksextremistischen Globalisierungskritikern auf: „Das Märchen von der ‚rechten Gefahr‘ soll nur ablenken“ lautete der Tenor, denn: „Der Feind steht links!“¹³

¹⁰ Vgl. Britta Obszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster 1998; Jürgen Hoffmann, Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie 12, Baden-Baden 2000, S. 240-252.

¹¹ Alle Zahlenangaben – falls nicht anders angegeben – nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002.

¹² Vgl. Deutsche Volksunion (DVU) (Hrsg.), Partei-Programm, München o. J.

¹³ Bruno Wetzel, Der Feind steht links! Das Märchen von der „rechten Gefahr“ soll nur ablenken, in: National-Zeitung, Nr. 28 vom 6. Juli 2001, S. 3.

Die „äußerste Linke“ betreibe außerdem selbst „ganz massiv diese Globalisierung beispielsweise durch Förderung einer undifferenzierten freien Masseneinwanderung aus aller Herren Länder nach Deutschland und Österreich“. ¹⁴ Überdies stellt man in einigen Beiträgen den Globalisierungsprozess in den Kontext von Weltbeherrschungsabsichten ungenannter Akteure: „Die Vorstellung mancher Kreise, die ganze Welt unter ihre Kontrolle zu bringen, ist wahnhaft wie nie zuvor.“ Die Globalisierung habe mittel- und langfristig wegen der Weltbevölkerungsentwicklung und daraus folgender zunehmender nationalistischer Reaktionen keine wirkliche Chance. ¹⁵

Als zweitwichtigste rechtsextremistische Partei gelten die REP¹⁶, die über 11.500 Mitglieder verfügen und ebenfalls als Wahlpartei nicht etabliert sind. An die Wahlerfolge Ende der achtziger Jahre konnte die Partei in den neunziger Jahren nicht mehr anknüpfen. Zwar gelang den REP 1992 und 1996 mit Zustimmungen von um die zehn Prozent der Stimmen zweimal hintereinander der Einzug in den Landtag von Baden-Württemberg. 2001 erhielten sie aber nur noch 4,4 Prozent der Stimmen und verloren damit ihre letzte Vertretung in einem Länderparlament. In dem Parteiprogramm von 2002 gehen die REP in einem gesonderten Abschnitt auch auf das Thema „Globalisierung“ ein, bleiben dabei aber bei allgemeinen Aussagen stehen. Dort heißt es: „Die gegenwärtige Globalisierung kennt weder Gleichberechtigung noch Selbstbestimmung, sondern nur das Recht des Stärkeren.“ In einer schrankenlosen Konkurrenz setze sich wirtschaftliche Macht gegen die berechtigten Interessen der Menschen durch. Der weltweite Wettbewerb ohne staatliche Beeinflussung werde dazu genutzt, die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen, die Löhne zu drücken und Sozialleistungen abzubauen. „Dabei bedeutet Globalisierung weitgehend Amerikanisierung, da die USA über die größte wirtschaftliche Macht verfügen.“ ¹⁷

Mit derartigen Aussagen nehmen die REP in gewissem Maße Abstand von früheren wirtschaftspolitischen Positionen, die stärker auf

¹⁴ Der Einwanderungs-Wahn, in: National-Zeitung, Nr. 34 v. 17.08.2001, S. 1.

¹⁵ Bernhard Barkholdt, Wenn es erst 10 Milliarden Menschen gibt ... Weltbevölkerung, Globalisierung, Nationalismus, in: National-Zeitung, Nr. 4 vom 18. Januar 2002, S. 12.

¹⁶ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990; Steffen Kailitz, Die „Republikaner“ – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie 13, Baden-Baden 2001, S. 139-153.

¹⁷ Die Republikaner (Hrsg.), Programm. Politik für Deutsche, Berlin 2002, S. 14.

eine freie Marktwirtschaft setzten und sozialstaatliche Regelungen kritisierten. Allerdings kommt derartiger Kritik bezogen auf die Globalisierung nur geringe Bedeutung in der Gesamtagitation der Partei zu. Es finden sich in Erklärungen und in der Parteipresse nur selten Ausführungen zu dieser Thematik. Allenfalls wird die Globalisierungsperspektive als Gegenbild zur angestrebten ethnischen und politischen Gemeinschaft kritisiert. Exemplarisch dafür stehen folgende Ausführungen des Parteivorsitzenden Rolf Schlierer vor dem Bundesparteitag 2000: „Nation und nationale Identität stehen einer universalistischen Weltkultur gegenüber, die als zwangsläufige Folge der Globalisierung beschworen wird. Wir stellen dieser Globalisierungsutopie das Bild eines Gemeinwesens gegenüber, das seine Identität aus der gemeinsamen Sprache, der gemeinsamen Geschichte, dem gemeinsamen Schicksal, gemeinsamer Tradition und Brauchtum, einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen geistesgeschichtlichen Prägung bezieht.“¹⁸ Hier wird die Globalisierung nicht mehr aus sozialpolitischen Auffassungen, sondern um der Wahrung der nationalen Identität willen kritisiert.¹⁹

2.2. NPD

Einen weitaus höheren Stellenwert als bei DVU und REP nimmt die soziale und wirtschaftliche Dimension der Globalisierungskritik in der NPD²⁰ ein, was sich auch aus deren in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vollzogenen Neuorientierung ergibt. Die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durch die Wahlerfolge in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bislang erfolgreichste rechtsextremistische Wahlpartei hatte seit Anfang der siebziger bis Mitte der neunziger Jahre zunehmend an Bedeutung verloren. Ihre Mitgliederzahl schmolz bis 1996 auf 3.500 zusammen und Wahlergeb-

¹⁸ Rolf Schlierer, Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden vor dem Bundesparteitag in Winnenden, 18. November 2000, Manuskript, S. 9.

¹⁹ Ein unter anderem von einem früheren Parteimitglied verfasstes Buch kann den REP nicht gänzlich zugeschrieben werden. Vergleiche Manfred Ritter/Klaus Zeitler, *Armut durch Globalisierung. Wohlstand durch Regionalisierung*, Graz 2000.

²⁰ Vgl. Horst W. Schmollinger, *Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands*, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Opladen 1984, S.1922-1994; Armin Pfahl-Traughber, *Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Extremismus & Demokratie 11*, Baden-Baden 1999, S.146-166.

nisse bewegten sich meist unter 0,5 Prozent der Stimmen. Der 1996 zum Parteivorsitzenden gewählte Udo Voigt brachte die NPD auf einen neuen Kurs: Insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden traten vor allem jüngere Männer der Partei bei und ließen deren Mitgliederzahl 2001 bis auf 6.500 anwachsen. Ideologisch erfolgte eine Abwendung vom besitzbürgerlich ausgerichteten Deutsch-Nationalismus hin zu einem „deutschen“, „nationalen“ beziehungsweise „völkischen Sozialismus“. Strategisch setzte die Partei nicht mehr primär auf Wahlkandidaturen, bei denen man in der Regel doch lediglich unter einem Prozent der Stimmen erhielt, sondern auf Aufmärsche und Demonstrationen, zum Teil in Kooperation mit Neonazis und Skinheads.

Die für die Einstellung zur ökonomischen Globalisierung bedeutsamen sozial- und wirtschaftspolitischen Grundpositionen der NPD ergeben sich bereits aus dem knapp gehaltenen Parteiprogramm von 1997: Die Wirtschaft sei nicht autonom, sondern Teil des Ganzen. Sie müsse dem Volk dienen. Daher bekenne sich die Partei zu einem „freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“. Zur Globalisierung heißt es wörtlich: „Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Diese Globalisierung der Wirtschaft beruht auf dem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch Schaffung von wirtschaftlichen Monokulturen ... Die NPD lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft auch deswegen ab, weil die unmittelbar zur Massenerwerbslosigkeit geführt hat.“ Statt dessen fordert man eine „am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft“, die in einer Überschrift als „raumorientierte Volkswirtschaft“²¹ bezeichnet, aber konzeptionell nicht näher beschrieben wird. Gleichwohl finden sich im Programm bereits grundlegende politische Positionen zur Globalisierung, die aufgrund der ihr unterstellten sozialen Folgen abgelehnt wird.

Diese Grundauffassungen schlagen sich auch in der Parteipresse wie der monatlich mit 10.000 Exemplaren erscheinenden „Deutschen Stimme“ nieder. Hierfür steht etwa der Artikel „Wirtschaftswachstum über alles? Kapitalistische Globalisierung = Schrankenlose Sklaverei!“, worin von einem von „multikulturellen Ideologen und Globalisierungsstrategen“ vorangetriebenem „Umvolkungsprozess“ ebenso die Rede ist wie von der vom „internationalen Finanzkapital

²¹ Vgl. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (Hrsg.), Parteiprogramm, Stuttgart 1997.

betriebene(n) brutale(n) kapitalistische(n) Globalisierung“.²² Neben kritischen Aussagen zur Globalisierung finden sich in der „Deutschen Stimme“ auch Beiträge zu geforderten Alternativen wie in der Artikelserie „Gibt es einen Ausweg aus der Globalisierungsfalle?“. Dort werden angebliche Fehlkonstruktionen des Geldsystems wie der „zerstörerische Zinseszinsmechanismus“ kritisiert und Reformen wie die Umwandlung der Bundesbank in ein staatliches Währungsamt („Deutsche Notenbank“) vorgeschlagen.²³ Das Parteiorgan druckte außerdem Erklärungen bekannter NPD-Funktionsträger und anderer Rechtsextremisten zum Thema ab, so etwa den Text „Den Völkern die Freiheit – Den Globalisten ihr globales Vietnam!“, worin unter anderem von der Fortexistenz eines seit 1914 bestehenden Krieges gegen das Deutsche Reich gesprochen wird.²⁴

Auch zahlreiche Demonstrationen der NPD veranschaulichen den hohen Stellenwert der Globalisierungskritik als Agitationsfeld der Partei. Nach der Situation des eigenen Lagers und Bezügen auf historische Ereignisse bildete dieses Thema in jüngster Zeit das wichtigste Thema von NPD-Aufmärschen. Dazu einige Beispiele, wobei insbesondere die Mottos der Demonstrationen von Bedeutung sind: Am 1. Mai 2000 führte der NPD-Kreisverband Lahn-Dill einen Aufmarsch unter der Parole „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre, stoppt die Globalisierung“ durch.

Eine Demonstration des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg am 1. Mai 2001 stand unter dem Motto „Deutschland zuerst – gemeinsam für soziale Gerechtigkeit in einem Europa der Vaterländer – gemeinsam die Globalisierung stoppen“. Und die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) führte am 27. Oktober 2001 eine Demonstration in Heidelberg unter der Parole „Globalisierung stoppen – stoppt die Weltpolizei USA!“ durch. Die relativ hohe Bedeutung des Themas für die NPD veranschaulicht auch die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Globalisierung“ im JN-

²² Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Kapitalistische Globalisierung = Schrankenlose Sklaverei!, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2001, S. 22.

²³ Vgl. Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Gibt es einen Ausweg aus der Globalisierungsfalle? (4), in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Okttober 2001, S. 22.

²⁴ Vgl. Den Völkern die Freiheit – Den Globalisten ihr globales Vietnam!, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Okttober 2001, S. 10.

Bundesvorstand sowie die Erstellung einer Internet-Plattform unter der Bezeichnung „www.gegen-globalisierung.de“.²⁵

2.3. Neonazis und Skinheads

In ähnlicher Form wie die NPD nutzen die Neonazis das Thema Globalisierung. Die als eigenständige Strömung des bundesdeutschen Rechtsextremismus erst Anfang der siebziger Jahre entstandenen Organisationen von Anhängern des historischen Nationalsozialismus mussten seit Beginn der neunziger Jahre eine Welle von Verbotsmaßnahmen hinnehmen.²⁶ In Reaktion darauf erfolgte eine tendenzielle Umstrukturierung, weg von festen Organisationen, hin zu eigenständigen Kleingruppen. In diesen „Nationalen Kameradschaften“ bündeln sich die 2.800 Neonazis, die insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Aufmärsche auf sich hinzuweisen versuchen. Die dafür nötige Kampagnenfähigkeit ging nach den Organisationsverboten durch die Irritation der Szene, interne Differenzen und Verbote von Demonstrationen zeitweise zurück. Nachdem es dem Hamburger Neonazi Christian Worch allerdings mehrmals gelang, Demonstrationsverbote durch das Bundesverfassungsgericht aufheben zu lassen, stieg nicht nur die Zahl der Demonstrationen, sondern auch die Anhängerschaft der Szene. Eines der wichtigsten thematischen Bezugsfelder bildete dabei neben den darauf anspielenden sozial- und wirtschaftlichen Positionen die Ablehnung der Globalisierung.

Dies dokumentieren einige Beiträge in dem in der Neonazi-Szene überaus wichtigen Magazin „Zentralorgan“, wo in diesem Kontext etwa Beiträge gegen die Einführung des Euro erschienen. Davon gehe „eine enorme Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität Europas“ aus. Es könne in keines „um die Zukunft Deutschlands und Europas besorgten Menschen Interesse liegen“, den Euro einzuführen. „Profi-

²⁵ Vgl. Weltweiter Widerstand gegen die Globalisierung. Junge Nationalisten nutzen verstärkt neue Medien als politisches Forum, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/September 2001, S. 8; Alexander Delle, Mit modernen Methoden und Aussagen in die Zukunft. JN führen Bundeskongress in Mecklenburg-Vorpommern durch, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Okttober 2001, S. 12.

²⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Hitlers selbsternannte Erben: Die Neonazi-Szene. Zur Entwicklung einer rechtsextremistischen Subkultur, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Texte zur Inneren Sicherheit, Band I, Bonn 1997, S. 81-106; Armin Pfahl-Traughber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.) Extremismus & Demokratie 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173.

tieren werden davon nur diejenigen, welche die Welt im 19. Jahrhundert (Anmerkung: gemeint ist wohl das 20. Jahrhundert) bereits zweimal in alles vernichtende Kriege gestürzt“ hätten.²⁷ In anderen Beiträgen ist vom notwendigen „deutschen Protest gegen Ausbeuter, Globalisierer und andere Volksfeinde“ die Rede, führe doch die von den „Oneworld-Faschisten forcierte Globalisierung ... zu einer Entwurzelung der Unternehmen“.²⁸ Auch auf Flugblättern der Neonazi-Szene finden sich ähnliche Aussagen: So gab etwa die „Aktion ‚Nationalismus – Freiheit der Völker!‘“ einen Text unter dem Titel „Freiheit der Völker statt Oneworld der Ausbeuter!“ heraus, worin es unter anderem heißt, nur das Kapital kämpfe international. „Im Zeichen der zunehmenden Globalisierung verschwimmen die Grenzen zwischen einzelnen Staaten immer weiter“. Die Völker würden sich in den „wirtschaftlichen Würgegriff einer globalen Machtclique begeben“.²⁹

Eine derartige Agitation prägt nicht nur die Publikationen, sondern auch die Veranstaltungen von Neonazis. So rief etwa die „Bürgerinitiative für deutsche Interessen“ für den 1. Mai 2001 zu einen Aufmarsch unter dem Motto „Kampf der Arbeitslosigkeit – Kampf dem Euro – Für die DM und deutsche Interessen“ in Frankfurt/Main auf. Am 14. Juli 2001 führten „Freie Nationalisten“ unter dem Titel „Gegen Globalisierung und Euro-Wahn“ einen Aufmarsch in Neubrandenburg durch. Die „Freie Kameradschaft Frankfurt/Oder“ organisierte mit dem „Bündnis rechts Brandenburg“ am 15. September 2001 eine Demonstration ebenfalls unter dem Motto „Gegen Globalisierung und Euro-Wahn“ in Frankfurt/Oder. Und für den 1. Mai 2002 meldete der Neonazi Steffen Hupka einen Aufmarsch in Frankfurt/Main unter dem Titel „Gegen ein Europa der Konzerne – Vielfalt erhalten – Globalisierung bekämpfen!“ an. Auch hier zeigt der Vergleich mit anderen Demonstrationsthemen den relativ hohen Stellenwert des Themenfeldes für Neonazis. Nach der Situation des eigenen Lagers und der Erinnerung an historische Ereignisse bildet die Globalisierungs-

²⁷ Vgl. Der Euro – Weg in die Katastrophe (I), in: Zentralorgan, Nr. 9/Frühjahr 2000, S. 6f., Der Euro – Weg in die Katastrophe (II), in: Zentralorgan, Nr. 10/Sommer 2000, S. 6f. Die Zitate finden sich im letztgenannten Artikel S. 7.

²⁸ Mobilisierungserfolg: über 3.000 Aktivisten auf der Straße!, in: Zentralorgan, Nr. 10/Sommer 2000, S. 11; Warum? ... marschieren wir am 1. Mai, in: Zentralorgan, Nr. 10/Sommer 2000, S. 13.

²⁹ Aktion „Nationalismus – Freiheit der Völker“ (Hrsg.), Freiheit der Völker statt Oneworld der Ausbeuter, Boizenburg o. J. (2001) (Flugblatt)

kritik noch vor der Ausländerpolitik und dem Drogenmissbrauch ein wichtiges Themenfeld von neonazistischen Aufmärschen.

An diesen Kundgebungen beteiligen sich häufig auch rechtsextremistische Skinheads. Bei großen Teilen der ursprünglich unpolitischen Jugendkultur bildeten sich im Laufe der Zeit rechtsextremistische Orientierungen heraus.³⁰ Vergleicht man diese Entwicklung mit der von Parteien und Neonazis, so stellen die Skinheads das einzige Lager des Rechtsextremismus mit einer kontinuierlichen quantitativen Aufwärtstendenz (1991: 4.200; 2001: 10.400 Personen³¹) dar. Durch Freizeitmöglichkeiten und Gruppenbindungen sowie eine spezifische Mode und Musik wirken sie attraktiv auf Jugendliche aus bestimmten sozialen Zusammenhängen und konnten so Sympathie und Zulauf insbesondere in Ostdeutschland auslösen. Dort schmolzen zunehmend die Grenzen gegenüber NPD und Neonazis und es kam zu einer Vermischung der drei Teilbereiche des Rechtsextremismus.

Gleichwohl versteht sich die Mehrheit der rechtsextremistischen Skinheads weiterhin als eigenständige Subkultur und lässt sich nur schwer in die anderen Organisationen einbinden. Sie dienen allerdings häufig als Mobilisierungspotenzial für rechtsextremistische Demonstrationen, wozu auch die Aufmärsche gegen die Globalisierung zählen. Eine eigenständige Beschäftigung mit diesem Politikfeld lässt sich unter Skinheads allerdings nicht feststellen.

2.4. Publizistischer Rechtsextremismus

Besonders stark thematisiert wird die Globalisierung in rechtsextremistischen Publikationsorganen mit einem formal höheren intellektuellen Anspruch: Hierzu gehört die monatlich in einer Auflage von um die 14.000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift „Nation & Europa“³², die sich nach ihrer Gründung 1951 als wichtiges Strategie- und Theorieorgan des Rechtsextremismus etablierte. In einem bezeich-

³⁰ Vgl. Klaus Farin (Hrsg.), *Die Skins. Mythos und Realität*, Berlin 1997; Christian Menhorn, *Skinheads – Portrait einer jugendlichen Subkultur*, Baden-Baden 2001.

³¹ Die Zahlenangaben aus den Verfassungsschutzberichten beziehen sich auf gewaltbereite Rechtsextremisten, wovon der überwiegende Teil den rechtsextremistischen Skinheads zugerechnet wird.

³² Vgl. Armin Pfahl-Traugher, *Zeitschriftenportrait: Nation Europa*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 12, Baden-Baden 2000, S. 305-322.

nenderweise „Unter den Rädern der Globalisierung: Deutschland wird platt gemacht“ überschriebenen Artikel führt Stammautor Roland Wuttke bildungspolitische Defizite, wirtschaftlichen Niedergang und anstehende Masseneinwanderungen auf die Globalisierung zurück.³³ In einem weiteren Beitrag des von ihm unter der Überschrift „Gedanken zur Globalisierung: Das Leben – ein Monopoly-Spiel?“ bemerkt er: „Die Globalisierung ist eine konsequente Form des Wirtschaftsimperialisimus. Bei einer Gleichschaltung der Kulturen können wirtschaftliche Ansprüche besser begründet und fortgeschrieben werden.“ Der soziale Nutzen natürlicher Gruppen und Personen müsse Vorrang haben vor der Macht des Rentabilitätsdenkens. „Der Irrtum der ‚Globalisierer‘ besteht in ihrem Unvermögen zu erkennen, dass sie die menschliche Existenz und damit ihre eigene Erfolgsgeschichte untergraben.“³⁴

Ausführungen mit ähnlichem Tenor finden sich auch in der Zeitschrift „Opposition“, die in einer Auflage von 1.400 Exemplaren zweimonatlich erschien.³⁵ Der Stammautor Michael Nier, ein früherer Professor für dialektischen und historischen Materialismus in der DDR, der den Weg ins rechtsextremistische Lager fand, spricht etwa in einem „Heilsideologie Liberalisierung“ überschriebenen Beitrag von der „Globalisierungsdroge“. Die damit verbundene Privatisierung richte sich „gegen die Menschen und Völker, denen dieses Wegzuprivatisierende bis dahin als Gemeineigentum gehörte“.³⁶ „Opposition“ druckt auch Beiträge, die eine Alternative zur Globalisierung aufzeigen sollen und auf die Propagierung autarker Vorstellungen hinauslaufen. Stammautor Gerhoch E. Reisseger bemerkt in dem Artikel „Globalisierung ohne Alternative?“: „Diese völlige Um- und Abkehr vom heutigen Dogma der Globalisierung und seinen innersten Antriebskräften – Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung – bedeutet, sich dem Problem unter dem Gesichtspunkt der

³³ Vgl. Roland Wuttke, Unter den Rädern der Globalisierung: Deutschland wird platt gemacht, in: Nation & Europa, 50. Jahrgang, Nr. 4/April 2000, S. 10-15.

³⁴ Roland Wuttke, Gedanken zur Globalisierung: Das Leben – ein Monopoly-Spiel; in: Nation & Europa, 51. Jahrgang, Nr. 6/Juni 2001, S. 26-29, hier S. 27, 29.

³⁵ Die Zeitschrift „Opposition. Magazin für Deutschland“ erschien in der rechtsextremistischen „Verlagsgesellschaft Berg“, sollte eine Art „Spiegel von ‚rechts‘“ sein, wurde aber im Frühjahr 2002 eingestellt.

³⁶ Michael Nier; Heilsideologie Liberalisierung. Parteien: Die Union und die Globalisierungsdroge, in: Opposition, 4. Jahrgang, Nr. 4/2001, S. 18-24, hier S. 19.

Autarkie zu nähern.“³⁷ Statt der Entgrenzung sollten wieder Grenzen gezogen werden. Konzeptionell anknüpfen möchte der Autor dabei an die Vorstellungen, die der Philosoph Johann Gottlieb Fichte in seinem „Geschlossenen Handelsstaat“ (1800) formulierte.

Die Zeitschrift „Signal“³⁸, die vierteljährlich in einer Auflage von 5.000 Exemplaren erscheint, widmete sogar eine Ausgabe dem Schwerpunktthema Globalisierung. Darin bemerkt Michael Nier in seinem Beitrag „Globalisierung zwischen Weltgeschichte und Geldgeschichte“: „Die Globalisierung ist der Versuch, eine völlige Durchkapitalisierung der Welt im Interesse der Finanzoligarchie und der transnationalen Konzerne bis in den letzten Winkel durchzuführen. Es handelt sich um kapitalistischen Fundamentalismus und Fanatismus“.³⁹ Die Menschen in aller Welt sollten sich der Geldgier der „angloamerikanischen Finanzeliten“ beugen, die ihr eigenes Land als Kampfmaschine ihrer Interessen umgebaut hätten. Der als Autor in unterschiedlichen rechtsextremistischen Publikationen bekannt gewordene Michael Müller widmet sich in einem weiteren Beitrag unter der Überschrift „US-Rasenmäher auf Herders blühender Wiese“ den kulturellen Begleiterscheinungen der Globalisierung: „Barbarisierung, Primitivierung und Kommerzialisierung der unterschiedlichsten kulturellen Lebenswelten gehen einher mit der Eroberung und Durchdringung der Märkte unseres Erdballs durch die führende kapitalistische Wirtschaftsmacht, die USA.“⁴⁰ Deutschland sei eine kulturelle „Ami-Kolonie“.

Und schließlich muss im Kontext der rechtsextremistischen Globalisierungskritik im publizistischen Bereich noch auf eine wichtige Buchveröffentlichung hingewiesen werden. Der Vordenker der französischen Neuen Rechten, der auch im deutschen Rechtsextremismus angesehene und einflussreiche Publizist Alain de Benoist, veröffentlichte unter dem Titel „Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung“ eine eigenständige Monographie zum Thema. Darin kritisiert er die Globalisierung bezogen auf die kultu-

³⁷ Gerhoch Reisegger, Globalisierung ohne Alternative? in: *Opposition*, 4. Jahrgang, Nr. 1/2001, S. 28-31, hier S. 29.

³⁸ „Signal. Das patriotische Magazin“ wurde unter dem Titel „Europa vorn“ von dem rechtsextremistischen Verleger Manfred Rouhs 1987 gegründet und herausgegeben.

³⁹ Michael Nier, Globalisierung zwischen Weltgeschichte und Geldgeschichte, in: *Signal*, 15. Jahrgang, Nr. 139/2002, S. 4-9, hier S. 5.

⁴⁰ Manfred Müller, US-Rasenmäher auf Herders blühender Wiese, in: ebenda, S. 14 f., hier S. 14.

rellen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung, warnt vor einem „Turbokapitalismus“ als dritter Entwicklungsphase des Kapitalismus und formuliert eine scharfe Kritik an den USA. Benoist plädiert für die Rückkehr der Gemeinschaften zur gesellschaftlichen Integration, für den Reichsgedanken als Modell einer künftigen Struktur Europas und für ein föderales und souveränes Europa auf Basis der Regionen.⁴¹ Wie stark er dabei Argumente und Wortwahl aus der politischen Linken benutzt, geht aus einer anderen Veröffentlichung hervor. In einem als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September 2001 herausgebrachten Bändchen „Die Wurzeln des Hasses“ formuliert Benoist: „Der Hauptfeind ist und bleibt ... die globale Entfesselung der Logik des Kapitals und die nahtlose Integration sozialer Belange in die Marktwirtschaft.“⁴²

3. Ideologische Hintergründe rechtsextremistischer Globalisierungskritik

Die referierten Auffassungen und Parolen zur Globalisierung sind zwar einseitig und überzogen, sie müssen aber nicht immer rechtsextremistisch sein. Weder ein besonderes Kulturverständnis noch eine spezifische Wirtschaftsform gehören zu den Kriterien, die zu den Bestandteilen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder den Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten gerechnet werden. Insofern kann deren Ablehnung allein für sich auch nicht als antidemokratisch oder extremistisch bezeichnet werden. Entscheidend für eine Zuordnung als rechtsextremistisch ist der ideologische Hintergrund für die geäußerte Kritik, bildet er doch die inhaltliche Basis für die jeweiligen Aussagen. Insofern können wortgleiche Einwände gegen die Globalisierung vorgebracht werden, wobei die eine Seite damit eine Besserung der sozialen Situation in einer Demokratie erhofft, eine andere Seite damit gegen die Normen und Regeln einer Demokratie agitiert. Um solche Aussagen hinsichtlich ihres möglicherweise bestehenden extremistischen Charakters differenziert einschätzen zu können, bedarf es einer Darstellung und Analyse der politischen Grundpositionen, die nicht immer offen erkennbar sind, aber die eigentliche Absicht und Zielrichtung der geäußerten Auffassungen veranschaulichen.

⁴¹ Vgl. Alain de Benoist, *Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung*, Tübingen 2001.

⁴² Alain de Benoist, *Die Wurzeln des Hasses. Ein Essay zu den Ursachen des globalisierten Terrorismus*, Berlin 2002, S. 58.

3.1. Fixierung auf den ethnisch und politisch homogenen Nationalstaat

Die Ablehnung der Globalisierung durch Rechtsextremisten unterscheidet sich von anderen politischen Artikulationsformen der Globalisierungskritik durch eine besondere ideologische Prägung. Sie besteht in der Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen National- oder Rassenstaat, der sich von den kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einwirkungen aus anderen Ländern um der Bewahrung der eigenen Geschlossenheit willen weitgehend abschotten soll. Dies bedeutet im Einzelnen: Das Volk als Inhaber der Souveränität wird nicht primär politisch, sondern ethnisch definiert. Man sieht den Status von Individuen als Bürger in Abhängigkeit von ihrem Status als Deutscher oder Weißer und nimmt eine damit verbundene Abstufung des jeweiligen Rechtsstatus vor. Mit der angestrebten ethnischen Einheit soll auch die politische Einheit einhergehen, womit das der Realität moderner und pluralistischer Gesellschaften widersprechende Modell einer geschlossenen und homogenen Gemeinschaft beschworen wird. Es läuft dabei unter antipluralistischen Vorzeichen auf die Beschwörung eines möglichst vollständigen Einklangs von Regierenden und Regierten hinaus. Um die damit verbundene Geschlossenheit bewahren zu können, bedarf es notwendigerweise einer Ausschließung heterogener Elemente.⁴³

Deutlich wird die Fixierung auf eine geschlossene Gesellschaft exemplarisch in der Grundsatzerklärung des NPD-Parteivorstands vom Dezember 2000 zur Notwendigkeit einer effizienten politischen Opposition: „Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“⁴⁴ Mit der als Alternative zur Globalisierung eingeforderten „Volksgemeinschaft“ bedient sich die NPD eines von der historischen NSDAP zwar nicht erfundenen, aber

⁴³ Dies ist auch die Konsequenz aus dem homogenen Demokratieverständnis, das der unter Rechtsextremisten hoch angesehene Staatsrechtler Carl Schmitt vertrat. Vgl. Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (1923), Berlin 1985, S. 14.

⁴⁴ „Abrechnung mit dem System“. Die Bestandsaufnahme aus Sicht des NPD-Parteivorstandes im Wortlaut, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 12/Dezember 2000-Nr. 1/2001, S. 6.

politisch geprägten Begriffs.⁴⁵ Inhaltlich richtet er sich gegen die angeblich liberale Auffassung von einer künstlichen Gesellschaft einzelner Individuen und propagierte die ethnische und politische Homogenität der Gemeinschaft aller Deutschen. Hiermit muss die NPD nicht notwendigerweise eine Einstellung im nationalsozialistischen Sinn meinen. Die Ablehnung des Pluralismus in einer offenen Gesellschaft zugunsten der Beschwörung der biologisch und historisch bedingten Geschlossenheit der Gemeinschaft ist aber unverkennbar.⁴⁶

Noch deutlicher zeigt sich diese politische Stoßrichtung in einem der wenigen programmatischen Veröffentlichungen aus dem deutschen Rechtsextremismus, dem von Jürgen Schwab veröffentlichten Buch „Deutsche Bausteine“. Der einer jüngeren Generation angehörende rechtsextremistische Intellektuelle deutet darin die Globalisierung als „Verallgemeinerung der fremdwirtschaftlichen Abhängigkeit“ und „Durchsetzung der Freihandelsdoktrin durch das antinationale Finanzkapital“. Demgegenüber sieht er in der „raumorientierten Volkswirtschaft“ den „Ausweg aus der Globalisierungsfalle“. Wirtschaftspolitisch plädiert Schwab für eine Abschaffung des „Kapitalismus“ als Grundvoraussetzung nationaler Politik, womit ein „deutscher Volksstaat“ angestrebt werden solle. Zur Erreichung dieses Zieles gilt es für Schwab, in der „gegenwärtigen revolutionären Phase einen sozialrevolutionären Nationalismus im Sinne eines ‚deutschen Sozialismus‘“ zu propagieren. Ein Ausweg könne aber nur gefunden werden, „indem der Parlamentarismus und die aus ihm resultierende Parteienherrschaft von der nationalen Intelligenz als das Grundübel erkannt“ werde.⁴⁷ Um eines möglichst homoge-

⁴⁵ Vgl. Michael Stolleis, *Gemeinschaft und Volksgemeinschaft. Zur juristischen Terminologie im Nationalsozialismus*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 20. Jahrgang, Nr. 1/1972, S. 16-38; Hans Ulrich Thamer, *Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie*, in: Jörg-Dieter Gauger/Klaus Weigelt (Hrsg.), *Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation*, Bonn 1990, S. 112-127.

⁴⁶ Vgl. zu Gemeinschaft und Gesellschaft sowie zu geschlossener und offener Gesellschaft die sozialwissenschaftlichen Klassiker: Ferdinand Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie* (1887), Darmstadt 1979; Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Band I: *Der Zauber Platons*, Band II: *Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen* (1945), München 1980.

⁴⁷ Jürgen Schwab, *Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik*, Stuttgart 1999, S. 272, 273, 292, 317, 312.

nen Volksstaates willen bedarf es demnach für Schwab einer Abschaffung von Parlamentarismus und Parteien.

Aus politischer Rücksichtnahme artikulieren nicht alle Rechtsextremisten derart rigoros ihre ideologischen Grundauffassungen. Insbesondere bei den beiden größeren Wahlparteien und im publizistischen Bereich formuliert man die Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen Staat verbal gemäßiger über die auch von Demokraten geäußerte Kritik am Souveränitätsverlust des Nationalstaats. Exemplarisch dafür steht etwa die folgende Aussage von Jean-Jacques Hegg, die sich in einem „Schindluder mit einem Schlagwort: ‚Globalisierungsgegner‘“ überschriebenen Artikel in der Zeitschrift „Nation & Europa“ findet: „Es gibt nur einen logischen und konsequenten Weg, den Nachteilen der Globalisierung zu begegnen: sie als Ganzes abzulehnen, die Nationalstaaten zu stärken und deren Souveränität, wo sie ausgehöhlt und unwirksam gemacht wurde, wiederherzustellen.“⁴⁸ Zur klaren Unterscheidung von demokratischen und extremistischen Positionen bedarf es hier der Beachtung des jeweils mit dem Souveränitätsverlust von Nationalstaatlichkeit Gemeinten: Wird damit die schwindende Möglichkeit demokratischer Regierungen zur verbindlichen Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders beklagt oder die Abgeschlossenheit ethnisch und politisch homogener Staaten beschworen?

3.2. Ablehnung des Individualitätsprinzips und der Menschenrechte

Aus der Fixierung auf einen ethnischen und politisch homogenen Nationalstaat leiten sich weitere ideologische Hintergründe rechts-extremistischer Globalisierungskritik ab: Hierzu gehört die Ablehnung der Menschenrechte, die – aufgrund deren allgemeiner Wertschätzung – in der Regel aber nicht offen bekannt wird. Darüber hinaus beanspruchen Rechtsextremisten in ihrer Opposition zur Demokratie selbst die Wahrnehmung von Grundrechten – in ihrem Interesse. In der individualistischen und universalistischen Dimension der Menschenrechte⁴⁹ sehen Anhänger dieses politischen Lagers allerdings eine den eigenen politischen Grundauffassungen wider-

⁴⁸ Jean-Jacques Hegg, Schindluder mit einem Schlagwort: „Globalisierungsgegner“, in: Nation & Europa, 52. Jahrgang, Nr. 5/Mai 2002, S. 34f., hier S. 34.

⁴⁹ Vgl. Heiner Bielefeldt, Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos, Darmstadt 1998; Ludger Kühnhardt, Die Universalität der Menschenrechte, Bonn 1987.

sprechende Stoßrichtung, verbinden sie damit doch die mögliche Erosion von Gemeinschaften und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von außen: Einerseits werde im Namen der Menschenrechte das Individuum über ein bestimmtes Kollektiv gestellt, womit egoistisch einzustufende Einzelinteressen die angeblichen Interessen der ethnischen Gemeinschaft überlagerten. Andererseits sehen Rechtsextremisten im Anspruch auf weltweite Gültigkeit von Menschenrechten die Gefahr, damit könnten bestimmte Zustände in den angestrebten geschlossenen Gemeinschaften neben der Kritik von außen auch militärische Interventionen nach sich ziehen.

Aufgrund der angedeuteten strategischen Rücksichtnahmen werden die Menschenrechte von Rechtsextremisten nur selten deutlich und offen abgelehnt. Eines der wenigen Beispiele stellt folgendes Zitat des Chefredakteurs der Zeitschrift „Opposition“ Karl Richter dar: „Das Gebot der Stunde ... bleibt nachhaltiges und entschiedenes Opponieren gegen alles, was uns derzeit von den großen Brüdern angepriesen wird: Globalisierung, Menschenrechte, Multikulti, die Liberalisierung und Atomisierung aller Lebensbereiche.“⁵⁰ Diese Auflistung reiht jene Auffassungen und Werte aneinander, welche Rechtsextremisten als Feindbilder dienen. Dazu gehören mit der Globalisierung und „Multikulti“ gesellschaftliche Prozesse und politische Einstellungen, die auch von Demokraten abgelehnt werden können. Die ausdrückliche Aufnahme der Menschenrechte in den Feindbild-Katalog veranschaulicht dabei aber die rechtsextremistische Grundposition der Einstellung und deren Vermischung mit der Ablehnung der Globalisierung. Beides, Globalisierung und Menschenrechte, stellt Richter darüber hinaus als Auffassungen oder Mittel nicht näher benannter „Großer Brüder“ dar, womit ausgerechnet den Menschenrechten der Status eines Herrschaftsinstruments zugewiesen wird.

Vorherrschend in rechtsextremistischen Verlautbarungen zum Thema Menschenrechte ist allerdings die Kritik an ihrer politischen Instrumentalisierung, die sich anhand der US-Außenpolitik durchaus überzeugend belegen lässt. Damit soll aber nicht nur diese Verwendung des Bezugs auf die Menschenrechte kritisiert, sondern deren Wertigkeit als solche in Frage gestellt werden. Dafür steht etwa eine Stellungnahme von Jürgen Schwab in einem „Nation & Europa“-Artikel unter der Überschrift: „US-Vorherrschaft und Globalisierung. Geht das Völkerrecht kaputt?“, wo es heißt: „Unter ‚Globalisierung‘ ist vor allem zu verstehen die weltweite Durchsetzung der westlich

⁵⁰ Karl Richter, Der Chaoskanzler, in: Opposition, 5. Jahrgang, Nr. 1/2002, S. 1.

definierten ‚Menschenrechte‘ unter Beseitigung des Völkerrechts ..., außerdem der global gesteuerte Vorrang der Ökonomie gegenüber der Politik mit dem Ziel einer einheitlichen Weltmarktwirtschaft.“⁵¹ Der Autor kritisiert dabei die Verweise auf die Menschenrechte, die den USA zur Rechtfertigung ihrer imperialen Machtpolitik dienen. Durch die Formulierung „westlich definiert“ streitet Schwab darüber hinaus die interkulturelle und universelle Dimension der Menschenrechte ab und stellt durch die Verwendung von Anführungszeichen deren inhaltliche und rechtliche Gültigkeit in Frage.

Mit derartigen Diskursen einher geht die Ablehnung des Individualitätsprinzips als Grundlage moderner demokratischer Verfassungsstaaten. Entgegen der rechtsextremistischen Deutungen versteht man darunter nicht die einseitige Betonung egoistischer Interessen und sozialer Bindungslosigkeit. Vielmehr soll sich politische Herrschaft über die Wahrung der Autonomie, Rechte und Würde des Individuums legitimieren und es damit nicht mehr den Vorgaben eines Kollektivs bedingungslos unterordnen. Alain de Benoist äußert sich etwa in seinem Buch zur Globalisierung demgegenüber wie folgt: „So führt der Individualismus paradoxerweise zur Anomie und zum Massenkonformismus“. Oder er bemerkt: „Im Individualismus gründet dagegen die Legitimität der Gesellschaften auf abstrakten, von ihren Zugehörigkeiten abgeschnittenen Menschen.“ Und weiter heißt es: „Die Betonung des Individuums zieht also eine langsame Auflösung des Sozialen nach sich, die in die Anomie und in die Atomisierung mündet.“⁵² In all diesen Formulierungen wird der Individualismus mit der Auflösung von sozialer Integration und der Vereinzelung des modernen Menschen in Verbindung gebracht. Stattdessen fordert Benoist um der Wahrung der „wahren Identität“ willen die Einbettung des Einzelnen in das Kollektiv der Kulturen oder Völker.

⁵¹ Jürgen Schwab, US-Vorherrschaft und Globalisierung: Geht das Völkerrecht kaputt?, in: Nation & Europa, 51. Jahrgang, Nr. 11/12/Nov./Dez., 2001, S. 16-21, hier S. 16.

⁵² Benoist (FN 41), S. 20, 210 und 215.

3.3. Antiamerikanismus und Antiwestlertum

Als weitere ideologische Hintergründe rechtsextremistischer Globalisierungskritik können Antiamerikanismus und Antiwestlertum angesehen werden.⁵³ Mit beiden Einstellungen sind nicht bloße kritische Positionen zur Politik der USA oder des Westens gemeint, welche selbstverständlich demokratisch legitim sind und mitunter auch inhaltlich angemessen sein können. Vielmehr handelt es sich bei beiden Begriffen um Sammelbezeichnungen für Auffassungen, die Wertvorstellungen wie Aufklärung und Demokratie, Menschenrechte und Pluralismus ablehnen.

Dass diese grundlegenden Werte für das politische Selbstverständnis der USA und des Westens auch von diesen bisweilen verletzt wurden, soll damit nicht abgestritten werden. Gerade deren Akzeptanz unterscheidet die USA-Kritik vom Antiamerikanismus, die Kritik des Westens von Antiwestlertum. Es kommt bei der Unterscheidung von beidem demnach auf die Reichweite und Stoßrichtung der jeweiligen Einwände an: Verwerfen sie gänzlich die Grundlagen von Amerikanismus und Westlertum oder beziehen sie sich nur auf eine spezifische Ausdrucksform von beidem. Bei der rechtsextremistischen Globalisierungskritik ist Letzteres erklärtermaßen nicht der Fall.⁵⁴

Ein typisches Beispiel für „Antiwestlertum“ bildet ein Beitrag in der Zeitschrift „Opposition“ von Günther Wolf unter dem bezeichnenden Titel „Ja zu Identität und Verwurzelung, nein zur One World: Überfälliger Abschied vom Westen“. Lange Zeit habe ein hirnloser Antikommunismus den klaren Blick vernebelt. „Dass die Besetzung unserer Hirne durch den ‚Westen‘, durch das westliche Denken ... ungleich gefährlicher war (ist) als die militärische Besetzung Mittel- und Ostdeutschlands durch die Sowjetunion, das erkannten – und erkennen – nur wenige: Denn Panzer ziehen wieder ab, Seelenmord und Hirnvergiftung haben Langzeitwirkung.“⁵⁵ Beklagt wird ein

⁵³ Vgl. Dan Diner, *Verkehrte Welten – Antiamerikanismus in Deutschland. Ein historischer Essay*, Frankfurt/Main 1993; Richard Herzinger/Hannes Stein, *Endzeit-Propheten oder die Offensive der Antiwestler. Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Reche*, Reinbek 1995.

⁵⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Antiamerikanismus“ und „Antiwestlertum“ von links und rechts. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Spannungsfeld von Demokratie und Extremismus, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie – Extremismus – Totalitarismus*, München 1997, S. 193-217.

⁵⁵ Günther Wolf, *Ja zu Identität und Verwurzelung, nein zur One World: Überfälliger Abschied vom Westen*, in: *Opposition*, 3. Jahrgang, Nr. 2/1999, S. 30-33, hier S. 30.

mangelnder politischer Wertegehalt des Westens, wobei der Autor ignoriert, dass erst die Abwesenheit einer allgemein verbindlichen Weltanschauung eine offene und pluralistische Gesellschaft ermöglicht. Insofern steht das politische Verständnis des Westens auch für die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaats und keineswegs nur für Geld und Profit als alleinige Werte gesellschaftlichen Miteinanders. Die demokratisch durchaus legitime Kritik an einer Fixierung auf ökonomische Interessen in westlichen Gesellschaften verknüpft der Autor direkt mit der extremistischen Ablehnung der Grundprinzipien westlicher Politikmodelle.

Ähnlich verhält es sich mit dem Antiamerikanismus, der auch hinter einer demokratisch begründbaren Kritik an der US-Außenpolitik stehen kann. Mitunter beschränkt man sich im publizistischen Rechtsextremismus auf diese Dimension und beklagt lediglich die imperiale Seite amerikanischer Außenpolitik. Exemplarisch dafür steht ein „Nation & Europa“-Artikel von Roland Wuttke unter der Überschrift „USA bleiben sich treu: Globale Ambitionen“, worin die US-Hegemonialpolitik und deren moralische Legitimation kritisiert werden. Hierbei spricht der Autor allerdings auch abwertend von einem „abstrakten Humanitätsideal“⁵⁶ und lehnt damit ein Grundprinzip moderner demokratischer Verfassungsstaaten ab. Deutlicher formulieren andere Veröffentlichungen ihre USA-Kritik. Im neonazistischen „Zentralorgan“ heißt es unter der Überschrift „Uncle Sam bedroht die Freiheit der Völker“ mit abwertendem Unterton: „Die USA sind ein künstlich geschaffenes Staatengebilde. Geschaffen nicht von einem Volk, wie wir es aus Europa kennen, sondern von Einwanderern aus aller Herren Länder.“ Damit wird ein biologistisch begründetes Gesellschaftsverständnis gegen die moderne vertragstheoretische Legitimation politischer Herrschaft gestellt.

Die USA wollten, so heißt es weiter im „Zentralorgan“-Artikel, ein solches Gesellschaftskonzept weltweit mit ihrer „Neuen Weltordnung“ durchsetzen. „Besser bekannt sind diese Ziele unter dem Begriff Globalisierung.“⁵⁷ Ähnlich wie andere Rechtsextremisten sieht man hier in der politischen und wirtschaftlichen Dimension der Globalisierung ein Instrument, das den USA zur Erlangung der Welt-herrschaft diene. Mitunter verbirgt sich hinter einer solchen Kritik,

⁵⁶ Roland Wuttke, USA bleiben sich treu: Globale Ambitionen, in: Nation & Europa, 51. Jahrgang, Nr. 9/September 2001, S. 48 f., hier S. 49.

⁵⁷ Free Willy, Uncle Sam bedroht die Freiheit der Völker, in: Zentralorgan, Nr. 13/2001, S. 29-32, hier S. 30.

meist über die Hinweise auf die angeblichen Machenschaften der „Ostküste“, ein latenter Antisemitismus. So äußert etwa Karl Richter in seinem „Nation & Europa“-Artikel „Der 11. September und die Folgen: Lynchjustiz als neue Weltordnung?“ im Zusammenhang mit den amerikanischen Reaktionen: „Auch die Ostküsten-Lobby nutzt ihre Chance.“⁵⁸ Wer im innerrechtsextremistischen Diskurs damit gemeint ist, veranschaulicht folgende Einschätzung des ehemaligen Linksterroristen und jetzigen Rechtsextremisten Horst Mahler: „Damit erweist sich dieses Jahrhundert in Wahrheit als das Jahrhundert der Ostküsten-Juden. Denn das Machtzentrum des Dollarimperialismus – der vor einigen Jahren die hübsche Bezeichnung ‚Globalismus‘ angenommen hat – ist das von Juden beherrschte Bankensystem der USA.“⁵⁹ Hinter der Globalisierung steckt für ihn das „Finanzjudentum“.

3.4. Die Besonderheiten rechtsextremistischer Kapitalismuskritik

Schließlich bilden die referierten ideologischen Grundpositionen auch die Folie für die im Zusammenhang mit dem rechtsextremistischen Globalisierungsdiskurs artikulierte Kapitalismuskritik: Sie richtet sich nicht gegen die damit gemeinte Wirtschaftsweise als solche, womit Unterschiede zu einer marxistischen Position bestehen. Vielmehr kann man im Rechtsextremismus in der Regel eine prinzipielle Bejahung der Marktwirtschaft ausmachen, allerdings verbunden mit gewissen Einschränkungen. Sie beziehen sich auf die angestrebte staatliche Förderung und Protektion bestimmter wirtschaftlicher Bereiche, insbesondere der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Die hauptsächliche Stoßrichtung der Kapitalismuskritik nimmt die kulturellen und sozialen Begleiterscheinungen einer bestimmten marktwirtschaftlichen Praxis ins Visier. Zu Letzteren gehören Arbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie die ungerechte Verteilung von wirtschaftlichen Erträgen. Die kulturellen Folgen sehen Rechtsextremisten in der Fixierung auf den individuellen Egoismus und dem Verlust von kollektiven Werten, welche zur Auflösung und Fragmentierung der postulierten geschlossenen Gemeinschaft führ-

⁵⁸ Karl Richter, Der 11. September und die Folgen: Lynchjustiz als neue Weltordnung?, in: Nation & Europa, 51. Jahrgang, Nr. 10/Okttober 2001, S. 5-10, hier S. 8.

⁵⁹ Horst Mahler, Guten Tag, Herr Friedman ... Unter Berufung auf Christus, Marx und deutsche Philosophen lädt der Vordenker Horst Mahler führende Köpfe zu erstem kritischen Dialog, Malmö (Schweden) o. J. (2002), S. 58.

ten. Erst durch den Einklang der Kapitalismuskritik mit diesem Gesellschaftsbild wird ihr rechtsextremistischer Charakter deutlich.

Ein bedeutsames Beispiel für derartige Auffassungen stellen die in einer Reihe von rechtsextremistischen Veröffentlichungen nachgedruckten „Thesen zum Kapitalismus“ dar.⁶⁰ Ihr Autor Thor von Waldstein, ein früherer Bundesvorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB), der NPD-Hochschulorganisation, schreibt darin: „Die Kapitalismuskritik in Deutschland ist heute intellektuell verwaist. Die Gretchen-Frage für die politische Rechte in diesem Lande wird es sein, ob es ihr gelingt, die Positionen des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszuberechnen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder es kommen endlich die ‚linken Leute von rechts‘, oder es kommen keine Leute von rechts.“⁶¹ Der Kapitalismus führe zu geistiger und seelischer Unterernährung, löse ökologische und soziale Katastrophen aus, trage weder eine Gemeinschaft noch einen Staat und zerstöre die menschliche Gemeinschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen. Waldstein äußert sich zwar weder über eine konzeptionelle Alternative zu der so beschriebenen Wirtschaftsordnung noch zur Art und Weise der nationalen „Aufladung“ der Kapitalismuskritik. Dafür empfiehlt er damit verbundene Inhalte als wichtiges Agitations- und Themenfeld rechtsextremistischer Aktivitäten.

Inhaltlich nehmen sie – idealtypisch gesehen – zwei unterschiedliche Formen an: Dem Ruf nach einer Eingrenzung des Kapitalismus steht die Forderung nach einem Sozialismus des Volkes gegenüber. Für die erstgenannte Position wirbt ein Beitrag von Karl Richter, der in der Zeitschrift „Opposition“ einen bezeichnenderweise „Legt den Kapitalismus an die Leine!“ betitelten Beitrag veröffentlichte. Dort heißt es, Freihandel und Globalisierung seien Risikofaktoren erster Ordnung, die Arbeit, Sicherheit und Wohlstand bedrohten. Zu den Alternativen bemerkt Richter: „Schlag nach bei Ludwig Erhard: Wohlstand für alle funktioniert nur, wenn Staat, Wirtschaft und

⁶⁰ Vgl. Thor von Waldstein, 16 Thesen zum Kapitalismus: Dem Geld dienen oder dem Volk?, in: Nation & Europa, 48. Jahrgang, Nr. 10/Okttober 1998, S. 13-15; ders., Thesen zum Kapitalismus, in: Staatsbriefe, 9. Jahrgang, Nr. 5/Mai 1998, S. 3; ders., Thesen zum Kapitalismus, in: ders., Das Geld, die Macht und das Elend der politischen Klasse. Anmerkungen zur Lebenserwartung des Kapitalismus in Deutschland, in: Gesellschaft für Freie Publizistik (Hrsg.), Mut zur Freiheit. 1848-1998: 150 Jahre Kampf um Selbstbestimmung und Einheit, Oberboihingen 1998, S. 77-98, hier S. 96-98.

⁶¹ Waldstein, 16 Thesen zum Kapitalismus. Dem Geld dienen – oder dem Volk? (Anmerkung 60), S. 15.

Bürger am gleichen Strang ziehen und sich als Solidarpartner verstehen. Das setzt einerseits einen starken Ordnungsstaat voraus, andererseits wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, unter denen sich Unternehmer und Investoren, aber auch Steuerzahler und Bürger wohl fühlen.“⁶² Hier geht es somit um eine Begrenzung der freien Marktwirtschaft, die „Bändigung des liberalkapitalistischen Monsters“. Richters Plädoyer für die Neuorientierung am Modell der sozialen Marktwirtschaft der fünfziger und sechziger Jahre ist allein für sich genommen nicht rechtsextremistisch, es erfolgt allerdings unter dem Vorzeichen einer rechtsextremistischen Grundposition.

Während sich derartige Auffassungen auch bei der DVU und den REP finden, tritt die NPD für einen Sozialismus des Volkes ein. Der Parteivorsitzende Udo Voigt bemerkte in einem „Bekennnis zur Volksgemeinschaft. Plädoyer für den nationalen Sozialstaat“ überschriebenen Artikel: „Unser Sozialismus ist ... ein Sozialismus des Volkes für das Volk und nicht der eines imaginären internationalen Klassenkampfes! Nur aus sozialer Gerechtigkeit und dem Solidarprinzip wächst die nationale Volksgemeinschaft. ... Zusammenfassend lässt sich feststellen: Solidarprinzip, Volkssozialismus, gemeinsame ethnische und kulturelle Entwicklung und eine raumorientierte Volkswirtschaft sind untrennbar mit dem Begriff der Volksgemeinschaft verbunden.“⁶³ Neben der deutlichen Absage an ein marxistisches Sozialismuskonzept findet sich in dem Text allerdings keine ebenso rigorose Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsweise als solcher. Die Positionen Voigts bleiben unklar. Er spricht zwar vom „bevorstehenden Zusammenbruch der westlichen liberalkapitalistischen Systeme“, benennt dabei aber keine wirtschaftspolitische Alternative im Sinne des zuvor zitierten Richter. Der „Sozialismus des Volkes“ würde sich dann nur auf eine sozial ausgewogenere Verteilung von Gütern unter den Deutschen beziehen.

4. Das rechtsextremistische Bewegungspotenzial zur Globalisierungskritik

Die angedeuteten Gemeinsamkeiten bei der Globalisierungskritik von Rechtsextremisten und der sich herausbildenden Bewegung von „links“ lassen sich, bei nicht zu leugnenden Differenzen hinsichtlich

⁶² Karl Richter, Legt den Kapitalismus an die Leine!, in: Opposition, 2. Jahrgang, Nr. 4/1998, S. 1.

⁶³ Udo Voigt, Bekenntnis zur Volksgemeinschaft. Plädoyer für den nationalen Sozialstaat, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2000, S. 2.

der jeweiligen politischen Grundeinstellungen, nicht nur bei der Verwendung ähnlicher Argumentationsmuster und Parolen ausmachen, sondern sie bestehen auch bezogen auf die Artikulationsformen von Protesten, wie etwa die zahlreichen rechtsextremistischen Demonstrationen mit globalisierungskritischen Parolen zeigen. Damit nimmt ein Teil des Rechtsextremismus Formen einer neuen sozialen Bewegung an.

Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen: Wie angemessen ist es, in diesem Fall von einer solchen Bewegung zu sprechen? Welche Bewegungspotenziale weist der Rechtsextremismus in dieser Hinsicht auf? Wie steht es um dessen auf die Globalisierungskritik bezogenes intellektuelles und programmatisches Potenzial? Wie kann die gesellschaftliche Verankerung einer von Rechtsextremisten ausgehenden Ablehnung der Globalisierung eingeschätzt werden? Und zusammenfassend bedarf es einer Antwort auf die Frage, ob sich eine globalisierungskritische soziale Bewegung von rechtsextremistischer Seite bereits herausgebildet hat beziehungsweise herausbilden könnte.

4.1. Besonderheiten und Merkmale von neuen sozialen Bewegungen

Zunächst ist es erforderlich, den Begriff neue soziale Bewegung zu definieren. Die Bezeichnung kam bei der sozialwissenschaftlichen Analyse und Erforschung von Protestbewegungen in westlichen Demokratien⁶⁴ auf und bezog sich in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere auf die Friedens- und Umweltbewegung der siebziger und achtziger Jahre.⁶⁵ Die damit einhergehende wissenschaftliche Kontroverse thematisierte das konkrete Verständnis von neuen sozialen Bewegungen, bildete sich doch keine allseits geteilte und einheitlich verwendete Definition heraus. Dominierend war allerdings die Begriffsbestimmung des Politologen Joachim Raschke: „Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der

⁶⁴ Vgl. Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt/Main 1994; Stefan Sacci, *Politische Potenziale in modernen Gesellschaften. Zur Formierung linksgrüner und neokonservativer Bewegungen in Europa und den USA*, Frankfurt/Main 1998.

⁶⁵ Vgl. Karl-Werner Brand/Detlev Büsser/Dieter Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/Main 1986; Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1987.

mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“⁶⁶ Angesichts der aufgrund ihrer Allgemeinheit auch nötigen Abstraktheit der Definition Raschkes soll bezüglich der einzelnen Bestandteile und Kriterien dieses Verständnis von sozialer Bewegung erläutert werden:

Die Formulierung „kollektiver Akteur“ bezieht sich auf die Einbindung einzelner Individuen in einen kollektiven Handlungszusammenhang. Sie verstehen sich dabei nicht als bloße Gesinnungsgemeinschaften und passive Objekte von gesellschaftlichen Prozessen, sondern als aktiv in sie eingreifend Handelnde und Protest zur Veränderung Mobilisierende. Der Begriff „Akteur“ soll indessen nicht notwendigerweise die formale oder inhaltliche Homogenität unterstellen, denn in Bewegungen können durchaus unterschiedliche Organisationen agieren, welche sich allerdings über die Gemeinsamkeiten hinsichtlich weitreichender Ziele einig sind. Solche können, müssen aber nicht im Sinne eines grundlegenden Wandels der gesellschaftlichen Verhältnisse bestehen. Gleichwohl ist deren Handeln darauf gerichtet, durchaus relevante Entscheidungen, Entwicklungen oder Strukturen in der Gesellschaft zu verändern, wobei dies in unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung geschehen und damit ebenso traditionalistisch wie fortschrittlich, politisch ebenso rechts wie links sein kann. Die zitierte Definition aus der früheren Bewegungsforschung schließt also ausdrücklich auch rückwärtsgewandte traditionalistische wie antidemokratisch ausgerichtete – und somit auch rechtsextremistische – Positionen ein.

Ein wichtiges konstitutives Merkmal von sozialen Bewegungen ist weniger deren Institutionalisierung, sondern das In-Bewegung-Bleiben im Sinne von Dauerhaftigkeit und Kontinuität von kollektiven Handlungen, was soziale Bewegungen eben auch von spontanem Massenverhalten unterscheidet. Gleichzeitig besteht angesichts der relativ unterentwickelten Institutionalisierung – Zusammenhänge ergeben sich mehr über Netzwerke und weniger über Strukturen – ein Unterschied zwischen sozialen Bewegungen und strukturierten Organisationen, was aber auch nicht ausschließt, dass letztere Teil-Akteure in sozialen Bewegungen sein können. Insofern bilden soziale Bewegungen auch ein sowohl von kollektiven Episo-

⁶⁶ Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt/Main 1985, S. 77.

den als auch festen Organisationen unterscheidbares Phänomen. Es ist weiterhin durch eine hohe symbolische Integration gekennzeichnet, welche sich in einem ausgeprägten Wir-Gefühl artikuliert und sich auch durch äußere Formen der Zusammengehörigkeit zu erkennen gibt (Habitus, Mode, Umgangsformen etc.). Zum geringen Institutionalisierungsgrad gehört auch die geringe Rollenspezifikation in sozialen Bewegungen, welche zwar Differenzierungen wie Handlungseliten, Aktivisten und Mitläufer aufweisen, aber nicht im strukturierten Sinne festgeschrieben sind.

Die unterschiedlichen Phasen von Handlungen sozialer Bewegungen können hinsichtlich einer Konstituierungs-, Bewegungs- und Endphase ausdifferenziert werden. Mit der Konstituierungsphase ist die Zeit der Entstehung, Entwicklung und Herausbildung einer sozialen Bewegung gemeint. Hierbei gilt es aber auch zu beachten, dass deutlich erkennbare Ansätze zur Konstituierung – aus welchen Gründen auch immer – in ihren Anfängen stecken bleiben können und die bedeutsame Phase der Bewegung und Handlung im eigentlichen Sinne nicht erreicht wird. Gerade die vergleichende Betrachtung von entwickelten und relevanten sozialen Bewegungen vermittelt dann wichtige Erkenntnisse über die notwendigen Erfolgsbedingungen für die Herausbildung von längerfristig handlungsfähigen Bewegungen. Ähnliche Erkenntnisse gestatten darüber hinaus auch Analysen der Endphase von sozialen Bewegungen, können dabei doch folgende Formen unterschieden werden: die Auflösung der Bewegung durch vollständigen Erfolg oder politisches Scheitern, die Transformation in eine Nachfolgebewegung und die Institutionalisierung der Bewegung mit unterschiedlichen Folgen für deren ursprüngliche Zielsetzung.

4.2. Identifizierung des globalisierungskritischen Bewegungspotenzials

Anfang der neunziger Jahre kam es in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu einer Kontroverse um die Frage, ob das vorgestellte Konzept von neuen sozialen Bewegungen auch auf den Rechtsextremismus angewandt werden könne. Einige Wissenschaftler sprachen sich dafür aus und verwiesen auf dezentrale Strukturen bei hohem Vernetzungsgrad oder das Vorhandensein einer ausgeprägten jugendspezifischen Subkultur.⁶⁷ Andere Wissenschaftler lehnten

⁶⁷ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?, in: Vorgänge 32. Jahrgang, Nr.122/1993, S.105-116, Claus Leggewie, Rechtsextremismus – eine soziale Bewegung?, in Wolfgang Kowals-

solch eine Zuordnung ab und sahen in der antidemokratischen Ausrichtung des Rechtsextremismus einen strikten Gegensatz zur demokratischen Dimension sozialer Bewegungen.⁶⁸ Die letztgenannten Einwände nehmen eine normative Aufladung des Begriffs „neue soziale Bewegung“ als per se demokratisch vor. Dies trifft allerdings in dieser Pauschalität nicht auf die gemeinten Formen – die Achtundsechziger, Friedens- und Ökologiebewegung – zu, da es in diesen durchaus auch antidemokratische Kräfte gab. Gerade das rein formale Verständnis im Sinne der zitierten Definition von Raschke erlaubt erst die analytische Anwendung des damit verbundenen Konzepts und erkenntnisfördernde vergleichende Betrachtungen von unterschiedlichen Bewegungstypen.⁶⁹ Sie ermöglichen erst eine differenzierte Einschätzung des rechtsextremistischen Bewegungspotenzials.

Worin besteht dieses nun? Welche Bestandteile des Rechtsextremismus können ihm zugeordnet werden? Für den Parteienbereich gilt es nach den jeweiligen Parteien zu differenzieren. Während die DVU aufgrund ihrer unterentwickelten Organisationsstruktur und der weitgehenden Inaktivität ihrer Mitglieder keine Handlungsweisen im oben definierten Sinne entfaltet und solches für die REP aufgrund der mehr eingegrenzt parteipolitischen Aktivitäten ihrer Mitglieder lediglich sporadisch feststellbar ist, sieht es diesbezüglich bei der NPD anders aus: Unter der strategisch bedingten formalen Beibehaltung des Parteienstatus verlagert sie ihre Aktivitäten von der „Politik“ („Kampf um die Parlamente“) hin zur „Aktion“ („Kampf um die Straße“). So versucht die NPD, durch öffentliche Präsenz in Form von Demonstrationen und Veranstaltungen Anhänger und Sympathisanten zu mobilisieren. Mit einer gewissen Kontinuität konnte man dabei seit Anfang 1997 mehrmals größere Aufmärsche durchführen. Gerade dadurch lässt sich von einem kollektiven Akteur im

ky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Opladen 1994, S. 325-338.

⁶⁸ Vgl. Christoph Butterwegge, *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion*, Darmstadt 1996, S. 89-100; Thomas Ohlemacher, „Kollektive Aktion“ statt „soziale Bewegung“? oder: Wie notwendig ist der Bewegungsbegriff bei der Analyse des Rechtsextremismus?, in: *Berliner Debatte Initial*, Nr. 1/1996, S. 7-11.

⁶⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Noch einmal: Rechtsextremismus als (neue) soziale Bewegung? Versuch einer Einschätzung vor dem Hintergrund der Situation Ende der 90er Jahre*, in: Frieder Dünkel/Bernd Geng (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandaufnahme und Interventionsstrategien*, Mönchengladbach 1999, S. 89-109.

Sinne der Bewegungsdefinition sprechen. Derartige Aktivitäten gingen mit einer inhaltlichen Neuorientierung einher, welche sich insbesondere auf die Ablehnung der Durchkapitalisierung von Gesellschaften und der Folgen der Globalisierung konzentrierte.

Mit derartigen Positionen konnte die NPD insbesondere Aktivisten aus dem Bereich der Neonazi-Szene sowie der rechtsextremistisch orientierten Skinheads ansprechen. Beide setzen sich primär aus jungen Männern der unteren sozialen Schichten zusammen. Sie waren daher direkt oder indirekt von den erwähnten gesellschaftlichen Prozessen betroffen und verarbeiteten diese ideologisch durch die Akzeptanz von rechtsextremistischem Gedankengut. Über einen besonderen Habitus und eine spezifische Mode lassen die Anhänger dieses Teils des rechtsextremistischen Lagers ihre Zusammengehörigkeit erkennen. Damit wäre das für neue soziale Bewegungen typische Merkmal einer hohen symbolischen Integration über die angesprochenen formalen und inhaltlichen Gemeinsamkeiten erfüllt. Und schließlich muss noch auf den Aspekt der geringen Rollenspezifikation eingegangen werden, wobei es sich zeigt, dass gerade in diesem Punkt die stärkste Annäherung an Eigenschaften der sozialen Bewegung im Rechtsextremismus stattgefunden hat. Die Herausbildung der „Nationalen Kameradschaften“ bei Neonazis und regional präsenten Skinhead-Gruppen steht für ein dezentrales Netzwerk autonomer Initiativen. Sie verfügen zwar nicht über feste Organisationsstrukturen, sind aber kontinuierlich mobilisierbar.

Wie lässt sich nun das Bewegungspotenzial zum erörterten politischen Kontext im Rechtsextremismus zusammenfassend identifizieren? Da die Bedeutung des Globalisierungsthemas bei DVU und REP eher gering ist und die Mitglieder beider Parteien – 2001 zusammen 26.500 – sich eher selten an politischen Aktionen wie Demonstrationen beteiligen, kann das Personenpotenzial in diesem Bereich nicht als Segment einer solchen Bewegung angesehen werden. Ihm zurechnen lässt sich der Komplex von NPD, Neonazis und Skinheads – 2001 zusammen 19.700 Personen –, wovon ein gewisser Teil – bis zu 3.000 Personen – an Demonstrationen zum Globalisierungsthema teilnahm.

Die drei Bestandteile dieses Bewegungszusammenhangs stehen allerdings weder konfliktfrei zueinander, noch verfügen sie über einen identischen Status als autonomer Akteur. Die Mehrheit der Skinheads bildet eher ein Mobilisierungspotenzial, das sich nicht fest in politische Strukturen einbinden lassen will und kaum eigenständige politische Aktivitäten entfaltet. NPD und Neonazis sind sowohl Kooperationspartner bei den politischen Aktionen wie Konkurrenten

um die Führung innerhalb des aktionsorientierten Rechtsextremismus. Sie arbeiten nur in Abhängigkeit von den politischen Rahmenbedingungen und dem konkreten Binnenverhältnis zusammen.

4.3. Das intellektuelle Potenzial der rechtsextremistischen Globalisierungskritik

Analytisch hilfreich für die Einschätzung der gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsextremismus als neuer sozialer Bewegung ist die vergleichende Betrachtung mit politisch erfolgreichen sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre. Hierzu bemerkten die beiden Sozialwissenschaftler Werner Bergmann und Rainer Erb: „Für die rechte Bewegung ist die Zentrum/Peripherie-Differenz aus drei Gründen sehr ausgeprägt, die im Rekrutierungspotenzial, im Fehlen einer Meso-Ebene in der Organisationsumwelt und in den Bewegungsorganisationen liegen: 1. Anhänger und Rekrutierungspotential rechter Bewegungen gehören mehrheitlich zu den bildungsfernen Schichten, so dass die kognitiven Voraussetzungen für die rasche Übernahme des ideologisch-theoretischen Programms fehlen. ... 2. Ihr fehlen auch weitgehend die ‚sozialen Relais‘ oder ‚Scharnierorganisationen‘ (wie sie den NSB in Kirchen, Universitäten, Gewerkschaften zur Verfügung stehen ...) ... 3. Damit ist eine weitere strukturelle Behinderung der rechten Bewegung angesprochen. Sie muss, um hinzuströmende Anhänger zu schulen, Schulungsmaterial und Lerngelegenheiten ... aller Art ... bereitstellen.“⁷⁰ Wie steht es vor dem Hintergrund damit verbundener Überlegungen um das intellektuelle Potenzial rechtsextremistischer Globalisierungskritik?

Bei der bilanzierenden Betrachtung des geistigen Anspruchs der rechtsextremistischen Globalisierungskritik fällt zunächst allgemein auf, dass entsprechende Auffassungen zwar in der organisatorischen und publizistischen Elite dieses politischen Lagers verbreitet sind. Die inhaltliche Verankerung damit einhergehenden Wissens an der jeweiligen Organisationsbasis dürfte aber eher gering sein, geht doch die Einstellung zum Globalisierungsthema kaum über die Wiedergabe einfacher Parolen hinaus. Nicht zufällig mangelt es in diesen Teilen des Rechtsextremismus auch an gesonderten Arbeitskreisen und Diskussionszirkeln zum Thema, welche die angesprochenen Schulungsarbeiten vorantreiben könnten. Eine Ausnahme

⁷⁰ Werner Bergmann/Rainer Erb, „Weder rechts noch links, einfach deutsch!“. Kollektive Identität rechter Mobilisierung – im Vergleich zu anderen Bewegungen, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 1/1996, S. 21-26, hier S. 22 f.

stellt lediglich die Arbeitsgemeinschaft „Globalisierung“ im Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“ dar. Deren bereits erwähnte Informationsplattform im Internet steht unter dem Motto „Gegen System und Kapital – Unser Kampf ist national!“. Sie enthält allerdings nur Berichte von Demonstrationen, Hinweise auf Literatur und Texte zum Thema aus dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“. Darüber hinausgehende Aktivitäten wie etwa die Durchführung von Seminaren zu verschiedenen Facetten der Globalisierung entfaltete die Arbeitsgemeinschaft allerdings nicht.

Eine in diesem Sinn aktivere Organisation stellt das „Deutsche Kolleg“ dar. Die 1994 in der Nachfolge des Berliner Lesekreises der Zeitung „Junge Freiheit“ gegründete Einrichtung steht unter der Leitung der früheren Linksextremisten Horst Mahler und Reinhold Oberlercher und sieht die Schulung der „nationalen Intelligenz“ als ihre eigentliche Aufgabe an. Die inhaltliche Basis bildet ein programmatisches Papier Oberlerchers, das unter dem Titel „Grundriß einer erneuerten deutschen Volkswirtschaft. Ein Ausweg aus der Globalisierungsfalle“ in der Zeitschrift „Opposition“ erschien.⁷¹ Darin benannte der Autor Grundauffassungen und Sofortmaßnahmen zur Herausbildung einer „kulturraumgemäßen Volkswirtschaft“, die das wirtschaftspolitische Ideal von Rechtsextremisten darstellt. Zwar fand der Text auch durch Nachdrucke⁷² eine gewisse Verbreitung im rechtsextremistischen Lager. Die Komplexität und Realitätsfremdheit seines Inhalts behinderten aber die breitere Akzeptanz und das inhaltliche Verständnis. Darüber hinaus enthält der „Grundriß“ nur wenige Punkte, die Möglichkeiten zum Anknüpfen an den öffentlichen Diskurs zum Themenkomplex Globalisierung und Wirtschaftspolitik eröffnen. So wirkt der Text wie ein weltfremdes Gegen-Modell zur modernen Wirtschaftsgesellschaft.

Und schließlich muss bezogen auf die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Thema „Globalisierung“ noch auf das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ verwiesen werden. Neben kommentierenden Artikeln zu Demonstrationen oder ökonomischen Entwicklungen⁷³ finden sich dort auch Grundsatzbeiträge. Überwiegend

⁷¹ Reinhold Oberlercher, Grundriß einer erneuerten deutschen Volkswirtschaft: Ein Ausweg aus der Globalisierungsfalle, in: Opposition, 1. Jahrgang, Nr. 4/1998, S. 14-20.

⁷² Vgl. Reinhold Oberlercher, Grundriß der deutschen Volkswirtschaft, in: Signal, 11. Jahrgang, Nr. 126/1998, S. 20f.

⁷³ Vgl. unter anderem Anti-Globalisierungsprotest in Heidelberg. Genehmigte JN-Demonstration von Polizei blockiert – Spontaner Protest in Ludwigshafen,

enthalten sie Klagen über die „Liquidierung des Sozialstaates“, die „fundamentalen Verfallserscheinungen“ oder die „Wertlosigkeit kapitalismuserhaltender Kritik“. An systematisch entwickelten Gegenkonzeptionen oder einzelnen Reformvorschlägen mangelt es indessen, sieht man einmal von der Beschwörung einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ oder der Forderung nach einem „staatlichen Währungsamt“ ab.⁷⁴ Inhaltlich verankert dürften auch diese Auffassungen wohl nur innerhalb der Elite der rechtsextremistischen Organisationen sein. Ansonsten dient das Thema Globalisierung mehr der Mobilisierung von allgemeinem Protest und Unmut. Dies gestattet sogar den problemlosen Austausch eines Demonstrationsmottos wie am 15. September 2001 in Frankfurt/Oder, wo ein Aufmarsch unter der Überschrift „Gegen Globalisierung und Euro-Wahn“ ursprünglich unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen – härtere Strafen für Kinderschänder“ geplant war.

4.4. Gesellschaftliche Verankerung rechtsextremistischer Globalisierungskritik

Bedeutsam für die politische Relevanz einer sozialen Bewegung ist neben der eigenen intellektuellen und quantitativen Stärke auch die Verankerung ihrer Positionen in der Bevölkerung (Einstellungspotenziale) und in „Scharnierorganisationen“ (Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten etc.). Neue soziale Bewegungen entstehen in der Regel in einer gesellschaftlich marginalen Sphäre, streben aber nach Akzeptanz in der Mehrheitskultur. Gerade sie ist die Voraussetzung für die Entfaltung von politischer Bedeutung, die andere politische Akteure zur Beachtung und Reaktion nötigt. Am Grad der damit verbundenen gesellschaftlichen Verankerung lässt sich auch der Stellenwert sozialer Bewegungen als relevante Größe ablesen. Eine unabdingbare Voraussetzung für die Überbrückung der erwähnten

in: Deutsche Stimme, Nr. 11/November 2001, S. 11; Frank Kerckhoff, Globalisierung: Weltweite Privatisierung der Infrastruktur wird forciert, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2002, S. 8.

⁷⁴ Vgl. unter anderem Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Kapitalistische Globalisierung = Schrankenlose Sklaverei!, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2001, S. 22; Jürgen W. Gansel, Nationalismus als Zwingherr des Globalkapitalismus. Chancen auf eine „Antikapitalistische Front der Jungen von rechts bis links“?, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/September 2001, S. 22; Lothar Ehrlichmann, Wirtschaftswachstum über alles? Gibt es einen Ausweg aus der Globalisierungsfalle?, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Okttober 2001, S. 22.

Randständigkeit ist die Präsenz von deren Akteuren und Positionen in „sozialen Relais“, den gesellschaftlichen „Scharnierorganisationen“. Exemplarisch veranschaulichen lässt sich dies anhand der Friedensbewegung Ende des siebziger und Anfang der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Ihre Anhänger fanden sich etwa bei Lehrenden und Studierenden an Universitäten, die dort für die jeweiligen Positionen warben und auf diese Weise gesellschaftlichen Einfluss nehmen konnten.

Derartige „Scharnierorganisationen“ fehlen dem organisierten Rechtsextremismus, der in Gewerkschaften, Kirchen oder Universitäten noch nicht einmal in Ansätzen über eine solche Bastion verfügt. Allenfalls können geringere Teile der Burschenschaften⁷⁵ und der Vertriebenenverbände⁷⁶ den Status solcher „sozialen Relais“ bilden. Sie verfügen aber über keine so relevante gesellschaftliche Bedeutung wie die anderen genannten „Scharnierorganisationen“. Dieser Tatbestand minimiert auch den Stellenwert des Rechtsextremismus als gegen die Globalisierung gerichteter sozialer Bewegung. Hinzu kommt die politische Sensibilität vieler gesellschaftlicher Einrichtungen, womit sich Abgrenzung und Ablehnung gegenüber den Vertretern dieses politischen Lagers verbindet. Von einem relevanten „sozialen Relais“ lässt sich allenfalls für ein bislang noch nicht begrifflich richtig erfassbares Segment von Jugendlichen sprechen. Gemeint sind damit insbesondere junge Männer mit formal geringerer Bildung und einem niedrigeren Sozialstatus, die auch als soziale Basis der jugendlichen Subkultur der Skinheads gelten können. In dieser sozialen Gruppe finden typisch rechtsextremistische Deutungsmuster, Mentalitäten und Orientierungen relativ weite Anerkennung.⁷⁷

⁷⁵ Unter den unterschiedlichen Dachverbänden studentischer Korporationen gibt es auch die bedeutsamen „Deutschen Burschenschaften“, wozu eine Reihe mit rechtsextremistischer Ausrichtung zählen. Vergleiche etwa Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, München 2002, S. 63 f.

⁷⁶ Innerhalb der mehrheitlich demokratisch ausgerichteten Vertriebenenverbände finden sich ab und an auch rechtsextremistische Auffassungen, welche sich etwa in der Wochenzeitung „Der Schlesier“ artikulieren. Vergleiche Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2001, Düsseldorf 2002, S. 147-149.

⁷⁷ Vgl. Angela Kunkat, Rechtsextremistische Einstellungen und Orientierungen männlicher Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern, in: Dünkler/Geng (FN 69), S. 209-236; Bernd Wagner, Rechtsextreme Entwicklungen in „norma-

Über das Ausmaß und die Verbreitung globalisierungskritischer Auffassungen in der Bevölkerung liegen bislang noch keine detaillierten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen vor. Gleichwohl kann in aller Allgemeinheit eine nicht unerhebliche Angst vor dem Abbau des Sozialstaates, dem Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, der Konkurrenz um Arbeitsplätze und dem Einfluss fremder Kulturen konstatiert werden. Darüber hinaus bestehen in der Bevölkerung nach einer Reihe von empirischen Untersuchungen rechtsextremistische Einstellungen von, je nach unterschiedlich angelegter Messgröße, zwischen sechs und 17 Prozent.⁷⁸ Den rechtsextremistischen Parteien und Organisationen gelingt es bedingt durch eigenes Unvermögen und gesellschaftliche Sensibilität allerdings nicht, größere Teile dieses Potenzials als Aktivisten, Unterstützer oder Wähler für das eigene politische Lager zu mobilisieren. Dies gilt auch bezogen auf das Globalisierungsthema: Obwohl es eine nicht zu ignorierende Schnittmenge zwischen den gegen die Globalisierung Eingestellten und den rechtsextremistisch Eingestellten in der Bevölkerung gibt, vermag es der organisierte Rechtsextremismus nicht, dieses Potenzial in größeren Teilen fester an sich zu binden. Dieses Unvermögen schwächt entsprechend auch das eigene Bewegungspotenzial.

Bilanzierend kann festgehalten werden: Es lässt sich durchaus eine breite Akzeptanz von globalisierungskritischen Positionen sowohl in der Bevölkerung allgemein als auch in bedeutenden „Scharnierorganisationen“ ausmachen, es bestehen aber nur in einer besonderen sozialen Gruppe (männliche Jugendliche mit formal geringer Bildung und einem niedrigen Sozialstatus) Anknüpfungspunkte zur extremistischen Rechten. Das Thema „Globalisierung“ ist darüber hinaus politisch anders, nämlich durch die globalisierungskritische Bewegung von „links“ besetzt. Dies erklärt auch die noch ausführlicher darzustellende Kritik von Rechtsextremisten an den anderen Globalisierungskritikern, gelten sie ihnen doch selbst als Anhänger der Globalisierung: Die „Linke“, so der Tenor aus diesem politischen Lager, trete nur für eine Globalisierung unter anderen Vorzeichen ein und lehne sie nicht wie die „Rechte“ gänzlich ab. Die globalisierungskritische Bewegung von „links“ verfügt darüber hinaus über Präsenz in den relevanten „sozialen Relais“, die den organisierten

len“ Jugendszenen der Städte und Gemeinden in Ostdeutschland, in: ebenda, S. 193-204.

⁷⁸ Vgl. Jürgen W. Falter, *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*, München 1994; Richard Stöss, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, Berlin 2000, S. 25-35.

Rechtsextremisten fast völlig fehlt. Somit besteht zwar eine globalisierungskritische soziale Bewegung von rechtsextremistischer Seite, von einer bedeutsamen gesellschaftlichen Verankerung kann aber noch nicht einmal in Ansätzen gesprochen werden.

5. Schlussbilanz: Einschätzung des Bewegungspotenzials und Reaktionen des Einstellungspotenzials

Bilanziert man die vorgenannten Betrachtungen und Einschätzungen zur Bedeutung der Globalisierung im rechtsextremistischen Diskurs und bei rechtsextremistischen Aktivitäten, so kann Folgendes hinsichtlich eines möglichen Potenzials für die Herausbildung einer sozialen Bewegung gesagt werden: Während das Thema bei DVU und REP nur eine geringe Bedeutung hat, nimmt die NPD bei Demonstrationen und in Veröffentlichungen immer stärker Bezug auf die Bekämpfung der Globalisierung. Ähnliches gilt in etwas abgeschwächerter Form auch für die Neonazi-Szene. Zusammen mit rechtsextremistisch orientierten Skinheads führen NPD und Neonazis eine Reihe von öffentlichen Aufmärschen und Demonstrationen durch. Auch im publizistischen Rechtsextremismus trifft das Thema durch Beiträge in formal anspruchsvolleren Zeitschriften zunehmend auf Interesse. Die Ablehnung der Globalisierung von Rechtsextremisten unterscheidet sich von anderen politischen Artikulationsformen durch eine besondere Grundauffassung: Sie besteht in der Fixierung auf einen ethnisch und politisch homogenen National- oder Rassenstaat, verbunden mit der Ablehnung des Individualitätsprinzips und der Menschenrechte sowie einem nationalistisch begründeten Antiamerikanismus und Antikapitalismus.

Das Agieren von NPD, Neonazis und Skinheads gegen die Globalisierung entspricht den formalen Merkmalen einer neuen sozialen Bewegung. Die kontinuierlich zum Thema durchgeführten Demonstrationen stehen dafür ebenso wie die Existenz dezentraler Strukturen mit relativ hohem Vernetzungsgrad. Auch das Bestehen von beziehungsweise die Verankerung in einer rechtsextremistisch geprägten Jugendkultur in Gestalt der Skinheads sprechen dafür. Allein aus sich heraus dürfte es der rechtsextremistischen Bewegung gegen die Globalisierung allerdings nicht gelingen, eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft zu erlangen. Dagegen sprechen drei Gründe: Erstens mangelt es an einem entwickelten intellektuellen und programmatischen Niveau, das ein geistiges Anknüpfungspotenzial für ein bislang noch außerhalb des rechtsextremistischen Lagers stehendes Anhänger- und Sympathisantenspektrum darstellen könnte. Zweitens fehlt es an gesellschaftlicher Akzeptanz, da die

Rechtsextremisten nicht über „Scharnierorganisationen“ oder „soziale Relais“ in der Gesellschaft verfügen und sich auch noch keine prominenten Persönlichkeiten auf ihre Seite geschlagen haben. Und drittens ist das Thema Globalisierungskritik durch eine Bewegung von „links“ politisch besetzt, welche sich gleichzeitig von Rechtsextremisten ausdrücklich distanziert.

Dafür könnten aber Entwicklungen im Kontext der Globalisierungsprozesse Rechtsextremisten Anhänger zutreiben: Die Folgen wirtschaftlicher Internationalisierungstrends treffen primär soziale Schichten, die hinsichtlich ihrer Einstellungen und ihres Wahlverhaltens dem Rechtsextremismus zuneigen. So führt der Sozialwissenschaftler Roland Roth das europaweite Aufkommen des Rechtsextremismus auf Auswirkungen der Globalisierung zurück: „Was wir in den letzten 20 Jahren an wachsendem Rechtsextremismus erleben, vor allem auch unter Jugendlichen, ist vorrangig eine Reaktionsbildung auf Globalisierungsprozesse und die damit verbundenen Denationalisierungen, die als bedrohlich erfahren werden.“⁷⁹ Die dadurch entstehenden Protest- und Unmutsstimmungen können über eine ideologische Aufladung mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus zur Politisierung in Richtung der extremistischen Rechten führen. Die „linken“ Globalisierungskritiker dürften dieses Potenzial kaum auffangen können, da sie sich politisch und sozial anders zusammensetzen. In Verbindung mit dem wachsenden Vertrauensverlust in demokratische Institutionen bildet sich somit ein von rechtsextremistischer Seite ansprechbares latentes politisches Konfliktpotenzial heraus.

Die dadurch bestehende „Nachfrage“ wird angesichts des schlechten „Angebots“ in Deutschland noch nicht bedient. Intellektuelle, organisatorische, personelle und strategische Defizite der Rechtsextremisten führten bislang noch nicht zur Herausbildung einer erfolgreichen rechtsextremistischen Wahlpartei. Ein Blick in die europäischen Nachbarländer veranschaulicht allerdings den seit Mitte der achtziger Jahre feststellbaren Aufwärtstrend „rechtspopulistischer“ Parteien⁸⁰ Auch in letzter Zeit gelangen ihnen erneut eindrucksvolle

⁷⁹ Roland Roth, Globalisierungsprozesse und Jugendkulturen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 5 vom 1. Februar 2002, S. 20-27, hier S. 26.

⁸⁰ Vgl. Frank Decker, Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000; Armin Pfahl-Traughber, Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994.

Wahlerfolge.⁸¹ Den Zusammenhang dieser Entwicklung mit bestimmten Folgewirkungen der Globalisierung veranschaulicht unter anderem die Analyse der Wählerbasis. Ein Beispiel: Nachdem der Vorsitzende des „Front National“, Jean-Marie Le Pen, beim ersten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen am 21. April 2002 auf den zweiten Platz kam, schrieb die Journalistin Michaela Wiegel nach einer Auswertung statistischen Materials zu den Besonderheiten der Wählerschaft: „Einzelhandel und Handwerker, die von der Globalisierung betroffen sind, zählen zu den Stammwählern.“ Und weiter: „Das Streben nach einer geschlossenen Gesellschaft, die den Bürger gegen den internationalen Wettbewerbsdruck und die europäische Harmonisierung schützt, überwiegt in der Le-Pen-Wählerschaft.“⁸²

Anhand dieser exemplarischen Hinweise auf die politische Verarbeitung von sozialen Ängsten zeigt sich deutlich: Eine Gefährdung der Demokratie kann nicht nur durch Proteste von Extremisten gegen die Globalisierung erfolgen, sondern auch durch die gesellschaftlichen Folgen einer bestimmten Form der wirtschaftlichen Globalisierung bedroht werden. Die als ungerecht empfundene Verteilung von deren Vor- und Nachteilen führt in Teilen der Bevölkerung zu Protest und Unmut. Er kann von extremistischen Kräften ganz unterschiedlicher Art gegen die Demokratie mobilisiert werden. Gleiches gilt für eine andere Ebene – die Globalisierung der Kultur. Im Sinne einer Abwehrreaktion auf die weltweite Angleichung von Lebensstilen drängen Menschen zunehmend auf die Achtung ihrer kulturellen Eigenarten und religiösen Unterschiede. Auch hierdurch entsteht ein mögliches Rekrutierungspotenzial für die Gegner von Demokratie, Gewaltenteilung und Menschenrechten. Die vorgenannten Gefährdungsmomente stellen keine direkten Angriffe auf den demokratischen Verfassungsstaat dar, sie bilden aber für extremistische Bestrebungen günstige gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Deren Gestaltung erfolgt nicht automatisch und natürlich, sie lässt sich politisch steuern und ändern.

⁸¹ Vgl. Warum Rechtspopulisten in Europa siegen ... Große Männer für kleine Leute, in: Die Tageszeitung vom 25. April, S. 4-5; Peter Sturm u.a., Attackieren statt arrangieren. Der Erfolg von Protestparteien in Europa zeigt, was möglich ist und wie man sich dazu exponieren muß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2002, S. 3.

⁸² Michaela Wiegel, Geschlossene Gesellschaft. Welche Franzosen haben für Le Pen gestimmt?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. April 2002, S. 16.

Sena Ceylanoglu

Linksextremismus in Deutschland heute¹

Einleitung

Wer über den Zustand und die Erscheinungsformen des Linksextremismus in der heutigen Bundesrepublik schreiben möchte – und dies ist das Ziel des vorliegenden Beitrags – stellt rasch fest, dass Wissenschaft und Publizistik dieses Thema seit vielen Jahren fast völlig ignorieren. Ganz anders sieht es dagegen aus, wenn man nach Publikationen zum Rechtsextremismus sucht. In diesem Fall sieht man sich eher mit dem Problem konfrontiert, aus der schier überbordenden Literatur die seriösen und wissenschaftlich fundierten Beiträge herauszusuchen, denn ein beträchtlicher Teil der Publikationen zum Rechtsextremismus ist durch ein hohes Maß an politischer Agitation gekennzeichnet. Dies ist bei einigen der Publikationen zum Linksextremismus ebenso zu beklagen, so dass im Ergebnis noch weniger an brauchbarer Literatur zur Verfügung steht, als es auf den ersten Blick erscheinen mag². Die Tatsache, dass viele Publikationen über den Extremismus offensichtlich keine politische Aufklärung, sondern eine bloße Demagogie zum Ziel haben und bezwecken, nicht nur den Extremismus der politischen Gegenseite, sondern auch deren gemäßigte Ausformungen zu verunglimpfen, hat zum Teil dazu geführt, den Extremismusbegriff zu diskreditieren³. Es erscheint jedoch nicht

¹ Der Beitrag gibt ausschließlich die persönlichen Auffassungen der Autorin wieder.

² So hält beispielsweise der von H.-H. Knütter und S. Winckler herausgegebene Band „Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr“, Graz, Stuttgart 2002, den im Titel zum Ausdruck gebrachten Anspruch, ein Handbuch zu sein. Dagegen spricht die wenig fundierte Behandlung der Themen in meist sehr kurzen Beiträgen ebenso wie die politisch sehr tendenziellen Aussagen der Autoren, siehe: Pfahl-Traughber, A.: Einem ‚Handbuch Linksextremismus‘ mangelt es an wissenschaftlichen Qualitäten, dafür verfügt es über politische Gesinnungen, in: blick nach rechts vom 10.7.2003; vergleiche auch: Jesse, E.: Kein ‚Handbuch‘ des Linksextremismus, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 15, 2003, S. 353-355. Andere Beiträge, die vom Titel her einen generellen Überblick zum Linksextremismus vermuten lassen, behandeln, wie zum Beispiel Moreau, P.; Lang, J.P.: Linksextremismus – eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, nur einen Teilbereich, und zwar die PDS.

³ Zu Kritikern des Extremismusbegriffs vergleiche Narr, W.-D.: Radikalismus/Extremismus, in: Greifenhagen, M. (Hrsg.): Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, München, Wien 1980; Jaschke, H.G.: Streit-

gerechtfertigt, „das Kind mit dem Bade“ auszuschütten – der Missbrauch des Begriffs des politischen Extremismus in der politischen Auseinandersetzung sollte den Blick nicht verstellen für tatsächlich vorhandene extremistische, das heißt gegen die bestehende freiheitliche Ordnung gerichtete Bewegungen und Ideologien.

Die Erklärung für die Vernachlässigung des Linksextremismus durch Wissenschaft und Publizistik mag für einige denkbar einfach sein. Sie würden darauf verweisen, dass die Ausblendung des Linksextremismus mit seiner Bedeutungslosigkeit zusammenhänge, es würde sich schlicht nicht lohnen, sich mit einer „quantité négligeable“ wie dem Linksextremismus in der heutigen Bundesrepublik zu befassen. Die eigentlichen Probleme und Gefahren lägen heute nun einmal nicht mehr wie noch in den 1970er Jahren beim Linksextremismus, sondern beim islamischen Fundamentalismus oder beim Rechtsextremismus.

Es steht außer Frage, dass linksextremistische Parteien und Organisationen seit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ erheblich an Mitgliedern und Akzeptanz eingebüßt haben. Dies drückt sich auch in dem fast völligen Scheitern von linksextremistischen Parteien bei Wahlen aus. Eine zahlenmäßige Betrachtung allein vermittelt jedoch kein aussagekräftiges Bild über den tatsächlichen Einfluss, die Bedeutung oder die Gefährdung, die von extremistischen Gruppierungen ausgeht. Auch wenn die Hauptgefährdung für die innere Sicherheit in Deutschland heute nicht mehr vom Linksextremismus ausgeht, gelingt es linksextremistischen Parteien und Organisationen heute ebenso wie vor dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, durch Bündnisse mit demokratischen Gruppierungen erheblich mehr an Einfluss zu gewinnen, als die niedrigen Mitgliederzahlen der eigenen Organisationen vermuten lassen. Das im Allgemeinen überdurchschnittliche Bildungsniveau, über das Anhänger von linksextremistischen Organisationen verfügen, eröffnet ihnen dabei eher die Möglichkeit, meinungsbildend zu wirken als Anhängern rechtsextremistischer Ideologien und Organisationen, die mehrheitlich niedrige Bildungsgrade aufweisen. Der demokratische Verfassungsstaat und seine Institutionen sind in jedem Fall aufgrund des antitotalitären Konsenses in der Pflicht, gegenüber allen Formen des politischen Ex-

bare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, bemüht sich in dieser Veröffentlichung um eine konstruktive Erweiterung des Extremismusbegriffs.

tremismus wachsam zu bleiben, auch wenn der Staat bei besonderen Gefährdungslagen seine Arbeit in den entsprechenden Bereichen intensiviert. Die kontinuierliche Arbeit in anderen Bereichen wird davon nicht beeinträchtigt und findet im Übrigen auch dann statt, wenn sie von der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen wird.

Wie also stellt sich der Linksextremismus in der Bundesrepublik am Anfang des 21. Jahrhunderts dar? Nach einer Begriffsdefinition werden im Folgenden zunächst einige Themen, dann einige Parteien und Organisationen beschrieben, die zum Linksextremismus gerechnet werden. Dieser Beitrag erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, weder was die Beschreibung der Themenfelder, noch was linksextremistische Organisationen betreffen. Vielmehr wurden aus der Vielzahl der linksextremistischen Gruppierungen, die oftmals nur aus wenigen Personen bestehen, abgesehen von den Autonomen, lediglich drei Parteien beziehungsweise Organisationen herausgegriffen, und zwar die PDS, die DKP und die VVN-BdA. Die Auswahl erfolgte nicht nur anhand des Gesichtspunktes der relativ großen Mitgliederzahlen dieser Organisationen, sondern auch, da man bei jeder von ihnen einen spezifischen Anpassungsprozess an die Veränderungen seit 1989 aufzeigen kann.

1. Begriffsdefinition

Der Begriff „Extremismus“ wird in Anlehnung an Backes/Jesse als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat verstanden⁴. „Extremismus“ impliziert grundsätzlich eine Relation, und zwar die Beziehung zur freiheitlich verfassten demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Aus der Sicht des Extremisten erscheint dabei die demokratisch orientierte Mitte als abzulehnendes Extrem, dem sie den Kampf ansagen⁵.

⁴ Vergleiche Backes, U.; Jesse, E.: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1993, S. 40 f. Vergleiche auch: Everts, C.: Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000; Pfahl-Traughber, A.: Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln, Berlin, Bonn etc. 2000, S. 185-212.

⁵ Vergleiche zu diesem Gedanken und dem Extremismusbegriff allgemein auch: Tiefensee, E.: Extremismus aus philosophischer Sicht, in: Landesweiter Runder Tisch gegen Gewalt, Sächsischer Landtag (Hrsg.) - Foren zu Extremismus, Dokumentation, Dresden 2000, S. 7-14.

Neben dieser relationalen Definition von Extremismus haben Backes und Jesse weitere typische Wesensmerkmale von Extremisten herausgearbeitet. Dazu gehören ein Absolutheitsanspruch, der Dogmatismus, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, ein Anspruch auf eine abschließende Welterklärung und finale Problemlösung und eine gruppenspezifische Ethik, die die extremistischen Inhalte und Organisationen zum Lebensmittelpunkt machen⁶. Auch wenn Links- und Rechtsextremisten durch diese Strukturmerkmale Gemeinsamkeiten aufweisen, bedeutet dies nicht, dass das extremismustheoretische Modell diese beiden Formen des Extremismus gleichsetzt⁷.

Der Begriff des Extremismus impliziert eine Vorstellung der Anordnung der politischen Grundeinstellungen auf einer „links-rechts“-Achse, an deren äußersten Rändern die jeweiligen Extremismen platziert sind. Die Grenze zwischen noch demokratischen und bereits extremistischen Personen und Positionen ist dabei nicht starr oder undurchlässig – auf beiden Seiten des politischen Spektrums gibt es Grenzfälle und eine Durchmischung von extremistischen mit nicht-extremistischen Kräften. In der Regel erschwert jedoch die kompromisslose und dogmatische extremistische Weltsicht eine Kommunikation mit Demokraten und auch innerhalb des extremistischen Spektrums. Ein Grund für die Zersplitterung insbesondere des linksextremistischen Spektrums liegt darin begründet, dass Meinungsverschiedenheiten nicht durch Kompromiss überwunden werden können, sondern nur die Lösung einer organisatorischen Abspaltung gesehen wird. Bei der Suche nach Bündnispartnern aus dem demokratischen Spektrum stellen jedoch Linksextremisten aus strategischen Überlegungen oftmals ihre kompromisslosen Positionen in den Hintergrund.

Inhaltlich betonen Linksextremisten vor allem einen der drei in der französischen Revolution proklamierten Werte – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – auf Kosten der anderen Werte: die Gleichheit

⁶ Vergleiche Backes/Jesse, 1993, S. 234 ff. (FN 3)

⁷ An diese Behauptung knüpft sich meist der Vorwurf an, der Begriff des Extremismus sei „eindimensional“, vergleiche Neugebauer, G.: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, W.; Stöss, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000 (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung), S. 13-37, S. 31.

aller Menschen⁸. Die Verwirklichung dieses aus der Aufklärung stammenden Ziels hat dabei eine derartige Priorität, dass die Einschränkung der persönlichen Freiheit des Einzelnen in Kauf genommen wird, obwohl Linksextremisten ihrem Selbstverständnis nach ebenfalls das Ziel verfolgen, alle Menschen aus Abhängigkeit und „Herrschaftsverhältnissen“ zu befreien. Besonders für Linksextremisten mit anarchistischem Hintergrund steht dabei das Ziel der „Freiheit“ im Vordergrund – ihre Vorstellung von Freiheit ist jedoch mit der Existenz eines Staatswesens unvereinbar, weswegen sie dem Staat den Kampf ansagen.

Linksextremistische Ideologien haben ihre Ursprünge in den kapitalismuskritischen Denktraditionen des Marxismus und Anarchismus, die im 19. Jahrhundert aufkamen. Die kapitalismuskritische Denkweise ist auch heute Linksextremisten eigen. Sie sehen das politische System der Bundesrepublik Deutschland von Kapitalinteressen dominiert und auf Herrschaftsabsicherung ausgerichtet. Nach Ansicht von Linksextremisten kann dieses System grundsätzlich nicht reformiert, sondern nur durch Revolution gänzlich überwunden werden.

Linksextremisten selbst sehen sich als Teil einer emanzipatorischen Bewegung, die sich nach ihrem Dafürhalten für die Aufwertung der Bürgerrechte und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der unterprivilegierten Schichten einsetzt. Sie berufen sich dabei darauf, dass es historisch dem Kampf der politischen Linken zu verdanken ist, dass diese Ziele schrittweise verwirklicht werden konnten. Die Tatsache, dass dies sich historisch tatsächlich so verhalten hat, ist höchstwahrscheinlich auch ein Grund dafür, weshalb der Kampf des Staates gegen den Linksextremismus oft in ein anrühiges Licht gesetzt wird – so, als ob ein repressiver Staat sich dagegen sträubt, seinen Bürgern die ihnen zustehenden Bürgerrechte und eine soziale Sicherung zu gewährleisten. Diese Legende verbreiten Linksextremisten gern auch selbst. Die Bekämpfung des Linksextremismus hat jedoch nichts damit zu tun, sondern wendet sich ausschließlich gegen jene, die ihrerseits Staat und Demokratie den Kampf angesagt haben.

⁸ Vergleiche Bobbio, N.: *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin 1994, S. 76 ff. Bobbio legt hier die These dar, dass „rechts“ und „links“ wesentlich die jeweilige Haltung zum Ideal der Gleichheit ausdrücken.

1.1. Themenfelder

Linksextremisten besetzen unter anderem die Themenfelder „Antifaschismus“, „Antirassismus“ und solche, die soziale Benachteiligungen in den Mittelpunkt rücken. In diesem Zusammenhang erhielten in den vergangenen Jahren insbesondere das Thema „Globalisierung“ und dasjenige eines angeblichen Sozialabbaus als Reaktion auf die Agenda 2010 der Bundesregierung an Bedeutung. Andere Themen, die in den 1970er und 1980er Jahren im Zentrum linksextremistischer Kampagnen und Polemik standen wie der „Friedenskampf“ und der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie haben dagegen generell an Bedeutung verloren, wenn auch der Irak-Krieg zu einer kurzfristigen Wiederbelebung des Friedensthemas geführt hat. Demgegenüber scheint das Thema „Anti-Atom“ für Linksextremisten weitgehend der Vergangenheit anzugehören⁹.

Hier werden die traditionellen Themenfelder „Antifaschismus“ und „Antirassismus“ beschrieben und als aktuelles Beispiel auf die Thematisierung des „Sozialabbaus“ eingegangen¹⁰.

1.1.1. „Antifaschismus“

„Antifaschismus“ gehört zu einem der besonders häufig missverstandenen und missbrauchten Begriffe. Dem Wortsinn nach bezeichnet „Antifaschismus“ eine Gegnerschaft zum Faschismus. In diesem Sinn ist Antifaschismus eine Grundlage für die Arbeit aller demokratischen politischen Parteien. Für Linksextremisten hingegen ist die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik an sich zumindest latent faschistisch geprägt. Grundlegend für diese Interpretation ist die „Dimitroff-Doktrin“, der zufolge der Kapitalismus die in der Gesellschaft vorhandenen faschistischen Tendenzen nutzt. Dieser Doktrin entsprechend kann nur eine Abschaffung des Kapitalismus gleichzeitig auch den Faschismus beseitigen¹¹.

⁹ Für eine mögliche Erklärung vergleiche Punkt 3.4.1.

¹⁰ Zum Thema Antiglobalisierung wird auf den Beitrag von C. Leggewie in diesem Band verwiesen.

¹¹ Zu einer Auseinandersetzung mit dem „Antifaschismus“ vergleiche Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Bedeutung und Funktion des Antifaschismus (Texte zur Inneren Sicherheit), 1990.

Während der Antifaschismus vor 1989 ein zentraler Kampfbegriff in der Systemauseinandersetzung war, haben linksextremistische Anhänger und Gruppierungen aktuell Probleme, mit dem „antifaschistischen Kampf“ mobilisierend zu wirken. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass demokratische Bündnisse, die sich für die Bekämpfung des Rechtsextremismus engagieren, das Thema Antifaschismus dominieren und Extremisten die Möglichkeit nehmen, sich auf diesem Feld zu profilieren. Das Thema war ansonsten sowohl zentral für autonome Gruppierungen als auch orthodoxe Linksextremisten. Als größte Organisation, die sich den Kampf gegen den „Faschismus“ auf die Fahnen geschrieben hat und nach wie vor von orthodoxen Linksextremisten maßgeblich bestimmt wird, sei hier die VVN-BdA genannt, die weiter unten ausführlich beschrieben wird.

Für autonome Gruppierungen beinhaltet der antifaschistische Kampf vor allem die Beteiligung an Protestaktionen gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten und eine „Antifa-Recherche“, die zum Ziel hat, Strukturen und Logistik rechtsextremistischer Gruppen und Organisationen nicht nur zu benennen, sondern teilweise auch mit militanten Aktionen anzugreifen. Ihre Protestaktionen gegen Aufmärsche und Demonstrationen von Rechtsextremisten führen regelmäßig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und Vertretern der rechten Szene. Die Polizei, deren Aufgabe es ist, für die öffentliche Sicherheit zu sorgen, wird dabei oftmals ebenfalls Angriffsziel der Autonomen, da diese die Situation irrationalerweise so interpretieren, dass der Staat rechtsextreme Personen schützt, wodurch sie sich in ihrem Feindbild des faschistischen und repressiven Staates bestätigt sehen.

1.1.2. „Antirassismus“

Linksextremisten sehen die „kapitalistische Gesellschaft“ grundsätzlich nicht nur durch Faschismus, sondern auch durch Rassismus gekennzeichnet. Nach ihrem Dafürhalten findet der Kapitalismus das für sein Funktionieren notwendige Reservoir an Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft unter Wert und ohne soziale Absicherungen zu verkaufen, in der jetzigen Zeit vor allem unter Flüchtlingen, Asylsuchenden und Ausländern. Diese Menschen treffe die dem Kapitalismus immanente Ausbeutung und Entrechtung in besonderem Maße, wenn auch prinzipiell alle Menschen, die in einem kapitalistischen System leben, davon betroffen seien. Linksextremisten sehen daher ihren Kampf gegen die Unterdrückung von Flüchtlingen als exemplarisch für den Kampf gegen die Unterdrückung aller Menschen.

Da nach Überzeugung von Linksextremisten die Regierungen kapitalistischer Systeme ihre Politik an den Erfordernissen des Kapitals ausrichten, sind diese in ihren Augen grundsätzlich ebenfalls rassistisch. Dieses Verständnis von Rassismus erhebt also einen Generalvorwurf gegen den Staat und die sie stützende „Mehrheitsgesellschaft“, deren Verständnis von „Rassismus“ sicher ein anderes ist. Dieses Beispiel demonstriert, dass Linksextremisten und Demokraten unterschiedliche Dinge meinen, wenn sie dieselben Wörter benutzen: Der linksextremistische „Antirassismus“ oder „Antifaschismus“ ist ein anderer als derjenige der demokratisch orientierten Mehrheit. Diese Differenzen verschleiern Linksextremisten jedoch häufig aus taktischen Überlegungen, um Bündnispartner außerhalb ihres Spektrums zu finden.

Gegen die angeblich rassistische Politik des Staates agieren Linksextremisten mit Demonstrationen und Veranstaltungen, aber auch mit Militanz. Als Angriffziele dienen Einrichtungen, die in ihren Augen Symbole für den Rassismus sind, und zwar sowohl staatliche (beispielsweise Ausländerbehörden) als auch Privatunternehmen¹².

Während bürgerliche Kräfte Linksextremisten inzwischen Konkurrenz beim Thema „Antifaschismus“ machen, ist es in der jüngsten Vergangenheit im Bereich „Antirassismus“ zu einer Zusammenarbeit von Linksextremisten, hauptsächlich aus dem autonomen Spektrum, mit Vertretern nichtextremistischer Personen und Gruppen der Zivilgesellschaft gekommen. Aus einem bundesweiten Koordinierungstreffen von 30 antirassistischen Gruppierungen, unter denen autonome ebenso wie kirchliche und gewerkschaftliche zu finden waren, wurde im Zusammenhang mit der „Documenta X“ am 28.6.1997 in Kassel der Grundstein für die Kampagne „kein mensch ist illegal“ gelegt. Die Kampagne wurde überwiegend von demokratischen Gruppen und Initiativen getragen und hatte zum Ziel, Flüchtlinge praktisch und politisch zu unterstützen und eine Illegalisierung ihres Status zu verhindern.

¹² Als Beispiel dafür sei die bundesweite Kampagne gegen die Lufthansa AG aus dem Jahr 2000 genannt, die ähnlich wie andere Fluggesellschaften wegen des Transports von abgeschobenen Ausländern in das Zielfeld der Aktivisten rückte. Das Besondere der Aktion war die Form – sie erfolgte über das Internet, indem durch massenhaften Zugriff auf die Homepage versucht wurde, den Aufbau der Seite für andere Nutzer zu verlangsamen oder zu verhindern, vergleiche dazu den Beitrag von Barisic/Reinhard in diesem Sammelband.

Ähnlich wie beim „Antifaschismus“ ist das Thema „Antirassismus“ für Linksextremisten zurzeit mit Schwierigkeiten behaftet, wenn auch aus anderen Gründen. Diese liegen vor allem in internen Streitigkeiten der autonomen Szene, die seit 1998 jährliche „Antirassistische Grenzcamps“ organisiert. Seit mehreren Jahren werden dort erbitterte Diskussionen darüber geführt, ob Migranten und ihre Anliegen stärker berücksichtigt werden sollten oder dies dazu führen würde, dass radikale systemkritische Forderungen in den Hintergrund gedrängt werden würden. Dies demonstriert, dass es zumindest einem Teil der Angehörigen der Szene nicht in erster Linie um die Verbesserung der Bedingungen von Migranten geht, sondern dass radikale Systemkritik Priorität hat.

Die Grenzcamps sollen nach dem Willen der Teilnehmer dazu dienen, durch provokative Aktionen auf den in der deutschen Gesellschaft angeblich vorhandenen Rassismus aufmerksam zu machen. Ihren Namen „Grenzcamp“ haben sie aufgrund der Wahl der Veranstaltungsorte, die in der Regel in grenznahen Gebieten oder symbolisch wie am Flughafen Frankfurt am Main gewählt werden. Das letzte Grenzcamp fand vom 31.7. bis zum 9.8. 2003 in Köln unter dem Motto „Out of control. Für globale Bewegungsfreiheit. Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen“ statt. Die rund 500 Teilnehmer erhoben dort die Forderung nach einem „uneingeschränkten Recht auf globale Bewegungsfreiheit“ und definierten anschließend, wogegen sie waren, und zwar:

„gegen rassistische und immer stärker transnational organisierte Kontroll- und Überwachungstechniken, gegen Abschiebe- und Lagerpolitik, gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen, gegen gezielte Illegalisierung und rassistische Abschreckung. Das Camp spricht sich auch gegen Nation und Nationalstaat aus, gegen rassistische und völkische Haltungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und weitere Entrechtungen, denen Flüchtlinge und MigrantInnen besonders stark ausgesetzt sind. Grundsätzlich geht es dem Camp aber um die Demontage von Herrschaftsverhältnissen insgesamt. Denn kapitalistische, patriarchale und andere Herrschaftsverhältnisse machen nicht nur das Leben von MitgrantInnen und Flüchtlingen immer wieder zur Hölle. Nein, sie betreffen alle Menschen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und auf verschiedene Weise. (...)“¹³

¹³ [www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/main.php?text=162 &projekt=camp](http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/main.php?text=162&projekt=camp). (Stand: Februar 2004)

1.1.3. Kampf gegen „Sozialabbau“

Soziale Themen und die Bemühungen, die Gleichheit der Mitglieder einer Gesellschaft zu stärken, gehören zur Basis der Überzeugungen der politischen Linken. Im vergangenen Jahr (2003) rückte das Thema durch das Bestreben der Bundesregierung, eine Reform der Sozialsysteme zu beschließen, in der gesamten Öffentlichkeit und in der Politik in den Mittelpunkt. Vorläufiger Höhepunkt war eine Demonstration am 1. November 2003 unter dem Motto „Gegen den Sozialabbau der Bundesregierung“ in Berlin, an der rund 100.000 Menschen teilnahmen. An der Vorbereitung der Demonstration waren sowohl Anhänger linksextremistischer Organisationen beteiligt, darunter vor allem die trotzkistischen Organisationen „Linksruck“ und „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV) und orthodox-marxistische wie DKP und MLPD, als auch Vertreter von Gewerkschaften und ATTAC. In der anschließenden Medienberichterstattung wurde jedoch die Beteiligung von linksextremistischen Organisationen mit Ausnahme der PDS kaum erwähnt, sondern im Allgemeinen auf ATTAC, ver.di und weitere Gewerkschaftsgruppierungen verwiesen. Dies ist insofern verständlich, als bei der Demonstration Vertreter linksextremistischer Gruppierungen unter dem Label von beispielsweise ATTAC auftraten. Dennoch ist das Beispiel dieser Großdemonstration sowohl bezeichnend für die Vermischung von Personen mit linksextremistischem Hintergrund mit Vertretern demokratischer Organisationen als auch für die anschließende verkürzte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Es ist jedoch wichtig, die linksextremistische Beteiligung nicht auszublenden und sich darüber klar zu werden, dass Linksextremisten im Gegensatz zu den demokratischen Kräften, die sich an der Demonstration beteiligten, weitergehende Ziele verfolgen. Ihnen geht es nicht nur um das Thema an sich, sondern sie verfolgen damit gleichzeitig das Ziel, eine vorhandene Unzufriedenheit für eine Destabilisierung des Systems beziehungsweise eine Systemüberwindung zu nutzen.

Auch militante Linksextremisten hofften angesichts der Allgegenwärtigkeit des Themas, dass sie auch außerhalb der eigenen Szene Verständnis für eigene militante Aktionen finden würden, die sich unter anderem gegen Arbeitsämter, Zeitarbeitsfirmen, aber auch gegen Privathäuser und -fahrzeuge von Mitgliedern der Hartz-Kommission richteten. Dass diese Hoffnung auf eine Popularisierung ihrer Taten sich realisiert hat, ist allerdings nicht feststellbar.

1.2. Personenpotenzial

Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzte 2002 das linksextremistische Personenpotenzial einschließlich der Autonomen auf etwa 31.100 Personen. Die ca. 78.000 Mitglieder der PDS (2002) werden ebenfalls zum linksextremistischen Personenpotenzial gerechnet, dabei aber in den Verfassungsschutzberichten gesondert ausgewiesen und nicht als Linksextremisten bezeichnet. Verglichen mit den Angaben aus den Jahren vor dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus hat sich das Personenpotenzial somit deutlich verringert. Dabei ist zusätzlich in Erwägung zu ziehen, dass die Angaben vor 1992 sich nur auf die alten Bundesländer beziehen. 1986 waren ca. 63.000 Personen Mitglieder linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisation, 1988 war die Zahl bereits auf 56.000 gesunken. Die folgenden Jahre brachten erhebliche Einbrüche und Umstrukturierungen des linksextremistischen Lagers mit sich. So sank die Zahl des linksextremistischen Personenpotenzials auf 41.000 im Jahr 1989, 29.500 1990, um 1991 ihren bisherigen Tiefststand mit 26.500 Personen zu erreichen. In den vergangenen Jahren hat sich das Personenpotenzial mit leichten Schwankungen auf ca. 30.000 stabilisiert (Angaben jeweils ohne PDS).

2. Linksextremistische Parteien und Organisationen

2.1. Die PDS im Lichte des neuen Parteiprogramms – eine extremistische Partei?

Die ca. 78.000 Mitglieder der 1989/1990 aus der SED hervorgegangenen PDS werden mit der Ausnahme der ca. 1.500 Anhänger der „Kommunistischen Plattform der PDS“ (KPF) und des „Marxistischen Forums“ nicht als Linksextremisten bezeichnet, aber zum linksextremistischen Personenpotenzial gezählt. Der Grund dafür, dass die Partei vom Bundesamt für Verfassungsschutz und der Mehrzahl der Landesämter für Verfassungsschutz – wenn auch ohne nachrichtendienstliche Mittel – beobachtet wird, ist nicht nur, dass diese beiden Foren, die eindeutig das Ziel der Systemüberwindung propagieren, innerhalb der Partei toleriert werden. Die Verbindungen und die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten, das nicht eindeutige Verhältnis zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung sind weitere Gründe, die zur Beobachtung führten. Hinzu kommt die Betonung des außerparlamentarischen Kampfes, dem zufolge der Partei die Rolle einer Initiatorin oder Koordinatorin von außerparlamentarischen Protestbewegungen zuge-

schrieben wird, um in der Gesellschaft virulenten Unmut zum Widerstand gegen die ‚herrschenden Verhältnisse‘ zu kanalisieren¹⁴.

Die Frage, ob die Partei demokratisch oder extremistisch ist, ist in Wissenschaft und Politik umstritten und erhält eine besondere Brisanz aufgrund der Tatsache, dass die PDS an Regierungen in zwei Bundesländern beteiligt ist. Eine eindeutige Beantwortung der Frage ist deshalb so schwierig, weil das Profil der Partei nach wie vor zwiespältig ist. Während sie einerseits bemüht ist, auf parlamentarischem Wege und durch Regierungsbeteiligungen im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung Einfluss zu gewinnen, hält sie andererseits an dem Ziel der Systemüberwindung auch noch in dem neuen Parteiprogramm fest. Dieses wurde auf dem Parteitag in Chemnitz am 25./26.10.2003 verabschiedet und löst das Parteiprogramm von 1993 ab.

Im neuen Parteiprogramm finden sich neben eindeutigen Aussagen wie „Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus“ auch solche, die das zwiespältige und ungeklärte Verhältnis der Partei zum gegenwärtigen System der Bundesrepublik belegen, so zum Beispiel in der Beschreibung des Sozialismus mit Sätzen wie „Sozialismus ist beides: ein Prozess des Kampfes um jede nur mögliche politische und soziale Verbesserung mitten in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und um die Überschreitung ihrer Grenzen.“¹⁵ Entsprechend dieser uneindeutigen Definition des Sozialismus wird die Partei ausdrücklich als offen für Menschen definiert, „die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“¹⁶

Das neue Parteiprogramm, das die PDS nach über fünfjähriger Diskussion mit einer überraschend großen Mehrheit von 77,8% der Delegierten verabschiedete, kann als Versuch gewertet werden, sich

¹⁴ Es ist diese Strategie und die Duldung von offen extremistischen Kräften in der Partei, die den Autor einer kürzlich erschienen Promotion zu dem Ergebnis kommen lässt, dass die PDS eine extremistische Partei ist, vergleiche: Lang, J.P.: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Nomos, Baden-Baden 2003, S. 155 ff.

¹⁵ www.pds-online.de/partei/dokumente/programm2003/view_html?zid=2&bs=1&n=0. (Stand Februar 2004)

¹⁶ Vergleiche *ibid.*

zumindest den Anschein zu geben, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren, auch wenn am Ziel der Systemüberwindung weiterhin uneingeschränkt festgehalten wird.

Die im Vorfeld zum Teil vehement geäußerte Kritik orthodoxer Vertreter der Partei hatte ein Scheitern des Entwurfs wahrscheinlich gemacht¹⁷. Die Änderungen, die vielfach zu sprachlichen Unschärfen und Allgemeinplätzen führten, haben anscheinend jedoch dazu geführt, dass nun auch die meisten orthodox-linken Kräfte angekündigt haben, weiter in der Partei zu verbleiben, wofür auch finanzielle Erwägungen sprechen dürften. Zu den umstrittensten Punkten gehörten das Bekenntnis zu unternehmerischem Handeln und Gewinninteressen als Voraussetzung für Innovation und Entwicklung und die zumindest implizite Anerkennung der Legitimität von Militäreinsätzen unter UNO-Mandat. Die Anhänger der dogmatischen Gruppierungen innerhalb der PDS, die die meisten der über 500 Änderungsanträge zu dem vom Parteivorsitzenden Lothar Bisky eingebrachten Entwurf stellten, stimmten in der Mehrheit dem Programmtext nicht zu, obwohl sie durch Änderungsanträge einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Entwurf hatten und dazu beigetragen haben, dass viele der schließlich gefundenen Formulierungen dehnbar und diffus erscheinen.

Ziel des neuen Programms ist, dem Bedeutungsverlust der Partei, die bei den Bundestagswahlen 2002 ihre Fraktionsstärke verlor, entgegen zu wirken und attraktiv auch für jüngere Menschen zu werden, die zurzeit in der Partei noch stärker als in anderen Parteien unterrepräsentiert sind: Ca. zwei Drittel der Mitglieder der PDS sind älter als 60 Jahre, nur vier Prozent sind jünger als 30 Jahre.

2.2. DKP: Beibehaltung kommunistischer Orthodoxie und Versuche der Bündnispolitik

Der Zusammenbruch der DDR hatte für die 1968 gegründete DKP die wohl unmittelbarsten und deutlichsten Auswirkungen unter den linksextremistischen Parteien. Die Partei hat im Vergleich zu den 1980er Jahren nunmehr nur noch etwas mehr als ein Zehntel der damaligen Mitglieder. Gegenüber der eindrucksvollen Zahl von rund 40.000 Mitgliedern in den 1980er Jahren kann sie nunmehr nur

¹⁷ Zu der Programmdiskussion vergleiche: Lang, J.P.: Partei ohne Mitte – die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Jesse, E.; Backes, U. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Band 13, 2001, S. 155-168.

noch ca. 4.700 Mitglieder an sich binden. Nicht nur die Mitglieder sind verschwunden, sondern auch die Finanzierungsgrundlage, die durch die SED bereitgestellt wurde. Inhaltlich zeigt sich die Partei jedoch unberührt von dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und hält an seiner orthodoxen marxistisch-leninistischen Ausrichtung fest. Seit einigen Jahren gibt es eine Diskussion über eine Erstellung eines neuen Parteiprogramms, das das derzeit noch gültige Programm aus dem Jahr 1978 ablösen sollte. Die Trennlinie verläuft dabei zwischen den Mitgliedern aus den neuen und den alten Bundesländern. Die orthodoxe Ausrichtung ist grundsätzlich zwar nicht umstritten, aber die aus der ehemaligen DDR stammenden Teile der Partei sind der marxistischen Orthodoxie in einem noch höheren Maße verpflichtet als die aus der Bundesrepublik stammende Mehrheit, was sich zum Beispiel darin zeigt, dass ostdeutsche Vertreter dafür eintreten, Begriffe wie die „Diktatur des Proletariats“ ins Programm mit aufzunehmen. Die Streitigkeiten betreffen zudem divergierende Erklärungsansätze für das Scheitern des real existierenden Sozialismus.

Die frühere Steuerung der Partei durch die SED und ihr Einfluss auf zivilgesellschaftliche Bewegungen und auch Gewerkschaften ist durch die Forschung inzwischen eindeutig belegt¹⁸. Der DKP gelang

¹⁸ Die Öffnung der Archive der ehemaligen DDR, die insbesondere Einsicht in die Akten der SED und ihrer Massenorganisationen in der Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen (SAPMO) erlaubt, hat es ermöglicht, den Einfluss der SED auf die DKP und deren Einfluss auf verschiedene zivilgesellschaftliche Bewegungen, insbesondere die Friedensbewegung, nachzuweisen. Vergleiche beispielsweise: Baron, U.: Kalter Krieg und heißer Frieden – Der Einfluss der SEK und ihrer westdeutschen Bündnisorganisationen auf die Partei die Grünen im „Kampf um den Frieden, Münster 2003; Mahrun, J.; Wilke, M. (Hrsg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001; Stadt, J.: Die Westarbeit der SED und ihre Wirkungen, in: Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit, 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Band 8, Baden-Baden 1999, S. 2252-2319; Müller, H-P.: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Band 5, 1995, S. 1868-1926. Bereits vor 1989 war auf die Einflussnahme der DKP auf demokratische zivilgesellschaftliche Bewegungen und Parteien hingewiesen worden, vergleiche beispielsweise Rudzio, W.: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988; Müller, E-P.: Die Bündnispolitik der DKP. Ein trojanisches Pferd, Köln 1982.

es in den 1970er und 1980er Jahren, Einfluss insbesondere auf die Friedensbewegung und antifaschistische Organisationen zu gewinnen. Die Anhänger der DKP verzichteten dabei bewusst auf eine offensichtliche kommunistische Rhetorik und bemühten sich, den Minimalkonsens zu den übrigen Teilnehmern der Bewegungen zu betonen. Die DKP beziehungsweise die SED verfolgten mit diesen Aktionsbündnissen nicht nur das Ziel, gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen, sondern durch die Steuerung der Friedensbewegung auch die westliche Außen- und Sicherheitspolitik zu bekämpfen.

Aktuell setzt die DKP ihre Hoffnung auf eine neue außerparlamentarische Bewegung, die denen der Vergangenheit vergleichbar wäre, vor allem auf die globalisierungskritische Bewegung. Entsprechend wirken ehemalige und noch aktive DKP-Mitglieder in der wichtigsten globalisierungskritischen Organisation, ATTAC, mit und nahmen auch an den bislang veranstalteten „Europäischen Sozialforen“ (das letzte vom 12.-16. November 2003 in Paris) teil.

2.3. VVN-BdA: Wandlungen einer Organisation nach 1989

Vor 1989 konnte man die 1947 gegründete VVN-BdA („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik e. V.“) als Vorfeldorganisation der DKP charakterisieren, die nach diesem Zeitpunkt ebenso wie die DKP selbst den Wegfall der Finanzierung durch die SED schmerzhaft spürte. Die DKP hat nach wie vor einen großen Einfluss in den Vorständen der Organisation, darüber hinaus ist aber zu beobachten, dass ehemalige SED-Mitglieder, die heute zumeist der PDS angehören, führende Funktionen innerhalb der VVN-BdA erhalten. Exemplarisch sei für diese Tendenz hier der im November 2003 neu gewählte Vorsitzende Heinrich Fink genannt, der die Nachfolge des verstorbenen Fred Dellheim antrat. Fink, vor 1989 SED-Funktionär, dessen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit 1991 bekannt wurde, gehörte in der vergangenen Legislaturperiode der Bundestagsfraktion der PDS an und repräsentiert seit der erst im Oktober 2002 erfolgten Fusion der VVN-BdA mit der ostdeutschen VVdN-BdA¹⁹ den ostdeutschen Teil der Organisation.

¹⁹ VVdN-BdA stand für „Verband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-Regimes und Hinterbliebener – Bund der Antifaschisten“. In den 1990er Jahren gab es zwar gelegentliche gemeinsame

Seit ihrem Bundeskongress im Mai 1992 definiert die VVN-BdA sich als möglichst breite antifaschistische Organisation²⁰. Tatsächlich arbeiteten in ihr von jeher nicht nur Linksextremisten, sondern auch nichtextremistische Kräfte mit, so dass man sie lediglich als „linksextremistisch beeinflusst“ bezeichnen kann²¹. Die Vorstände werden jedoch seit der Gründung von orthodox-kommunistischen Kräften dominiert.

Die VVN-BdA wird in den kommenden Jahren ebenso wie andere linksextremistische Organisationen mit den Auswirkungen ihrer überalterten Alterstruktur zu kämpfen haben. Für sie bedeutet der Tod von Mitgliedern jedoch nicht nur den Rückgang der Mitgliederzahlen, sondern gleichzeitig den Verlust von tatsächlich während der NS-Zeit Verfolgten, die als Zeitzeugen authentisch von den Verfolgungen berichten und dadurch ein anderes moralisches Gewicht entfalten konnten als Aktivisten, die gegen einen vermeintlichen Faschismus in der heutigen Bundesrepublik kämpfen.

3. Autonome

Wer sind die Autonomen und was vertreten sie? Diese Fragen sind auch nach ca. 25 Jahren seit der Formierung der Autonomen nicht leicht zu beantworten. Zwei Gründe können dafür angeführt werden. Zum einen vertreten die Autonomen im Gegensatz zu orthodoxen Linksextremisten keine einheitliche Ideologie, anhand derer man sie beschreiben könnte. Anarchistische und kommunistische Elemente sind zwar in vielen ihrer Äußerungen zu erkennen, das eigentlich verbindende Element bleibt jedoch die Frontstellung gegenüber dem „herrschenden System“ der Bundesrepublik, das ihrer

Veranstaltungen zwischen VVN-BdA und VVdN-BdA, jedoch stimmten die Delegierten erst auf dem Bundeskongress im Oktober 2000 einem Initiativantrag zu, der die „dringend notwendige Zusammenführung“ mit der VVdN-BdA forderte.

²⁰ Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA). Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen 1947–1997, S. 63.

²¹ Die zunehmende Akzeptanz der Organisation im „bürgerlich-demokratischen“ Lager wird auch von Blank, B.: Die ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten‘ (VVN-BdA), in: Jesse, E.; Backes, U. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 12, 2000, S. 224–239, S. 226 als eines der wesentlichen Trends für die Organisation in den 1990er Jahren bezeichnet.

Ansicht nach „repressiv“ und durch „strukturelle Gewalt“ gekennzeichnet ist. Verschiedene „Anti-Einstellungen“ (zum Beispiel anti-kapitalistisch, antifaschistisch, antipatriarchal, antistaatlich) nehmen eine beherrschende Stellung in ihren Äußerungen ein.

Aus der Qualifizierung des Staates als repressiv leiten die Autonomen die Konsequenz ab, ihn gewaltsam zu bekämpfen. Die hohe Gewaltbereitschaft mit dem Ziel der Systemüberwindung ist deshalb eines der wesentlichen Merkmale der Autonomen. Zwar wehren sich Autonome häufig dagegen, auf Krawalltäter reduziert zu werden – die Gleichsetzung von Autonomen mit Straßengewalt sei ein „Klischee“²² – dennoch bestreiten sie selbst nicht, dass die Gewalt eine im großen Maße identitätsstiftende Rolle in der Szene spielt²³. Dennoch wäre es tatsächlich falsch, die Autonomen auf ihre Gewaltbereitschaft zu reduzieren. Extremistisch werden die Autonomen nicht nur durch ihre Militanz, sondern durch weitere Merkmale wie ihre kompromisslose Ablehnung des „Systems“ und die Kultivierung konsequenter Feindbilder²⁴.

Der andere Grund, der eine Beantwortung der Frage erschwert, wer die Autonomen sind und was sie vertreten, ist, dass die Forschung sich mit dem Phänomen bislang kaum befasst hat²⁵. Der 1997 von

²² A.G. Grauwacke: „Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Assoziation A, Berlin, Hamburg, Göttingen, o. J. (2003), S. 383, vergleiche auch S. 102: „Längst nicht alle Autonome schmeißen Steine oder Mollis, und längst nicht alle, die das tun, sind Autonome. Doch das Klischee vom maskierten Gewalttäter verfestigt sich in diesen Jahren.“ (1984-1987)

²³ Vergleiche dazu Punkt 3.4.1.

²⁴ Als Belege für das Freund-Feind-Denken seien hier nur einige Stichworte des Glossars des Buchs „Autonome in Bewegung“, S. 398 ff. genannt: „Bewegung = Die Gesamtheit aller, die gegen den Staat kämpfen und die wir gut finden. (...); Bullen = Menschen, deren Moral so gering ist, dass sie im Staatsdienst für Geld auf Befehl andere Menschen zusammenschlagen oder töten; Diffamierend = Böswillig gegen uns lügend; Gegenseite = Die Feinde, die uns bekämpfen, oder kurz: SIE; Yuppies = Reiche langweilige Fatzkes, die es lieben einen Café Latte zu trinken und sich das Elend um sie herum zu betrachten.“

²⁵ Auf einige Ausnahmen, bei denen es sich allerdings durchweg um kürzere Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden handelt, sei hier verwiesen: Mletzko, M.: Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Backes, U; Jesse, E. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 11, 1999, S. 180-199; Frisch, P.: Militante Autonome, in Backes, U; Jesse, E. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 9, 1997, S. 188-201; Pfahl-Traughber, A.: Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung

Uwe Backes festgestellte „dringende(r) empirische(r) Forschungsbedarf“²⁶ besteht uneingeschränkt weiter. Ein Blick auf die bislang bestehende Literatur zu den Autonomen lässt schnell erkennen, dass es sich in der Regel um apologetische Eigendarstellungen von Autonomen handelt. Selbst eine 1999 veröffentlichte Dissertation zu dem „Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen in der BRD“²⁷ trägt deutlich apologetische Züge.

Auf eine kürzlich erschienene autonome Selbstdarstellung wird im Folgenden verstärkt zurückgegriffen, da sie eine Vielzahl „persönlicher Erlebnisse und Berichte“ enthält, die zum Teil sehr aufschlussreich für autonome Denk- und Handlungsweisen sind. Es handelt sich um das Buch mit dem Titel „Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren“²⁸. Das ca. 400 Seiten umfassende, reichhaltig bebilderte Buch beleuchtet die Geschichte der Autonomen hauptsächlich aus West-Berliner (Kreuzberger) Perspektive. Ein Glossar am Ende des Buches gibt Worterklärungen über das „Autonomendeutsch als Fremdsprache“. Allein dieses Glossar wirft viele Schlaglichter darauf, wie sehr die Autonomen ihre eigene Sprache sprechen, was wiederum ein Indiz für die eigene Welt ist, in der sie leben.

„Das Parlament“, Band 9-10, 1998, S. 36-46; Brumlik, M.: Autonomie: Gewaltbereitschaft als verbindendes Lebensgefühl, in: Heitmeyer, W.; Müller, K.; Sünker, H. (Hrsg.): Jugend – Staat – Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung, Weinheim, München 1989, S. 175-189; Horchem, H.-P.: Die Grenzen ‚autonomer‘ Gewalt. Eine Bilanz nach der Wiedervereinigung, in: Löw, K. (Hrsg.): Terror und Extremismus. Ursachen, Erscheinungsformen, Wege zur Überwindung, Berlin 1994, S. 113-127; Manns, H.; Treusch, W.-S.: „Hau weg die Scheiße“. Autonomer Widerstand in der Bundesrepublik, in: Vorgänge 26,1, 1987, S. 65-74.

²⁶ Backes, U.: Links- und rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: Jesse, E.; Kailitz, St. (Hrsg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 169-192, S. 170.

²⁷ Lauterbach, J.: Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1999. Weitere Eigendarstellungen der Autonomen sind: Geronimo (Pseudonym): Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Berlin 1990; ders. u.a.: Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen, Berlin 1992.

²⁸ A.G. Grauwaacke: „Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Assoziation A, Berlin, Hamburg, Göttingen, o. J. (2003)“. Das Pseudonym „Grauwaacke“ ist, wie der Umschlagsseite zu entnehmen ist, ein gebräuchliches Material für Pflastersteine. Pflastersteine werden bekanntermaßen von Autonomen auch zweckentfremdet benutzt.

3.1. Begriffsannäherung

Die Anhänger der Szene wenden den Begriff „Autonome“ in der Regel selbst auf sich an und verbinden damit den Anspruch, nach ihren eigenen Gesetzen idealtypischerweise in grenzenloser Freiheit zu leben. „Unabhängigkeit“ und „Selbstgesetzgebung“ – dies sind auch die Übersetzungen des griechischen Wortes „autonomia“. Die „autonomia“ griechischer Stadtstaaten war die Kompetenz, die eigenen Angelegenheiten ohne fremde Herrschaft zu regeln. Neben der auch heute bestehenden politisch-administrativen Bedeutung ist der Begriff zentral für die Psychologie und Philosophie. In die philosophische Diskussion wurde der Begriff von Kant eingeführt und wesentlich durch ihn geprägt. Kant versteht unter Autonomie die Selbstbestimmung der ethischen Gesetze durch die Vernunft, womit jedoch kein ethischer Subjektivismus verbunden ist. Kant hielt es für erwiesen, dass die Menschen durch die allgemeingültigen Gesetze der Vernunft zu übereinstimmenden ethischen Grundsätzen gelangen würden²⁹. Sein kategorischer Imperativ besagt, dass man nur so handeln sollte, wie man wünschen könne, dass alle Menschen so handeln.

Die „Autonomie“ der Autonomen ist demgegenüber eine völlig andere. Sie betonen das Recht des Individuums auf das totale Ausleben der eigenen Wünsche und Ansprüche. Ihre „Autonomie“ ist deshalb im Grunde ein auf die Spitze getriebener Individualismus, wodurch sie den Zeitgeist auf die Spitze treiben anstatt ihm etwas entgegenzusetzen³⁰.

3.2. Personenpotenzial

Aufgrund des Fehlens fester organisierter Strukturen kann die Anzahl der Anhänger der Szene nur geschätzt werden. Schätzungen des

²⁹ Vgl. I. Kant: *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, hrsg. von T. Valentiner, Stuttgart (Reclam) 1984. Kant schreibt: „Das Prinzip der Autonomie ist also: nicht anders zu wählen als so, daß die Maximen seiner Wahl (des Willens) in demselben Wollen zugleich als allgemeines Gesetz mit begriffen seien.“ (S. 95).

³⁰ Vgl. U. Backes: *Links- und rechtsextreme Gewalt in Deutschland*, in: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, VS-aktuell 1/98; ders.: *Links- und rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten*, in: Jesse, E.; Kailitz, St. (Hrsg.): *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus*, Baden-Baden 1997, S. 169-192, S. 175.

Bundesamtes für Verfassungsschutz zufolge waren 2002 etwa 5.500 Personen zuzurechnen, was in etwa der Zahl kurz nach der Wiedervereinigung entspricht. Ab 1995 war ein Zuwachs bis auf 7.000 Personen zu verzeichnen, der jedoch seit 2000 kontinuierlich wieder abnimmt³¹.

Die relativ konstanten Anhängerzahlen der 1990er Jahre verschleiern, dass die Szene mit hohen Fluktuationsraten zu kämpfen hat. Oft ist das Autonomen-Dasein nur ein Durchgangsstadium – mit den Worten der Autoren „A.G. Grauacke“ ist „für die meisten (...) ‚autonom sein‘ eine Lebensphase, die Anfang 30 endet.“³² Die derzeitige Rekrutierungsschwäche der autonomen Szene führt jedoch dazu, dass der Anteil der „Alt-Autonomen“ zunimmt – was vormals die Ausnahme war, entwickelt sich vielleicht nicht zur Regel, aber zu einem verbreiteten Phänomen. Die relativ konstanten Anhängerzahlen verschleiern auch, dass die Autonomen sich zurzeit in einer Schwächephase befinden, derer sie sich selbst bewusst sind und die sie in Szenepublikationen häufig beklagen. Die Flaute äußert sich vor allem in der geringen Mobilisierungsfähigkeit der Szene zu den verschiedenen von ihnen verfolgten Kampagnen.

Verglichen mit der Gesamtbevölkerung mag eine Anhängerschaft von ca. 5.000 Personen verschwindend gering erscheinen. Solch eine Bewertung verstellt den Blick jedoch dafür, dass die Autonomen es dennoch vermochten, beträchtlichen volkswirtschaftlichen Schaden anzurichten³³. Zudem darf eine streitbare oder wehrhafte Demokratie politisch motivierte Gewalt in keinem Fall dulden, auch dann nicht, wenn sie von relativ wenigen Personen ausgeht.

3.3. Strukturen

Viele Autonome lehnen es ab, sich in eigenen Strukturen zu organisieren, die formale Hierarchien implizieren und der individuellen Freiheit Grenzen setzen würden. Die Frage, ob dies jedoch nicht gerade die Herausbildung informeller Hierarchien begünstigt, wird von Autonomen selbst diskutiert³⁴. Das Fehlen von festen Strukturen

³¹ Vgl. die Angaben der Verfassungsschutzberichte des Bundesministeriums des Innern 1992 und folgende Jahrgänge.

³² A.G. Grauacke, S. 101.

³³ Vergleiche Bundesamt für Verfassungsschutz: Broschüre „Sicherheitslage der Wirtschaft in Deutschland“, Köln 2003.

und Organisationen bedingt eine Zersplitterung in regionale und lokale Klein- oder Kleinstgruppierungen, die nicht oder kaum vernetzt sind, was jedoch „Vernetzungen“ beziehungsweise Diskussionen im Internet und szeneeigenen Zeitschriften selbstverständlich nicht ausschließt. Es gibt zurzeit schätzungsweise 30 autonome, zum Teil konspirativ hergestellte und vertriebene Szenezeitschriften, unter denen die *Interim* zu den bekanntesten gehört.

Die Organisationsdebatte begleitet die Autonomen seit ihrem Entstehen. Der bedeutendste Versuch der organisatorischen Vernetzung erfolgte durch die im Juli 1992 ins Leben gerufene Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO). Der Gründung der AA/BO war eine szeneeigene Kritik an der Unverbindlichkeit autonomer Strukturen und der Kurzatmigkeit autonomer ‚Politik‘ vorausgegangen, womit das reflexartige Hetzen von Kampagne zu Kampagne gemeint ist. Der Dachorganisation schlossen sich regionale/lokale autonome Gruppierungen an, darunter die „Autonome Antifa (M)“ aus Göttingen, die „Antifaschistische Gruppe Hamburg“, die „Antifaschistische Aktion Berlin“ und die „Antifa Bonn/Rhein-Sieg“³⁵. Die AA/BO erntete zum Teil vehemente Kritik aus der Szene wegen „verwerflicher“ Zentralisierungstendenzen. Tatsächlich scheiterte sie und löste sich im April 2001 schließlich auf. Vereinzelt spätere Versuche der organisatorischen und auch inhaltlichen „Erneuerung“ erhielten in der Szene wenig Echo, so dass Versuche der stärkeren Organisation inzwischen als gescheitert angesehen werden können.

Als das zurzeit beherrschende Diskussionsthema der Szene hat die Frage der Positionierung im Nahost-Konflikt und des Verhältnisses zu Israel an Wichtigkeit gewonnen und die früheren Organisationsdebatten in den Hintergrund gedrängt³⁶.

³⁴ *ibid.*, S. 285. Dort wird festgestellt, dass sich aus dem Fehlen fester Strukturen „zwangsläufig informelle Hierarchien“ ergaben.

³⁵ Vergleiche Bundesamt für Verfassungsschutz: *Militante Autonome. Charakteristika – Strukturen - Aktionsfelder*, April 1999.

³⁶ Vergleiche dazu die Beiträge von M. Kloke und des BfV in diesem Sammelband. Vergleiche auch den satirisch gefärbten Artikel von R. Herzinger in *Die Zeit* vom 9.1.2003 „Ein Bush für Linke.“

3.4. Gewaltbereitschaft

Die hohe Gewaltbereitschaft erklärt, wieso im vergangenen wie auch in den Jahren zuvor fast alle Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund auf das Konto von Autonomen gingen. Dazu zählen vor allem Brandanschläge, gefährliche Eingriffe in den Straßen- und Schienenverkehr, aber auch Körperverletzungen. Die Gewalt äußert sich in zwei typischen Formen: zum einen in der Form von Gewalt am Rande von Demonstrationen, in denen Autonome oft als „schwarzer Block“ in Erscheinung treten, zum anderen in der Form von konspirativ vorbereiteten und durchgeführten Anschlägen, die in der Regel anschließend in Selbstbeziehungsschreiben ausführlich gerechtfertigt werden.

3.4.1. Massenmilitanz

Die heftigen Krawalle anlässlich der öffentlichen Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 gelten nach Aussage eines Szeneangehörigen bei vielen anderen Szeneangehörigen als das „magische Geburtsdatum ‚der Autonomen‘ schlechthin“.³⁷ Dies allein wirft ein bezeichnendes Schlaglicht darauf, welche identitätsstiftende Bedeutung Gewalt in der Szene hat. Massenmilitanz trat in den 1980er Jahren vor allem in Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Atomkraft, gegen den NATO-Doppelbeschluss (Anti-Militarismus), die Startbahn-West am Flughafen Frankfurt am Main und bei Demonstrationen der Hausbesetzer-Szene auf. Ein Angehöriger der autonomen Szene beschreibt seine Erinnerungen an die Massenmilitanz der 1980er Jahre folgendermaßen:

„Politische Anlässe gab’s in den 80er Jahren zuhauf. Auf jeder Demo, wo wir auftauchten, ging’s gegen die Schweine – gegen die in Berlin, in Bonn, in El Salvador, in Yankeeland – oder einfach gegen das von uns verabscheute System. Unsere Gewalt gegen die Gewalt des Systems.“

Die Militanz drückte unsere Wut, unsere Ablehnung und unsere Kampfbereitschaft aus. Wenn Steine oder Mollis flogen, dann war das häufig auch eine Befreiung – von den Zwängen des Alltags, der Unterdrückung und Entfremdung. (...) Und es machte einfach Spaß, den

³⁷ ibid., S.12. In dem Glossar wird „Krawall“ als „Der auf der Straße erlebbare Kampf gegen den Staat“ definiert, wozu der Satz hinzugefügt wird: „Autonome haben so viele Worte für Krawall wie Eskimos für Schnee“ – auch dies ein Zeichen dafür, wie zentral Gewalt für Autonome ist.

Bullen eins in die Fresse zu hauen, sie zum Laufen zu kriegen, dieses wunderschöne knackend-schwingend-sirrende Geräusch einer zerbrechenden Schaufensterscheibe zu hören oder in den Straßenfluchten die rot-gelben Farben einer brennenden Karosse mit dem schwarzen Rauch darüber zu sehen. Das mitzubekommen, dabei gewesen zu sein, selbst Hand angelegt zu haben – davon konnten wir tagelang zehren, das gab uns Nahrung für den grauen Alltag. Das stärkte auch unseren Gruppenzusammenhalt und das stärkte unsere Gruppe in dem Gesamtgefüge autonomer Zusammenhänge. Das verlieh uns Macht, wenn auch nur für einen Augenblick. (...) Das Umkippen von Bauwagen symbolisierte den Willen, das ganze System zu kippen. Manchmal gab's militante Aktionen einfach aus Wut und Empörung. Nüchtern betrachtet war dies die Antwort auf die erlebte politische und persönliche Ohnmacht. Es waren häufig nur symbolische Aktionen. Aber wir hatten danach für uns das Gefühl, jedenfalls etwas getan zu haben (...).

Wenn wir am nächsten Tag in der Berliner ‚BZ‘ die Balkenüberschriften über die ‚größten Straßenschlachten seit Kriegsende‘ lesen konnten, waren die Prügel und Festnahmen vom Vortag vergessen. Wir hatten doch unser Demoziel erreicht. Der Widerstand gegen die Politik der Schweine konnte nicht mehr totgeschwiegen werden.

Für die breiteren autonomen/linksradiakalen Zusammenhänge war außerdem das identitätsstiftende Moment wichtig: Tausende zu vielem entschlossene KämpferInnen auf einen Punkt konzentriert.“³⁸

Verschiedenste Gründe werden hier für die Gewalt angeführt. Einerseits wird sie implizit moralisch gerechtfertigt – denn sie richtet sich ja gegen die „Schweine“, womit der anonyme Autor im Umkehrschluss gleichzeitig für sich beansprucht, zu den Guten zu gehören³⁹. Andererseits werden das identitätsstiftende Moment ebenso wie der Spaß- und Erlebnischarakter der Gewalt offen zugegeben. Klar zum Ausdruck gebracht wird nicht nur die Systemablehnung, sondern auch der Wunsch, wenigstens symbolisch „das ganze System zu kippen“. Und ein weiterer Aspekt scheint meiner Ansicht nach zentral:

³⁸ *ibid.*, S. 148.

³⁹ „Wir sind die Guten“ – diesen selbstironischen Titel haben auch zwei Autonome für einen Sammelband gewählt, in dem von Angehörigen der autonomen Szene über das Antisemitismusproblem geschrieben wird, vergleiche Neidhart, I.; Bischof, W. (Hrsg.): *Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken*, Münster 2000.

Die Gewalt dient dazu, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen. Wenn in der Presse über die Ausschreitungen berichtet wird, ist ein „Demoziel erreicht“, die Zweifel an dem eigenen Tun, das Selbsteingeständnis des hinter der Gewalt stehenden Ohnmachtgefühls wieder verflogen.

Die Autonomen wollen mit ihrer Militanz Aufmerksamkeit erregen – wenn ihre Aktionen ohne Echo in den bürgerlichen Medien bleiben, wird das von ihnen als „repressive Toleranz“⁴⁰ bezeichnet – eine im Grunde völlig paradoxe Apostrophierung. Der Wunsch, Aufmerksamkeit zu erregen, erklärt auch bis zu einem gewissen Grad, wieso sich die Anlässe für Gewalt geändert haben. An den Protesten gegen die Nutzung der Atomkraft, die regelmäßig im Zusammenhang mit den so genannten Castor-Transporten stattfinden, hat die linksextremistische Mobilisierung und Beteiligung – ebenso wie das Medieninteresse – merklich abgenommen⁴¹. Im vergangenen Jahr kam es in der Regel nur zu kleineren regional beschränkten Aktionen und Mahnwachen, bei der die Beteiligung von Linksextremisten gering war. Proteste und Mobilisierungen von gewaltbereiten Linksextremisten fanden in den vergangenen Jahren eher am Rand von internationalen Gipfelveranstaltungen statt, bei denen sie sich des Medieninteresses von vornherein sicher sein konnten.

3.4.1.1. Proteste zum 1. Mai

Seit 1987 geben die alljährlich stattfindenden Straßenschlachten, die hauptsächlich in Berlin am 1. Mai und dem Vorabend stattfinden, ein regelmäßiges Beispiel für autonome Gewalt. Auch wenn in den letzten Jahren in steigendem Maße zu beobachten ist, dass sich an den Straßenschlachten auch Personen beteiligen, bei denen nicht mehr erkennbar ist, dass sie aus politische Motiven handeln, so sind Auto-

⁴⁰ Vergleiche A. G. Grauacke, op. cit., S. 142: „Die verhältnismäßig satte Wohlstandsgesellschaft der BRD reagiert mit repressiver Toleranz und Ignoranz auf radikalen Protest und demonstriert gern ihre Stabilität und Macht. Die logische Konsequenz ist die Radikalisierung des Protests. Wie sonst soll der dicke, deutsche Lack angekratzt werden?“ Im Glossar wird der Ausdruck „repressive Toleranz“ als „durch scheinbare Nachgiebigkeit getarnte Herrschaftsform“ definiert.

⁴¹ Vergleiche zu der Rolle von Linksextremisten bei der Mobilisierung gegen die Castor-Transporte: Blank, B.: Der Protest gegen CASTOR-Transporte und die Rolle von Linksextremisten, in: Backes, U.; Jesse, E. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 10, 1998, S. 199-213.

nome nach wie vor an den Ausschreitungen beteiligt. Der 1. Mai bietet, wie der Soziologe Rucht in neuen Studien ausführt, als kalendarrisch fixierter Termin mit einer langen Geschichte ein quasi ideales Setting für Proteste, die gerade im Hinblick auf die Medienresonanz regelrecht inszeniert werden – mit einigen Einschränkungen vergleichbar einer Theaterinszenierung⁴². Rucht kommt zu dem Ergebnis, dass die Organisatoren der „revolutionären“ 1.Mai-Unruhen ebenso wie die anderen Organisatoren von Protestveranstaltungen um möglichst große Teilnehmerzahlen bemüht sind, um unter anderem zu demonstrieren, dass sie keine Minderheitenpositionen vertreten. Darüber hinaus bemühten sie sich insbesondere, die „Verbundenheit mit der Kiez-Bevölkerung zu verdeutlichen. Der Linksradikalismus soll namentlich den sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten eine Stimme verleihen.“ Das „Engagement“ für den Stadtteil wurde von Autonomen insbesondere in Kreuzberg nach dem 1. Mai 1987 begonnen, als es zum ersten Mal an diesem Datum in Kreuzberg zu massiven Ausschreitungen kam. Daran hatten sich auch viele nicht-autonome Bewohner des Stadtteils, die von sozialen Benachteiligungen betroffen waren, beteiligt.

3.4.2. Konspirative Anschläge

Die andere Form autonomer Gewalt äußert sich in meist konspirativ vorbereiteten Anschlägen, mit denen die Autonomen meist auf Objekte zielen, die sie als Symbol für besonders abzulehnende Auswüchse des „Systems“ sehen, etwa Behörden, Banken und „kapitalistische“ Infrastruktur. Die Anschläge erfolgen im Rahmen der jeweiligen Kampagnen (beispielsweise Antirassismus, Antifaschismus, Kampf gegen „Umstrukturierung“, Anti-Atomkampf), die von den autonomen Gruppierungen verfolgt werden.

Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Planung der Anschläge ist die „Vermittelbarkeit“ gegenüber der Mehrheitsbevölkerung. Fast ausnahmslos gehen nach den Anschlägen Selbstbeziehungsschreiben meist bei Redaktionen etablierter Zeitungen ein. In diesen Schreiben, die die Autonomen selbst wie früher allgemein üblich als Bekennerschreiben bezeichnen, werden in der Regel ausführlich die

⁴² Vergleiche Rucht, D.: Die medienorientierte Inszenierung von Protest. Das Beispiel 1. Mai in Berlin, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 53/2003. Vergleiche auch: Rucht, D. (Hrsg.): *Berlin, 1. Mai 2002. Zur Inszenierung politischer Rituale*, Opladen 2003.

Tat begründet und die damit verbundenen Hintergründe und Ziele beschrieben. Unterzeichnet sind sie meist mit fingierten, oft nur einmal benutzten Gruppenbezeichnungen, wenn auch einige Zusammenhänge einen quasi festen Gruppennamen benutzen. Durch diese „Bekennerschreiben“ wollen die Autonomen ihre Tat der Mehrheitsgesellschaft erklären und auf sich und ihre Ziele aufmerksam machen, womit auch die Hoffnung verbunden wird, breitere Unterstützung zu erlangen. Dieser Wunsch, wahrgenommen zu werden, scheitert jedoch in der Regel schon daran, dass die Zeitungsredaktionen, bei denen die Schreiben eingehen, sie normalerweise nicht veröffentlichen. Aber selbst wenn sie es täten, wäre es aufgrund der sehr eigenen Sprache und des kompromisslosen Weltbildes, das in den Schreiben zum Ausdruck kommt, sehr zweifelhaft, dass sie bei der Mehrheitsgesellschaft auf Verständnis und Unterstützung treffen würden.

Die benutzte Sprache der Selbstbeichtigungsschreiben offenbart im Übrigen meist ein überdurchschnittliches Bildungsniveau der Verfasser. Darauf lässt auch die minutiöse Planung und Durchführung der Anschläge schließen, was in einigen Fällen die polizeiliche Aufklärung erschwert hat. Bekannt ist jedoch, dass die Anschläge nicht von Untergrundstrukturen ausgehen, die der ehemaligen RAF vergleichbar sind. Vielmehr ist anzunehmen, dass viele der Täter tagsüber ein „normales“, das heißt unauffälliges Leben führen und berufstätig sind und die klandestinen Aktionen quasi „nebenbei“ planen und durchführen.

Die konspirativen Anschläge richten sich in der überwiegenden Mehrheit gegen Sachen. Allerdings wird seit Ende der 1980er Jahre, seit dem Zerfall der RAF-Strukturen, in der autonomen Szene ohne erkennbare Ergebnisse eine „Militanzdebatte“ geführt, in der die Frage diskutiert wird, ob auch über Sachbeschädigungen hinaus „weitergehende Mittel“, das heißt Angriffe gegen Personen, in Erwägung gezogen werden sollten.⁴³

⁴³ Vergleiche zur Militanzdebatte: Mletzko, M.: Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Jesse, E.; Backes, U.: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, 11, 1999, S. 180-199, S. 191 ff.

Fazit

Das linksextremistische Spektrum in der Bundesrepublik hat sich seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus gewandelt. Es ist zahlenmäßig bedeutend kleiner geworden und übt für jüngere Menschen – abgesehen vom autonomen Spektrum – nicht mehr eine etwa den 1970er Jahren vergleichbare Attraktivität aus. Viele linksextremistische Zusammenschlüsse leiden unter der Überalterung ihrer Mitglieder, wobei jedoch die sich insgesamt verändernden demographischen Veränderungen nicht außer Betracht gelassen werden sollten.

Mitgliederschwund und Überalterung werfen Schlaglichter auf die derzeitige Schwächephase des Linksextremismus. Dennoch haben Linksextremisten durch ihre teilweise virtuos unter Beweis gestellte Fähigkeit, demokratische Organisationen zu unterwandern, mehr Einfluss als man annehmen könnte, wenn man allein die Mitgliederzahlen ihrer Organisationen betrachtet. Es ist bezeichnend, dass selbst eine inhaltlich erstarrte und verkrustete Partei wie die DKP bemerkenswerte Agilität unter Beweis stellt, wenn es darum geht, sich einen Platz in Organisationen wie ATTAC zu erkämpfen oder bei Vorbereitungen zu Großdemonstrationen mitzuwirken. Ihre Kampagnenerfahrung stellen viele Linksextremisten bei sich bietenden Gelegenheiten aus strategischen Gründen breiteren gesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung.

Es ist durchaus möglich, dass die derzeitige Schwäche des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland sich wandeln kann – nicht nur ein Blick auf europäische Nachbarstaaten lässt dies nicht unwahrscheinlich erscheinen. Auch die Reformen der sozialen Sicherungssysteme, die die politische Diskussion der kommenden Jahre entscheidend prägen dürfte – und zwar unabhängig davon, welche Partei die Regierungsverantwortlichkeit innehat – könnte dazu führen, dass linksextremistische Argumentationsmuster wieder an Akzeptanz gewinnen. Die historische Erfahrung zeigt zudem generell, dass die Akzeptanz und Verbreitung der verschiedenen extremistischen Strömungen gewissen Wellenbewegungen unterworfen ist. Jede statische Auffassung, die von einer aktuellen Schwächephase auf das endgültige Verschwinden des Extremismus schließt, ist wenig überzeugend. Es bleibt die Verpflichtung des Staats, gegenüber allen Formen des Extremismus wachsam zu bleiben.

Martin Kloke

Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus

Ewige Antisemiten?

36 Prozent der Deutschen können es „gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind“ – diesen Befund ermittelte das Frankfurter Sigmund-Freud-Institut in einer repräsentativen Erhebung zu politischen Einstellungen in Deutschland.¹ Nach einer umstrittenen Umfrage der EU-Kommission sehen 65 Prozent der Deutschen in Israel eine „Gefahr für den Weltfrieden“. Israel rangiert auf der Negativliste noch vor Iran, Nordkorea und den USA mit jeweils 53 Prozent.² Das Meinungsforschungsinstitut Forsa kommt zu dem Ergebnis, dass etwa 23 Prozent der Deutschen „latent antisemitische Ansichten“ vertreten.³

Vor diesem hier nur bruchstückhaft angedeuteten Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass das vereinigte Deutschland immer wieder Schauplatz antisemitischer Gefühlsausbrüche ist. Ressentimentgeladene Äußerungen mehr oder weniger prominenter Politiker und Schriftsteller – erinnert sei beispielhaft an Jürgen W. Möllemann, Martin Walser und Martin Hohmann – haben heftige öffentliche Debatten ausgelöst. In allen Fällen ging es um die Frage, ob judenfeindliche Stereotypen, auch in Form einseitiger Israelkritik, wieder gesellschaftsfähig werden könnten oder dürften. Sollte an den genannten Fällen nur die Spitze eines Eisberges sichtbar geworden sein, wie manche Beobachter fürchten, so steht der deutschen Gesellschaft der entscheidende Härtetext ihrer freiheitlich-demokratischen Substanz noch bevor.

¹ Vgl. Pressekonferenz des Sigmund-Freud-Instituts: Politische Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung (Frankfurt/Main), 14.6.2002, S. 2 (unveröffentlichte Fassung).

² Vgl. Flash Eurobarometer 151: Iraq and Peace in the World. Realized by EOS Gallup Europe upon the request of the European Commission (Brüssel), November 2003, S. 81 (PDF-Datei).

³ Vgl. Timo Pache, Vorbehalte gegen Juden nehmen zu, in: Financial Times (London), 20.11.2003.

Für unser Thema ergeben sich folgende Fragen:

- Wie ist es möglich, dass Judenfeindschaft nach dem Völkermord an den europäischen Juden wieder salonfähig zu werden droht – nicht zuletzt in Deutschland und Europa? Speisen sich entsprechende Resentiments auch aus einem trotzigem Gefühl des Überdrusses – infolge einer misslungenen „Vergangenheitsbewältigung“, die in einen Antisemitismus *wegen* Auschwitz umgeschlagen ist?
- Schürt der sich verschärfende Nahostkonflikt und die Politik Israels gegenüber den Palästinensern einen neuen Antisemitismus oder verwandeln sich latent ohnehin vorhandene Abneigungen in manifeste Erscheinungsformen? Spiegelt der Antizionismus in Deutschland eine scheinbar „ehrbare Form des Antisemitismus“ wider, wie Jean Améry schon 1969 behauptet hat?⁴ Welche Rolle spielen bei der Entstehung individueller Wahrnehmungen und Projektionen die Medien – in der Art ihrer Darstellung der Konfliktbeteiligten?
- Beschränkt sich der antijüdische Zeitgeist auf den vielzitierten „Extremismus der Mitte“ oder gibt es Anleihen bei extremistischen „Vordenkern“?

Die skizzierten Problemfelder stecken den Analysehorizont dieses Beitrags ab; gleichwohl konzentriert sich das Interesse dieses Beitrags auf die Fragestellung, welche Grundeinstellungen zu Juden, Judentum, Zionismus und Staat Israel im deutschen Linksradikalismus respektive -extremismus⁵ zu beobachten sind. In einem Längsschnitt sollen relevante Trends sichtbar gemacht und erklärt werden, in denen die mentalitätsprägende Rolle linksradikaler und

⁴ Vgl. Jean Améry, Der ehrbare Antisemitismus. Die Barrikade vereint mit dem Spieß-er-Stammtisch gegen den Staat der Juden, in: Die Zeit (Hamburg), Nr. 30, 25.7.1969, S. 16.

⁵ Unter „Linksextremismus“ sind jene mit totalitären Ansprüchen auftretenden Gruppen zu subsumieren, die eine grundlegend negative Grundeinstellung gegenüber den Werten eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens hegen und die parlamentarische Demokratie insofern mit mehr oder weniger „revolutionärer Gewalt“ zu zerschlagen suchen. Demgegenüber handelt es sich beim „Linksradikalismus“ um eine noch verfassungskonforme Fundamentalkritik an angeblichen oder tatsächlichen Missständen in der offenen Gesellschaft, die auf eine mehr oder weniger systemimmanente Überwindung bestehender Strukturen setzt. Gleichwohl sind die Übergänge vom „Radikalismus“ zum „Extremismus“ fließend – Politik und Justiz bemühen sich bis heute vergeblich, entsprechende Grenzen klar zu definieren, um daraus politische und rechtliche Konsequenzen ziehen zu können.

-extremer Strömungen in Auseinandersetzung mit ihrer „bürgerlichen“ Umgebung zum Ausdruck kommt.

1. Bruchstellen zwischen Philosemitismus und Antisemitismus (1945–1967)

Über das deutsch-jüdische Verhältnis kursieren bis heute allerlei widersprüchliche Meinungen, denen meist ein Gran Wahrheit nicht abgesprochen werden kann: „Seit dem 9. Mai 1945 haben die Deutschen begonnen, tote Juden zu lieben“, heißt es despektierlich bei Rafael Seligmann.⁶ Weniger polemisch ist eine weiter ausgreifende These, derzufolge das zionistische Projekt in Palästina anfangs ein Faszinosum dargestellt hat – insbesondere für die deutsche Nachkriegslinken.

Als Pate für eine dezidiert prozionistische Haltung stand zunächst die kommunistische Sowjetunion. Unvergessen das leidenschaftliche Plädoyer des sowjetischen UN-Vertreters Andrej Gromyko aus dem Jahre 1947: „The fact that no western European State has been able to ensure the defence of the elementary rights of the Jewish people, and to safeguard it against the violence of the fascist executioners, explains the aspirations of the Jews to establish their own State. It would be unjust not to take this into consideration and to deny the right of the Jewish people to realize this aspiration. It would be unjustifiable to deny this right to the Jewish people, particularly in view of all it has undergone during the Second World War.“⁷ So war es im Mai 1948 die Sowjetunion, die den soeben entstandenen jüdischen Staat ohne Zögern – noch vor den USA – völkerrechtlich und diplomatisch anerkannt hatte. Ohne die mit Billigung Moskaus erfolgten Waffenlieferungen der Tschechoslowakei an Israel hätte sich das jüdische Gemeinwesen in Palästina in den ersten Monaten seiner staatlichen Existenz wohl kaum der arabischen Übermacht erwehren können. Diese nicht zuletzt aus geopolitischen Gründen betriebene israelfreundliche Außenpolitik kühlte erst Anfang 1949 ab, als der Kalte Krieg die politischen Karten auch im Nahen Osten neu zu mischen begann.⁸

⁶ Vgl. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (Hamburg), 18.9.1998, S. 5.

⁷ United Nations General Assembly. Official Records 1947, First Special Session, Band I, New York/Geneva 1947, S. 132

⁸ Zu den Hintergründen vergleiche Peter Brod, Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956 (Osteuropa und der internationale Kommunismus, Band 5, herausgegeben vom Bundes-

Der erste Lackmus-Test für die Haltung zum Staat Israel in der westdeutschen Bundesrepublik war die Frage einer materiellen „Wiedergutmachung“ der nationalsozialistischen Verbrechen. Das von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in den Bundestag eingebrachte Entschädigungsgesetz, das eine Reparationsleistung von knapp 3,5 Milliarden DM größtenteils an den Staat Israel vorsah, war in den eigenen Reihen höchst umstritten und konnte 1953 nur mit den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion verabschiedet werden. Die KPD, die in der ersten Legislaturperiode noch im Bundestag vertreten war, lehnte das Entschädigungsgesetz prinzipiell ab. In Anlehnung an den antiisraelischen Kurswechsel der UdSSR argwöhnte ihr Abgeordneter Oskar Müller, die USA wollten mit Hilfe der westdeutschen Warenlieferungen „den in ihren Händen befindlichen Staat Israel zur rüstungsmäßigen und operativen Basis für ihre aggressive Politik ausbauen.“⁹

Mit dem Wiedergutmachungsabkommen schien der Bann des Schweigens gebrochen zu sein: Eine proisraelische Grundeinstellung wurde in Westdeutschland zum Prüfstein wahrhaft demokratischer Gesinnung. Kam jetzt zum Durchbruch, was der US-amerikanische Hochkommissar John McCloy als die „Feuerprobe der deutschen Demokratie“ bezeichnet hatte: die Frage, ob es den Deutschen gelänge, zur Judenheit eine „gesunde Beziehung“ aufzubauen?¹⁰ Das Wiedergutmachungsabkommen schuf Möglichkeiten einer Katharsis, verhiess Teilhabe an kollektiver Sühne. Einige Träger der öffentlichen Meinung holten zum philosemitischen Befreiungsschlag aus. Dem Hetzbild des „Jud Süß“ wurde Lessings „Nathan der Weise“ entgegengesetzt. Doch während sich sozialdemokratische und christliche Linke an die Spitze des philosemitischen Paradigmenwechsels stellten, hatte die sowjetische Führung unter Stalin schon 1949 in ihrem gesamten Machtbereich eine antisemitische und antizionistische Kampagne gegen „oppositionelle“ Kommunisten entfacht. Ins Fadenkreuz der Verfolger gerieten vor allem Menschen „jüdischer“ oder „jüdisch-bürgerlicher Herkunft“. Den Höhepunkt bildeten 1952 der Slansky-Prozess in Prag und die Ärztebeschuldigungen 1953 in Moskau. Auch die ostdeutsche SED schloss sich den Säuberungswellen an und verhaftete zahllose „feindliche und entartete Elemente“,

institut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln), Baden-Baden 1980.

⁹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Band 1, 5. Sitzung (DBT, 1/254), Bonn, 18.3.1953, S. 12281.

¹⁰ Vgl. Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland (Bonn), 5.8.1949.

die der Illoyalität bezichtigt wurden: Wen das Verdikt „Westemigrant“, „Trotzkist“ und/oder „Kosmopolit“ traf, geriet in den Strudel dubioser Schau- und Geheimprozesse. Selbst langjährige Altkommunisten wie Paul Merker, Leo Bauer und Lex Ende wurden verfeimt. Unter dem Vorwand, „zionistische Agenten“ zu sein, suchte die SED-Führung gezielt Sündenböcke für gesellschaftliche Missstände ausfindig zu machen, um den Unmut der Bevölkerung auf die Juden zu lenken. Paul Merker, dessen einziges „Verbrechen“ darin bestand, den Juden das Recht auf eine kollektive Entschädigung zuzubilligen, bekannte: „Ich bin weder Jude noch Zionist – ein Verbrechen wäre wohl keines von beiden.“¹¹ Erst im Zuge der Entstalinisierung von 1956 nahmen die offenkundigsten Formen des antisemitischen Spuks ein Ende; gleichwohl sollten die Bruchstellen zwischen einer demokratischen und einer kommunistischen Linken noch auf viele Jahre auch von der Stellung zum Themenkomplex „Juden, Judentum und Zionismus“ geprägt sein. Die demokratische und zum Teil auch radikale Linke in der westdeutschen Bundesrepublik überschlug sich zunächst in schrankenloser Bewunderung für Staat und Gesellschaft Israels. Sie heroisierte das fortschrittliche Aufbauwerk im „antikolonialistischen Pionierstaat“ Israel,¹² redete einem Jugendkult das Wort,¹³ glorifizierte das Militär als gesellschaftlichen „Erziehungsfaktor“¹⁴ und bestritt einen Interessengegensatz zwischen israeli-

¹¹ Vgl. Jutta Illichmann, *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*, Frankfurt/Main 1997, S. 79-132, besonders S. 108; Angelika Timm, *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*, Bonn 1997, S. 98-126.

¹² Vgl. Julius Kaufmann, *Israel im Kampf mit Sumpf und Wüste*, in: *Frankfurter Hefte*, 7/1955, S. 510-513; Walter Dirks, Vorwort zu: *Ellan-J. Finbert, Pioniere der Hoffnung, Israel. Abenteuer und Wagnis*, Düsseldorf 1957, S. 7-13; Helmut Gollwitzer, *Zehn Jahre Israel. Deutsche und Juden heute*, in: *Der Monat* (Berlin-West), 8/1958, S. 53.

¹³ „... erregendstes Element (in Israel, M. K.) ist die Jugend; von den jungen Frauen und Männern Israels gilt vor allem (...), dass sie Pioniere der Hoffnung sind“ (so Walter Dirks im Vorwort zu *Ellan-J. Finbert, Pioniere*, a. a. O., S. 11). Noch mehr ins Schwärmen geriet Gollwitzer (*Zehn Jahre Israel*, a. a. O., S. 55 ff.), indem er die „Verwandlung dieses Volkes in ein junges, ja das jüngste und jugendkräftigste Volk der heutigen Erde“ bestaunte: „Der Jugend Israels gelten die Lobgesänge aller Reisenden: Kraft, Natürlichkeit, Schönheit, Frische, Selbstbewusstsein rühmt man ihr nach – und das mit Recht (...). Wo hat die Welt seit den letzten Kämpfen gegen die Römer wieder solche Juden gesehen!“

¹⁴ Gollwitzer, *Zehn Jahre Israel*, a. a. O., S. 55.

schen Juden und palästinensischen Arabern.¹⁵ Irritationen traten erst auf, als die von der demokratischen Linken forcierte deutsch-israelische Verständigung zu einem ersten vorläufigen Abschluss kam. Mit dem Austausch von Botschaftern 20 Jahre nach dem Ende der Schoah begann ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen. Fortan beschränkte sich das Interesse an Israel nicht mehr auf kleine geschichtsbewusste und politisierte Gruppen linker Prägung. „Normalität“ im deutsch-israelischen Verhältnis drückte sich jetzt auch in jenem realpolitischen Kalkül aus, das der FDP-Politiker Karl-Hermann Flach zur Sprache brachte: „Israel als europäischer Vorposten im Nahen Osten und als ‚diplomatische Weltmacht‘ mit einem Einfluss überall auf der Welt, der weit über die Größe und Bedeutung des Staates hinausgeht, kann der Bundesrepublik viele Türen öffnen.“¹⁶ Gerade, weil die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erst nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen möglich geworden war¹⁷, geriet ein Teil der aufkeimenden Neuen Linken¹⁸ in eine Identitätskrise: Die amtliche Kehrtwende erlaubte es ihr nicht mehr, zwischen proisraelischem Engagement und kritischer Auseinandersetzung mit der eigenen Gesellschaft einen Zusammenhang herzustellen. Das Bewusstsein, die exklusive Rolle des „Pionier(s) einer Außenpolitik der Solidarität mit Israel“ eingebüßt zu haben, sollte maßgeblich zum Niedergang des neulinken Engagements für den jüdischen Staat beitragen.¹⁹

¹⁵ Vgl. Dirks, Vorwort zu Finbert, Pioniere, a. a. O., S. 11.

¹⁶ Karl-Hermann Flach, Der Rubikon ist überschritten, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums (Frankfurt/Main), Heft 15, 1965, S. 1591.

¹⁷ Vgl. Jörg Seelbach, Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Band 19, herausgegeben von Wolfgang Abendroth), Meisenheim am Glan 1970.

¹⁸ Der Begriff „Neue Linke“ umschreibt radikalisierte Polit-Strömungen, die ihre Genese wesentlich der 68er-Studenten-Bewegung verdanken – in Abgrenzung zur „traditionalistischen“ Linken Moskauer Prägung: Diese Neue Linke ist in den frühen siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts teils in kommunistischen Kaderparteien maoistischer Prägung, teils in so genannten undogmatischen und anarchistischen Gruppen aufgegangen. Ihr gesellschaftlicher Einfluss sollte nur von kurzer Dauer sein: Viele dieser Initiativen haben sich unter dem Einfluss der späteren Ökopax-Bewegung aufgelöst; die meisten ihrer Anhänger sind längst in die Mitte der Gesellschaft zurückgekehrt.

¹⁹ Vgl. Peter Müller, Wozu überhaupt noch Deutsch-Israelische Studiengruppen? In: Diskussion. Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und der deutsch-israelischen Beziehungen (Berlin), Nr. 18, 2/1966, S. 6 ff.

2. Antizionismus als Weltanschauung (1967–1979)

Spätestens gegen Ende des so genannten Sechstagekrieges von 1967 fand der philosemitische Trend der Nachkriegszeit ein jähes Ende: Israel suchte sich Anfang Juni 1967 der Eskalations- und Umklammerungsstrategie der Araber durch einen Präventivschlag zu erwehren. Eine Welle der Sympathie erfasste den jüdischen Staat. Zunächst beteiligten sich breite linke Strömungen an Solidaritätsaktionen. Unter dem Eindruck einer monströsen Rhetorik der arabischen Kriegspropaganda²⁰ schien es, als falle der Linken eine besondere moralische Verantwortung für die Existenz des jüdischen Staates zu.²¹

Den Höhepunkt linker Solidaritätsbekundungen bildete eine Veranstaltung an der Frankfurter Universität, wo eine Phalanx prominenter linker Hochschullehrer das Wort ergriff: Der 1961 aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelte Philosoph Ernst Bloch, der noch ein Jahrzehnt zuvor den Staat Israel als „faschistisch“ diffamiert hatte²², überraschte durch sein leidenschaftliches Plädoyer für die Existenz Israels, das er als „ein kleines, tapferes, seine Wüsten bebauendes, sein erneuertes Land verteidigendes Volk“ charakterisierte.²³ Bloch widersprach dem unter Linken populär werdenden Imperialismusvorwurf gegenüber Israel und beklagte die linke „Bewusstseinsspaltung“ als einen „Skandal (...) mit ungewolltem Pogromklang.“²⁴ Ein vorläufig letztes Mal versammelten sich in Frankfurt Anhänger einer radikaldemokratischen beziehungsweise linksradikalen Israel-Solidarität –, auch um das Menetekel einer antizionistischen Wende in der Linken abzuwenden. Binnen sechs Tagen hatte sich Israel auf der ganzen Linie militärisch durchgesetzt – gegen eine quantitative Übermacht arabischer Armeen, die von der Sowjetunion ausgerüstet worden waren. Das Land am Mittelmeer war endgül-

²⁰ So löste der erste PLO-Vorsitzende Achmed Shukeiri weltweit – nicht nur in Israel – beklemmende Erinnerungen an den nazistischen Vernichtungsantisemitismus aus, nachdem er die Drohung ausgestoßen hatte, „die Juden ins Meer zu treiben“.

²¹ Vgl. Martin Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*. Mit einem Vorwort von Micha Brumlik (Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten, Bd. 20), Frankfurt/Main, aktualisierte und erweiterte Neuauflage 1994, S. 106-110.

²² Vgl. Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Band 2, Frankfurt/Main 1959, S. 708.

²³ Ders., in: Bloch u. a.: *Frieden im Nahen Osten. Zum arabisch-israelischen Konflikt*, Frankfurt/Main 1967, S. 18.

²⁴ Ebd., S. 19 und 16.

tig ein Teil des Westens geworden, psychologisch unterstützt durch die eruptive Israel-Begeisterung bürgerlich-konservativer Kreise.

Gleichwohl: „Wenn Springer für Israel ist, können wir nur dagegen sein!“ Diese Schlussfolgerung zogen einige Anhänger der Studentenbewegung bereits während des Sechstagekrieges. Der zuvor als progressiv begriffene jüdische Pionierstaat wurde bald nur noch als „Brückenkopf des US-Imperialismus in Arabien“ wahrgenommen.

Die „Gesamtinteressen“ der Linken, so brachte der Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth die Stimmung in der radikalen Linken auf den Punkt, stimmen „stärker mit denen der arabischen Staaten (...) als mit den Interessen Israels“ überein.²⁵ Im September 1967 gehörte der „Sozialistische Deutsche Studentenverband“ SDS als wichtigste organisierte Strömung der Außerparlamentarischen Opposition zu den ersten Organisationen, die einen unerbittlich antizionistischen Kurswechsel vorgenommen hatten. Der linksradikale Verband, der zu dieser Zeit sowohl „traditionalistische“ (moskauorientierte) als auch „antiautoritäre“ und libertäre Strömungen in sich vereinte, übernahm eine aggressive antiisraelische Diktion: „Zionistische Kolonisierung Palästinas hieß und heißt bis heute: Vertreibung und Unterdrückung der dort lebenden eingeborenen arabischen Bevölkerung durch eine privilegierte Siedlerschicht.“²⁶

In der Folgezeit richtete die sich radikalisierende studentische Linke ihr nahostpolitisches Interesse immer stärker auf die Araber Palästinas. Die PLO als Dachverband palästinensischer Organisationen präsentierte sich neuerdings als Teil einer globalen sozialrevolutionären Befreiungsbewegung. Sie bemühte sich, ihren antizionistischen Kampf mit einer imperialismustheoretischen Legitimation zu versehen und konnte sich so der Zustimmung der neulinken Internationalisten gewiss sein. Waren die marginalisierten Massen der Dritten Welt als die neuen Subjekte internationaler Emanzipationsprozesse ausgemacht, schien der Kampf der palästinensischen Underdogs gegen die nunmehr offen vom US-Imperialismus unterstützten Israe-

²⁵ Wolfgang Abendroth am 5.6.1967 in einem offenen Brief an den Frankfurter Erziehungswissenschaftler Berthold Simonsohn (Quelle: SDS-Nachlass im Archiv „APO und soziale Bewegungen“ am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin).

²⁶ Der Konflikt im Nahen Osten. Dem SDS von der 22. Delegiertenkonferenz als Material überwiesen, in: SDS-Bundesvorstand (Hrsg.), Die XXII. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS. Resolutionen und Beschlüsse, S. 49 (Privatarchiv des Verfassers).

lis keine kritischen Nachfragen mehr zuzulassen. Ob in Algerien, Vietnam, Lateinamerika oder in Palästina: In das theoretische Korsett des Antimperialismus gezwängt, traten die historischen Besonderheiten und Widersprüche der einzelnen Konfliktgebiete zugunsten antikolonialer „Eindeutigkeit“ zurück.

Beeindruckt von der Schlagkraft palästinensischer Fedajin, die im März 1968 an der jordanisch-israelischen Demarkationslinie den israelischen Streitkräften empfindliche Verluste beigebracht und auf diese Weise – wenigstens für ein paar Stunden – die arabische „Würde“ wiederhergestellt hatten, verloren weite Teile der Neuen Linken ihre letzten Vorbehalte gegenüber dem palästinensischen „Volksbefreiungskrieg“. Die Weigerung der PLO, das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der jüdisch-israelischen Nation auch nur ansatzweise anzuerkennen,²⁷ schadete dem mythischen Nimbus der PLO nicht. Linke Publizisten begannen ein Palästinenserbild zu zeichnen, das sich fast nahtlos mit den heroischen Selbstdarstellungen palästinensischer Kampforganisationen deckte.²⁸ Dieser Schulterchluss zwischen linksradikalen und -extremen deutschen Studenten und in der Bundesrepublik lebenden arabischen Fatah-Anhängern entwickelte sich 1969 zu einem zentralen Kennzeichen internationaler „Solidarität“. Initiatoren nahostpolitischer Informationsveranstaltungen, die von linksradikalen Eiferern als „prozionistisch“ eingestuft wurden, mussten fortan mit massiven Störungen rechnen.²⁹ Die Israelfeindschaft der Neuen Linken wuchs sich zu einer geschlossenen antizionistischen Weltanschauung aus.³⁰

Auf Einladung palästinensischer Freischärler reiste Ende Juli 1969 ein knappes Dutzend führender SDS-Mitglieder mit beinahe 100 weiteren internationalen Teilnehmern in das haschemitische Königreich Jordanien. Gerüchte über die angebliche Aufstellung internationaler Brigaden durch die Fatah, der Hausmacht des PLO-Vorsitzenden Yas-

²⁷ Vgl. die Artikel 6 und 20 des palästinensischen Nationalabkommens von 1968 (der Text ist dokumentiert in: Yehoshafat Harkabi, Palästina und Israel, Stuttgart 1974, 2. Auflage, S. 72-91).

²⁸ Vgl. Martin Kloke, Zwischen Ressentiment und Heldenmythos. Das Bild der Palästinenser in der deutschen Linkspresse, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3 (herausgegeben für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin von Wolfgang Benz), Frankfurt /New York 1994, S. 227-253.

²⁹ Einzelheiten bei Kloke, Israel und die deutsche Linke, a. a. O., S. 127 f.

³⁰ Vgl. ebd., S. 124-132.

sir Arafat, wurden erst Mitte August dementiert;³¹ gleichwohl loteten die deutschen Revolutionsromantiker Möglichkeiten einer engeren Kooperation zwischen der antizionistischen Neuen Linken und den palästinensischen Organisationen aus. Die Idee einer anschließenden Erkundungsreise nach Israel zwecks kritischer Überprüfung des eigenen Standpunkts hielten die Besucher für völlig abwegig.³² Das Konzept des „Volksbefreiungskrieges“, den Strategien des Vietkong entlehnt, ließ die Fatah zum Hoffnungsträger antiimperialistischer Sehnsüchte werden. Zeitweise übersetzte und veröffentlichte der SDS als Mitglieder-Service sogar die triumphalistischen Fatah-„Militärkommuniqués“ zu „erfolgreichen“ Terroraktionen in Israel.³³

Die solidarischen Kontakte zum palästinensischen „Widerstand“ wurden auch in der Folgezeit gepflegt: An der von der PLO im Dezember 1969 ausgerichteten „1. Internationalen Konferenz zur Unterstützung des palästinensischen Volkes“ nahmen 200 ausländische Teilnehmer teil, darunter der damalige SDS-Vorsitzende Udo Knapp, der heutige Europa-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit sowie der gegenwärtige Bundesaußenminister Joschka Fischer. Auch wenn das Erinnerungsvermögen einiger deutscher Teilnehmer im nachhinein getrübt zu sein scheint beziehungsweise unterschiedliche, wahlweise alarmistische oder verharmlosende Eindrücke kolportiert werden, gilt als sicher, dass in den Reden von Algier der „Endsieg“ über Israel beschworen und eine Atmosphäre der Gewalt verbreitet wurde.³⁴

Fasziniert vom grassierenden Dritte-Welt-Mythos, mochten die SDS-Aktivisten nicht mehr an die historischen Voraussetzungen des Zionismus – seine Amalgamierung mit der jüdischen Leidensgeschichte in Europa – erinnert werden. Auf der Grundlage simpler antiimperialistischer Erklärungsmuster vertrat der SDS bis zu seiner Selbstauflösung 1970 eine Politik der revolutionären „Unschuld“, in der unter antizionistischen Vorzeichen auch Elemente eines linken Antisemitismus virulent wurden. Als der israelische Außenminister Abba Eban im Februar 1970 die Bundesrepublik bereiste, ließ der Frankfur-

³¹ Vgl. J. P., Manipulation in Israel, in: Agit 883. Zeitung für Agitation und sozialistische Praxis (West-Berlin), Nr. 31, 12.9.1969, S. 3.

³² „Nach Israel fahren wir erst, wenn es sozialistisch geworden ist“ (so Bundesvorstandsmitglied Hans-Jürgen Krahl, zitiert nach: Süddeutsche Zeitung (SZ, München), 14./15.8.1969, S. 3).

³³ Vgl. SDS-INFO, Nr. 19, 8/1969, S. 3; siehe Rudolph Chimelli/Olaf Ihlau, Sommerlager studentischer Revolutionäre in Jordanien, in: SZ, 14/15.8.1969, S. 3.

³⁴ Vgl. Udo Knapp, Die Reise nach Algier. Mit Joschka Fischer in Nordafrika: Wie es war, was uns bewegte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.2.2001, S. 12.

ter SDS gemeinsam mit anderen Gruppierungen verlautbaren: „Der Besuch Abba Ebans, der als Vertreter eines rassistischen Staates in die Bundesrepublik reist, muss zu einer Demonstration und zum Protest gegen den zionistischen, ökonomisch und politisch parasitären (! MK) Staat Israel und seine imperialistische Funktion im Nahen Osten werden (...). Nieder mit dem chauvinistischen und rassistischen Staatsgebilde Israel.“³⁵

Zu Zentren deutscher „Palästina-Solidarität“ avancierten fortan Universitätsstädte, in denen Anhänger des neulinken Spektrums zum Sprachrohr des in der PLO organisierten palästinensischen „Widerstandes“ wurden. Unwidersprochen verbreiteten sie auch antisemitisches Gedankengut. Das Bonner Palästinakomitee suggerierte in seinen Statuten die ominöse Existenz eines „jüdischen Kapitals“³⁶; Berliner Maoisten verfassten 1971 ein Flugblatt gegen „US-Imperialismus und Weltzionismus“³⁷; die Leitung des Kommunistischen Bundes rief nach dem ägyptischen Überfall auf Israel – während des höchsten jüdischen Feiertags „Yom Kippur“ im Oktober 1973 – zum Kampf gegen den „internationalen Zionismus“ auf.³⁸ Trotz ideologisch unterschiedlicher Akzentsetzungen bemühten sich die lokalen Palästinakomitees von Anfang an um eine Koordination ihrer Aktivitäten. Die Delegierten einer europaweiten Arbeitstagung verabschiedeten im März 1971 eine Plattform, die die antizionistische Identität der Gruppen festschreiben sollte: Da Israel „ein kapitalistischer, kolonialistischer und rassistischer Staat“ sei, müsse mittels des „bewaffnete(n) Volkskrieg(s) (...) die vollständige Zerschlagung des zionistischen Staates“ erfolgen. Eine Zweistaatenlösung beziehungsweise eine binationale Entwicklungsstrategie verwarfen sie als „gegen die Interessen der Revolution“ gerichtet.³⁹

Einen organisatorischen Aufschwung nahm die linksradikale Solidaritätsbewegung ausgerechnet in jener Zeit, in der der tödliche Überfall von Mitgliedern der palästinensischen Organisation „Schwarzer

³⁵ „Teach in zum Besuch des israelischen Außenministers Eban“. Unterzeichner des Flugblatts: SDS, Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS), Israelisches Revolutionäres Aktionskomitee im Ausland (ISRACA/D), Trikont, Vereine der arabischen, iranischen und afghanischen Studenten, Frankfurt/Main, 18.2.1970 (vgl. SDS-Nachlass).

³⁶ Al-thaura (Bonn), Nr. 1, 1971, S. 4.

³⁷ Privatarchiv des Verfassers

³⁸ Vgl. Arbeiterkampf (Hamburg), Nr. 35, 11/1973, S. 16.

³⁹ Text der Plattform in: Archiv „APO und soziale Bewegungen“, a. a. O.

September“ auf die israelische Olympia-Mannschaft in München 1972 ein ganzes Bündel staatlicher Abwehrmaßnahmen zur Folge hatte: Massenhaft wurden vermeintliche oder tatsächliche Sympathisanten der palästinensischen Terrorszene abgeschoben.⁴⁰ Neulinke Initiativen organisierten Solidaritäts- und Rechtshilfeaktionen, begleitet von Presseerklärungen und demagogisch überfrachteten Agitationsbroschüren.⁴¹ Allein in Dortmund demonstrierten Anfang Oktober 1972 mehrere tausend Menschen.⁴² Wenig später beschloss Vertreter von gut 60 linksradikalen und -extremen Studentenausschüssen, Verbänden und K-Gruppen die Durchführung einer bundesweiten Solidaritätswoche „zur Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes“. Im gemeinsamen Aufruf verstieg man sich, wie so oft in diesen Jahren, zu antizionistischen, das Existenzrecht Israels negierenden Parolen wie „Nieder mit Imperialismus, Zionismus und der arabischen Reaktion!“⁴³

Spätestens Mitte der siebziger Jahre gerieten die Palästinakomitees immer stärker unter den Einfluss kleiner, aber lautstarker kommunistischer Kaderparteien. In martialisch betitelten Zeitschriften und sporadisch erscheinenden Winkelblättchen verbreiteten rivalisierende Gruppen ihre Vorstellungen zur „palästinensischen Revolution“. Die ideologische Zersplitterung der PLO fand ihre akribische Entsprechung im Selbstverständnis jener Komitees, die sich der exklusiven Unterstützung palästinensischer Partialinteressen verschrieben hatten. Bei allem Dissens im Detail zeichneten ihre Aktivisten das Bild vom „heldenhaften Kampf des palästinensischen Volkes“ gegen das „zionistische und imperialistische Gebilde ‚Israel‘“.⁴⁴ Ent-

⁴⁰ Vgl. Harald Vocke, Die große Araberrazzia. Zu mangelnder deutscher Sachkenntnis kommt Nervosität und israelischer Druck, in: FAZ, 29.9.1972, S. 2.

⁴¹ Vgl. Kurt Groenewold u. a. (Hrsg.), Politische Justiz. Dokumentation über den Ausweisungsterror an Palästinensern, Hamburg, November 1972; Trikont-Verlagskooperative (Hrsg.), Der neue Antisemitismus, Die Liquidierung von Ausländerorganisationen in der BRD: Zum Verbot von GUPS und GUPA, München 1972.

⁴² SZ, 9.10.1972, S. 6.

⁴³ Vgl. die „Materialien zum antiimperialistischen Kampf“, West-Berlin, 1/1973, S. 3 und 5 f.

⁴⁴ Beispielhaft das Flugblatt Kölner Maoisten von Mitte Oktober 1976 („Was ist los im Libanon?“): „Die Aktionen der tapferen palästinensischen Partisanen haben sich auf sämtliche besetzte Territorien wie Jerusalem und Galiläa, Jaffa, Gaza, den Golan-Höhen und bis in die Höhle der Zionisten, Tel Aviv, erstreckt.“ (Archiv „APO und soziale Bewegungen“); viele andere Belege in: Klocke, Israel und die deutsche Linke, a. a. O., S. 138-152.

setzt über den ägyptisch-israelischen Entspannungsprozess von Camp David fanden sich auf Initiative der Bonner PLO-Informationstelle „Palästina“ im Spätherbst 1977 zwanzig deutsche Palästina-Komitees zusammen, um noch einmal den Versuch einer Vereinheitlichung der Solidaritätsbewegung zu unternehmen. Auch als der linksradikale „Internationalismus“ erste Krisensymptome aufwies, suchte man zwecks ideologischer Selbstvergewisserung das Heil in einer gemeinsamen „Plattform“⁴⁵: Die versammelten Komiteevertreter berauschten sich an der Forderung einer „vollständige(n) Zerschlagung des zionistischen Staates in Palästina“ und beschworen ihre vollständige Identifikation mit dem Mythos einer palästinensischen Autoemanzipation: „Die Palästina-Komitees betonen, dass das palästinensische Volk sein eigener Befreier ist und im Vertrauen auf die eigene Kraft seine Revolution zum Sieg führen wird.“⁴⁶

Militant-anarchistische Kreise der Neuen Linken trieben die Glorifizierung ihrer palästinensischen „Helden“-Figuren auf die Spitze. Publizistisches Forum der „libertären“ Kommunisten wurde die West-Berliner „Underground“-Zeitung „Agit 883“, die trotz wiederholter staatlicher Ermittlungen und Verbotsverfügungen zeitweise eine wöchentliche Verkaufsauflage von bis zu 20.000 Exemplaren erreichte. In immer neuen Variationen beschworen ihre Autoren die „großartige Wahrheit“ des bewaffneten Widerstandes der palästinensischen Fedajin⁴⁷: „weil das Gewehr die einzige Ausdrucksmöglichkeit aller Unterdrückten ist – überall.“⁴⁸ Doch beschränkten sich die linksextremen Schreibtischtäter nicht auf eine revolutionsromantische Ästhetisierung von Gewalt, sondern warben unter dem Motto „Schlagt die Zionisten im eigenen Land!“ auch für einen gewaltbereiten Kampf gegen die „Erfüllungsgehilfen“ Israels in der Bundesrepublik.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. das Protokoll des Treffens vom 19.11.1977 (ISPA-Archiv Bonn).

⁴⁶ Plattform der Nahost- und Palästina-Komitees in der BRD und Westberlin, in: „Nahost-Zeitung“, herausgegeben vom Nahostkomitee Hamburg, Nr. 1, 2/1978, S. 7.

⁴⁷ N. N., Emanzipatorische Bewegung der Palästinenser, in: Agit 883, Nr. 29, 28.8.1969, S. 8.

⁴⁸ N. N., Alle politische Macht kommt aus den Gewehrläufen, in: Agit 883, Nr. 59, 7.5.1970, S. 9.

⁴⁹ So das „Kommando Michele Pirk“ in einem Artikel gegen den Gewerkschaftsbankier Walter Hesselbach, in: Agit 883, Nr. 59, a. a. O., S. 4.

Ausgerechnet in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1969 machten deutsche Antizionisten Ernst mit ihren Fantasien und griffen (wie weiland ihre Väter) jüdische Einrichtungen an. Im Bekennerschreiben erklärten die „Schwarzen Ratten TW“ (Tupamaros Westberlin): „Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ‚Schalom und Napalm‘ und ‚El Fatah‘ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler Solidarität. (...) Der wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin (...). Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“⁵⁰ Welcher Gruppe die Urheber des Bombenanschlags entstammten, konnte bis heute nicht geklärt werden. Obwohl die Aktion auch unter Aktivisten der Palästinakomitees (PKs) auf heftige Kritik stieß⁵¹, war ein Fanal gesetzt, das nicht ohne Folgen blieb.

Ein Teil der unter verschiedenen Namen auftretenden „Haschrebeln“, aus denen bald die „Bewegung 2. Juni“ hervorgehen sollte, hatte bereits im Sommer 1969 in palästinensischen Lagern in Jordanien eine militärische Grundausbildung durchlaufen. Mit „dem totalen Willen zu kämpfen sind die Leute dann aus Palästina zurückgekommen“, berichtete später einer ihrer Mitstreiter.⁵² Erst die straff organisierte und professionalisierte „Rote Armee Fraktion“ (RAF) begann im Frühsommer 1970, aus den militant-antizionistischen Fantasien der spontaneistischen West-Berliner Anarcho-Szene blutigen Ernst zu machen: In zwei Schüben sickerten im Juni über zwanzig Mitglieder der RAF – darunter Andreas Baader, Ulrike Meinhof und

⁵⁰ Schwarze Ratten TW, Schalom + Napalm, in: „Agit 883“, Nr. 40, 13.11.1969, S. 9.

⁵¹ Vgl. die „Erklärung zum Bombenattentat auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin“ des Frankfurter Palästinakomitees, in der den Tätern vorgehalten wurde, einer fatalen „Identifizierung jüdischer Institutionen (außerhalb Israels, MK) mit zionistischen Basen“ Vorschub geleistet zu haben (SDS-Info, Nr. 25, 1.12.1969, S. 29 f.).

⁵² Michael „Bommi“ Baumann, *Wie alles anfing*, Duisburg 1989, 3. Aufl., S. 75.

Horst Mahler – von Ost-Berlin via Beirut nach Amman ein, um in einem Ausbildungslager der Fatah von palästinensischen Kämpfern unterwiesen zu werden. Interne Unstimmigkeiten, aber auch Spannungen zwischen deutschen und palästinensischen Kombattanten führten nach zwei Monaten zu einem vorzeitigen Abbruch der „Ausbildung“.⁵³ Trotz des Eklats blieben die Verbindungen zwischen palästinensischer und westdeutscher Guerilla auch in der Folgezeit bestehen: Im Sommer 1976 brachte ein deutsch-palästinensisches Kommando aus Mitgliedern der „Revolutionären Zellen“, der „Bewegung 2. Juni“ und der „Popular Front for the Liberation of Palestine“ (PFLP) ein französisches Passagierflugzeug in ihre Gewalt und dirigierte die Maschine nach Entebbe (Uganda) um. Der Deutsche Wilfried Böse organisierte die räumliche Trennung der jüdischen von den nichtjüdischen Passagieren.⁵⁴ Nicht zuletzt diese neue Qualität antisemitischer Gewaltpraxis begann die antizionistische Selbstgewissheit der deutschen „Palästina-Solidarität“ infrage zu stellen.

3. Zerreißproben und Lernprozesse (1979–1989)

Im Angesicht von Entebbe realisierten führende Anhänger der Neuen Linken, dass der Kampf gegen Unrecht auch monströse Züge annehmen kann. Die Frage nach der Virulenz eines „linken Antisemitismus“ stellte sich immer drängender. Einige erkannten, dass ihr Antizionismus eine Platzhalter-Funktion für den gesellschaftsunfähigen Antisemitismus eingenommen hatte; sie gingen auf Distanz zur „Palästina-Solidarität“.⁵⁵ Bei den verbliebenen Aktivisten stellte sich Verunsicherung ein: Als selbst die PLO, um ihr ramponiertes Ansehen aufzubessern, ihren strategischen Schwerpunkt auf politisch-diplomatische Initiativen verlegte, schien eine grundsätzliche Neujustierung linker Solidaritätsprinzipien angesagt.⁵⁶

⁵³ Einzelheiten bei Stefan Aust, *Der Baader/Meinhof-Komplex*, Hamburg 1986, 3. Aufl., S. 103-116.

⁵⁴ Vgl. Kloke, *Israel und die deutsche Linke*, a. a. O., S. 168.

⁵⁵ Vgl. Editorial, *Solidarität am Wendepunkt*, in: *Orient-Express. Informationsdienst der Orient-(Nahost-Mittelost)-Kommission der Liga gegen den Imperialismus*, Nr. 3, 12/1979-1/1980, S. 1.

⁵⁶ Peter Tautfest, *Palästina-Solidarität nach Indochina, Holocaust und Camp David*, in: *„Befreiung“*. Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, Nr. 17/18, Frühjahr 1980, S. 113; siehe auch Kursbuch 57, *Der Mythos des Internationalismus*, West-Berlin, 1979; weitere Einzelheiten bei Kloke, *Israel und die deutsche Linke*, a. a. O., S. 157 f. und 169 f.

Die deutsche Nahost-Debatte spitzte sich noch einmal zu, als die israelische Armee im Sommer 1982 in den Libanon einmarschierte, um dort befindliche PLO-Basen zu zerstören, die Teile des libanesischen Staates fest im Griff hatten. In seltener Einmütigkeit wurde Israel des Völkermords an den Palästinensern bezichtigt. Nicht zuletzt linksradikale Publizisten erlagen der Faszination begrifflicher Tabubrüche; triumphierend witterten sie die Gelegenheit, Antifaschismus und Antisemitismus miteinander zu versöhnen. Auch Journalisten der linksalternativen „tageszeitung“ taz beteiligten sich an jener historisch-psychologischen Entlastungsoffensive, bei der die betroffenen Palästinenser als die „neuen Juden“ bezeichnet und die israelischen Invasoren mit den Nazis verglichen wurden. Die gezielte Vermischung historischer Ebenen gipfelte im Vorwurf des „umgekehrte(n) Holocaust(s)“ und einer „Endlösung der Palästinenserfrage“.⁵⁷

Noch auf dem Höhepunkt der hier nur angedeuteten verbalen Exzesse erhoben jüdische wie nichtjüdische Linke Einspruch gegen den Versuch, die deutsche Geschichte auf dem Rücken ihrer Opfer bewältigen zu wollen. Wolfgang Pohrt stellte lakonisch fest: „Unter die Völkermorde subsummiert, kann der Libanonkrieg nur als Kavaliersdelikt betrachtet werden (...). Kein Grund zur Annahme, die Palästinenser würden sich, wenn sie Erfolg hätten, anders verhalten als die Israelis. Kein Grund freilich auch, von den Palästinensern zu erwarten oder zu verlangen, aus den Bombardements ihrer Flüchtlingslager durch die israelische Luftwaffe eine andere Lehre zu ziehen als jene Juden, die Israel gründeten: Dass man vertreiben und verfolgen muss, will man nicht zu den Verfolgten und Vertriebenen zählen.“⁵⁸ Etwa zeitgleich mit jüdischen Linken appellierte Joschka Fischer an seine grünen Mitstreiter, die nahöstlichen „Realitäten“ zur Kenntnis und von „blinde(r) Solidarität“ mit den Palästinensern Abstand zu nehmen. Ganz im Sinne des von der Frankfurter Spontiszene unterstützten nahostpolitischen Kurswechsels der radikalen Neuen Linken forderte er: „Wir sollten endlich aufhören, palästinensischer als die PLO zu sein. Wir sollten mit unserer Solidarität durchaus eigene Ziele verfolgen, was uns sowohl mit den Israelis als auch mit den Palästinensern in Widerspruch bringen kann (...).“⁵⁹

⁵⁷ Vgl. Kloke, Israel und die deutsche Linke, a. a. O., S. 220-229.

⁵⁸ Wolfgang Pohrt, Entlastung für Auschwitz. Palästina, Israel und die Deutschen, in: taz, 28.6.1982, S. 7.

⁵⁹ Joschka Fischer, Israel – Ein Alptraum der deutschen Linken, in: Pflasterstrand (Sondernummer Palästina) – Frankfurt/Main, 9/1982, S. 50.

Zwar meldeten sich auch und gerade jetzt immer noch Stimmen zu Wort, die meinten: „Wir lassen uns nicht wegen einigen so genannten progressiven Juden aus dem weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Rassismus herauskatapultieren.“⁶⁰ Doch der Schock über offenkundige Affinitäten zwischen neurechten und linksradikalen Ressentiments war so tief, dass das antizionistische Meinungsmonopol in der radikalen Linken an sein Ende gekommen war.

Kathartische Aufrufe zur kritischen Reflexion zeitigten keine wirklichen Verhaltensänderungen – das ist bis heute so geblieben: Wem ist heute noch erinnerlich, was sich nur wenige Jahre später im Libanon abspielte? Als syrische Truppen gemeinsam mit rivalisierenden palästinensischen Milizen und der schiitischen „Amal“ Bastionen des PLO-Vorsitzenden Arafats schleiften, erzeugten diese Übergriffe nicht einen Bruchteil jener Wogen der Betroffenheit, die zuvor die israelische Invasion begleitet hatte; dies, obwohl Berichte über Massaker an palästinensischen Bewohnern an die Weltöffentlichkeit gelangt waren, die alle bisherigen Gräueltaten im Libanon in den Schatten stellen sollten.⁶¹ Bereits im Frühsommer 1985 war in der taz zu lesen: „Vermutlich liegt die Zahl der Opfer im ‚Lagerkrieg‘ heute höher als während des Massakers in Sabra und Shatila, das falangistische Milizen unter den Augen israelischer Soldaten im September '82 verübten. (...). Das genaue Ausmaß der syrischen Verwicklung im ‚Lagerkrieg‘ wird wohl nie geklärt werden. Denn anders als im Falle Israels 1982 wird es in Damaskus keine Untersuchungskommission über die Rolle Syriens geben.“⁶²

Trotz der umfassenden Berichterstattung stieß jetzt das Leid der Palästinenser auf taube Ohren. Verzweifelt fragte die taz-Korrespondentin Beate Seel: „Wo bleibt der sonst übliche Aufschrei (...)? Offenbar gelten andere Kriterien, wenn die Täter nicht in erster Linie im prowestlichen Israel, sondern in arabischen Hauptstädten sitzen. Manch einem der sonst so aufrechten Demonstranten liegt offenbar das Schicksal des palästinensischen Volkes nicht länger am Herzen,

⁶⁰ Vgl. die tageszeitung (taz, Berlin), 12.8.1982, S. 5.

⁶¹ Vgl. Der Spiegel, Nr. 46, 14.11.1983, S. 136-139 (Nahost: Arafats Endkampf in Tripoli) und Nr. 47, 21.11.1983, S. 141 f. (Libanon. Stunde der Vergeltung); vgl. auch beispielhaft die taz-Artikel: 28.5.1985, S. 1 f. (Berichte von Massakern aus Beirut. Keine Hilfe für Palästinenser); 29.5.1985, S. 4 (Libanesisches Roulette); 3.6.1985, S. 6 (Das Lager Sabra ist ein Trümmerhaufen); 7.6.1985, S. 3 (Tages-thema: Der Krieg gegen die Palästinenser in Beirut).

⁶² Ebd., 7.6.1985, S. 3.

wenn er nicht gleichzeitig gegen eine ‚neue zionistisch-amerikanische Verschwörung‘ protestieren kann.“⁶³

4. Ende der Funktionalisierung? (1989–1999)

In den späten 80er Jahren erzeugte das unausgegorene Nahost-Engagement von Teilen der linksradikalen und links-alternativen Szene zunehmend Unbehagen. Insbesondere die Grünen wurden von „kathartischen Zerreißproben“ erschüttert⁶⁴ – der mäßigende Einfluss von Organisationen wie der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ und dem „Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten“ trug erstmals Früchte. Selbst in „autonomen“ Kreisen begann die fanatisierte Palästina-Solidarität hier und da obsolet zu werden.⁶⁵

Zudem flaute das nahostpolitische Interesse mit der Auflösung des sowjetischen Machtblocks merklich ab. Diese Entwicklung ist nicht allein mit den Legitimationsdefiziten manichäischer Feindbilder erklärbar. Paralyisiert von der Niederlage des real existierenden Sozialismus und vom stürmischen Prozess der deutschen Vereinigung haben sich die Zerfallserscheinungen einer orientierungslos gewordenen Linken dramatisch beschleunigt. Linksradikale und -extreme Strömungen sind längst in den gesellschaftlichen Hintergrund getreten – sie bilden Teile einer marginalen, wenngleich traditionsreichen Subkultur, die Züge der Versektung aufweisen.

Gleichwohl hat der Golfkrieg des Winters 1991 der deutschen Restlinken noch einmal Auftrieb verschaffen können – um den Preis einer erneuten antiisraelischen Ausrichtung. Wochenlang musste die israelische Bevölkerung mit Gasmasken in versiegelten Räumen sitzen, weil der Irak im Besitz von chemischen Waffen war, die mit Hilfe deutscher Techniker zu einer vitalen Bedrohung geworden waren. Saddam Hussein drohte den Einsatz dieser Waffen gegen Israel an, obwohl der jüdische Staat gar nicht Teil der alliierten Kriegskoalition war – es damals wie heute gar nicht sein durfte. In Israel, wo die Regierung Shamir sich nicht zu einem Gegenschlag verleiten ließ, war-

⁶³ Beate Seel, Wo bleibt der Aufschrei? Beredtes Schweigen zum Lagerkrieg im Libanon, in: taz, 10.2.1987, S. 4.

⁶⁴ Vgl. Martin Kloke, Kathartische Zerreißproben: Zur Israel-Diskussion in der Partei „Die Grünen“, in: Herbert A. Strauß u. a. (Hrsg.), Der Antisemitismus der Gegenwart, Frankfurt/Main 1990, S. 124-148.

⁶⁵ Vgl. Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke, a. a. O., S. 207-219 und S. 243-246.

teten die Menschen angstvoll das Ende des Krieges ab; schließlich hatte der Irak Jahre zuvor chemische Waffen gegen die eigene kurdische Bevölkerung eingesetzt. Angesichts der erneuten Konnotation von „Deutschen“ und „Gas“ machte sich zugleich ohnmächtiger Zorn breit.⁶⁶

Doch die Protestler beschäftigten sich mehr mit ihren eigenen Zukunftsängsten als mit der bedrohlichen Situation der israelischen Bevölkerung.⁶⁷ Insbesondere linksradikale Vertreter der Friedensbewegung verhehlten nicht ihre Sympathien mit jenem irakischen Diktator, der einer überlegenen alliierten Streitmacht die Stirn bot. Das Weltbild eines umgekehrten Rassismus stand Pate, in welchem Saddam Hussein, dessen Land den Nachbarn Kuwait überfallen hatte, als tapferes Symbol einer selbstständig handelnden Dritten Welt gehandelt wurde.

Dass der Aufruf zur zentralen Antikriegskundgebung in Bonn am 26. Januar 1991 keinerlei Hinweis auf die Bedrohung Israels enthielt, obwohl neun Tage zuvor bereits die ersten von 39 irakischen Scud-Raketen im Großraum von Tel Aviv eingeschlagen waren, wurde kaum registriert. Als der grüne Vorstandssprecher Christian Ströbele mit pazifistischem Pathos die Lieferung deutscher Abwehrwaffen an Israel ablehnte, nahm seine persönliche Glaubwürdigkeit Schaden, hatte er doch noch in den achtziger Jahren die taz-Spendensammlung „Waffen für El Salvador“ koordiniert. Der Parteiläster wurde er vorübergehend geopfert, nachdem er die Raketenangriffe auf jüdische Wohngebiete als „die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels“ bezeichnet hatte.⁶⁸

Berichte über die Bedrohung Israels durch die irakischen Raketen wurden nicht nur in rechtsextremen Medien, sondern auch in „anti-imperialistischen“ Kreisen als „Kriegspropaganda“ bezeichnet.⁶⁹ Für den Freiburger „Bund gegen Anpassung“ bedeuteten die Angriffe auf israelische Städte „nur ein bisschen Sachschaden“ – eine „eher

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 313 f.

⁶⁷ „Ich will reden von der Angst meines Herzens“ – so der symptomatische Titel einer Luchterhand-Flugschrift, deren Beiträge in der Zeit von Ende Januar bis Mitte Februar 1991 entstanden sind (Autorinnen und Autoren zum Golfkrieg, Frankfurt/Main 1991).

⁶⁸ Vgl. Jerusalem Post, 19.2.1991; siehe auch SZ, 19.2.1991, S. 5.

⁶⁹ So der „Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität Heidelberg“ und andere Gruppen in einem überregionalen Demonstrationsaufruf vom 26.1.1991 („Stoppt den Massenmord an den Völkern im Irak“).

harmlose Kriegslist“.⁷⁰ In der feministischen „Emma“ wurde Saddam Hussein entgegen sonst üblicher Gepflogenheiten als „Bruder“ gefeiert.⁷¹ Nur wenige linksradikale Zirkel boten der antiisraelischen Stimmung Paroli: Ein Großteil jener 1.100 „Konkret“-Leser/innen, die in den Kriegswochen ihr Abo kündigten, zeigte sich irritiert darüber, dass ihr Hausblatt, ehemals stramm antizionistisch, unerwartet Solidarität mit Israel signalisierte.⁷²

Mit dem weitgehenden Zerfall einer radikalen Linken in Deutschland setzte sich in den späten neunziger Jahren der Eindruck fest, als ob nicht mehr Antifaschismus, Neutralismus und Antizionismus, sondern Proisraelismus, Westbindung und Antitotalitarismus die Leitideen einer geläuterten Linken ausmachten. Als Joschka Fischer und andere prominente Grüne im Frühsommer 1995 zu ihrem ersten „Staatsbesuch“ nach Israel aufbrachen, titelte die „Berliner Zeitung“ nicht von ungefähr: „Grüne sind jetzt auch bei Rabin salonfähig.“⁷³ Israelfeindliche Ausfälle im subkulturellen Milieu des rotgrünen Spektrums ließen sich eher als unfeine Entgleisungen denn als Ausdruck antizionistischer Grundüberzeugungen deuten.⁷⁴ Der so hoffnungsvoll begonnene Friedensprozess im Nahen Osten mochte dazu beigetragen haben, dass ein weltanschaulich auftretender Antizionismus an Anziehungskraft verloren hatte. Ideologische Affinitäten zwischen islamistischen Arabern und linksradikalen Deutschen oder das rechtsgerichtete Renegatentum von Intellektuellen wie Bernd Rabehl, Martin Walser und Horst Mahler schienen kaum mehr als exotische Randerscheinungen zu sein.

Andererseits war damit zu rechnen, dass in einer marginalisierten Linken auch künftig ein Restbestand antizionistisch motivierter Protagonisten auftreten würde. Nach allen Regeln historischer Erfahrung musste die antisemitische Saat genau in dem Moment aus dem kollektiven Unterbewussten aufgehen, als Rückschläge im nahöstli-

⁷⁰ Bund gegen Anpassung: Dieser Krieg ist überflüssig wie ein Scheich (Flugschrift vom 23.1.1991).

⁷¹ Fatima Mernissi, In der Nacht vom 16. bin ich gestorben, in: „Emma“-Sonderband Krieg: Was Männerwahn anrichtet, und wie Frauen Widerstand leisten (Köln), Februar 1991, S. 14.

⁷² Vgl. Konkret (Hamburg), 10/1991, S. 4.

⁷³ Berliner Zeitung, 20.5.1995, S. 6.

⁷⁴ Vgl. Martin Kloke/Micha Brumlik, Ein abgeschlossenes Kapitel? Die bundesdeutsche Linke und der Staat Israel. Anmerkungen zu einem gestörten Verhältnis, in: Konkret, 5/1998, S. 18-21.

chen Friedensprozess das Bild des „hässlichen“ Israeli zu zeichnen erlauben schien. Musterbeispiele für diese Annahme sind die so genannte Al-Aksa-Intifada und die Folgen des Terroranschlags auf die USA am 11. September 2001. Beide Ereignisse haben das Verhältnis extrem linker Strömungen zu Israel einerseits in alte antizionistische Bahnen zurückgeworfen, andererseits aber auch – das ist das Neue an der Situation – eine radikale Gegenbewegung auf den Plan gerufen.

5. Wiederkehr alter Frontstellungen (seit 2000)

Die israelisch-palästinensischen Endstatus-Verhandlungen zwischen Juli 2000 und Januar 2001 sind gescheitert, obwohl noch kein israelischer Ministerpräsident den Palästinensern so weit entgegengekommen ist wie Ehud Barak: Im Angebot stand die Rückgabe von etwa 95 Prozent der besetzten Gebiete, die Auflösung zahlreicher Siedlungen, territoriale Kompensationen aus dem Kernland Israels und die faktische Zweiteilung Jerusalems – dies alles gegen die vage Hoffnung auf eine friedliche Koexistenz und gegen den Verzicht auf ein schrankenloses Rückkehrrecht der 3,7 Millionen zählenden Diaspora-Palästinenser.

Die Vermutung liegt nahe, dass Yassir Arafat sich davor scheute, als kompromisslerischer „Verräter“ in die Geschichte einzugehen. Bei einem möglichen Scheitern seines korrupten Apparats in einer Friedensperiode wäre der Popanz des antizionistischen Sündenbocks nicht länger zu aktivieren gewesen; die innerpalästinensischen Widersprüche hätten offen ausbrechen können. Erschreckt von diesen Aussichten kam Arafat der „Spaziergang“ des israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg gerade recht. Anders als die jordanischen Behörden, die bis 1967 Juden den Zutritt zur Klagemauer und anderen jüdischen Gedenkortern verwehrten, tut sich jede israelische Regierung schwer, den freien Zugang zu den Heiligtümern der drei Weltreligionen zu verbieten. Damit war der Weg frei für einen „spontanen“, aber gut organisierten Aufstand. Der bis dato säkulare Nationalitätenkonflikt verwandelte sich binnen Stunden in einen religiösen Kampf zwischen Muslimen und Juden.

Die Weltgemeinschaft konnte unverzüglich den Schuldigen benennen: Anstatt Arafat zu drängen, zu den Dialogprinzipien von Oslo zurückzukehren, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, in der Israel „exzessive Gewaltanwendung“ vorgeworfen

wurde.⁷⁵ Pikanterweise hat sich auch die deutsche Öffentlichkeit zunächst fast einmütig der Lesart einseitiger Schuldzuweisungen angeschlossen. Die brutalen Selbstmordanschläge palästinensischer Terroristen auf jüdische Zivilisten und Militärs, Kinder und Alte, Zionisten und Nichtzionisten werden vielfach bis heute als Ausdruck palästinensischer Verzweiflung geadelt. Täter scheinen vor allem die Israelis zu sein, deren hilflose Versuche einer militärischen Bekämpfung des Terrors mitunter auch Unschuldige treffen. Nach den ehernen Gesetzen der Mediengesellschaft scheint es moralisch unverzeihlich zu sein, dass die wehrhaften Israelis, technisch ihren Widersachern weit überlegen, bei Auseinandersetzungen geringere Opferzahlen als die Palästinenser aufweisen.

Wie reagieren deutsche Linksradikale und -extremisten auf die Gewaltausbrüche?

5.1. Antideutsche „Israelfreunde“

Zum ersten Mal seit 35 Jahren ist in der radikalen Linken wieder eine nennenswerte Strömung virulent, die eine Form der Israelbegeisterung propagiert und zelebriert, die sich kompromisslos nahostpolitische Hardliner-Positionen zu Eigen macht. Nach der Lesart der sich selbst als eine „radikale antinationale und antideutsche Linke“ bezeichnenden Strömung sind die Palästinenser „das derzeit wohl aggressivste antisemitische Kollektiv“ – übertroffen nur vom „Vernichtung-Antisemitismus“ der Nazis. Israel als staatlicher Hort der vom Antisemitismus bedrohten Juden dürfe „einem völkisch-islamistischen Judenhasser-Kollektiv (...) keinerlei Zugeständnis“ machen; auch die israelischen Zugeständnisse seit den Osloer Verhandlungen seien abzulehnen.⁷⁶

Die „antideutsche“ Szene ist in den 90er Jahren im Nachgang zum zweiten Golfkrieg aus der postkommunistischen beziehungsweise linksextremen autonomen Szene hervorgegangen. Während die autonome Szene traditionell stets antizionistische Positionen vertreten hat, begehren die „Antideutschen Kommunisten“ ebenso wie diverse

⁷⁵ Vgl. Berliner Zeitung, 9.10.2000, S.1. Zum Vergleich: Noch nie in der Geschichte des Nahostkonflikts hat die UNO eine Resolution verabschiedet, in der Terrorangriffe auf Israel beziehungsweise auf jüdische Einrichtungen verurteilt wurden.

⁷⁶ Horst Pankow, „Kindermörder“. Noch einmal über Antisemitismus, Zionismus, Deutsche und Palästinenser. in: Bahamas (Berlin), Nr. 33, Herbst 2000, S. 5-9, hier S. 7 ff.

„Antifa-Bündnisse“ gegen den „ehrbaren Antisemitismus“⁷⁷ des klassischen Linksradikalismus auf: „Lassen wir uns nicht mehr vom antizionistischen Konsens einschüchtern: Raus auf die Straße: Nieder mit Deutschland! Her mit dem Kommunismus! Und solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, ein klares und lautes: LANG LEBE ISRAEL!“⁷⁸

Seit Ausbruch der Al-Aksa-Intifada versuchen die „antideutschen“ Israelfreunde mit allerlei spektakulären Aktionen und Demonstrationen, den „Konsens der Antizionisten anzufechten.“ Für ihre hierzu lande ungewöhnliche Israelsicht, die allenfalls von Teilen des protestantischen Fundamentalismus geteilt wird, nehmen sie es hin, von linken Antizionisten ausgegrenzt, angepöbelt oder gar verprügelt zu werden. In Abgrenzung zu einer großen antiisraelischen Nahostdemonstration im Frühjahr 2002 gelang es linksradikalen Aktivisten während einer Kundgebung in Berlin, 1.500 Demonstranten zu mobilisieren, von denen nicht wenige auch aus bürgerlich-konservativen Milieus stammten.⁷⁹ Auf einer bundesweiten Konferenz unter dem Motto „Es geht um Israel“ versammelten sich in Berlin wenige Wochen später etwa 500 Anhänger/innen linksradikaler Initiativen, um ihr proisraelisches Engagement zu vertiefen – was sich sinnfällig unter anderem in einer „Spendenkampagne für israelische Verteidigungskräfte“ manifestieren sollte.⁸⁰ Inzwischen haben die linksradikalen Israelfreunde nicht nur in der „Niewieder-Deutschland-Bewegung“, sondern auch in anderen lokalen Betätigungsfeldern an Einfluss gewonnen. In zahlreichen Studentenausschüssen sind ihre Anhänger/innen inzwischen tonangebend geworden.

Nachdem 1979, am Ende des Fastenmonats Ramadan, der iranische Ajatollah Khomeiny weltweit zum ersten Mal die Muslime aufgerufen hat, gegen das „aggressive Zionisten-Regime“ und für die „Befreiung Jersualems“ auf die Straße zu gehen, ist seit 1995 auch die deutsche Hauptstadt alljährlich Schauplatz derartiger Aufmärsche und Hassparolen. Im November 2003 allerdings formierten sich zum

⁷⁷ Jean Améry, *Der ehrbare Antisemitismus*, a. a. O., S.16 (siehe Anmerkung 4).

⁷⁸ Editorial zu „Texte für Israel“, herausgegeben von den Antideutschen Kommunisten Berlin, 2001 (www.antideutsch.de).

⁷⁹ Vgl. den Aufruf des Bündnisses „gegen Antizionismus und Antisemitismus“ zur Kundgebung am 14. April 2002 (Privatarchiv des Verfassers); Cornelia Schmalz-Jacobsen, *Verbaler Sprengstoff*, in: *Die Zeit*, Nr. 17, 18.4.2002, S. 4.

⁸⁰ Vgl. Pressemitteilung zur Konferenz am 12.5.2002 (Privatarchiv des Verfassers).

ersten Mal lautstarke Proteste gegen die Anti-Israel-Demonstration radikal-islamischer Gruppen. Die Kampagne gegen den so genannten Al-Quds- oder Jerusalem-Tag wurde maßgeblich vom linken „Bündnis gegen Antisemitismus“ initiiert, dessen aktive Kader von „antideutschen“ Kräften dominiert werden. Den jungen Aktivisten gelang es, prominente Politiker, Wissenschaftler und Künstler aus allen politischen Spektren für eine Unterschriftenaktion zu mobilisieren, darunter erstmals auch Personen und Gruppen mit türkischem oder exiliranischem Hintergrund.⁸¹

Die Israel-Apologie der jungen Linksradiكالen weist phänomenologische Parallelen zu den fünfziger Jahren auf: Gleichwohl geht es den ebenso vernetzten wie zerstrittenen Initiativen und Zirkeln – gruppiert um Publikationen wie „Konkret“, „Jungle World“ und „Bahamas“ – nicht in erster Linie um die Demonstration ideologischer Nähe zum israelischen Staat; das unterscheidet sie von der deutschen Linken der späten fünfziger Jahre. Welche Gemeinsamkeiten sollte auch die gegenwärtige israelische Regierungskoalition aus rechtssäkularen und religiös-orthodoxen Kräften mit linksradikalen Deutschen teilen, die ungeachtet ihrer proisraelischen Provokationen von antireligiösen Ressentiments erfüllt sind?⁸² Wortführer wie Hermann Gremliza (Konkret) und Julius Werthmüller (Bahamas) suchen in ihrem Israel-Kult, ungeachtet ihres Dissenses in Detailfragen, vor allem nach Bestätigung jener vergangenheitspolitisch motivierten Deutschlandkritik, die im vermeintlich ewigen Antisemitismus der Deutschen den hermeneutischen Schlüssel zum Verständnis auch heutiger Weltpolitik zu sehen vermeint.

5.2. Linksradiكالe „Israelfeinde“

An der linksradikalen Traditionslinien sind die geistigen Veränderungen der letzten 15 Jahre offenbar weitgehend abgeprallt. PDS- und DKP-nahe Zeitungen wie das „Neue Deutschland“, die „Junge Welt“ und „unsere zeit“ führen das israelfeindliche Erbe der radika-

⁸¹ Die Unterstützerliste mit Links zu Presseartikeln unter: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=10&kat=10&artikelid=808.

⁸² Vgl. als Beispiel die Vita des Publizisten Karl Selent, der als Bundesvorstandsmitglied des Kommunistischen Jugendverbandes SDAJ die Moskauer „Komsomolhochschule“ und die „FDJ-Hochschule Wilhelm Pieck“ absolviert hat und nach der Wende von 1989 vom antizionistischen „Saulus“ zum antideutschen und proisraelischen „Paulus“ konvertieren sollte (vgl. sein jüngstes Buch: Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan. Polemik, Häresie und Historisches zum endlosen Krieg gegen Israel, Freiburg 2003).

len und extremistischen Linken unbeirrt fort⁸³: Wann immer die israelische Armee palästinensische Terrorangriffe abwehrt, sind dies „Racheaktion(en)“, die auch religionslose Postkommunisten fragen lässt: „Wer stoppt dieses alttestamentarische Gemetzel?“⁸⁴ Wie eh und je werden am Institut für Politikwissenschaft der Marburger Universität Lehrveranstaltungen angeboten, die schon im Titel das antizionistische Ressentiment erkennen lassen: Jüngster Höhepunkt war im Sommersemester 2003 ein öffentlicher Vortrag des emeritierten orthodox-marxistischen Politikwissenschaftlers Reinhard Kühnl mit dem Titel „Das Problem Israel“.⁸⁵ Die trotzkistische „Arbeitermacht“, die die letzten linksdeutschen Weltrevolutionäre um sich schart, ist gar bemüht, den antizionistischen Konsens neulinker 68er aus der Mottenkiste hervorzuholen: „Der zionistische Staat kann nicht reformiert – er muss zerschlagen (...) werden.“ In einem Aufruf bekannten sich die Trotzkisten zu einem „Arbeiterboykott gegen Israel“, wobei in diesem Zusammenhang das Bekenntnis, „entschlossen allen Formen des Antisemitismus entgegenzutreten“⁸⁶, nicht der Komik entbehrt. Während einer „Palästina-Demonstration“ in Wien fragten Anhänger der „Revolutionär-Kommunistischen Liga“ und des „Kommunistischen StudentInnenverbandes“ allen Ernstes: „Was will die Jüdische Politik? Weltherrschaft?“⁸⁷ Nachgerade gemäßigt mutete demgegenüber eine Überschrift in der „Jungen Welt“ an, die Israel nach einem palästinensischen Autobombenanschlag Zurückhaltung attestierte: „Aggression vorerst vertagt“⁸⁸.

⁸³ Noch immer schreiben in den genannten Zeitungen Journalisten wie Hans Lebrecht, die schon zu DDR-Zeiten die staatlich verordnete Israelfeindschaft mit antizionistischen Tiraden fütterten.

⁸⁴ Olaf Standke, Kriegszustand, in: Neues Deutschland (Berlin), 23.11.2000, S. 1. Gleichwohl sind in der PDS gelegentlich auch Stimmen zu vernehmen, die sich dem antiisraelischen Konsens ihrer Partei entziehen: vergleiche Christian Böhme, Mit Sicherheit solidarisch. Gregor Gysi fühlt sich seit langem mit Israel verbunden – auch für den Schutzzaun hat er Verständnis, in: Jüdische Allgemeine (Berlin), Nr. 1, 8.1.2004, S. 3.

⁸⁵ Vgl. Stefan Braun/Joachim Wurster, Antisemitismus und Antizionismus. Alles in Ordnung? In: Tribüne, Heft 168, 4. Quartal, 2003, S. 139 f.; authentische Quellen zur Marburger „Intifada“ unter: www.kosmopolitbureau.unwissenschaftlich.de.

⁸⁶ Vgl. Michael Gatter, Palästina. Solidarität mit der neuen Intifada!, in: Arbeitermacht (Berlin), Nr. 59, November/Dezember 2000, S. 17 f.

⁸⁷ N. N., Linkswende, in: Illustrierte Neue Welt (Wien), Oktober/November 2000, S. 37.

⁸⁸ Junge Welt (Berlin), 25./26.11.2000, S. 8.

Anfang Dezember 2000 eilte eine Delegation der „Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken und Nordischen Grünen“ in das nahöstliche Krisengebiet: „Die wichtigste Botschaft“, so hieß es im ND über die linksdeutschen und -europäischen Emissäre, „brachte die Gruppe aus den Krankenhäusern in Gaza und Ramallah mit: Es bedarf dringend internationaler Unterstützung, damit die unverhältnismäßige Gewalt des israelischen Militärs gegen die palästinensische Zivilbevölkerung beendet wird.“ Die tabubehaftete Schlussfolgerung überließen die fortschrittlichen Europäer den palästinensischen Fragestellern: „Warum hat die NATO im Kosovo eingegriffen, während die internationale Gemeinschaft Israel gewähren lässt?“ Dass es horizontweiternd hätte sein können, auch einmal israelische Opfer palästinensischer Gewalttaten zu besuchen, ist den linken Parlamentariern nicht eingefallen.⁸⁹

Man muss sich nicht die verschwörungstheoretischen Argumente antinationaler Linker zu Eigen machen, um die Konturen einer zweiten – mehr als virtuellen – Nahostfront in den Medien zu erkennen: Eine bemerkenswerte Koalition linksliberaler, linksradikaler und rechtsextremer Deutscher scheut nicht davor zurück, Sympathien mit den verquasteten Inhalten einer politischen Theologie des Islam zum Ausdruck zu bringen – erinnert sei an die Heroisierung palästinensischer Märtyrer, die in einigen Medien immer wieder ein Forum erhält.⁹⁰ Als eine Mitarbeiterin des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung Anfang September 2000 vor einem internationalen Publikum die Vernetzung rechtsextremistischer und islamistischer Gruppen (Hamas, Hisbollah) anhand einer Internet-Präsentation belegte,⁹¹ erntete sie empörten Widerspruch aus den Reihen der anwe-

⁸⁹ Vgl. Karin Schüttpelz, „Noch nie ging Israels Armee so brutal gegen die Bevölkerung vor.“ Eindrücke einer Beobachtergruppe der Linksfraktion des Europaparlaments, in: Neues Deutschland, 9./10.12.2000, S. 3.

⁹⁰ Christina Förch, Steine und die Wut zu leben. Mit der Intifada erwachen viele palästinensische Jugendliche aus Apathie und Resignation, in: Freitag, 20.10.2000; vergleiche auch Peter Michalzik, Die Zeit der Märtyrer, in: Frankfurter Rundschau, 2.4.2002, S. 13: „Das 16-jährige Mädchen, das sich bei dem nächsten Attentat nach den Angriffen auf Ramallah in die Luft gesprengt hat, war dem klaren Gesicht nach zu urteilen nicht eine der schlechteren ihres Volkes.“

⁹¹ Vgl. Juliane Wetzel, Die internationale Rechte und der arabische Antizionismus im World Wide Web, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12. Herausgegeben von Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Berlin: Metropolis Verlag 2003, S. 121-144 (Im Sammelband sind weitere Konferenzbeiträge zur „Entstehung von Feindbildern im Konflikt um Palästina“ versammelt.)

senden Orientalisten, obwohl sie die „linke“ Komplizenschaft erst gar nicht hervorgehoben hatte. Neonazis wie der frühere linksextreme RAF-Aktivist Horst Mahler begeistern sich inzwischen ungeeignet für die deutsch-palästinensische Volksfront: „Die Juden haben sich Palästina genommen und betreiben dort Völkermord, das bringt eine gemeinsame Front der Deutschen und Palästinenser zustande.“ Bei der NPD-Demonstration am 26. November 2000 schwenkten einige Teilnehmer genauso begeistert die palästinensische Flagge, wie es jahrelang deutsche Antizionisten vorgemacht hatten; in Gaza-City und in anderen palästinensischen Autonomiestädten trugen Demonstranten wiederholt Hakenkreuzfahnen vor sich her.⁹²

Auch in jüngster Vergangenheit haben sich linksradikale und -extreme Gruppen immer wieder ihrer antizionistischen Überzeugungen vergewissert: In einer Diskussionsveranstaltung der „revolutionär“-trotskistischen Strömung „Linksruck“ Ende Februar 2002 im Berliner Stadtteil Kreuzberg hatten die Initiatoren schon auf dem Einladungsplakat „Freiheit für Palästina“ das zu erwartende „Ergebnis“ des Abends vorweggenommen: „Scharon ist ein Kriegsverbrecher.“ Mehrere hundert Zuhörer/innen wurden durch ein Transparent auf den Zweck der Veranstaltung eingeschworen: „Stoppt das israelische Verbrechen in Palästina.“ Ein Teilnehmer, der den israelfeindlichen Konsens der Veranstalter infrage zu stellen wagte, wurde aus dem Publikum lauthals als „Zionistenschwein“ titulierte.⁹³ Das an diesem Abend neu formierte „Solidaritätsbündnis für Palästina“ beschloss, beim nächsten Ostermarsch einen eigenen „Palästina-Block“ bilden zu wollen. Dass sich einige Wochen später unter die Ostermarschierer, die sich traditionell als „Friedensdemonstranten“ verstehen, optisch sichtbar auch Anhänger der Terror-Organisation Hamas mischten, vermochte offenbar keine Missstimmungen herbeizuführen.⁹⁴

Linksradikale und palästinensische Gruppen waren es, die im April 2002 in sieben deutschen Städten die seit Jahren bundesweit größten antiisraelischen Kundgebungen initiieren, organisieren und anfüh-

⁹² Siehe auch Eberhard Seidel, Gesichter des Antisemitismus, in: taz, 9.12.2000., S. 5; vgl. entsprechendes Gedankengut auf Mahlers Website (www.horstmahler.de).

⁹³ Vgl. Privatarhiv des Verfassers (Protokollnotizen).

⁹⁴ Vgl. Sebastian Wehrhahn, Antizionismus in der Berliner Linken, in: Jungle World, 13.3.2002, S. 23; Holger Wild, Neue Stärke für den Berliner Ostermarsch, in: Der Tagesspiegel (Berlin), 2.4.2002, S. 9.

ren sollten. Allein in Berlin gingen ca. 10.000 Menschen auf die Straße. Während die Mehrzahl der Demonstranten ihre Überzeugungen mit friedlichen Mitteln ausdrückten, warfen andere Steine, Farbbeutel und Getränkedosen auf das Gebäude der britischen Botschaft und verbrannten israelische Fahnen. Einige Kinder waren mit nachgeahmtem Sprengstoff aus Plastik umgürtet, was einem identifizierten Vater Monate später strafrechtliche Konsequenzen eintrug.⁹⁵

Die israelische Regierung hat im vergangenen Jahr unter dem Druck fortwährender Terroranschläge den Bau eines Sicherheits- und Trennungsauns aufgenommen – mit der Folge, dass die Kette tödlicher Selbstmordanschläge inzwischen merklich dünner geworden ist. Seither konzentriert sich die antizionistische Wut radikaler Linker gegen die angebliche „Apartheidmauer“. Die Sperranlage, die an wenigen bevölkerungsdichten Punkten die Ausmaße einer Schutzmauer angenommen hat, ragt zum Teil auch in die umstrittenen palästinensischen Gebiete hinein. Gleichwohl betonen israelische Regierungsstellen, dass der Zaun keine politische Grenzziehung vorwegnehme – diese werde einer endgültigen Friedensregelung vorbehalten sein.

Anstatt eine differenzierte Beurteilung und gegebenenfalls Kritik vorzunehmen, setzten sich Teile der Friedensbewegung – so das „Friedensforum Duisburg“ – an die Spitze einer Kampagne, die den 9. November 2003 zum „Internationalen Tag gegen den Mauerbau“ erklärte.⁹⁶ Mit Kritikern dieser Entscheidung, die das Gedenken an die Reichspogromnacht nicht mit einer antiisraelischen Aktion vermischen mochten⁹⁷, gingen die antizionistischen Akteure hart ins Gericht: Die „Bedenkenträger“ aus der antideutschen und jungliberalen Szene würden aus „dunklen Quellen“ geheimdienstlichen und jüdisch-amerikanischen Ursprungs finanziert.⁹⁸

⁹⁵ Sabine Stoye/Stephan Wiehler, Nahostkonflikt auf Berlins Straßen, in: Der Tagesspiegel, 14.4.2002, S. 9; Moritz Schuller, Sprengstoff für das Zusammenleben, in: Der Tagesspiegel, 15.4.2002, S. 12.

⁹⁶ Vgl. www.friedensforum-duisburg.de/2003/09/9nov-mauer.htm.

⁹⁷ Vgl. den Kampagnenplan „Stoppt den Mauerbau in Palästina/Israel“ einer überregionalen Strategiekonferenz der „Kooperation für den Frieden“ am 28.9.2003 in Dortmund (Privatarchiv des Verfassers).

⁹⁸ So Gerd Höhne, Am deutschen Wesen soll die Welt genesen? Oder verliert die deutsche Friedensbewegung ihre Glaubwürdigkeit, in: Kommunistische Internet-Zeitung, Herbst 2003 (www.kommunisten-online.de/Kriegstreiber/aktionstag.htm); vgl. auch Günther Ackermann/Hanna Ackermann: Angebli-

Teile der radikalen Linken sind sich durchaus der Gefahr bewusst, dass sie mit ihrem antizionistischen Eifer Gefahr laufen, in einem rotbraunen Morast zu versinken. Gleichwohl misslingt die intendierte Gratwanderung manchmal schon innerhalb eines einzigen Absatzes: Israel ist „ein auf einem weißen Siedlerkolonialismus begründeter Staat und deshalb Gegenstand antiimperialistischer Kritik. Es ist aber auch eine Projektionsfläche für Antisemiten. Dass die Sharon-Politik den Antisemitismus befördert, hat nicht nur ein Möllemann behauptet. Das hat unlängst auch der Börsenspekulant und Großfinanzier der internationalen Zivilgesellschaft, George Soros, des Antisemitismus sicher unverdächtig, so gesagt.“⁹⁹

6. Nach dem 11. September 2001 – eine Bilanz

Die brutalen Anschläge in New York und Washington haben in Deutschland zunächst fast überall Entsetzen und tief empfundene Trauer ausgelöst – mit Ausnahme von Teilen der rechts- und linksextremen Szene. Gleichwohl ist dieses Mitgefühl im Zuge der Kriege gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und gegen den Irak des Saddam Hussein schnell verpufft – aus Gründen, die mit einer tatsächlich oder vermeintlich neoimperialen US-Außenpolitik nur bedingt zu tun haben:

New York ist nicht nur augenscheinliches Symbol jüdischer Präsenz in Amerika; New York ist die Stadt mit der weltweit größten jüdischen Bevölkerung – dort leben mehr Juden als in Tel Aviv und Jerusalem zusammengenommen. Insofern war der Terrorangriff nicht nur eine Attacke gegen die multikulturellste Stadt der Welt; er war auch ein Anschlag gegen die Juden, die wissen sollen, dass sie nicht einmal im Herzen der USA sicher leben können. Im Bewusstsein der Täter richtete sich der Mega-Anschlag zugleich gegen jenes Pentagon, das als Symbol der angeblich jüdisch-zionistisch beherrschten US-Regierung gilt. Bin Ladens Organisation „El Kaida“ faxte kurz nach dem Anschlag die Losung nach Pakistan: „Wo immer sich Amerikaner und Juden befinden, werden sie zum Ziel.“¹⁰⁰

cher Antisemitismus. Intellektuelle Prostitution oder Die Weißwäscher vom Niederrhein, in: Ebd. (www.kommunisten-online.de/Diversanten/diss1.htm).

⁹⁹ Werner Pirker, Sündenböcke. Israel macht Europäer mitverantwortlich, in: Junge Welt, 17.11.2003.

¹⁰⁰ Vgl. Der Tagesspiegel, 26.9.2001, S. 6.

Es gibt Indizien, dass diese Weltsicht in groben Zügen auch von Teilen der radikalen deutschen Linken geteilt wird – natürlich nicht in der Brachialsprache islamistischer Terroristen. „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“, hieß es in linksradikalen Verlautbarungen ebenso wie in Kreisen der NPD. Schon zwei Tage nach dem Anschlag waren in der taz höhnische Kommentare der folgenden Art zu lesen: „Schauten Pentagon und WTC dem israelischen Bruch des Völkerrechts in Palästina nicht jahrelang ungerührt zu?“, fragte Matthias Bröckers, der von „verzweifelten Kamikaze-Kriegern“ sprach, die im Anschluss an die israelische Aggression „zurückschlagen“.¹⁰¹ Das also ist die Logik: Weil Israel, „die Juden“, eine (kritikwürdige) Besatzungspolitik in Palästina praktizieren, bekommen die USA als Israels engste Verbündete die Rechnung für ihre Freundschaft zu dem weltweit ungeliebten Pariastaat.

Der frühere Leiter der Kulturredaktion der taz veröffentlichte im Herbst 2002 ein Buch unter dem Titel „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.“. Das ebenso sensationslüsterne wie kommerziell erfolgreiche Werk hatte Anfang 2004 bereits die 35. Auflage erreicht – bei ca. 140.000 verkauften Exemplaren. Doch finden wir dort nicht ein aufklärerisches Votum gegen die in der Geschichte so verhängnisvollen Verschwörungstheorien, denen ja gerade die jüdische Gemeinschaft immer wieder zum Opfer gefallen ist – im Gegenteil: Autor Matthias Bröckers ist überzeugt: Der 11. September ist „Kristallisationspunkt bizarrer Ungereimtheiten, fantastischer Widersprüche, verschwiegener Hintergründe und strategischer Geheimdienstoperationen.“ Bröckers geht letztlich so weit, den 11. September der Bush-Administration in die Schuhe zu schieben: „ein von staatlichen Geheimdiensten organisierter Plot.“ Die US-Regierung habe sich mit diesem Fanal ein Alibi schaffen wollen, um freie Hand für eine neoimperialistische und kriegerische Welteroberungspolitik zu bekommen.¹⁰² Handelt es sich hier um die Hirngespinnste durchgeknallter Verschwörungstheoretiker? Mitnichten: Nach einer Umfrage der ZEIT von Ende Juli 2003 vermutet fast jeder fünfte Deutsche die US-Regierung als Urheber der Terroranschläge vom 11. September; fast jeder dritte Deutsche unter 30 Jahren hält diese These für plausibel.¹⁰³

¹⁰¹ Vgl. taz, 13.9.2001, S. 23.

¹⁰² Vgl. Matthias Bröckers, *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.*, Frankfurt/Main 2002.

¹⁰³ So laut einer Meldung im Tagesspiegel, 24.7.2003, S. 6.

In einer solchen Stimmungslage kann alles möglich sein – es ist die Stunde der Verschwörungstheorien, die im kollektiven Unbewussten von Orient und Okzident fest verankert und jederzeit abrufbar sind. Wer Gerüchte über jüdische Drahtzieher einer gigantischen Menschheitsverschwörung schürt, darf noch immer sicher sein, eine Art „Angstlust“ zu erzeugen; sie zeitigt den angenehmen Nebeneffekt, die undurchschaubare Globalisierung auf ihren „eigentlichen“ Urheber zurückführen zu können.¹⁰⁴ Kein Wunder, dass der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung Andreas von Bülow mit seinen angeblichen „Indizien“, wonach jüdisch-israelische Angestellte der Zwillingstürme rechtzeitig vor dem Anschlagstermin vom israelischen Geheimdienst Mossad gewarnt worden seien, insbesondere in links-, aber auch rechtsradikalen Milieus zum Kultautor avanciert ist.¹⁰⁵

Schließlich ist es bemerkenswert, dass linke Antizionisten wie eh und je versuchen, eine direkte Verbindungslinie zwischen den Verhältnissen in der Golfregion und dem Palästina/Israel-Konflikt zu ziehen: Nicht nur der US-Administration von Präsident George W. Bush, sondern auch der israelischen Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Ariel Scharon wurden allerlei böse Absichten unterstellt, zum Beispiel im Windschatten des Irakkrieges von 2003 eine Vertreibung der Palästinenser als „Transfer“ betreiben zu wollen.¹⁰⁶ Nichts von diesen Cassandra-Rufen ist eingetreten. Stattdessen konnte nach Ende des Irakkrieges zum ersten Mal seit drei Jahren zwischen Israelis und Palästinensern wieder ein kleines friedenspolitisches „window of opportunity“ geöffnet werden.

Seit dem 11. September 2001 verspüren die 200 lokalen Gruppen der neolinken „Attac Deutschland“ einen merklichen Auftrieb: Sie sind die treibende Kraft der Antikriegsbewegung gegen die USA. Attac, ursprünglich in Frankreich als „Verein zur Besteuerung von Finanzspekulationen“ gegründet, hat die traditionell antiimperialistischen Argumentationsmuster der radikalen Linken „modernisiert“ und popularisiert. Teile ihrer Anhängerschaft machen „das vagabundierende internationale Finanzkapital“ für jene sozialen Verwerfungen verantwortlich, die der zunehmenden Globalisierung der Weltwirt-

¹⁰⁴ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 22.8.2003.

¹⁰⁵ Vgl. Andreas von Bülow, Die CIA und der 11. September. Internationaler Terror und die Rolle der Geheimdienste, München 2003, S. 213-222.

¹⁰⁶ Beispielhaft Ludwig Watzal, Der Krieg gegen den Irak und die Vertreibung der Palästinenser, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (Bonn), 1-2/2003, S. 65 ff.

schaft angelastet werden. Dabei führen ihre Anhänger komplexe weltwirtschaftliche Zusammenhänge nicht selten auf ein verschwörerisches Komplott dunkler Mächte zurück. Der personalisierende Schritt zum antijüdischen Ressentiment ist von hier aus nicht weit – etwa in den von linksradikalen Anhängern der „Sozialistischen Alternative“ und der Gruppe „Linksruck“ dominierten Anti-Kriegs-AGs von Attac. Rechtsextreme und islamistische Kreise haben wiederholt Signale dieser Art mit Genugtuung aufgenommen.

Auf einer Demonstration gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Davos im Januar 2003 tanzten Kritiker in den Masken von US-Verteidigungsminister Rumsfeld und Israels Ministerpräsident Scharon um ein goldenes Kalb. Wussten die Akteure nicht, dass der „Tanz ums goldene Kalb“ – eine biblische Metapher der Geldgier – im 19. und 20. Jahrhundert in zahlreichen antisemitischen Karikaturen verwendet wurde? Wieso überhaupt taucht im Zusammenhang mit dem IWF an prominenter Stelle der weltwirtschaftlich unbedeutende Staat Israel auf? Die Tatsache, dass sich beide Figuren einen Stern an die Brust geheftet hatten, suggeriert: „Amerikaner sind Juden, alle Juden sind wie Scharon, ein Judenstern ist dasselbe wie ein Davidstern, das goldene Kalb ist ein jüdisches goldenes Kalb, alles egal, die Zuschauer (...) werden schon verstehen, was und wer gemeint ist, Hauptsache, der götzenumtanzende Dämon hat ein Signet.“¹⁰⁷

Seither tobt in der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung ein heftiger Konflikt um die Schnittpunkte von Israelkritik und Antisemitismus, der vor allem in den Internet-Foren der Bewegung geführt wird: „Wir müssen uns offen und ehrlich mit der Rolle der Juden auseinandersetzen“, fordern die einen. „Nein“, lautet eine klare Antwort, „wir müssen uns nicht ‚mit der Rolle der Juden‘, sondern mit dem Abbau von Ressentiments auseinandersetzen.“¹⁰⁸ Gleichwohl bezeichnen einzelne Mitglieder und AGs von Attac den israelischen Ministerpräsidenten als „Faschisten“, setzen israelische Militäraktionen mit den Verbrechen der Nazis gleich und bekunden ihre Sympathien mit dem antiisraelischen Terrorismus, indem sie Islamisten als „Partner im Kampf“ hofieren. Im Sommer 2003 rief eine deutsche Attac-Gruppe zum Boykott israelischer Waren auf. Während des globalisierungskritischen „Europäischen Sozialforums“ in

¹⁰⁷ So der Kommentar von Marcus Hammerschmitt, dem ein entsprechendes Bilddokument beigelegt ist (29.1.2003), in: www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14065/1.html.

¹⁰⁸ Toralf Staud, Beschaller voran, in: Die Zeit, Nr. 8, 20.2.2003.

Paris, an dem im November 2003 mehr als 50.000 Menschen teilnahmen, erhielten drei Mitarbeiter der „Aktion 3. Welt Saar“ wegen ihres Bekenntnisses zum Existenzrecht Israels ein Rede- und Versammlungsverbot und verloren ihre Akkreditierung – immer neu offenbart die Anti-Globalisierungsbewegung ihre offene Flanke gegenüber einem antizionistisch grundierten Antisemitismus.¹⁰⁹

Ein markantes Beispiel für die Popularität antiisraelischer Stimmungen ist die fortgesetzte Dämonisierung des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon. Die pauschale Abneigung, die seiner Person entgegenschlägt, bildet in Deutschland und Europa weit über die radikale Linke hinaus einen fast unhinterfragbaren Konsens – was zählen schon Fakten, deren vorurteilsfreie Wahrnehmung ein differenziertes Bild nahe legen müsste: So umstritten und kritikwürdig Scharons Sicherheitspolitik auch sein mag – wenn sie als Vorwand für hasserfüllte Metaphern figuriert, in denen Scharon wahlweise als „schmerzbäuchiger Kriegsverbrecher“, „Bulldozer“, „oberster Brandstifter“ oder als „Schlächter“ gebrandmarkt wird, wird die Grenze zwischen legitimer Israelkritik und antisemitisch motiviertem Resentiment überschritten.¹¹⁰ Das Antisemitismus-Problem in der Linken (und weit darüber hinaus) spiegelt sich in Befindlichkeiten, die auf ein tief verwurzeltes Schema von Wahrnehmungen zurückgehen. Offenbar finden in jeder Generation aufs Neue engagiert-empörte Menschen Gefallen an einer Art mentalen Landkarte des Antisemitismus, die ihnen insbesondere in politisch-psychologisch unübersichtlichen und ungewissen Zeiten eine trügerische Sicherheit verheißt. Leitmotivisch treten dabei vier Argumentationsfiguren zutage:

¹⁰⁹ Vgl. Matthias Braun, Antisemitismus-Streit bei Attac, in: taz, 5.9.2003, S. 8; Toralf Staud, Attac reagiert hilflos auf den Antisemitismus von links, in: Die Zeit, Nr. 43, 23.10.2003; Tom Strohschneider, Klärungsbedarf in Sachen Antisemitismus. In der globalisierungskritischen Szene wird über Palästina-Solidarität und Finanzmarktkritik gestritten, in: Neues Deutschland, 19.11.2003; authentische Unterlagen (Flugblätter und Ähnliches) im Privatarchiv des Verfassers.

¹¹⁰ Vgl. als Beispiel die im Auftrag des American Jewish Committee (Berlin) vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung erarbeitete Studie: Der Nahostkonflikt in deutschen Printmedien. Analyse diskursiver Ereignisse seit Beginn der Intifada im September 2000, Duisburg, Mai 2002. Das Forschungsteam untersuchte die Berichterstattung deutscher Printmedien unter besonderer Berücksichtigung ihrer Israelbilder – mit Ergebnissen, die ungeachtet methodisch-handwerklicher Mängel aufschlussreich sind.

- Gib immer zuerst „Israel“ die Schuld – oder „den Juden“ (1).
- Verwandle Opfer in Täter, das heißt: Setze umstrittene jüdische beziehungsweise israelische Aktivitäten mit den Verbrechen der Nazis gleich (2).
- Messe und beurteile die Handlungen Israels mit anderen Maßstäben als die Praktiken anderer internationaler Akteure (3).
- Reaktiviere zur Untermauerung antizionistischer Kritik antisemitische Stereotypen, um missliebige Personen in Misskredit zu bringen, zum Beispiel in Karikaturen (4).

Sollte eine radikale Linke, die um ihre politische Daseinsberechtigung kämpft, in Zukunft noch stärker als bisher versucht sein, auf einem Antisemitismus-Ticket gesellschaftlich wieder Fuß zu fassen, dürfte diese Strategie auf einem variablen Mischungsverhältnis der oben genannten vier Kriterien beruhen. Im Rahmen eines breiten globalisierungskritischen Volksfrontbündnisses von links bis rechts könnte sich eine postmoderne Linke daran gewöhnen, „die Juden“ beziehungsweise „den Staat Israel“ als Verkörperung abstrakter (umhervagabundierender) Kapitalflüsse wahrzunehmen – und für zunehmende soziale Verwerfungen im 21. Jahrhundert verantwortlich zu machen. Die Konsequenzen eines solchen Szenarios wären – vor dem Hintergrund einer jahrhundertlangen Geschichte der Judenverfolgung – unabsehbar. Entsprechende Stimmen aus der Anti-Globalisierungsbewegung sind ein bedrohliches Symptom für das, was uns da möglicherweise bevorsteht.

Bundesamt für Verfassungsschutz

Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten

I.

Einen der virulentesten Konflikte innerhalb des linksextremistischen Spektrums stellen seit geraumer Zeit ideologische und bisweilen handgreifliche Auseinandersetzungen traditioneller linksextremistischer Formationen mit den so genannten „Antideutschen“ dar. Der szeninterne Streit hat sich mittlerweile zum Spaltnittel erster Ordnung vor allem unter gewaltbereiten Linksextremisten entwickelt.

Vordergründig handelt es sich bei den „Antideutschen“ um bekennende Linksextremisten, die aber – für dieses Spektrum ungewöhnlich genug – zu den aktuellen Konflikten im Nahen Osten und im Irak eine dezidiert proamerikanische und proisraelische Haltung einnehmen. Hinter den daraus erwachsenden Auseinandersetzungen um eine „korrekte“ revolutionäre Position zum Nahost-Konflikt stehen indessen ideologische und moralische Fragen, die in einem Teil der linksextremistischen Szene außerordentliche Bedeutung haben. Die Etiketten „antideutsch“ oder „antinational“ sind in diesen Auseinandersetzungen nur Chiffren. Tatsächlich geht es um Anfechtungen der bisher allgemein gültig gewesenen Auslegung der linksextremistischen Ideologeme „Antifaschismus“ und „Internationalismus“ – und damit um Kernfragen des Selbstverständnisses von Linksextremisten.

Äußerlich macht sich der aufgebrochene Konflikt seit Beginn der so genannten Al-Aksa-Intifada (September 2000) an Differenzen zwischen revolutionären Marxisten und Autonomen um die Positionierung zu den Ereignissen im Nahen Osten fest. Tatsächlich reichen seine Wurzeln beträchtlich weiter zurück. Sie liegen in zwei Kontroversen der 80er Jahre:

Erstens: Die Debatte um die „Faschisierungsthese“ des „Kommunistischen Bundes“ (KB). Sie betraf die Faschismusdefinition eines Teils der früheren „Neuen Linken“ und somit auch die Frage, wogegen sich „Antifaschismus“ zu richten hätte. Damit verbunden war eine marxistische Bewertung des Charakters der Bundesrepublik Deutschland – die so genannte „Staatsfrage“.

Zweitens: Die Kontroverse um die mindestens latent, bisweilen offen antisemitischen Konnotationen des linksextremistischen „Internationalismus“. Soweit sie sich auf den israelisch-palästinensischen Kon-

flikt bezog, berührte sie nicht nur das Internationalismus-Verständnis der Linken. Vielmehr war auch hier – wegen Israel – der „Antifaschismus“ tangiert und mit ihm Fragen nach der deutschen Vergangenheit und nach den sich daraus ergebenden Folgerungen: allesamt ideologisch und moralisch höchst sensible Themen – nicht nur unter Linksextremisten.

II.

Zur ersten Kontroverse:

Der in Hamburg beheimatete KB, wie es DKP-Historiker Georg Fülberth treffend ausgedrückt hat, das „Trüffelschwein“¹ unter den K-Gruppen, war eine der wirkungsmächtigsten Organisationen der „Neuen Linken“. Sein zentrales Ideologem bildete die so genannte „Faschisierungsthese“. Sie stellte eine Variation der bekannten Dimitroff-Doktrin dar, nach der „Faschismus“ als „offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Monopolkapitals“ definiert ist. Während aber diese klassische orthodox-kommunistische Faschismus-Doktrin unterstellte, das Kapital greife nur in Zeiten politischer Schwäche zum äußersten Mittel der offen faschistischen Diktatur, unterstellte der KB dem Kapitalismus, eine schleichende und schrittweise „Faschisierung“ ohne Not und in voller Absicht zu betreiben. Sämtliche innen- und außenpolitischen Handlungen „kapitalistischer Staaten“ interpretierte der KB mit Hilfe dieses Denkmusters. Das Bild einer von oben „bewusst“ und „ohne Zwang“ vorangetriebenen inneren „Faschisierung“ wurde dabei ergänzt durch die Vorstellung von einer – wie es hieß – „besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus“, der nach zwei gescheiterten Anläufen in beiden Weltkriegen nunmehr einen weiteren Griff nach der Weltmacht auf Kosten der Massen unternahme.²

Obwohl die prognostizierte „Faschisierung“ tatsächlich weder in den 70er noch in den 80er Jahren eintrat, hielten Teile des KB weiterhin an der These fest. Sie sahen sogar gerade im Zerfall der DDR und in

¹ Georg Fülberth, Der Tod des linken Trüffelschweins, in: konkret 5/1991; das Bonmot zur Auflösung des KB ging auch in den Titel der maßgeblichen Monografie zum KB ein: Michael Steffen, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002.

² „EWG-Großmachtpläne deutscher Imperialisten“, in: KB-Zentralorgan „Arbeiterkampf“ AK 32 (1973), S. 12, hier zitiert nach Steffen, S. 98.

der sich andeutenden deutschen Wiedervereinigung eine Bestätigung für die aus der NS-Vergangenheit geborene „besondere Aggressivität“ des deutschen Imperialismus. Aus dieser Fraktion ging bei der Ende 1989 evident werdenden Spaltung des Bundes die so genannte „KB-Minderheit“³ hervor, während die „KB-Mehrheit“ sich insoweit mit der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten abfand, dass sie sich der PDS als Partner andiente.

Die Spaltung des KB war die Geburtsstunde der „Antideutschen“. Die KB-Minderheit witterte künftig in der deutschen Einheit die (zwangsläufige) Heraufkunft eines „Vierten Reiches“ und neigte dazu, nicht mehr nur gesellschaftlichen Klassen und politischen Akteuren, sondern den Deutschen schlechthin als ethnische Entität rassistisch-imperialistische Neigungen zu unterstellen. Einer der ideologischen Köpfe der Gruppe bemerkte nach dem Fall der Berliner Mauer, den „deutsch-deutschen Zoni-Zombies“, die „mit hängender Zunge und hängender schwarz-rot-goldener Fahne“ in den Bahnhof einrollten, hätte man besser gleich auf dem Bahnsteig „die Fresse poliert“, denn „eine solche Gelegenheit, auf einen Schlag Millionen reaktionärer Arschlöcher mitzutreffen, darf man nicht auslassen.“⁴ Die sich hier bereits andeutende Paranoia sollte in der KB-Minderheit handfeste Formen annehmen: Am Vorabend des 3. Oktober 1990 rückten ihre Kader demonstrativ mit gemieteten Reisebussen ins „Exil“ nach Amsterdam aus. Schon Anfang 1990 hatten sie gemeinsam mit ähnlich gestimmten Linksextremisten um die Zeitschrift „konkret“, kleineren revolutionär-marxistischen Zirkeln, einzelnen trotzkistischen Zusammenschlüssen und DKP-„Erneuerern“, Autonomen und den Resten des fundamental-systemoppositionellen Flügels der Grünen das kurzlebige Bündnis „Radikale Linke“ auf die Beine gestellt. Es brachte am 18. März 1990 immerhin 10.000 Teilnehmer zu einer Demonstration „Nie wieder Deutschland“ in Frankfurt/Main auf die Beine. In der Folge zerfiel es allerdings in sektiererische und ideologiezentrierte Zusammenschlüsse, in denen die Keime der „antideutschen“ Strömung sich fortentwickelten.

³ Nach vollzogener Auflösung des KB im Mai 1991 nannte sich die Minderheit „Gruppe K“, später wurde sie nach dem Namen ihrer Zeitschrift als „Bahamas-Gruppe“ bezeichnet.

⁴ Detlef zum Winkel, Liebe Deinen Zoni wie dich selbst, in : AK 310 (1989).

III.

Zur zweiten Kontroverse:

Das traditionelle Verständnis des linksextremistischen „Antiimperialismus“ beziehungsweise „Internationalismus“ gründet sich auf der Lenin'schen Imperialismustheorie und ihren sowjetmarxistischen Fortschreibungen bis ca. Mitte der 80er Jahre. Demnach neigen „kapitalistische Staaten“ wegen des ihren Ökonomien inhärenten Zwanges steter Profitmaximierung zu aggressiver, imperialistischer Außenpolitik. Sie wollen damit kapitalistische Konkurrenten bekämpfen, sich neue Absatzmärkte und Rohstoffvorkommen auch gewaltsam als Kolonien erschließen, schließlich aber vor allem solche nationalen Befreiungsbewegungen bekämpfen, die sich ihrem Programm nach als antiimperialistisch verstehen und nicht bereit sind, sich den Diktaten des Kapitalismus zu unterwerfen. In dieser Sichtweise erschienen bewaffnet kämpfende „fortschrittliche“ Befreiungsbewegungen stets als Akteure eines „gerechten Krieges“, unabhängig davon, mit welchen Mitteln sie ihn austrugen.

Auch für die Wahrnehmung des seit 1948 virulenten Konflikts zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn galt unter deutschen Linksextremisten dieses Lenin'sche Deutungsmuster. Demnach war Israel, eine westlich ausgerichtete Demokratie mit marktwirtschaftlicher Ordnung, im Nahen Osten ein imperialistischer Aggressor, gewissermaßen ein „Flugzeugträger“ des US-Imperialismus in der arabischen Welt. Vorstellungen, die hinter dem US-Imperialismus als Auftraggeber bereits das (jüdische) Finanzkapital sahen, waren zumal in den 70er Jahren keineswegs selten. Die Palästinenser rückten in diesem Weltbild zu Antiimperialisten auf, die einen gerechten Befreiungskrieg führten. Dieser Vorstellung kam zunächst entgegen, dass sich der arabische Baath-Nationalismus als „sozialistisch“ gerierte und auch die meisten palästinensischen Guerilla- und Terrororganisationen als marxistisch inspiriert auftraten.

Im traditionellen Internationalismus-Verständnis wurde die eindeutig propalästinensische Orientierung konsequent als „Antizionismus“ verkauft, um den Verdacht des Antisemitismus rhetorisch abwehren zu können. Zionismus, so die dazu übliche Begründung, sei eine nationalistische und in der Konsequenz imperialistische Ideologie; wegen ihrer zentralen Bedeutung für das Selbstverständnis Israels müsse dieser Staat daher leider als „zionistisches Gebilde“ angesehen werden. Damit entwickelte der linksextremistische Antizionismus zumeist ein eliminatorisches Verhältnis zu Israel; dessen politische Existenzberechtigung wurde – ausdrücklich oder in stillschweigender Übernahme palästinensischer Vernichtungsphan-

tasien – bestritten. Ein solches eliminatorisches Verhältnis markiert aber den entscheidenden Unterschied zwischen legitimer Israel-Kritik und einem politisch motivierten Antisemitismus.⁵ Er war bereits in den späten 60er Jahren ausformuliert, wie eine Erklärung des SDS von 1967 zeigt:

„Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatsgebilde.“⁶

Die antisemitischen Konnotationen der linksextremistischen Palästina-Solidarität wurden denn auch immer wieder an Einzelfällen deutlich, beispielsweise, als der deutsche Terrorist Wilfried Böse im Verlauf der Flugzeugentführung nach Entebbe 1976 die palästinensischen Mittäter bei der Selektion jüdischer Passagiere zumindest gewähren ließ. Eher auf die Vermeidung schriller Töne setzende Linksextremisten wie die DKP vermieden zwar solche Zuspitzungen, waren aber in der Sache nicht weniger eindeutig.⁷

Die Hegemonie dieser propalästinensischen Position bröckelte erst in den späten 80er Jahren. Die RZ erfuhren beispielsweise, dass einer ihrer seit langem vermissten Aktivisten einem Fememord durch ein palästinensisches „Volksgericht“ zum Opfer gefallen war, und reflektierten dann auch kritisch den Vorfall in Entebbe.⁸ Entscheidenden

⁵ Folgt man den Definitionen bei Armin Pfahl-Traughber, *Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Berlin 2002, besonders S. 11, 13, so handelt es sich allerdings um eine Mischung aus politischem und „antizionistischem“ Antisemitismus, der einerseits Juden „nur“ in ihrer Funktion als Kapitalisten/Imperialisten und andererseits unter Verwendung typisch antisemitischer Klischees den Staat Israel bekämpft.

⁶ Material des SDS für die 22. ordentliche Delegiertenkonferenz, abgedruckt in SDS (Hrsg.), *Die XXII. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS. Resolutionen und Beschlüsse*, S. 53; zitiert nach Martin W. Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, 2. Auflage Frankfurt am Main 1994, S. 125.

⁷ Das DKP-Zentralorgan UZ schrieb beispielsweise noch am dritten Tag des Jom-Kippur-Kriegs ungerührt von einer israelischen Aggression gegen die arabischen Staaten.

⁸ RZ-Papier „Gerd Albartus ist tot“, zuerst in „Interim“ Dezember 1991, Auszüge in taz vom 21.12.1991, abgedruckt in: „Konkret“ 2/1992, S. 24-29. Dort heißt es auf Seite 26, die Selektion der jüdischen Passagiere sei „entlang völkischer Linien“ erfolgt. Man habe die Betroffenen für die Politik Israels verantwortlich gemacht: „Das Ausmaß an historischer Amnesie und an moralischer Desin-

Anstoß zur Erschütterung der klassischen antiimperialistischen Positionen lieferte allerdings der zweite Golfkrieg 1990/91. Nur oberflächlich betrachtet entsprach er auf den ersten Blick der Konstellation, nach der eine Koalition von Imperialisten ein Drittland überfällt. Problematisch war jedoch selbst in der Wahrnehmung von Linksextremisten das Fehlen eines positiven Identifikationspols: Das saddamistische Regime war auch unter Linksextremisten im Allgemeinen nicht als revolutionäres Vorbild vermittelbar. Entscheidend für einen schweren ideologischen Konflikt, der an Schärfe an die heutigen Auseinandersetzungen mit den „Antideutschen“ erinnerte, wurde jedoch der Umstand, dass Saddam Hussein Israel mit Trägerwaffen beschoss und dabei auch den Einsatz chemischer und biologischer Sprengköpfe angedroht hatte. Für einen Teil der linksextremistischen Szene bedeutete das hochsymbolische Bild von jüdischen Überlebenden des Holocausts, die in Israel vor den mit deutscher Technologie leistungsgesteigerten Raketen eines antisemitischen Diktators in ihren Kellern Schutz suchten, den Bruch mit dem bisherigen Antiimperialismus-Paradigma. Insbesondere die Monatszeitschrift „konkret“ sowie die Bahamas-Gruppe erklärten nunmehr, zum Schutz Israels sei die militärische Intervention am Golf notwendig und richtig. Aus der Sicht des traditionellen Linksextremismus war dies ein Tabubruch, weil es die Befürwortung einer „imperialistischen Aggression“ einschloss. Die „konkret“-Fraktion erhielt von ihren Gegnern umgehend den Stempel „Bellizisten“, um zu illustrieren, dass sie sich als Verräter vom antiimperialistischen „Friedenskampf“ abgesetzt und das Lager gewechselt habe.

IV.

Betrachtet man die Folgen der damaligen Ursprungskontroversen, so ergibt sich Folgendes:

Der Konflikt, seinerzeit in der nicht-extremistischen Linken im Übrigen weit schärfer ausgefochten, trennte im extremistischen Lager weniger „alte“ von „neuer“ Linker, als vielmehr dogmatische von undogmatischen Linksextremisten.

Im Internationalismus-Verständnis dogmatisch eingestellter Linksextremisten blieb die moralische Dimension des Verhältnisses zu Israel ebenso ideologisch suspendiert wie die Beachtung der rassistischen Komponente des Nationalsozialismus für den Antifaschismus.

tegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.“

Die früheren Parameter blieben bestehen: Israel als kapitalistisch-imperialistischer Aggressor und die Palästinenser als verfolgte Befreiungskämpfer. „Antifaschismus“ blieb generell sozialökonomisch definiert; die rassistische Komponente des Nationalsozialismus, die im Holocaust ihren Ausdruck gefunden hatte, eine Leerstelle. Allerdings wurden beide Positionen im Laufe der 90er Jahre zunehmend unglaubwürdiger: Saddam Hussein, Jassir Arafat, Usama bin Laden, Hamas und Al Kaida taugten weit weniger als frühere Drittweltheroen als positive Bezugspunkte. Und die seit Beginn der Al-Aksa-Intifada virulenten Selbstmordanschläge gegen die israelische Zivilbevölkerung waren selbst für Linksextremisten kaum als Methode des Befreiungskampfes vermittelbar, sondern allenfalls als Folgen abgrundtiefer Verzweiflung erklärbar. Nur: Die dogmatischen Gruppen, schon während der 90er Jahre zunehmend gesellschaftlich marginalisiert und isoliert, hat das nicht angefochten. Einzelne von ihnen wie die trotzkistische „International Socialist Tendency“ (IST, deutsche Sektion: „Linksruck“) machen sich sogar mit Islamisten gemein, in denen sie „objektive Antiimperialisten“ zu erkennen glauben.

Allerdings hatte im Spektrum des undogmatischen Linksextremismus die antideutsche Position wegen der zunehmenden Legitimationsdefizite des „klassischen“ „Internationalismus“ und „Antifaschismus“ zunehmend Gelegenheit, Gehör zu finden. Ihre Protagonisten waren zunächst zahlenmäßig unbedeutend; sie konzentrierten sich auf „konkret“, „Bahamas“, die ähnlich gewirkte Zeitschrift „17° C“, die süddeutsche „Initiative Sozialistisches Forum“, auf die „Ökologische Linke“ (ÖkoLi) und auf die nach der Trennung von der traditionsstalinistischen „jungen Welt“ entstandene „Jungle World“.⁹ Bei Wahrung eines gemeinsamen „antideutschen“ Grundmotivs war sich diese Szene aber von Anfang an keineswegs im Detail einig und handelte auch nicht gemeinschaftlich. Vielmehr waren geradezu haarspalterische ideologische Nuancierungen sowie entsprechende Konkurrenzverhältnisse und Anfeindungen zwischen Gruppen und Einzelpersonen um die jeweils reinste und radikalste Auslegung des zur Schau gestellten „antideutschen“ Gestus keineswegs unüblich. In allen diesen Zusammenschlüssen erwiesen

⁹ Überhaupt niemals dazu gehörte zum Beispiel der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB), obwohl er schon seit Anfang der 80er Jahre unangesehen gegen ein angeblich drohendes „Viertes Reich“ agitiert. Allerdings bleibt er dem Agitationshorizont des Hochstalinismus verhaftet und ist insoweit für die „Antideutschen“ Bestandteil der von ihnen als antisemitisch bekämpften „Traditionslinken“.

sich im Übrigen zunächst frühere KB-Kader als meinungs- und ideologiebildend. Sie hatten durch langjährige Praxis beim „Arbeiterkampf“ nicht nur die Fähigkeit erworben, längere und komplexe Texte verfassen zu können, sondern sie kannten auch die ideologischen Tabus und Verhaltenskodizes der traditionellen Linken – und mithin die Möglichkeiten, sie plakativ und provokant anzufechten. Die Lust an der Provokation bescherte ihnen und ihren nachwachsenden Epigonen eine weit überproportionale Wahrnehmung in der „Szene“.

Allerdings verleitete sie auch zu Überzeichnungen, maßstablosen Vergleichen und schließlich zu sektiererischem Sendungs- und Elitewusstsein. So wurde den Deutschen als ethnisch definierte Entität der – offenbar genetisch bedingte – Defekt unterstellt, gesetzmäßig nach Krieg, Weltherrschaft und Massenmord zu streben. Diese „antideutsche“ Kernthese zeigt mithin ihrerseits die charakteristische Gestalt eines rassistischen Stereotyps: Einem Kollektiv werden biologisch-genetische Eigenschaften angedichtet und diese dann wiederum auf einzelne Individuen rückbezogen. Genau genommen hätten die „antideutschen“ Theoretiker, allesamt deutscher Nationalität, falls ihre Theorie richtig gewesen wäre, zuallererst Hand an sich selbst legen müssen.

Ergebnisse zeigte die „antideutsche“ Provokation zuvörderst in der autonomen Szene. Autonome sind von jeher weniger als dogmatische Linksextremisten auf fest gefügte Ideologiegebäude festgelegt. Sie erwiesen sich, schon wegen ihres häufig anzutreffenden antirassistischen Engagements, als für die über ein rein sozio-ökonomisches Schema hinausweisende neue Fundierung des „Antifaschismus“ empfänglich.

Ebenso allerdings für gesinnungsethische Überspitzungen: 1995 trat in Dresden aus Anlass der Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des alliierten Luftangriffs auf die Stadt eine „Antideutsche Gruppe Pola Ester“ in Erscheinung. Unter Parolen wie „Deutsche Täter sind keine Opfer“, „Nie wieder Deutschland“ und „Keine Träne für Dresden“ störte sie spektakulär einige Gedenkveranstaltungen. Daraus erwuchs die jährlich wiederkehrende Kleinkampagne „Bomber-Harris – do it again!“¹⁰, mit der antideutsche Autonome ihrem übersteigerten Hass auf die Deutschen schlechthin als Täter der Shoah Ausdruck gaben: Die Flächenbombardements hätten ja überhaupt nur deutsche Täter

¹⁰ Benannt nach dem britischen Marschall Sir Arthur Harris, dem Hauptverfechter des strategischen Flächenbombardements gegen Wohngebiete.

und Nazis getroffen. Leider nicht gründlich genug, denn heute versammelte sich der deutsche Mob schon wieder vor Flüchtlingsheimen, „bereit zu massenhaftem Töten“, wie die zweifellos leicht pathologisch anmutende Argumentation dieses Antifaschismus erklärte.

Die im September 2000 einsetzende „Al-Aksa-Intifada“ lieferte den Stichwortgebern der kleinen antideutschen Strömung weitaus glaubwürdigeres Material für ihren gesinnungsethischen und „anti-deutschen“ Antifaschismus. Vor allem eignete sich die sofort einsetzende traditionelle linksextremistische „Pali-Solidarität“ mit der Al-Aksa-Intifada vorzüglich zur Anfechtung des linken „antizionistischen“ Antisemitismus. Damit verbunden war ein weiterer Tabubruch, nämlich die vollständige Abwendung von den Palästinensern als Identifikationsobjekt für linke Internationalismusarbeit. „Bahamas“ machte dies in gewohnt drastischer Überspitzung deutlich: „Mit den so genannten Palästinensern steht Israel das derzeit wohl aggressivste antisemitische Kollektiv gegenüber. Nach dem Überflüssigwerden der sozialrevolutionären Camouflagen palästinensischer ‚Befreiungs‘-Organisationen verdichtet sich ihr politischer Anspruch in dem alltäglich von Minaretten und Rundfunksendungen verkündeten ‚Tod den Juden!‘, umrahmt von der bizarren Rhetorik eines islamistischen Klerikalfaschismus.“ („Bahamas“ 33-2000, S. 7)

Agitation, die völlig ohne Rückhalt in der Realität konzipiert wäre, bliebe, so die Erfahrung, zumeist erfolglos. Und so beschrieb diese überspitzte, aber im Kern keineswegs völlig unzutreffende Agitation den virulenten Antisemitismus im arabischen Raum viel offener als man dies in der europäischen Presse üblicherweise zu lesen bekommt. Sie konnte nach Einsetzen der palästinensischen Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten mühelos verschärft werden: Der „Islamfaschismus“ wurde von „Bahamas“ nunmehr als Wiedergeburt des Nationalsozialismus analysiert.¹¹ Die ohnehin

¹¹ Zum Beispiel im Aufsatz von Justus Wertmüller, Politische Theologie. Islamische Herrschaft als ideologische Synthese aus NS und Globalisierungskritik, in: Bahamas 39-2002 (Herbst), S. 36-39. Zitat: „Die islamische Wiedergeburt ist die Stimme der ihrer Identität beraubten Völker, sie ist der Triumph des Antiimperialismus in nachsovietischer Zeit. Sie muss genauso antiamerikanisch sein wie antisemitisch; in dieser Bewegung reichen sich Pol Pot und Adolf Hitler die Hand.“ Anschließend konstruiert Wertmüller einen Zusammenhang zwischen Liberalismus und Kommunismus als zwei Varianten einer Verteidigung der Modernen gegen das islamische Mittelalter: „Sie zu bekämpfen wird mit dem Rekurs auf so genannte westliche Werte nicht gelingen. Und doch muss dieser Kampf ein dezidiert westlicher sein. So eurozentristisch nämlich wie die Kritik der politischen Ökonomie eben ist, so ein-

wirksame Provokation gegen die Traditionslinke fand ihre Kompletierung durch das Zeigen von israelischen Fahnen auf Demonstrationen und die Ausrufung einer Kampagne „Waffen für Israel“ – in Anlehnung an die der gescholtenen Zielgruppe noch wohl bekannte Kampagne der späten 80er Jahre „Waffen für El Salvador“.

Damit hatten die „Antideutschen“ nicht nur die bislang völlig sakrosankten Themen des Internationalismus und des Antifaschismus innerhalb der Linken angefochten; ein drittes Sakrileg schloss sich unmittelbar an: die Denunziation auch der „Friedensbewegung“ als antisemitisches Unternehmen der Täter von Auschwitz. „Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder“ quittierte „Bahamas“ bereits im Herbst 2001 „friedensbewegte“ Stimmen, die nach dem 11. September vor militärischen Maßnahmen der Amerikaner warnten:

„Die üblichen Orientalisten diverser deutscher Hochschulen im Verbund mit den einschlägigen Vorzeigepalästinensern – Terrorismusexperten im doppelten Sinne des Wortes – traten zur Vorwärtsverteidigung an, die hierzulande Besonnenheit heißt: Von vorschneller Verurteilung der ach so friedliebenden ‚islamischen Welt‘ war da die Rede.“¹²

Der propalästinensischen und araberfreundlichen „Friedensbewegung“ in Deutschland unterstellten „konkret“ und „Bahamas“ nahezu gleich lautend eigene imperialistische Motive: Sie wolle spezifisch deutsche kapitalistische Interessen im Irak gegen die US-amerikanische Konkurrenz wahren. Das Einzige, so zitierte „Bahamas“ eine bereits auf „antideutschem“ Kurs befindliche autonome Gruppe in Göttingen, was die Friedensbewegung zusammenhalte, sei die traumwandlerische Sicherheit, in der stets gegen die USA und auch gegen Israel Position bezogen werde.¹³ Der „Bellizist“- und

seitig Bezug nehmend auf jene Versprechungen des Kapitalismus, die er nicht einlösen, aber erahnen lassen konnte: Überfluss, Luxus, Individualität und das Recht auf Vereinzelung. So dezidiert westlich hat kommunistische Kritik zu sein, will sie nicht zum Komplizen des globalen Faschismus werden.“ Diese unorthodoxe Bestimmung von Kommunismus ist bei den Antideutschen konsensfähig, wie die Bahamas-Redaktion in Nr. 36-2001 (Herbst) klarmachte: „Die Islamisierung ist in Wirklichkeit die Befreiung von jeder Möglichkeit der Befreiung – sie ist zusammen mit dem Nationalsozialismus der größte und mächtigste Feind, den die Revolution je hatte.“

¹² „Bahamas“ Nr. 36-2001 (Herbst), S. 31, Erklärung der Redaktion.

¹³ „Nennen wir die Halunken beim Namen – Antideutsche stoßen auf die Militanz der Friedensbewegung – eine Dokumentation“, in: Bahamas Nr. 41-2003 (Frühjahr), S. 33.

„konkret“-Herausgeber Hermann Ludwig Gremliza machte für sein Blatt die Position klar: „Vom Irak, von den ungezählten Verbrechen, die das Regime Saddam Husseins angerichtet hat, darf am Friedenslager nicht gesprochen werden. Wer es dennoch tut, ist ein Kriegstreiber. Da mein diesbezüglicher Ruf hinreichend ruiniert ist, kann ich's ja sagen: Wäre gewährleistet, dass Saddam Husseins Regime beseitigt und durch ein menschenfreundlicheres ersetzt werden könnte, ohne fünfzig-, hunderttausend oder mehr Iraker kollateral umzubringen und zugleich an anderen Orten andere Monster zu entfesseln, hätte ich keine Bedenken.“¹⁴

V.

Es war offensichtlich vor allem die moralisch begründete – nun tatsächlich authentisch antifaschistische – Vorstellung, dass deutsche Linke angesichts der deutschen Vergangenheit nichts tun dürften, was die Existenz Israels gefährden könnte, die sich seit 2000 schleichend in der autonomen Szene ausbreitete und den vorher dort herrschenden „konventionellen“, sozialökonomisch begründeten Antifaschismus-Konsens schleichend auflöste. Sein Zerfall war zumindest mitverantwortlich für das organisatorische Scheitern von zwei bundesweit angelegten Organisationsversuchen der Autonomen: Die 1992 maßgeblich von Göttinger Autonomen geschaffene „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) löste sich im April 2001 auf. Ein zweiter, noch lockererer Organisationsansatz, die „Bundesweiten Antifa-Treffen“ (B.A.T.), 1993 zur Vernetzung regionaler Gruppen gegründet, implodierte im November 2002 nach einem letzten Treffen in Berlin. Solche Zersetzungsprozesse fanden bekanntermaßen auf regionaler Ebene ihre Fortsetzung. Mitte Februar zerfiel in Berlin die „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB) in zwei separate Organisationen, die ihrerseits aber jedes die Trennung als Befreiung von lähmenden Auseinandersetzungen erlebten. Anderwärts wanderten ganze Gruppenstrukturen der Autonomen in die „antideutsche“ Richtung ab. Bisweilen zog sich der Bruch durch langjährige Kollektive, sprengte Wohngemeinschaften, beendete persönliche Freundschaften.

Dabei hat sich die antideutsche Argumentation im autonomen Spektrum keineswegs überall in der übersteigerten Form der „Bahamas“- und „konkret“-Position durchgesetzt. Vor allem die unmittelbare Parteinahme für den Staat Israel stieß auf Widerspruch: Eine

¹⁴ Gremliza in „konkret“ 3/2003 (März), S. 9.

Bezugnahme auf Staaten und Nationen, so hieß es in einer sich herausbildenden, gewissermaßen zentristischen Position, die sich in Absetzung von den „Antideutschen“ gerne als „antinational“ bezeichnet, sei mit autonomen Prinzipien unvereinbar. Autonome hätten stets gegen staatliche Strukturen und nationale Identitäten einzutreten; gleichwohl sei den Überlebenden des Holocausts einzuräumen, dass ihr Staat aus historischen Gründen der letzte sei, der zur Auflösung anstehe. Im Übrigen habe die Linke in Israel auf fortschrittliche Kräfte der Friedensbewegung zu setzen und keineswegs eine Kritik der Regierung Sharon zu unterlassen. Was die Palästinenser angehe, seien Selbstmordanschläge als unvertretbare menschenverachtende Praxis und islamistische Gruppen als emanzipationsfeindlich abzulehnen.

Eine solche, nach autonomen Maßstäben durchaus konsequente und abgewogene Position befindet sich jedoch bei einer stark moralisierten und emotionalisierten Auseinandersetzung zwischen zwei Fronten. Sie steht der Dynamik extremistischer Bewegungen entgegen, sich stets zu der scheinbar radikalsten und kompromisslosesten Position bekennen zu wollen. Historische Erfahrungen mit sozialrevolutionären Bewegungen zeigen, dass sich solche „zentristischen“ Positionen in der Regel nicht behaupten können. Vor allem ist nicht klar, ob sie die in der autonomen Szene deutlich erkennbare Tendenz zur ideologisch bestimmten Paralyse und den nahe liegenden Ausweg der bisherigen Akteure, nämlich den Rückzug ins Private, auch nur annähernd aufhalten kann.

Bei den an traditionellen „antifaschistischen“ und „antiimperialistischen“ Inhalten festhaltenden Autonomen ist indessen ein anderes Reaktionsmuster erkennbar geworden: Die Beteiligung an dem bisweilen intellektuell anspruchsvollen Diskurs wird verweigert, der damit verbundenen ideologischen Herausforderung wird – auch aus Unvermögen – ausgewichen. In dem ständig fallenden Niveau von Entgegnungen auf „antideutsche“ Texte im linksextremistischen Internetportal „Indymedia“ wird eine solche Tendenz deutlich. Zugleich findet ein Rückzug auf lokale Schauplätze und weniger konfliktgeladene Themen statt. Kampagnenorientierte Autonome finden zu ihrer Gewohnheit zurück, Politik aus dem Bauch zu bestimmen. Nicht selten ist damit ein Schulterschluss mit den bisher verachteten Traditionalisten zu beobachten. Autonome fanden sich in beiden nahezu gleich großen Demonstrationen zum „revolutionären 1. Mai“ 2003 in Berlin. Sie marschierten teils im antideutsch-israelfreundlichen Aufzug als auch Seite an Seite mit Stalinisten, Trotzlisten, PDS-Anhängern und Hamas-Aktivisten unter den Insignien des traditionellen propalästinensischen „Internationalismus“.

VI. Zusammenfassung:

Besonders in der gewaltbereiten linksextremistischen Szene hat der Streit zwischen „antideutschen“ und „traditionalistischen“ Positionen seit zwei Jahren ideologische Gräben aufgerissen, Organisationsstrukturen zerspalten und zu einer Lähmung politischer Aktivitäten geführt. Die Konfliktursachen liegen in unterschiedlichen Auffassungen über die Auslegung zweier zentraler Ideologeme des Linksextremismus: „Antifaschismus“ und „Internationalismus/Anti-imperialismus“. Die Kontroverse um die ideologisch korrekte Zielrichtung des „antifaschistischen Kampfes“ liegt mehr als zehn Jahre zurück. Seinerzeit entwickelten eher kleine Zirkel die Vorstellung, neben der angeblich „kapitalistischen“ Bedingtheit des „Faschismus“ sei zusätzlich von einer besonderen Aggressivität eines spezifisch deutschen, rassistischen Faschismus auszugehen. Die Vertreter dieser Auffassung sahen in der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten die Aktualisierung einer solchen Gefahr in Gestalt eines „Vierten Reiches“: Die „antideutsche“ Strömung innerhalb des Linksextremismus entstand. Sie erhielt Auftrieb durch Anfechtungen des traditionellen Verständnisses von „Internationalismus“ und „Antiimperialismus“. Die Folie dazu bildete der Nahost-Konflikt: Die traditionelle „antiimperialistische“ Sichtweise betrachtete Israel als imperialistisch-kapitalistische Besatzungsmacht und die Palästinenser als unterdrücktes Volk. Ihre Kritiker fanden hinter dieser „antizionistischen“ Fassade unterschwellig Antisemitismus; eine Erkenntnis, die sich verdichtete, als die Traditionslinke den irakischen Raketenangriffen auf Israel im Golfkrieg 1991 gegenüber gleichgültig blieb.

Im Jahr 2000 verschärfte die Al-Aksa-Intifada mit ihren Selbstmordanschlägen gegen jüdische Zivilisten diese Position: Linke hätten, so die „Antideutschen“, alles zu unterlassen, was eine Gefährdung der Existenz Israels herbeiführen könne. Angesichts der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus und der nationalsozialistischen Vergangenheit, so die Folgerung der „Antideutschen“, sei eine Solidarisierung nicht mit den Palästinensern, sondern mit Israel angezeigt. In dem nunmehr rasch eskalierenden Konflikt bilden die Anhänger klassischer marxistischer Dogmen, darunter praktisch alle revolutionären Marxisten und der größere Teil der traditionell anti-imperialistisch gestimmten Autonomen, bisher die Mehrheit. Sie sehen sich aber – wegen ihrer Verleugnung der tendenziell antisemitischen Implikationen traditioneller Internationalismuskonzeptionen – zunehmend moralisch diskreditiert. Auch der instrumentelle orthodox-kommunistische Antifaschismus, für den die rassistische Komponente der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft stets eine

Leerstelle war, sieht sich zunehmend als ideologisches Kampfinstrument antiwestlicher und damit in den Augen undogmatischer Linksextremisten gegenaufklärerischer Agitation enttarnt.

Allerdings hat auch die „antideutsche“ Fraktion mit ihrem Beharren auf einer – wohl genetisch gedachten – Disposition der Deutschen zu Faschismus und Imperialismus ein hochideologisches Wahngelbilde aufgebaut. Sie hat aber immerhin das Verdienst, auch unter Linksextremisten die rassistischen und antisemitischen Dimensionen des Nationalsozialismus und vergleichbarer Diktaturen in die Diskussion gebracht zu haben. „Ohne eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung um die Themen Antisemitismus, Antizionismus und der praktischen Solidarität mit Israel“, so eine „antideutsche“ autonome Gruppe im Februar 2004, „kann es eine aktive Antifa in diesem Land nicht mehr geben.“¹⁵ Im Sinne einer demokratisch verstandenen politischen Bildung wäre dies indessen kein unerwünschtes Ergebnis der aktuellen ideologischen Fehde unter Linksextremisten.

¹⁵ „Erklärung der Autonomen Antifa Nordost Berlin (AANO) zu den Ereignissen rund um den 31. Januar 2004 in Hamburg“; bei einer „antifaschistischen“ Demonstration war es zu Schlägereien zwischen „antideutschen“ und traditionalistischen Linksextremisten gekommen.

Claus Leggewie

Globalisierungskritik – Eine neue außerparlamentarische Linke im Weltmaßstab?

Nach drei Treffen im brasilianischen Porto Alegre fand das Weltsozialforum Anfang 2004 in Bombay statt, mit tausend Veranstaltungen und hunderttausend Teilnehmern gab es wieder einen neuen Rekord. Solche Steigerungen benötigt ein weltweites Medienereignis, und dieses wiederum das alljährliche Wettrennen mit dem *World Economic Forum* in Davos um die Aufmerksamkeit der Welt: Hier die Eliten des „Neoliberalismus“, dort die Verfechter einer „anderen Welt“. Das Sozialforum ist unterdessen selbst zu einer *Institution* geworden, mit allen Vor- und Nachteilen, die eine solche Normalisierung mit sich bringt. Das Motto hieß auch in Bombay „Eine andere Welt ist möglich“, die Tagesordnung blieb gleich: Es geht um mehr ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und ein demokratieverträglicheres Wachstum gegen ein alle Lebensbereiche erfassendes Regime des Marktes, wie es die transnationalen Organisationen propagieren, allen voran die Welthandelsorganisation WTO.

Deren Tagung in Seattle vor nunmehr fast fünf Jahren bot die Bühne für das mediale *Coming-out* der Globalisierungskritiker, und es ist seither Zeit genug verstrichen, um eine Bilanz zu ziehen. Ich möchte dies in acht Thesen versuchen und dann allgemeiner das „Volk von Seattle“ in die Geschichte der sozialen Bewegungen einordnen, woran sich die Frage anschließt, ob es sich hier um eine neue antikapitalistische und linksrevolutionäre Bewegung handelt oder eher um eine Bestrebung zur Reform des bestehenden Weltwirtschaftssystems und der globalen Machtverhältnisse zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden. Seattle, Porto Alegre, Genua, Cancún, Bombay – wo steht die Globalisierungskritik heute?

I.

Bombay war anders. Während die globalisierungskritische Szene in Indien dezentral und pragmatisch orientiert ist, führte in Porto Alegre (wohin das Sozialforum 2005 zurückkehren wird) eine stärker zentralistisch und weltanschaulich ausgerichtete Arbeiter-, Landlosen- und Gewerkschaftsbewegung Regie. Das führt schon zur *ersten* These: Die Globalisierungskritik ist zur ersten wirklich transnationalen Bewegung herangereift, die sich nicht mehr (allein) an euro-

amerikanischen Modellen orientiert. Entscheidend für die Wahrnehmungsdifferenz dürfte nicht zuletzt der „Kulturschock“ gewesen sein, den viele Teilnehmer aus dem Norden in Indien durchgemacht haben. Ist Porto Alegre nämlich eine relativ wohlhabende und geordnete Stadt in einer Europa ähnlichen Klimazone, erlebten sie in Bombay „Dritte Welt pur“ mit der typischen Anhäufung sozialer Probleme und verwirrenden ethnisch-religiösen Spannungen – und einem gewaltigen Gefälle zwischen Arm und Reich. Bombay ist eine gigantische Armutsmetropole, aber zugleich ein Schaufenster des nach Westen orientierten und nach Auslandsinvestitionen und Konsum verlangenden Indien, ein Zentrum seiner neuen Ökonomie und des berühmten „indischen Computerwunders“.

Dessen Schattenseiten, religiöser Fundamentalismus und Rassismus, kamen auf die Agenda des Sozialforums, auch die schockierende Missachtung von Frauen in Indien und in vielen islamischen Gesellschaften. Das absurde Kastensystem macht nicht weniger als 138 Millionen Inder zu Unberührbaren, deren Sprecher in Bombay ein Forum fanden. Und bei dieser brutalen Diskriminierung handelt es sich eindeutig um ein „hausgemachtes“, nicht um ein durch Kolonialherren oder Multis geschaffenes Problem in einem Land, dem Globalisierungskritiker oftmals Sympathie bezeugen wegen seines Engagements in der von Schwellenländern wie Indien und Brasilien geführten Opposition innerhalb der WTO. Das heißt *zweitens*: Mit der Globalisierung der Globalisierungskritik treten auch die Konfliktlinien innerhalb des Südens deutlicher zutage.

Linksradikale Gruppen hatten sich in Bombay zu einem „aktionsorientierten“ Paralleforum *Mumbai Resistance 2004* eingefunden, vor allem maoistische Guerilla aus Indien und Nepal. Sie werfen dem Sozialforum vor, es scheue die direkte Konfrontation mit den Herrschenden, über Imperialismus könne man ebenso wenig friedlich diskutieren wie über Aids. Jede Etablierung zieht unweigerlich den Verratsvorwurf und die Attacke von links nach sich; der mittlerweile zum ersten Mann in Brasilien aufgestiegene Mitinitiator von Porto Alegre, Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, kann ein Lied davon singen. Er ist ein selbstbewusster Sprecher der aufstrebenden Länder der Dritten Welt, daheim aber wartet die Linke ungeduldig auf die Einlösung der Wahlversprechen (und mehr) von ihm.

Vertreter des nördlichen Establishments waren in Bombay kaum vertreten. Das Sozialforum zeichnet sich dadurch aus, dass Globalisierungskritiker unter sich diskutieren und nicht, wie anlässlich von Wirtschaftsgipfeln, die Konfrontation mit den politischen und Finanzeliten suchen. Repräsentanten von Regierungen, Parteien oder

Armeen sind hier höchstens als Privatleute erwünscht, gleichwohl wird ihr Fehlen regelmäßig als Desinteresse kritisiert. Das stärkste Misstrauen dieser neuen, transnationalen APO gilt *drittens* Regierungen, die selbst eine Bewegungsvergangenheit haben – also Grünen, Sozialisten und Liberalen. Eine Verständigung oder Allianz ist kaum noch möglich, eher bildet die globalisierungskritische soziale Bewegung den Keim einer neuen Linksopposition in den reichen Metropolen, und genau so stellt sich Attac, wohl die bekannteste Organisation, in Frankreich und Deutschland derzeit auf.

Die Konferenzplanung des Sozialforums lag wie üblich in den Händen einer nach Seniorität, Reputation, Organisationsmacht und Proportion gebildeten Koordinationsgruppe, die wenige Megaveranstaltungen mit Hunderten von (in Bombay unübersichtlich verstreuten) Kleingruppentreffen kombiniert – wohl der einzige Weg, ein solches Mammutereignis halbwegs gelingen zu lassen, das überdies nur knapp drei Millionen Euro kosten durfte (man verzichtet sogar auf Stiftungsgelder aus „Krieg führenden Ländern“). Wie so gut wie alle Berichtersteller bestätigen, besteht *viertens* die Stärke des WSF in seinem Pluralismus. Wer zu einem speziellen Thema Kontakte, Informationen und Aktionsnetzwerke sucht, findet sie auch in einem Konferenzablauf, der in keinem Programmheft der Welt Platz hätte. Es ist kein Zeichen von Schwäche, wenn die innere Spannung zwischen revolutionären und reformerischen Kräften nicht einseitig aufgehoben wird. Das gesamte Spektrum der Linken ist präsent – unter maßgeblichem Anteil religiös motivierter Menschen –, wobei der Einfluss traditioneller Linksparteien auf den diversen Regionalforen und auch in der Koordination des Weltsozialforums gestiegen ist und linksradikale Sektierer immer wieder „unfreundliche Übernahmen“ im Schilde führen.

Der drastische Einblick in indische Verhältnisse könnte die Proportionen gerade rücken und ins Gedächtnis rufen, dass der Abbau der Überentwicklung des Nordens einmal Priorität genoss. Denn im globalen Bündnis gegen „Sozialabbau“, dem sich Attac-Deutschland im Bündnis mit DGB und außerparlamentarischen Linken mittlerweile vornehmlich widmet, werden leicht alle Katzen grau und alle Armen gleich arm. Es droht „roter Protektionismus“ (Michael Zürn), der den rhetorischen Internationalismus infrage stellt, und *fünftens* bildet das Feindbild Amerika immer mehr den gemeinsamen Nenner einer Globalisierungskritik, die mittlerweile faktisch als eine weltweite Friedensbewegung agiert. Arundhati Roy, die mit ihren Zornesausschüben zum 11. September Weltruhm erlangte, rief in Bombay dazu auf, die globalisierungskritische Bewegung in den „Widerstand im Irak“ einzubringen; die Klarstellung, dass damit keine Gewaltaktio-

nen gegen die amerikanischen Okkupanten gemeint waren, ließ einige Tage auf sich warten. Der von Roy ausgerufene Boykott gegen ausgesuchte US-Unternehmen sorgte für Diskussion, und auch wenn die Anspielung auf den Irak ausgesprochen fragwürdig war, hatte die Schriftstellerin einen wunden Punkt getroffen. Konsumentenboykotts wären in der Tat probate Mittel, um einem rhetorisch oft genug markierten Gegner tatsächlichen Schaden zuzufügen – und nicht nur moralische Pluspunkte bei der ohnehin überzeugten Weltöffentlichkeit zu ernten.

Was sich seit der Initialzündung von Seattle im Jahr 1999 vor allem verändert hat, ist ja nicht allein das Selbstbewusstsein der Globalisierungskritik, die sich heute des Beifalls vieler erfreuen kann, es ist *sechstens* vor allem der Zusammenbruch der Potemkinschen Dörfer, welche die „Neue Ökonomie“ aufgebaut hatte, auch der Verlust an Vertrauen, den die Wirtschaftseliten wegen keineswegs vereinzelter Betrügereien bei Bilanzen und Übernahmen und durch immer noch flächendeckende Selbstbereicherung erlitten haben, ohne dies offenbar – siehe die „Aufarbeitung“ von Enron und Vodafone – im Mindesten registriert zu haben. Viele Globalisierungskritiker fixieren sich aber weiterhin auf die supra- und transnationalen Organisationen wie Weltbank oder EU, also auf die politischen Regulierungsagenturen des Weltwirtschaftssystems, die ihren Reformbedarf längst eingesehen haben und zielstrebigers ans Werk gehen müssten, wenn ihre schüchternen Bemühungen von einer *antikapitalistischen* Bewegung gestützt und vorangetrieben würden.

Freihandel ist nämlich heute nicht nur unter Globalisierungskritikern verpönt, selbst die US-Republikaner stehen neuerdings unter dem Druck ihrer Wählerschaft in Landstrichen, die sich trotz jahrelangen Booms und neuerdings wieder fabelhafter Wachstumsraten deindustrialisiert haben und weiterhin massenhaft Arbeitsplätze verlieren, nun sogar in hoch qualifizierten Dienstleistungsbranchen. Auch in Mexiko und Kanada, den Partnerstaaten der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, lassen die versprochenen Wohlstandseffekte auf sich warten, und in der US-Öffentlichkeit hat China das alte Schreckbild Japan als Job-Killer abgelöst. Wohl endgültig gestürzt ist das Dogma, wonach mehr Handel (oder wahlweise mehr Kommunikation, mehr Transport und andere Grob-Indikatoren einer unintelligenten Globalisierung) automatisch allen diene. Was weiter läuft, sind nur die Gebetsmühlen der wirtschaftsliberalen Propaganda, untermalt von einer ebenso stereotypen Gegenpropaganda („capitalism kills“).

Nach dem gescheiterten WTO-Gipfel im mexikanischen Cancún im November 2003 brach der eine Chor in voreiligen Jubel aus, während der andere, die versammelten Wirtschafts- und Agrarminister, ihren Unwillen, die Märkte des Nordens zu öffnen, mit dem Fingerzeig auf die Globalisierungsgegner zu kaschieren versuchten und die Nichtregierungsorganisationen (NROs) zu Sündenböcken machten. Für die einen ist es schon ein Sieg, wenn das multilaterale Handelsnetzwerk zerreißt, für die anderen ist es nur dann von Wert, solange es eigenen Interessen dient und die Länder des Südens faktisch überverteilt. In Cancún ließen sich einige Regierungsvertreter aus dem Süden das asymmetrische Verhandlungstableau nicht länger bieten – ein überfälliger Schritt. Doch ihr berechtigtes *Njet* dient „den Armen“ nicht, es veranlasste Amerikaner wie Europäer nur, ihr Heil in bilateralen Abkommen zu suchen. Die von Indien und Brasilien geführte Gruppe „G-20plus“ ist ein Beispiel für die an Fahrt und Nachdruck gewinnende Süd-Süd-Kooperation; aber neben den relativ glücklichen Schwellenländern gibt es noch die G-70, die machtlose Versammlung der Habenichtse, für die Delhi, Brasilia und Pretoria nur begrenzt sprechen können.

Überhaupt ist also *siebtens* das globale Feld nicht mehr mit einfachen Unterscheidungen aus dem Repertoire der Blockfreien-Konferenzen der 1950er Jahre und des nachfolgenden „Tiersmondismus“ zu vermessen. Der Globalisierungskritik war es gelungen, die Beweislast umzukehren – die Befürworter müssen erklären, worin die allgemeinen Wohlfahrtseffekte weiterer Entgrenzung liegen sollen. Aber jetzt ist es an der Zeit, die Kritik zu differenzieren. Ein Beispiel: Der ökonomische Abstand zwischen Nord und Süd ist nicht generell gewachsen, wohl aber fallen die meisten Länder Afrikas immer weiter zurück – und dies wiederum dürfte eher an ihrer Abkoppelung von den globalen Investitionsströmen liegen, also an *zu wenig* kapitalistischer Durchdringung. Und auch wenn man den freien Verkehr von Gütern und Kapital nicht pauschal für die anhaltende Unterentwicklung verantwortlich machen darf, wächst die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen fast überall, darunter seit den 1980er Jahren auch innerhalb der reichen Länder des Nordens. „Cancún“ war keine „Niederlage der Armen“ (FAZ), insofern die dürftigen Verhandlungsangebote der reichen Länder keinesfalls die nach dem 11. September 2001 gegebenen Versprechen einer „Entwicklungsrunde“ eingelöst hätten, es war aber auch kein „Sieg für die Peripherie“ (Junge Welt), deren Staatsklassen von den meisten Globalisierungskritikern weiterhin zu nachsichtig betrachtet werden. Ihre Interessen können nicht die Interessen einer sozialen Bewegung sein, die für weltweite Gerechtigkeit kämpft.

„Cancún“ war also kein Grund zum Jubeln für das „Volk von Seattle“, aber dort ist ein Zeichen gesetzt worden, das zu Ende gedacht *ach-tens* eine Reform der transnationalen Regime, also von Weltbank, WTO und Internationalem Währungsfonds, erfordert. Für die meisten Globalisierungskritiker sind sie die Hauptübeltäter, und einer ihrer einflussreichsten Sprecher, Walden Bello, spricht ihnen jede Reformfähigkeit ab. Er setzt auf die Bildung regionaler Gegenmacht nach dem Vorbild der Europäischen Union. Wie auch immer: Europa käme bei der Reform der transnationalen Regime eine Schlüsselrolle zu, wenn es sich endlich dazu aufraffen würde, die Vetomacht der Vereinigten Staaten herauszufordern. Im Exekutivdirektorium der Weltbank kann Washington bislang jede nicht genehme Entscheidung abblocken, und damit haben die USA ein Gewicht, dem ihre weltweite Schuldnerposition Hohn spricht.

Eine Folge der imperialen Überdehnung der amerikanischen Welt-politik könnte sein, dass die genannten Regime zum Schaden aller zusammenbrechen, eine andere, dass sich die Vereinigten Staaten unter dem vereinten Druck der anderen Stimmberechtigten disziplinieren müssen. Globalisierung und imperiale Hegemonie vertragen sich nicht. Ob eine „andere Welt“ möglich ist, sei dahingestellt. Mehr Demokratie wagen kann man schon.

II.

Ausgehend von dieser Bilanz möchte ich die Globalisierungskritik nun in die Geschichte der sozialen Bewegungen einordnen und ihre Beweggründe zu klären versuchen. *Why Men Rebel* hieß eine grundlegende Studie über die Gründe, warum Menschen gegen die herrschenden Verhältnisse aufstehen und sich seit Urzeiten gegen illegitim empfundene Herrschaft und Unterdrückung zur Wehr setzen. Protestbewegungen in der Geschichte bewegten sich auf ein Kontinuum, das vom inneren Dissens und der unauffälligen Rebellion über demonstrative Opposition zum aktiven, oft auch extralegalen Widerstand und revolutionären Aufstand reicht und dabei ganz verschiedene Formen annehmen kann – Meuterei und Krawall, Martyrium und Karneval, spontane Einzelaktion und organisierten Volksaufstand. In modernen Gesellschaften treten organisierte kollektive Akteure auf den Plan, zunächst religiöse Minderheiten, die den Zustand ihrer *ex officio* deklarierten Heterodoxie in der Anerkennung religiösen Pluralismus aufheben wollen, und ethnisch-nationale Gruppen, die kulturelle Differenz in politische Autonomie umwandeln möchten. Die klassische soziale Bewegung ist die Arbeiterbewegung, deren Solidarität eine Umverteilung einleitet, oft un-

ter Einschaltung des in Reaktion darauf ausgebildeten Wohlfahrtsstaates. Parallel dazu entsteht die Frauenbewegung, die eine andere Art kultureller Differenz in ein umfassendes Emanzipationsprogramm einbringt und, ebenfalls schon im 19. Jahrhundert, die so genannte Ökologie- und Alternativbewegung, die aus Zielsetzungen des Naturschutzes ein Programm der Nachhaltigkeit entwickelt hat.

Die heutige Globalisierungskritik schließt an diese Bewegungen historisch und sachlich an und fasst sie gewissermaßen zusammen. Ihr Novum besteht also weniger in einer neuen Programmatik als in der Konvergenz der vorhandenen Bewegungsthemen und vor allem in der Transnationalisierung der Spaltungs- und Konfliktlinien, die bisher, aller internationalistischen Rhetorik zum Trotz, im Rahmen national-staatlicher Systeme und Kulturen verliefen. Insbesondere die Paradigmen der Menschenrechte und des Umweltschutzes haben den nationalen Container aufgesprengt und gezeigt, dass die nationale Arena für die Bearbeitung nicht mehr ausreichend ist, nachdem der von Marx und Engels bereits 1848 diagnostizierte „Kosmopolitismus“ des Kapitals alle nationale Borniertheit verdampfen ließ. Der Weltmarkt hat nun eine weltgesellschaftliche Entsprechung, und Globalisierungskritik tritt in ihr als eine ohne Zweifel demokratisierende Bewegung auf, die ihre eigene demokratische Legitimation allerdings noch finden muss, wo sich NROs, die das Rückgrat der Globalisierungskritik bilden, an den Verhandlungstisch setzen und somit faktisch zu Mitregierungsorganisationen werden.

Wie links ist diese Globalisierungskritik? Die in sich zunehmend heterogene Bewegung akzentuiert zum einen Themen und Vorhaben der traditionellen Linken, hier vor allem antikapitalistische Motive der Arbeiter-, Bauern- und Landlosenbewegungen, zum anderen nimmt sie von vornherein Innovationen auf, welche die neuen sozialen Bewegungen um 1968 im Anschluss, oft aber auch in der Kritik der proletarischen Linken transportiert haben – so genannte „weiche“, nicht-materielle Zielsetzungen der individuellen Gestaltung des eigenen Lebens. Insofern besteht eine starke Kontinuität des klassischen Rechts-Links-Schemas, wie sie kontinentaleuropäische Gesellschaften seit der Französischen Revolution kennen. Diese Polarität, die eine Scheidung nach Regierung und Opposition weltanschaulich auflädt, wird nicht abgeschafft, sondern nach dem jeweiligen Modernisierungsgrad der Gesellschaft aktualisiert.

Insofern schließt Globalisierungskritik an die alte und neue Linke an – an die moderne Linke, indem sie den Klassengegensatz auf das Nord-Süd-Verhältnis projiziert und eine globale Umverteilung fordert, an die postmoderne Linke, indem sie Überlebenswerte und

Umverteilungsvorhaben „postmaterialistisch“ in Programme der Selbstverwirklichung und Differenzierung übersetzt. So wie nicht alle sozialen Bewegungen notwendig linksorientiert sind, ist auch Globalisierungskritik nicht per se links angesiedelt. Es fließen hier vielmehr auch andere Motive und Strömungen ein, die zum einen der populistischen Tradition entspringen, zum anderen dem nationalen Sozialismus rechtsautoritärer und faschistischer Bewegungen, wobei beides im aktuellen Nationalpopulismus konvergieren kann.

Der Clou des Populismus war die Umdeutung des prägnanten Klassengegensatzes von Kapital und Arbeit in einen diffusen Antagonismus von politischer Klasse beziehungsweise Wirtschaftsmagnaten und einfachem Volk; er beansprucht, das Rechts-Links-Schema aufzuheben, auch wenn die klassischen populistischen Strömungen in den USA und Russland um die Jahrhundertwende 1900 rhetorisch und strategisch immer eher nach links neigten. Heute ist der Populismus eine Defensivstrategie, die vor allem auf den Schutz nationaler Arbeitsmärkte setzt und dem Kapital seine Vaterlandslosigkeit, also Flüchtigkeit in Billiglohnländer, vorwirft, was im Effekt nationale Wohlfahrtsstaatlichkeit untergräbt. Dieser defensive Reflex kippt leicht in kulturprotektionistische und migrationsfeindliche Haltungen, woraus der Nationalpopulismus, auf den Ruinen der alten Arbeiterbewegung sitzend, seine Mobilisierungsenergien bezieht.

Gehen „roter“ und „brauner“ Protektionismus hier schon eine Allianz ein, so gibt es auch eine Globalisierungskritik von rechts außen, die antikapitalistische Motive recodiert: Nicht die anonymen „Charaktermasken“ des Kapitals werden attackiert, sondern Plutokraten beim Namen genannt und damit ein Gegensatz konstruiert zwischen „schaffendem“ und „raffendem Kapital“; Bezugsgröße ist nicht die Arbeiterklasse (oder allgemeiner: das lohnabhängige und besitzlose Proletariat, die „armen Länder des Südens“ und dergleichen), sondern eine durch globale Wirtschafts- und Kultureinflüsse angeblich in Mitleidenschaft gezogene Volksgemeinschaft.

Die Affinität dieses nationalen Sozialismus zum Antisemitismus liegt auf der Hand – Juden waren für die völkische Rechte in Europa und Nordamerika die Inkarnation des Kapitals und der Antisemitismus avancierte parallel mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung zum „Sozialismus der dummen Jungs“ (August Bebel). Nach der Vernichtung der europäischen Juden und der Gründung des Staates Israel verkleidete sich der Antisemitismus oft antizionistisch, und lebendig blieb auch die Verachtung der westlich-liberalen Demokratie durch die europäische Rechte in der virulenten Kritik am Coca-Cola-

Imperialismus und der Luftüberlegenheit der Vereinigten Staaten respektive der „angloamerikanischen Mächte“.

Der globalisierungskritischen Bewegung wird bisweilen vorgeworfen, solche antisemitischen Ressentiments aufgegriffen zu haben, vor allem nach dem 11. September 2001 seien Spuren davon in der geharnischten Amerika- und Israel-Kritik zu finden. Diese Kritik wird zumeist empört zurückgewiesen, und nur wenige Globalisierungskritiker erkennen die schiefe Ebene, die ihre Amerika-Kritik aufweist, wenn sie selbst einen Terroranschlag wie den vom September 2001 letztlich den Opfern selbst anlastet und „die Amis“ pauschal dafür attackiert, wie sie angeblich sind, und nicht die Führung der USA dafür, was sie tut oder unterlässt. Hier wirkt in der Tat ein antisemitisches Denkmuster, aber es wäre verfehlt, den Globalisierungskritikern und der Antikriegsbewegung dies pauschal anzulasten.

In der Tradition der Linken stehen auch alle anderen Strategeme und internen Streitigkeiten der aktuellen Globalisierungskritik, die hier nur noch cursorisch aufgelistet werden können. Auch bei ihr fragt sich, ob der emphatisch vorgetragene Internationalismus bloße Rhetorik oder effektive Praxis ist, auch sie bewegt sich im Spektrum der klassischen Alternative: Reform oder Revolution, auch sie plagt sich mit der Frage, ob man angesichts der brutalen Gewaltverhältnisse in der Weltgesellschaft das Bekenntnis zum Gewaltverzicht aufrechterhalten kann, also welche Formen zivilen Ungehorsams probat und akzeptabel sind. Auch hier kann gar kein Zweifel daran bestehen, dass sich das Gros der Globalisierungskritiker einer strikt pazifistischen, ja gandhistischen Tradition verpflichtet weiß, doch an den Rändern besteht eine Faszination durch einen militanten Aktionismus, zumal bei den „autonomen Gruppen“, die schon Ende der 1980er Jahre mit gewalttätigen Methoden gegen die Weltwirtschaftsgipfel in Köln und Berlin mobil machten und deren „schwarzer Block“ bis heute eine Keimzelle der Protestbewegung bildet.

Es ist allerdings dem Medieninteresse an Krawall und extremer Polarisierung zu verdanken, dass diese in jeder Hinsicht minoritäre Strömung so hohe Aufmerksamkeit erzielen konnte. Nimmt man die globalisierungskritische Bewegung in ihrer Gesamtheit, sind linksradikale und gewaltbereite Kräfte klar in der Minderheit. Vorherrschend ist vielmehr das breite, kaum „linksradikal“ einzustufende Spektrum der NROs, die ihrerseits zum geringsten Teil den Organisationen der Arbeiterbewegung entstammen, sondern viel häufiger karitative, kirchlich-religiöse und im weiteren Sinn menschenrechtliche Mobilisierungshintergründe aufweisen.

Hier hat man – was in Sonntagsreden gern vermisst wird – politisches und bürgerschaftliches Engagement, Altruismus und Solidarität, jugendliche Politisierung. Dies, wie es oft geschieht, als bloßen moralischen Gratismus zu deklarieren oder gar der Überwachung durch Geheimdienste und Verfassungsschutzorgane anheim zu geben, ist ebenso lächerlich wie bezeichnend für die Doppelmoral politischer und wirtschaftlicher Eliten im Norden.

III.

Stehen in Europa und Nordamerika die dortigen, ressourcenstarken und mediengewandten Gruppen im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit, ergibt sich von Bombay oder Porto Alegre aus ein anderes Bild. Mit diesem Blickwechsel stellen sich auch die Streitfragen der Linken – Gewaltverzicht, Reformbereitschaft, Internationalismus – noch einmal neu, trifft man bei den weltweit agierenden NROs eine ungewohnte Mischung aus Entschiedenheit und Pragmatismus an und eine Konvergenz von Überlebens- und Selbstbehauptungswerten. Sie stellen die altbekannte Frage: Hammer oder Amboss?, aber sie beantworten sie in einer flexiblen Weise, die für Puristen an Prinzipienverrat grenzt und oft als Korruption ausgelegt wird.

Jüngstes Beispiel sind die Zweckbündnisse, die NROs mancherorts mit transnationalen Unternehmen eingegangen sind und die der alten Debatte „Reform oder Revolution?“ auf globaler Ebene eine neue Facette verleihen. Die 90er Jahre gelten als das Jahrzehnt der NROs, ein breites und vielfältiges Spektrum *privater Vereine mit öffentlichen Zielen*. Sie haben sich zwischen Staat und Markt gedrängt, also neben jenen Akteuren etabliert, die im internationalen System bislang vorherrschten. Provisorisch definiert man NROs danach, was sie *nicht* tun: Sie üben keine Regierungsgewalt aus, und sie verfolgen keine Gewinninteressen.

Bei genauerem Hinsehen kann man jedoch bestimmen, was sie sind und tun: Sie setzen sich für alle möglichen *kollektiven Güter* ein, vom guten Trinkwasser für alle über die Rechte verfolgter kultureller Minderheiten bis zur ungehinderten Ausübung der Bürgerrechte. Und so lokal diese Ziele wirken mögen und so räumlich begrenzt der Radius mancher NROs ist, es handelt sich dabei um globale Kollektivgüter. In der vergangenen Dekade waren die NROs das am raschesten wachsende Phänomen in der vernetzten Welt, und damit gelang ihnen, was bis dahin schwer denkbar schien: kollektive Interessen zu organisieren, die im kurzfristigen Denken der meisten

Wirtschaftsakteure ignoriert und auch vom überlasteten Wohlfahrtsstaat gern abgewälzt werden.

Noch erstaunlicher ist, dass sie dies über die Grenzen von Volkswirtschaften und Nationalstaaten hinaus vermochten, womit sie auch den alten Traum vom Weltbürger erneuert haben. Es ist also eher die Wiederkehr von Zielen der bürgerlichen Revolution, die man bei der reformerisch ausgerichteten Globalisierungskritik antreffen kann. Hier geht es nicht um Systemüberwindung, sondern um eine (allerdings grundlegende) Reform der weltwirtschaftlichen und weltgesellschaftlichen Verhältnisse.

*Der Aufsatz ist eine Anfang 2004 ausgearbeitete Fassung des Vortrags zum Symposium „Politischer Extremismus in der Ära der Globalisierung“ vom 20.6.2003 in Köln und aktualisiert die Darstellung in meinem Buch „Die Globalisierung und ihre Gegner“, München 2003 (C. H. Beck).

Thomas Barisic und Arnd Reinhardt

Linksextremismus im Internet

I. Einleitung

Das Internet als Informations- und Kommunikationsmedium hat innerhalb der letzten Jahre einen Siegeszug angetreten, dessen Ende noch nicht absehbar ist. War seine Nutzung anfangs einigen Wenigen vorbehalten, entwickelte es sich während der letzten Dekade insbesondere in den westlichen Industriestaaten zu einem nicht mehr wegzudenkenden Massenmedium.

Auch in Deutschland ist die viel zitierte Informationsgesellschaft bereits Wirklichkeit geworden: Nach aktuellen Erhebungen sollen in der Bundesrepublik zurzeit 51 Prozent aller Bürger über 14 Jahren „online“ sein.¹ Der „Global Information Technology Report 2002-2003“ des *World Economic Forum* bescheinigt Deutschland in seinem „IT-Länder-Ranking“ immerhin einen beachtlichen 10. Platz.² Im internationalen Vergleich „Websites pro Einwohner“ belegen wir gar den Spitzenplatz: Mit rund 85 Websites pro tausend Einwohner haben wir sogar die USA überholt, die es auf einen Wert von 60 bringen.³ Die eigene Homepage gilt längst als „hip“.

Mehr und mehr stellen wir jedoch fest, dass die zunehmende Verbreitung des „Reiches der Freiheit“⁴ einhergeht mit einem sprunghaften Anstieg der Missbrauchstatbestände. Um dem zu begegnen, widmen sich in den Reihen des Bundes- und der Landeskriminalämter mittlerweile Hundertschaften von Spezialisten dem organisierten Handel mit gefälschter Computersoftware, der Herstellung und dem Vertrieb von Kinderpornographie und der

¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), „Informationsgesellschaft 2006“, S. 2, abrufbar unter www.bmbf.de/pub/aktionsprogramm_informationsgesellschaft_2006.pdf (17.01.2004).

² Vgl. www.spiegel.de/netzwelt/netzkultur/0,1518,276757,00.html (04.12.2003).

³ BMBF, „Aktionsplan Informationsgesellschaft 2006“, S. 2; Die Registrierungsstelle für .de-Domains DENIC gibt unter www.denic.de/de/domains/statistiken/index.html für den 31. Dezember 2003 einen Stand von 6.950.166 auf die Endung .de registrierten Internetseiten an.

⁴ Bernd Holznagel, Meinungsfreiheit oder Free Speech im Internet: Unterschiedliche Grenzen tolerierbarer Meinungsäußerungen in den USA und in Deutschland, AfP – Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht 2002, S. 128 (128).

Herstellung von Computerviren sowie deren Verbreitung über das weltweite Datennetz.⁵

Parallel dazu entwickelte sich in den letzten Jahren eine Netzkultur, welche die allgemeine Zugänglichkeit des Internets zu Mobilisierungs- und Meinungsbildungszwecken extremistischer Art sowie zur Verbreitung rechts- wie linksextremistischer Propaganda und Agitation nutzt. Während die klassische Verbreitung mittels Printmedien mit erheblichen Kosten verbunden ist und dadurch den auf diese Weise erreichbaren Personenkreis drastisch begrenzt, liegen die Vorzüge des Internets auf der Hand: Informationsverbreitung über Ländergrenzen hinweg, einfachste und schnellste Koordinierung von Aktivitäten und die zumindest eingeschränkte Effektivität staatlicher und strafrechtlicher Verfolgung mangels direkter Herrschaftsstrukturen⁶ haben die Online-Propaganda zu einer festen Größe werden lassen.⁷

Nie war es einfacher, politische Ziele zu propagieren, Aktionen überregional zu koordinieren und Gleichgesinnte zu finden. Wer darüber hinaus gewaltsamen Aktionen zugetan ist, dem offeriert das „Netz der Freiheit“ neben ideologischer Grundlagenforschung zugleich eine militaristische Grundausbildung: Gibt man in die gängige Suchmaschine „google“ den in extremistischen Kreisen gängigen Begriff „anarchist's cookbook“ ein, werden in 0,24 Sekunden 4.020 Treffer angezeigt.⁸ Mit zwei weiteren Mausklicks landet man auf der Internetseite www.geocities.com/seekrmhs/Anarchy/⁹, die nach einleitenden Worten („Freedom. What happened to it?“) unter anderem detaillierte Anleitungen zum Bau von Bomben bereithält.

⁵ Vgl. www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,276782,00.html (04.12.2003).

⁶ Die „Spiegelung“, das heißt das Zugänglichmachen gesperrter Internetseiten auf anderen (ausländischen) Servern, führt regelmäßig zur Umgehung national verhängter Sperrungsverfügungen.

⁷ So auch Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutz gegen Linksextremismus, 2001, S. 8, abrufbar unter www.verfassungsschutz.de/news/linksfolder.pdf.

⁸ www.google.de/search?hl=de&ie=UTF-8&oe=UTF8&q=%22anarchists+cookbook%22&meta= (26.1.2004).

⁹ (26.1.2004).

Während die propagandistische Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten bereits früh die Aufmerksamkeit von Politik, Wissenschaft¹⁰ und Strafverfolgungsbehörden¹¹ auf sich zog, ist die Kenntnis über linksextremistische Online-Aktivitäten weitgehend „Tabula rasa“. Kann daraus der Schluss gezogen werden, dass der Linksextremismus in Deutschland nach der Auflösungserklärung der „Roten Armee Fraktion“ im März 1998 und dem Scheitern sozialistischer Politsysteme nicht mehr existent ist? Mitnichten!

Schätzungen zufolge gibt es mittlerweile mehr als 1.200 linksextremistisch beeinflusste deutschsprachige Internetseiten; auch die Zugriffe auf diese Seiten nehmen, wie die Internetnutzung allgemein, stetig zu.¹²

Neben der klassischen Informationsvermittlung und -verbreitung wird das Netz mehr und mehr auch für politisch motivierte Sabotageaktionen genutzt, die gemeinhin unter dem Begriff des „Netzaktivismus“ zusammengefasst werden.¹³ Dabei wird das Internet als politischer Handlungsraum, als Ort der Auseinandersetzung über ein neues Politikverständnis in einem globalen und vernetzten Kontext genutzt.¹⁴

¹⁰ Siehe z. B. Burkhard Schröder, *Neonazis und Computernetze*, Reinbek 1995, oder Bundesamt für Verfassungsschutz, *Verfassungsschutz gegen Linksextremismus*, 2001, S. 8, www.verfassungsschutz.de/news/linksfolder.pdf.

¹¹ Als Beispiel sei der Fall des Australiers Dr. Frederick Töben genannt, der über eine australische Website Artikel und Rundbriefe zugänglich machte, in denen er unter dem Vorwand wissenschaftlicher Forschung den Holocaust leugnete. Der Bundesgerichtshof hat diesen Fall für eine Grundsatzentscheidung zur Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts auf rechtsradikale Internetinhalte genutzt. BGH in: *Multimedia und Recht (MMR)* 2001, S. 228 (228 f.).

¹² *Verfassungsschutz NRW*, www.im.nrw.de/sch/416.htm#.

¹³ Einen guten Überblick bieten Armin Medosch, *Demonstrieren in der virtuellen Republik – Politischer Aktivismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen*, in: Christiane Schulzki-Haddouti (Hrsg.), *Bürgerrechte im Netz*, Bonn 2003, S. 261 ff., abrufbar unter www.bpb.de/files/6EMX5S.pdf (Stand 23.01.2004) und Christoph Bieber, *Protestkommunikation im Internet*, in: Bernd Holznagel/AndreasGrünwald/Annika Hanssmann (Hrsg.), *Elektronische Demokratie*, München 2001, S. 124 ff.

¹⁴ Armin Medosch (siehe oben Fn. 13), S. 261 (262).

Mit der technischen Entwicklung sowie der stetigen Ausweitung des computervermittelten Kommunikationsraumes auf immer breitere Anbieter- und Nutzerschichten¹⁵ entwickelten sich internetbasierte Anwendungen zu attraktiven wie sensiblen Zielen virtueller Attacken mit unter anderem linksextremistischem Hintergrund. Die Bandbreite reicht dabei von politischem Aktivismus gegen staatliche Institutionen bis hin zur gezielten Sabotage namhafter Wirtschaftsunternehmen. Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken hat die Erscheinungsformen von Protestaktionen und Demonstrationen somit nachhaltig erweitert.

Die gezielte Einbindung und Nutzbarmachung der internetspezifischen Technik kann dabei als deutlicher Entwicklungsschritt angesehen werden. War die kommunikative linksextremistische Nutzung der neuen Medien anfangs auf die virtuelle Vervielfältigung bereits verfügbarer Texte beschränkt, stellen die mittlerweile global interagierenden Informationsportale eine weitere Evolutionsstufe dar, die sich durch das Zusammenwachsen von physischem und digitalem Protest auszeichnet.

Auf Grundlage dieser Überlegungen soll nachfolgend in einem ersten Schritt zunächst versucht werden, den wenig trennscharfen Begriff des „Linksextremismus“ einer tauglichen Arbeitsdefinition zuzuführen. Im Anschluss daran wird untersucht, auf welche Weise einige nach Auffassung der Autoren linksextreme politische Gruppierungen das Internet nutzen.

Nach Sichtung des linksextremen politischen Spektrums und deren Internetauftritte wird anhand einiger Beispiele die „Evolution“ einschlägiger linksextremistischer Informationsportale in den Blickpunkt gerückt, bevor abschließend der noch junge Bereich des „Netzaktivismus“ einer wertenden Betrachtung unterzogen wird.

¹⁵ Christoph Bieber, (siehe oben Fn. 13), S. 124 (125).

II. „Linksextremismus“ – ein Definitionsversuch

Will man sich dem Begriff des Linksextremismus annähern, eröffnet sich ein extremes Missverhältnis: Wer sich über den Rechtsextremismus informieren will, findet wohl sortierte Regale vor; die Ausbeute über die extreme Linke ist hingegen noch immer dünn.¹⁶ Weder in der extremismustheoretischen Wissenschaft noch in der politischen Diskussion findet sich eine einheitliche und von allen Seiten als verbindlich anerkannte Begriffsdefinition des „Linksextremismus“.¹⁷

Erschwert wird eine Klärung darüber hinaus durch das wechselseitige Misstrauen ob bereits erfolgter Klärungsversuche.¹⁸ Die im Rahmen stattfindender Untersuchungen vermeintlich gewonnenen Erkenntnisse sind daher mit Skepsis zu betrachten. Bei näherer Betrachtung der entsprechenden Autoren finden sich regelmäßig Indizien, die den Schluss mangelnder Unvoreingenommenheit zumindest nahe legen.¹⁹

Der politische Extremismus firmiert gemeinhin als Oberbegriff für Rechts- und Linksextremismus. Dem liegt in der Regel die Vorstellung zugrunde, dass sich das politische Spektrum entlang einer Achse gruppiert, die an einem Ende den Rechtsextremismus und am anderen Ende den Linksextremismus postiert; die politische Mitte ist dem demokratischen Normalmaß vorbehalten.²⁰

¹⁶ So bereits Patrick Moreau/Jürgen Lang, Linksextremismus – Eine unterschätzte Gefahr, S. 15, in Backes/Jesse (Hrsg.), Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, Band 8, Bonn 1996.

¹⁷ Horst Heimann, Linksradikalismus und Linksextremismus, in: Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 404; ebenso Gero Neugebauer, Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, S. 1, in: Schubarth/Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Opladen 2001, abrufbar unter www.extremismus.com/tex-te/ext1.pdf (4.12.2003), S. 5; Carmen Everts, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2001, S. 2, abrufbar unter www.weissensee-verlag.de/php/cat-inhalt.php3?Buch=3-934479-24-3 (4.12.2003).

¹⁸ Carmen Everts (siehe oben Fn. 17), S. 2.

¹⁹ Als Beispiel sei an dieser Stelle die Internetseite www.links-enttarnt.de/ genannt. Die zunächst informativ erscheinende Seite schmückt sich bei näherem Hinsehen mit einem verlinkten Banner der umstrittenen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (4.12.2003).

²⁰ Gero Neugebauer (siehe oben Fn. 17), S. 1.

Extrem gilt dabei als zumeist sektiererisch, polarisierend, kompromisslos und problematisch, gleichsam bedrohlich.²¹ Als hilfreich und weitgehend tragfähig bieten sich zur Bestimmung des Extremismusbegriffs die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze der Länder an. Abseits des wissenschaftlichen Dissenses bieten sie einen fundierten Anhaltspunkt, der vorliegend als Arbeitsdefinition gelten soll.

Am Beispiel des hessischen Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz²² (Hess.VerfSchG), welches hier stellvertretend für die Verfassungsschutzgesetze der Länder herangezogen werden soll, wird die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde in § 2 Absatz 1 Satz 1 Hess.VerfSchG definiert als

„... den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen.“

Im Kern geht es also um den Schutz der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Linksextremisten greifen die in ihr verwirklichten Grundwerte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen die Menschheit aus Abhängigkeiten befreien und jegliche Herrschaftsverhältnisse abschaffen.²³ In ihrer politischen Analyse stimmen Linksextremisten darin überein, dass das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland von Kapitalinteressen dominiert und auf Herrschaftsabsicherung ausgerichtet sei. Ein solches System halten sie für grundsätzlich nicht reformierbar.²⁴

²¹ Gero Neugebauer (siehe oben Fn. 17), S. 1.

²² Vom 19. Dezember 1990 (GVBl. I S. 753), in der Fassung vom 30. April 2002 (GVBl. I S. 82).

²³ Verfassungsschutz Niedersachsen, www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/master/0,,C389856_N13483_L20_D0_I541,00.html (4.12.2003).

²⁴ Verfassungsschutz Niedersachsen, www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/master/0,,C389856_N13483_L20_D0_I541,00.html (4.12.2003).

Ihre Leitbilder reichen dabei von sozialistisch-kommunistischen Vorstellungen mit dem Endziel einer klassenlosen Gesellschaft bis zu der Vision eines herrschaftsfreien Zusammenlebens der Menschen (Anarchie).²⁵

Weitere Indizien, die im Zusammenhang mit politischem Extremismus regelmäßig genannt werden, sind „die Bereitschaft zur gewalt-samen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele, Intole-ranz und Verschwörungstheorien“.²⁶

Unter die Sammelbezeichnung „Linksextremismus“ fallen nach gängiger Definition daher

„(...) Anarchisten, für die zentrale Organisationsformen generell von Übel sind, „autonome“ Gruppierungen, die sich nicht an Autoritäten ausrichten und ein hohes Maß an Subjektivismus predigen – die Grenzen zum Terrorismus sind fließend – sowie verschiedenartige Spielarten des Kommunismus. Diese berufen sich in unterschiedli-cher Ausprägung auf Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Tse-tung. [Gemeinsam sehen sie] (...) in der kapitalistischen Klassen-gesellschaft die Wurzel allen Übels.“²⁷

III. Linksextremistische Politik „goes online“

Mit der wachsenden Verbreitung des Internets und der damit ein-hergehenden Erkenntnis, dass politische Kommunikation und Mobi-lisierung nunmehr einfach und kostengünstig zu realisieren ist, sind nicht nur die etablierten politischen Parteien auf den virtuellen Zug aufgesprungen. Das Potenzial erkennend, hat sich auch das linksex-treme politische Spektrum um die Nutzbarmachung der neuen Me-dien bemüht. Im Folgenden soll anhand einiger Beispiele dargestellt werden, wie sich solche Bestrebungen heute darstellen.

²⁵ www.berlin.de/seninn/verfassungsschutz/Abteilung/links.html (25.1.2004).

²⁶ Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1993, S. 52.

²⁷ Eckhard Jesse, *Linksextremismus*, in: Holtmann (Hrsg.), *Politik-Lexikon*, Mün-chen 2003, S. 356; vergleiche Gero Neugebauer (siehe oben Fn. 17), S. 4.

1. Partei des demokratischen Sozialismus (PDS)

Ob die PDS eine extremistische Partei ist oder ob nur bestimmte Strukturen der Partei als verfassungsfeindlich anzusehen sind, ist eine viel diskutierte Frage, deren Beantwortung je nach persönlicher politischer Einstellung sehr unterschiedlich ausfallen kann.²⁸ Im Bundesverfassungsschutzbericht ist die PDS weiterhin aufgeführt, auch wenn einige Länder die Beobachtung eingestellt haben.²⁹

Auch in einer neuen Studie wird der extremistische Charakter der PDS – nicht nur auf Seiten der „Orthodoxen“ um die „Kommunistische Plattform“ und das „Marxistische Forum“, sondern auch bei den „Reformern“, die einen eher „sozialdemokratischen“ Kurs befürworten – belegt.³⁰

Dies und die immer wieder festgestellten Kontakte der PDS zu deutschen und internationalen Linksextremisten bieten genügend Anlass, die Partei hier zu behandeln. Zudem handelt es sich um die Partei mit den meisten Mitgliedern und größten Wahlerfolgen im äußeren linken/linksextremistischen Spektrum der Bundesrepublik. Die PDS ist seit 1996 im Internet vertreten, seit 1998 unter der eigenen Domain www.pds-online.de.³¹ Zusätzlich nutzt die Partei noch die Adresse www.sozialisten.de.

Über die Seiten lassen sich auch Landesverbände, Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften erreichen, die sich fast alle im professionellen und ansprechenden „corporate design“ präsentieren. In einem bunteren, aber stark an die PDS-Seiten angelehnten Design präsentiert sich der PDS-Jugendverband [‘solid’]³² („sozialistisch, links und demokratisch“). Von den Seiten lassen sich unter

²⁸ Interessant hierzu die Beiträge im aktuellen Jahrbuch für Extremismus und Demokratie. Peter Frisch, Hans-Gerd Jaschke, Rolf Schlierer, Gabriele Zimmer, Forum: Herausforderungen und Zukunft der „streitbaren Demokratie“, S. 95-114, in Backes/Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden, 2003.

²⁹ Vergleiche Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 2002, S. 138-146 (abrufbar unter: www.verfassungsschutz.de/news/vsb2002.pdf).

³⁰ Siehe Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? – Eine extremismustheoretische Untersuchung, in Backes/Jesse (Hrsg.), Schriftreihe Extremismus und Demokratie, Band 7, Baden-Baden, 2003.

³¹ Bundesamt für Verfassungsschutz, Extremistische Bestrebungen im Internet, 2. Auflage, Köln 1999, S. 24.

³² www.solid-web.de.

„[‘solide] Links“³³ verschiedene Landes- und Ortsverbände erreichen, in der Kategorie „Linke Links“³⁴ finden sich in erster Linie Hyperlinks auf Seiten, die sich mit dem Themenbereich „Drogen“ beschäftigen. Auch die UJC, die „Union junger Kommunisten Kubas“, sowie verschiedene PDS-Strukturen.

Hyperlinks zu extremistischen Inhalten finden sich auf den Seiten der Bundes-PDS und auch von [‘solid] nur zu Strukturen innerhalb der Partei, wie der „Kommunistischen Plattform“ und dem „Marxistischen Forum“. In dieser Hinsicht interessanter sind die Hyperlinks, die sich über die Seiten der Landesverbände finden lassen. Insbesondere die Hyperlinkseite des – seit den 70er Jahren von aktiven westdeutschen Kommunisten dominierten – Hamburger Landesverbandes liest sich wie ein „Who is who“ des Verfassungsschutzberichtes.

So wird – für Parteien eher untypisch – auf die „Konkurrenzpartei“ DKP verwiesen; die trotzkistischen Gruppierungen „Linksruck“ und „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV) finden sich ebenso wie die DKP-nahe „Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend“ (SDAJ), der „Revolutionäre Sozialistische Bund/IV. Internationale“ (RSB), die Gefangenen-Hilfsorganisation „Rote Hilfe e.V.“ und die Seite zu den von „Autonomen“ dominierten „Bambule“-Krawallen.³⁵ Dies alles wohl gemerkt ohne einen „Disclaimer“³⁶, in dem zumindest eine formelle Distanzierung zu den verlinkten Seiten erfolgt.

³³ www.solid-web.de/modules.php?op=modload&name=Web_Linksfile=index&req=viewlink&cid=11 (12.2.2004).

³⁴ www.solid-web.de/modules.php?op=modload&name=Web_Linksfile=index&req=viewlink&cid=1 (12.2.2004).

³⁵ Siehe www.pds-hamburg.de/links.php (4.2.2004).

³⁶ Nach einem Urteil des Landgericht Hamburg macht ein Homepagebetreiber sich den Inhalt einer verlinkten Seite zu Eigen, wenn er sich nicht hinreichend deutlich distanziert. (AZ 312 O 85/98, siehe www.netlaw.de/urteile/lghh_06.htm) Dieses Urteil hat dazu geführt, dass entsprechende Disclaimer auf einem großen Teil der Linkseiten vorhanden sind.

2. Deutsche kommunistische Partei (DKP)

Die „Deutsche kommunistische Partei“ (DKP) ist seit 1997 mit einer eigenen Seite unter der Domain www.dkp.de/www.dkp-online.de im WWW vertreten.³⁷

Optisch bieder gestaltet, findet sich auf den Seiten auch inhaltlich nichts, was nicht zu erwarten gewesen wäre: eher dürftige aktuelle Informationen, größtenteils aus der parteieigenen „Unsere Zeitung“ (UZ)³⁸, Dokumentationen sowie Berichte von den Parteitagen. Die Hyperlinks der Bundespartei beschränken sich auf die eigenen Parteigliederungen, die „Karl-Liebknecht-Schule“, die UZ und die (DKP) AG Kuba-Solidarität.

Ähnlich stellen sich die Seiten der Landes- und Bezirksorganisationen dar. Vereinzelt lassen sich zwar Hyperlinks zu „autonomen“ Antifa-Gruppen³⁹, zum VVN-BdA⁴⁰ oder zur PDS⁴¹ finden, allerdings verstärkt sich nach dem Betrachten der Seiten der Eindruck, die DKP habe es sich mit ihrer augenblicklichen schwachen Stellung im politischen System gut eingerichtet und versuche nicht ernsthaft, mehr Einfluss zu gewinnen.

Deutlich umfangreicher sind die Seiten der parteinahen „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ)⁴². Allerdings finden sich auch hier wenige Hinweise auf eigene Veranstaltungen. Als nervig erweist sich die regelmäßige Aufforderung, die Seiten den persönlichen Favoriten hinzuzufügen, die nach jedem Klick wiederholt wird. Die SDAJ arbeitet, wie fast alle Extremisten, mit klaren Feindbildern: „Wir wollen, dass endlich diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die uns eine lebenswerte Zukunft versauen: die Bosse und Großaktionäre der Konzerne und ihre Handlanger in Politik und Militär.“⁴³

³⁷ Bundesamt für Verfassungsschutz, *Extremistische Bestrebungen im Internet*, 2. Auflage, Köln 1999, S. 22.

³⁸ www.dkp-online.de/uz (4.2.2004).

³⁹ www.dkp-dortmund.de/links.html (4.2.2004).

⁴⁰ „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“, siehe Kapitel III. 2. www.dkp-mv.de/Links/links.html (4.2.2004).

⁴¹ www.dkp-thueringen.de (4.2.2004).

⁴² www.sdaj-online.de (4.2.2004).

⁴³ www.sdaj-online.de/extra.php?cbnameid=stichworte (9.2.2003).

Sowohl die Seiten der DKP als auch die der SDAJ sind neu gestaltet worden. Es mag der Neubearbeitung geschuldet sein, dass die Seiten viele „Broken Links“, also ins „Leere“ führende Verweise haben. Durch den Wechsel von der Domain www.sdaj.de zu www.sdaj-online.de sind viele Hyperlinks anderer Homepages auf der Seite nicht mehr aktuell. Insgesamt sind die Seiten als relativ inhaltsleer und uninteressant gestaltet anzusehen – die der DKP stärker als die der SDAJ – und finden sicher auch bei den Surfern wenig Anklang.

3. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Auch die stalinistisch und maoistisch orientierte MLPD bewegt sich politisch am Rande der Bedeutungslosigkeit.⁴⁴ Allerdings sind ihre Seiten unter www.mlpd.de professionell gestaltet.

Interessant ist, dass es trotz eines großen Bereichs „MLPD vor Ort“⁴⁵ anscheinend nur einen Hyperlink auf die Homepage einer Parteigliederung gibt, der MLPD Sonneberg/Thüringen⁴⁶, und dieser erweist sich als „Broken Link“. Auf der Seite werden Informationen, Aufkleber und Plakate zum Download angeboten; umfangreicheres Material, wie die Broschüren des „Revolutionären Weg“ werden zwar beworben, müssen aber bestellt werden.⁴⁷ Einen elektronischen „PGP-Schlüssel“ für die Verschlüsselung von E-Mails an die MLPD – wie noch 1999 vorhanden⁴⁸ – bietet die Partei inzwischen nicht mehr an.

Auf den Seiten der parteieigenen Zeitung „Rote Fahne“ (RF) finden sich – für politische, besonders für links orientierte Seiten eher untypisch – auch gewerbliche Anzeigen. So werben hier die Einkaufsketten Otto, Tchibo und Conrad neben Berichten über Marx und Lenin.⁴⁹ Thematisiert werden in der RF vor allem gewerkschaftliche Themen, die vertretene politische Richtung wird durch die Kategorien „Sozialismus“ und „MLPD“ verdeutlicht.

⁴⁴ Siehe Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2001, S. 172.

⁴⁵ www.mlpd.de/mlpd-regional/index.html (4.2.2004)

⁴⁶ www.mlpd-sonneberg.de, die Seite ist nicht erreichbar. (5.2.2004).

⁴⁷ www.mlpd.de/rw/index.html (5.2.2004).

⁴⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Extremistische Bestrebungen im Internet, 2. Auflage, Köln 1999, S. 23.

⁴⁹ www.rf-news.de/rfnews (4.2.2004).

Auf der Hyperlinkseite der RF spielen Gewerkschaften und Initiativen gegen „Sozialabbau“ und Globalisierung eine erhebliche Rolle.⁵⁰

Von den Auftritten der Mutterpartei und der Parteizeitung hebt sich der moderne jugendliche Auftritt des Jugendverbandes „Rebell“ ab.⁵¹ Allerdings wird die Verbundenheit zur MLPD deutlich gezeigt: „Der REBELL kämpft an der Seite und unter ideologisch-politischer Führung der MLPD für [...] den echten Sozialismus.“⁵² Unter dem Oberthema „Betrieb und Gewerkschaft“ wird auf der Seite unter anderem auch zu der Frage „Warum ist die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Klasse ...“ Stellung bezogen.⁵³ Trotz des unabhängigen und lockeren Auftritts ist den Inhalten der Rebell-Seite deutlich die inhaltliche Abhängigkeit von der Mutterpartei anzumerken.

4. „Autonome“

Die so genannten „Autonomen“ stellen keine einheitliche Bewegung dar, sondern eine schwierig zu definierende, gewaltbereite politisch orientierte Subkultur.⁵⁴ Neben der Nutzung von Internetportalen wie Nadir und Indymedia (siehe unten) sind verschiedene autonome Gruppen, vor allem aus dem „Antifa-Bereich“, auch mit eigenen Seiten vertreten. Besonders aktiv sind die „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB) sowie die „Autonome Antifa [M]“⁵⁵ (AA[M]) aus Göttingen. Beide Gruppen waren treibende Kräfte bei dem gescheiterten Versuch, eine „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) zu gründen. Auch im Internet sind sie sehr aktiv.

⁵⁰ <http://rf-news.de/rfnews/service/Links> (5.2.2004).

⁵¹ www.rebell.info.

⁵² www.rebell.info/modules.php?name=News&file=article&sid=14 (5.2.2004). Als den entscheidenden Bruch mit dem „echten Sozialismus“ betrachten MLPD und Rebell den XX. Parteitag der KPdSU 1956, auf dem der Bruch mit dem Stalinismus beschlossen wurde.

⁵³ www.rebell.info/modules.php?name=News&file=article&sid=19 (5.2.2004).

⁵⁴ Näheres zu den „Autonomen“: Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen – Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Bd. 9-10/1998, S. 36-46.

⁵⁵ Das [M] im Gruppennamen steht für „Mittwoch“, den Versammlungstermin.

Die AA[M] betreibt unter www.puk.de/aam⁵⁶ eine Homepage, unter der sich aktuelle Nachrichten abrufen lassen. Außerdem werden Hyperlinks auf die Zeitungen „einsatz!“⁵⁷ und „phase 2“⁵⁸ angeboten. In einer Selbstdarstellung beschreibt die AA[M] ihr Verständnis von Antifaschismus: „Eine antifaschistische Politik [...] muss [...] sich gegen die Wurzeln des Faschismus – die im kapitalistischen Verwertungssystem angelegt sind – einsetzen.“⁵⁹

Die AAB – anscheinend umbenannt in „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) – hat unter www.antifa.de ein umfangreiches Portal eingerichtet, das sich – entsprechend der breiten Faschismusdefinition – nicht ausschließlich auf den Schwerpunkt „Antifaschismus“ beschränkt.⁶⁰

Ein gemeinsames Projekt der beiden Gruppen scheint der in Berlin und Göttingen ansässige Versandhandel „red stuff“ zu sein⁶¹, bei dem sich T-Shirts und Broschüren bestellen lassen. Allerdings scheint der Handel nicht zu florieren, es findet sich der Hinweis auf einen neuen Katalog von 2002.

5. „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ ist mit rund 9.000 Mitgliedern das größte Bündnis unterschiedlicher linksextremistischer und nichtextremistischer Kräfte.⁶² Im Gegensatz zu „autonomen“ Antifaschisten ist die VVN-BdA durch traditionelle orthodox-marxistische Ansichten geprägt, vor allem durch Mitglieder und Sympathisanten der DKP.

⁵⁶ Die Seiten sind unter www.nadir.org/nadir/initiativ/aam „gespiegelt“. Beide Server, nadir und puk bieten Speicherplatz für linke und linksextremistische Seiten an.

⁵⁷ www.nadir.org/nadir/periodika/einsatz/.

⁵⁸ www.phase-zwei.org/.

⁵⁹ www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/intro_de.html (9.2.2004).

⁶⁰ Ebenfalls zu erreichen unter www.antifaschistische-aktion.com/.

⁶¹ www.antifaschistische-aktion.com/redstuff.php.

⁶² Siehe Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2001, S. 161.

Interessant im Rahmen dieses Aufsatzes ist die VVN-BdA dadurch, dass er auf vielen linksextremistischen Seiten, sowohl bei Parteien als auch bei „Autonomen“, als Hyperlink angegeben ist.

Unter www.vvn-bda.de⁶³ finden sich aktuelle Mitteilungen der Vereinigung, Hyperlinks zur Zeitung „antifa-rundschau“, von der auch ältere Ausgaben angeboten werden, und die Kategorie „Nach den Rechten sehen“. Außerdem werden Hyperlinks auf die Landes- und Kreisvereinigungen angeboten. Auf einer eher versteckten Hyperlinkseite des Bundesverbandes und bei den lokalen Vereinigungen finden sich auch Hyperlinks auf die Seiten von „autonomen Antifaschisten“, unter anderem die „Antifaschistische Linke Berlin“⁶⁴, die „Autonome Antifa [M]“⁶⁵, verschiedene nordrhein-westfälische Gruppen⁶⁶ und viele mehr.

Hinter dieser Bereitschaft, auch gewaltbereite Linksextremisten zu unterstützen, steckt System: „Toleranz gegenüber verschiedenen antifaschistischen Ansätzen und Konsequenz in der Sache sind unsere Stärken.“⁶⁷

Hyperlinks auf Parteien des extremistischen Spektrums lassen sich nur selten finden, und wenn, dann stehen die PDS und die DKP meistens gleichberechtigt neben den etablierten demokratischen Parteien.

Der VVN-BdA fungiert auch im Internet als Bindeglied zwischen demokratischen und linksextremistischen Gegnern des Faschismus. Seine Nähe zu den Verfassungsfeinden in DKP und „autonomen“ Kreisen kommt auf den Webseiten nicht deutlich zum Vorschein.

⁶³ Online seit 1996. Siehe Bundesamt für Verfassungsschutz, *Extremistische Bestrebungen im Internet*, 2. Auflage, Köln 1999, S. 24.

⁶⁴ www.niedersachsen.vvn-bda.de/links/index.html (9.2.2004).

⁶⁵ www.vvn-bda.de/bund/links.html (9.2.2004).

⁶⁶ www.nrw.vvn-bda.de/links.htm (9.2.2004).

⁶⁷ www.vvn-bda.de/hessen (9.2.2004).

IV. Linke und linksextremistische Infoportale

Wenngleich die von linker Ideologie geprägte Ablehnung des Kapitalismus westlicher Prägung einhergehen müsste mit der gleichsam Ablehnung des Informationszeitalters als Vorzeigetechnologie ebendieser kapitalistischen Staaten, begann die linksextreme Szene bereits Mitte der 80er Jahre, die Möglichkeiten des vernetzten Datenaustauschs für sich zu entdecken.⁶⁸ Die natürliche Skepsis gegenüber der aufkommenden Computertechnologie wich früh der allgemeinen Akzeptanz.⁶⁹

Bevor das Internet in der heutigen Form nutzbar war, stellten lokale und überregionale Mailboxsysteme die ersten Ansätze dar, die neuen Medien für das linksextreme Gedankengut nutzbar zu machen.⁷⁰ Mit Hilfe dieser Mailboxsysteme konnten Nachrichten an eine Art elektronisches schwarzes Brett „geheftet“ werden; mittels einer nur Eingeweihten bekannten Zugangstelefonnummer konnten diese Inhalte abgerufen werden.⁷¹

1. SpinnenNetz

Das erste größere von der linksextremen Szene genutzte Datennetz dieser Art wurde unter dem Namen „SpinnenNetz“ bekannt. Anfang 1991 von einer Gruppe Autonomer aus Mainz und Wiesbaden gegründet, diente es primär dem Informationsaustausch zwischen verschiedenen Ortsgruppen, der Bündelung von Ressourcen sowie der gemeinsamen Koordinierung von Aktivitäten.⁷²

Mit Hilfe eines vernetzten Mailbox-Systems wurde eine geschlossene und gegen ungewollte Einsichtnahme von außen verdeckte Struktur geschaffen; früh wurden Verschlüsselungssysteme eingesetzt, um

⁶⁸ Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1999, S. 143.

⁶⁹ F. Roland A. Richter, Links im Netz – Die extreme Linke und das Internet, in: Knütter/Winckler (Hrsg.), Handbuch des Linksextremismus, Graz 2002, S. 119 (119). Der Autor stellt auf seiner HP darüber hinaus eine umfangreiche Hyperlinkliste zum Thema zur Verfügung: www.roland-richter.de/html/linksextremismus1.html (4.12.2003).

⁷⁰ Verfassungsschutz NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm# (4.12.2003).

⁷¹ Verfassungsschutz NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm# (4.12.2003).

⁷² Verfassungsschutz Hessen, www.verfassungsschutz-hessen.de/seiten/dokumente/autonom.html (4.12.2003).

sich gegen Ausspähung von außen zu schützen.⁷³ Einem Artikel der „Welt“ zufolge diene es unter anderem als „Informations- und Führungsinstrument des RAF-Umfeldes“.⁷⁴

Nach einer gegen die Betreiber des SpinnenNetzes gerichteten polizeilichen Durchsuchung am Abend des 27.9.96 sahen sich diese zu der Veröffentlichung einer Presseerklärung veranlasst, in der sie das SpinnenNetz charakterisierten als „... ein kleines elektronisches Nachrichten- und Datennetz mit einigen Mailboxrechnern in verschiedenen Städten. SpinnenNetz dient der Information, dem Austausch, der Diskussion und Koordinierung linker und linksradikaler Gruppen. Dieses Netz entstand 1991 als ein elektronischer Informationsdienst für unterdrückte und verschweigende Nachrichten.“⁷⁵

Mit Aufkommen des Internets hat die Bedeutung des SpinnenNetzes nachgelassen, zum Teil wird es als nicht mehr existent angesehen.⁷⁶

2. Das „WWW“

Mit der eingangs geschilderten Entwicklung dessen, was wir heute als Internet kennen, wuchsen auch die Möglichkeiten für die Verbreitung linksextremen Gedankenguts. Die variableren Möglichkeiten des Internets machten die dargestellten Mailbox-Systeme rasch überflüssig; E-Mail und Diskussionsforen waren weit mehr als gleichwertiger Ersatz.

⁷³ Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Autonome im Freistaat Sachsen, Dresden 1998, S. 31.

⁷⁴ Vgl. Peter Scherer, „RAF spannt ‚SpinnenNetz‘ bis zur Türkei – Computer-Kontakte zu Terroristen weltweit – Reichte Verbindung auch zu V-Mann Steinmetz?“, in: Die Welt, 5.3.1994, S. 2; abrufbar unter www.nadir.org/nadir/archiv/Medien/Computernetze/SpinnenNetz/Welt_Artikel.html (26.1.2004).

⁷⁵ Presseerklärung des „SpinnenNetz“ vom 27.9.1996: „SpinnenNetz-Mailbox im Zuge der letzten ‚ExZess‘-Durchsuchung beschlagnahmt“, www.normative.zusammenhaenge.at/faelle/spinnennetz-beschl.html (26.1.2004).

⁷⁶ Bayerisches Staatsministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1999, S. 107.

Die anfangs problematische Offenheit des Netzes bekam man mittels Verschlüsselungsprogrammen alsbald in den Griff.⁷⁷ Derart verschlüsselter und anonymisierter Datenverkehr vermochte dem Zugriff von Spezialisten zwar nicht standzuhalten, er kann ihn dennoch erschweren.

Rasch wurden in der Folge Internetportale entwickelt, die eine immer wesentlichere Unterstützung als Vernetzungs-, Agitations- und Mobilisierungsmedium für linksextremistische Inhalte darstellen.⁷⁸ Mit der Dynamik und Einfachheit des Mediums Internet geht jedoch auch eine enorme Schnelllebigkeit Hand in Hand. An einem Tag gefundene und besuchte Seiten können schon wenige Tage später nicht mehr erreichbar sein.

Die nachfolgend dargestellten Internetportale beschränken sich daher auf die „etablierten“ linkspolitischen bis linksextremistischen Internetportale.⁷⁹ Dem liegt die Motivation zugrunde, dass ihr Aufruf dem Leser auch in Monaten, vielleicht Jahren noch möglich sein wird. Diesen Anspruch haben gleichsam auch die Betreiber der entsprechenden Seiten. Sie sind daher bemüht, Kollisionen mit dem deutschen Strafrecht zu vermeiden und richten die dargestellten Inhalte am gesetzlich noch Zulässigen aus.

Im Gegensatz dazu bleiben juristisch sensible Internetseiten einem geschlossenen Benutzerkreis vorbehalten und werden mittels verschlüsselter E-Mails an vertrauenswürdige Benutzergruppen verteilt,

⁷⁷ Auf diversen Internetseiten finden sich heute so genannte „Anonymisierungsprogramme“, die teilweise unentgeltlich genutzt oder heruntergeladen werden können. Umfangreiche Informationen und Hyperlinks unter: www.linkeseite.de/sicherheit.htm u. www.schulzki-haddouti.de/buch2.html (4.12.2003). Mit Hilfe dieser Programme gelingt es mehr oder weniger gut, die beim Surfen im Netz unvermeidlichen eigenen Datenspuren zu verwischen beziehungsweise das eigene Kennzeichen (die so genannte „ip-Adresse“ des Rechners) zu verschlüsseln. Eines der derzeit am effektivsten arbeitenden Programme („JAP“) wird vom Projekt „Effiziente und skalierbare Realisierung von unbeobachtbarer und anonymer Kommunikation im Internet“ der TU Dresden angeboten, Näheres unter www.inf.tu-dresden.de/~hf2/anon/in-dex.html (4.12.2003). Das wohl gängigste und kostenlos erhältliche Verschlüsselungsverfahren für E-Mails ist das auf dem Prinzip der asymmetrischen Verschlüsselung beruhende „PGP“ (Pretty Good Privacy), siehe zum Beispiel www.helmbold.de/pgp/ (4.12.2003).

⁷⁸ Verfassungsschutz NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm# (4.12.2003).

⁷⁹ Zur weiteren Vertiefung sei auf weiterführende Hyperlinks auf www.nadir.org/nadir/initiativ verwiesen. Eine umfangreiche Darstellung ist ferner unter www.roland-richter.de/html/linksextremismus1.html zu finden. (26.1.2004).

so dass ein Eingehen auf verbotene Inhalte mangels genauerer Kenntnis hier nur am Rande erfolgen kann.⁸⁰ Gleichzeitig soll mit der getroffenen Auswahl auch die Bandbreite linker Internetseiten verdeutlicht werden.

Während NADIR.ORG durch die angebotenen Inhalte und die vertretenen Gruppen zweifelsfrei dem autonomen linksextremen Spektrum zuzuordnen ist, stellt sich „Indymedia“.ORG als undogmatisch linksorientiertes Internetportal dar. In der Abkehr von reinen Darstellungen plakativ-extremistischer Ideologien hin zur globalisierten Organisation und Koordination linker Kampagnen dürfte sich die Zukunft links-alternativer sowie linksextremistischer Projekte – nicht nur im Internet – auszeichnen.

a. NADIR.ORG

Das älteste und bedeutendste linksextremistische Info-Portal findet sich unter www.nadir.org. Federführend bei diesem Projekt war die *Informationsgruppe Hamburg* (IFGHH), die von 1994 an ein Archiv aufbaute, das „Klassiker und neue Texte zu Antifaschismus, Feminismus, Mediendiskussionen etc. in grafisch nüchternem Format verfügbar macht“.⁸¹ Die technisch recht einfach gehaltene, dafür sehr umfangreiche Internetpräsenz beinhaltet neben aktuellen Informationen auch die Ziele und das Selbstverständnis der Betreiber.

„Die politische Neubestimmung der Linken steht weltweit auf der Tagesordnung. Durch den Zusammenbruch der realexistierenden sozialistischen Staaten wurde ihre Notwendigkeit überdeutlich. (...) die Realität des Lebensalltags in den kapitalistischen Zentren ist nur noch vage theoretisch gefasst, der weltweite neoliberale Ansturm auf die Lebensgrundlagen so vieler Menschen treibt uns in die Enge. Was wir mit nadir wollen ist an der Erarbeitung neuer Grundlagen der Linken durch die Bereitstellung eines Ortes zur Kommunikation

⁸⁰ Will man diese gezielt per Internet-Suchmaschine auffinden, gestaltet sich dies als die Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen. Gibt man in die Suchmaske bei www.google.de den Begriff „Linksextremismus“ ein und beschränkt man sich dabei auf in Deutschland registrierte Seiten, werden 18.900 Treffer aufgelistet. Den weitaus größten Anteil an der für sich genommen beeindruckenden Zahl nehmen dabei jedoch die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern ein. Die brisanten Inhalte lassen sich auf diese Weise jedoch kaum finden.

⁸¹ So die taz Hamburg, „Virtuelle Subversion“, Ausgabe vom 26.8.1999, S. 23; www.nadir.org/nadir/selbst/publi/andere/taz_5922.html (26.1.2004).

und Information mitzuarbeiten (...). Wir wollen Teil sein in der Wieder-, Weiter- und Neu-Entwicklung einer emanzipativen Perspektive, die international und internationalistisch allen Widerständen und Kämpfen eine gemeinsame Richtung gibt – you'll never walk alone. Weniger wird unserer Ansicht nach nicht genügen, um die herrschenden Verhältnisse grundlegend zu verändern.“⁸²

Insbesondere der letzte Abschnitt verdeutlicht die extremistische Grundhaltung der NADIR.ORG-Betreiber. Es geht um nicht weniger als die Bekämpfung und die grundlegende Veränderung des herrschenden „Systems“.

Ein entscheidendes Ziel des NADIR-Projektes ist es, durch die Konzentration vieler unterschiedlicher Gruppen, Initiativen, Zeitungen und Projekte an einem Ort eine bessere Auffindbarkeit zu erreichen:

„Sind linke Inhalte erst einmal im Netz, werden sie über die Suchmaschinen auch Menschen zugänglich, die nicht zur Szene gehören. Zeitungen, Bücher und Broschüren, die einmal in nadir veröffentlicht wurden, werden nie vergriffen sein. Sie können außerdem im Netz regelmäßig aktualisiert werden (worauf wiederum schon in der Printausgabe hingewiesen werden kann).“⁸³

Die inhaltliche Umsetzung ist in die Bereiche „aktuell“, „initiativ“, „periodika“, „archiv“, „adressbuch“, „kampagnen“ und „suche“ unterteilt, wobei das „archiv“ den inhaltlichen Schwerpunkt darstellt. Zu allen für die Entwicklung der Linken wichtigen Themen sollen „mindestens“ grundlegende Informationen zur Verfügung gestellt werden. Diese reichen von Anti-Atom-Bewegung über Antifaschismus, Antirassismus, Antimilitarismus, Antisemitismusstreit, Feminismus, Häuserkampf, Ökonomie, Internationalismus, Kultur, Medien, Netzkritik, Ökologiebewegungen, Politische Strömungen, Repression, Sexismus, Technologiekritik bis hin zum Bereich Diverses(!).

Auch neuere Druckwerke bekannter linker Verlage, insbesondere des ID-Verlages, werden auf NADIR.ORG als Online-Versionen kostenfrei zur Verfügung gestellt.⁸⁴ Darunter „klangvolle“ Titel wie „Früchte des Zorns – Texte und Materialien zur Geschichte der Revo-

⁸² So im Original nachzulesen unter www.nadir.org/nadir/selbst/selbst.html#1.%20Grundsatz (4.12.2003).

⁸³ www.nadir.org/nadir/selbst/info.html (26.1.2004).

⁸⁴ www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/ (26.1.2004).

lutionären Zellen und der Roten Zora“⁸⁵ und „Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams“⁸⁶. Will man die dort aufgeführten Werke erwerben, ist nur noch ein E-Mail-Formular auszufüllen, und das Ganze wird bequem nach Hause geliefert.

Der Bereich „initiativ“ dient der Selbstdarstellung verschiedener linker Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte. Daran wird deutlich, dass NADIR über die rein inhaltliche Arbeit hinaus insbesondere die autonome Szene unterstützt, indem ihr eine technische Plattform zur Verfügung gestellt wird, auf der sie ihre eigenen Internetauftritte ablegen können.⁸⁷

„Periodika“ stellt dem Besucher der Seite elektronische Kopien linker Periodika zur Verfügung.

Überraschend ist der Blick in die Rubrik „adressbuch“, in der ursprünglich aktuelle Adressen von linken und linksextremen Projekten abgelegt wurden. Während der Verfassungsschutzbericht 2002 dem linksextremistischen Personenpotenzial einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr attestiert⁸⁸, sahen sich die Betreiber von NADIR.ORG seit März 2003 „aus technischen und personellen Gründen“ außerstande, die Rubrik weiterhin aktuell zu halten. Zuletzt hatte das Verzeichnis einen Umfang von knapp 1.000 Adressen.

„Kampagnen“ hält neben aktuellen Informationen auch Inhalte über bereits abgeschlossene linke Kampagnen bereit. Im Bereich „aktuell“ werden schließlich tagesaktuelle Informationen abgelegt.

b. INDYMEDIA.ORG

Eine der jüngeren Internet-Plattformen findet man unter der Adresse www.indymedia.org.

Dieser Internetauftritt ist Teil des globalen „Indymedia“-Netzwerkes, das nach eigenen Angaben weltweit über 100 lokale „independent media center“ verfügt.⁸⁹ Der deutsche Ableger ist zu finden unter der URL <http://germany.indymedia.org/>.

⁸⁵ ID-Archiv im IISG (Hrsg.) [keine näheren Angaben], www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/BuchTexte/Zorn/Zorn00.html (26.1.2004).

⁸⁶ ID-Archiv im IISG (Hrsg.) [keine näheren Angaben], www.nadir.org/nadir/archiv/Repression/bad_kleinen/ (26.1.2004).

⁸⁷ www.nadir.org/nadir/initiativ/ (4.12.2003).

⁸⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2002, S. 116.

⁸⁹ Verfassungsschutz NRW, <http://www.im.nrw.de/sch/416.htm#> (4.12.2003).

In einem „mission statement“ stellen die Betreiber das Portal „Indymedia Deutschland“ als „(...) ein multimediales Netzwerk unabhängiger und alternativer Medien, MedienmacherInnen, engagierter Einzelpersonen und Gruppen [dar]. Es bietet offene, nichtkommerzielle Berichterstattung sowie Hintergrundinformationen zu aktuellen sozialen und politischen Themen. Bereits bestehende alternative Strukturen sollen dadurch in ihrer Arbeit unterstützt werden.“⁹⁰

Was seine inhaltliche Ausrichtung angeht, stehen sich Kritiker und Befürworter von „Indymedia“ indes unversöhnlich gegenüber. Stein des verbreiteten Anstoßes war der am 28. August 2002 an das deutsche Indymedia-Portal als Ehrung verliehene „poldi-award“ in der Kategorie „Wissen, Bildung & Kultur“.⁹¹

Dieser Preis „für praktizierte E-democracy“⁹² wurde auf Initiative von „pol-di.net e.V./politik-digital.de“ ins Leben gerufen und wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt.⁹³ Seine besondere Brisanz erhält diese Preisverleihung dadurch, dass „Indymedia“ seitens der Verfassungsschutzbehörden als dem linksextremen Spektrum zumindest nahe stehend eingeschätzt wurde und wird.⁹⁴

⁹⁰ <http://germany.indymedia.org/static/ms.shtml> (26.1.2004).

⁹¹ Siehe Angelika Wegscheider, And the winner is ..., Online-Artikel vom 17.8.2003, abrufbar unter www.politik-digital.de/edemocracy/netzkultur/paward4.shtml (26.1.2004).

⁹² Siehe Florian Rötzer, Update: Für Rechtspopulist Schill ist sogar die RAF noch bei Indymedia aktiv, Online-Artikel vom 19.9.2002, einzusehen unter www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/on/13274/1.html&words=Linksextremismus (26.1.2004).

⁹³ Siehe Angelika Wegscheider, And the winner is ..., Online-Artikel vom 17.8.2003, abrufbar unter www.politik-digital.de/edemocracy/netz-kultur/paward4.shtml (26.1.2004).

⁹⁴ Siehe zum Beispiel Innenministerium NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm (26.1.2004); weiterführende Informationen siehe Florian Rötzer, Update: Für Rechtspopulist Schill ist sogar die RAF noch bei Indymedia aktiv, Online-Artikel vom 19.9.2002, unter www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/on/13274/1.html&words=Linksextremismus (26.1.2004). Zu dem „Skandal“ ist allerdings noch festzustellen, dass die Preisverleihung im August 2002 erfolgte. Erstmals erwähnt wurde „Indymedia“ im Bundesverfassungsschutzbericht 2001, der im August 2002 erschien, und im Landesverfassungsschutzbericht Hamburg vom März 2002. Aufgrund des gezielten Auftretens von „Indymedia“ als alternatives, aber nicht extremistisches Portal war es für politik-digital.de nicht unbedingt möglich, die Verbindungen in die verfassungsfeindliche Ecke zu sehen.

In der Folge sahen sich ob dieses mutmaßlichen Skandals insbesondere Stimmen aus dem Oppositionslager veranlasst, von den an der Preisverleihung beteiligten Regierungsorganen eine ausdrückliche Distanzierung zu fordern.⁹⁵

Kann „Indymedia“ folglich als linksextremistisch im hier relevanten Sinne eingestuft werden? Seinem Selbstverständnis nach ist der deutsche Ableger von „Indymedia“ „... ein internationales Netzwerk von Medieninitiativen und AktivistInnen für unabhängige und unkommerzielle Berichterstattung von unten – vor Ort und weltweit. Es versteht sich als Teil eines weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung.“⁹⁶

Es richtet sich nach Ansicht des Verfassungsschutzes NRW vor allem an linksalternative und linksextremistische Nutzer und Konsumenten und versteht sich als frei zugängliches Nachrichtenmedium, das eine Gegenöffentlichkeit zu den kommerziellen Medien schaffen will.⁹⁷ Vermag die unbestreitbare Attraktivität für die linksextremistische Klientel das in Rede stehende Portal insgesamt als linksextremistisch und daher verfassungsfeindlich zu klassifizieren? Nach der hier vertretenen Auffassung wäre eine solche Einordnung nur dann gerechtfertigt, wenn sich der Inhalt als solcher als linksextremistisch einordnen ließe.

Zwar haben mittels „Open Posting“ sowohl Gruppen wie auch Einzelpersonen die Möglichkeit, ohne besondere Zugangsberechtigung ihre Aufrufe, Berichte und sonstigen Beiträge vom eigenen PC aus direkt auf der „Indymedia“-Plattform einzustellen.⁹⁸

„Indymedia“ selbst begründet dies mit dem Anspruch, „immer auch ein Teil der Bewegung zu sein“, von der sie berichten.⁹⁹ Jedoch ist anzumerken, dass auch die „offenen“ Beiträge vor dem Einstellen ins Netz eine redaktionelle Bearbeitung erfahren. Ein Redaktionsteam hat die Aufgabe, Beiträge mit rassistischen, antisemitischen, faschis-

⁹⁵ Siehe unter anderem Wolfgang Bosbach, MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Ressort Innen- und Rechtspolitik, und Angelika Volquartz, MdB, Bundesregierung muss sich von Preisverleihung an linksextremes Internetportal „indymedia.de“ distanzieren, geschrieben am 20.9.2002, abrufbar unter www.cdulandesgruppe-nrw.de/news/1032523854.shtml (26.1.2004).

⁹⁶ Siehe <http://de.indymedia.org/static/ms.shtml> (26.1.2004).

⁹⁷ Verfassungsschutz NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm# (4.12.2003).

⁹⁸ Verfassungsschutz NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm# (4.12.2003).

⁹⁹ Verfassungsschutz NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm# (4.12.2003).

tischen oder sexistischen Inhalten auszusondern.¹⁰⁰ Das Einstellen von rechtswidrigen und/oder augenscheinlich extremistischen Inhalten, die über kurz oder lang ein Tätigwerden der Strafverfolgungsbehörden nach sich ziehen würde, soll auf diesem Wege verhindert werden.¹⁰¹ Eine generelle inhaltliche Kategorisierung des deutschen „Indymedia“-Portals als linksextremistisch kann daher nicht vorgenommen werden.

Allerdings wird „Indymedia“ gern und oft von Linksextremisten genutzt, auch die Berichte von „Entglasungen“¹⁰² und anderen Sachbeschädigungen sind nicht selten zu finden. Letztlich scheint mit „Indymedia“ das Konzept von NADIR verwirklicht – die Bereitstellung eines (eher unverdächtigen) Ortes zur Kommunikation und Information.¹⁰³ Gerade dadurch, dass „Indymedia“ sich bemüht, nicht eindeutig dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen zu sein, kann es seine Rolle als Medium in der Grauzone zwischen demokratischem linken Protest und linksextremistischen Gruppen ausfüllen.

Inhaltlich zeichnet sich „Indymedia“, neben der üblichen Kategorisierung und Darstellung in verschiedene Rubriken, vor allem durch eine gleichsam innovative Art der Berichterstattung aus: Dem Selbstverständnis folgend, immer auch Teil der Bewegung zu sein, haben die Betreiber ein umfangreiches Arsenal von vor Ort aufgenommenen Videosequenzen eingerichtet, die den Internet-Usern das jeweilige Geschehen vor Ort zugänglich machen sollen.¹⁰⁴

¹⁰⁰ Auffällig sind hier die Adjektive, die dem typischen Vokabular der linken Szene entsprechen. Dass sich entsprechende Zensur auch gegen linksextremistische Inhalte richten könnte, geht hieraus nicht hervor.

¹⁰¹ Dass die Betreiber von „Indymedia“ Deutschland dieses Anliegen durchaus ernst nehmen, kann anhand eines unter <http://de.indymedia.org//2003/03/46660.shtml> (26.1.2004) archivierten postings dokumentiert werden, in der ein Nutzer gegen das Entfernen von seinen „Beiträgen zur Bekämpfung der Bullen“ aufbegehrt.

¹⁰² Siehe als Beispiel <http://de.indymedia.org//2004/01/72257.shtml> (9.2.2004).

¹⁰³ Zwischen NADIR.ORG und „Indymedia“ gibt es enge Zusammenhänge. So war laut Hamburger Verfassungsschutzbericht Nadir an der Gründung von Indymedia Deutschland beteiligt. Siehe Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 2002, S.100. Die Kontakte zeigen sich auch an den regelmäßig stattfindenden gemeinsamen „Essen und Reden“-Veranstaltungen. Siehe auch www.nadir.org/nadir/aktuell/themen/infosystem.html.

¹⁰⁴ Verfassungsschutz NRW, www.im.nrw.de/sch/416.htm# (4.12.2003).

In der Regel handelt es sich dabei um Dokumentationen von erfolgten Aktionen und/oder Demonstrationen, die eine als einseitig empfundene Berichterstattung durch die „mainstream“-Medien aus einem anderen Blickwinkel beleuchten soll. Themenschwerpunkte sind hierbei – wie bei NADIR.ORG – neben der kapitalistischen Globalisierung auch der Antifaschismus, Antirassismus oder ökologische Fragestellungen. Der eigene Anspruch auf Bereitstellung einer „Gegenöffentlichkeit“ zu den herkömmlichen Medien und eine dadurch unabhängige Berichterstattung wird damit auf eine neue Stufe gestellt. Meinungsbildung erfolgt nicht mehr nur durch das Beharren auf ideologische Dogmen, vielmehr sollen Fakten dem mündigen User den Weg zu einer eigenen Schlussfolgerung weisen.

Insbesondere dem zur Verfügung gestellten Videomaterial kann dabei ein massives Potenzial zur Meinungsbildung unterstellt werden. Ähnlich dem Massenmedium Fernsehen wird auch hier die bisher dem klassischen Fernsehen vorbehaltenen Suggestivkraft der bewegten Bilder gezielt zum Einsatz gebracht.

c. Der Fall „XS4ALL“

Während die bisher genannten Internetportale sich weniger durch spektakuläre Inhalte denn durch die organisierte und (redaktionell) aufbereitete Verbreitung von rechtlich in der Regel nicht zu beanstandenden Informationen auszeichnen, soll abschließend ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit genannt werden, wie das Internet zur Nutzung verbotener linksextremistischer Inhalte genutzt worden ist.¹⁰⁵

Das Magazin „Der Spiegel“ widmete sich im April 1996 dem Umstand, dass auf der damaligen Homepage der stellvertretenden PDS-Parteivorsitzenden Angela Marquardt ein Hyperlink hinterlegt wurde, der eine Weiterleitung auf die Online-Ausgabe der in Deutschland verbotenen linksextremen Untergrundzeitschrift „radikal“ ermöglichte.¹⁰⁶

¹⁰⁵ Im Gegensatz zu den vorgenannten Portalen, deren Auffinden mit Hilfe von Suchmaschinen problemlos möglich ist, vollzieht sich die Verbreitung verbotenen Gedankenguts gut getarnt. Ohne einschlägige Kenntnisse, Kontakte und Passwörter ist das rein zufällige Auffinden derartiger Seiten beinahe ausgeschlossen.

¹⁰⁶ Unter der URL www.xs4all.nl/~tank/radikal sind die genannten Inhalte noch immer verfügbar (Stand: 4.12.2003); Näheres siehe Tilman Baumgärtel, Ein

Der Hyperlink führte zur Ausgabe 154 der genannten Zeitschrift, in der unter anderem ein Artikel über die Anleitung zur Durchführung von Sabotageaktionen an Zugstrecken erschienen ist. Die in der Folge von der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten der Beihilfe zur „Anleitung zu einem gemeingefährlichen Vergehen“ gemäß § 316b Absatz 1 StGB angeklagte Politikerin entging im Ergebnis zwar einer Verurteilung, damals wurde aber für eine breitere Öffentlichkeit erstmals sichtbar, dass das Internet für die Verbreitung extremistischen Gedankenguts rege genutzt wird.¹⁰⁷

V. „Netzaktivismus“

Mit dem Erwerb vertiefter Kompetenzen im Umgang mit dem Internet begannen linksorientierte Gruppen, nicht nur Informationen über das Netz zu verbreiten, sondern die zugrunde liegende Technik selbst zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen. Diese unter dem Begriff des „Netzaktivismus“ bekannt gewordenen Aktionen haben in der Regel die Störung von Computerservern zum Ziel, die ihrerseits ein Internetangebot bereitstellen.

Die elektronischen Attacken richten sich meist gegen die digitalen Nervenbahnen von staatlichen Institutionen und wirtschaftlichen Unternehmen. Eine solche Form des elektronischen Protests vermag in Zeiten wachsender finanzieller Bedeutung des Netzes die betroffenen Akteure meist empfindlicher zu beeinträchtigen als dies über konventionelle Protestformen möglich wäre.

So genannte „Hacker“ und andere potenzielle „Netz-Terroristen“ können dabei von jedem Ort der Welt aus und mit überschaubarem Aufwand vorgehen und sind durch die Anonymität des Netzes für nationale Sicherheitsbehörden nur schwer greifbar.

Die Möglichkeiten, die sich potenziellen Aktivisten dabei bieten, sind vielfältig. Einige Möglichkeiten und Stationen des Netzaktivismus sollen nachfolgend kurz dargestellt werden.

Hyperlink ins Gefängnis?, in: Telepolis 24.01.1997, Artikel abrufbar unter www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1114/1.html (4.12.2003).

¹⁰⁷ Sabine Helmers, Hyperlink-Prozess – Freispruch für Angela Marquardt, Online-Artikel unter www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1236/1.html (4.12.2003).

1. Hacking

Das so genannte „Hacking“ oder auch „Cracking“ stellt den wohl massivsten Eingriff in fremde Computersysteme dar. Ziel ist das Auspähen von Daten, das Verändern und Löschen sowie das Hinterlassen von Botschaften auf fremden Internetseiten. Ein solcherart „neu“ gestaltetes Online-Angebot wird dann über die ursprüngliche Internet-Adresse wieder zugänglich gemacht. Nutzer und Anbieter werden in der Folge mit manipulierten Inhalten konfrontiert. Zwar sind im Internet auch hierzu (über Suchmaschinen) vielfältige Anleitungen einsehbar¹⁰⁸, allerdings sind die genannten „sensiblen“ Internetseiten mittlerweile derart massiv gegen unbefugten Zugriff von außen geschützt, dass gehackte Seiten kaum noch ein Thema sind.

2. Mailbombing

Unter „Mailbombing“ versteht man das Versenden großer Mengen nutzloser Daten per E-Mail an eine Person oder ein System, um so die Mailbox des Betroffenen mit Datenmüll zu verstopfen. Eine E-Mail-Sendung großen Umfangs kann den gesamten Plattenspeicher auf dem Server des Empfängers belegen beziehungsweise den Server derart überlasten, dass er faktisch lahm gelegt wird.¹⁰⁹ Zwei Tage nach einem Aufruf der Globalisierungskritiker von *ATTAC* gegen die Reformpläne der Bundesregierung am 15. Dezember 2003¹¹⁰ wurden mehr als 600.000 Protestmails an Bundestagsabgeordnete verschickt.¹¹¹ Dabei wurden die Mailserver des Bundestags derart überlastet, dass sich E-Mails sechs Stunden lang nicht öffnen ließen.¹¹²

Die umfangreiche öffentliche Berichterstattung war dabei ein erwünschter Nebeneffekt.

¹⁰⁸ Als Beispiel sei die Internetseite www.hacking.de.nr genannt (4.12.2003).

¹⁰⁹ www.net-lexikon.de/Mail-Bomb.html (4.12.2003).

¹¹⁰ Nachdem der Vermittlungsausschuss seine Ergebnisse im Ringen um die Reformpakete bekannt gegeben hat.

¹¹¹ Frankfurter Rundschau vom 19. Dezember 2003, S. 5.

¹¹² Frankfurter Rundschau vom 19. Dezember 2003, S. 5.

3. „Virtuelle Sit-ins“ (Denial-of-Service-Attacken)

Mit „virtuellen Sit-ins“ bezeichnet man die elektronische Form von „Sitzblockaden“, mit denen die entsprechenden Internetportale blockiert werden können. Ähnlich einer Sitzblockade soll dabei der Zugang von außen auf den entsprechenden Server unterbunden werden. Um dies zu erreichen, wird auf der entsprechenden Internetseite in kurzen Abständen der „Reload“-Button des Browsers angeklickt und so immer wieder eine neue Anfrage an den Zielservers geschickt. Wenn nun zeitgleich eine sehr große Zahl von Anfragen eingeht, wird der Webserver durch diese gezielte Überlastung die Antworten immer langsamer geben können, während gleichzeitig der „Zufahrtsweg“ – die Leitung, die zum Server führt – von zu vielen Datenpaketen verstopft wird.¹¹³

Der Server wird dadurch für die Zeit der massiven Zugriffe annähernd vollständig an der Ausübung seiner Funktion gehindert (denial of service). Waren dafür ursprünglich in der Regel tausende von Internet-Usern vonnöten, die an ihren Rechnern engagiert immer wieder die Seite neu aufrufen mussten, wird diese Aufgabe mittlerweile von eigens dafür entwickelten Computerprogrammen übernommen, die sich ebenfalls im Internet finden lassen.¹¹⁴ In der an sich noch recht jungen Geschichte des Internets gibt es eine erstaunlich große Anzahl an politisch motiviertem „Netzaktivismus“, der sich die genannten technischen Möglichkeiten zunutze gemacht hat.¹¹⁵

a. StranoNet

Eine der ersten dokumentierten Attacken dieser Art im europäischen Raum geht auf eine unter dem Namen „StranoNet“ bekannt gewordene Gruppierung aus Florenz zurück. Im Dezember 1995 kursierte eine von „StranoNet“ verfasste E-Mail, die Internetnutzer in aller Welt aufrief, am 21.12.1995 das Internetportal der französischen Regierung zu besuchen und durch das wiederholte Aktualisieren diese

¹¹³ www.sec-world.net/d/gefahren/dos.shtml (4.12.2003).

¹¹⁴ Siehe z. B. www.hackerindex.de/dos.denial%20of%20servis.html (4.12.2003).

¹¹⁵ Lesenswert dazu: Christoph Bieber, Protestkommunikation im Internet, in: Holznagel/Grünwald/Hanssmann (Hrsg.), Elektronische Demokratie, München 2001, S. 124 ff.; Armin Medosch, Demonstrieren in der virtuellen Republik – Politischer Aktivismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen, in: Schulzki-Haddouti (Hrsg.), Bürgerrechte im Netz, Bonn 2003, unter www.bpb.de/files/6EMX5S.pdf (4.12.2003).

zum zumindest zeitweisen Zusammenbruch zu bringen.¹¹⁶ Durch diesen „netstrike“, also eine virtuelle Form des Sitzstreiks, wollte die Gruppe dem als weltweit empfundenen Protest gegen die damaligen Atombombentests der französischen Regierung im Mururoa-Atoll im Pazifik Ausdruck verleihen.¹¹⁷ Der damals innovative Charakter dieser Aktion rief schnell die traditionellen Medien auf den Plan, welche mit ihrer Berichterstattung den geplanten „netstrike“ einer weit größeren Öffentlichkeit zugänglich machten, als dies ansonsten der Fall gewesen wäre.

Zum angekündigten Zeitpunkt wurde der Webserver der französischen Regierung von derart vielen Anfragen erreicht, dass er nach Angaben von „StranoNet“ für einige Zeit völlig blockiert war.¹¹⁸ Der damals gesetzte Meilenstein der elektronischen Protestkundgebung wird heute zu Recht als „Blaupause für zukünftige Formen (...) des aktiven politischen Widerstands im Internet“¹¹⁹ bezeichnet. Der virtuelle Sitzstreik wurde hoffähig.

b. Lufthansa – „deportation class“

Im Frühsommer des Jahres 2001 wurde erstmals auch Deutschland Schauplatz einer vergleichbaren Aktion.

Hintergrund war die Abschiebep Praxis von Asylsuchenden auf Linienflügen der *Lufthansa AG*, die von Beamten des Bundesgrenzschutzes eigens dafür gebucht wurden.¹²⁰ Im Mai 1999 führte während eines solchen der Abschiebung dienenden Fluges die Anwendung polizeilichen Zwanges zur Ruhigstellung des sich massiv widersetzenden sudanesischen Flüchtlings Aamir Ageeb zu dessen Tod.¹²¹

Im Zuge der öffentlichen Kritik über die Umstände dieser Abschiebungen nahm eine selbst ernannte „Anti-Deportation-Allianz“ von

¹¹⁶ Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 262.

¹¹⁷ Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 262.

¹¹⁸ Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 263.

¹¹⁹ Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 263.

¹²⁰ Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 292 ff.; siehe Frankfurter Rundschau vom 19.10.2001, S. 23; www.politik-digital.de/edemocracy/netzkam-pagnen/images/lufthansa.shtml (23.01.2004); siehe zur rechtlichen Würdigung Dennis Kraft/Johannes Meister, Rechtsprobleme virtueller Sit-ins, *Multimedia und Recht* (MMR) 2003, S. 366 ff.

¹²¹ Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 293.

mehr als 150 Gruppen und Organisationen die breit gestreute öffentliche Empörung über den Tod des Sudanesen zum Anlass für eine Kampagne unter dem Namen „Lufthansa goes offline“, die sich gegen die Lufthansa AG richten sollte.¹²² Ziel der Kampagne war eine während der Aktionärs-Hauptversammlung am 20. Juni 2001 durchzuführende „denial-of-service“-Attacke.

Unterstützend bedienten sich die Initiatoren der Software „Floodnet“, einem Programm, mit dem die maßgeblichen Anfragen an den Lufthansa-Server automatisch generiert werden konnten. Während sich eine bereits im Jahr zuvor durchgeführte Kampagne „deportation class“ konventioneller Protestmethoden bedient hatte, kam es bei der neuen Kampagne zur Verknüpfung von physischem und virtuellem Protest.

Während der Aktionärs-Hauptversammlung kam es zu 1,2 Millionen Zugriffen auf die entsprechende Internetseite, welche deren Funktionsfähigkeit zumindest beeinträchtigt haben dürfte. Zeitgleich wurde die Versammlung selbst mit Sprechchören, Transparenten und künstlerischen Performances konfrontiert.¹²³ Die damit erzielte publizistische Außenwirkung war immens und zeigt eindrucksvoll, dass der gezielte Einsatz des Mediums Internet unter Umständen zu einer gesteigerten Öffentlichkeitswirksamkeit führen kann.

Im Gegensatz zum Hacking finden solche DoS-Attacken mittlerweile regelmäßig statt.

VI. Fazit/Ausblick

Der politische Linksextremismus ist online. Linke Gruppierungen haben das Internet im Laufe der letzten Jahre als hocheffizientes Sprachrohr entdeckt. Der geringe technische Aufwand, überschaubare Kosten, konkurrenzlose Aktualität und die weltweite Zugriffsmöglichkeit benennen nur einige Gründe, die das Netz für die Verbreitung extremistischen Gedankenguts so reizvoll machen.

Mit der zunehmenden Vernetzung zu einem „weltweiten Dorf“ dürfte auch die linksextremistische Nutzung des Internets weiter zunehmen. Es sei jedoch die Prognose gewagt, dass zumindest im Be-

¹²² Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 293.

¹²³ Während die Organisatoren einen annähernden Totalausfall für den relevanten Zeitraum attestierten, wurde dies von der Lufthansa AG unter Hinweis auf die vorherige Erhöhung der Serverkapazität dementiert; siehe Armin Medosch (siehe oben Rn. 13), S. 296.

reich des Internets der Linksextremismus klassischer Prägung an Bedeutung verlieren wird.

Mit dem Zusammenwachsen des „weltweiten Dorfes“ wird auch die Protest- und Widerstandskultur nationale Grenzen überwinden. Es spricht einiges dafür, dass sich das intellektuelle Potential der Linksextremisten abspalten und „größeren“ Aufgaben zuwenden dürfte, während die linksextremen Dogmatiker in den Hintergrund gedrängt werden.

Nicht mehr Marx und Antifa im engeren Sinne werden die breite Masse mobilisieren, sondern die Neuauflagen von „Seattle“, „Genua“ oder Vergleichbares. Auf das Top-Thema „Globalisierung“ können andere folgen. Von primärer Bedeutung wird vor allem eine anzustrebende Breitenwirkung sein, um mit Hilfe einer breiten Protestbewegung den „Kapitalismus“ und „Demokratie“, wie wir sie kennen, zu diffamieren und zu zerstören.

Lokale Aktivitäten und Themen und die damit einhergehende Nachwuchsrekrutierung werden auch weiterhin auf der Agenda stehen, dürften aber – zumindest virtuell – in den Hintergrund treten. Bei der Behandlung globaler Themen wird hingegen das Internet eine Schlüsselfunktion hinsichtlich Mobilisierung, Koordinierung und auch Intellektualisierung des linksextremen Spektrums innehaben.

Ebenso wie das Fernsehen den klassischen Druckwerken mehr und mehr den Rang abläuft, könnte das Internet langfristig in Konkurrenz zu den klassischen Fernsehkanälen treten. Breitbandige Internetzugänge sind auf dem Vormarsch. Nicht zuletzt der harte Wettbewerb in diesem Bereich wird dafür sorgen, dass ein solcher Breitbandanschluss in einigen Jahren zu für jedermann erschwinglichen Preisen angeboten wird.

Ein solcherart standardisiertes „Internet-Fernsehen“ vermag den gewachsenen Medienstrukturen sicher nicht den Rang ablaufen. Dennoch: In Zeiten zusammenwachsender Medien- und Meinungsmacht wird das Internet über den Weg der technischen Evolution seine Authentizität weiter ausbauen. Das Internet-Fernsehen steht in den Startlöchern.

Es wird sich, wie am Beispiel „Indymedia“ zu sehen ist, die hier vertretene Hypothese zunutze machen, dass wir uns und unsere Gesellschaft mehr denn je über das definieren, was wir sehen. Die gegenwärtige Entwicklung zum sorgsam vorbereiteten „embedded journalism“ dürfte bei vielen Menschen zu einem Bedürfnis an Authentizität führen, dessen Befriedigung sie durch mutmaßlich unabhängige Projekte wie „Indymedia“ zu erfüllen versuchen werden.

Mit der dann fortschreitenden Etablierung vergleichbarer Internetportale wird auch die Verbreitung extremistischen und verbotenen Gedankenguts zunehmen, das demokratische Strukturen zu unterminieren versucht. Es muss daher auch künftig Aufgabe der Verfassungsschützer sein, unter Beachtung unserer verfassungsrechtlichen Vorgaben derartigen Entwicklungen mit geschärftem Auge entgegenzutreten.

Juliane Wetzel

Antisemitismus und Holocaustleugnung als Denkmuster radikaler islamistischer Gruppierungen

Der Nahost-Konflikt, insbesondere aber die Auswirkungen der Ereignisse in Dschenin und Bethlehem im Frühjahr 2002 auf Europa, haben deutlich gemacht, welchen Mobilisierungseffekt solche außenpolitischen Ereignisse, die im Zentrum des medialen Interesses stehen, auf einen latenten Antisemitismus im Inland haben können. Bereits mit dem Beginn der zweiten Intifada im Herbst 2000 und der zunehmenden Radikalisierung der Auseinandersetzungen im Nahen Osten wurde evident, dass antisemitische Stereotypenbildung und Propaganda aus den arabischen Ländern einen zentralen Einfluss auf die muslimischen Zuwanderungsgesellschaften in verschiedenen europäischen Ländern ausüben. Wobei diese antisemitischen Vorurteilsstrukturen kaum Anknüpfungspunkte an etwaige Traditionen im Islam aufweisen, sondern vielmehr Ergebnis von europäischen Vordenkern des Antisemitismus in die muslimische Welt getragenen Topoi sind, die dort inzwischen einen zentralen Stellenwert einnehmen.¹

Bis in den Sommer 2000 hinein schienen die Verhandlungsbemühungen um eine friedliche Regelung des Nahost-Konflikts Erfolg versprechend. Das Scheitern von Camp David II und die im Oktober 2000 einsetzende zweite Intifada (Al-aqsa-Intifada) markierten einen Wendepunkt. Die Antisemitismus-Reporte des Jahres 2000² zeigen, wie sich die enttäuschten Erwartungen in einem deutlichen Ansteigen antisemitischer Vorfälle in den letzten Monaten des Jahres niederschlugen. Neben dem anhaltenden Medieninteresse an den gewalttätigen Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt brachte das Jahr 2001 zwei weitere Ereignisse, die dem Antisemitismus weltweit Vorschub leisteten. Auf der World Conference on Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance in Durban vom 31. August bis 7. September 2001 kam es auf den Treffen der NGOs zu

¹ Vergleiche zum Antisemitismus in der arabischen Welt Bassam Tibi, *Der importierte Hass*, in: *Die Zeit* vom 6.2.2003.

² *Antisemitism Worldwide 2000/2001*, herausgegeben von Stephen Roth Institute, Tel Aviv University; *Antisemitism World Report 2000/2001*, herausgegeben von Jewish Policy Research London.

heftigen antisemitischen Ausbrüchen, die sich insbesondere gegen Vertreter jüdischer Gruppen richteten.³ Wenige Tage später lösten die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon eine heftige Diskussion über die Ursachen des radikal islamistischen Terrorismus aus, die von manchen primär in der israelischen Besatzungspolitik und in der pro-israelischen Haltung der US-Politik gesehen wurden. Diese Verbindung von antizionistischen und anti-amerikanischen Einstellungen bildete ein weiteres Element für das Aufkommen einer antiisraelischen, partiell aber auch antisemitischen Stimmung in Europa. Das Zusammentreffen dieser Motive bedient sowohl die Kritiker von Kolonialisierung und Globalisierung auf der extremen Linken, den traditionell antisemitischen Rechtsextremismus sowie Teile der muslimischen/arabischen Zuwanderer in einigen europäischen Ländern, insbesondere in Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Niederlanden.

In Deutschland hingegen zeigte sich, dass im öffentlichen Diskurs um den Nahostkonflikt und die Ereignisse im Frühjahr 2002 antisemitische Vorurteile virulent waren, antisemitische Übergriffe jedoch im Wesentlichen noch immer ihren Ursprung in der rechtsextremen Szene⁴ hatten und nur ganz vereinzelt Tötlichkeiten gegen Juden zu verzeichnen waren, die „arabisch aussehenden“ Tätern zugeschrieben wurden.

Die muslimische Bevölkerung Deutschlands konnte bisher kaum von radikalen Islamisten für ihre antisemitischen Ziele mobilisiert werden. Selbst der Versuch des inzwischen verstorbenen führenden FDP-Mitglieds Jürgen Möllemann, der die Antisemitismus-Debatte im Mai 2002 maßgeblich bestimmt hatte, mit antisemitischen Stereotypen auch Wähler unter den wahlberechtigten Moslems in Deutschland zu rekrutieren, misslang und wurde von islamischen Vertretern

³ Fire and Broken Glass. The Rise of Antisemitism in Europe, herausgegeben von Lawyers Committee for Human Rights, Washington D. C. 2002, (Online-Version www.lchr.org).

⁴ Der deutliche Anstieg antisemitischer Übergriffe, insbesondere von Friedhofsschändungen und Propagandadelikten, die vor allem der rechtsextremen Szene zuzuschreiben sind, verlief parallel zur Radikalisierung des Nahost-Konflikts, so dass mediale Präsenz des Themas und der öffentliche Diskurs auch einen deutlichen Mobilisierungseffekt bei Rechtsextremen hatten. Sie sahen den ihrem Denkschema immanenten Antisemitismus bestätigt, als im Zuge der Möllemann-Debatte Juden in Deutschland für die Politik Israels verantwortlich gemacht wurden und dies als lang ersehnter „Tabubruch“ thematisiert wurde.

im Land vehement zurückgewiesen. Ausgelöst hatte die Debatte der aus Syrien stammende ehemalige Abgeordnete der Grünen Jamal Karsli, der am 30. Mai 2002 der FDP beitrug. Nachdem er bereits in einer Pressemitteilung Mitte März der israelischen Politik „Nazi-Methoden“ vorgeworfen hatte, äußerte er in einem Interview mit der wegen antisemitischer und verfassungsfeindlicher Propaganda seit Jahren von den Verfassungsschutzbehörden in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg beobachteten Wochenzeitung „Junge Freiheit“⁵ im Mai 2002, die „zionistische Lobby“ habe „den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und kann jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit klein kriegen“. Karsli verweist hier eindeutig auf das klassische Muster einer angeblich jüdischen Weltverschwörung, das zum festen Bestandteil antisemitischer Agitation sowohl der rechtsextremen Szene als auch der radikal islamistischen Propaganda zählt.

Die Mehrheit der etwa 3,2 Millionen Moslems, die heute in Deutschland leben, sind Türken (2 Millionen). Die ablehnende Haltung gegenüber den Rekrutierungsversuchen Jürgen Möllemanns und das schlechte Resultat der FDP bei den Bundestagswahlen 2002 haben gezeigt, dass sich die türkische Bevölkerung in Deutschland gegenüber vielen anderen moslemischen Zuwanderungsgesellschaften in Europa kaum für antisemitische Reaktionen auf den Palästina-Konflikt vereinnahmen lässt. Dies hängt eng mit der traditionell positiven Haltung der Türkei gegenüber Israel zusammen, die auch Ausdruck eines viel weiter reichenden bilateralen politischen Konflikts zwischen der Türkei und Griechenland ist. Griechenland reagierte auf die Allianz zwischen Israel und der Türkei mit einer Hinwendung zur arabischen Welt und verfolgt seit Jahren eine antiisraelische Außenpolitik.

Trotz der konstatierten, eher als gering einzustufenden Disposition der mehrheitlich türkisch-moslemischen Bevölkerung in Deutschland für antisemitisch-antizionistische Denkmuster darf die Gefahr einer Mobilisierung anderer moslemischer Gruppen arabischen Ursprungs durch antisemitische Indoktrination von außen nicht unterschätzt werden. Nicht nur das World Wide Web, sondern auch die Möglichkeiten des Satellitenfernsehens und des medialen Austausches weltweit machen es notwendig, das Phänomen Antisemitismus in seinen internationalen Zusammenhängen zu sehen. Deshalb

⁵ Junge Freiheit vom 3.5.2002.

versucht dieser Beitrag, die Komplexität des Themas über die Grenzen hinweg darzustellen.

Die antisemitischen Übergriffe gegen Juden und jüdische Einrichtungen sind im Frühjahr 2002 in Europa derart kulminiert, dass man von einer antisemitischen Welle sprechen kann, die eng mit den politischen Ereignissen im Nahen Osten verbunden ist. Als Täter wurden in Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Niederlanden überwiegend Jugendliche muslimischen Ursprungs aus dem Maghreb, aus Nordafrika und aus arabischen Ländern ermittelt, die in den Zuwanderungsländern selbst unter Diskriminierung und Rassismus leiden, in den Problemvierteln der Großstädte leben, arbeitslos und ohne Perspektive sind und sich einen Sündenbock für ihre katastrophale Lebenssituation suchen. Obwohl viele von ihnen als Immigranten aus den ehemaligen Kolonien Staatsangehörige der jeweiligen Länder sind, erhalten sie oft nur wenige Chancen, sich in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Das Fazit der französischen Polizei nach der Vernehmung von 42 potenziellen Tätern aus dem Maghreb lautete: „Es handelte sich überwiegend um Delinquenten, die keine Ideologie verfolgen, aber ihre Motivation aus einer diffusen Feindschaft gegenüber Israel ziehen, die durch die Medienpräsenz des Nahost-Konflikts noch verschlimmert wird [...], ein Konflikt, der ihrer Meinung nach ein Bild des Ausgeschlossenseins und der Fehler reproduziert, das der Situation ähnelt, in der sie sich selbst als Opfer fühlen.“⁶

Beeinflusst sind diese Jugendlichen jedoch nicht nur von der medialen Aufmerksamkeit, die die örtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten dem Nahost-Konflikt widmen, sondern vielmehr noch von radikal islamistischen Gruppierungen, die ihnen soziale Einrichtungen und Örtlichkeiten, wo sie sich treffen können, zur Verfügung stellen, sie aber gleichzeitig politisch und ideologisch indoktrinieren. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss haben darüber hinaus arabische Medien, die antisemitische Stereotypen – oft auch in subtiler Form – transportieren und in den europäischen Ländern zugänglich machen. Arabische Zeitungen, oft mit eigenen Ausgaben in den Zuwanderungsländern, sowie das Satellitenfernsehen tragen die Informationen bis in die Wohnstuben.

⁶ Zitiert bei Centre Simon Wiesenthal, *Antisemitism 2002 in France. „Intifada“ Import or Domestic Malaise?*, von Shimon Samuels/Mark Knobel, Paris 2002, S. 3.

Die Rezeption solcher Inhalte beschränkt sich allerdings auf jene, die der Sprache mächtig sind, also auf die Ingroup. Die Gefahren antisemitischer Indoktrination liegen jedoch heute vielmehr im weltweiten elektronischen Datenaustausch politisch unterschiedlicher Gruppierungen, die den Antisemitismus als einigendes Thema entdeckt haben. Teile der rechtsextremen Szene und radikal islamistische Gruppen nutzen das World Wide Web als Agitationsmedium und nicht zuletzt als einfaches, schnell zugängliches anonymes Mittel der ideologischen Vernetzung auf nationaler, vor allem aber auf internationaler Ebene. Gemeinsames Thema ist der Antisemitismus, der sich traditioneller Formen wie der Weltverschwörungstheorie, aber auch tradiertem Vorurteile aus der religiösen Judenfeindschaft bedient, insbesondere jedoch solche antisemitischen Topoi instrumentalisiert, die sich aus der Geschichtsklitterung des Holocaust und dem Vorwurf an die Juden, sie würden sich zu Unrecht als Opfer stilisieren und damit Macht ausüben, speisen. Vorrangigstes Ziel der antisemitischen Vorwürfe ist Israel, aber die Angriffe richten sich stellvertretend auch gegen alle Juden in der Welt, gleich welcher Nation sie angehören.

Das dominierende Motiv des aktuellen, aber keineswegs neuen Antisemitismus, der sich altbekannter Stereotypen bedient und diese für den Nahost-Konflikt instrumentalisiert, ist die jüdische Weltverschwörung, das heißt die Annahme, Juden würden mittels Finanz- oder Medienmacht und über verdeckten politischen Einfluss vor allem auf die USA, aber auch auf europäische Länder, das Weltgeschehen kontrollieren. Diese Grundannahme wird zur Erklärung ganz unterschiedlicher Phänomene verwendet. Die Holocaust-Leugnung nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Hier wird unterstellt, der Holocaust habe nie stattgefunden, die „Auschwitz-Lüge“ würde aber von jüdischer Seite benutzt, um mit Hilfe ihres Opferstatus moralischen Druck vor allem auf europäische Regierungen auszuüben (Restitution, Unterstützung der israelischen Politik), aber auch Einfluss auf die Israelpolitik der USA zu nehmen. Zudem negiert die These von der „Auschwitz-Lüge“ auch die Behauptung, die Gründung des Staates Israel sei historisch notwendig gewesen, um den Überlebenden des Holocaust und für Juden generell eine sichere Heimstätte zu schaffen. Genau an diesem Punkt wird diese zuerst von rechtsextremer Seite kolportierte Propaganda für radikal islamistische Gruppen in ihrem Kampf gegen Israel ideologisch verwendbar: Der Opferstatus und das Existenzrecht Israels werden negiert. In seiner schlimmsten Ausformung zielt dies nicht nur auf die Tilgung des Staates, sondern auf die Absicht, die Juden in der Welt auszulöschen, und avanciert

damit zu einem – wie Yehuda Bauer jüngst in der „Zeit“ deutlich gemacht hat⁷ – genozidalen Antisemitismus.

In Bezug auf die Instrumentalisierung der Holocaust-Leugnung hat ein Lernprozess stattgefunden, in dessen Verlauf aus Europa importiertes „revisionistisches“ Gedankengut in der arabischen Welt rezipiert wurde und in einer Art Rückkoppelungseffekt von dort aus wieder seinen Einzug in die Kreise der muslimische Bevölkerung der europäischen Länder hält und diese beeinflusst.

Ausgehend von bestimmten rechtsextremen Gruppierungen, insbesondere neurechte Ideologiekreise in Italien und Frankreich, entstanden erste Verbindungen zwischen Rechtsextremen und radikalen Islamgruppen Anfang der 80er Jahre. So hatte sich etwa die rechtsextreme italienische Zeitschrift „Construiamo l'azione“, zu deren Theoretikern der Parteichef der „Fronte Nazionale“ und gefährliche Rechtsterrorist Franco Freda gehört, bereits Anfang 1980 zur Islamischen Revolution im Iran bekannt. Fredas erklärte Ziele waren schon in den 60er Jahren: „Wir haben nur mit dem jüdischen und verjudeten Europa abzurechnen. Der palästinensische Terrorist ist unseren Racheträumen näher als der jüdische oder verjudete Engländer“. Bereits der faschistische italienische Rassentheoretiker Julius Evola⁸, der inzwischen zum Ideologielieferanten nahezu der gesamten internationalen rechtsextremen Szene avanciert ist, hatte dem Islam ein höheres Niveau als den anderen monotheistischen Religionen bescheinigt.⁹ Die heutigen Vertreter dieser Ideen schreiben dem Islam eine entscheidende Funktion im Anti-„Mondialismus“ zu, der schließlich zur Vernichtung Israels führen werde.¹⁰ Im Zuge dieses ideologischen Kampfes gegen den „Mondialismus“ übernimmt der Antisemitismus mehr und mehr eine gegen den Staat Israel gerichtete Funktion.¹¹ Zu Feinden werden das kapitalistische Israel, der

⁷ Die Zeit vom 31.7.2003.

⁸ Vergleiche zu Evolas Theorien, seine Blut- und Rassentheorien sowie seinen Einfluss auf die italienischen Rechtsextremen Franco Ferraresi, Da Evola a Freda. Le dottrine della Destra radicale fino al 1977, in: ders., La Destra radicale, Mailand 1984, S. 19-30.

⁹ blick nach rechts vom 8.10.1990.

¹⁰ Francesco Germinario, La destra, tra leghismo et antileghismo, in: Il calendario del popolo vom Januar 1994, S. 48.

¹¹ Italy (von Adriana Goldstaub), in: Antisemitism World Report 1994, passim; Bericht zur Lage des Antisemitismus in Italien von Adriana Goldstaub (Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea, Mailand), gehalten auf dem

Zionismus und nicht zuletzt die USA mit ihrem vermeintlich „Zionist Occupied Government“ (ZOG) erklärt. Hier verbinden sich nicht selten Antiamerikanismus und Antisemitismus zu einem gefährlichen Konglomerat, für das der Terminus „Ostküste“ als Code einer vermeintlich von Juden beherrschten amerikanischen Ostküste steht. Hier finden sich durchaus auch Anknüpfungspunkte zu Teilen der Globalisierungsgegner aus dem linksextremen Spektrum.

Nachdem sich in den letzten zehn Jahren der Antisemitismus immer mehr zum einigenden Faktor der gesamten internationalen rechtsextremen Szene entwickelt hat, sind die Anknüpfungspunkte zum fundamentalistischen Islam, der sich etwa seit Mitte der 90er Jahre mehr und mehr der „Auschwitz-Lüge“ als politischem Instrument bedient, zahlreicher geworden. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Gruppierungen aus beiden Lagern über das Internet und Usergroups beziehungsweise Chatforen in Verbindung stehen und trotz unterschiedlicher politischer Ziele mit der Verbreitung der „Auschwitz-Lüge“ ein gemeinsames Interesse vertreten. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 wurde immer deutlicher, dass sich nicht nur antisemitische Stereotypen fanatischer Islamisten und Rechtsextremer ähneln, sondern dass sie noch weitere thematische Gemeinsamkeiten haben: Sie lehnen die Moderne ab und wenden sich gegen eine mit „jüdischer Fremdherrschaft“ gleichgesetzte Globalisierung, für die nach ihrer Vorstellung als Symbol das New Yorker World Trade Center stand.¹²

Auf der einen wie auf der anderen Seite verraten Links die Nähe radikaler Islamisten zu rechtsextremen Gruppierungen. Abrufbar sind hier wie dort pseudowissenschaftliche Gutachten, die die Nichtexistenz von Gaskammern in Auschwitz belegen sollen, und vor allem die „Protokolle der Weisen von Zion“. Diese antisemitische Fälschung aus dem zaristischen Russland gehört seit ihrem Entstehen Anfang des 20. Jahrhunderts zum Handwerkszeug aller rechtsextremen Ideologen. Sie unterstellt den Juden, eine konspirative Ge-

Kongress der Unione delle Comunità Ebraiche Italiane, 20.-23. Juni 2002 (Manuskriptfassung).

¹² Vergleiche zu einem der Vorreiter solcher Ideen aus dem rechtsextremen Spektrum, dem inzwischen verstorbenen Führer der amerikanischen Neonazi-Organisation „National Alliance“, William Pierce, der unter dem Pseudonym Andrew Macdonald die „Turner Diaries“ verfasste, Thomas Grumke, *Rechtsextremismus in den USA*, Opladen 2001, S. 60 f., S. 112-119.

meinschaft anzustreben, die die Weltmacht an sich reißen will.¹³ Die „Protokolle“ haben – obgleich bereits seit den 50er/60er Jahren in der islamischen Welt kursierend – inzwischen auch vehement Einzug in die antizionistische Propaganda radikaler Islamisten gehalten. Solche verschwörungstheoretischen Legenden werden in aktuelle Zusammenhänge gestellt und zur politischen Waffe missbraucht, um zu unterstellen, die amerikanische Politik, aber auch die europäischen Staaten würden auf Druck einer vermeintlich jüdischen Weltmacht im Nahost-Konflikt auf Seiten Israels stehen.¹⁴ Folgt man einem der einflussreichsten Vertreter dieser Richtung, Ahmed Rami, so wird „Antisemitismus und Antijudaismus [...] auch weiterhin das stärkste Mittel der Regierungen in der muslimischen Welt sein“.¹⁵

Welche Aktualität die „Protokolle“ gerade in der arabischen Welt noch heute besitzen, beweist die ab 5. November 2002 während des Ramadan über verschiedene arabische Fernsehanstalten ausgestrahlte 41-teilige ägyptische Serie „Reiter ohne Pferd“, die das russische Machwerk in den Mittelpunkt stellte und ein Millionenpublikum erreichte, allerdings in arabischen Kreisen auch auf Kritik stieß.¹⁶ Solche Inhalte werden instrumentalisiert und richten sich nicht nur gegen Israel, sondern zielen auf alle Juden, die sich ver-

¹³ Solche Angebote finden sich etwa auch bei Radio Islam oder bei den italienischen rechtsextremen beziehungsweise pro-arabischen/pro-palästinensischen Internetseiten „Lo Straniero Senza Nome“, „Associazione Italia-Iraq“, „Oltre la Verità Ufficiale“, aber auch bei spanischen Homepages wie die der „Nuevo Orden“, einer Gruppe, die mit der gesamten rechtsextremen Szene verlinkt ist und Ähnlichkeiten mit der militant rechtsextremen amerikanischen „Stormfront“ aufweist.

¹⁴ Vergleiche etwa Seiten aus dem Umfeld der Hisbollah, die die „Protokolle der Weisen von Zion“ anbieten und damit beweisen wollen, dass dieses Pamphlet „die Basis für das Verhalten der Juden“ sei und „ihre Seele nichts außer Korruption enthalte“. Die Leser sollten diese „Protokolle“ studieren, um „darüber Bescheid zu wissen, wie rassistisch und destruktiv das Denken der Juden“ sei. Anti-Defamation League (Online-Version), Jihad Online: Islamic Terrorists and the Internet, 2002, S. 27.

¹⁵ Internetseite Radio Islam, eingesehen am 21.6.2000; Rami reproduziert diese und ähnliche Statements in vermeintlich intellektuell anmutenden, langatmigen Texten bis heute auf seiner Homepage; Internetseite Radio Islam, eingesehen am 21.3.2003.

¹⁶ MEMRI Special Dispatch – 5.11.2002; auf die Ausstrahlung wurde in verschiedenen deutschen Medien verwiesen, vergleiche etwa Der Tagesspiegel vom 26.11.2002.

meintlich zu einem Komplott gegen die Welt, insbesondere gegen die arabische Gemeinschaft verschworen hätten. Hier wird ein Boden bereitet – unterstützt etwa auch von Liedern wie „Ich hasse Israel“ des populären ägyptischen Liedermachers Shaaban Abd al-Rahim, der 2001 in Ägypten zum Sommerhit wurde –, den radikal islamistische Gruppen nutzen, um die antisemitische Stimmung in tätlichen Hass gegen Juden umzumünzen. Immer wieder zeigt sich, dass die Ursprünge des radikalen Islamismus in Ägypten mit der 1928 gegründeten Muslimbruderschaft und deren bereits in den 50er Jahren verbreiteter Vorwurf gegen die Juden als Avantgarde des Westens und als Feinde des Islams bis heute wirksam sind, vor allem seit in den letzten Jahren eine Wiederbelebung fundamentalistischer Lesarten des Islamismus zu konstatieren ist.

Radikale islamistische Gruppen bedienen sich eines antisemitisch-rassistischen Gedankenguts von Stereotypen der traditionellen Judenfeindschaft bis hin zu antizionistischem Inhalten. Zionist und Jude werden austauschbare Begriffe, selbst im apolitischen Kontext. Mit dem bloßen Ersetzen der Begriffe und dem Mantel des Zionismus versuchen sich Antisemiten zu tarnen und werden antizionistische Stereotypen zum willkommenen Bindeglied zwischen rechtsextremen und militanten arabischen Gruppierungen. Durch den Vorwurf, der zionistische Staat sei nur entstanden mit Hilfe des Druckmittels Holocaust, spielt in der Austauschbarkeit von Antisemitismus und Antizionismus die Leugnung des Genozids an den Juden die zentrale Rolle.¹⁷ Dabei lassen sich nicht nur Verbindungen zu fundamentalistischen Islam-Gruppen, sondern auch zu moderateren arabischen Politikern und Medien konstatieren. Eine bindende Funktion übernehmen dabei Figuren wie der französische Philosoph und ehemalige Chefideologe der französischen Kommunisten Roger Garaudy, der 1982 zum Islam konvertierte und zu einem der wirkungsmächtigsten „Revisionisten“ in der arabischen Welt aufgestiegen ist. Einen ähnlichen Werdegang vollzog auch der im World Wide Web prominent vertretene Italiener Claudio Mutti, Autor einschlägiger Werke und Betreiber eines rechtsextrem-revisionistischen Buchversandes, der ebenso esoterische wie radikal islamistische Werke anbietet und bereits 1979 die „Europäisch-Islamische Ge-

¹⁷ Tali Tadmor-Shimony, *Antisemitism on the Information Superhighway: A Case Study of a UseNet Discussion Group*, in: *acta (Analysis of Current Trends in Antisemitism)* 6 (1995), S. 7 f.

sellschaft“ gründete.¹⁸ Um den so genannten „Mondialismus“, die Globalisierung, also die weltweite Einheits- und Konsumgesellschaft zu bekämpfen, ist für die Anhänger dieser Richtung jeder einwandernde Moslem ein willkommener Revolutionär.

Solche Topoi bieten Anknüpfungspunkte zum rechtsextremen Lager. Eine der zentralen Figuren der Vernetzung zwischen radikalen Islamisten und dem internationalen rechtsextremen Spektrum ist Ahmed Rami, der seit 1987 den Radiosender „Radio Islam“ in Stockholm betreibt. Rami verbreitet über seine gleichnamige Internetseite antisemitische Hetze vom traditionellen Antisemitismus über die „Auschwitz-Lüge“ bis zum Antizionismus radikaler Islamgruppen. Als einer der Ersten speiste der nach Schweden geflohene ehemalige marokkanische Armeeingehörige über seine Webseite Artikel (postings) der militanten, 1991 gegründeten algerischen „Armed Islamic Group“ (Groupe Islamique Armée/GIA) ins World Wide Web.¹⁹ Rami wurde in Schweden mehrmals wegen Volksverhetzung verurteilt und mit Entzug der Radiolizenz bestraft.²⁰ Im April 1996 hat er seine eigene professionell gestaltete Internetseite ins Netz gestellt, die in zahlreichen Sprachen, darunter auch Deutsch, insbesondere „revisionistisches“ Ideengut verbreitet. Über Ramis Seite findet man Links zu den internationalen Auschwitz-Leugnern und ihren pseudowissenschaftlichen „Gutachten“, die die Nichtexistenz von Gaskammern nachzuweisen versuchen und damit den Genozid an den europäischen Juden in Zweifel ziehen. Öffnen lassen sich aber auch

¹⁸ Verlag und Buchdienst „Edizioni all’Insegna del Veltro (Parma)“, der unter anderem Publikationen von Robert Faurisson, David Irving, Claudio Mutti, Aleksandr Dughin, Julius Evola, Ruhollah Khomeini, Muhammad Asad, den „Leuchter-Bericht“ („Rapporto Leuchter, Presentazione di David Irving, Prevezione Robert Faurisson“) oder Titel wie „Il fascismo e L’Islam“ von Enrico Gallopini und vieles mehr anbietet; Internetseite, eingesehen am 5.5.2003. Auf der ehemals zugänglichen Linkliste von „Edizioni all’Insegna del Veltro“ fanden sich Hinweise auf das „Istituto Culturale Islamico Romano“, die Mailänder Somalier-Organisation „Il Fondaco dei Mori“ und etwa die Islamische Bibliothek in Köln; Internetseite, eingesehen am 30.8.2000.

¹⁹ Michael Whine, Cyberspace. A New Medium for Communication, Command and Control by Extremists, April 1999, S. 8, www.ict.org.il/articles/cyberspace.htm, S. 8; über MSANEWS/AIG’s Algeria News, GIA’s Letter to the French 2.7.1997.

²⁰ blick nach rechts vom 18.4.1995.

die „Protokolle der Weisen von Zion“ in verschiedenen Sprachen und Texte von Roger Garaudy und Claudio Mutti.²¹

Bis Oktober 2000 bot Rami über seine Seite auch Zugang zur Online-Präsentation der Hisbollah und Hamas. Nachdem er erneut in Schweden wegen Volksverhetzung verurteilt wurde, war seine Homepage zunächst nicht mehr zugänglich. Als sie über einen amerikanischen Provider im Januar 2001 wieder ans Netz ging, waren die Links zur Hamas und zur Hisbollah entfernt. Geblieben ist aber der Hinweis auf die Seite von Sheikh Abdessalam Yassin, dem Führer der radikalsten islamischen Organisation Marokkos (Adl wal Ihasan), der seit 1999 unter Hausarrest steht.

Rami unterhält regelmäßige Kontakte zu Louis Farrakhan, dem Führer der amerikanischen radikalen Black-Muslim-Bewegung „Nation of Islam“, der immer wieder mit antisemitischen Äußerungen und rassistischen Parolen auffällt, sowie zu dem Schweizer Holocaust-Leugner und zum Islam konvertierten Achmed Huber, der seinerseits als Kontaktperson zwischen Rechtsextremen und fundamentalistischen Islamisten fungiert. In diesem Sinne betont Huber immer wieder, die Araber seien die engsten Freunde NS-Deutschlands gewesen und dies würde sich bis zum heutigen Tage fortsetzen.²² Das State Department sieht in Huber einen Verbindungsmann zu terroristischen islamistischen Vereinigungen. Kurz nach dem Anschlag auf das World Trade Center räumte Huber ein, während seines Besuchs einer islamischen Konferenz in Beirut Kaderleute Bin Ladens getroffen zu haben, die er als „sehr diskrete, gut gebildete, sehr intelligente Leute“ beschrieb und „die eine völlig andere Qualität als früher haben“.²³ Auf Resonanz treffen Hubers Vorstellungen einer neuen Weltordnung auch bei seinem Freund Horst Mahler, der auf der von einschlägigen Vertretern der Szene geplanten und schließlich verbotenen „Revisionisten“-Konferenz in Beirut einen Vortrag mit dem Thema „Endlösung der Judenfrage – Gotteserkenntnis statt Judenhass“ halten wollte.²⁴ Der ehemalige RAF-Terrorist, der bis zu sei-

²¹ Ebenda, vergleiche auch Süddeutsche Zeitung vom 24.4.1997.

²² Siehe auch Hubers Interview mit dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ im September 2001, Online-Version, eingesehen am 5.5.2003.

²³ Zitiert nach Informationsdienst gegen Rechtsextremismus online; vergleiche auch blick nach rechts, 13.2.2003.

²⁴ Anne Zeilke, Allah ist mit den Springerstiefeln. Deutsche Rechtsextremisten biedern sich den Islamisten an – für Bündnisse sind sie aber zu verweicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.10.2001.

nem Austritt aus der NPD im März 2003²⁵ lange Zeit als Chefideologe der NPD und Anwalt im Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht fungierte, begrüßte ähnlich wie Huber die Anschläge des 11. September. Einen Tag nach dieser „militärischen Operation“ hatte Mahler unter dem Titel „Independence-Day live“ über seine Homepage „Deutsches Kolleg“ seiner Freude über das damit erzielte „Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus“ Ausdruck verliehen.²⁶ Nach Mahler wächst der Islam „jetzt zum militanten Widerstand gegen die ‚Verwestlichung‘ der Welt heran. Dieser Widerstand ist eine geistige Kraft, die deshalb siegreich sein wird, weil sie die Gottlosigkeit der Moderne [...] offenbart“.²⁷ Im März 2003 wurde Mahler in zweiter Instanz wegen Billigung der Terroranschläge zu einer Geldstrafe verurteilt.²⁸ Während des Prozesses bezichtigte Mahler als Urheber der Anschläge eine „Staatsstreich-Junta“ innerhalb der US-Regierung, die mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet hätte.

Die konspirative Interpretation der Ereignisse des 11. September 2001 ist bei Rechtsextremen und radikalen Islamisten gleichermaßen virulent, wird aber auch in gutbürgerlichen Kreisen kolportiert. Manche durch die Revisionisten verbreiteten Verschwörungstheorien und Gerüchte wie etwa jenes, dass die 4.000 Juden, die im World Trade Center gearbeitet haben sollen, am 11. September 2001 nicht zur Arbeit erschienen seien, weil sie angeblich vom Mossad oder anderen israelischen Stellen gewarnt wurden, haben sich nicht nur im Sympathisantenumfeld verfestigt, sondern kursieren hinter vorgehaltener Hand auch in der so genannten bürgerlichen Mitte. Am Anfang dieser Gerüchte standen entsprechende Artikel arabischer Zeitungen in Jordanien, Ägypten und Syrien, aber auch in der in London und Saudi-Arabien erscheinenden Zeitung „Al-Hayyat“. Als Erste hat wohl die Hisbollah dieses Gerücht über die Internetseite des eigenen

²⁵ Nach dem am 18. März 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht gescheiterten Verbotsverfahren.

²⁶ Internetseite Deutsches Kolleg, eingesehen am 21.3.2003; der Text „Independence-Day live“ befindet sich noch immer auf Mahlers eigener Homepage und ist auch in Englisch und Griechisch als pdf-Datei herunterzuladen.

²⁷ Internetseite Deutsches Kolleg, Antwort Mahlers auf eine E-Mailanfrage eines unbekanntenen Autors vom 24.9.2001, eingesehen am 21.3.2003.

²⁸ Die Welt vom 13.1.2003 (Online-Version); Associated Press, über Yahoo-online, 27.3.2003. Das Landgericht Mainz bestätigte das Urteil des Amtsgerichts des Jahres 2002.

TV-Senders „Al-Manar“ gestreut.²⁹ Die Legende, die mit Hilfe des Internets bald weltweite Verbreitung fand, kursiert bis heute in verschiedenen europäischen Ländern.

Für Achmed Huber steht der 11. September 2001 am Anfang einer Allianz zwischen der „Neuen Rechten“ und radikalen Moslems. Die seiner Meinung nach positive Reaktion der „Neuen Rechten“ auf die Anschläge, die diese nicht als Terrorismus, sondern als „Counterterrorismus“ sehen, hätte den Grundstock gelegt für eine Zusammenarbeit. Huber berichtet von Treffen ehemaliger SS-Angehöriger in Bayern, die Bin Laden den Titel „Ehrwürdiger Preuße“ verliehen und seinen „Kampf“ gegen die USA gepriesen hätten.³⁰

Huber, der im Oktober 2000 auf einem Kongress der Jungen Nationaldemokraten zum Thema „Islam und die Neue Rechte“³¹ gesprochen hatte und wohl Kontakte zur Berliner NPD-Zentrale zu unterhalten scheint,³² war der Hauptinitiator der 2001 geplanten Konferenz der Holocaust-Leugner in Beirut in einem von der Hisbolah kontrollierten Viertel.³³ Als Mitorganisatoren fungierten neben Horst Mahler auch andere führende „Revisionisten“ wie Ahmed Rami. Die Initiative scheiterte jedoch, weil sie durch öffentlichkeitswirksamen Druck arabischer Intellektueller von der libanesischen Regierung verboten wurde.

Der Funktionär der jordanischen „Association against Zionism and Racism“, Chefredakteur der „Free Arab Voice“ und Mitglied des Jordanischen Schriftstellerverbandes Ibrahim Alloush, organisierte daraufhin ein Treffen unter dem Titel „What Happened to the Revisionist Historians' Conference in Beirut?“ in den Räumen des Schriftstellerverbandes in Amman. Im Gegensatz zur ursprünglichen Planung rekrutierten sich die Teilnehmer hier jedoch hauptsächlich aus dem Kreis arabischer Journalisten und aus Mitgliedern des Schriftstellerverbandes. Westeuropäische „Revisionisten“ wie Roger Garaudy wurden angepriesen und die Gründung eines „Arab Commit-

²⁹ Anti-Defamation League, Jihad Online, S. 4.

³⁰ Washington Post vom 28.4.2002 (Online-Version).

³¹ Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, online.

³² blick nach rechts vom 13.2.2003 (Online-Version), Frank Jansen, Feindbild USA.

³³ Ebenda.

tee of Historical Revisionism“ angekündigt.³⁴ Alloush, der bis zu seiner Verhaftung am 24. März 2003³⁵ in Amman als Hochschullehrer Wirtschaftswissenschaften an einer Privatuniversität lehrte, äußerte in der arabischen Presse immer wieder revisionistische Thesen und publizierte unter anderem im Organ des revisionistischen „Institute for Historical Review“ im Frühjahr 2001 einen Artikel unter dem Titel „Between public relations and self-alienation: Arab intellectuals and the ‚Holocaust‘“.³⁶

Hinweise auf Alloushs Free Arab Voice und Ahmed Ramis Homepage Radio Islam finden sich auch unter der Rubrik „L’opposition de ‚gauche“ („linke Opposition“) auf der französischen Webseite des Maison de l’Orient et de la Méditerranée - Jean Pouilloux mit Sitz in Lyon im „Wegweiser Palästinas auf dem Netz“ (Guide de Palestine-sur-Web).³⁷ Neben Links zu einer ganzen Reihe palästinensischer Organisationen, darunter auch der Hamas, lassen sich innerhalb dieser französischen Webseite sämtliche einschlägigen revisionistischen Netzverbindungen öffnen; den Zugang bietet Radio Islam. Ramis Webseite wird angepriesen als ein breit gefächertes Forum, das sowohl revisionistische Links anbiete als auch Zugang zu Seiten über Roger Garaudy und islamische Predigten aus dem Iran eröffne.³⁸

³⁴ The Stephen Roth Institute for the Study of Anti-Semitism and Racism, Tel Aviv University, Arab Holocaust Revisionists Meet in Amman, Quellen: „Revisionist Historian Forum a Great Success“, Middle East News Online, 16.5.2001; „JWA Pulls of Revisionist Historians’ Conference“, Jordan Times vom 15.5.2001 (online-Version); „Exclusive Interview with Dr. Ibrahim Alloush“, Middle East News Online vom 7.5.2001; „The Jordanian Writers Association Sets a New Date for Its Forum...“, The Free Arab Voice Online vom 15.4.2001; AZAR vom 18.5.2001 (MSANEWS; Online-Version), eingesehen am 1.4.2003.

³⁵ Internetseite Free Arab Voice (Your Voice in a World where Money, Steel, and Fire have turned Justice Mute), eingesehen am 1.4.2003; Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, online, Eintrag Ibrahim Alloush, eingesehen am 1.4.2003.

³⁶ Ebenda, Eintrag Ibrahim Alloush, eingesehen am 1.4.2003. Auch während einer Veranstaltung Mitte Dezember 2001 in einer Buchhandlung in Griechenland verbreitete Alloush „revisionistische“ und antisemitische Thesen mit antizionistischer Diktion, verbunden mit Antiamerikanismus. Mitveranstalter war der frühere Botschafter Griechenlands im Libanon, Themis Stoforopoulos; ebenda.

³⁷ Maison de L’Orient et de la Méditerranée - Jean Pouilloux, Guides de Palestine-sur-Web, Edition 2.3.2003, eingesehen am 1.4.2003.

³⁸ Ebenda.

Garaudys in viele Sprachen übersetzte Publikation „Les mythes fondateurs de la politique israelienne“ („The Founding Myths of Israeli Politics“; „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“), die im August 1996 auf Arabisch erschien,³⁹ stieß in der arabischen Welt auf große Resonanz. In diesem Machwerk finden sich von der angeblich jüdischen Kriegserklärung an Deutschland 1939⁴⁰ über den Kaufman-Plan „Germany must perish“ aus dem Jahr 1941, den bereits die Nationalsozialisten propagandistisch ausschlachteteten, weil darin ein „ungeheuerliches jüdisches Vernichtungsprogramm“ gegen die Deutschen auszumachen sei,⁴¹ bis zur Leugnung der Gaskammern und der sechs Millionen Opfer des Genozids an den Juden sämtliche gängigen Legenden und Verschwörungstheorien. Das gegen Garaudy vor einem französischen Gericht in Paris im Januar 1998 verhandelten Verfahren wegen Holocaust-Leugnung und Aufstachelung zum Rassenhass wurde in vielen Teilen der arabischen Welt verurteilt, mit ausführlichen Berichten begleitet und bis heute immer wieder ins Feld geführt, um Verschwörungstheorien zu kolportieren, da der Ausgang des Prozesses, vor allem aber die französische Justiz von einer „zionistischen Lobby“ beeinflusst worden sei.

Der 1935 im Irak geborene, aus einer libanesischen Familie stammende Hisbollah-Ideologe Scheich Mohammed Husein Fadlallah forderte für Garaudy Meinungsfreiheit⁴², ägyptische und marokkanische Anwälte verteidigten ihn, Schriftsteller aus dem Nahen Osten unterzeichneten Solidaritätsbekundungen und sammelten Geld für das Verfahren. Garaudy hatte wesentlich dazu beigetragen, dass der „Revisionismus“ auch in den politischen Bewegungen des Islam Einzug hielt und dort besonders seit der zweiten Intifada beziehungsweise den Anschlägen vom 11. September 2001 politisch gegen Israel mobilisiert wird.

³⁹ Götz Nordbruch, Leugnungen des Holocaust in arabischen Medien. Reaktionen auf „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“ von Roger Garaudy, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10 (2001), S. 184-203; ders., The Socio-historical Background of Holocaust Denial in Arab Countries: Arab reactions to Roger Garaudy's The Founding Myths of Israeli Politics (vergleiche <http://sicsa.huji.ac.il/17nordbruch.html>), veröffentlicht auch in Analysis of Current Trends in Antisemitism 17 (2001); vergleiche auch Middle East Research Institute (MEMRI) www.memri.org.

⁴⁰ Wolfgang Benz (Hrsg.), Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München 1992³, S. 122-126.

⁴¹ Ebenda, S. 88 ff.

⁴² Vergleiche Süddeutsche Zeitung vom 22.1.1998.

Dem steht auch die wichtigste politische Kraft des Islam in Palästina, die Hamas, nicht nach. Als Ahmed Ramis Homepage den Zugang eröffnete zu dieser „islamischen Widerstandsbewegung“, deren Charta von 1988 bereits einen Bezug zu den „Protokollen der Weisen von Zion“ enthielt, verriet die Links die enge Verbindung zu antisemitischen Stereotypen der Rechtsextremen. Allerdings tauchte erst Ende Januar 2000 auf der Hamas-Webseite ein Text mit Holocaust leugnendem Inhalt auf. Verstanden werden konnte er allerdings nur von arabischen Lesern, eine englische Übersetzung wurde nicht bereitgestellt. Die in einem Artikel des wissenschaftlichen Direktors des „International Policy Institute for Counter-Terrorism“, Reuven Paz, über den Vorfall auszugsweise wiedergegebene Übersetzung, die im Internet nachzulesen ist, zitiert die zentrale Aussage: „Diese Konferenz [Das Stockholm International Forum on the Holocaust; Januar 2000] verfolgt ein klares zionistisches Ziel, mit der Absicht, historische Gegebenheiten dadurch zu verfälschen, dass die Wahrheit über den so genannten Holocaust, der eine vorgetäuschte und erfundene Geschichte ohne Grundlage darstellt, geleugnet wird. [...] Das zionistische Wesen übt psychologischen und ideologischen Terrorismus auf die Stockholm-Konferenz und vermeintlichen Nazi-Holocaust aus.“⁴³ Links führen zur Holocaust-Leugner-Szene wie etwa „Zionism, Stalinism, and the Holocaust Story“ oder Abhandlungen von Roger Garaudy und Michael A. Hoffmann II.⁴⁴

Hoffmann wiederum, der im März 2003 auf seiner Homepage zur „Invasion im Irak“ vom „Judeo-Masonic America“ sprach,⁴⁵ bietet neben Links zur einschlägigen Revisionistenszene auch solche zur Hisbollah (Hizb Allah; Partei Gottes), zur Palästinensischen Autonomiebehörde (Palestinian National Authority) sowie zu einer Seite, die „Israeli Massacres“ präsentiert.⁴⁶ Eine „Gallery of Israeli Massacres“ kann man schließlich auch über eine spezielle Linkliste zum Thema Palästina anwählen. Neben Einträgen zur Geschichte Palästinas bietet dieses Internetportal auch Zugang zur Fatah, der Palästinensischen Autonomiebehörde, der offiziellen und inoffiziellen Seite der Hamas, der Homepage des militärischen Flügels der Hisbollah „Is-

⁴³ Reuven Paz, Palestinian Holocaust Denial, 22.4.2000, auf der Internetseite www.ict.org.il/articles/hamas_holocaust.htm.

⁴⁴ Internetseiten der Hamas und vom Committee of open Debate on the Holocaust (CODOH), eingesehen am 21.6.2000.

⁴⁵ Internetseite von Michael A. Hoffmann, eingesehen am 3.4.2003.

⁴⁶ Ebenda, eingesehen am 21.2.2003.

lamic Resistance Support Association“⁴⁷ sowie einen Verweis auf die in verschiedenen europäischen Ländern agierende islamistische Organisation Hizb ut-Tahrir.⁴⁸

Die 1953 in Jerusalem gegründete Hizb ut-Tahrir (Befreiungspartei), die inzwischen in verschiedenen Ländern eigene Gruppen unterhält und vor allem in Usbekistan aktiv ist, verbreitet wiederum über ihre Homepage in mehreren Sprachen, darunter Englisch, Deutsch, Dänisch und Türkisch antisemitische Inhalte. Aufsehen erregte die Hizb ut-Tahrir im Oktober 2002 mit einer Veranstaltung zum Thema „Der Irak - Ein neuer Krieg und die Folgen“, die von der „Aqida-Hochschulgruppe für Kulturwissenschaft“⁴⁹ in den Räumen des Studentenwerks der Technischen Universität Berlin ermöglicht worden war. Die Öffentlichkeit und die Medien beschäftigt hatte nicht nur der Umstand, dass dort mit rassistischen, antisemitischen und verfassungsfeindlichen Äußerungen Stimmung gemacht wurde, sondern auch dass Horst Mahler und der Vorsitzende der NPD Udo Voigt unter den Teilnehmern waren.

Bundesinnenminister Otto Schily hat den deutschen Ableger der Organisation mit folgender Begründung zum 15. Januar 2003 verboten: „Die ‚Hizb ut-Tahrir‘ missbraucht die freiheitliche Rechts- und Staatsordnung in Deutschland, um Gewaltpropaganda und antijüdische Hetze zu verbreiten. [...] Propagandaveranstaltungen wie am 27. Oktober 2002 in der Alten Mensa der TU Berlin dürfen sich nicht wiederholen. Diese Veranstaltung hatte zu Recht große Empörung hervorgerufen - nicht zuletzt deswegen, weil die Teilnahme von NPD-Aktivisten ein Schlaglicht auf eine üble Verbindung geworfen hat. Ganz bewusst fischt ‚Hizb ut-Tahrir‘ an Universitäten im Trüben.

⁴⁷ Offensichtlich lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen der englischen und arabischen Version feststellen. Meine Erkenntnisse stammen ausschließlich aus der englischen Fassung, die allerdings im Gegensatz zur arabischen Version im Moment nicht zugänglich ist; Homepage eingesehen am 30.9.2003.

⁴⁸ Palestinian Links, eingesehen am 3.4.2003.

⁴⁹ Nachdem das Bundesinnenministerium im Januar 2003 die Hizb ut-Tahrir verboten hatte, entzog der Präsident der Technischen Universität der Gruppe den Status einer an der TU Berlin registrierten Vereinigung. Bei diesem Anlass wies die TU Berlin erneut darauf hin, dass die Veranstaltung nicht in ihrem Verantwortungsbereich stattgefunden habe; siehe Pressemitteilungen TU Berlin vom 30.10.2002 und vom 15.1.2003.

Sie missbraucht die Hochschulen - Orte des freien Meinungsaustauschs und der Begegnung - für ihre Zwecke.“⁵⁰

Die Hizb ut-Tahrir spricht Israel, dem „zionistischen Fremdkörper im Herzen der islamischen Welt“, ⁵¹ das Existenzrecht ab und betreibt in Flugblättern und Broschüren in Deutsch, Arabisch, Türkisch sowie in Urdu insbesondere an Universitäten und im Umfeld von Moscheen und islamischen Zentren antisemitische Hetze, die in der Aufforderung, Israel zu vernichten und die Juden zu töten, gipfelt.⁵² Bis zum Verbot der Organisation in Deutschland war auch ihr deutschsprachiges Presseorgan, die seit 1993 in der Regel vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Explizit“, im Netz abrufbar. In ihrer Oktoberausgabe 2002 nahm „Explizit“ zum Nahost-Konflikt Stellung: „Dieser zionistische Fremdkörper im Herzen der islamischen Welt darf unter keinen Umständen bestehen bleiben. [...] Auf die zionistische Aggression in Palästina kann es nur eine Antwort geben: den Jihad!“⁵³ In der Verbotsbegründung verwies Otto Schily darauf, dass Hizb ut-Tahrir höchst konspirativ vorgehe und über keine offen erkennbaren Organisationsstrukturen verfüge.

Die Hizb ut-Tahrir ist inzwischen in nahezu allen arabischen Staaten verboten.⁵⁴ Diese Verbote allerdings wurden nicht wegen antisemitischer Propaganda ausgesprochen, sondern weil die Organisation einen islamischen Staat unter einem Kalifat anstrebt und die bestehenden Regierungen einzelner Staaten zugunsten einer islamischen Gesamtnation abschaffen will.⁵⁵ Auch in Russland wurde Hizb ut-

⁵⁰ Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, 15.1.2003 (online).

⁵¹ Zitiert nach Verfassungsschutzbericht 2002, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Online-Version, S. 185.

⁵² Internetseite Hizb ut-Tahrir, eingesehen am 31.12.2002 und 25.9.2003 (vgl. neuer Eintrag – Selbstdarstellung der Hizb ut-Tahrir). Die deutschsprachige Internetseite „Muslim-Markt“ distanzierte sich am 17. November 2002 von den Aussagen der Hizb ut-Tahrir und der „unislamischen pauschalisierten völlig undifferenzierten rassistischen Hetze“, die die Organisation betreibt. Muslim-Markt (online) vom 17.11.2002; vergleiche auch Verfassungsschutzbericht 2002, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Online-Version, S. 185.

⁵³ Der Tagesspiegel vom 27.10.2002; vergleiche zu Hizb ut-Tahrir auch Der Tagesspiegel vom 14.11.2002 und 22.11.2002 sowie vom 18.1.2003; Spiegel-online, 18.11.2002; Verfassungsschutzbericht 2002, S. 185.

⁵⁴ Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, 15.1.2003 (online).

⁵⁵ BBC News online, 27.8.2003.

Tahrir inzwischen verboten. In anderen Ländern wie Großbritannien darf sie jedoch noch immer frei agieren, trotzdem etwa einer der führenden Muslime des Landes Imran Khan in einem Interview mit der BBC im August 2003 darauf hinwies, dass „die Botschaft der Hizb ut-Tahrir immer mehr junge Moslems anspricht, was die islamische Gemeinschaft [des Landes] sehr beunruhigt“.⁵⁶ Der Heilige Krieg, den Hizb ut-Tahrir verfolgt, wurde bereits 1995 in der Holocaust leugnenden rechtsextremen Zeitschrift „Sleipnir“ gefeiert, islamistische Terroristen wurden zu Helden erklärt, zudem fand sich dort eine Anzeige des „Islamischen Verteidigungsrates Europa“ mit Sitz in Mannheim.⁵⁷

Über das „Islamische Zentrum Münster“ wird man an Links verwiesen, die zur libanesischen Online-Wochenzeitung „Alintiqad“ aus Beirut führen. Visuell und in schriftlicher Form wird dort die Intifada unterstützt und der Zugang zur Internetseite des Generalsekretärs der Hisbollah und Vertreters des iranischen Revolutionsführers Khamenei im Libanon, Hassan Nasrallah, eröffnet. Links führen von dort aus weiter zum zentralen Pressebüro der Hisbollah oder der libanesischen „Islamic Resistance Support Association“.⁵⁸ Diese wiederum setzt Israel grundsätzlich in Anführungszeichen und bietet auf ihrer Homepage Karikaturen, die auch über die Webseite „ZOG“ – „Zionist Occupied Government“ (Zionistisch besetzte Regierung) zu laden sind und antizionistische Propaganda transportieren.⁵⁹ Immer mehr werden auch im Internet antisemitische und antizionistische Inhalte mit Hilfe von Karikaturen transportiert, die nicht selten die klassischen Stürmer-Vorbilder aufgreifen und sie entsprechend der aktuellen politischen Zwecke umformulieren.⁶⁰ Viele solcher Karika-

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Anton Maegerle, Die unheilige Allianz zwischen Hakenkreuz und Halbmond. Neonazis und fundamentalistische Islamisten, in: Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, online.

⁵⁸ Entsprechende Internetseiten eingesehen am 29./30.9.2003.

⁵⁹ Ebenda, unverändert gegenüber dem letzten Anwählen vom 30.8.2000 und „ZOG“, eingesehen am 20.3.2003.

⁶⁰ Vergleiche das äußerst informative Buch von Joël Kotek/David Kotek, Au nom de l'antisionisme. L'image des Juifs et d'Israël dans la caricature depuis la seconde intifada, Brüssel 2003 sowie Robert Wistrich, Muslim Anti-Semitism. A Clear and Present Danger, New York 2002, S. 23-30.

turen finden sich auch in arabischen Printmedien, die von der muslimischen Bevölkerung Europas rezipiert werden.⁶¹

Verlinkungen zwischen radikal islamisch fundamentalistischen Gruppen und der rechtsextremen Szene dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich rassistische rechtsextreme Ideologien grundsätzlich gegen Muslime richten und eine „Verbrüderung“ allenfalls via Netz und nur für den speziellen Fall des Nahost-Konflikts und seine verschiedenen Facetten erfolgt. Trotz ideologischer Verbindungen, gibt es kaum Hinweise auf eine Zusammenarbeit von Rechtsextremen und radikalen Islamisten. Sie benutzen in der Regel den jeweils Anderen für einen Austausch propagandistischer Inhalte und gemeinsamer Feindbilder, in den seltensten Fällen jedoch zielt diese Wechselbeziehung auf die Initiierung eines gemeinsamen Kampfes. Gehemmt wird die Zusammenarbeit vor allem durch die den Rechtsextremen immanente Fremdenfeindlichkeit. Die Gefahren allerdings, die sich seit der Radikalisierung des Nahost-Konflikts durch eine – zwar oft nur thematische – Vernetzung verschiedener politischer Richtungen ergeben, müssen durchaus ernst genommen werden. Holocaust-Leugnung, antisemitische Verschwörungstheorien und antisemitische Stereotypen rezipierende Israelkritik scheinen geradezu Konjunktur zu haben und bilden durch ihre weltweite Verbreitung via Internet einen leicht zugänglichen Bodensatz, den Jugendliche und junge Leute unreflektiert übernehmen, weil sie auf einen kritischen Umgang mit der modernen Cyberwelt nur unzureichend vorbereitet sind. Deshalb müssen neue Formen der Auseinandersetzung entwickelt werden, die der Flut von Legenden, Lügen und Verharmlosung, die über das World Wide Web Verbreitung findet, Wissen entgegensetzen.

⁶¹ Vergleiche ausführlicher Wistrich, *Muslim Anti-Semitism*, passim.

Friedrich Heckmann

Islamische Milieus: Rekrutierungsfelder für islamistische Organisationen?¹

1. Einführung

Im Zuge der Einwanderung sind in den letzten 40 Jahren überall in Deutschland bestimmte Formen der Selbstorganisation von Migranten entstanden, für die wir schon früh in Anlehnung an die internationale Migrationsforschung das Konzept der ethnischen Kolonie eingeführt haben (Heckmann 1981). Wir werden dieses Konzept noch einmal kurz beleuchten. Zur Differenzierung des Koloniebegriffs erscheint es dann sinnvoll, in Übereinstimmung mit der modernen Sozialstrukturforschung das Konzept des ethnischen Milieus einzuführen, das die konkreten unterschiedlichen Lebenswelten von Einwanderern bezeichnen will. Die im Thema genannten islamischen Milieus sind eine Kategorie solch ethnischer Milieus.

Nach dem 11. September und der Entdeckung der Hamburger Basis des Attentats taucht folgerichtig die Frage nach dem Verhältnis der Einwandererkolonien und -milieus zu extremistischen und terroristischen Organisationen auf. Sind sie, wie in der Themenstellung dieses Beitrags gefragt, ein Rekrutierungsfeld für extremistische, islamistische oder terroristische Organisationen? Welche Personengruppen in den ethnischen Kolonien und Milieus könnten anfällig sein für extremistische Organisationen, und was haben diese ihnen zu bieten, was würde sie anziehend machen? Auf der Basis der soziologischen Marginalitätstheorie versuche ich, hierauf eine vorsichtige Antwort zu finden. Vorsichtig, weil ein solider Forschungsstand, auf den man sich stützen könnte, nicht vorliegt. Für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen wird es zunächst notwendig sein, die Konzepte von ethnischer Kolonie und ethnischem (islamischem) Milieu zu rekonstruieren.

In der Diskussion des 11. Septembers war von den Tätern als so genannten Schläfern die Rede, mit der Vorstellung, dass die Täter mit bestimmten terroristischen Plänen nach Deutschland eingereist seien, konspirativ gelebt hätten und dann zu einem bestimmten Zeitpunkt losschlagen würden. Auf der anderen Seite gibt es zuverlässige Informationen des Inhalts, dass die späteren Täter erst nach einer be-

¹ Vortrag auf dem Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Politischer Extremismus in der Ära der Globalisierung“ am 20. Juni 2002.

stimmten biografischen Wende (Erweckungserlebnis) und dem folgenden Eintritt in extremistische Organisationen entsprechende Motivationen und Handlungen entwickelt haben. Auch scheinen sie keine gewöhnlichen Kriminellen zu sein, sondern fehlgeleitete „Idealisten“, die ihre Taten als im höchsten Maße moralisch ansahen. Auch zu hiermit zusammenhängenden Fragen möchte ich in meinem Vortrag Stellung beziehen.

Islamische Milieus unterscheiden wir inhaltlich und begrifflich von Islamismus und islamistischen Organisationen. Ein wichtiger Spezialfall liegt vor, wenn islamistische Organisationen islamische Milieus schaffen und bestimmte Strategien und Mittel einsetzen, um Personen über diese Milieus für den Islamismus zu gewinnen. Hierauf ist als weiterer Erklärungsansatz einzugehen (Gliederungspunkt 4).

Nicht näher eingehen kann ich auf die Entwicklung und die Struktur islamistischer Organisationen. Ich setze einfach voraus, dass es islamistische Organisationen gibt, und frage, was sie für bestimmte Personen attraktiv machen könnte. Es wird aber immer wieder notwendig sein, bestimmte ihrer Merkmale zu berücksichtigen.

2. Ethnische Kolonien, islamische Milieus und islamistische Organisationen

2.1. Ethnische Kolonien und islamische Milieus

Wir gehen davon aus, dass islamische Milieus (ethnische Milieus) Teilstrukturen ethnischer Kolonien sind. Darum zunächst eine Verständigung über den Begriff der ethnischen Kolonie als Form ethnischer Selbstorganisation. Im Koloniebegriff sind drei zusammenhängende Elemente enthalten (vergleiche zum Folgenden Heckmann 1992, Seite 96-116):

- eine ausgewanderte Menschengruppe, die ihre nationale, kulturelle oder ethnische Identität zu erhalten sucht,
- die Formen ihrer ökonomischen und soziokulturellen Organisation sowie
- ein Territorium, auf dem man „siedelt“.

Für moderne Migranten heißt „Siedeln“ das Finden eines Arbeitsplatzes und einer Wohnung. Ihrer ökonomischen Organisation sind relativ enge Grenzen gesetzt; sie müssen sich weitgehend in bestehende ökonomische Verhältnisse und Organisationsformen einfügen. Größere Freiheitsgrade haben sie im soziokulturellen und religiösen Bereich.

Koloniebildung ist die freiwillige Aufnahme oder Weiterführung innerethnischer Beziehungen. Anders als beim historischen Ghetto, in dem räumliche Integration und soziale Organisation durch Zwang zusammenfallen, ist die Entwicklung eines soziokulturellen Eigensystems der Minderheit bei Koloniebildung nicht notwendigerweise mit der Existenz segregierter und/oder zusammenhängender Wohnbezirke verbunden.

Ethnische Kolonien entstehen zum einen als institutionelle Antwort auf die Bedürfnisse der Migranten in der Migrations- und Minderheitensituation, zum anderen als „Verpflanzung“ und Fortsetzung sozialer Beziehungen, die bereits in der Herkunftsgesellschaft existierten. Migration ist mit großen Unsicherheitsmomenten verbunden, mit der Destabilisierung von Verhaltensweisen und Selbstverständnissen. Zugleich müssen für neuartige materielle und soziale Problemlagen neue Lösungen gefunden werden. Bei der Verpflanzung und Fortsetzung sozialer Beziehungen kommt der Verwandtschaft eine überragende Bedeutung zu. Neben der Verwandtschaft unterscheiden wir als weitere Strukturelemente ethnischer Kolonien das Vereinswesen, religiöse Gruppen, politische Organisationen, informelle soziale Verkehrskreise und Treffpunkte, spezifisch ethnische Medien, schließlich eine ethnische Ökonomie.

Häufig wird die ethnische Kolonie als ein relativ homogenes Gebilde angesehen, ausgezeichnet durch eine Gemeinsamkeit der Kultur. „Ethnische Kolonie“ steht zwar für bestimmte ethnische Gemeinsamkeiten, aber keineswegs für eine homogene Kultur oder Gruppe. Sie besteht aus einer Vielzahl von Gruppen und Milieus, die nach unterschiedlichen Merkmalen differenziert sind. Systematisch lassen sich vor allem folgende, die ethnische Kolonie differenzierende und zum Teil konflikthaft spaltende Faktoren nennen: nationale, sozialstrukturell-schichtenmäßige, ideologisch-politische, regionale, religiöse und kulturelle Faktoren. Sozialstrukturelle Differenzierungen der ethnischen Kolonie, zum Beispiel des Vereinswesens und der sozialen Verkehrskreise, haben ihre Quelle in der Differenzierung arbeitsmarktmäßiger und ökonomischer Herkunft und Stellungen sowie in Bildungsunterschieden. Regionale Differenzierungen sind das Resultat der Kettenwanderung mit ihrer Verpflanzung von im Herkunftsland bestehenden Sozialsystemen. Die Gründung politischer und religiöser Organisationen erfolgt häufig als Import von Organisationen aus dem Herkunftsland oder nach dem Muster dort existierender Gruppen.

Die häufig behauptete Homogenität der ethnischen Kolonie ist also vor allem eine „Außensicht“ und scheint Ergebnis oder Erschei-

nungsform vorurteilshafter Vorstellungen zu sein. Treffend sagen Mills et alii (1967, Seite 82): „Wenn die Gruppe als ganze ein sichtbar gemeinsames Merkmal hat, dann ist es das, dass die Migranten von den Einheimischen als homogen wahrgenommen werden.“

Ethnische Milieus sind Teilstrukturen, Subkulturen ethnischer Kolonien. Der soziologische Milieubegriff ist seit zirka zwanzig Jahren entwickelt worden, um gegenüber dem traditionellen Schichtbegriff konkrete Lebenswelten von Menschen erfassen zu können. Der Schichtbegriff fasst Menschen gleicher oder ähnlicher Bildung und Qualifikation, beruflicher Stellung und eines vergleichbaren Einkommens zusammen. Für die Erklärung bestimmter Verhaltensweisen, zum Beispiel Wahlentscheidungen oder Konsumpräferenzen, reicht die soziale Schicht aber längst nicht mehr aus. Daher müssen Schichtmerkmale mit kulturellen Merkmalen, zum Beispiel Werthaltungen, verbunden werden, um konkrete Lebenswelten erfassen zu können.

Soziale Milieus fassen daher Menschen zusammen, die sich in Lebensauffassung, Lebensweise und sozialer Lage (im Sinne von Schichtmerkmalen) ähneln und subkulturelle Einheiten in der Gesellschaft bilden. Ethnische Milieus sind eine Form sozialer Milieus. In der sozialen Wirklichkeit sind die Grenzen zwischen den Milieus fließend. Das heißt, dass Lebenswelten nicht so exakt abgrenzbar sind wie Bildungsabschlüsse oder Einkommensgrenzen.

Islamische Milieus begreifen wir als eine Ausprägung ethnischer Milieus. Islamische Milieus müssen von islamistischen, fundamentalistischen Organisationen unterschieden werden. Islamische Milieus bilden sich als eine institutionelle Antwort auf Bedürfnisse in der Einwanderungssituation. Islamistische Organisationen dagegen sind zumeist ein Import aus den Herkunftsländern der Migranten, wengleich im Einwanderungskontext modifiziert und neuen Entwicklungsbedingungen folgend.

Im Unterschied zur Forschung über soziale Milieus der Mehrheitsgesellschaft ist der Forschungsstand über ethnische Milieus der Migrantenbevölkerung absolut unbefriedigend. Vorhanden ist eine Vielzahl von Studien über Organisationen, Vereine und Verbände, aber nicht über ethnische Milieus im oben definierten Sinne. Dem soziologischen Milieubegriff nähert sich Lale Yalcin-Heckmann (2000, Seite 170) an, wenn sie in ihrer Studie religiöser Sozialisation türkischer Familien in Nürnberg wie folgt resümiert: „Gegenüber dem Bild eines relativ homogenen Islam in der nicht-islamischen Öffentlichkeit zeigt sich in der Realität eine starke Pluralität von Religiosität, Glaubensarten und Praktiken der Befolgung oder Nicht-

Befolgung religiöser Normen und Vorschriften. Es zeigen sich starke Abgrenzungen innerhalb des Islam, zum einen entlang ethnischer Grenzen, zum anderen und vor allem zwischen einem ‚gemäßigten‘ und einem politisierten Islam. Für einige ist der Islam eine private, auf bestimmte Bereiche begrenzte ‚Angelegenheit‘, für andere soll die Religion die ‚Messlatte‘ für ihr gesamtes Leben sein, nach der sie alles ausrichten.“

2.2. Islamistische Organisationen

Islamistische Organisationen folgen einem fundamentalistischen religiösen Muster. Der Begriff des Fundamentalismus ist zwar am Fall einer Variante des nordamerikanischen Protestantismus entwickelt worden, wird aber in der Gegenwart auf vergleichbare Tendenzen in anderen Weltreligionen angewandt (vergleiche Heder 2001, Seite 17). In Bezug auf protestantische Organisationen zu Beginn des 20. Jahrhunderts nennt Thomas Meyer (1991) folgende Merkmale des religiösen Fundamentalismus, die man mit entsprechenden Übersetzungen auch auf den islamischen Fundamentalismus, den Islamismus anwenden kann: „(1) Die buchstäbliche Unfehlbarkeit der Heiligen Schrift und die Gewissheit, dass es in der Bibel keinen Irrtum geben könne; (2) die Nichtigkeit moderner Theologie und Wissenschaft, soweit sie der Bibel widersprechen; und (3) die Überzeugung, dass niemand, der den fundamentalistischen Standpunkt nicht teilt, ein wahrer Christ sein könne. In ihrer Praxis mehr noch als in der Konfession dementieren sie (4) das moderne politische Grundgesetz der Trennung von Kirche und Staat“ (zitiert nach Heder 2001, Seite 16).

Die islamistischen Bewegungen entstammen der arabisch-islamischen Welt – mit Beziehungen nach Afghanistan, Pakistan und Indonesien – und erscheinen dort „oft als der einzige Weg, um angesichts der Unfähigkeit des jeweiligen bestehenden politischen Regimes Veränderungen zum Besseren zu erzwingen. Diese Bewegungen präsentieren sich als Ersatz für die herrschende dekadente Politik und als Kämpfer gegen den westlichen Einfluss“ (ibidem, Seite 6-7). Waldmann (2001, Seite 103) stellt fest, „dass der religiöse Fundamentalismus, der den Hauptnährboden für den zeitgenössischen religiösen Terrorismus bildet, durchweg von einem Hauptmotiv geprägt ist: Abwehr des globalen Modernisierungs- und Säkularisierungstrends ... Rückkehr zu einer ausschließlich auf religiösen Grundlagen beruhenden Gemeinschaftsform“. Angestrebt wird die „Einheit von Religion und Staat“ (Spuler-Stegemann 1998, Seite 62).

Die Bedingungen der Migration und die Interaktion mit der Einwanderungsgesellschaft führen dazu, dass das „Exportmodell“ islamistische Organisation im Einwanderungskontext vielfachen Wandlungsprozessen unterworfen ist, auf die wir hier aber im Einzelnen nicht eingehen können. Ganz wichtig ist schließlich, dass sich mit der möglichen Entscheidung einer Gruppe, konspirativ und terroristisch zu arbeiten, eine organisationssoziologische Eigendynamik ergibt, die zu grundlegenden Veränderungen der Gruppenstruktur führt. Neidhardt (1982) hat das für die RAF ausgezeichnet beschrieben und analysiert.

Islamistische Organisationen lassen sich organisationssoziologisch als Sekten begreifen. Sekten sind zunächst dadurch gekennzeichnet, dass sie die Lehren und Praxis der aus ihrer Sicht etablierten Religion ablehnen, Grenzen ziehen und eine Gegenlehre und Gegenpraxis zu begründen suchen. Für ihre Mitglieder gilt eine besondere Form religiöser „Qualifizierung“, die ihnen in ihrer Selbstsicht eine Art religiösen Elitestatus verleiht. Sekten sind in dem Sinne totale und totalitäre Organisationen, dass sie ihre Mitglieder umfassend, das heißt eben nicht nur in religiösen Dingen, bestimmen und kontrollieren wollen und an ihre Mitglieder höchste Anforderungen hinsichtlich Zeit, Geld, emotionaler Hinwendung und Identifizierung stellen.

Die Entwicklung der Kaplan-Bewegung hin zum „Kalifenstaat“ als islamistischer Sekte und ihr Elitenverständnis beschreibt Schiffauer (2000, Seite 177) wie folgt: „Die Lauen und die Halbherzigen haben die Bewegung verlassen – nur eine Elite ist geblieben. In einer Art sozialer Alchemie scheint das, was an Quantität verloren gegangen ist, an Qualität gewonnen zu werden. Wer jetzt noch in der Bewegung war, hatte sich bewährt – er konnte sich mit guten Gründen zur Speerspitze, zur Elite der Revolution zählen. Säuberungen und Elitenbildung gehen mit einer wachsenden Betonung von Grenzen einher.“

3. Islamismus: Attraktiv für wen?

„Jede Analyse menschlichen Handelns macht es sich zu leicht, wenn sie bei der Anomalität der beteiligten Personen ansetzt und bei der Feststellung krankhafter Persönlichkeitseigenschaften stehen bleibt.“ So Neidhardt (1982, Seite 319) in seiner Analyse der Baader-Meinhof-Terroristengruppe. Es kommt geradezu dem Verzicht auf eine Erklärung gleich, das abweichende Verhalten einfach als krankhaft oder nur böse zu bezeichnen.

Die soziologische Erklärung muss zur Ebene des Individuums, zur Rekonstruktion seines oder ihres subjektiven Sinns des Handelns vorstoßen, um gesellschaftliche Entwicklungen erklären zu können. Der subjektive Sinn des Handelns einzelner Menschen, das heißt jeweilige Wahrnehmungen, Definitionssituationen, Motive und Entscheidungen, bestimmt und erklärt ihre Handlungen.

„Was macht islamistische Organisationen attraktiv für wen?“ muss gefragt werden. Makrogesellschaftliche Strukturen, wie zum Beispiel die globalen, extremen Ungleichheitsstrukturen, sowie Organisationen und Institutionen im Handlungskontext des Menschen sind Bedingungen, die in die Definition der Situation und des subjektiven Handlungssinns eingehen. Hier aber zunächst der Versuch, eine Erklärung auf der Handlungsebene des Individuums vorzulegen.

3.1. Marginalitätstheoretische Hypothesen

Zur Erklärung individuellen Handelns erscheint uns für die Fragestellung des Themas die soziologische Marginalitätstheorie fruchtbar. Gegenstand der Marginalitätstheorie sind bestimmte, aus unklarer sozialer und ethnisch-kultureller Zugehörigkeit sowie „doppelter Sozialisation“ stammende Motivlagen bei Personen aus Minderheitengruppen. Sie wurde vor allem am Beispiel der Stellung von Juden im Emanzipationsprozess, die aus dem Ghetto befreit, jedoch noch nicht voll in der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert wurden, und den Nachkommen von Einwanderern in modernen Gesellschaften entwickelt. Zusammen mit Stonequist formulierte Park im Rahmen der Chicago-Schule der Soziologie die Grundlagen der Marginalitätstheorie und skizziert Merkmale des *marginal man*. Die marginale Person sei gezwungen, „to live in two societies and in two not only different but antagonistic cultures“ (Park, Einleitung zu Stonequist 1937). Gemeint sind die Gesellschaft des Einwanderungslandes und die Gesellschaft der Einwanderer im Einwanderungsland und der Gegensatz zwischen traditionaler und moderner Kultur. Die marginale Person lebe am Rande zweier Kulturen und könne weder vollständig mit ihrer Herkunft und ihren Traditionen brechen, noch werde sie von den Gruppen akzeptiert, deren Mitgliedschaft sie anstrebe.

Marginalität ist, wenn man Parks Umschreibungen in einer präzisen Begrifflichkeit resümiert, gekennzeichnet durch enge Beziehungen von Personen zu unterschiedlichen Gruppen bei ungeklärter Zugehörigkeit. Die marginale Lage bewirke einen Kulturkonflikt und Identitätsunsicherheit. Wesentlich gegenüber Park ist vor allem

Stonequists Explizierung des Verhältnisses von Mehrheit und Minderheit als Ungleichheits- und Dominanzverhältnis und die Skizzierung von Auswirkungen der marginalen Lage auf die Persönlichkeitsstruktur: Verhaltensunsicherheit, Stimmungslabilität, Orientierungszweifel, Handlungsbefangenheit, ein Gefühl der Isolierung und Machtlosigkeit, Minderwertigkeitsgefühle.

Für eine Weiterentwicklung der Marginalitätstheorie ist es zunächst sinnvoll, über eine Beschreibung der marginalen Persönlichkeit hinauszugehen und zu versuchen, den Kernpunkt der Theorie in der Analyse von marginalen Positionen im Feld gesellschaftlicher Beziehungen zu bestimmen. Marginale Positionen sind dadurch gekennzeichnet, dass im Feld gesellschaftlicher Beziehungen ihre Gruppenzugehörigkeit unsicher beziehungsweise ungeklärt ist. In der Periode der jüdischen Emanzipation konnte die jüdische Gruppe nicht mehr als geschlossene Gruppe bezeichnet werden. Die „Grenze“ zwischen den Gruppen wurden durchlässig, es entstanden die Positionen des emanzipierten oder sich emanzipierenden Juden zwischen jüdischer und Mehrheitsgesellschaft. Im Kontext moderner Arbeitsmigration sind marginale Positionen gekennzeichnet durch Verlust von Bindungen an die Herkunftskultur, Teilakkulturation, aber Nichtzugehörigkeit oder nur partielle Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft. Dies lässt sich in der ersten, vor allem aber in der zweiten Migrantengeneration finden. Nicht die Mitgliedschaft in mehreren Gruppen, sondern die ungeklärte Zugehörigkeit zu Gruppen konstituiert marginale Positionen.

Wir unterscheiden drei Konstituierungsfaktoren marginaler Positionen. Ihre erste Voraussetzung ist die Existenz einer ethnischen Minderheitenkultur oder die Sozialisation in die Kultur einer Herkunftsgesellschaft. Bei dominantem Einfluss der Minderheiten- oder Herkunftskultur wird stabile Zugehörigkeit vermittelt; nachlassender Sozialisations- und Identifikationseinfluss tragen zur Ausbildung von Marginalität bei. Zu den objektiven Konstituierungsbedingungen marginaler Positionen gehört weiterhin ein Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitengruppe und Minderheitenkultur. Gleichberechtigte und gleichgewichtige Beziehungen zwischen ethnischen Gruppen würden der Zugehörigkeitsproblematik jenen Status- und Machtaspekt nehmen, der bei Marginalitätskonflikten kennzeichnend ist. Die ungeklärte Zugehörigkeit stellt eben auch einen ungeklärten Status im Prestige- und Einflussystem der Gesellschaft dar. Schließlich gehört zu den objektiven Konstituierungsbedingungen marginaler Positionen deren bikulturelle Bestimmung durch Mehrheits- wie durch Minderheitenkultur. Sie kann sich zeigen in der Form unterschiedlicher Sozialisation zwi-

schen Elternhaus und Schule, „unterschiedlichen kulturellen Welten“ zwischen Arbeitsplatz und Familie oder biografisch als Unterschied zwischen Kindheits- und Jugendsozialisation in einer Kultur und einem Leben als Erwachsener in einer anderen Kultur.

Aus den Entstehungsbedingungen marginaler Positionen lassen sich Konfliktlösungsanforderungen für die Menschen herleiten, die in marginalen Positionen sind. Die jeweiligen unterschiedlichen Verarbeitungen der Konflikthanforderungen führen zu unterschiedlichen Orientierungen. Eine erste Anforderung kann als strukturell determinierte Zugehörigkeitsunsicherheit bezeichnet werden, die sich dem Subjekt als Gefühl der Zugehörigkeitsunsicherheit stellt. Deutliche Ablehnung, wie etwa beim Rassismus gegenüber Schwarzen, ist in diesem Sinne leichter zu ertragen als unsichere Zugehörigkeit. Als subjektive Spiegelung des Hierarchie- und Prestigegefälles zwischen Mehrheits- und Minderheitenkultur ist zum Zweiten bei den „Inhabern“ marginaler Positionen aufgrund ihrer Herkunft aus der Minderheitenkultur und ihrer Nichtzugehörigkeit zur Mehrheitskultur eine Bedrohung des Selbstwertgefühls, unter Umständen Gefühle verletzter Ehre und Würde zu erwarten. Eine dritte Konfliktlösungsanforderung, mit der sich Inhaber marginaler Positionen auseinandersetzen müssen, sind Kulturkonflikte. Sie entstehen aus Prozessen der Beeinflussung aus zwei unterschiedlichen und – in bestimmten Aspekten – gegensätzlichen Kultursystemen und äußern sich als Bewertungs-, Orientierungs- und Handlungskonflikte. Kulturkonflikte sind zwar in jedem gesellschaftlichen Handeln zu lösen, stellen sich aber in marginalen Positionen mit besonderer Intensität und Häufigkeit.

Aus dem Vorliegen bestimmter Ausprägungen der objektiven Konstituierungsverhältnisse und spezifischen Formen subjektiver Bewältigung oder des Scheiterns im Umgang mit den genannten Konfliktanforderungen entstehen unterschiedliche Handlungsweisen in marginalen Positionen. Wir wollen hier nur drei mögliche in Form von Hypothesen formulieren: Assimilierung, ethnische Minderheitenorientierung und Marginalität. Häufig lassen sich duale Orientierungen auf Herkunfts- und Einwanderungsgesellschaft sowie Mehrfachidentifizierungen feststellen. Wir gehen auf diese jedoch nicht weiter ein.

Die Formulierung der Hypothesen erfolgt in einem ersten Schritt durch die Spezifizierung von Ausprägungen der Konstituierungsbedingungen marginaler Positionen; in einem zweiten Schritt werden jeweils subjektive Verarbeitungsformen der Konfliktlösungsanforderungen genannt.

Hypothese 1 (Assimilierung): Bei Schwäche oder Auflösung der Minderheitenkultur, einem Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit, aber (wahrgenommener) Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, bikultureller Bestimmung der Positionen und einer Lösung der Zugehörigkeitskonflikte durch Hinwendung zur Mehrheitsgesellschaft besteht in marginalen Positionen eine Tendenz zur Assimilierung.

Hypothese 2 (ethnische Minderheitenorientierung): Bei Stärke der Minderheitenkultur, einem Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit und (wahrgenommener) relativer Geschlossenheit des Zugangs zur Mehrheitsgesellschaft, bikultureller Bestimmung der Positionen und einer Lösung der Zugehörigkeitskonflikte durch „Rückgriff“ auf vorgestellte oder reale Herkunft besteht in marginalen Positionen eine Tendenz zur ethnischen Minderheitenorientierung. Diese ist durch kulturelle und soziale Abschottung gekennzeichnet, aber mit vielfältigen Anpassungen an die Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft zu Zwecken wie Arbeit und Kommunikation durchaus vereinbar.

Hypothese 3 (Marginalität): Bei relativer Schwäche der Minderheitenkultur, einem Hierarchieverhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit, relativer Offenheit der Mehrheitsgesellschaft und der Unfähigkeit des Subjekts, Zugehörigkeitskonflikte einer Lösung zuzuführen, besteht in marginalen Positionen eine Tendenz zur Marginalität. Diese ist als Verhaltensmuster gekennzeichnet durch die problematischen Aspekte des *marginal man*, wie von Stonequist beschrieben: Verhaltensunsicherheit, Stimmungslabilität, Orientierungszweifel, Gefühle der Isolierung und Machtlosigkeit sowie Minderwertigkeitsgefühle. Ich füge Gefühle verletzter Ehre und Würde hinzu.

Marginale Positionen und unterschiedliche Orientierungen in marginalen Positionen dürften sich bei Neuzuwanderern und der so genannten zweiten Migrantengeneration unterschiedlich konstituieren. Marginalität als kritische, das heißt für Fundamentalismus besonders rezeptive Verhaltenstendenz, kann sich bei der zweiten Generation herausbilden bei bikultureller Sozialisation, vor allem zwischen Familie und Bildungssystem, schwacher Integrationskraft ethnischer Milieus und schwierigen Zugangswegen in die Mehrheitsgesellschaft. Dabei werden in Deutschland die Integrationskraft ethnischer Milieus stark lokal und regional variieren wie auch die Zugangswege und Mobilitätschancen in die Mehrheitsgesellschaft. Rezeptivität für Fundamentalismus und das Werben islamistischer Organisationen dürfte auch eher bei Personen mit geringer Ambigu-

itätstoleranz, das heißt der Fähigkeit, kognitive und emotionale Widersprüche auszuhalten, vorzufinden sein.

Marginale Positionen bei Neuzuwanderern bilden sich, so unsere These, vor allem bei Personen, die nicht über Kettenmigration und im Familienverband, sondern allein zuwandern und über ein überdurchschnittliches Bildungsniveau verfügen. Aufgrund dieses „mitgebrachten“ Bildungsstatus lernen sie relativ schnell Sprache, Regeln und Kultur der Einwanderungsgesellschaft. Ich möchte das am Beispiel von Studenten diskutieren. Sie erfahren eine zweite Sozialisation, nicht wie bei der zweiten Generation gleichzeitig und nebeneinander, sondern sie werden gewissermaßen hintereinander bikulturell sozialisiert. Geringe Einbindung in ethnische Milieus und die Erfahrung relativer Offenheit der Aufnahmegesellschaft können hier zu einer Frage nach der sozialen Identität und zu einem Gefühl der Zugehörigkeitsunsicherheit führen. Für Studenten aus der Dritten Welt und aus islamischen Ländern, vor allem wenn sie nicht aus den Metropolen kommen, stellt sich die zentrale Identitätsfrage: Wie viel Verwestlichung ist noch mit Loyalität gegenüber meiner Herkunft verträglich, gegenüber Missachtung, Vorurteil, das in den westlichen Ländern gegenüber meiner Herkunft besteht? Bedeutet Verwestlichung auch Illoyalität gegenüber den Gruppen in der eigenen Gesellschaft, für deren Lage man als junger Mensch mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsgefühl besondere Sensitivität hat?

Als Zwischenergebnis lässt sich formulieren: In marginalen Positionen besteht eine bestimmte Wahrscheinlichkeit der Herausbildung von Marginalität; sie ist aber nur eine und mit Sicherheit nicht die verbreitetste von mehreren möglichen Verhaltenstendenzen in marginalen Positionen. Assimilierung, ethnische Minderheitenorientierung oder auch duale Orientierung sind quantitativ wesentlich bedeutsamer. Festzuhalten bleibt aber als zentrale Hypothese, dass bei Herausbildung von Marginalität eine besondere Rezeptivität für das Werben fundamentalistischer Organisationen gegeben ist.

3.1.1. Marginalität und die „Angebotsstruktur“ islamistischer Organisationen

Marginalität ist ein für das Individuum belastender Zustand. Was können fundamentalistische Organisationen anbieten, um diesen Zustand überwinden zu helfen?

Nicht zu unterschätzen sind bestimmte materielle Dienstleistungen, die vor allem für Neuzuwanderer attraktiv sind und die es der werbenden Organisation ermöglichen, erst einmal Kontakt und später

Vertrauen aufzubauen. Aber der Kern der für Marginalität attraktiven Angebotsstruktur dürfte woanders liegen. Als straff geführte Organisation mit Sektencharakter und forderndem Mitgliederstatus vermitteln islamistische Organisationen ein stabiles Zugehörigkeitsgefühl und eine soziale Identität. Für den *marginal man* beenden sie die Zugehörigkeitsunsicherheit.

Weiterhin: Ein geschlossenes und schlüssig erscheinendes Weltbild, das die Organisationen zu vermitteln suchen, kann aus den Orientierungsunsicherheiten und Glaubenszweifeln herausführen und kognitive und Glaubenssicherheit anbieten. In seiner Studie des so genannten islamistischen Kalifenstaats von Metin Kaplan porträtiert Schiffauer (2000, Seite 285) einen Jugendlichen, Migrant der zweiten Generation, der Mitglied dieser islamistischen Organisation geworden ist. Schiffauer schreibt von ihm: „Seyfullah verwies ... auf die innere Konsistenz von Kaplans Denken: Dies sei ‚vollkommen logisch. Da ist nichts, was sich widerspricht, weder vom islamischen noch vom logischen Standpunkt aus ... Also, es ist wie in der Mathematik, wenn man klare Funktionen ableitet‘ ... Kaplans Denken bot ihm eine ‚Formel‘, aus der er alles andere ableiten konnte, einen intellektuell befriedigenden Fluchtpunkt, von dem aus sich seine Welt perspektivisch neu ordnete.“

Gegenüber empfundener Handlungslosigkeit vermitteln islamistische Organisationen eine Handlungsperspektive, die dem idealistisch denkenden Menschen als Beitrag oder einzig richtiger Weg zur Beendigung von Ungerechtigkeiten dargestellt wird. Sie scheinen Antworten zu bieten auf die als Demütigung der islamischen Welt empfundene Politik westlicher Mächte.

Mit dem Sektencharakter islamistischer Organisationen hängt zusammen, dass sie sich als religiöse, moralische und politische Eliten verstehen - für die Minderwertigkeitsgefühle und Selbstzweifel des *marginal man* ein attraktiver Weg aus diesen Problemen.

3.1.2. Empirische Belege

Eine systematische Prüfung eines Zusammenhangs zwischen Marginalität und politischem und religiösem Extremismus, gerade auch für die Erklärung der Hinwendung zum Islamismus, liegt nicht vor. Wir können deswegen hier nur einzelne empirische Belege oder Hinweise für die Triftigkeit der Theorie zusammenstellen und Vorschläge für ein Forschungsprogramm machen.

Ein erster Hinweis stammt aus einem soziologischen Projekt über die RAF-Terroristen. Neidhardt (1982) ging der Frage nach, in welchen

Merkmale sich die späteren Terroristen von den zahlreichen anderen Mitgliedern der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre unterschieden, was relevante Merkmale ihrer Vorkarriere gewesen seien: „Die RAF entstand ... nicht aus einer Gruppenkarriere. Sie ist das Ausfallprodukt einer radikalisierten Szene und ihrer Gruppierungen, Resultat doppelter Marginalisierung, einer äußeren und inneren. Die späteren RAF-Terroristen gerieten einerseits in das allgemeine Protestmilieu einer gesellschaftlich zunehmend isolierten Studentenbewegung und ihrer Nachfolger, ohne sich andererseits in diesem integrieren zu können. Ihre Geschichte ist die Geschichte von Gruppendurchläufen, Eintrittten und Austritten – eine Geschichte mehrfach Versprengter. ... Sie (die RAF-Mitglieder, FH) entstammen einer bestimmten politischen Subkultur, springen in dieser hin und her, stoßen sich ab und treffen sich am Ende an einem gemeinsamen Punkt“ (Neidhardt 1982, Seite 340-341).

Sie überwinden ihre Marginalität durch Begründung einer eigenen gewaltbereiten Gruppe, die ihre Mitglieder total einbindet. Nach der Anwendung von Gewalt und der folgenden Konspiration entwickeln sich dann allerdings sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten selektiver Wahrnehmung, Begrenzung von Kontakten auf die konspirative Gruppe und Konformitätsdruck auf das Handeln, die über den Horizont der Marginalitätstheorie hinausgehen. Interessant an dem ehemaligen RAF-Mitglied Horst Mahler ist im Übrigen, dass er jetzt eine neue totalitäre Heimat gesucht hat, die inhaltlich-ideologisch völlig anders verortet ist. Konstant ist nicht die Ideologie, sondern das Suchen nach Sicherheit in einer totalitären Organisation. Kennzeichnend ist der Mangel an Ambiguitätstoleranz, die Fähigkeit, mit Widersprüchen zu leben und nicht auf alle Fragen eine Antwort zu haben.

Bei der Frage der Rezeptionsbereitschaft für Islamismus hatten wir weiter oben zwischen Neuzuwanderern und der zweiten Migrantengeneration unterschieden. In Bezug auf die zweite Generation liegt eine kleine Fallstudie von Schiffauer (2000) im Rahmen seiner Untersuchung der Kaplan-Gruppe vor, die uns als Beleg für die Fruchtbarkeit des marginalitätstheoretischen Ansatzes erscheint. Die Geschichte von Seyfullah ist die einer Rebellion gegen das türkische Elternhaus, für die er Unterstützung in einer *peer group* deutscher Freunde findet. Die Eltern ziehen jedoch um und er wird von seiner *peer group* getrennt, eine vielleicht sogar von den Eltern mit dem Umzug gewünschte Wirkung. Seyfullah verliert seinen Gruppenrückhalt. „Seyfullah wurde auf sich selbst zurückgeworfen. Dies führte zu einer Zuspitzung der Krise. In seiner Hilflosigkeit wandte er sich dem Islam zu“ (Seite 280). In diesem Such- und Orientierungs-

prozess kommt es zur Begegnung mit der islamistischen Kaplan-Gruppe. „Die Begegnung mit Kaplan erlaubt es Seyfullah, ein strukturelles Problem zu überwinden, das sich vielen jungen Deutsch-Türken stellt. Junge Immigranten stehen vor der Notwendigkeit, sich in zwei Lebensbereichen bewegen zu müssen, die sich kritisch bis ablehnend gegenüberstehen ... Die Verzweiflung darüber, sich nicht verständlich machen zu können, geht einher mit dem Erlebnis von Macht- und Hilflosigkeit. Die Begegnung mit Kaplan ermöglichte es Seyfullah in dieser Situation, ‚Boden unter die Füße‘ zu bekommen“ (Seite 301). Er überwindet seine Marginalität durch Beitritt zu einer islamistischen Gruppe.

Hinweise auf Marginalität gibt es auch bei den Hamburger Terroristen des 11. Septembers und ihrem Unterstützerkreis. Sie sind überwiegend gebildete Neuzuwanderer, die Zugehörigkeits- und Kulturkonflikte zwischen ihrer Herkunft und schneller Verwestlichung während des Studiums zu erfahren scheinen (vergleiche Aust und Schnibben 2002, zum Beispiel Seite 173-174, 175). Eine marginale Position und Marginalität scheinen am klarsten bei dem untergetauchten Said Bahaja vorzuliegen, Sohn einer deutschen Mutter und eines marokkanischen Vaters, der in Deutschland aufwächst, dann mit neun Jahren nach Marokko umzieht, als Student nach Hamburg zurückkommt. „Natürlich war er für die Marokkaner ein Ausländer und für die Deutschen auch“, sagt seine Mutter Anneliese Bahaja (ibidem, Seite 197). Das sind klare Hinweise für das Vorliegen einer marginalen Position, wenngleich nicht unbedingt für Marginalität, da es ja mehrere Wege aus marginalen Positionen gibt, wie zum Beispiel Assimilierung oder eine duale oder multiple Orientierung.

Die Marginalitätstheorie der Erklärung islamistischen Extremismus unterstellt, dass die fundamentalistische Reaktion nicht aus dem Herkunftsland mitgebracht wird – wenngleich nicht bestritten werden soll, dass es das gibt (zum Beispiel bei Angehörigen der Moslembruderschaften aus Ägypten) –, sondern dass sie sich als Reaktionsweise im Zuwanderungs- und Integrationsprozess bildet. Auch der Verfassungsschutzbericht 2001 geht bei den Hamburger Attentätern des 11. Septembers davon aus, „dass diese Personen erst in den Jahren ihres Aufenthaltes in einem westeuropäischen Land zu Islamisten wurden“ (BMI 2002, Seite 311). Die Hinwendung aus dem belastenden Zustand der Marginalität hin zum Angebot der islamistischen Organisation bedeutet einen radikalen biografischen Bruch, eine Art Erweckungserlebnis, der das Leben in eine andere Bahn lenkt.

Für die Attentäter des 11. Septembers und Helfer aus ihrem Umkreis gibt es viele Hinweise auf solche biografischen Brüche. „Als sie nach

Hamburg kamen, waren ... (sie, FH) noch ganz normale Leute, Muslime natürlich und fleißige Studenten“ (Aust und Schnibben 2002, Seite 165). „Die Todespiloten, auch das steht für die Fahnder heute fest, waren noch keine Krieger des Dschihad, als sie nach Deutschland kamen. Erst später hatten sie ihr ‚Erweckungserlebnis‘“ (ibidem, Seite 195). Oder: „Jedenfalls wandelte sich Jarrah vom Disco-Gänger zum Radikal-Muslim, der fünfmal am Tag betete. Er wollte, ... dass seine Freundin ein Kopftuch trage, und sogar ihre Hände sollte sie bedecken“ (ibidem, Seite 194). Die Überwindung der Marginalität wird als Erweckungserlebnis erfahren. Ein solches Erweckungserlebnis kann auch anders als durch Überwindung von Marginalität begründet sein; aber die Überwindung von Marginalität durch Beendigung der Zugehörigkeits- und Orientierungsunsicherheit ist die Erfahrung einer biografischen Wende.

3.2. Islamismus als Therapie und Kränkungshypothese

Nur kurz ansprechen können wir ein Muster der Hinwendung zum Islamismus, das ich als „Islamismus als Therapie“ bezeichnen möchte. An einer Darstellung von Heitmeyer, Müller und Schröder (1997, Seite 16) kann dieses Muster illustriert werden. Die Autoren berichten von einem 22-jährigen jungen Türken. „Wenn er von seiner Vergangenheit erzählt, malt er diese in düsteren Farben: ‚Mein Leben war Dreck, Spielhallen waren mein Zuhause, ich liebte Alkohol und deutsche Mädchen.‘ Jetzt fühlt er sich geläutert und glaubt an die Überlegenheit des Islam.“ Lale Yalcin-Heckmann (2000) berichtet, im Rahmen ihrer Feldarbeit zur religiösen Sozialisation ebenfalls auf dieses Muster einer Hinwendung zum Islamismus gestoßen zu sein.

Dass religiöser oder anderer Glaube stabilisierend wirken kann, ist natürlich ein bekanntes Phänomen. Attraktiv und wirksam für sucht- und verhaltensgefährdete Personen ist an Sekten aber darüber hinaus das strenge Regiment, das sie ihren Mitgliedern abverlangen und kontrollieren. Schwächen der Selbstkontrolle werden durch Fremdkontrolle kompensiert.

Einen weiteren Erklärungsansatz möchten wir als Kränkungshypothese bezeichnen. Fundamentalistische Organisationen entwickeln eine Handlungsperspektive für „idealistisch denkende“ Menschen, indem sie das Gefühl vermitteln, etwas zur Beendigung von Demütigungen und Ungerechtigkeiten auf der Welt beitragen zu können. Gerade unter Muslimen wird die Politik westlicher Staaten, besonders der USA, gegenüber der islamischen Welt, also auch gegenüber der eigenen Gruppe, oft als demütigend empfunden. Islamistische

Gruppen „bieten an“, diese kollektive Kränkung durch Mitarbeit in ihren Reihen bekämpfen zu können.

4. Die Schaffung islamischer Milieus durch islamistische Organisationen

Wir sind in unserer bisherigen Diskussion immer von der Differenz islamischer Milieus und Organisationen und islamistischen Organisationen ausgegangen. Ein wichtiger Spezialfall ist jedoch die Schaffung islamischer Milieus durch islamistische Organisationen mit dem Ziel, auf diesem Wege für Islamismus zu rekrutieren. Die Organisation Milli Görüs (IGMG) mit ihren etwa 27.000 Mitgliedern und ihren sozialen und kulturellen Aktivitäten ist hierfür ein klassisches Beispiel. „Mit ihrem reichhaltigen Unterhaltungsprogramm stoßen die Fundamentalisten auf beachtliche Resonanz. Sie führen Wochenendfreizeiten und mehrwöchige Sommerlager durch. In Konkurrenz zu den weltlichen Sportvereinen bieten sie Sportkurse an, beispielsweise für Fußball, Basketball und Volleyball, für Schwimmen, Ringen, asiatische Kampfsportarten ...“ (Spuler-Stegemann 1998, Seite 97). Computerkurse, Näh- und Kochkurse, Reisen, Nachhilfeunterricht und weitere Aktivitäten gehören zum Programm einer umfassenden Kinder- und Jugendarbeit. „Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Anhänger der IGMG islamistische Ziele verfolgen oder unterstützen“ (BMI 2002, Seite 311).

Die Methode von Milli Görüs als islamistische Organisation besteht darin, ihre Ziele über vielfältige interessante und gewinnbringende Angebote als islamische Aktivitäten gewissermaßen durch die Schaffung islamischer Milieus für Jugendliche und Erwachsene zu verfolgen. Die Angebote überschreiten dabei, wie gesehen, weit den religiösen Bereich und reichen in die verschiedensten Lebensbereiche hinein. Durch die Angebote wird es möglich, eine Beeinflussungskette aufzubauen: zunächst Vertrauen zu schaffen und Dankbarkeits- und Verpflichtungsgefühle aufzubauen. Durch Überzeugung, Überredung, Gruppen- und Konformitätsdruck, durch selektive Information oder Informationsmanipulation, durch das Ansprechen von Gefühlen und weitere Methoden der Einflussnahme kann man dann versuchen, Personen für den Islamismus zu gewinnen, ohne dass zum Beispiel Marginalität vorliegt.

5. Ergebnis und Ausblick

Auf der Basis der Marginalitätstheorie kann als vorläufiges Ergebnis der Argumentation angenommen werden, dass die Ausgangsfrage „Islamische Milieus: Rekrutierungsfeld für islamistische Organisationen?“ eher zu verneinen ist. Wenn Personen in islamischen Milieus der ethnischen Kolonie integriert sind, haben sie kein Zugehörigkeitsproblem; ebenso wenig besteht ein Zugehörigkeitsproblem bei voller Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft, was deren Offenheit voraussetzt. Dann, wenn sich islamische Milieus auflösen oder nur geringe Integrationskraft haben bei gleichzeitig schwierigem Zugang in die Mehrheitsgesellschaft, entstehen marginale Positionen. Anfällig für Fundamentalismus und das Werben islamistischer Organisationen sind darum nach der Marginalitätstheorie Personen, die weder in die ethnischen Milieus noch in die Mehrheitsgesellschaft integriert sind. Anfällig für den Islamismus als Therapie sind verhaltensauffällige oder suchtsgefährdete Personen, die in den Einflussbereich islamistischer Gruppen geraten und das Korsett strenger Regeln und Vorschriften in einer sektenhaften Gruppe zur Verhaltensstabilisierung benötigen. Anfällig sind auch politische Idealisten, die glauben, kollektive Kränkungen, die auch als persönliche empfunden werden, durch Mitarbeit in islamistischen Organisationen überwinden zu können. Anfällig sind schließlich Personen, die in die Beeinflussungsmaschinerie von Organisationen hineingeraten, die auf einen in Stufen verlaufenden Prozess von Islamisierung hin zu islamischem Fundamentalismus setzen. Angesichts der schmalen empirischen Basis vor allem der marginalitätstheoretischen Interpretation erscheint ein Forschungsprogramm dringend, das zunächst über intensive qualitative Forschung vorgehend die systematische Weiterentwicklung von Hypothesen betreibt und schließlich einen weiterentwickelten theoretischen Ansatz an größeren Fallzahlen überprüft.

Literatur

Aust, S. und Schnibben, C. (Hrsg.) 2002: 11. September. Geschichte eines Terrorangriffs. Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart-München.

Bundesministerium des Innern 2002: Verfassungsschutzbericht 2001. Pressefassung.

Heckmann, F. 1981: Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Klett Cotta: Stuttgart.

Heckmann, F. 1992: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen. Enke Verlag: Stuttgart.

Hedar, Abdeldalam A. 2001: Die Darstellung islamistischer Tendenzen und Gruppen im ägyptischen Roman von 1945-2000. Dissertation. Universität Bamberg.

Heitmeyer, W., Müller, J. und Schröder, H. 1997: Verlockender Fundamentalismus. Suhrkamp: Frankfurt.

Mills, C. Wright et. al. 1967: The Puerto Rican Journey. New York.

Neidhardt, F. 1982: Soziale Bedingungen terroristischen Handelns, das Beispiel der „Baader-Meinhof-Gruppe“ (RAF), in: BMI (Hrsg.), Gruppenprozesse. Analysen zum Terrorismus, Band 3, Westdeutscher Verlag: Opladen, S. 318–391.

Park, R. 1937: Einleitung zu Stonequist (1937).

Schiffauer, Werner 2002: Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland. Suhrkamp: Frankfurt.

Spuler-Stegemann, U. 1998: Muslime in Deutschland. Herder: Freiburg.

Stonequist, E. V. 1937: The Marginal Man. A Study in Personality and Culture Conflict. New York.

Waldmann, Peter 2001: Terrorismus. Provokation der Macht. Gerling Akademischer Verlag: München.

Yalcin-Heckmann, L. 2000: Religiöse Sozialisation junger türkischer Muslime in Deutschland. DFG-Forschungsbericht. Universität Bamberg.

Herbert L. Müller

Tradition und Moderne, Identitätsbildung und Weltanschauungen: Das Internet als (Re-)Aktionsfeld islamistischer Bewegungen

„The Internet and its associated technologies have played various and changing roles in the emerging public sphere of contemporary Islam. It has been companion, arena, tool and shapes as well as channels expression, fosters identities in a globalizing world, providing both opportunities and alternatives for a networking among Muslims and of Muslims with others. It has expanded participation and the public sphere of contemporary Islam, with new interpreters and new thinking that is not itself new or unique: Islam has always articulated and been articulated through networks fashioned by master-pupil relations among the learned, in Sufi networks, among those seeking, studying, and worshipping together, and travellers of various sorts.“¹

In den frühen 80er Jahren sind bereits islamische Beiträge im Internet in Form eingescannter Texte aus Qur´an und Hadithen erschienen.² Inzwischen sind Beiträge so genannter islamischer Teilnehmer im weltweiten Netz Legion; ihre Ausrichtung entsprechend „rein religiöser“ Inhalte, weltanschaulich radikal „islamistischer“ (vulgo „fundamentalistischer“, „integristischer“) Tendenz bis hin zu militant extremistischen Vorstellungen ist so heterogen wie die „islamische“ Welt selbst, die sich auch im Internet nur noch schlecht nach den klassischen Kriterien des *dār ul-islām* (Gebiet des Islam) oder des *dār ul-harb* (Gebiet der Nichtmuslime, wörtlich Kriegsgebiet) einteilen lässt.

Der „zeitgenössische Islam“ manifestiert sich für den Beobachter also in vielen Varianten: Mag IslamOnline mit seinem allgegenwärtigen Protagonisten Yusuf al-Qaradawi weltbekannt sein, so kann hier kaum von *der* Repräsentanz „des Islam“ an sich gesprochen werden. Ähnliches gilt für Websites wie die der Universität Al-Azhar, für staat-

¹ Anderson, Jon W.: Muslim Networks, Muslim Selves in Cyberspace: Islam in the Post-Modern Public Sphere (<http://nmit.georgetown.edu/papers/jw-anderson2.htm>, zuletzt abgelesen am 4.10.2003).

² Ebenda.

lich geförderte Organisationen wie die ISESCO³ oder auch für die Vertreter der schiitischen Konfession.⁴ Noch viel mehr gilt dies für Websites, deren Anliegen es ist, den „Djihad“ oder „[bewaffneten] Kampf auf dem Wege Gottes“⁵ zu befördern, und deren Existenz erst nach dem 11. September 2001 in der Forschung überhaupt zur Kenntnis genommen worden ist.⁶

Offensichtlich waren Phänomene wie cyber-djihad oder e-djihad augenfälliger beziehungsweise als eine zwar virtuelle, aber doch nachvollziehbare Fortsetzung eines realen Konfliktes⁷ zur Erforschung attraktiver als eine Form von *Anstrengung*, *Bemühung* im Netz, die in ihren vielfältigen Erscheinungsweisen „innere Mission“, also Bewusstseinsbildung und Re-Orientierung bei „laxen“ oder „verwestlichten“ Muslimen, Selbstvergewisserung bei den bereits Überzeugten und neu Hinzugekommenen sowie Abgrenzung von (nicht selten als identitätsbedrohend charakterisierten) anderen „Wir-

³ Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization mit Sitz in Rabat ist eine Einrichtung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC). Ihr Ziel sei auch die Sicherung des Weltfriedens und der Sicherheit durch Erziehung und Kulturaustausch. Insbesondere die Richtigstellung eines falschen Islambildes im Westen hat sich die Organisation zum Ziel gemacht; die Verlautbarungen – insbesondere gegen die westliche Orientalistik oder speziell gegen islamkritische Literaten – sind nicht frei von apologetischen und kulturkämpferischen Zügen. Vgl. Rachid Sami: Les mots de la haine. L´ISESCO réagit au sujet des propos hostiles à l´islam tenus par V. S. Naipaul. Maroc Hebdo International, 491, 21.-27.12.2001, S. 36. Besonders aufschlussreich ist die Revue ISESCO No. 32, Joumada II 1418H/Octobre 1997, S. 2 mit Bemerkungen zu „erlogenen und tendenziösen“ Darstellungen der Encyclopédie de l´Islam hinsichtlich des Qur´an.

⁴ Brückner, Matthias: Der Ayatollah im Netz – offizielle zwölferschiitische Websites. In: Orient 43/2002, H. 4, S. 537-557.

⁵ Der Verfasser sieht vom Gebrauch des zwar rezeptionsgeschichtlich nachvollziehbaren, aber irreführenden Begriffs „Heiliger Krieg“ ab; gleichwohl ist hervorzuheben, dass eine Schwerpunktsetzung auf friedlichen Aspekten des Djihad, also spiritueller Vervollkommnung, gleichfalls den Begriff verfehlt. Der Kampf manu militari ist schon in den Quellen nicht ignorierbar.

⁶ Lohlker, Rüdiger: Cyberjihad – das Internet als Feld der Agitation. Orient 43/2002, H. 4, S. 505-536.

⁷ Taggart, Will: The Digital Revolt: Resistance & Agency on the Net. Gothenburg 2001. Israelische Hacker hatten am 6. Oktober 2000 einen Angriff auf die Website der Hizballah gestartet, der in einen „internationalen cyber-Konflikt“ bisher nicht gekanntes Ausmaßes und Raffinesse des Verfahrens mündete. <http://nmit.georgetown.edu/papers/wtaggart.htm>, zuletzt abgelesen am 5.10.2003.

Gruppen“ verband. Diese zielorientierte Form der Kommunikation war und ist – trotz der „Internationalität“ der Teilnehmer – abhängig von der national-ethnischen oder geographischen Gebundenheit der Betreiber. Die Frage, ob die kommunizierenden Individuen oder Gruppierungen sich in einer Diasporasituation fühlen oder tatsächlich sind, wirkt sich zweifellos auf die Präsentation und die Inhalte der Portale aus.

Im Gegensatz zur Meinung Rüdiger Lohlkers⁸ bin ich der Ansicht, dass selbst die da´wa, die Propaganda der so genannten Djihadis⁹, keinesfalls als „transnationales“ Phänomen, aber nur hervorgebracht durch eine abgeschottete Gemeinschaft innerhalb der „electronic community“, betrachtet werden kann. Alle Akteure innerhalb der islamistischen Bewegung haben das Netz entdeckt als ein Medium der Interaktion, unter Gleichgesinnten und Weggefährten, Sympathisanten und potenziellen Unterstützern (auch nichtmuslimischen). Dass hierzu noch eine nicht unerhebliche apologetische Komponente kommt, die kontroverstheologische Elemente sowie sinnstiftende Geschichtsschreibung, etwa der des Mythos der „abrahamitischen Religionen“ oder des nur „goldenen Zeitalters“ des Al-Andalus, zeigt, dass diese Kommunikation mit ihrer da´wa, hier interpretiert als „Einladung“ zur vollumfänglichen Akzeptanz islamistischer oder orthodoxer Prinzipien, nicht nur nach innen gerichtet ist. Wo es auf Abschottung ankommt, wird vor allem ein Pfad benutzt, welcher es „Gegnern“ oder gar deren Hackern erschwert, mittels einer üblichen Suchmaschine und eingängiger Suchbegriffe zum Ziel zu gelangen. Die Verwendung des Arabischen auf der Website schränkt die Zahl der Nutzer beziehungsweise „Einsichtigen“, zumindest in der nichtarabischen Welt beträchtlich ein; nur ein mit den Symbolen vertrauter Nichtarabist könnte erahnen, was sich ihm böte. Nur das eine oder andere Bild mit fließendem Blut, die Kombination von Davidstern und der Flagge der USA lassen den Aufmerksamen erahnen, welches „Angebot“ an solcher Stelle unterbreitet wird. Ganz anders stellen sich andere Vernetzungen dar: Diverse Links führen zu Seiten, die nicht nur einsprachig aufgebaut sind,

⁸ Lohlker, Rüdiger: Cyberjihad, S. 530.

⁹ Der von Befürwortern als auch von Kritikern verwandte Begriff für die „Propagandisten“ oder „Betreiber“ eines „göttlich legitimierten Kampfes“, der das ius ad bello für sich in Anspruch nimmt und gleichfalls privatisiert, ist durchaus als Bezeichnung für diesen Personenkreis verwendbar. Als eine „klassische“ Alternative wäre mudjahid (Singular) beziehungsweise die Pluralform mudjahidūn geboten.

sondern zumindest auch eine englische oder französische Version anbieten. Bei einer Website wie der des türkischen Kreationisten und Revisionisten Harun Yahya finden wir sogar ein polyglottes Angebot, Deutsch eingeschlossen. Dies mag dem Umstand geschuldet sein, dass die Anbieter inzwischen Sprachdefiziten bei Jugendlichen, die selbst nicht mehr Migranten sein müssen, aber über Eltern oder Großeltern dem „Migrationsumfeld“ angehören, Rechnung tragen wollen und so den Zugang erleichtern, die Attraktivität erhöhen. Unverkennbar ist aber auch der „werbende“ Aspekt, die *da`wa* oder „Einladung zum Islam“, der sichtlich in der Überzeugung, vollkommene „Wahrheit“ zu verkünden, ausgebreitet wird.

Unter diesen Akteuren sind es gerade die islamistischen Personenzusammenschlüsse und Organisationen innerhalb ethnisch und national heterogener Migrantenmilieus, die verschiedenen Ansprüchen auch im Netz gerecht werden müssen. So soll über das Web insbesondere die in formaler Hinsicht „gebildete“, an die (westliche) Technik, Sozialverhalten und Sprache(n) adaptierte junge Generation erreicht und vernetzt werden, die allerdings durch familiäre oder kommunitaristische Prägung und/oder durch Diskriminierungserfahrungen seitens der Mehrheitsgesellschaft den Wunsch nach sozialer und geistig-weltanschaulicher Rückbindung ausgebildet hat. Es ist davon auszugehen, dass es Vertreter dieser entstehenden Funktionselite sind, welche das Internet als das Medium zum Transport ihrer Botschaft und zur internen und externen Kommunikation nutzen. Insoweit sie bereits in (politisch-weltanschauliche) Strukturen eingebunden sind, eröffnen ihnen ihre technischen, sprachlichen und sonstigen sozial relevanten Fähigkeiten ein Arbeitsfeld innerhalb der Gemeinschaft, verbunden mit der Aussicht auf gesellschaftliches Fortkommen, auch in materieller Hinsicht. In diesem Fall der Einbindung stellen sie ihre Fähigkeiten Strukturen zur Verfügung, die das Internet als ein unumgängliches Medium in der Beförderung der bisherigen medialen Verbandsarbeit ansehen. Diese sowohl in technischer als auch formaler Hinsicht meisterhafte Nutzung eines modernen Kommunikationsinstrumentes sollte einen allerdings nicht zu dem Schluss führen, dass diese Beherrschung der Technik einhergeht mit einer Adaption der Kommunikationsinhalte und der Weltanschauung mit den geistigen Grundlagen und Freiheiten, die Bedingung dieses Produktes der (westlichen) Moderne sind.

Vielmehr wird insbesondere bei der Beschäftigung mit *Islamica* im Net deutlich, dass die Akteure auf diesem Feld durch ihre Auseinan-

dersetzung mit den rezenten politisch-sozialen Verhältnissen¹⁰ im „Westen“ eine hohe Vertrautheit mit den wertgebundenen Begriffen und der differierenden Interpretation innerhalb des polyphonen öffentlichen Diskurses zeigen und fähig sind, diese Begriffe entsprechend „authentischer islamischer Prinzipien“ umzudeuten. Nicht zuletzt und paradigmatisch ist dies an der Diskussion um die Bedeckung der Frau nachzuweisen; dass eine „aufgeklärte Kultur“ der Beliebigkeit innerhalb westlicher Gesellschaften diese Erodierung mühsam erstrittener universeller Werte auf allen Ebenen der geistigen „Auseinandersetzung“ in und außerhalb Europas möglich macht, ist jedoch ein Thema, das einer eigenen Erörterung bedarf.

Eine weitere Feststellung kann ebenfalls getroffen werden: Vielfach wird, und nicht nur mit dem Blick auf (nach „westlicher“ Diktion) „Terroristen“ oder Djihadis, sondern auch bei mannigfachen Manifestationen eines integristischen islamischen Weltbildes, von einem „Missbrauch“ oder einer „Instrumentalisierung“ der Religion gesprochen, ganz so, als habe Letztere mit ihren Emanationen oder Ausdrucksformen nichts zu tun. Bei den Auftritten verschiedener Individuen oder Organisationen im Internet kommt der Beobachter aber zu dem Schluss, dass er es mit einer der originären Ausdrucksformen einer Religion zu tun hat, dass Anfälligkeit für totalitäres Denken und Gewaltorientierung durchaus im Interpretationsrahmen der Religion „Islam“ gegeben ist.¹¹

Bei Präsentationen, die nicht den Militanten oder so genannten Djihadis zuzurechnen sind und sich auch an Nichtmuslime richten, wird dieser Aspekt selbstverständlich negiert, der den ausschließlich

¹⁰ Was die Auseinandersetzung mit der historischen Forschung im Westen angeht, so reduziert sich hier der Diskurs auf eine eher armselig-selektive und apologetische Themenstellung: Kreuzzüge, Kolonialismus, „geistiger“ Kolonialismus, negative Rolle der christlichen Kirchen.

¹¹ Vergleiche das Interview mit Tahar Ben Jelloun in SPIEGEL 18/2003: „Der Islam neigt zum Totalitären“. Ebenso: Lohlker, Rüdiger: Cyberjihad, S. 514. Bei der Analyse der „geistlichen Anleitung“ der Attentäter vom 11.9.2001 fiel deren „tiefreligiöser Gehalt“ auf. Kissler, Alexander: Das Paradies sei eine Jungfrau, reich geschmückt und schön. Süddeutsche Zeitung vom 7.10.2003. Allerdings ist an dieser Stelle zu betonen, dass eine solche Feststellung nicht nur für den Islam gilt. Die Geschichte des Christentums liefert für diese These zahlreiche Beispiele; für das Judentum vergleiche die sehr kritische Arbeit von Israel Shahak: Jewish History, Jewish Religion – The weight of Three Thousand Years. London 1997. Für den (Zen-)Buddhismus vergleiche Brian (Daizen) A. Victoria: Zen, Nationalismus und Krieg. Eine unheimliche Allianz. Himberg 1999.

friedlichen Charakter der Religion betont. Insbesondere nach dem 11. September 2001 war bei in Deutschland ansässigen Organisationen, wie zum Beispiel der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG), ein Revirement festzustellen. Dies betraf nicht nur die Zentrale, sondern war auch am Beispiel eines besonders aktiven Ortsvereines festzustellen. Denn die Niederlassungen an der Basis sind es, denen einerseits obliegt, die programmatischen Vorgaben der Zentrale umzusetzen, den Mitgliedern die richtigen Angebote zu machen und gleichzeitig einer weiteren Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass innerhalb des Vereins weder islamistische Dogmen im Sinne einer allumfassenden Ausrichtung des Lebens von Individuum und Gemeinschaft nach religiös legitimierten Vorstellungen noch eine ambivalente Einstellung zur Gewalt propagiert werden. Vor allem die komplexen Abläufe der Weltpolitik, die unverkennbaren Widersprüche zwischen den außenpolitischen Ansätzen der Staaten auch in Europa und den innenpolitischen Zielvorstellungen oder Idealen erleichtert es islamistischen Agitatoren auch im Internet, ihre Form der Kritik als Beitrag zu einer sich ausdifferenzierenden Zivilgesellschaft darzustellen, sich also als Repräsentanten eines sich mit Demokratie versöhnenden Islam vorzustellen. Dies fällt bei Stellungnahmen zu Krisengebieten wie Tschetschenien, Afghanistan, dem Nahen Osten und in jüngster Zeit Irak besonders leicht. Und eine in Deutschland nicht zu übersehende Anfälligkeit für Verschwörungstheorien kann die Theoretiker des Islamismus in ihrem Tun eigentlich nur bestätigen und ermutigen.

Bestätigt fand sich vor dem 11. September 2001 ein IGMG-Ortsverein in seiner über das Internet verbreiteten Kritik an den unmenschlichen Vorgängen in Tschetschenien. Jeder human Denkende müsste angesichts des unaussprechlichen Leids in dieser Region in der Tendenz zustimmen, wenn nicht die Verantwortlichen ihre Stellungnahme mit grausigen Bildern von mit Davidstern und Hakenkreuz gezeichneten Leichen untermalt und eine Website empfohlen hätten, auf welcher man nach kurzer Betätigung der Maus auch auf Deutsch erlernen durfte, wie man ganz legal für den Dihad trainieren könne. Dem Interessierten wurde gleich eingangs mitgeteilt, dass alles streng legal zugehen müsse:

„Azzam Publications und die Ersteller der qoqaz-websites ermutigen niemanden dazu, illegale Handlungen durchzuführen. Sie lehnen jegliche Verantwortung für solche ab. [...] Wir sponsern, organisieren und stellen keine Kontakte her, um zum Jihad oder zum Training

für den Jihad zu gehen. Es gibt bzgl. dieses keine Ausnahmen: Wir sind lediglich für Nachrichten und Informationen zuständig.“¹²

Gleichwohl bleibt ein Widerspruch zwischen dieser „Richtigstellung“ und dem Programm, in welchem ein eigener Absatz dem Leser erläutert, dass „die militärische Ausbildung ... eine islamische Obligation [ist], es besteht keine Wahlfreiheit!“ Anschließend folgen Kapitel zum „Training in deinem Aufenthaltsland“, „Überlebenstraining in der freien Natur“, „Militärische Ausbildung“ und, besonders hervorgehoben, der Absatz 5.0 über „Jihad Training im Ausland“.

So verschwiegen wie die Informationsgeber hinsichtlich der Ambivalenz zwischen ihrer „Aufrichtigkeit in der Absicht“, die Djihad-Bereitschaft in Europa zu fördern und ihrem Beharren auf – zumindest formal – strikter Rechtskonformität sollte der junge Mann in der Ausbildung sein, dürfe niemandem mitteilen, wieso er Kampfsport betreibt, solle darauf achten, wie er sich das Hantieren mit Blankwaffen beibringen und solchermaßen vervollständigen könne. Ganz pragmatisch erging der Rat, dort, wo Gesetze oder die Aufmerksamkeit der Dienste nicht entgegenstünden, das Waffenhandwerk zu erlernen, am besten mit dem weltweit meist benutzten Sturmgewehr AK 47.

Noch einmal muss an dieser Stelle unterstrichen werden, dass diese Trainingsanleitung nicht von den Anbietern des IGMG-Portals kam, sondern jene sich in der Rolle derjenigen zufrieden gaben, die das Internetangebot der tschetschenischen Djihadis ausdrücklich empfahlen.

Wer sich heute die diesbezüglichen Informationen ohne solche Vermittlung aus dem Web auf den Schirm holt, wird mit dem Propagieren des gewaltsamen Djihad und der Verherrlichung des Martyriums konfrontiert. Auch eine gewollte Verrohung ist zu konstatieren („Krieg ist Täuschung/Betrug [am Gegner]“). Dazu gehören Bilder, die das elende Ende von „Feinden“ dokumentieren. Dies gilt nicht nur für die „Berichterstattung“ aus Tschetschenien, sondern für diejenigen aus allen Krisengebieten, die nach demselben Strickmuster vorgehen. Wir haben es mit einer Form der Kriegspropaganda zu tun, welche unter allen Umständen die Gräueltaten des Krieges, die Leiden, welche den „eigenen Leuten“ vom „Feind“ angetan wurden und werden, dem Betrachter wieder und wieder ins Gedächtnis bringen will. Bei diesen Web-„Angeboten“ handelt es sich mitnich-

¹² Wie kann ich für den Jihad trainieren. www.qoqaz.de/Training.htm, abgelesen am 4.7.2000.

ten um eine Anklage im Sinne der „Desastres de la guerra“ eines Goya, der das Übel der Gewalt an sich beklagt, sondern um eine Klage, die Grundlage und Begründung zur Fortführung eben dieser Gewalt ist und weiterhin sein wird. Zerfetzte Kinderleichen „made in Israel“, grauenhaft entstellte Leichen von „Märtyrern“ zielen nicht auf Besinnung, auf Beendigung des Mordens. Auch das bewusste Präsentieren von kindlichen Opfern, die Kontrastierung mit dem „Feind“ und dessen Kriegsmaschinerie in Verbindung mit Reminiszenzen an die Gräueltaten des Nationalsozialismus zielen auf solche Effekte.¹³ Die „Heldenbilder“ oder Gedichte zu Ehren derjenigen, welche dieser Logik bis zur Selbstaufgabe gefolgt waren, sprechen hier eine eindeutige Sprache.¹⁴ Mag es wirklich tröstlich sein, wenn ein Bericht dieser Art samt Bildern vom Ende eines Feldkommandanten mit den Sätzen schließt: „Und dies waren die Umstände unter denen Ibn Al-Khattab getötet wurde und er das erlangte, wonach er strebte. Gelobt sei Gott in allen Lebenslagen.“¹⁵ Die Antwort ist, für Europäer zumindest, höchst ambivalent, wird doch bei militanten Islamisten darauf Wert gelegt, dass der entscheidende Unterschied zwischen Muslim und Nichtmuslim darin bestünde, dass Letzterer dem Tod mit existenzieller Furcht entgegenblicke, der wahre Muslim hingegen nichts zu befürchten habe.

Nebenbei erfährt der geneigte Leser beim Konsultieren solcher Websites auch einiges zu den Regeln des Umgangs eines „wahren Gläubigen“ mit Nichtmuslimen. Sie sind gewiss nicht einem „Dialog“

¹³ Als Beispiel die Folge „Besetztes Palästina“, www.teblig.de/photos/phopalaestina/phopalaestina02.htm, abgelesen am 26.10.2003. Fast schon notorisch ist die Berichterstattung des Muslim-Marktes zu Palästina; rechtlich mag man von „Grauzonen“ sprechen, einem Radikalismus, der sich noch in den rechtlichen Grenzen hält. Mit Sicherheit sind es aber nicht nur die Grenzen des guten Geschmacks, die überschritten werden, auch wenn die Betreiber sich ausdrücklich von Hitler und Rassismus distanzieren. Worauf zielen aber plakative Losungen wie „Pseudostaat Israel“ und Fragen wie „Einfluss des Zionismus auf die Weltpolitik“? www.muslim-markt.de/palaestina-Spezial/, zuletzt abgelesen am 26.10.2003.

¹⁴ Ein so genanntes „Netz der Überraschungen“ (šabaka ar-rawā`ī) ermöglichte zum Beispiel noch im Frühjahr dieses Jahres den Zugang zu einer Vielzahl von aktuellen Dihadseiten. Es mag nicht besonders erstaunen, wenn dieses Portal mittels einer Adresse zugänglich war, die keinerlei Rückschlüsse auf die gebotenen Inhalte zulässt: www.q8php.com. Einen Einstieg kann man auch über Angebote wie WorldOfIslam Portal finden, insbesondere die Links bezüglich Palästinas.

¹⁵ Chechnya (Webseite im Aufbau): <http://myweb.tiscali.co.uk/oblcrew/chechnya.htm>, abgelesen am 9.9.2003.

im Sinne des „Suchens nach Gemeinsamkeiten“ verpflichtet. Juden und Christen gelten hier unumwunden als „Kuffar“, „Ungläubige“ oder „Gott gegenüber Widerspenstige, Undankbare“, auf deren Freundschaft man sich auf keinen Fall einlassen soll. Wer dies tut, „ist ein Abtrünniger seines Glaubens (Murted-din [sic!]) geworden und ist zum Kufr (Unglaube [sic!]) übergegangen. [...] außer in der Situation, wenn ihr euch unter ihrer Herrschaft befindet und ihr um euer Leben fürchtet, dann bringt ihnen gegenüber eure Scheinfreundschaft zum Vorschein [!], und verbergt in euch die Feindschaft gegenüber zu ihnen, und schließt euch nicht in Sachen des Kufr an, und helft ihnen nicht gegen die Muslime.“¹⁶

Wen wundert es noch, wenn arabische Gedichte auftauchen, die „dem Ungläubigen“ in verfeinerter Weise einen „Todesgruß“ am Morgen entbieten?¹⁷

Unverkennbar wird, dass hier die Vorstellung eines „gerechten Krieges“ nach islamischen Prinzipien propagiert wird. Dies wird teilweise auch in Gesprächsforen deutlich, deren Teilnehmer sich über die Grußformeln und die Argumentation in besonderer Weise „islamisch“ geben. Es ist allerdings nur höchst selten auszumachen, ob die sich mit „sprechenden“ Namen (Inqelaab, also Umwälzung, Veränderung, Umsturz) oder schlicht als Mustafa oder ähnlich Bezeichnenden in Organisationsstrukturen eingebunden sind. Festzuhalten ist, dass die Kommunizierenden bestens die deutsche Sprache beherrschen und über die auf eine „Wir-Gruppe“ (Muslime, umma) verweisende Diktion hinaus über eine Sachkenntnis verfügen, die gewöhnlich bei einem Nichtmuslim oder einem bildungsfernen Muslim nicht zu erwarten ist. Überdies sind sie mit den modernen Kommunikationstechniken vertraut. Wir haben es mit einiger Wahrscheinlichkeit mit jungen Personen mutmaßlich türkischer Herkunft zu tun, die „zivilisationstechnisch“ mit Sprache und Bildung in der deutschen Gesellschaft integriert sind und sich dennoch die Frage stellen, ob „es schwer [ist], Israel zurückzuerobern“. Ein Diskussionsausschnitt mag die Verquickung politischer Zielsetzung mit Beispielen und Rechtfertigungen aus der islamischen Tradition, der Vita des Propheten Muhammad, verdeutlichen:

¹⁶ Fatwa bzgl. dem Unterstützen der Kuffar im Kampf gegen die Muslime in Afghanistan. Von Scheich Bischr Ibnu Fahd `Ali Bischr. Ins Deutsche übersetzt von Abu Suhejb. Die Fatwa war über www.al-islam.de herunterzuladen.

¹⁷ Sabāh al-mawt ... yā kāfir! www.outsourcing-buiness.com/at/6.htm, abgelesen am 14.10.2003.

„Israel ist ein mickriges Land! Hz. Ömer (r. a.) hat 10 Jahre lang als Kalif amtiert. Innerhalb dieser zehn Jahre wurden große Gebiete erobert. Die Muslime haben Palästina damals in null Komma nichts aus den Händen der Byzantiner – einer Supermacht – erobert. Die Kreuzfahrer haben zwar später Palästina erobert, jedoch eroberten die Muslime dieses Gebiet zurück. Der Prophet (s. a. v.) hatte in Medina mit den Juden einen Friedensvertrag geschlossen. Als diese dann jedoch Unfug machten und den Vertrag brachen, hat er sie aus Medina ausgewiesen. Und dies obwohl die Juden militärisch den Muslimen überlegen waren! Die jüdische Siedlung Hayber machte Übergriffe auf muslimische Stämme und bedrohte Medina auch von Norden. Der Prophet (s. a. v.) hat daraufhin die Siedlung mit 1.600 Mann erobert – mit einem Widerstand der Juden von 10.000 (!) (nach einer anderen Überlieferung 20.000) Mann! Einigen Juden wurde die Bleibe dann erlaubt, damit sie den Boden von Hayber weiterhin bewirtschaften. Noch kurz vor seinem Tod hat der Prophet (s. a. v.) in seinem Testament gesagt, dass alle Nichtmuslime aus der Arabischen Halbinsel ausgewiesen werden sollen. [...] Gab es weltweite Proteste? Nein, diese Handlung war gut begründet. [...] Was ist daran so schwierig, Israel zurückzuerobern und alle Israelis aus Palästina auszuweisen? Ach so, es soll kein Blut fließen. Aber ist auch während des türkischen Befreiungskrieges kein Blut geflossen? Hat sich das nicht gelohnt? Also, wieso ist man so feige, Israel zurückzuerobern? Was geht die anderen Staaten (zum Beispiel die USA) was an? Heißt es in der letzten Offenbarung des Korans nicht, dass wir von nun an nicht mehr die Nichtmuslime fürchten sollen, sondern nur noch Allah?“¹⁸

Diese ausschließliche Gottesfurcht führt Vertreter dieser jungen „islamischen Elite“ noch zu anderen Erwägungen. Im selben Forum reflektierte ein Student über die Demokratie und die Gründe, sie abzulehnen. Sie sei „für die Muslime ein aufgezwungenes, nicht passendes Gewand ..., was außerdem die Souveränität – welche allein Allah gebührt – dem Menschen überträgt“. Der Islam ist die „Lösung auf das verheerende Elend, welches Kommunismus (in Form von Sozialismus) und Kapitalismus (in Form von Säkularismus und Demokratie) ... hauptsächlich über die Muslime gebracht hat“.¹⁹

Dass solche „wahrhaftigen“ Muslime nichts außer Gott fürchten, zeigt sich auch bei der Nutzung des Internets. In Deutschland wurde

¹⁸ <http://f25.parsimony.net>, abgelesen am 13.8. 2003.

¹⁹ Vergleiche Zabka, Gisela: Persönlich diffamiert? Phoenix, der WDR und ein muslimischer Student. *Epd medien* 7, 29.1.2003, S. 3-5.

eine Website installiert, die unter der Bezeichnung „Muslim§Recht“ Interessenten juristischen Rat gibt. Hier finden sich juristische Ausarbeitungen, die in sachlicher Sprache erläutern, wie nach deutschem Recht muslimische Schülerinnen und Schüler von bestimmten Veranstaltungen in der Schule befreit werden können, um so den – ebenfalls erläuterten – Vorstellungen des islamischen Rechts, wie es die Betreiber von „Muslim§Recht“ definieren, zu entsprechen. Darüber hinaus versteht sich „Muslim§Recht“ als Medienwächter für den Fall, dass Muslimen von Medien²⁰ oder Einzelpersonen Unrecht zugefügt worden sei: „Wie Ihr euch sicherlich noch erinnern könnt, startete Muslim§Recht eine Aktion gegen den TV-Sender Phoenix, weil dieser einen verächtlichen TV-Beitrag über Muslime in Deutschland ausstrahlen wollte. [...] Wir werden inschallah wie angekündigt, durch verstärkte Einbeziehung von Juristen, eine neue Phase der Medienpolitik in Deutschland einleiten.“²¹

Ein solche „neue Phase der Medienpolitik“ verspricht nichts Gutes, wie Schüler und Lehrer eines Gymnasiums in Süddeutschland erfahren mussten. Diese hatten zur Illustration eines Artikels über die Türkei, welcher im Vorfeld einer Studienreise zur Erweiterung der Kenntnisse über dieses Land, seine Geschichte und Religion, erarbeitet worden war, unter anderem zwei historische Stiche mit Phantasia-Darstellungen des Propheten Muhammad benutzt und im Internet eingestellt. Die juristisch geschulten Medienwächter stellten Gymnasiasten und Schulpersonal an den Pranger, unterstellten bewusste Intoleranz und wussten zu berichten, dass es sich hier um eine „Beleidigung aller Muslime“ handelte - eine, angesichts der Einbindung der Abhandlungen in eine Präsentation einer Arbeitsgruppe von Lateinschülern, geradezu abenteuerliche Behauptung. Letztlich forderte „Muslim§Recht“, dass ein für Muslime geltendes Bilderverbot auch für Nichtmuslime zu gelten habe, Toleranz und innerer Friede nur herrsche, wenn die von – bestimmten – Muslimen für Muslime erstellten, gleichwohl interpretierbaren Regeln auch für Menschen anderer Konfessionszugehörigkeit oder abweichender Weltanschauung zu gelten haben.²²

Das manichäische Weltbild von Mitarbeitern bei „Muslim§Recht“ zeigte sich auch im Gefolge des Urteils des Bundesverfassungsge-

²⁰ Ein interessanter Fall auch bei Zabka, Gisela: Persönlich diffamiert.

²¹ Die Erklärung wird in epd medien 7/29.1.2003, S. 5 dokumentiert.

²² www.muslimrecht.de/muslimrecht/vorfälle/019/1158.php, abgelesen am 14.6.2003.

richts über die Zulässigkeit des Kopftuchtragens bei verbeamtetem Lehrpersonal. Unter der Überschrift „Nichts als Lügen!“ zeigt zumindest der namentlich zeichnende Verfasser, in welchem Ringen zwischen Gut und Böse er sich wähnt:

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über das Tragen des Kopftuches im Klassenzimmer konnte uns Muslimen wieder einmal verdeutlichen, dass der Kampf zwischen Glauben und Unglauben auch in Deutschland mit unverminderter Härte fortgeführt wird. Muslimischen Frauen, die Allahs Gebote einhalten und ihr Leben nach dem Koran ausrichten wollen, stehen auf der anderen Seite Islamhasser, selbst ernannte Islamexperten und Pseudomuslime gegenüber, deren erklärtes Ziel es ist, das Kopftuch als Symbol des Glaubens mit unterschiedlichen Methoden zu bekämpfen und aus dem Alltag zu verbannen.“

Scharf wendet er sich gegen „Kulturmuslime“, die angeblich in der Diskussion bevorzugt gehört würden: „Gerade Letztere kommen in dieser Zeit besonders häufig zu Wort, traut man ihnen doch aufgrund ihrer Namensverwandtschaft oder ihrer Abstammung eine gewisse Kompetenz im Zusammenhang mit dem Islam zu. [...] Dass dabei von diesen Personen fundamentale Glaubensinhalte verleugnet werden, kommt den Islamhassern gerade recht. Wie sonst sollen sie die Öffentlichkeit täuschen und ihre intoleranten und fanatischen Argumente präsentieren?“²³ Nach dieser Logik wären also die Vertreter der Minderheitenmeinung des Bundesverfassungsgerichtes, die Prozessgegner im Rechtsstreit, die Verfasser der Erklärung der EKD zum Ansinnen von muslimischen Lehrerinnen, im Unterricht Kopftuch zu tragen²⁴, alles „Islamhasser“, „intolerant“ und „fanatisch“. Musliminnen und Muslime, welche nicht der Meinung sind, dass „das Kopftuchgebot“ ein „fundamentaler Glaubensinhalt“ sei, werden unter Nennung des Namens regelrecht an den Pranger gestellt und als völlig Ungebildete in religiösen Fragen diffamiert, als Handlanger der „Islamhasser“ verfemt. Ganz offensichtlich wird bei dieser Polemik, dass solche Vertreter „des Islam“ von abweichenden Lehrmeinungen nichts wissen wollen, ihr Traum von der Einheit auf Uniformität im Denken und Handeln hinzielt. Vorstellungen, wie sie

²³ www.muslimrecht.de/muslimrecht/vorfaelle/Inland/1609.php. Der Autor des Artikels „Nichts als Lügen!“ vom 7.10.2003 zeichnet explizit auch namens „Muslim§Recht“.

²⁴ Meldung unter der Rubrik Inland in FAS vom 12.10. 2003, Nr. 41, S. 8.

die Bundestagsabgeordnete Lale Akgün vertritt, kommen in diesem Weltbild nicht vor.²⁵

Aber nicht nur die Propagandisten dieser mit den Begriffen „Recht“ und „Menschenwürde“ arbeitenden Website betonen den Unterschied zwischen dem „Guten“ und dem schlichtweg „Abzulehnenden“. Über die Seiten muslima-activ.de oder sallam.de.vu gelangt der Nutzer des Internet auf eine Seite, welche einen weiteren Aspekt der „Modernität“ islamistischer Gruppen oder Individuen aufzeigt. So genannte Videoclips sind auf manchen Seiten zu finden; neben dem bewegten Bild ist auch das musikalische Element in Gebrauch. Auch hier zeigt sich, dass essentialistische Vorstellungen, nach denen Musik im – orthodoxen – Islam generell verpönt war und ist oder hauptsächlich dem Sufitum zuzuordnen sei, nicht haltbar sind.²⁶ Für junge Adepten und Aktive der islamistischen Strömung bieten solche Audioclips ein angemessenes Ausdrucksmittel, das ihren Anspruch an Beteiligung an der westlichen Moderne ebenso zufrieden stellt wie ihr Bemühen, mit dem Einsatz dieses Mediums der Sache in einer solchen Weise dienen zu können und gleichzeitig den Verlockungen des säkularen westlichen Materialismus mit seinen eigenen Mitteln zu begegnen.²⁷ Der englische – nicht arabische – Text des Gesangsstückes „The Veil“ äußert sich zum Schleier unzweideutig:

²⁵ Vergleiche das Interview in Emma September/Oktober 2003: Lale Akgün über das Kopftuch, Multikulti, den Zentralrat und die wahre Integration, S. 28-33.

²⁶ Vergleiche Lagrange, Frederic: Al-Tarab. Die Musik Ägyptens. Heidelberg 2000, insbesondere das Vorwort von Rabih Abou-Khalil.

²⁷ Dies fällt ebenso auf beim Vertrieb von Büchern und anderen Gegenständen, die für ein wahrhaft rechtschaffenes Leben offensichtlich als unentbehrlich angeboten werden. So entsteht für den Betrachter ein Spiegelbild des verpönten Kapitalismus, zumindest auf dem Mediensektor, nur mit dem Unterschied, dass diese Marktnische (einschließlich Kleidung und Kinderspielzeug) halal, erlaubt, ist. Treffend daher www.halalco.com/books.html; amerikanisches Religionsmarketing zeigt sich auch beim Auftritt von Harun Yahya bis in die bildliche Ausgestaltung der Bücher hinein: www.harunyahya.com. Vergleiche auch Mohammed, Shezena T.: The Advantages of Homeschooling for Muslim Children. February 2003. www.zawaj.com/teen/2003/2-15-2003.html, abgelesen am 23.9.2003.

„[...] The hijab,
This mark of piety,
Is an act of faith, a symbol,
For all the world to see. [...] See the bill-boards and the magazines that line the check-out isles,
With their phony painted faces and their air-brushed smiles?
Well, their sheer clothes and low cut gowns are really not for me.
You call it freedom, I call it anarchy. [...]“²⁸

Anarchie erscheint als ein Schlüsselbegriff, ein Unwort nach islamischer Vorstellung, umfasst es doch eine traumatische Vorstellung der Frühgeschichte im Islam, bedeutet sie doch fitna, Aufruhr, Zwietracht, Versuchung.²⁹ Diese ist erst beendet, wenn Glaube und Kultus, Leben und Handeln auf Gott hin ausgerichtet ist: Die Welt soll über das Symbol des Hidjab sehen, dass die Ausrichtung von Leben und Handeln hin auf Gott im Gange ist, die göttlichen Gebote internationale Gültigkeit hätten.³⁰ Nebenbei kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die „unbedeckte“ Frau zum Symbol der „Anarchie“ wird, in doppelter Hinsicht eine sündige „Versuchung“ einer patriarchalischen Welt, der die angeblich „ungezügelter Befreiung“ des „Weiblichen“ zur Bedrohung der diesseitigen und jenseitigen Ordnung wird. Die Freiheit, mithin ein zentraler Wert westlicher Verfassungen, wird so nicht nur oberflächlich und ausschließlich mit einer damit einhergehenden Permissivität gewisser Magazine oder Moden gleichgesetzt, sondern als verwerflich abgelehnt. Die Frage, ob solche Sangeskunst über den Nutzer des Internets hinaus Verbreitung findet, fand der Verfasser durch eine Sendung einer freien Radiostation in Baden-Württemberg positiv beantwortet. Englische Texte mit modernen Melodien umrahmten Beiträge, die ganz im Zeichen der da`wa, „Einladung zum Islam“ oder Mission, standen.

Im Gegensatz zum vorgenannten Beispiel sind Beiträge zum Kopftuch auf Islamlive-online.de.ms eher bieder, mit denen nicht nur Information für Muslimas zur Auswahl von Kopfbedeckungen und de-

²⁸ www.unc.edu/depts/europe/conferences/Veil2000/lyrics/theveil.htm, abgelesen am 2.10.2003.

²⁹ Noth, Albrecht: Früher Islam. In: Haarmann, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der arabischen Welt. 2., durchgesehene Auflage, München 1991, S. 11-100, S. 53 und S. 98 f.

³⁰ Vergleiche Reuter, Bärbel: Gelebte Religion. Religiöse Praxis junger Islamistinnen in Kairo. Würzburg 1999, S. 11.

ren Bindearten geboten werden. Aufschlussreich allerdings sind die Texte zur Stellung der Frau allemal, ihrer Rolle als Mutter und ihrer, ihrem Geschlecht entsprechenden, Emotionalität, die sie für manche Wirkungsfelder nicht unbedingt prädestiniert. Die zurückhaltend gekleidete Frau wird euphemistisch als „eine Perle in ihrer Schale“ gepriesen. Die zahlreichen Bilder über diese „Schalen“ sagen allerdings mehr aus, als alle Texte vermögen – offen bleibt die Frage, was die Verfechter dieser Bekleidung von jenen Frauen halten, die nach ihren Vorstellungen nicht zurückhaltend oder dezent bekleidet auftreten.³¹

Internetpräsentationen sind auch in weiterer Hinsicht aufschlussreich hinsichtlich des Agierens islamistischer Organisationen in Europa. Die vom Verfassungsschutz unter Beobachtung gestellte Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) hat in jüngster Zeit verstärkt den Feststellungen widersprochen, dass sie eine von den Muslimbrüdern³² getragene oder maßgeblich beeinflusste Organisation sei. Die IGD hat ihren Hauptsitz in München und unterhält in verschiedenen Städten in Deutschland Filialen, sie ist eine der wichtigen Mitgliedorganisationen des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD). Obwohl die Muslimbrüder als Basisorganisation der islamistischen Bewegung sich auf den Weg gemacht haben, ihr an der šarīʿa oder dem islamischen Recht orientiertes Bild einer Gesellschaftsordnung gewaltfrei, sozusagen mittels eines Marsches durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen und, wo möglich, durch die Institutionen durchzusetzen, ist es bei ihrem Bezug auf die alle Lebensbereiche total erfassende Funktion des Islam kaum möglich, von einer „gemäßigten“ Bewegung zu sprechen. Im Gegenteil: Es kann von einer Organisation gesprochen werden, deren Ansatz radikal und im Ziel totalitär ist, auch wenn ihre Präsentation zumeist mäßig im Ton gehalten wird. Allerdings muss festgestellt werden, dass eine Distanzierung zu den Prinzipien und Lehren des Gründers der Muslimbruderschaft, Hasan al-Banna, kaum zu erkennen oder zu erwarten ist. Solches ist nicht nur an der Vielfalt der in europäische Sprachen übersetzten „Sendschreiben“ im Internet erkennbar. Eine sehr lesenswerte Studie des nicht nur als Hochschullehrer agieren-

³¹ www.beepworld.demembers48/shaheedasaliha/diefrauimislam.htm, abgelesen am 26.9.2003.

³² Eine Präsentation findet sich als Resalat Al Ikhwan Official website (sic!) unter www.ikhwanpress.com, letztmals abgelesen am 10.10.2003.

den Tariq Ramadan³³ zeigt die Bemühungen einer durchaus „parteiisch“ zu bezeichnenden Forschung zu einer Neubestimmung der Rolle des ersten „Allgemeinen Führers“ der „Brüder“ und deren Wirken in der jüngsten Geschichte. Kürzer sind solche Bekenntnisse im Internet gefasst und durch sie wird auch deutlich, dass das Wirken der „ikhwān al-muslimūn“ in Europa und Deutschland weder übersehen werden noch in Abrede gestellt werden kann.

So scheinen die Verantwortlichen des Islamischen Zentrums Genf keine Probleme darin zu sehen, sich zum Begründer ihres Zentrums Saïd Ramadan und dessen Arbeit und Verankerung nicht nur als persönlicher Sekretär al-Bannas innerhalb der Muslimbruderschaft zu bekennen. Ramadan habe aber auch „beabsichtigt, eine Reihe von islamischen Zentren in den wichtigsten Großstädten Europas zu schaffen. Er eröffnete eines in München, ein weiteres in London (1964) ... Er entwarf diese Zentren als volkstümliche Institutionen, die unabhängig von jeglichem äußeren Eingriff und Regierungskontrolle sind. Dies erwies sich als nicht realisierbar, weil ein Großteil der Finanzierung von der Rabita [der islamischen Weltliga] kam.“³⁴

In einer Darstellung zum „Islam in Deutschland – aus der Sicht eines Zeitzeugen“ wird die Verquickung von „Petrodollars“³⁵ und Muslimbruderschaft (inklusive der Milli Görüs als „Bewegung der Neuen Weltsicht in Europa“) ebenso frei erklärt:

„Viel wichtiger war der Kontakt zu den arabischen Studenten, die zur damaligen Zeit gerade in einer Welle in Deutschland angekommen waren. Gamal Abdel Nasser hatte das Regime in Ägypten übernommen und die Brüder von den Ikhwan-ul-Muslimin in die Gefängnisse gesteckt. Einige dieser Aktivisten hatten sich nach Europa absetzen können und studierten hier an den Universitäten. [...] An dieser Stelle möchte ich etwas zum persönlichen Leben dieser Studenten sagen. Sie hatten sich als Gymnasiasten dazu entschlossen, praktizierende Muslime zu sein, und sie hatten sich in diesem Zuge vom Islam erzie-

³³ Aux sources du renouveau musulman. D´al-Afghani à Hassan al-Banna un siècle de réformisme islamique. Paris 1998.

³⁴ Les Frères Musulmans. Politique de « rabbaniya », les prières avant le pouvoir. Dr. Saïd Ramadan, 1926-1995. (meine Übersetzung) www.cige.org/historique.htm, abgelesen am 5.8.2003.

³⁵ „Die Ölstaaten traten damals gerade in eine Phase der Übersättigung ein. Dollars waren leicht von ihnen zu erhalten.“ Der Verfasser nennt ausdrücklich die Moscheen in Aachen und München. Referenz siehe nachfolgende Anmerkung.

hen lassen. Ihr Lehrer (Murshid) war Hassan al-Banna. Da ich an ihrem Leben und ihren Idealen partizipierte, betrachte ich uns heute gemeinsam als die Söhne von Hassan al-Banna.“³⁶

Am Rande sei bemerkt, dass dieser „Sohn von Hassan al-Banna“ heute Auskunft gibt über rechtliche Probleme und die seiner Meinung nach gültige shari^c-gemäße Rechtsprechung, zum Beispiel der Frage, ob Steinigung sein müsse. Prinzipiell, so die Erklärung, habe der „Staat und Volksgemeinschaft ... ein vitales Interesse, die Ehe zu schützen. Von daher erklärt sich auch eine drakonische Bestrafung für Ehebruch, weil Ehebruch eine tragende Säule der Gesellschaft so gefährdet, dass ein Einsturz droht. Die Kirchen benennen den moralischen Zustand der europäischen Gesellschaftsordnung mit ‚ehebercherische‘ Gesellschaftsordnung, wobei sie ganz in unserem Sinne apostrophieren.“³⁷

Zwar lehre die Geschichte, dass es zur Höchststrafe wohl nur bei Selbstbeziehung käme, prinzipiell aber rechtfertige Ehebruch „die drakonische Strafe“. Überdies gelte nach islamischen Rechtsprinzipien, dass eine auf Erden vollzogene Strafe im Jenseits aufgehoben werde.

Kehren wir zu den angesprochenen Verbindungen zurück, die allerdings längst nicht zu Geschichte geronnen sind, auch wenn die Rolle der Muslimbruderschaft bei Vertretern des „organisierten Islam“ in Deutschland und Europa mehr als relativiert wird. So kündigte die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. auf ihrer Website verschiedene Persönlichkeiten an, die bei ihrer Jahreskonferenz zugegen sein sollten.³⁸ Dr. Ahmad Jaballah wurde als Vizepräsident der Föderation Islamischer Organisationen in Europa vorgestellt; von ihm ist allerdings bekannt, in Führungsfunktion mit einem in Frankreich befindlichen Institut verbunden zu sein, das wegen seiner Förderer³⁹ von der arabischen Halbinsel und seiner schlecht zu neigenden Involvierung in das „Aktionsnetz und der intellektuellen

³⁶ Grimm, Muhammad A. K.: Islam in Deutschland – aus der Sicht eines Zeitzeugen. www.enfal.de/zeitzeug.htm. Als Quelle ist angegeben: Dunia, Ausgabe S[ommer]S[emester] 99.

³⁷ „0006.) Warum wird der Ehebruch bestraft? Muss es die Steinigung sein?“ www.islamauskunft.de/ehe/eh0006.htm, abgelesen am 26.10.2003.

³⁸ www.i-g-d.com/igdprog.htm, abgelesen am 24.9.2003.

³⁹ Vergleiche nachfolgende Anmerkung.

Zirkel [...] die sich auf das Erbe der Muslimbrüder im Nahen Osten beziehen“, von Anfang an in der Kritik stand.⁴⁰

Weiterhin wurde mit der Teilnahme von Dr. Kamal Helbawy geworben.⁴¹ Bei dem als Repräsentant eines „Institute for Political Studies“ angekündigten Herrn handelt es sich um denselben Gelehrten, welcher in einer islamischen Wochenzeitung wie folgt vorgestellt wird: „Dr. Kamal El-Hilbawy, director of the Islamic Association, scholar and representative of Muslim Brotherhood in London.“⁴²

Die Affinität zur Muslimbruderschaft oder zu Zirkeln, welche an der Verbreitung der Lehren⁴³ ihres Gründers interessiert sind, ließe sich wie die offensichtlich institutionellen Verbindungen der europäischen Verbandsvertreter unter sich sowie die ebenfalls beständige Kontaktpflege zu Förderern auf der arabischen Halbinsel durchaus belegen.⁴⁴ So ist es auch kaum verwunderlich, wenn private Anhänger oder Bewunderer der „islamischen Internationale“ im Internet eine Galerie ihrer Idole präsentieren, welche jeden Beobachter zum

⁴⁰ Frégosi, Frank: Les filières nationales de formation des imams en France : l'Institut Européen des Sciences Humaines et l'Institut des Etudes Islamiques de Paris. In: Ders. [sous la direction de]: La formation des cadres religieux musulmans en France. Approches socio-juridiques. Paris 1998, S. 101-139. Unter den Förderern fand sich die Islamische Weltliga sowie Weltvereinigung der Islamischen Jugend, beide Saudi-Arabien. Darüber hinaus der Weltrat der Moscheen sowie die kuweitische Internationale Wohltätigkeitsstiftung/International Islamic Charity Foundation. Mentor dieser Organisation ist die Social Reform Society, die den Muslimbrüdern nahe steht und welche neben der Wohltätigkeitsstiftung – der größten Nichtregierungsorganisation im Land – noch zwei weitere Einrichtungen kontrolliert: das Islamic World Committee und die überaus aktive ladjna ad-da`wa al-islāmiya. Vergleiche Ghandour, Abdel-Rahman: Jihad Humanitaire. Enquête sur les ONG islamiques. Paris 2002, S. 257 f.

⁴¹ Vergleiche ebenfalls www.muslimat-berlin.de/Aktuelles/Archiv/archiv.html, abgelesen am 25.10.2003.

⁴² Friday People no. 326, vol. 8, 11th Shawwal 1419, 29th January 1999.

⁴³ So bei dem ebenfalls anwesenden Scheich Wajdī Ghunaim, über den auf www.massandiego.org/events.htm Hinweise zu finden sind. Unter dem Stichwort „Tarbya“ wird auf dieser Seite der Einfluss beziehungsweise die Autorität, die Hasan al-Banna mit seinen Losungen hat, deutlich. www.massandiego.org/tarbya.htm. Bei diversen Schlagwörtern sind Buchtitel von Banna (To the youth), Sayyid Qutb (Milestones), Mustafa Mashhur (verstorbenen Führer der Muslimbrüder) zu finden. Auch die angebotenen Links führen zu bekannten Seiten wie islamonline.net oder qaradawi.net.

⁴⁴ Vergleiche The Saudi Arabian Information Resource vom 20.11.2001: Al-Turki receives officials of islamic organizations in Europe.

Nachdenken nicht nur über die ideellen Zusammenhänge anregen sollte. Unter der Überschrift „Weise, Persönlichkeiten, Doktoren und Denker der [islamischen] Gemeinschaft“ finden sich neben wahhabistischen Persönlichkeiten wie der Präsident der Islamischen Weltliga, Abdullah at-Turki, Aktivisten wie Malcolm X, Ahmet Deedat, Sayyid Qutb, Abul A´la Al-Mawdudi, Muhammad al-Ghazali⁴⁵ und Hasan at-Turabi auch europäische Größen wie Hani und Tariq Ramadan. Auch Yusuf Islam, einst als Cat Stevens bekannt, wird zu den Vordenkern der umma gezählt. Was nicht unbedingt beunruhigen müsste, wenn dieser überwiegend patriarchalen Galerie⁴⁶ orthodoxer bis radikal-militanter Persönlichkeiten nicht ein Bild des Dihad-Ideologen „Cheik Abdallah Azzam ... assassiné le 24 Novembre 1989 (Qu´Allah lui fasse miséricorde, Amine)“ hinzukäme.⁴⁷

Ob bewusst oder unbewusst interpretiert dieser Internet-Nutzer die religiös-weltanschauliche islamische Bewegung als ein Ganzes; der Behauptung, Sachwalter der einen unteilbaren Wahrheit zu sein, entspricht er auch mit der Einbeziehung des militant-revolutionären Elements. Das Dihad-Konzept eines Azzam, und somit seiner Adepten wie Bin Laden, erscheint hier bildlich als die Kehrseite der Medaille eines umfassenden, alle Bereiche des menschlichen Lebens bestimmenden Konzeptes einer Religion. Und nicht von ungefähr wird der Besucher dieser Website mit den Angeboten einzelner Protagonisten vernetzt.

Nimmt man das Angebot unter dem Namen des „unvergleichlichen Predigers“ Ahmet Deedat wahr, wo gläubige Nichtmuslime aufgefordert werden, ihren Glauben zu überprüfen, „ohne Furcht zu sein, wenn Sie die Wahrheit suchen“, so findet ein Sucher an prominenter Stelle auch einen Link zu den Seiten des Harun Yahya.⁴⁸

Dieser Schriftsteller wurde erstmals in Deutschland durch die Aktivitäten der Milli Görüs bekannt. Erstrangig tritt er in seinen Schriften

⁴⁵ In Europa bekannt geworden durch seine Rechtfertigung der Ermordung des Liberalen Farag Foda.

⁴⁶ <http://perso.wanadoo.fr/islampics/savant3.htm>, abgelesen am 23.10.2003. Die bislang einzige Frau, Zaynab al-Ghazali, erhält einen Platz unter den Denkern des Mittelalters.

⁴⁷ <http://perso.wanadoo.fr/islampics/savant2.htm>, Übersetzung des französischen Texts: „ermordet am 24. November 1989 (Allah sei ihm gnädig, Amen)“.

⁴⁸ http://deedat.ifrance.com/deedat/ad_main.html, abgelesen am 24.10.2003. Von dort zu <http://harunyahya.ifrance.com/harunyahya/>, abgelesen am 24.10.2003.

als Streiter gegen die „Täuschungen“ oder „Erfindungen des Darwinismus“ auf; allerdings scheint der viel schreibende Autor in seinen Internetpräsentationen und kurzen, für den Massengebrauch bestimmten Schriften vorsichtiger zu sein als in seinen umfangreicheren (türkischen) Werken. So ist es auch nicht erstaunlich, wenn ein „wissenschaftlicher“ Text zur Evolutionstheorie von jungen islamischen Akademikern in Deutschland aufgegriffen wird und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit Verwendung findet.⁴⁹ Kann man aber davon ausgehen, dass die Schar der Leser nur die „unproblematischen“ Schriften rezipiert? Denn auch im Internet wird spürbar, dass dieser Autor ein Verschwörungstheoretiker ist, der dunkle Mächte noch hinter den „Templer-Freimaurern“ wittert.⁵⁰ Mit seiner Antipathie gegenüber Logen ist Yahya alias Oktar nicht allein im islamistischen Milieu, wie eine kurze Recherche im Internet schnell erweist.⁵¹

Wer „das Böse“ organisiert, steht für den Kreationisten Yahya fest: Für ihn hat dieses „Böse“ insbesondere mit der europäischen Aufklärung in der Welt entscheidend an Einfluss gewonnen; die antiklerikalen Kräfte, welche sich im Fanal der französischen Revolution durchgesetzt hätten, stehen für Yahya fest. Geheimbündlerische Freimaurer im Verbund mit „den Juden“ hätten sich gegen die Religion und die darauf aufbauende Ordnung durchgesetzt und mithin den materialistischen Denkern wie Darwin den Weg bereitet.⁵² Dessen Lehre wird wiederum als ursächlich für die Verheerungen und Morde eines Hitlers, eines Stalins beschrieben. Nach der Logik dieses „Denkers“ steht am Anfang der Katastrophen des 20. Jahrhunderts, der Totalitarismen des Nationalsozialismus und des Kommunismus, innerhalb der Vielzahl der Opfer eine besondere Gemeinschaft, nämlich die Juden. Zwar scheint das Buch „Der Holocaust-Schwindel“⁵³

⁴⁹ Zerfall eines Mythos: Die Evolutionstheorie. www.teblig.de/allgemeinesbeginn.htm; diese Seite gehört zu Dunia e. V.

⁵⁰ Portal: Harun Yahya An Invitation To The Truth. www.harunyahya.com. Vergleiche Milli Gazete Internetausgabe vom 4.9.2003: „Wenn ihr das Werk ‚Tempelritter und Freimaurer‘ lest, werdet ihr herausfinden, wer das Böse organisiert.“

⁵¹ Zum Beispiel www.halalco.com/fremasonry.htm.

⁵² Yahya, Harun: Evrim Aldatmacasi. Evrim Teorisi'nin Bilimsel Cöküşü ve Teorinin İdeolojik Arka Planı. Istanbul 1997, S. 250 ff.

⁵³ Yahya, Harun: Soykırım Yalani. Siyonist-Nazi İsbirlinin Gizli Tarihi ve `Yahudi Soykırımı` Yalanının İcyüzü. O. O., o. J. Unter den Hauptquellen dieser „Studie“ befinden sich unter anderem Roger Garaudy, Fred A. Leuchter, David Irving und Robert Faurisson.

desselben Autors nicht mehr vertrieben zu werden, doch gibt Yahya seiner antijüdischen Haltung hinreichend Ausdruck. In einem Buch über „Untergegangene Völker“ reflektiert Yahya über Gemeinschaften oder soziale Gruppen wie Homosexuelle, die den Zorn Gottes und damit vernichtende Strafen wiederholt auf sich ziehen, und weiß über „die Juden“ Endgültiges zu berichten:

„Die Juden, die im Laufe der Jahrhunderte heimatlos und staatenlos hin und her wanderten und sich zur Zeit des Propheten Salomon in den heiligen Ländern ansiedelten, haben wieder deshalb, weil sie zu weit gingen, Unheil anrichteten und sich ungehorsam verhielten, eine Katastrophe erlitten.“⁵⁴

Aber der Leser dieses Vielschreibers erfährt noch weitere „Wahrheiten über den Holocaust“. Zwar räumt er ein, dass Juden unter dem Nationalsozialismus grausamer Verfolgung unterlagen, doch glaubt er, mit dem Verweis auf die Thesen Norman G. Finkelsteins, die Leiden des jüdischen Volkes relativieren zu können. Letztendlich zielt er auch mit seiner Unterscheidung zwischen „Zionismus und Judentum“ darauf, „Zionisten“ im Allgemeinen als „sehr schwach im Glauben“, mit anderen Worten: religionsfern darzustellen. So glaubt er, gestützt auf Roger Garaudy, die zionistische Bewegung als „nationalistisch, rassistisch und kolonialistisch“ im Sinne einer „tribalistischen“ Logik brandmarken zu können. Ultra-Orthodoxe Juden, denen das zionistische Projekt eines israelischen Staates als Häresie gilt, haben Harun Yahyas volle Zustimmung.⁵⁵

Nicht von ungefähr sucht dieser Ideologe seine Leserschaft in aller Welt davon zu überzeugen, dass „das Böse“ in der Welt und speziell in Palästina⁵⁶ dem Wirken säkularer Ideen zu verdanken ist. Muslime, Christen und Juden, selbstverständlich nur die wahren Gläubigen unter diesen, sieht er in einer Front gegenüber „atheistischen Philosophien“. Materialismus, Kommunismus, Faschismus und „sä-

⁵⁴ Yahya, Harun: Untergegangene Völker. München 2001, S. 136.

⁵⁵ www.islamdenounceantisemitism.com/distinguishing.htm, Distinguishing Between Zionism and Judaism, abgelesen am 10.10.2003. www.islamdenouncesantisemitism.com/thetruth.htm, The Truth About The Holocaust, abgelesen am 10.10.2003.

⁵⁶ Vergleiche die Vernetzung zu Yahya über www.filistinzulm.com/link.html, abgelesen am 5.9.2003.

kularer Humanismus“ sind nicht mehr als Ausdruck von Gottlosigkeit und Friedlosigkeit: „Die gemeinsamen Feinde des Glaubens“.⁵⁷

Der Definitionsrahmen in dieser Theorie lässt wenig Spielraum, um nicht als „Feind“ der „Religion“ an sich oder „des Islam“ im Besonderen eingestuft zu werden. Ein Einzelfall ist der oben vorgestellte Schriftsteller nicht. In einer anderen Darstellung wird eine grundsätzliche Konfliktstellung zwischen Islam und „Säkularismus“ beschworen, ein Konflikt von einer Radikalität und Tiefe, die einen Samuel P. Huntington zu bestätigen scheint:

„Der Kampf zwischen Islam und Säkularismus ist nichts Neues. Es ist gerade der jahrhundertealte Kampf zwischen Islam und Djahiliya in einem neuen Gewand. Djahiliya, der Weg der [vorislamischen] Ignoranz, erscheint in vielen Formen und nimmt viele Namen an, macht sich verschiedene Symbole zu Eigen, aber sie hat immer den gemeinsamen Denominator – Vielgötterei. Der Konflikt zwischen Islam und Säkularismus ist kein anderer als der Konflikt zwischen Islam und Vielgötterei. Es ist der Kampf gegen die Feinde der Propheten, der in Vorzeiten begann, als Allah den ersten aller Propheten zur Menschheit schickte, und er wird weitergehen bis Allah der Erde und den Dingen darauf ein Ende bereiten wird.“⁵⁸

Der hier postulierte Kampf zwischen Glaube und säkularem Denken als einem zentralen Element menschlicher Existenz, und zwar nicht als einem Element der persönlich-sittlichen Identität, sondern auch als Kernfrage der sozialen Ordnung, sollte keinesfalls arrogant als verbale Übertreibung von „Orientalen“ relativiert werden. Wenn der Jurist Murad Hofmann in seinem Buch „Der Islam im 3. Jahrtausend“ Säkularismus als „für den Islam unakzeptabel“ bezeichnet, in dem Konzept der Menschenrechte nur eine „für Menschen mit transzendenter Bildung geradezu blasphemische Fiktion“⁵⁹ erkennen kann, so wäre zu fragen, welche Folgen „Gotteslästerung“ nach islamrechtlichen Vorstellungen zunächst für Muslime haben kann, nicht nur in den Herkunftsländern, welche nach Vorstellung der Islamisten reislamisiert werden sollen. In der von Hofmann im Geiste Mawdudis gedachten „Theo-Demokratie“ ist meines Erachtens zu gewärtigen,

⁵⁷ www.harunyahya.com/32terrorism-people-soc09.php, abgelesen am 10.10.2003.

⁵⁸ Islamic Book Collection, Titel „Islam and Secularism“. www.islamtoday.net/english/library.cfm, abgelesen am 10.10.2003.

⁵⁹ Hofmann, Murad: Der Islam im 3. Jahrtausend. Eine Religion im Aufbruch. Kreuzlingen, München 2000, S. 96, S. 116.

dass die Pflichten gegenüber Gott stärker in den Vordergrund rücken werden als die Rechte des Einzelnen und seine Freiheiten gegenüber dem Staat, einem Staat, dem die Durchsetzung der Rechte Gottes erste Pflicht zu sein hat.

Dieses Ziel verliert ein als „gemäßigt“ beschriebener Sachwalter der islamistischen Bewegung, Rashid Al-Ghanushi, nie aus den Augen, wenn er sich den Strukturen und Institutionen einer islamischen Zivilgesellschaft oder Demokratie widmet. Benutzt er auch Begriffe der westlichen Demokratien, erweist sich sensibel für Minoritäten und lehnt die von „Linken und Islamisten“ begangene Gewalt ab, so zeigt er, was seine Utopie einer islamischen Gesellschaft angeht, doch starke Zurückhaltung hinsichtlich einer Parteibildung oder Pluralismus innerhalb der islamischen Gemeinschaft: „Die Islamische Bewegung sollte keine Entschuldigung sein, Menschen auseinander zu dividieren. Alle sind Muslime, aber der Islam von einigen benötigt eine kleine Auffrischung.“⁶⁰

So aufgefrischt, würde die Islamische Bewegung, die nach seiner Ansicht am meisten von der Demokratie profitieren könnte, gegenüber den „Säkularisten“ gewinnen: „Jene, die am meisten von der Demokratie gewinnen können, sind die Muslime; sie sollten am meisten darauf aus sein. Sie dürften zur Macht gelangen, wann immer freie Wahlen abgehalten würden: Die Säkularisten sind in den heutigen Tagen in der Minderheit. Sie sind es, die mit der Demokratie Probleme haben. Sie verhindern Demokratie in der islamischen Welt, weil sie verlieren würden.“

Ghanushi erläutert seine Haltung hinsichtlich der Demokratie nicht, gesetzt den Fall, dass die islamische Bewegung in der Minderheit wäre. Wie eine Demokratie ohne Parteien („Selbst der Gedanke an islamische Parteien sollte aufgegeben werden.“) funktionieren soll, bleibt sein Geheimnis. Für ihn ist allerdings klar, dass säkular denkende Muslime im Verband mit Amerika (das heißt den USA) und „den Zionisten“ gegen die Muslime agieren würden. Für ihn gilt deshalb, dass „die Islamisten nach einer gemeinsamen Basis Ausschau halten müssen, um einen Dialog mit den nationalen Kräften, selbst mit westlichen nicht xenophoben Denkschulen zu etablieren, um der zionistischen Gefahr zu begegnen. Die zionistische Gefahr ge-

⁶⁰ Al-Ghanushi, Rashid: Islamic Movements. Self-Criticism and Reconsideration. (3. Juni 2002), www.islamonline.net/english/Contemporary/2002/05/Article16.shtml, abgelesen am 23.10.2003.

fährdet die Islamische Nation [the Islamic Nation] und die Welt, und ist eine Gefahr für Werte, Familie und Religion.“⁶¹

Die Beschwörung dieser existenziellen Gefahr macht deutlich, dass der „Gemäßigte“ Denkmustern verhaftet ist, die der Vorstellungswelt europäischer Fremdenhasser und Antisemiten entsprechen. Die Ablehnung eines weltanschaulich neutralen, säkularen und liberalen Staates ist bei einem solchen Entwurf inbegriffen. Es wäre verfehlt, sich von dem von Islamisten – selbst türkischen – oft vorgebrachten Argument blenden zu lassen, dass Araber – respektive Muslime – als eigentliche „Semiten“ keinesfalls des Antisemitismus bezichtigt werden könnten. Der Begriff des „Antisemitismus“ war schon im 19. Jahrhundert ein schillernder, der sich gegenüber dem herkömmlichen – auch klerikal-christlichen – Antijudaismus durch eine vermeintliche „Wissenschaftlichkeit“ abgrenzen wollte. Im Ergebnis war und ist diese „Anti-Haltung“ trotz aller sprachlichen Kniffe ein Befördern von Vorurteilen, die einseitig und undifferenziert die Verantwortung für Fehlentwicklungen jeglicher Art einer bestimmten Gruppe, hier der Zionisten oder Juden, zuweisen.

Der hier gelieferte Einblick und die nur angeschnittenen Themen können keinesfalls die Gesamtheit des „Angebotes“ beschreiben. Auch war es, da nur eine beschränkte Einführung geboten werden kann, nicht möglich, strukturiert Einzelthemen zu vertiefen. Allerdings kann gesagt werden, dass mittels des Internets ein Zugang ermöglicht wird zu den unterschiedlichsten Strömungen der islamistischen Bewegung in und außerhalb Europas. Abhängigkeiten ideologischer Art, Verbindungen über nationale Grenzen hinweg werden greifbar bei einer politischen Tendenz, die den Staat europäischer Prägung letztendlich als Hindernis ihres weltumgreifenden Ordnungskonzeptes begreift.

Die Auseinandersetzung damit lohnt allemal, und es zeigt sich, dass mit dieser Form der Kommunikation sich jeder Interessierte ein persönliches Bild zu den vorhandenen Akteuren machen kann, insofern er sich nicht mit offiziellen Sonntagsansprachen und Goodwillerkklärungen auf den Eingangsportalen abspeisen lassen will, sondern sich der Mühe unterzieht, schwierige und teilweise wenig erbauliche Texte auf ihren eigentlichen Kern zu prüfen. Das Ergebnis ist mit Sicherheit nicht die „Verbreitung von Gerüchten“, wie es in einer in selektiver Selbstbeschränkung verharrenden Publizistik behauptet

⁶¹ Ebenda.

wird,⁶² sondern eine Schilderung von politischen, bewusstseinsbildenden Aktivitäten und Bestrebungen, deren Prinzipien nach Form und Geist vielfach den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten widersprechen. Dies zielt keineswegs auf die Ausgrenzung von Menschen einer bestimmten Religion, hier des Islam, sondern auf ein Ernstnehmen von Menschen mit ihren Überzeugungen und politischen Zielen, wobei es erlaubt sein muss, auch religiös begründeten Lehren Kritik entgegenzubringen, ja sie sogar abzulehnen, wenn ihnen die Freiheit des Menschen für Nichts gilt.

⁶² Art. Distant Communications. www.gerdien-jonker.de/pub6.htm, abgelesen am 28.8.2003.

Stojanka Manolcheva, Valerija Manjuk, Eduardo-J. Vior¹

Bestandsaufnahme demokratischer Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit muslimischen Jugendlichen in Deutschland – Ein Forschungsbericht

Beauftragt vom Bundesministerium des Innern² erstellten die Verfasser³ des vorliegenden Beitrags vom September 2002 bis Januar 2003 am Institut für Politikwissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg⁴ diese Bestandsaufnahme.

In unserem Projekt haben wir drei Beispiele demokratischer Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund⁵ in Deutschland untersucht und miteinander verglichen. Die dieser Studie anfänglich gestellte Aufgabe, über die politische Bildungsarbeit „demokratischer islamischer Organisationen“ mit Jugendlichen zu berichten, musste bald wegen der Feststellung umformuliert werden, dass es keine nach dem in der Bundesre-

¹ Projektkoordinator.

² An dieser Stelle möchten wir dem Bundesministerium des Innern für die Finanzierung unseres Projekts danken.

³ An der Erstellung der Studie war teilweise auch Köksal Çalışkan beteiligt.

⁴ Die Studie wurde am UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechtserziehung angesiedelt. Die Verfasser möchten hiermit ihre Dankbarkeit für die ständige Unterstützung und Beratung durch seinen Inhaber, Professor Dr. K.-Peter Fritzsche, kundtun.

⁵ In verschiedenen Studien weisen die Mitarbeiter des Zentrums für Türkei-Studien (ZfT) in Essen auf die Schwierigkeit hin, begrifflich genau diese Gruppen zu erfassen. Es gibt nämlich unter diesen Jugendlichen unterschiedliche Einstellungen und Haltungen zum islamischen Religionsbekenntnis. Dasselbe geschieht mit ihrer Subsumierung unter dem „Migranten“-Begriff. Die meisten von ihnen sind in Deutschland geboren worden und hier aufgewachsen, in einigen Fällen trifft dies auch auf ihre Eltern zu. Deshalb wird in dieser Studie der vom ZfT erhobenen Mahnung zur Vorsicht Folge geleistet und von „Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund“ beziehungsweise von „Jugendlichen im Migrantenumfeld“ gesprochen. Siehe dazu unter anderem F. Şen/M. Sauer/D. Halm (2001: S. 74-75). Von der stereotypen Gleichsetzung von „Migranten“, „Moslems“ und „Türken“ in Deutschland wird später noch einmal die Rede sein.

publik alltäglich praktizierten Verfassungsverständnis⁶ „demokratischen islamischen Organisationen“ in Deutschland gibt. Weiter war noch unklar, was unter „muslimischen Jugendlichen“ zu verstehen ist. Also standen die zwei Grundannahmen unseres Vorhabens, dass es „demokratische islamische Organisationen“ und „muslimische Jugendliche“ gibt, unter Vorbehalt.

Als Ergebnis unserer einleitenden Untersuchung über den Stand der wissenschaftlichen Forschung auf diesem Gebiet änderten wir unsere Stoßrichtung dahingehend, dass wir – wie in der Überschrift angekündigt – „demokratische Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund“ darstellten. Dabei entschieden wir uns für eine im doppelten Sinne pragmatische Annäherungsweise: Erstens betrachteten wir als „demokratisch“ alle Initiativen – unabhängig von ihrer Trägerschaft –, die diese Jugendlichen zur Selbstständigkeit erziehen, und zweitens fassten wir die in dieser Studie behandelte Gruppe breit auf: Sie umfasste alle jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren, die unmittelbar oder mittelbar eine wie auch immer geartete, von islamischen Werten geprägte Sozialisation erfahren beziehungsweise erfahren haben. Mit diesem Ansatz distanzierten wir uns von der in der bundesrepublikanischen Forschung verbreiteten Neigung, die Selbstbezeichnung der Jugendlichen als „Muslime“ als Grundlage für allgemeine Aussagen über ihr gesellschaftliches und politisches Verhalten zu benutzen. Wir sind der Meinung, dass diese Selbstzuschreibung aus den folgenden Gründen keine wissenschaftliche Relevanz besitzt:

1. Da der Islam nur schwer eine Trennung zwischen Religion und Alltagsleben zulässt, erscheint es den befragten Jugendlichen als „normal“, sich gegenüber Interviewenden aus der Mehrheitsgesellschaft (ob in schriftlicher oder mündlicher Form) als „Moslem“ ohne weitere Differenzierungen zu zeigen. Wie kritische Autoren und Vertreter von Selbstorganisationen erklären, sind aus dieser Selbstzuschreibung noch keine Konsequenzen für die Lebensführung der Zielgruppe zu ziehen.
2. Durch die proklamierte Zugehörigkeit zur islamischen Glaubensgemeinschaft setzen viele Menschen im Migrationsmilieu ein Zei-

⁶ Zur Unterscheidung zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit und deren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen dem Staat beziehungsweise der Mehrheitsgesellschaft und den Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund siehe weiter unten.

chen ihrer Selbstidentifizierung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Dabei wird aber nicht definiert, was für eine „islamische Lebensführung“ angestrebt wird, in welchem Verhältnis diese Vorstellung zur säkularisierten Lebenswelt dieser Minderheit steht oder welche Folgen die Selbstzuschreibung für weit reichende politische und gesellschaftliche Entscheidungen der Befragten hat.

Uns war bewusst, dass nach unserer Entscheidung für diese Annäherungsweise der Bedarf nach einer systematischen, stringenten Begriffsbestimmung weiterhin besteht. Wir hoffen jedoch, auf dem eingeschlagenen Weg und durch weiterführende Untersuchungen dieser Eingrenzung näher zu kommen.

Mit dieser Herangehensweise nahmen wir explizit Abstand von der Gleichung Migrant = Türke = Moslem = Fremder, die die in der Mehrheitsgesellschaft vorherrschenden Vorstellungen und viele wissenschaftliche Arbeiten in dieser Frage prägt.⁷ Zwar stammen die meisten Menschen mit einem migratorischen Hintergrund in Deutschland direkt oder indirekt aus der Türkei, doch sind viele von ihnen bereits in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen, ein Großteil hat nur indirekte Bezüge zur ursprünglichen Heimat. Sie können also nicht als „Türken“ bezeichnet werden. In der Recherche der wissenschaftlichen Literatur über die Lebenslage der hier untersuchten Jugendlichen stellten wir fest, dass die unter ihnen vorhandenen extremen Unterschiede in der materiellen und rechtlichen Lage einerseits sowie in der Wahrnehmung der eigenen Gruppe und der Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft andererseits ihre einheitliche Erfassung als „Migranten“ unmöglich machen. Schließlich nehmen die religiösen Erlebnisse in diesen Gruppen dermaßen vielfältige Formen an, dass man sie auch nicht ohne weiteres in die Kategorie „Moslem“ subsumieren kann.⁸ Aus diesem Grund wie auch

⁷ Zu dieser Gleichung siehe T. Höhne (2000: S. 48-49).

⁸ Damit soll ihnen aber keineswegs der muslimische Glaube abgesprochen werden, zu dem sie sich bekennen. Wir übersehen auch nicht den besonderen Charakter der islamischen Religiosität, die durch die von ihr nicht vorgenommene Trennung zwischen Religiösem und Profanem das alltägliche Privatleben der einzelnen Gläubigen viel stärker beeinflusst als bei den Angehörigen christlicher Konfessionen (Şen/Sauer/Halm 2001: S. 75). Mit der Relativierung soll hier auf die mannigfaltigen Verbindungen zwischen religiösem Glauben und den im vielfältigen Austausch miteinander und mit der Mehrheitsgesellschaft sowie mit anderen Minderheiten entwickelten Lebensauffassungen hingewiesen werden, die eine eigentümliche Mischung zu

wegen der von uns benutzten Typologie (siehe weiter unten) untersuchten wir absichtlich neben einer erklärtermaßen muslimischen Initiative zwei Projekte ohne expliziten religiösen Bezug.

Nach unseren vorbereitenden Recherchen und der Auswertung der Fachliteratur beschlossen wir, den Gegenstand unserer Untersuchung außerhalb des Wirkungskreises der großen in Deutschland tätigen muslimischen Verbände zu suchen: Keinem von ihnen ist es gelungen, einen entschlossenen Beitrag zur Entwicklung der Selbstständigkeit der bei ihnen aktiven Jugendlichen zu leisten.

Die bereits vorgebrachten Einwände legten in dieser Studie die Entscheidung nahe, auf die Definition dessen, was „ein muslimischer Jugendlicher“ ist, zu verzichten und stattdessen zu versuchen, die Konturen dieser Gruppe durch die Effekte der auf sie gerichteten politischen und gesellschaftlichen Praktiken zu zeichnen.⁹

Geht man von der normativen Annahme aus, dass die demokratische politische Bildung die Menschenrechte als Grundlage des individuellen und kollektiven Handelns betrachtet, so erscheint es auch hier ratsam, die bildungspolitischen Initiativen im Umfeld von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund in ihrem Bezug auf die Menschenrechte unter die Lupe zu nehmen. Demnach wollten wir ausgewählte Beispiele der politischen Bildungsarbeit mit „muslimischen Jugendlichen“ nach ihrer Fähigkeit beurteilen, mit dieser Gesellschaftsgruppe zusammen Werte-, Normen- und Kommunikationsgemeinschaften aufzubauen, die auf den Menschenrechten gründen.

Berücksichtigt man einerseits, dass die Menschenrechte zwar universal und unteilbar sind, aber immer in historisch-kulturellen Formen erscheinen und wiederholt einer Güterabwägung unterzogen werden müssen,¹⁰ so ist die Frage nach den Prioritäten zu stellen, die die hier untersuchten Initiativen für ihre Bildungsarbeit setzen. Andererseits bringen Rechte immer Pflichten mit sich, die der Gegen-

Stände brachten, die einige Autoren als „Euroislam“ bezeichnen. Zu „Euroislam“ siehe B. Tibi u. a. (2002: S. 293-325).

⁹ Damit wenden wir einen diskursanalytischen und dekonstruktiven Ansatz an, wie ihn u. a. J. Angermüller und K. Bunzmann definierten (Angermüller/Bunzmann, 2000: S. 1-12).

¹⁰ Zum doppelten universalen/partikularen Charakter der Menschenrechte siehe u. a. H. Bielefeldt 1998, R. Fornet-Betancourt (Hrsg.) 2000 und R. Fornet-Betancourt/H.-J. Sandkühler (Hrsg.) 2001.

part zu erfüllen hat. Demzufolge richten wir unser Augenmerk auch auf die Forderungen der Jugendlichen an den Staat und die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. So nimmt der Bezug auf die Menschenrechte in unserer Untersuchung, neben der herkömmlichen normativen, eine analytische Stellung ein.

Nicht nur Wissenschaftler/-innen (stellvertretend dafür siehe Koopmans, 1999, 2001 und 2002), sondern auch viele Verantwortliche für Integrationspolitik stimmen in der Feststellung einer Jahrzehnte andauernden Lücke in der politischen Agenda der Bundesrepublik Deutschland überein: Darin hatte die Migrationsfrage bis 1998 keine bedeutsame Stellung. Da Migrationspolitik in Deutschland ein Novum darstellt, müssen alle Bezüge auf die Menschenrechte in diesem Bereich unter den Vorbehalt ihrer Präzisierung gestellt werden: Was ist damit gemeint? Wie sieht dieser Bezug in der politischen und institutionellen Praxis aus? Welche Praktiken leitet er ein? Diese Fragen haben uns geholfen, den Blick auf die von uns untersuchten Initiativen zu schärfen.

Aus dem hier vertretenen interkulturellen Verständnis der Menschenrechte lässt sich die Erkundung der demokratischen Sozialisation jedes Individuums und jeder Gruppe zugespitzt auf die Frage konzentrieren, inwieweit diese Sozialisation zur individuellen beziehungsweise gruppenbezogenen rationalen Selbstbestimmung beiträgt. Wenn dieser Prozess zu diesem Ziel führt, hat er zweifelsohne einen demokratischen Charakter, egal unter welchen ideologischen Vorzeichen die Entwicklung erfolgt. Wenn das Vorhaben dieses Ziel verfehlt, schafft keine demokratische Rhetorik Abhilfe. Urteilsmaßstab für den Erfolg einer demokratischen Sozialisation ist demnach die in der gesellschaftlichen und politischen Praxis erwiesene Fähigkeit, die eigenen Interessen rational zu verfolgen, Konflikte durch Austausch von Argumenten zu lösen und sich in die Ansichten und Interessen der Anderen im Dialog der Positionen einzudenken (siehe dazu unter anderem M. Brocker, 1997, und H. Nau, 1997).

Diese Auffassung gilt in allen Lebensbereichen, sowohl für Individuen als auch für Gruppen. Da wir die politische Bildung untersuchten, widmeten wir unsere Aufmerksamkeit der Entstehung von demokratischen politischen Subjekten. Nicht die Inhalte, sondern die erlebten Werte, Normen und Symbole sollen maßgebend für die Bestimmung dessen sein, was man als demokratische politische Bildung bewerten kann. Als Fazit unserer Auffassung können wir feststellen, dass nur die selbstständige Mitwirkung der aus der Migration entstandenen Minderheit in den Institutionen des demokratischen Staates und der Mehrheitsgesellschaft ihr partnerschaftliches

Zusammenwirken mit dieser ermöglichen kann. Integration durch Partizipation ist unser Motto.

Zur Definition unseres Untersuchungsgegenstandes gelangen wir über Umwege: Da es keine Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund als geschlossene gesellschaftliche Gruppe gibt, deren Verhalten erforschbar wäre beziehungsweise ermöglichen würde, auf Antrieb die Initiativen der politischen Bildung in ihrem Umfeld zu taxieren, bestimmten wir ihre Merkmale als Antworten auf externe Einflüsse auf ihre gesellschaftliche und politische Praxis. Dabei berücksichtigten wir die drei folgenden Faktoren:

- die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft, die weiterhin den Islam als ein der deutschen Gesellschaft fremdes Phänomen betrachtet und einer dreifachen Gleichung anhängt: Migrant = Moslem = Türke = Fremder (Höhne, 2000: S. 48-49; Jonker, 2002). Dadurch wird das Migrationsproblem auf ein religiöses reduziert und durch die Fremdheitszuschreibung außerhalb der Gesellschaft der Bundesrepublik platziert. Die Integrationsfrage wird auf diese Art und Weise vereinfacht: Die Migranten/-innen sollen ihre Fremdheit ablegen und sich in die Werte-, Normen- und Symbolgemeinschaft der Mehrheit einfügen;
- die Orientierung und Stärke der islamischen Organisationen in Deutschland, die die politische Bildung von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund zum Teil durch ihre Einstellungen zur demokratischen Grundordnung, ihre ausländischen Verflechtungen, Ziele, Organisationsformen und Personalausstattung mitbestimmen;¹¹
- der Einfluss der Migrationslage der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund auf ihre Bemühungen um selbstständige Identitätsbildung (Heitmeyer/Müller/Schröder, 1997, Mannitz, 2001, Nohl, 2001, und Sauer 2000). Zur Behandlung dieser bereits

¹¹ Grundsätzlich zu den islamischen Organisationen in Deutschland siehe Feindt-Riggers/Steinbach (1997) und Lemmen (2001). Rein deskriptiv siehe auch Küçüküseyin (2002). Zum „Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)“ siehe Jonker (2002). Zum Islamismus in Deutschland aus der Sicht des Verfassungsschutzes siehe Müller (2001). Zum so genannten „Kalifat von Köln“ siehe Schiffauer (2000).

erwähnten Einflüsse werden in diesem Bericht diskursanalytische Instrumente¹² angewendet.

In der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit konnten wir nicht einen vierten Faktor berücksichtigen, den wir jedoch für unverzichtbar halten: die Interessenkonflikte zwischen Deutschland und den Herkunftsländern der muslimischen Einwanderer, das heißt hauptsächlich der Türkei beziehungsweise der dort um Einfluss ringenden politisch-religiösen Kräfte sowie anderen islamischen Staaten. Es bestehen nachvollziehbare Zusammenhänge zwischen den wechselhaften Prozessen in der türkischen Innenpolitik und den Beziehungen zwischen dem Staat beziehungsweise der Mehrheitsgesellschaft auf der einen und unserer Zielgruppe¹³ auf der anderen Seite. Viele Menschen mit Migrationshintergrund neigen dazu, die oben erwähnte Fremdzuschreibung als positives Identitätsmerkmal anzunehmen und idealisierten religiösen oder ethnokulturellen Bildern anzuhängen (siehe dazu A. Bayaz 2002: S. 202). Dadurch verstärken sie nur die Spaltung zwischen ihnen und ihrer mehrheitsgesellschaftlichen Umgebung: Sie leben in einem Umfeld, das ihnen fremd geblieben ist, und versuchen Sinn für ihr Leben durch die Idealisierung von Gesellschaften und Gemeinschaften zu stiften, die sie oft nicht kennen und die nur zum Teil mit der Lebensführung und den Lebensansichten kompatibel sind, die sie in Deutschland entwickelt haben. Daraus können keine selbstständigen, freien und demokratischen Persönlichkeiten und Gruppenidentitäten entstehen.

Durch die Berücksichtigung der drei erwähnten Faktoren haben wir die Entwicklung demokratischer Identitäten unter Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund in Deutschland im Spannungsfeld zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den verschiedenen, aus der Einwanderung hauptsächlich türkischer Staatsbürger/-innen hervorgegangenen Milieus geortet. Die unterschiedlich ausgeprägte islamische Religiosität dieser Gruppen haben wir als eine davon abhängige Variable betrachtet.

¹² Zur Stellung der Dekonstruktion, der Diskursanalyse und der Kritik in dieser Arbeit siehe u. a. J. Angermüller (1999, 2000 und 2001).

¹³ Grundlegend zu den Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sowie den sie begleitenden Fremdbildern siehe Bayaz (2002) und Tibi (1998 und 2002). Zur Frage der Selbstethnisierungstendenzen siehe Zentrum für Türkei-Studien (1998) und Goldberg/Halm/Sauer (2001).

Als erste Stufe unseres Forschungsvorhabens bestimmten wir den Stand der Forschung in der hier zu erörternden Frage. In einer zweiten Stufe definierten wir Gegenstand und Fragestellung unserer Untersuchung sowie die hier benutzte Typologie. Schließlich formulierten wir die für die Recherchen vor Ort angewandte Methode.

Gegenstand dieser Untersuchung

Von Anfang an ist es das Anliegen dieses Forschungsvorhabens gewesen, Initiativen auszumachen, die demokratische Tendenzen unter Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund stärken. Durch unsere bisherigen Recherchen wissen wir aber, 1) dass es keine „demokratisch-islamischen Organisationen“ nach dem in Deutschland vorherrschenden Demokratieverständnis gibt, 2) dass es das Subjekt „muslimische Jugendliche“ aufgrund der unterschiedlichen Migrations-, Lebens- und Religionserfahrungen nicht gibt, sondern eine Vielzahl von Gruppen Heranwachsender, die von der Mehrheitsgesellschaft als „fremd“ betrachtet und politisch, administrativ und rechtlich als solche behandelt werden. Angesichts dieser Feststellung können wir nicht den Standpunkt vieler wissenschaftlicher Studien teilen, die ungefragt die Gleichung Migrant = Muslim = Türke = Fremder übernehmen und ihre Arbeit auf die Frage konzentrieren, wie diese Gruppen in die Mehrheitsgesellschaft „hineinzuzwängen“ sind. Wenn man so verfährt, enthält die Fragestellung bereits eine Fremdheitskonstruktion, die sich wesensgemäß in den Ergebnissen, also in der mit der Publikation verbundenen Botschaft wieder findet. Infolgedessen wird ein Maßnahmenkatalog aufgestellt, an den die Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund sich halten müssen, wenn sie den Weg in die Mehrheitsgesellschaft beschreiten wollen.¹⁴

Infolge dieser kritischen Dekonstruktion ideologisierender Ansätze sahen wir uns mit einem methodischen Problem konfrontiert: Der Gegenstand unserer Untersuchung bestand nicht als gesellschaftli-

¹⁴ Diese von vielen Experten, Politikern und Funktionären geteilte Haltung scheint entsprechende Reaktionen im Migrantenumfeld hervorzurufen. Während unserer Gespräche mit den Jugendlichen, die an den Maßnahmen der von uns untersuchten Initiativen teilnehmen, fiel uns die Neigung der Interviewten auf, ihre Probleme in der Schul- oder Berufsausbildung auf eigene Mängel beziehungsweise Unzulänglichkeiten zurückzuführen. Somit verschwindet die analytisch festgestellte Diskriminierung (siehe Radtke, 2002). Bezüglich der Ergebnisse dieser Gespräche siehe die Schlussfolgerungen.

cher, geschweige denn politischer Akteur. Koopmans zufolge¹⁵ gibt es einen kausalen Zusammenhang zwischen der staatlichen Politik für den Migrantenbereich und der mangelnden Motivation und Fähigkeit der Selbstorganisation dieser Bevölkerungsgruppe, sich in das demokratische System der Mehrheitsgesellschaft politisch einzubringen. Dies hat er, allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Kollegen, in zahlreichen vergleichenden Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen der Staatsbürgerschaftsauffassung und der Artikulation politischer Forderungen in und aus den Migrantenmilieus in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland bewiesen. Da der in Deutschland bis 1998 vorherrschende Diskurs die Zuwanderung verdrängte, gab es keine von der Mehrheitsgesellschaft anerkannten „muslimischen Jugendlichen“. Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive kann diese Gruppe Jugendlicher demzufolge nur durch die Effekte der drei bereits dargestellten divergierenden, aber miteinander in Zusammenhang stehenden Einflüsse definiert werden, das heißt durch die Haltungen und Praktiken, die diese Einflüsse in der Gruppe hervorrufen. Gleichzeitig gewinnt die Forderung nach einem andersartigen, partizipatorischen Konzept in der politischen Bildungsarbeit mit dieser Jugendgruppe eine besondere Dimension: Von seiner Zielrichtung, seinem Charakter und seiner Implementierung hängt die künftige Standortbestimmung dieser Jugendlichen in ihrem politischen Umfeld ab.

Ein zentraler Leitsatz dieser Untersuchung ist, dass erst das Angebot an selbstständigen politischen Beteiligungsmöglichkeiten durch den Staat und die Mehrheitsgesellschaft ein demokratisches politisches Subjekt aus den Reihen der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund hervorbringen kann, das als selbstständiger Partner in der politischen Bildung im Sinne der Menschenrechte auftritt.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen über einige Initiativen, die sich die Aufgabe gestellt haben, diese Jugendlichen zur gesellschaftlichen Selbstständigkeit zu erziehen und Vernetzungen zwischen ihnen und der Mehrheitsgesellschaft aufzubauen, wollen wir dann einige modellhafte Alternativen vorschlagen. Hierfür haben wir drei Initiativen ausgesucht, die Beispiele für die in Westeuropa beste-

¹⁵ Gespräch von EJV mit R. Koopmans in Berlin am 2.12.2002.

henden „Modelle“ im politischen Umgang mit dem Migrationsphänomen darstellen:¹⁶

- eine Selbstorganisation von Migranten in Berlin, die – in einigen Aspekten der in Frankreich vorherrschenden Integrationspolitik ähnlich – über Abstammung und konfessionelle Bindungen hinweg die Jugendlichen im Migrationsbereich auf ihr Ankommen in der Mehrheitsgesellschaft vorzubereiten versucht;
- ein Projekt für muslimische Frauen und Mädchen in Köln, das sie – in etwa dem „britisch-niederländischen Modell“ folgend - durch ihren befristeten Rückzug in ein geschütztes kulturelles Milieu für ihre persönliche Entfaltung in der Mehrheitsgesellschaft aufbaut;
- eine Bremer Initiative zur Förderung von „ausländischen Nachwuchskräften“, die – durchaus in der Tradition der Migrantenarbeit der deutschen Wohlfahrtsverbände - Jugendliche aus dem Migrantenmilieu zur Aufnahme und Durchführung einer Berufsausbildung zu motivieren versucht.

Allen drei Initiativen ist die Absicht gemeinsam, die Jugendlichen im Migrationsmilieu zu animieren, ihre Beziehungen selbsttätig und selbstständig zu gestalten, aber sie verfolgen dieses Ziel jeweils auf eine andere Art und Weise. Durch die Auswertung dieser drei Initiativen wollen wir verallgemeinerbare Aussagen über die Vor- und Nachteile dieser Alternativmodelle beim Definieren des Subjekts „demokratische Jugend mit muslimischem Hintergrund“ machen und weiterführende Maßnahmen empfehlen.

Tätigkeitsbericht und Auswertung

Wir haben drei unterschiedliche Initiativen untersucht, die sich die Erziehung von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund zu einem selbstbestimmten Ankommen in der Mehrheitsgesellschaft vorgenommen haben. Die schulische und berufliche Ausbildung trägt entscheidend zum Ge- oder Misslingen dieses Vorhabens bei. Demzufolge wenden die von uns untersuchten Projekte sehr viel Energie für die Begleitung und Beratung von Schülern und Auszubildenden auf. Sie beschäftigen sich zwar mit sehr unterschiedlichen Fragen und Interessen, aber die pädagogische Lernförderung und die Begleitung bei der Berufsausbildung stehen weiterhin im Mittel-

¹⁶ Zu den drei europäischen Modellen siehe Koopmans (2001: S. 63-99).

punkt der Aufmerksamkeit. Darum haben wir unsere Anstrengungen auf die Untersuchung der Ziele, Arbeitsweise, Organisation und Ergebnisse dieser pädagogischen Tätigkeiten konzentriert.

Die von uns untersuchten Initiativen sind die Mannschaft der Aktion Courage (AC) in Berlin und der mit ihr kooperierende Verein Vergessene Jugend Berlin (VJB), das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen (BFMF) in Köln und die Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN) in Bremen. Wir haben für die vorliegende Untersuchung diese besonderen Initiativen ausgewählt, weil sie den drei im westeuropäischen Vergleich praktizierten Modellen der Integration ausländischer Migranten zuordenbar sind:¹⁷ 1) das „französische Modell“, das die Gleichheit aller Staatsbürger/-innen in Rechten und Pflichten über ihre ethnokulturelle Herkunft stellt und auf die Assimilation der ausländischen Migranten/-innen in die nationale Gemeinschaft abzielt, 2) das „britisch-niederländische Modell“, das die Gleichwertigkeit aller den demokratischen Staat tragenden ethnokulturellen Gruppen anerkennt sowie ihre selbstständige Entwicklung sogar durch die Übertragung staatlicher Kompetenzen fördert und 3) das „deutsche Modell“, das migrationsspezifische Probleme¹⁸ sozialpolitischen Konzepten und Maßnahmen unterordnet. Entsprechend diesem werden die Migranten/-innen vorwiegend durch die sozialen Verbände betreut. Selbstverständlich kann man bei Organisationen, die in Deutschland unter besonderen Bedingungen tätig sind, nicht die erwähnten Modelle in reiner Form wieder finden. Die Klassifizierung dient jedoch als grobes Raster für unsere vergleichende Auswertung.

Angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit mussten wir uns darauf beschränken, die Arbeitsunterlagen der Initiativen (Satzungen, Jahresberichte, Werbematerial und Internetseiten) unter die Lupe zu nehmen, im Zuge eines oder zweier Besuche ausführliche Gespräche mit den Mitarbeitern/-innen zu führen und das Gespräch mit den Jugendlichen zu suchen. So werden unsere Auswertungen unter dem Vorbehalt längerfristiger und umfassenderer Studien stehen. Ein weiterer einschränkender Faktor war die Tatsache, dass die Zeit der Kontaktaufnahme und der Gespräche vor Ort (November 2002) mit den Feierlichkeiten des muslimischen Fastenmonats Ramadan zusammenfiel. Dadurch entfielen viele Veranstal-

¹⁷ Zu den drei Modellen siehe Koopmans (2001) und Koopmans/Statham (2000).

¹⁸ Dieses Merkmal würde die bis 1998 geltende staatliche Haltung betreffen.

tungen in den untersuchten Projekten und die Teilnahme von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund war extrem reduziert.

Obwohl der Projektbeauftragte Dr. Eduardo-J. Vior den Kontakt zu den drei Initiativen aufnahm und den Verlauf der Untersuchungen vor Ort begleitete, übernahmen die drei an der Studie beteiligten studentischen Mitarbeiter/-innen Stoyanka Manolcheva, Valerija Manjuk und Köksal Çalışkan den direkten Kontakt zu den Projekten. Wir entschieden uns für diese Arbeitsweise nicht nur aus Effizienzgründen, sondern auch, weil die drei Mitarbeiter/-innen als junge Menschen ausländischer Herkunft einen direkten Zugang zu den Jugendlichen (und zu den jeweiligen Projektmitarbeitern/-innen mit migratorischem Hintergrund) haben würden.

Für die Gespräche vor Ort haben wir einheitlich den folgenden qualitativen Fragenkatalog erstellt, den unsere Mitarbeiter/-innen als Leitfaden für ihre Interviews benutzten:

- Welche Diskriminierungserfahrungen haben die Jugendlichen gemacht?
- Wie intensiv sind ihre Kontakte zur deutschen Mehrheitsgesellschaft?
- Wie beurteilen sowohl die Projektmitarbeiter/-innen als auch die Jugendlichen selbst das Versagen der Letzteren an den deutschen staatlichen Schulen?
- Welche Motivationsprobleme haben die Jugendlichen in ihren Schul- und Ausbildungslaufbahnen?
- Inwieweit verändert sich die Leistung der Jugendlichen in der Schule und der Ausbildung durch die Betreuung der von uns untersuchten Initiativen?
- Wie viele Jugendliche haben dank der Betreuungsmaßnahmen einen Schulabschluss erreicht beziehungsweise eine Ausbildungsstelle oder einen Arbeitsplatz erhalten?
- Wie fördern die drei Initiativen die Vernetzung zwischen Mehrheitsgesellschaft und den Jugendlichen mit Migrationshintergrund?

Die Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN) führt in Bremen Beratungen und Informationsabende für jugendliche Migranten/-innen unter Berücksichtigung der sozialen Lage durch. Die Initiative nimmt die Differenz der Migranten/-innen als Ausgangspunkt ihrer Arbeit wahr. Ziel ihrer begleitenden Tätigkeit ist, die Migranten/-innen in die Lage zu versetzen, sich ohne

Hilfe in der Mehrheitsgesellschaft zu bewegen. Zweifelsohne leistet die Beratungsstelle einen wichtigen Beitrag bei der Vernetzung der Mehrheitsgesellschaft mit dem Migrationsmilieu. Durch Bildungsmaßnahmen, Kontaktbörsen und Informationsveranstaltungen bringen die Mitarbeiter/-innen der BQN jugendliche Migranten/-innen, Unternehmer/-innen, Betriebe und Selbstständige aus dem Migrantenumilieu und Ansprechpartner/-innen aus der Verwaltung zusammen.

Die Arbeit dieser Initiative – wie schon erwähnt – entspricht dem „deutschen Modell“: Organisationen der Mehrheitsgesellschaft (hier die Arbeiterwohlfahrt) betreuen das Migrationsmilieu mit sozial- und arbeitspolitischen Instrumenten. Sie zielen auf ein erfolgreiches Ankommen der Individuen aus dieser Umgebung in der Mehrheitsgesellschaft ab. Die selbstständige Artikulation von Interessen und die Organisation von Gruppen aus dieser Bevölkerungsschicht, um Forderungen an den Staat und die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zu richten, sind in diesem Modell nicht vorgesehen.

Dem Berliner Verein ist es ansatzweise gelungen, den Forderungen der Jugendlichen Ausdruck zu verleihen. Zum einen können die Jugendlichen hier teilweise an der Arbeit des Vereins beteiligt werden.¹⁹ Zum anderen ist der Verein Vergessene Jugend Berlin (VJB) ein selbstständiger Verein mit Mitarbeitern/-innen aus dem Migrantenumilieu. Dennoch bedeutet diese Tatsache für sich allein genommen noch keine Artikulation von politischen Forderungen. Damit man vom Aufbau eines selbstständigen demokratischen Subjekts aus dem Migrationsmilieu heraus sprechen kann, sollten Visionen, Projekte und Strategien für den Umgang zwischen Mehrheit und Minderheiten entworfen werden, die wir in dieser anfänglichen Phase unserer Arbeit noch nicht erkennen konnten.

Idealtypisch und dem eigenen Anspruch nach wäre Aktion Courage e. V. und Vergessene Jugend Berlin e. V. (VJB) dem so genannten „französischen Modell“ zuzuordnen: Über die Migrationslage hinaus werden die Jugendlichen zu selbstständigen Bürgern/-innen des demokratischen Staates erzogen. Durch die Eingliederung der Migranten/-innen in die demokratische Gesellschaft wird die Migrationssituation als eine Übergangsphase behandelt. Ihre Überwin-

¹⁹ Dabei handelt es sich nicht um das Projekt „Pädagogische Lernförderung“, sondern um unterschiedliche, im Verein Vergessene Jugend Berlin angesiedelte Projekte (Gespräch mit Frau Berreßen, Frau Weber und Herr Karaca am 25.10.2002 in Berlin).

derung soll die „Einheit der Nation“ (so der Anspruch des in Frankreich bestimmenden Diskurses) wiederherstellen. Verschiedene nicht kontrollierbare Faktoren stellen sich jedoch gegen die Anwendbarkeit dieses Modells unter den spezifischen Bedingungen, unter denen VJB arbeitet: 1) die schichtspezifische und ethnokulturelle Wirklichkeit von Kreuzberg, wo die verbreitete Arbeitslosigkeit und Armut mit einer sehr hohen ethnokulturellen Selbstidentifizierung als „Deuschtürken“ zusammenfällt; 2) die mangelnde Vorbereitung des deutschen Staates und seines Personals auf die Aufnahme der Menschen mit Migrationshintergrund in die Mehrheitsgesellschaft, 3) die damit einhergehende berufsspezifische und ethnokulturelle Zusammensetzung des Vereinspersonals und 4) der strukturell bedingte sozial- und bildungspolitische Charakter der von uns beobachteten Aktivitäten.

Das Kölner Begegnungs- und Fortbildungszentrum für Muslimische Mädchen und Frauen e. V. (BFMF) stellt durch seine bloße Existenz eine positive Herausforderung für den in Deutschland praktizierten Umgang mit den aus der Migration hervorgegangenen Bevölkerungsgruppen dar. Sein Konzept der schulischen Ausbildung entspricht nicht der in Deutschland vorherrschenden, homogenisierenden Schul- und Bildungspolitik (Gomolla/Radtke, 2002). Dem „britisch-niederländischen Modell“ zufolge nimmt der Verein die gesellschaftlich konstruierte Differenz der jungen Frauen und Mädchen nicht nur wahr, er unterstützt sie in ihrer Andersartigkeit und motiviert die Herausbildung einer selbstbewussten Persönlichkeit mit muslimischen Werten.

Schlussfolgerungen

Uns wurde die Aufgabe gestellt, „demokratische Initiativen in der politischen Bildungsarbeit mit muslimischen Jugendlichen“ zu untersuchen. Aus der Sicht der Menschenrechte bedeutet dies, die bestehenden Initiativen auf ihre Fähigkeit hin zu prüfen, diesen Jugendlichen zur selbstständigen Artikulation und Organisation gegenüber der Mehrheitsgesellschaft beziehungsweise dem deutschen Staat zu verhelfen. Hauptziel dieser Artikulation und Organisation sollte die Verwirklichung folgender Rechte sein: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Ausübung des religiösen Glaubens, Staatsangehörigkeit, Arbeit, soziale Betreuung, Bildung und Pflege der eigenen Kultur. Diese Rechte betreffen nämlich unmittelbar die Lebenslage der Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Bis zum jetzigen Stand unserer Untersuchungen haben wir keine Initiative ausmachen können, die diese normativen Ziele erfüllt. Weitere Erkundungen sind vonnöten. Es wäre auch nachzuforschen, inwieweit dieser negative Befund – falls er sich bestätigt – sich durch die bis 1998 praktizierte Migrationspolitik erklären lässt: Da die Zuwanderung von Staats wegen bis dahin als relevanter Tatbestand verleugnet wurde, wurde der Aufenthalt von ausländischen Arbeitnehmern/-innen in Deutschland als eine Übergangssituation angesehen, die sich von allein durch ihre Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer lösen würde, und die sozioökonomische Lage der Einwanderer hauptsächlich mit den Instrumenten der Arbeits- und Sozialpolitik behandelt.

Neben den staatlichen Instrumenten entstand im Laufe der letzten vier Jahrzehnte eine Vielzahl von privaten, gemeinschaftlichen und religiösen Initiativen zur sozialen, religiösen und pädagogischen Betreuung der Migranten/-innen. Hinzu kamen vielfältige Selbstorganisationen aus dem Milieu. Auch die Initiativen, die mit den Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund arbeiten, scheinen allesamt zu versuchen, die Jugendlichen an die Mehrheitsgesellschaft heranzuführen. Von diesen Organisationen kommen wenige Impulse für die integrationsfördernde Reform der gesamten deutschen Gesellschaft. Ihre Vernetzung mit denjenigen Initiativen, die auf die integrationsfördernde Veränderung der Mehrheitsgesellschaft und des Staates hinarbeiten, ist schwach entwickelt.

Möglicherweise liegt der richtige Ansatz für die demokratische politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund in einer flexiblen Kombination der drei bislang angewandten Modelle miteinander: das der „intermediären Organisationen“ mit dem sozialpolitischen und dem Differenzansatz. Der Anspruch, die drei konkurrierenden Politikansätze miteinander zu verbinden, wenn einer von ihnen jahrzehntelang eine faktische Monopolstellung besaß, kann jedoch nur durch eine unverhältnismäßige Förderung der zwei anderen zum Erfolg führen.

Vor diesem Hintergrund fällt ganz besonders die fast einhellige Aussage der von uns interviewten Jugendlichen auf, ihre Schul- und Ausbildungsprobleme seien nicht auf Diskriminierung zurückzuführen. Diese Aussage widerspricht dem wissenschaftlichen Befund, es herrsche in den staatlichen Institutionen, allen voran der Schule, eine strukturell angelegte Diskriminierungspraxis vor, die die im gesellschaftlichen und bildungspolitischen Diskurs als different angesehenen Kinder und Jugendlichen aus dem Migrantenmilieu durch Selektion bestraft (Gomolla/Radtke, 2002). Da die von uns befragten

Jugendlichen allesamt die Aufnahme in die Mehrheitsgesellschaft verlangen, lautet unsere Hypothese für die Erklärung dieser Diskrepanz zwischen dem wissenschaftlichen Befund und der Wahrnehmung unserer Interviewten folgendermaßen: Um die Aufnahme in die Mehrheitsgesellschaft nicht zu gefährden, folgen die Kinder und Jugendlichen einem Anpassungskurs. So neigen sie dazu, ihre Probleme in der Schule beziehungsweise bei der Berufsausbildung als individuelle Mängel darzustellen, an denen sie fleißig zu arbeiten gedenken. In der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit war es uns nicht möglich, unsere Annahme zu überprüfen.

Unserer Meinung nach besteht ein Zusammenhang zwischen dem mangelnden Selbstvertrauen muslimischer Jugendlicher und der fehlenden Anerkennung²⁰ durch die Mehrheitsgesellschaft. Da die Letztere die Regeln des „kompetenten Diskurses“ (Bourdieu, 1982) setzt, stellt auf der einen Seite die Aneignung dieser Regeln die Vorbedingung für die Anerkennung dieser Jugendgruppe dar. Nun sind historisch gewachsene nationale Diskurse keine transparenten Kommunikationssysteme, die ihre Voraussetzungen und ihre Funktionsweise offen legen. Die Übertragung und Vermittlung dieser kommunikativen Kompetenz erfolgt typischerweise durch zwei Mechanismen: entweder durch die Unterwerfung und Verformung der Individuen zu Subjekten der Mehrheitskultur oder – in sehr seltenen Fällen – durch das Auseinanderbrechen der kompetenten Diskurse und die Aufnahme von Wendungen und Sinngabungsmechanismen aus ihrer eigenen Peripherie.²¹

Auf der anderen Seite zeichnen sich Teile der aus der Türkei stammenden Bevölkerungsgruppen durch identitätsstiftende kommunikative Eigenschaften aus, die mit den Sitten und Gewohnheiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft kollidieren. Die Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft scheint für diese Jugendlichen mit dem Verlust der Verankerung in der Abstammungsgruppe einherzugehen. Trotz zahlreicher Einzelstudien über die Identitätsbildungsprozesse von unterschiedlichen Gruppen (wie Arbeiter, Frauen oder Ju-

²⁰ Zum Anerkennungsbegriff siehe Taylor (1994).

²¹ Wir begründen unsere Überlegungen in einer vielfältigen theoretischen Tradition, die u. a. auf die bahnbrechende Studie von Benedict Anderson über die Nation als „imaginierte Gemeinschaft“ und die Studien von Michael Foucault über die Disziplinierung der Individuen als Grundlage der europäischen Moderne zurückgeht. Eine ausführliche Argumentationsführung würde jedoch den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

gendliche) im Migrationsmilieu kennen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Untersuchung, die beide Seiten des Kommunikationsprozesses miteinander in eine kausale Verbindung bringt. Inwieweit bedingen sich gegenseitig die Identitätsbildungsregeln der Mehrheitsgesellschaft und jene der aus der Türkei stammenden Gruppen in einer derart negativen Weise, dass sie sich beide blockieren und die Kommunikation unmöglich machen?

Mit der Klärung und Erklärung dieser Zusammenhänge befasste sich vorwiegend die Diskussion im Workshop, den wir in Rahmen des 9. Bundeskongresses für politische Bildung am 8. März 2003 in Braunschweig koordinierten. Die Vorstellung der Studie gab Anlass zu einer Diskussion über den Sinn und Zweck der politischen Arbeit mit Jugendlichen im Allgemeinen. Uns war daran gelegen, unseren Mitdiskutierenden zu verdeutlichen, dass die politische Bildung mit Jugendlichen keine politische Unterweisung ist, sondern ein Training in praktischer Demokratie.

Aus der normativen Perspektive der erwähnten Menschenrechte können wir beim gegenwärtigen Stand unserer Forschung keine relevanten demokratischen politischen Subjekte ausmachen, die aus der Gruppe der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund hervorgehen. Nur das Erkennen und Thematisieren diskriminierender Strukturbedingungen in Verbindung erstens mit dem systematischen Aufbau von Kanälen für die Artikulation von Forderungen an die Mehrheitsgesellschaft und zweitens mit der berufspolitischen Qualifizierung der angehenden Vereinsvertreter/-innen und Funktionäre aus dem hier untersuchten Milieu kann ein demokratisches Subjekt „muslimische Jugend in Deutschland“ hervorbringen, das im Stande ist, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Mehrheitsgesellschaft den demokratischen Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland zu festigen und zu erweitern. Es liegt im eigenen Interesse des Staates und der Mehrheitsgesellschaft, demokratische Kontrahenten aus dem Migrantenumilieu zu fördern. Auch wenn dieser Prozess zur Entstehung neuer politischer Akteure und dadurch zu einer größeren Komplexität des politischen Lebens in Deutschland führt, macht er dieses transparenter und steuerbarer.

Literatur und Informationsquellen

Zu den muslimischen Organisationen in Deutschland

Feindt-Riggers, Nils/Steinbach, Udo 1997 – Islamische Organisationen in Deutschland – Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse, Deutsches Orient-Institut, Hamburg.

Jonker, Gerdien 2002 – Eine Wellenlänge zu Gott – Der „Verband der Islamischen Kulturzentren“ in Europa, transcript Verlag, Bielefeld.

Kücükhüseyin, Sevket 2002 – „Türkische politische Organisationen in Deutschland“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Zukunftsforum Politik, Broschüre Nr. 45, Sankt Augustin.

Lemmen, Thomas 2001 – Muslime in Deutschland – Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft, Nomos Verlagsanstalt, Baden-Baden.

Müller, Herbert L. 2001 – „Islamistische Organisationen in Deutschland“, Teil I, in: Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Materialdienst 10/2001, S. 322-329, und Teil II, in: ebd., Materialdienst 11/2001, S. 361-370.

Schiffauer, Werner 2000 – Die Gottesmänner – Türkische Islamisten in Deutschland, Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt a. M.

Spuler-Stegemann, Ursula – „Islam in Deutschland. Die Grenzen der Religionsfreiheit“ in: Der Bürger im Staat, Heft 4/2001, www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/4_01/muslimeorga3.htm, 15.10.02, 11:29.

Zu den Beziehungen zwischen der Türkei und den Bevölkerungsgruppen mit türkischer Sozialisation in Deutschland

Albert, Reiner 1998 – „Mehrheitsgesellschaft und türkisch-sunnitische Migranten“, in: www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-98/9841000m.htm, 16. Oktober 2002, 15:42.

Bayaz, Ahmet 2002 – „Das Türkeibild der Deutschen und das Deutschlandbild der Türken“, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Türkei, Politik–Gesellschaft–Wirtschaft, Leske + Budrich, Opladen, S. 197-207.

Tibi, Bassam 1998 – Aufbruch am Bosphorus, Diana Verlag, München/Zürich.

Tibi, Bassam 2002 – Islamische Zuwanderung – Die gescheiterte Integration, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/München.

Zentrum für Türkei-Studien (Hrsg.) 1998 – Das ethnische und religiöse Mosaik der Türkei und seine Reflexionen auf Deutschland, Lit-Verlag, Münster.

Zur Migrationslage der Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund

Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (BBA) 2002 – Jahresbericht 2001, Berlin.

Duyvene de Wit, Thom/Koopmans, Ruud 2001 – „Die politisch-kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und Deutschland“, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 14, Heft 1.

Esser, Hartmut 2001 – Integration und ethnische Schichtung, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin.

Gesemann, Frank (Hrsg.) 2001 – Migration und Integration in Berlin, Leske + Budrich, Opladen.

Gesemann, Frank 2001 – „Wenn man den Polizisten nicht vertrauen kann, wem dann? Zur gegenseitigen Wahrnehmungen von Migranten und Polizisten“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op. cit.

Goldberg, Andreas/Halm, Dirk/Sauer, Martina (Hrsg.) 2001 – Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien 2002, Lit-Verlag, Münster.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 2001 – Soziale Integration und ethnische Schichtung – Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin/Oldenburg.

Halm, Dirk 2001 – Interkulturelles Konfliktmanagement, Zentrum für Türkei-Studien, Essen.

Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut 1997 – Verlockender Fundamentalismus, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M.

Jonker, Gerdien 2002 – „Probleme der Kommunikation zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft – Analyse und praktische Beispiele“, in: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.), Vom Dialog zur Kooperation – Die Integration von Muslimen in der Kommune, Dokumentation eines Fachgesprächs, Berlin und Bonn im Mai, S. 9-26.

Koopmans, Ruud 1999 – „Deutschland und seine Einwanderer: ein gespaltenes Verhältnis“, in: Kaase, Max/Schmid, Günther (Hrsg.), Eine lernende Demokratie – 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, WZB-Jahrbuch, Berlin, S. 165-200.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 2000 – „Migration and Ethnic Relations as a Field of Political Contention: An Opportunity Structure Approach“, in: ebd. (Hrsg.), Challenging Immigration and Ethnic Relations Politics, Oxford, S. 13-56.

Koopmans, Ruud 2001 – „Partizipation der Migranten, Staatsbürgerschaft und Demokratie: nationale und lokale Perspektiven“, in: Pröhl, Marga/Hartmann, Hauke (Hrsg.), Strategien der Integration – Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik, Berlin, S. 103-111.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 2001 – „How national citizenship shapes transnationalism. A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands“, in: REMI 2001 (17) 2, S. 63-100.

Koopmans, Ruud 2002 – persönliches Gespräch mit Eduardo-J. Vior am 2.12.2002 in Berlin.

Mannitz, Sabine 2001 – „West Side Stories‘. Warum Jugendliche aus Migrantenfamilien das wiedervereinigte Berlin als geteilte Stadt erleben“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.) 2001, op. cit.

Nohl, Arnd-Michael 2001 – „Bildung und Migration. Empirische Rekonstruktionen zu bildungserfolgreichen Jugendlichen aus türkischen Einwanderungsfamilien“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op. cit.

Sauer, Martina 2000 – Kulturell-religiöse Einstellungen und sozioökonomische Lage junger türkischen Migranten in der Bundesrepublik: eine empirische Untersuchung, Zentrum für Türkei-Studien, Essen.

Sauer, Martina/Goldberg, Andreas 2001 – Die Lebenssituation und Partipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen, Ergebnisse der zweiten Mehrthemenbefragung, Lit-Verlag, Münster.

Schiffauer, Werner 2001 – „Staat-Schule-Ethnizität“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op. cit., S. 233-250.

Schneewind, Julia/Merkens, Hans 2001 – „Inklusion und Exklusion von Mitgliedern der türkischen Minorität in Schulklassen“, in: Gesemann, Frank (Hrsg.), op. cit.

Şen, Faruk/Sauer, Martina/Halm, Dirk 2001 – Intergeneratives Verhalten und (Selbst-)Ethnisierung von türkischen Zuwanderern, Gutachten des Zentrums für Türkei-Studien für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, Essen.

Zum methodischen Ansatz

Angermüller, Johannes 1999 – „Einleitung: PostModerne zwischen Theorie und Kultur“, in: Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin (Hrsg.), PostModerne Diskurse zwischen Sprache und Macht, Argument Verlag, Hamburg, S. 7-22.

Angermüller, Johannes/Bunzmann, Katharina 2000 – „Realität, Fiktion und die Krise der Repräsentation. Einleitung“, in: Angermüller, Johannes/Bunzmann, Katharina/Rauch, Christina (Hrsg.), Reale Fiktionen, fiktive Realitäten, Lit-Verlag, Hamburg, S. 1-12.

Angermüller, Johannes 2001 – „Einleitung. Diskursanalyse: Strömungen, Tendenzen, Perspektiven“, in: Angermüller, Johannes/Bunzmann, Katharina/Nonhoff, Martin (Hrsg.), Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen, Argument Verlag, Hamburg, S. 7-22.

Bielefeldt, Heiner 1998 – Philosophie der Menschenrechte, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Bourdieu, Pierre 1982 – *Ce que parler veut dire*, Fayard, Paris.

Brocker, Manfred 1997 – „Einleitung“, in: Brocker, Manfred/Nau, Heino Heinrich (Hrsg.), Ethnozentrismus – Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, Teil C. Politische Wissenschaft, S. 217-224.

Fornet-Betancourt, Raul (Hrsg.) 2000 – Menschenrechte im Streit zwischen Kulturpluralismus und Universalität, Denktraditionen im Dialog: Studien zur Befreiung und Interkulturalität, Band 6, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a. M.

Fornet-Betancourt, Raul/Sandkühler, Hans-Jörg (Hrsg.) 2000 – Begründungen und Wirkungen von Menschenrechten im Kontext der Globalisierung, Denktraditionen im Dialog: Studien zur Befreiung und Interkulturalität, Band 12, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt a. M.

Gomolla, Mechtild/Radtke, Frank-Olaf 2002 – Institutionelle Diskriminierung – Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Leske + Budrich, Opladen.

Höhne, Thomas 2000 – „Zur Theorie und Praxis dekonstruktiver Kritik am Beispiel des Kulturdiskurses“, in: Angermüller, Johannes/Bunzmann, Katharina/Rauch, Christina (Hrsg.), Reale Fiktionen, fiktive Realitäten, Lit-Verlag, Hamburg, S. 37-50.

Nau, Heino H. 1997 – „Einleitung“, in: Brocker, Manfred/Nau, Heino Heinrich (Hrsg.), Ethnozentrismus – Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Dialogs, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, Teil B. Kulturwissenschaften, S. 115-119.

Taylor, Charles (u. a.) 1994 – Multiculturalism – Examining the politics of recognition, Princeton University Press, Princeton (N. J.).

Informationen zu Aktion Courage und Vergessener Jugend Berlin

Aktion Courage e. V. 2001 – Projekt „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland“, Bericht über das Jahr 2001, Berlin.

Aktion Courage e. V. – www.aktioncourage.de

Berreßen, Barbara 2002 – „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland: Religiöse Betreuung in Krankenhäusern. Ein Modellprojekt von Aktion Courage e. V. – SOS Rassismus“, in: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.), Vom Dialog zur Kooperation – Die Integration von Muslimen in der Kommune, Dokumentation eines Fachgesprächs, Berlin und Bonn im Mai, S. 27-29.

Vergessene Jugend Berlin e. V. (VJB) – Bewerbungsunterlagen für den Integrationswettbewerb 2002, ohne Orts- und Datumsangabe.

Vergessene Jugend Berlin e. V. (VJB) – Projektbeschreibung „Pädagogische Lernförderung - Unterstützung der Schüler aus dem Kiez“ (Zusammenfassung), ohne Orts- und Datumsangabe.

Vergessene Jugend Berlin e. V. (VJB) 2002 – Satzung der VJB e. V., neue Fassung, beschlossen am 09.03.2002.

Persönliches Gespräch von S. Manolcheva und E.-J. Vior mit der Projektleiterin bei Aktion Courage e. V., Barbara Berreßen, mit Heike Weber und Hakan Karaca am 22. Oktober 2002 in Berlin.

Persönliches Gespräch (S. M.) mit dem Vorsitzenden des VJB-Vereins Halit Öztürk, am 4. November 2002 in Berlin.

Persönliche Berichte der Nachhilfeler bei VJB (an S. M.), am 21. November 2002 in Berlin.

Persönliches Gespräch (S. M.) mit Hakan Karaca, Mitarbeiter bei Aktion Courage e. V., am 21. November 2002 in Berlin.

Persönliche Gespräche (S. M.) mit Canan Korucu, Mitarbeiterin bei VJB, am 21. und 22. November 2002 in Berlin.

Informationen zum Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V. (BFMF) 2002 – Satzung vom 26. Februar 2002, Köln.

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V. (BFMF) Jahr? – Keine Angst vor muslimischen Mädchen – Schulabschlüsse und Ausbildungsstellen für jugendliche muslimische Migrantinnen, Projektvorschlag im Rahmen des XENOS-Programms gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Ort?

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V. (BFMF) 2002 – Kursprogramm für das zweite Halbjahr, Köln.

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V. (BFMF) Jahr? – Selbstdarstellung, Köln.

Persönliches Gespräch von Valerija Manjuk mit der Leiterin Frau Theißen am 31. Oktober 2002 in Köln.

Persönliches Gespräch (V. M.) mit der Leiterin Frau Theißen, der Verantwortlichen für den Sozialbereich Frau El Ammarine und der Ansprechpartnerin für den Jugendbereich Frau Öcal am 11. Dezember 2002 in Köln.

Informationen zur Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte

Adolf, Hilde 2002? – „Der Weg zur vollen Chancengleichheit“, in: Stimme, Special Dokumentation, Bremen (Sonderausgabe für die Fachtagung „Jugend“ am 18./19.10.2000), S. 7-8.

AWO Bremen – BQN, Broschüre, Bremen o. J.

AWO Bremen – BQN – Ausländische Selbständige, Broschüre, Bremen o. J.

BQN – Berufswahlverhalten von Schülerinnen und Schülern aus zugewanderten Familien, [Eine Umfrage der Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN) an drei Bremer Schulen], Bremen o. J.

BQN – Engagiert und Kompetent: Ausländische Selbständige bilden aus. Informationen, Fakten, Beispiele, Bremen o. J.

BQN – Karriere machen bei der Polizei Bremen, Broschüre, Bremen o. J.

BQN – Zur Integration von Jugendlichen ausländischer Herkunft – Hintergründe, Zahlen und Fakten im Land Bremen, Broschüre, Bremen o. J.

Persönliches Gespräch von Eduardo-J. Vior mit Carolina Monfort-Montero am 25. November 2002 in Hannover.

Persönliches Gespräch von Köksal Çalışkan mit Ahmet Can und Kaan Karayilmaz am 4. Dezember 2002 in Bremen.

KAUSA (Koordinierungsstelle – Ausbildung in ausländischen Unternehmen) – Fachtagung Nord, Broschüre, Bremen o. J.

Der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen 2000? – Berufsorientierungsmaßnahmen für Zuwanderinnen und Zuwanderer, Bremen.

Andreas Klump¹

Freiheit den Feinden der Freiheit? Die Konzeption der streitbaren Demokratie in Deutschland – demokratietheoretische Grundlagen, Praxis, Kritik und Gegenkritik

1. Einleitende Überlegungen

Die jüngeren gesellschaftlichen Diskussionen um einen adäquaten Umgang mit dem Problem des politischen Extremismus in seinen verschiedenen Spielarten (zum Beispiel Islamismus, Rechtsextremismus etc.) haben wieder verstärkt die Frage in den Mittelpunkt gerückt, wie sich der freiheitliche demokratische Verfassungsstaat nachhaltig seiner Gegner erwehren sollte.² Das Staatswesen der

¹ Der Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors aus politikwissenschaftlicher Sicht dar. Die nachfolgende Analyse basiert einerseits auf der wissenschaftstheoretischen Konzeption Dieter Oberndörfers, der Politikwissenschaft als „praktische Wissenschaft“ deutet (vgl. Dieter Oberndörfer, Politik als praktische Wissenschaft, in: ders., Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie (2. Auflage), Freiburg im Breisgau 1966, S. 9-58), andererseits auf Karl Poppers philosophischen Denkansätzen des „Kritischen Rationalismus“ als Theorie sozialen Lernens (vgl. hierzu Karl Poppers kritischer Rationalismus, hrsg. von Ingo Pies/Martin Leschke, Tübingen 1999). Der Verfasser versteht sich als entschiedener – gleichfalls kritischer – Anhänger des „Kritischen Rationalismus“. Die notwendige – bisweilen jedoch atypische – Kombination beider Wissenschaftsphilosophien beruht auf dem Verhältnis von Wissenschaft und Praxis, aus dem der Anspruch an die Politikwissenschaft resultiert, deskriptive und kausale Erkenntnisse sowie gleichermaßen normatives „Wissen“ zu erarbeiten und in Beziehung zu setzen (vgl. Carl Böhret/Werner Jann/Eva Kronenwett, Innenpolitik und politische Theorie, 3. Auflage, Opladen 1988, S. 418-423). Für die Demokratie- und Extremismusforschung hat Poppers „Kritischer Rationalismus“ insbesondere eine wesentliche Bedeutung in der antifundamentalistischen und antitotalitären Prägung, die Kurt Salamun in einem Vortrag auf dem „Karl Popper Centenary Congress“ in Wien, 3.-7. Juli 2002, veranschaulichen konnte (vgl. ders., Karl R. Poppers Aktualität für die Kritik an fundamentalistischen Weltanschauungen, unveröffentlichtes Manuskript, 2002). Vergleiche zur generellen Bilanz Steffen Kailitz, Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Extremismusforschung (Stand: September 2003), <http://www.politik.uni-mainz.de/dvpw-politischer-extremismus/dokumente/Kailitz-Perspektiven-03.html>.

² Vgl. Frank Decker, Herausforderungen der inneren Sicherheit durch Extremismus und Fundamentalismus, in: Rissener Einblicke, Heft 4-5/2003, S. 7-22.

Bundesrepublik Deutschland begreift sich prinzipiell als eine wehrhafte – oder wie in der wissenschaftlichen Literatur mehrheitlich bezeichnet – streitbare Demokratie. Doch das Gebot eines Selbstschutzes ist – methodisch, demokratietheoretisch und auch politisch – nicht unumstritten. „Demokratie“ ist zumindest begriffsgeschichtlich gleichwohl als Antithese zum politischen Extremismus zu verstehen. Doch was heißt das konkret? Was bedeutet Demokratie, was Extremismus? Wer „streitet“ dabei – in welcher Form – mit wem? Wo liegt zudem das „Streitbare“, das, wofür es zu streiten lohnt? Was für Instrumente stehen auf welcher Grundlage zur Verfügung? Und welchen Stellenwert hat das Konzept der streitbaren Demokratie heute? Welchen sollte es haben? Gibt es Alternativen?

Diese Fragen sollen im Folgenden theoretisch fundiert näher beleuchtet werden. Als charakteristischer Hintergrund ist dabei die Problematik des so genannten „demokratischen Dilemmas“ von Belang, denn zwischen Freiheitsansprüchen des Individuums gegenüber dem Staat und den berechtigten Schutzinteressen der demokratischen Staats- und Gesellschaftsform liegt ein natürliches Spannungsfeld, das eine wesentliche Leitfrage aufwirft: Soll die Demokratie ihren Gegnern keine Freiheit gewähren und damit eine ihrer wesentlichen Prinzipien für bestimmte gesellschaftliche Gruppen aufheben?

Die Auseinandersetzung mit Antidemokraten hat folglich viele Facetten. Zunächst soll es in diesem Zusammenhang um einige essentielle theoretische Grundannahmen gehen, um dann konkret die Merkmale des in der Bundesrepublik gültigen verfassungspolitischen Konzepts der streitbaren Demokratie näher auszuführen. Eine kurze Darstellung unterschiedlicher Varianten des Demokratieschutzes schließt sich an. Kritiklos ist dieser Grundgedanke – wie bereits erwähnt – freilich nicht. Um diesem Faktum gerecht zu werden, erfolgt ein Exkurs zur wissenschaftlichen Debatte um die streitbare Demokratie und den Extremismusbegriff, um dann den Bogen von der Theorie zur Praxis zu spannen. Anhand von Beispielen des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit dem Problemfeld

Es besteht kein Mangel an lesenswerten Gesamtdarstellungen zur Demokratie und zum politischen System Deutschlands; vergleiche für zwei der konstruktivsten Werke Wolfgang Rudzio, *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland* (5., überarbeitete Auflage), Opladen 2000 und Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Opladen 2003.

Rechtsextremismus sowie einer grundlegenden Zusammenfassung wird die Darstellung abgerundet.

2. Die demokratietheoretische Prämisse: Der moderne demokratische Verfassungsstaat

Unter *Demokratie* soll hier das historische Projekt des liberalen demokratischen Verfassungsstaates, der offenen Gesellschaft, verstanden werden. Dieser moderne demokratische Verfassungsstaat setzt sich aus verschiedenen Minimalbestimmungen und -bedingungen zusammen.³ Als entsprechend maßgebende Werte und Spielregeln sind zu nennen: „das Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit, Menschen- und Bürgerrechte, der Konstitutionalismus mit dem Prinzip der Gewaltenteilung und dem Schutz der persönlichen Freiheitsphäre des einzelnen, rechtsstaatliche Vorgaben, das Mehrheitsprinzip verbunden mit einem Minderheitenschutz, ein Verständnis von Demokratie im Sinne der Konkurrenztheorie, ein politischer und gesellschaftlicher Pluralismus sowie das Repräsentativitätsprinzip.“⁴ Diese politischen Wesensmerkmale sind – begründet als *normative* Elemente – auch bedeutende Kennzeichen der *kulturellen Moderne*. Der sozialwissenschaftliche Terminus der Moderne wird hier demnach nicht ausschließlich verstanden als formaler Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen im Sinne einer *technischen Moderne*, wie zum Beispiel Industrialisierung und Technisierung, Dienstleistungsorientierung, (ökonomische) Rationalisierung, Steigerung sozialer Mobilität, Säkularisierung, Bürokratisierung und Urbanisierung, sondern ist zugleich als Ausdruck eines historischen Ringens um politische Freiheit, Pluralismus und die Idee der Men-

³ Vgl. Stephan Eisel, *Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland*, Paderborn unter anderem 1986, insbesondere S. 91-94 sowie Carmen Everts, *Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS*, Berlin 2000, S. 146-175; vergleiche auch Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (4. Auflage), Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 272, Bonn 1996, S. 34-40.

⁴ Armin Pfahl-Traughber, *Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 4, Bonn 1992, S. 67-86, hier: S. 70; vgl. auch Waldemar Besson/Gotthard Jasper, *Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 300, Bonn 1990.

schenrechte anzusehen. Bei der (zweifelsfrei immer noch global andauernden) Auseinandersetzung um Demokratie und Menschenrechte bleibt festzuhalten, dass mit Mitteln einer formal verstandenen technischen Moderne Zielsetzungen und Handlungen verbunden sein können, die sich gegen die oben genannten normativen Errungenschaften der kulturellen Moderne richten (totalitäre, antidemokratische Spielarten, gleich welcher Herkunft, wären folglich dazuzuzählen).

Die wesentlichen Elemente der bundesrepublikanischen Staats- und Gesellschaftsform erklären sich politologisch wie auch historisch sowohl aus dem Anschauungsmaterial zum Aufbau einer Linksdiktatur, dass die Sowjetische Besatzungszone ab 1945 in Deutschland bot, als auch aus der historischen Erfahrung der – nur mangelhaft mit demokratischen Gesinnungen der Bevölkerung und Eliten ausgestatteten – Weimarer Republik. Ein entsprechendes Scheitern und eine durch die Nationalsozialisten vorgenommene scheinlegale Aushöhlung der Weimarer Verfassung wollten die Verfassungsgeber – der Parlamentarische Rat – durch das Festschreiben unabänderlicher, das heißt durch keine Mehrheit aufhebbare Verfassungsprinzipien garantieren. Die Historikerin Marie-Luise Recker beschreibt den Hintergrund dieser Verfassungsentscheidung mit folgenden Worten: „Die erste deutsche Demokratie war nicht nur wehrlos gewesen gegen ihre Feinde auf der Linken wie auf der Rechten; indem sie die Absage an ein Verfassungsschutzsystem geradezu als demokratieimmanentes Prinzip ansah, offenbarte sich ihr vorbehaltloser Wertrelativismus. (...) Von solchem Wertrelativismus nahmen die Väter und Mütter des Grundgesetzes entschlossen Abschied. An die Stelle eines positivistischen und formalistischen Demokratieverständnisses setzten sie die ‚wehrhafte‘ oder ‚wertbestimmte‘ Demokratie, nach der der innerste Kern der Verfassung, die freiheitliche, demokratische Grundordnung, in ihrem Bestand geschützt werden sollte.“⁵

⁵ Marie-Luise Recker, „... bewegt von der Hoffnung aller Deutschen.“ Das Grundgesetz als Verfassungsrahmen der Bundesrepublik Deutschland, in: Marie-Luise Recker/Burkhard Jellonek/Bernd Rauls (Hrsg.), Bilanz: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, St. Ingbert 2001, S. 21-39, hier: S. 28-29.; vgl. auch Armin Scherb, Präventiver Demokratieschutz als Problem der Verfassungsgebung nach 1945, Frankfurt am Main 1987 sowie Werner Billing, Wehrhafte Demokratie und offene Gesellschaft, in: Recht und Politik, 27. Jahrgang, Heft 2 (1991), S. 122-129. Vergleiche zusammenfassend zum gesellschaftlichen und verfassungspolitischen Hintergrund der „Weimarer Erfahrung“ Klaus Megerle, Die Erfahrung der Weimarer Republik: Fehlender Grundkonsens in einer fragmentierten Gesellschaft, in: Peter Stein-

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Rudzio betont zudem in diesem Kontext: „Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist damit unvereinbar mit autoritären, diktatorischen und insbesondere totalitären Herrschaftssystemen, aber auch mit einer radikal identitären Demokratie ohne ausdifferenzierte Organe und Befugnisse.“⁶

Doch wie lässt sich dies demokratiethoretisch begründen und fundieren? Die Grundlagen hierfür lassen sich im Wesentlichen unter anderem herleiten und fortschreiben aus den normativen und empirischen pluralismustheoretischen Entwürfen Ernst Fraenkels, den sozialphilosophischen und demokratiethoretischen Überlegungen Karl R. Poppers sowie den zeitgeschichtlich inspirierten totalitarismustheoretischen Denkansätzen Karl Dietrich Brachers.

So gilt in enger Anlehnung an den Rechts- und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel (1898-1975), dass Demokratie neben einem kontroversen Sektor des politischen und gesellschaftlichen Handelns auch einen nicht-kontroversen Sektor besitzt (und besitzen muss), der die unabänderlichen Werte und Spielregeln des gesellschaftlichen Lebens bestimmt. Funktionsfähig ist die Demokratie nur, wenn alle Beteiligten auch einen nicht-kontroversen Sektor anerkennen: „Pluralismus darf nicht mit einem Laissez-faire auf kollektiver Ebene gleichgesetzt werden. Ein richtig verstandener Pluralismus schließt die Erkenntnis ein, daß auch in der heterogensten Gesellschaft stets neben dem kontroversen auch ein nicht-kontroverser Sektor des gesellschaftlichen Lebens besteht. Ein richtig verstandener Pluralismus ist sich der Tatsache bewußt, daß das Mit- und Nebeneinander der Gruppen nur dann zur Begründung eines a posteriori-Gemeinwohls zu führen vermag, wenn die Spielregeln des politischen Wettbewerbs mit Fairneß gehandhabt werden, wenn die Rechtsnormen, die den politischen Willensbildungsprozeß regeln, unverbrüchlich eingehalten werden, und wenn die Grundprinzipien gesitteten menschlichen Zusammenlebens uneingeschränkt respektiert werden, die als regulative Ideen den Anspruch auf universale Geltung zu erheben vermögen.“⁷ Die tatsächlich vorhandenen unterschiedlichen ge-

bach/Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 323, Bonn 1994, S. 68-84.

⁶ Wolfgang Rudzio (Fn. 2), S. 45.

⁷ Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien* (erweiterte Ausgabe), Frankfurt am Main 1991, S. 274-275. Vergleiche zum Leben und Wirken Fraenkels ausführlich Winfried Steffani, *Ernst Fraenkel als Persönlichkeit*, in: *ZPol* 7 (1997), Heft 4, S. 1261-1285 sowie ferner Jürgen Hartmann,

sellschaftlichen Interessen werden somit (empirisch gesättigt) als Teil des politischen Prozesses (an-)erkannt und die entsprechenden öffentlichen Auseinandersetzungen gesichert; das Pluralismusmodell schützt außerdem (normativ begründet) die Entfaltung von Minderheiten und Alternativen.

Eine stabile Demokratie setzt demnach legitimen Konflikt (kontroverser Sektor) und unverzichtbaren Konsens (nicht-kontroverser Sektor) voraus. Dabei gilt es zu beachten: „Die Grenzlinie zwischen beiden Sektoren ist nicht konstant. Sie ist Verschiebungen unterworfen, die ihrerseits Veränderungen in der politischen Kultur eines Landes widerspiegeln. Gleichwohl kann man näherungsweise diejenige Größenordnung beider Sektoren bestimmen, die für die Stabilität des Gesamten erforderlich ist: der Konsenssektor muß der weitaus größere Sektor sein, sofern es sich um eine funktionierende pluralistische Demokratie handeln soll.“⁸ Ein rational erkennbarer Gemeinwillen des Volkes im Sinne Rousseaus (die Identität von Regierenden und Regierten) wird also von der Pluralismustheorie negiert zugunsten unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und deren als begründet angesehenen empirisch-anthropologischen Wurzel der individuellen Bedürfnisbefriedigung des Menschen. Daraus folgt der normative Anspruch, diese Bedürfnisse (Interessen) – im Sinne einer legitimen Interessendivergenz und deren positive Bewertung einer freien Austragung als Maßstab der Freiheitlichkeit einer Gesellschaft und Voraussetzung menschlicher Emanzipation – ungehindert vertreten zu können. Das Gemeinwohl einer Gesellschaft muss dementsprechend immer als Folge des offenen Prozesses der Auseinandersetzung unterschiedlicher Auffassungen und Meinungen gefunden werden; es ist das logische Resultat konkurrierender gesellschaftlicher Interessengruppen. Daher gilt zusammenfassend: „Da die Mitglieder einer Gesellschaft widersprechende Interessen und Wünsche verfolgen, kann es kein irgendwie geartetes, die Interessenvielfalt verleugnendes Gemein- oder Gesamtinteresse des Volkes geben. Die These von einem a priori vorhandenen Volkswillen muß darum auch aus dem Demokratieverständnis verschwinden, weil sie diktatorisch

Geschichte der Politikwissenschaft. Grundzüge der Fachentwicklung in den USA und in Europa, Opladen 2003, insbesondere S. 141-145.

⁸ Manfred G. Schmidt, *Demokratiethorien*, Opladen 1995, S. 156. Vgl. auch Bernhard Sutor, *Leben aus dem Freiheits- und Gemeinsinn. Der stetig neu zu findende demokratische Grundkonsens*, in: Ansgar Klein (Hrsg.), *Grundwerte in der Demokratie*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 330, Bonn 1995, S. 26-29.

mißbraucht werden kann.“⁹ Wesentliche Existenzbedingung der offenen pluralistischen Demokratie ist ein allgemein anerkannter Wertekodex im Sinne des nicht-kontroversen Sektors, an dessen Spielregeln man sich beim Konflikt- und Interessenausgleich zwingend halten muss.

„Die generelle Anerkennung eines Minimums allgemeingültiger Prinzipien ist unerlässlich“, so verdeutlicht Fraenkel, „damit die öffentliche Meinung die Grundlagen der Existenz der Interessenverbände und diese selber die Grenzen ihrer Betätigungsmöglichkeiten zu erkennen vermögen.“¹⁰

Fraenkels theoretischer Ansatz ist im Kern auf ordnungspolitische Faktoren ausgerichtet. Er betont die normativen Funktionsvoraussetzungen (Soll-Zustand) für das Bestehen eines demokratisch-pluralen Gemeinwesens anhand der Ausdifferenzierung des demokratischen Verfassungsstaates versus eines totalitären Staatsgebildes. Die Kritik daran verweist zum einen auf empirische Defizite bezüglich einer nüchternen Bilanzierung des Ist-Zustands der Demokratie¹¹, zum anderen wird bemängelt, die Pluralismustheorie Fraenkels schenke der unterschiedlichen Verteilung der Chancen von Interessensdurchsetzung aufgrund ungleichgewichtiger Organisations- und Konfliktfähigkeit keine Beachtung. Tatsächlich hat sich aber der pluralismustheoretische Ansatz bezüglich dieser Problematik als prinzipiell offen gezeigt, wie das Beispiel der Etablierung von Umweltschutzinteressen hinreichend bewiesen hat.¹²

Für den Philosophen Karl R. Popper (1902-1994) ist seine im Jahr 1945 annoncierte Vorstellung einer „offenen Gesellschaft“ zugleich eine Theorie der Demokratie und praktische Verteidigungskonzeption gegen die alten und neuen Angriffe ihrer (totalitären) Gegner. Im Schatten der politischen Veränderungen vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges erarbeitete er eine treffsichere Analyse der Geschichtsphilosophie und des Utopismus einschließlich der Unzulänglichkeiten und Gefahren verabsolutierter historisch-gesellschaftlicher Entwürfe. Bei aller Analytik stellt diese konzeptionelle Bestandsaufnahme ein glühendes politisches Plädoyer für die liberale freiheitliche Demokratie dar, die nichts von ihrer Beständigkeit

⁹ Elmar Wiesendahl, *Moderne Demokratietheorie*, Frankfurt/Main 1981, S. 80.

¹⁰ Ernst Fraenkel (Fn. 7), S. 66.

¹¹ Vgl. Manfred G. Schmidt (Fn. 8), S. 156-157.

¹² Vgl. ebenda, S. 158.

verloren hat. Rationalität, Wirklichkeitssinn und Pluralismus sind die elementaren Pfeiler dieser Konzeption. Popper wendet sich in diesem Sinne insbesondere gegen irrealer Gesellschaftsentwürfe, die auf restlose Planung und eindeutige (irrational-„orakelnde“) Prognostizierbarkeit zukünftiger Entwicklungen abheben und ideologische Strukturmerkmale einer totalitären „geschlossenen Gesellschaft“ (wie zum Beispiel Historizismus, Holismus, Essentialismus, Kollektivismus und Utopismus) beinhalten.¹³

Demokratie war und ist empirisch gesehen für Popper darüber hinaus keine *Volksherrschaft* und kann es realistischweise auch nicht sein, denn Regierungen bestimm(t)en unter funktionalen Gesichtspunkten vielmehr die Geschicke eines Volkes. Insoweit wird hiermit insbesondere der pragmatische Gedanke des Repräsentationsprinzips ausgedrückt. Unter Bezug auf Perikles formuliert er: „Wenn auch nur wenige von uns imstande sind, eine Politik zu entwerfen oder durchzuführen, so sind wir doch alle imstande, eine Politik zu beurteilen. (...) Es ist zu beachten, daß hier die Idee einer Herrschaft des Volkes, ja sogar die Idee einer Initiative durch das Volk abgelehnt wird. Sie wird durch die ganz andere Idee einer Beurteilung durch das Volk ersetzt.“¹⁴ „Ein Staat ist politisch frei“, so Popper, „wenn sei-

¹³ Vgl. Karl R. Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* (2 Bände, 7. Auflage), Tübingen 1992 sowie ders., *Woran glaubt der Westen?* (gestohlen vom Autor der „offenen Gesellschaft“), in: ders., *Auf der Suche nach einer besseren Welt. Vorträge und Aufsätze aus dreißig Jahren* (11. Auflage), München/Zürich 2002, S. 231-253; vgl. auch ders., *Das Elend des Historizismus* (7. Auflage), Tübingen 2003. Vgl. zudem Armin Pfahl-Traughber, „Kritischer Rationalismus“ und „offene Gesellschaft“, in: *liberal* (44. Jahrgang), Nr. 2/2002, S. 20-25 und ders., *Ideologische Strukturmerkmale der geschlossenen Gesellschaft. Karl R. Popper als Totalitarismustheoretiker*, in: *Aufklärung und Kritik* (10. Jahrgang), Nr. 1/2003, S. 106-125 sowie Eberhard Döring, *Karl R. Popper: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde.“ Ein einführender Kommentar*, Paderborn u. a. 1996; sowie Hans Albert, *Erkenntnislehre und Sozialwissenschaft. Karl Poppers Analyse sozialer Zusammenhänge*, Wien 2003.

¹⁴ Karl. R. Popper, *Bemerkungen zur Theorie und Praxis des demokratischen Staates*, in: ders., *Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik*, München/Zürich 1994, S. 215-238, hier: S. 225. An anderer Stelle führt Popper diesen Gedanken noch weiter: „Wir glauben an die Demokratie, aber nicht, weil in der Demokratie das Volk herrscht. Weder Sie noch ich herrschen; im Gegenteil, Sie sowohl wie ich, wir werden regiert, und manchmal mehr als uns lieb ist. Wir glauben an die Demokratie als die einzige Regierungsform, die mit politischer Opposition und daher mit politischer Freiheit verträglich ist. (...) Im Gegensatz zu Rousseau und zu Marx sehen wir in dem Mehrheitsentscheid der Abstimmung oder der Wahl nur eine Methode, Entscheidungen ohne Blutvergießen herbeizuführen und mit einem Mi-

ne politischen Institutionen es seinen Bürgern praktisch möglich machen, ohne Blutvergießen einen Regierungswechsel herbeizuführen, falls die Mehrheit einen solchen Regierungswechsel wünscht.“¹⁵

Den pluralistisch organisierten gesellschaftlichen Interessen, wie zum Beispiel den politischen Parteien, weist er dabei besondere Verantwortung zu: „Es ist die Funktion einer politischen Partei, die Regierung zu stellen oder als Opposition die Arbeit der Regierung kritisch zu überwachen. Zur kritischen Überwachung gehört es, die Toleranz der Regierung gegenüber den verschiedenen Meinungen, Ideologien und Religionen zu überwachen (soweit diese nicht intolerant sind: denn Ideologien, die Intoleranz predigen, verlieren ihren Anspruch auf Toleranz).“¹⁶

Dementsprechend versteht Popper die Demokratie vorwiegend funktional als Verfahren – aufgrund regelmäßig wiederkehrender freier Wahlen –, die (zeitweise) Herrschenden wieder abzusetzen. „Wo diese Möglichkeit nicht besteht, da kann von Demokratie nicht die Rede sein. Aus den vielfältigen Vorstellungen von ‚sozialer Demokratie‘ und ‚politischer Partizipation‘, mit denen andere Autoren den Begriff ‚Demokratie‘ befrachten, schält Popper diesen unerläßlichen Kern heraus.“¹⁷ Die liberale demokratische Verfassung muss es

nimum an Freiheitsbeschränkung. Und wir bestehen darauf, daß die Minoritäten ihre Freiheitsrechte haben, die niemals durch Majoritätsbeschluß beseitigt werden können“ (vgl. ders., in: ders. (Fn. 13, 2002), hier: S. 250-251. Für den amerikanischen Politikwissenschaftler Robert A. Dahl wäre die Demokratie empirisch zutreffender als Polyarchie zu bezeichnen, denn Demokratie ist streng genommen nicht die Herrschaft und Beteiligung aller, sondern die Herrschaft vieler, wobei die Zusammensetzung dieser vielen ständigen Veränderungen unterliegt (vgl. Robert A. Dahl, Vorstufen zur Demokratie-Theorie, Tübingen 1976). Vgl. auch Mark Schieritz, Die Grenzen der Volksherrschaft, in: Financial Times Deutschland vom 2. April 2002.

¹⁵ Karl R. Popper, Zum Thema Freiheit, in: ders. (Fn. 14), S. 155-172, hier: S. 168.

¹⁶ Karl R. Popper, Zur Theorie der Demokratie, in: ders. (Fn. 14), S. 207-214, hier: S. 214. Vgl. weiterführend zur Theorie und Empirie sozialwissenschaftlicher Parteienforschung zum Beispiel Ulrich von Alemann, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2001 sowie Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteidemokratie in Deutschland (2. Auflage), Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 372, Bonn 2001.

¹⁷ Herbert Keuth, Die Philosophie Karl Poppers, Tübingen 2000, S. 400. Insoweit deckt sich dies größtenteils mit den Vorstellungen von Joseph A. Schumpeter; vgl. zum Beispiel ders., Eine andere Theorie der Demokratie, in: Frank Gru-

also ermöglichen, bestehende politische Machtverhältnisse – getreu nach Poppers erkenntnistheoretischen Anschauungen¹⁸ - zu *falsifizieren* („trial and error“). Soziale und politische Reformen sollen nur stückweise („piecemeal social engineering“¹⁹) und nicht revolutionär (blutig; total) durchgesetzt werden (Ausnahme: Der Kampf gegen die „tyrannische Herrschaft“); „eine Gesellschaft, die so frei und vernünftig ist, daß sie maßvolle Stückwerk-Reformen und damit zugleich die kritische Diskussion ihrer Grundlagen zuläßt, nennt Popper eine offene Gesellschaft. Sie gibt den Individuen den Raum, persönliche Entscheidungen zu treffen, während ihr Gegenteil, die geschlossene Gesellschaft mit ihren magischen, stammesgebunde-

be/Gerhard Richter (Hrsg.), *Demokratiethorien. Konzeptionen und Kontroversen*, Hamburg 1975, S. 31-36; vgl. in diesem Sinne auch Henry B. Mayo, *Charakteristische Merkmale demokratischer Systeme*, in: Frank Grube/Gerhard Richter (Hrsg.), *Demokratiethorien. Konzeptionen und Kontroversen*, Hamburg 1975, S. 37-44; dem weiterführenden Problem der Vermessung von Freiheit und Gleichheit widmet sich Ludger Kühnhardt, *Der Streit um den Demokratiebegriff. Das Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit*, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz, *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus*, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 25-40.

¹⁸ Vgl. nur Karl R. Popper, *Wissenschaftslehre in entwicklungstheoretischer und in logischer Sicht*, in: ders. (Fn. 14), S. 15-45 sowie ders., *Die Logik der Sozialwissenschaften*, in: ders. (Fn. 13), S. 79-98 oder ders., *Logik der Forschung* (9. Auflage), Tübingen 1989. Poppers erkenntnistheoretische und wissenschaftsphilosophische Konzeption wurde insbesondere von Vertretern der „Kritischen Theorie“ der „Frankfurter Schule“ heftig kritisiert (vgl. die entsprechende Kontroverse in: Theodor W. Adorno u. a., *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie* (2. Auflage), Darmstadt u. a. 1972). Der Historiker Arthur Herman bemerkt zum wissenschaftstheoretischen Programm der „Kritischen Theorie“ und ihrer sozialphilosophischen Aussagekraft nicht zu Unrecht, bei ihr „wurde sogar die Irrationalität zum dialektischen Instrument der Vernunft.“ Und weiter: „Damit etablierten Adorno und Horkheimer eine rhetorische Figur, die nicht nur für die Frankfurter Schule, sondern auch für andere Kulturpessimisten charakteristisch werden sollte: Je gegensätzlicher zwei Phänomene zu sein scheinen – Liberalismus und Faschismus, Überfluß und Armut, freie Rede und Zensur – , desto mehr gleichen sie sich in Wirklichkeit. Über die tatsächlichen politischen Ursachen des Aufstiegs des Nationalsozialismus hatten Adorno und Horkheimer wenig zu sagen.“ (Arthur Herman, *Propheten des Niedergangs. Der Endzeitmythos im westlichen Denken*, Berlin 1998, S. 320-321). Vgl. für eine wesentlich fundiertere Auseinandersetzung mit Poppers Erkenntnis- und Wissenschaftsphilosophie den Sammelband mit dem Titel *Karl Poppers Kritischer Rationalismus heute* (hrsg. von Jan M. Böhm/Heiko Holweg/Claudia Hooock), Tübingen 2002.

¹⁹ Vgl. Herbert Keuth (Fn. 17), S. 240-244.

nen oder kollektivistischen Tendenzen, zugleich anti-individualistisch ausgerichtet ist.“²⁰ Jedes gesellschaftliche und soziale Konzept, jede Politik, die absolute, dogmatische und kritiklose Richtigkeit für sich beansprucht, trägt somit den Kern des Totalitären in sich und ist als Antipode einer offenen beziehungsweise demokratischen Gesellschaft zu betrachten. „Historizismus, Holismus und Utopismus sind nach Popper zentrale Bestandteile eines totalitären Weltbildes.“²¹

In Ergänzung zu Poppers grundlegender (auf wissenschaftstheoretischen Prämissen fußender) Explikation der Demokratie bleibt jedoch hinzuzufügen, dass sich die normative Idee demokratischer Gesellschafts- und Regierungsform inklusive der Verpflichtung des Leitmotivs der Menschenrechte *erfahrungsgemäß* nicht zwingend auf Grund von Rationalität und Logik durchgesetzt hat. Der demokratische Verfassungsstaat und die offene Gesellschaft sind vielmehr *normative Entwicklungsprodukte* eines historischen Ringens mit vielfältigen Formen und Strukturen der Fremdbestimmung, des Machtmissbrauchs und der Willkürherrschaft. Daher ist in diesem Kontext durchaus kritisch zu betonen: „Nun ist Popper fraglos zuzustimmen, wenn er die westlichen Demokratien als relativ freiheitliche Gesellschaften ansieht. Und vielleicht führt hier auch ein ‚piece-meal social engineering‘ eines Tages zur vollständig ‚offenen Gesellschaft‘, also zu einer Gesellschaftsordnung, die Raum für die unterschiedlichsten Konzeptionen des guten Lebens lässt, auf Toleranz und Freiheit aller gründet und jederzeit zur kritischen Revision ihrer selbst bereit und fähig ist. (...) Allerdings bleibt diese Gesellschaft bis dahin ein *Ideal*, das nach der Popper’schen Erkenntnistheorie wissenschaftlich nicht überprüfbar und damit selbst zur Gruppe der Utopien zu zählen ist, gegen die Popper sich richtet. Und es darf wohl bezweifelt werden, dass die westlichen Demokratien auf dem Weg zur offenen Gesellschaft so weit gekommen wären, wie sie gekommen sind, wenn nicht Menschen über Jahrhunderte für dieses Ideal zu kämpfen bereit gewesen wären – lange bevor überhaupt an kleine Reformschritte gedacht werden konnte. Popper umgeht das Problem lediglich, wenn er auch den Kampf gegen Tyrannen für le-

²⁰ Eberhard Braun/Felix Heine/Uwe Opolka, Politische Philosophie, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 324.

²¹ Uwe Backes, „Totalitäres Denken“ – Genese und Gestalt eines kommunistuskritischen Konzepts, in: „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien (hrsg. von Uwe Backes und Stéphane Courtois), Köln u. a. 2002, S. 383-407, hier: S. 401.

gitim erklärt, weil diese Legitimität nur aus seiner *Idee* der offenen Gesellschaft resultiert, das heißt: aus einem Ensemble von (Poppers) normativen Vorstellungen. Aber damit setzt er deren Geltung auch ohne ihre empirische Überprüfbarkeit voraus.“²²

Der Politikwissenschaftler und Historiker Karl Dietrich Bracher (geboren 1922) sieht im Begriff und der Realität des Totalitarismus²³ den funktionalen Maßstab zur Bewahrung und Ausgestaltung eines offenen gesellschaftlich-demokratischen Systems. Sein „politikgeschichtlich-normatives Vorgehen“ veranschaulicht Gefährdungen und Chancen für die Zukunft und verdeutlicht insbesondere den „unaufhebbaren Gegensatz zwischen den demokratischen Verfassungsstaaten und den Diktaturen autoritärer wie totalitärer Observanz.“²⁴ Die Quintessenz seiner wissenschaftlichen Arbeit ist – neben der Analyse politischer Herrschaft in Deutschland und Europa – die Betonung und Aufdeckung des spezifischen ideologischen Kerns totalitärer Weltanschauungen. „Alle Ideen und Bewegungen mit absoluter, unilateraler Zielsetzung sind auch heute potentiell totalitär“, so Bracher, „sofern ihnen der Zweck die Mittel heiligt und sie den Glauben verbreiten, daß es einen Schlüssel zur Lösung aller Probleme hier auf Erden gäbe. Durch einseitigen, fanatischen Sendungsglauben und sozialutopische, gewaltträchtige Perfektionstheorien unterminieren sie heute wie einst pluralistische Demokratien und

²² Volker Pesch, Karl Popper – Interpretation, in: Peter Massing/Gotthard Breit (Hrsg.), *Demokratiethorien. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Schwalbach/Taunus 2001, S. 193-202, hier: S. 202 (Hervorhebung im Original). Zu den Stärken, Schwächen und Besonderheiten von Poppers demokratiethoretischen Anschauungen vgl. zusammenfassend Fred Eidlin, *Popper und die demokratische Theorie*, in: Kurt Salamun (Hrsg.), *Moral und Politik aus der Sicht des Kritischen Rationalismus*, Amsterdam/Atlanta 1991, S. 203-224. Vgl. ferner zur Demokratiethorie bei Popper ausführlich Arno Waschkuhn, *Kritischer Rationalismus. Sozialwissenschaftliche und politiktheoretische Konzepte einer liberalen Philosophie der offenen Gesellschaft*, München/Wien 1999, insbesondere S. 129-150.

²³ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Totalitarismus als Begriff und Realität*, in: ders., *Wendzeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays*, München 1995, S. 173-184.

²⁴ Vgl. Eckhard Jesse, *Die Totalitarismusforschung und ihre Repräsentanten. Konzeptionen von Carl J. Friedrich, Hannah Arendt, Eric Voegelin, Ernst Nolte und Karl Dietrich Bracher*, in: *APuZ B 20/1998*, S. 3-18, hier: S. 15.

ihre auf gegenseitige Toleranz beruhende Methoden liberaler, parlamentarischer Politik.“²⁵

Die Herausarbeitung wesentlicher Merkmale demokratischer und antidemokratischer Ideen aus zeitgeschichtlicher Perspektive verfolgt zwei entscheidende Zwecke für die Fundierung der demokratischen Idee und zukünftigen Gestaltung demokratischer Verfassungswirklichkeit. Zum einen trägt die Analyse des Aufkommens totalitärer Ideen zum Verständnis historischer Entwicklungen bei, ohne dogmatische Schlussfolgerungen historizistischer Provenienz mitzuliefern oder gar anzustreben, zum anderen wird ein Leitfaden zur Ausgestaltung und Stabilität demokratischer Verfassungspraxis vorgeschlagen, der den Ansprüchen einer „offenen Gesellschaft“ nach Popper im Sinne eines „Ethos der Demokratie“²⁶ gerecht wird.

Genau hieran hat sich allerdings die Kritik an Bracher entzündet. Aus „politischen Motiven“ habe er zum Beispiel das Totalitarismuskonzept beibehalten²⁷, scheinbar offenkundig mit der zwangsläufigen Folge, einen verkürzten Demokratiebegriff etabliert und so unkritisch das parlamentarische System verteidigt zu haben. Hierbei wird zweifellos suggeriert, Brachers (insoweit „ideologische“) Analysen entstammten vielmehr politischer denn wissenschaftlicher Motivation und seien somit kaum in demokratietheoretischer Hinsicht begründet.

Tatsächlich fällt dieser Vorwurf eher auf die Vertreter solcher Auffassungen zurück. So zutreffend eine politische (normative) Verwendung des Totalitarismusbegriffs in der Praxis auch sein mag (genau-

²⁵ Karl Dietrich Bracher (Fn. 23), S. 181. Dies gilt übrigens auch für religiöse Weltanschauungen und deren Heilsgewissheiten, sofern diese zum Beispiel den Toleranzgedanken zugunsten intolerant-absoluter gesellschaftlich-fundamentalistischer Ansichten zurückschrauben. Vergleiche eingehender „Zur Kritik der reinen Religion und der religiösen Weltauffassung“ Hans Albert, *Kritischer Rationalismus. Vier Kapitel zur Kritik illusionären Denkens*, Tübingen 2000, S. 138-188.

²⁶ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Das Ethos der Demokratie*, in: ders. (Fn. 23), S. 259-271.

²⁷ Wolfgang Wippermann, *Totalitarismus als „Analyserahmen“?*, in: *Roter Holocaust? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus* (hrsg. von Jens Mecklenburg/Wolfgang Wippermann), Hamburg 1998, S. 73-89, hier: S. 76. Vergleiche demgegenüber die umfassende Kritik an diesem Sammelband von Wilfried von Bredow, *Aggressive Larmoyanz und nekrophiler Anti-Antikommunismus*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 11, Baden-Baden 1999, S. 337-341.

so wie die politisch motivierte Ablehnung), so deutlich wird häufig im Gegenzug der Erkenntniswert totalitarismustheoretischer Analysen (bewusst?) unterschlagen.²⁸ Bracher analysiert nämlich anschaulich die Wesensmerkmale von Demokratie und (antidemokratischer) Ideologie²⁹ mit der Zielrichtung, einen den Erfahrungen entsprechenden, am gesellschaftlichen Pluralismus und der Menschenrechtsidee ausgerichteten und somit weit gefächerten Demokratiebegriff zu umreißen; Anfälligkeiten für ideologische Heilslehren werden bekanntermaßen von ihm deutlich missbilligt.

Brachers besonderer Beitrag zur Demokratietheorie liegt mithin in der kontinuierlichen kritischen Begleitung des demokratischen Verfassungsstaates unter einem vergleichenden Blickwinkel hinsichtlich totalitärer Gesellschaftsmodelle, die sich als entsprechende Antipoden in der politischen Theorie und Praxis darstellen. Insofern ist Brachers Betrachtungsweise auch als unverzichtbarer empirischer (und praktischer) Beitrag zur Ausgestaltung und Fortentwicklung der Demokratie anzusehen. Die Betonung des antitotalitären Charakters einer Idee der wertgebundenen Demokratie und der Menschenrechte bildet das Fundament, auf dem sich letztlich die politische Praxis in der fortwährend lernenden offenen Gesellschaft bewegen (und bewähren) muss: „In der ‚großen Politik‘ wie im täglichen Leben bleibt die entschlossene Verteidigung demokratischer Werte eine stetige Aufgabe. Daher stellt die in der Verbindung von Empirie und Theorie auf Präzisierung zielende, methodisch vielfältige und auf normativer Ebene überprüfbare Wertmaßstäbe begründende kritische Analyse von Demokratie und Diktatur für die Wissenschaft nicht nur ein anspruchsvolles und herausforderndes,

²⁸ Als Beispiel einer durch Subjektivität gekennzeichneten und entsprechend verzerrten Interpretation vergleiche Wolfgang Wippermann, *Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, Darmstadt 1997.

²⁹ Vgl. zum Beispiel Karl Dietrich Bracher, *Demokratie und Ideologie im 20. Jahrhundert*, in: ders. *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie* (5. Auflage), München 1984, S. 155-183. Vgl. ferner das stichhaltige (und politikpraktische) analytisch-ideologiekritische Raster zur Bewertung von Ideologien bei Kurt Salamun, *Ist mit dem Verfall der Großideologien auch die Ideologiekritik zu Ende?*, in: ders. (Hrsg.), *Ideologien und Ideologiekritik. Ideologietheoretische Reflexionen*, Darmstadt 1992, S. 31-49.

sondern auch ein existenziell notwendiges Forschungsprogramm für die Zukunft dar.“³⁰

2.1. Freiheit oder Sicherheit: Ein zwingender Gegensatz?

Die entscheidende demokratietheoretische Substanz der offenen und pluralistischen Gesellschaftskonzeption liegt unter anderem in der Betonung fundamentaler Werte und Spielregeln, die eine Demokratie nach den totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts stabil und funktionsfähig machen und einen Rahmen für politische Gestaltung vorgeben – daran ändern auch kritische Gegenpositionen nichts. Gesellschaftliche Akteure, die den demokratischen Minimalkonsens verletzen beziehungsweise zerstören wollen und damit Intoleranz und Antipluralismus bekunden, bewegen sich außerhalb der entsprechenden Werte und Spielregeln: „Existenz und Verteidigung eines nichtkontroversen Sektors begründen erst die Chance zu freier, demokratischer Willensbildung. Jeder demokratische Konsens schränkt Optionsmöglichkeiten ein, auch der demokratische; allerdings tangiert er gerade nicht Optionsmöglichkeiten für freiheitliche Demokratie, sondern nur solche, die ihr widerstreiten.“³¹ Popper umschreibt den Hintergrund dieses Umstandes mit folgenden Worten: „Wenn wir die unbeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“³² Antidemokratische Strömungen sehen sich somit verfassungspolitischen und verfassungsrechtli-

³⁰ So der Historiker Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2002, S. 151. Oder in den Worten Karl R. Poppers: „Die Demokratie ist keine Heilslehre, sondern nur eine der notwendigen Voraussetzungen, die es uns möglich machen, zu wissen, was wir tun. Wohl sollen wir denen vergeben, die nicht wissen, was sie tun; aber es ist unsere Pflicht, alles zu tun, um zu wissen.“ (vgl. ders., *Das Elend des Historizismus* (Fn. 13), S. XII).

³¹ Heinrich Oberreuter, *Bewährung und Herausforderung. Zum Verfassungsverständnis der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989, S. 46; vergleiche zusammenfassend zu den der Demokratie widerstrebenden Kräften in diesem Sinne Eckhard Jesse, *Die Demokratie und ihre Gegner*, in: *Politische Studien* 37 (1986), S. 150-163.

³² Karl R. Popper (Fn. 13), Band I, S. 333.

chen Toleranzgrenzen ausgesetzt³³, die unter Umständen ihre Handlungsmöglichkeiten beschneiden.

Doch wo liegt die konkrete Legitimation dafür? Offenbart sich hierbei nicht ein Dilemma? Wird der demokratische Verfassungsstaat damit nicht selbst antipluralistisch? Die Politikwissenschaftlerin Carmen Everts verneint zu Recht die letztgenannte Frage mit dem Hinweis auf die spezifischen Eckpunkte demokratischer Werthaftigkeit: „Ein wert- und selbstbewusstes Demokratieverständnis wägt zwischen der größtmöglichen Offenheit des demokratischen Diskurses und der Verteidigung der demokratischen Ordnung gegenüber ihren Gegnern ab. Wer extremistischen Doktrinen anhängt, genießt grundsätzlichen Schutz vor staatlicher Willkür, sein politischer Gegenentwurf kann aber im demokratischen Verfassungsstaat nicht den gleichen demokratisch legitimierten Anspruch auf Verwirklichung erheben, denn er richtet sich gegen die Voraussetzungen eines friedlichen und offenen Wettbewerbs in der Demokratie. (...) Das Abwägen zwischen der Freiheitsgewährleistung für den Einzelnen und der Freiheitsbeschränkung zugunsten der Rechte anderer oder der demokratischen Ordnung gehört gleichwohl, wie viele andere Konfliktlagen auch, zu dem charakteristischen Spannungsfeld der freiheitlichen Demokratie. Sie vermittelt zwischen der Individual- und der Sozialexistenz des Menschen, zwischen individueller Freiheit und Gleichheit, ohne diese in die eine oder andere Richtung absolut zu setzen. Bei aller Ergebnisoffenheit des gesellschaftlichen Diskurses im demokratischen Verfassungsstaat stehen die Grundprinzipien einer humanen Gesellschaft und eines friedlichen, freien Konfliktaustrages nicht zur Disposition. Die Legitimation wertgebender Demokratie ergibt sich aus der konstitutiven Bedeutung einer Einigung über fundamentale Verfahrens- und Wertprinzipien für die offene Gesellschaft.“³⁴

Auch Popper problematisiert diese Zwangslage und verweist auf die auf besonnene Vernunft basierende prinzipielle demokratische Kompromissfähigkeit: „Wir brauchen die Freiheit, um den Mißbrauch der Staatsgewalt zu verhindern, und wir brauchen den Staat, um den Mißbrauch der Freiheit zu verhindern. Das ist ein Problem,

³³ Vgl. Reinhard Rupprecht, Das Instrumentarium der streitbaren Demokratie – unter besonderer Berücksichtigung des behördlichen Verfassungsschutzes, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 10, Baden-Baden 1998, S. 214-230.

³⁴ Carmen Everts (Fn. 3), S. 135-136.

das offenbar niemals abstrakt und prinzipiell niemals durch Gesetze ganz gelöst werden kann. Es braucht einen Staatsgerichtshof und, mehr als alles andere, einen guten Willen. Wir brauchen diese Einsicht, daß dieses Problem nie ganz zu lösen ist; oder genauer, daß es nur in einer Diktatur ganz zu lösen ist mit ihrer prinzipiellen Omnipotenz des Staates, die wir aus moralischen Gründen ablehnen müssen. Wir müssen uns mit Teillösungen und Kompromissen abfinden; und wir dürfen uns nicht von unserer Vorliebe für die Freiheit verleiten lassen, die Probleme ihres Mißbrauchs zu übersehen.“³⁵

Die Anerkennung unterschiedlicher Auffassungen, die Akzeptanz der Relativität von aus offenen gesellschaftlichen Diskursen gewonnenen Erkenntnissen und die elementare gesellschaftliche Funktionsbedingung des Pluralismus rücken somit in das Zentrum demokratischer Strukturprinzipien. „Die Offenheit der pluralistischen Ordnung bietet den Raum“, so hebt der Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt in diesem Zusammenhang hervor, „in dem um bessere Einsichten in die Fragen gerungen werden kann, die das Gemeinwesen bewegen. Allerdings muß der Konsens über die Grundlagen dieses Pluralismus akzeptiert sein – ein Konsens, den der Pluralismus selbst nicht bildet.“³⁶

Die hier gesetzte theoretische Prämisse der pluralistischen Demokratie und offenen Gesellschaft ist weltanschaulich neutral, aber eben nicht wertneutral. Darin steckt vornehmlich der Kern eines politischen Verständnisses von gesellschaftlicher Ordnung, „daß Freiheit im Staat nur optimiert, aber nicht radikalisiert werden kann, daß sie also Grenzen haben muß, wenn auf Dauer möglichst viel Freiheit für möglichst viele erhalten bleiben soll.“³⁷ Die Bindung an Werte wie Menschenwürde und Freiheit ist in der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland grundlegend. „Mit einer solchen Ordnung keineswegs vereinbar sind pluralitätsfeindliche politisch-ideologische Wahrheitsansprüche“, so der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter, „die den politischen Willensbildungsprozeß zu einem Prozeß der Identifikation mit verbindlich vorgegebenen Zie-

³⁵ Karl. R. Popper (Fn. 14), S. 227.

³⁶ Ludger Kühnhardt, Ernst Fraenkel's demokratietheoretisches Standardwerk, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 4, Bonn 1992, S. 272-274, hier: S. 274.

³⁷ Reinhold Zippelius, *Allgemeine Staatslehre. Politikwissenschaft* (11. Auflage), München 1991, S. 224.

len deformieren und konsequent in autoritäre oder totalitäre Systeme einmünden. Pluralismus ist deren Gegenmodell.“³⁸

3. Entstehung einer streitbaren Demokratie: Demokratiethoretische Grundannahmen und verfassungsrechtliche Implementierung

Die Idee einer Konzeption der streitbaren Demokratie resultiert – wie oben dargelegt – aus der politischen Erfahrung des Endes der Weimarer Republik, die gegenüber ihren Widersachern nur sehr eingeschränkt wehrhaft war und die Möglichkeit zu ihrer „legalen“ Zerstörung ermöglichte; insofern kann sie im methodologischen Sinne Poppers als eine Konzeption angesehen werden, die sich nicht *bewährt* hat. Dazu trat noch ein mangelndes demokratisches Bewusstsein der Bevölkerung. Entsprechend verfolgte auch die NSDAP die Strategie, die Verfassung legal unter Umgehen des direkten Gesetzesbruchs aus den Angeln zu heben.³⁹

Im Jahr 1937 stellte der aus Deutschland emigrierte Politik- und Rechtswissenschaftler Karl Loewenstein das Konzept der „militant democracy“ vor, das in den 1940er Jahren von dem ebenfalls aus Deutschland emigrierten Soziologen Karl Mannheim in den begrifflichen Zusammenhang einer „streitbaren“ Demokratie gebracht

³⁸ Heinrich Oberreuter, Pluralismus, in: Politisch-Pädagogisches Handwörterbuch, hrsg. von Peter Gutjahr/Klaus Hornung (2., erweiterte Auflage), Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Percha am Starnberger See 1985, S. 363-368, hier: S. 364. Vergleiche auch zu den demokratiethoretisch-typologischen Unterschieden von Demokratie und Diktatur Eckhard Jesse, Typologie politischer Systeme der Gegenwart, in: Grundwissen Politik (2. Auflage), Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 302, Bonn 1993, S. 165-227. Vergleiche ferner die immer noch zeitgemäßen Ausführungen von Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie (5. Auflage), München 1984.

³⁹ Vgl. Carmen Everts, Die Konzeption der streitbaren Demokratie. Das „demokratische Dilemma“, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz, Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 59-81 sowie Uwe Backes, Schutz des Staates. Von der Autokratie zur streitbaren Demokratie, Opladen 1998, insbesondere S. 23-54. Zum Stellenwert des administrativen Demokratieschutzes in der Weimarer Republik vergleiche Fritz-Achim Baumann, Verfassungsschutz in der Ersten Berliner Republik 1919-1933, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln u. a. 2000, S. 53-65.

wurde.⁴⁰ Beide traten dafür ein, dass man Demokratiegegnern durch Partei- und Organisationsverbote Rechte beschneiden sollte, und wandten sich prinzipiell gegen einen Laisser-faire-Liberalismus, der Toleranz mit Neutralität verwechselte (wie im Übrigen in der demokratiethoretischen Fortschreibung auch die oben dargestellten Fraenkel, Popper und Bracher).

In das Grundgesetz (GG) wurden 1949 verfassungsrechtlich übersetzt mehrere Bestandteile der demokratiethoretischen und sozialphilosophischen Überlegungen von Loewenstein und Mannheim übernommen: Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz (die so genannte „Ewigkeitsklausel“, die die Änderung der Grundlagen der staatlichen Ordnung, wie sie in Artikel 20 Absatz 1 und 2 Grundgesetz niedergelegt sind, für nicht zulässig erklärt), Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz (die Möglichkeit des Vereinigungsverbotes), Artikel 18 Grundgesetz (die Möglichkeit der Grundrechtsverwirkung) und Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz (die Möglichkeit des Parteienverbots).⁴¹

Doch was soll eigentlich geschützt werden? Unter offenkundiger Wirkmächtigkeit der anti-antipluralistischen Konzeption Fraenkels und den antitotalitären Grundgedanken Poppers hat sich in der verfassungspolitischen und -rechtlichen Realität der Bundesrepublik ein Schutzbereich unter dem Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“⁴² etabliert, den das Bundesverfassungsgericht 1952 im Verbotsurteil gegen die rechtsextremistische Sozialistische Reichspartei (SRP) umschrieben hat als „... eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Frei-

⁴⁰ Vgl. Karl Loewenstein, *Militant Democracy and Fundamental Rights*, in: *American Political Science Review* 31 (1937), S. 417-433 und S. 638-658 und Karl Mannheim, *Diagnosis of Our Time. Wartime Essays of a Sociologist*, London 1943, insbesondere S. 4-8. Vergleiche diesbezüglich zum „Demokratie- und Verfassungsschutz in der Nachkriegsdiskussion“ Karlheinz Nicolauß, *Der Weg zum Grundgesetz. Demokratiegründung in Westdeutschland 1945-1949*, Paderborn u. a. 1998, S. 202-210. Vergleiche zudem Robert Chr. van Ooyen, *Ein moderner Klassiker der Verfassungstheorie: Karl Loewenstein*, in: *ZfP* 51 (2004), Heft 1, S. 68-86.

⁴¹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse (Fn. 3), S. 466-476 und Carmen Everts (Fn. 39), insbes. S. 72-78.

⁴² Vergleiche zur Genese des Begriffs und seiner juristischen Bedeutung Klaus Stern, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Band I (Zweite, völlig neubearbeitete Auflage), München 1984, S. 556-573.

heit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteiprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“⁴³ Diese Werte und Spielregeln sind als Kernelemente des demokratischen Systems zu verstehen, und sie sind entsprechend zu schützen.

3.1. Merkmale der streitbaren Demokratie

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist weder einseitig antifaschistisch⁴⁴ noch einseitig antikommunistisch⁴⁵: Das Grundgesetz ist zweifelsfrei antitotalitär.⁴⁶ Daraus entsteht die (gesellschafts-

⁴³ BVerfGE 2, 12 f.

⁴⁴ Zum Antifaschismusbegriff vergleiche Manfred Funke, Faschismus und Antifaschismus – Versuch einer historisch-politischen Begriffsbestimmung, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1994, S. 7-20.

⁴⁵ Der Politikwissenschaftler Wolfgang Rudzio verzeichnet hierzu allerdings eine bedenkliche „Erosion der Abgrenzung“ der demokratischen Linken im Verhältnis zum Kommunismus zum Ende der 1980er Jahre (vgl. Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988). Eine systematische neuere wissenschaftliche Untersuchung zu diesem Komplex nach der Wiedervereinigung unter Einbeziehung der SED-Nachfolgepartei PDS steht noch aus; vergleiche für eine erste solide Annäherung an diese Problemstellung Axel Brückom, Von Magdeburg nach Schwerin, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 11, Baden-Baden 1999, S. 167-179. Zur PDS vergleiche auch die aufschlussreiche Publikation des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) – Auf dem Weg in die Demokratie?, Stuttgart 2000. Eine ähnliche Tendenz einer „Erosion“ ist auch für das „rechte“ politische Spektrum zu verzeichnen; vgl. hierzu Armin Pfahl-Traughber, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Zur Erosion der Abgrenzung auf publizistischer Ebene in den achtziger und neunziger Jahren, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 160-182.

⁴⁶ Vgl. Wolfgang Rudzio (Fn. 2). Für einen Überblick zu den verschiedenen Spielarten des Totalitarismus vergleiche Wolfgang-Uwe Friedrich, Formen

und verfassungspolitische) Verpflichtung, in einer äquidistanten Weise allen antidemokratischen Bestrebungen gegenüber wachsam zu sein – kommen sie von rechts, von links⁴⁷ oder auch jenseits davon.⁴⁸

des Totalitarismus. Zur Phänomenologie ideologischer Herrschaft im 20. Jahrhundert, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz, Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 251-283. Zur Geschichte und Entwicklung der unterschiedlichen Varianten und Interpretationen der Totalitarismustheorie in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion vergleiche Steffen Kailitz, Der Streit um den Totalitarismusbegriff. Ein Spiegelbild der politischen Entwicklung, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz, Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 219-250 und ferner Eckhard Jesse (Fn. 24) sowie Wolfgang Rudzio, Die Aufarbeitung des Totalitarismus – Eine politikwissenschaftliche Kontroverse, in: Paul Kevenhörster/Dietrich Thränhardt (Hrsg.), Demokratische Ordnungen nach den Erfahrungen von Totalitarismus und Diktatur. Eine international vergleichende Bilanz, Münster u. a. 2003, S. 47-61. Auch die ältere Literatur zum Problem des Totalitarismus gibt bereits bestechende Analysen in der Auseinandersetzung mit den Kritikern der Totalitarismustheorie; vgl. hierzu zum Beispiel Paul Kevenhörster, Eine unbequeme Alternative: Demokratische und totalitäre Herrschaft – Zur Kongruenz von linkem und rechtem Totalitarismus, in: ZfP 21 (1974), S. 61-67.

⁴⁷ Wobei das Begriffspaar „rechts-links“ für eine Bestimmung antidemokratischer Kräfte zunehmend weniger eine Rolle spielt. Das Koordinatensystem erfüllt zwar nach wie vor weitgehend seinen Zweck im demokratischen Spektrum politischer Ideen – entscheidender ist es jedoch, hier in diesem Zusammenhang der grundsätzlichen Frage nachzugehen, ob eine politische Bewegung demokratisch oder antidemokratisch ist; vgl. näher Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die Rechts-Links-Unterscheidung – Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 9, Baden-Baden 1997, S. 13-38 und Frank Decker, Jenseits von links und rechts? Zum Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 10, Baden-Baden 1998, S. 33-48. Vgl. zudem Jürgen Maruhn, Gefährdungen und Sicherungen des demokratischen Konsenses. Demokratisch, antidemokratisch, links und rechts, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz, Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 83-101. Zum *Rechtsextremismus* allgemein vgl. zum Beispiel Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999 sowie Steffen Kailitz, Aktuelle Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Zukunftsforum Politik Nr. 17, Sankt-Augustin 2000. Zum *Linksextremismus* allgemein vgl. zum Beispiel Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, Linksextremismus. Eine un-

Dieser antiextremistischen Grundregel entsprechend ist die streitbare Demokratie durch die drei Wesensmerkmale Wertgebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung des Verfassungsschutzes charakterisiert:

terschätzte Gefahr, Bonn 1996; Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?*, Landsberg am Lech 1998 sowie „Ein Gespenst geht um in Europa“. *Das Erbe kommunistischer Ideologien* (hrsg. von Uwe Backes und Stéphane Courtois), Köln u. a. 2002. Vgl. grundsätzlich zum Bereich des Extremismus Eckhard Jesse, *Formen des politischen Extremismus. Westliche Demokratien Europas im Vergleich*, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz, *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus*, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 127-168.

⁴⁸ Dies betrifft zum Beispiel den Bereich der so genannten *Sekten und Psychogruppen*; vgl. hierzu näher Ortrun Schätzle/Andreas Klump, *So genannte Sekten und Psychogruppen und wehrhafte Demokratie: Einige Aspekte unter Berücksichtigung der Diskussion um die Scientology-Organisation*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutz: Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Halle 1998, S. 284-311; Andreas Klump, *Neuer politischer Extremismus? Eine politikwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Scientology-Organisation*, Baden-Baden 2003; Raik Werner, *Scientology im Spiegel des Rechts. Strukturen einer subkulturellen Ordnung zwischen Konformität und Konflikt mit den staatlichen Normen*, München 2002; Arnd Diring, *Scientology. Verbotsmöglichkeit einer verfassungsfeindlichen Bekenntnisgemeinschaft*, Frankfurt am Main 2003; Andreas Klump/Hardo Müggenburg, *Jenseits von Dramatisierung und Verharmlosung: Der Endbericht der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“*, in: Friedrich Ebert Stiftung, Landesbüro Thüringen (Hrsg.), *Sekten und Psychogruppen in Deutschland: Gefahr für Demokratie und Gesellschaft?*, Erfurt 1999, S. 16-21. Vgl. für eine Gefahreinschätzung hinsichtlich „Scientology“ Andreas Klump, *Die Scientology-Organisation - eine Einschätzung des Gefahrenpotentials aus politikwissenschaftlicher Sicht*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 13, Baden-Baden 2001, S. 31-47. Aspekte eines *esoterischen Rechtsextremismus* werden thematisiert bei Armin Pfahl-Traughber, *Germanische Götter, reichsdeutsche Flugscheiben und die innere Welt. Über den Zusammenhang von Esoterik, Neohelidentum und Rechtsextremismus*, in: *humanismus aktuell*, Heft 4 (1999), S. 76-85; vgl. auch Andreas Klump, *Braune Esoterik: Rechtsextreme Kulturorganisationen und Gruppen – Ideologieprofile und offene Fragen*, in: Friedrich Ebert Stiftung, Landesbüro Thüringen (Hrsg.), *Sekten und Psychogruppen in Deutschland: Gefahr für Demokratie und Gesellschaft?*, Erfurt 1999, S. 80-84 sowie Nicholas Goodrick-Clarke, *Black Sun. Aryan Cults, Esoteric Nazism and the Politics of Identity*, New York/London 2003. Die Verlaufslinien des *linken politischen Spektrums* in Bezug auf Esoterik und New Age analysiert Rupert Hofmann, *Vom marxistischen zum mystischen Utopismus*, in: *ZfP* 37 (1990), S. 292-309.

„1. Mit Wertgebundenheit ist gemeint, daß der demokratische Verfassungsstaat sich zu Werten bekennt, denen er eine besondere Bedeutung einräumt und die er nicht zur Disposition gestellt wissen will. (...)

2. Streitbar besagt, daß der Verfassungsstaat gewillt ist, sich gegenüber extremistischen Positionen zu verteidigen. Demokratie wird also nicht nur im Sinne der Volkssouveränität verstanden. (...)

3. Mit der Vorverlagerung des Demokratieschutzes ist der Sachverhalt umschrieben, daß der demokratische Verfassungsstaat es sich vorbehält, nicht erst dann zu reagieren, wenn etwa der politische Extremismus gegen Gesetzesbestimmungen verstößt. Dieser soll vielmehr bereits im Vorfeld seiner Aktivitäten gestört werden. (...)“⁴⁹

Mit „Wertgebundenheit“ ist also die Ablehnung der Wertneutralität der Weimarer Reichsverfassung gemeint, die ja die Möglichkeit grundlegender Änderungen im Verfassungssystem offen ließ. Die Bindung an bestimmte Werte bedeutet auch das Bestehen auf der Gültigkeit grundlegender Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates als „nicht-kontroversen Sektor“ (Ernst Fraenkel). Mit „Abwehrbereitschaft“ ist konkret die Inanspruchnahme des Rechts auf Selbstverteidigung durch den demokratischen Staat markiert. Hierfür werden der Entwicklung eines rechtsstaatlich abgesicherten Instrumentariums Möglichkeiten eingeräumt. Präventive Aspekte sind mit der Vorverlagerung des Demokratieschutzes vor die Schwelle zur strafrechtlichen Relevanz angesprochen. Es besteht also Einsicht in die (empirisch gewonnene) Auffassung, dass nicht nur Methoden, sondern auch Ziele verfassungsfeindlich sein können.

3.2. Varianten des Demokratieschutzes

Wie lässt sich am effektivsten die Demokratie schützen? Wie ist dem „demokratischen Dilemma“ am besten zu begegnen? Die Diskussion um einen wirksamen Verfassungsschutz⁵⁰ hat mehrere mögliche Spielarten hervorgebracht, die sich knapp wie folgt systematisieren lassen: (1) Die wertrelativistische Variante. Diese demokratietheoretische Auffassung war verfassungspolitische Wirklichkeit in der

⁴⁹ Uwe Backes/Eckhard Jesse (Fn. 3), S. 465. Vgl. ferner Eckhard Jesse, Demokratieschutz, in: ders./Roland Sturm (Fn. 2), S. 449-474.

⁵⁰ Vergleiche hierzu näher Armin Scherb (Fn. 5).

Weimarer Republik. Sie räumte ausnahmslos allen politischen Kräften Handlungsspielraum ein und gab somit die gleiche Freiheit den Feinden der Freiheit bzw. gewährte nahezu unbeschränkte Toleranz der Intoleranz. Staatliche Eingriffsmöglichkeiten bestanden erst beim Übertreten von Strafgesetzen. (2) Die autoritäre Variante. Hierbei wird keine Freiheit den Feinden der Freiheit gewährt.⁵¹ Es schließt konsequentes und unnachgiebiges Vorgehen gegen alle extremistischen Bestrebungen ein. (3) Die antikommunistische Variante. Hierbei ist gemeint, keine Freiheit den Linksextremisten einzugestehen. Dies stellt eine einseitige politische Ausrichtung dar. (4) Die antifaschistische Variante. Hierbei ist gemeint, keine Freiheit den Rechts-extremisten einzugestehen. Auch dies stellt eine einseitige politische Ausrichtung dar. (5) Die liberal-demokratische Variante. Diese ist am besten umschrieben mit der Formel „Keine unbedingte Freiheit zur Abschaffung der Freiheit“. Hierbei werden die Extrempositionen der wertrelativistischen und autoritären Ausrichtungen vermieden – zugleich ist sie konsequent antiextremistisch ohne einseitige politische Ausrichtung, basierend auf einem pluralismustheoretisch-antitotalitären Gesellschaftsentwurf. Die jeweiligen Schutzhandlungen unterliegen dem Opportunitätsgebot.

Verfassungspolitische Wirklichkeit in der Bundesrepublik ist die letztgenannte Variante. Verfolgt man jedoch die wissenschaftliche Debatte, so hat es den Anschein, als sei die streitbare Demokratie in ihrer liberal-demokratischen Spielart in die Krise geraten. Ist das tatsächlich der Fall? Der folgende kurze Blick auf die kontroverse Debatte in der Wissenschaft sollte darüber Auskunft geben.

3.3. Kritik und Gegenkritik: Die Debatte um die streitbare Demokratie und um den Extremismusbegriff

Die Kritik an der in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden Theorie und Praxis der streitbaren Demokratie bezieht sich im Kern auf folgende Punkte: Einerseits wird ihr vorgeworfen, sie ermögliche unzulässige Eingriffe in Grundrechte und zeige somit ein illiberales Staatsschutzverständnis, andererseits erschöpfe sich ihre Praxis lediglich in sinnentleerten Abgrenzungsritualen.⁵² Eng ver-

⁵¹ Diese Formel geht wohl zurück auf den Jakobiner Saint-Just, ausgerufen während der Französischen Revolution.

⁵² Vergleiche zur kritischen Literatur zum Beispiel Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991 sowie Claus Leggewie/Horst Meier, Republikschutz. Maßstäbe für die

bunden mit der Kritik an der streitbaren Demokratie ist eine Debatte um den Extremismusbegriff; hierbei wird sogar Wissenschaftlern, die sich für den Gebrauch des auf demokratietheoretischen Grundlagen fußenden Extremismusbegriffs aussprechen und für eine umfassende Extremismusforschung plädieren, insgeheim eine Relativierung des Rechtsextremismus unterstellt (sic!).⁵³

Daher zunächst zur begrifflichen Ebene. *Politischer Extremismus* lässt sich – unter Bezugnahme auf die demokratietheoretische Prämisse der offenen Gesellschaft und pluralistischen Demokratie – bestimmen „als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...), die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen (...).“⁵⁴ Neben dieser (negativen) Ab-

Verteidigung der Republik, Reinbek bei Hamburg 1995. Vergleiche für eine pointierte Gegenkritik zu Jaschke zum Beispiel Uwe Backes, Streitbare Demokratie auf dem Prüfstand, in: ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 4, Bonn 1992, S. 280-283 und zu Leggewie/Meier zum Beispiel Eckhard Jesse, Der Streit um die streitbare Demokratie. Fundamentalkritik an der Schutzkonzeption des Grundgesetzes und an der Praxis, in: PVS 38 (1997), S. 577-583; vgl. auch Armin Scherb, Vorwärts oder zurück zum Republikschutz?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 8, Baden-Baden 1996, S. 257-263.

⁵³ Vgl. für eine solch unseriöse und in diesem Sinne auch selbst entlarvende Sichtweise Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12 (2000), S. 1451-1462 und auch – in abgestufter ähnlicher Konnotation – Wolfgang Wippermann, Verfassungsschutz und Extremismusforschung: Falsche Perspektiven, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 268-280; vergleiche demgegenüber für eine betont sachliche Gegenkritik Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29 und für einen weiteren seriösen Überblick Isabelle Canu, Der Streit um den Extremismusbegriff. Die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz, Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1997, S. 103-125

⁵⁴ Uwe Backes/Eckhard Jesse (Fn. 3), S. 45. Vgl. zur generellen Entwicklung und sozialwissenschaftlichen Einschätzung des politischen Extremismus Uwe Backes, Extremismus und politisch motivierte Gewalt, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Fn. 2), S. 341-367 sowie ders., Entwicklung und Elemente des Extre-

grenzungsdefinition lässt sich zusätzlich eine (positive) Definition hinsichtlich gemeinsamer Strukturmerkmale aller Spielarten des Extremismus ausweisen. Als dementsprechend allen politischen Extremen gemeinsame Strukturmerkmale können aufgeführt werden: offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus beziehungsweise kategorischer Utopieverzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus.⁵⁵

Diese *extremismustheoretische Begriffsbestimmung* erfährt ihre Kritik unter anderem dergestalt, dass es sich hierbei vorgeblich um einen politischen Kampfbegriff handele, dem auch ein gehöriges Maß an Relativität beiwohne. Dazu werde eine Gleichsetzung unterschiedlicher politischer Phänomene vollzogen, und methodisch-begrifflich sei nur eine begrenzte analytische Reichweite vorhanden.⁵⁶ Gerade die immer wieder behauptete politische „Gleichsetzung“ führt jedoch aufs argumentative Glatteis: Die Existenz von fundamentalen inhaltlichen Unterschieden zwischen Links- und Rechtsextremisten wird extremismustheoretisch mitnichten geleugnet und ist überhaupt nicht strittig. Die ideologietheoretisch gesättigte Unterscheidung zum Beispiel in Links- *und* Rechtsextremismus zeigt unverkennbar an, dass mehrdimensional zum einen zwischen demokratischen und extremistischen Erscheinungen und zum zweiten ideologisch zwischen politisch linken und rechten Positionen klar unterschieden wird. Eine unbestreitbare (historische) Gemeinsamkeit der extremen Rechten und Linken liegt unter anderem in der Gegnerschaft zur liberalen Demokratie, die unzweifelhaften Differenzen in der idealtypisch-ideologischen Ausrichtung ethnisch-nationalistisch versus klassenkämpferisch-sozialistisch. Im Übrigen

mismuskonzepts (Stand: September 2003), www.politik.uni-mainz.de/dvpw-politischer-extremismus/dokumente/Backes-Begriffsgeschichte-03.html.

⁵⁵ Vgl. Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989, insbesondere S. 298-311. Auch ein (formal-autoritäres) antipluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis wäre in diesem Zusammenhang noch zu nennen, das „den“ Staat oder „das“ Volk einseitig dominierend zum Beispiel über die Menschenrechte stellt.

⁵⁶ Vgl. zur Kritik am Extremismusbegriff Armin Pfahl-Traughber (Fn. 4) sowie ders., *Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff*, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit*, Köln u. a. 2000, S. 185-211.

ist hierbei anzumerken, dass ein vorgebliches „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) oder das Aufkommen politischer Weltanschauungen „jenseits von links und rechts“ mit der mutmaßlichen Konsequenz einer „Entleerung der Begriffe“ (Anthony Giddens) nichts an der Attraktivität oder Geltung des Begriffsdualismus als analytisch-typologisches Hilfsmittel geändert hat. Ganz im Gegenteil: In Zeiten neuer Unübersichtlichkeiten behält die Dichotomie ihre Ordnungsfunktion und erleichtert das Zurechtfinden auf dem freien (demokratischen) Markt der politischen Ideen. Insofern bleibt der Begriffsdualismus – auch nach 1989 – empirisch gesehen äußerst stabil. Die Begriffe besitzen allerdings eingeschränkte Substanz, wenn es darum geht, extremistische und totalitäre (fundamentalistische) Ideologien auf den Punkt zu bringen. Gerade diese wollen ja den pluralistischen Markt der politischen Ideen unterbinden – hier ist es nicht nur aus methodologischen Gründen angebracht, unter Bezugnahme auf pluralismustheoretische Interpretationen Fraenkels den Blickwinkel zu erweitern und kritische Rationalität im Sinne Poppers zu beweisen. Das Begriffsschema links und rechts wird dann bei der Analyse extremistischer Strömungen bekanntermaßen von einem anderen überlagert: „Extremistisch (totalitär) oder demokratisch?“.

Die in diesem Zusammenhang beispielsweise häufig zu vernehmende pauschale Behauptung, die Extremismustheorie verschleierte einen so genannten „Extremismus der Mitte“ beziehungsweise leugne die Nähe der „bürgerlichen Mitte“ insbesondere zum Rechtsextremismus⁵⁷, läuft nicht nur auf eine Bagatellisierung des Rechtsextremismus hinaus, sondern bezeugt auch ein demokratietheoretisch mangelndes trennscharfes wissenschaftliches (Begriffs-)Verständnis. Ausgangspunkt der in diesem Kontext stehenden folgenden Betrachtung ist die interaktionstheoretisch begründete These des Politikwissenschaftlers Hans-Gerd Jaschke, die da lautet: „Gegenüber radikalen, extremistischen, revolutionären Veränderungen erweist sich die Mitte als Bollwerk des Bestehenden, als durchaus demokratieförderlicher *Stabilitätsfaktor*. Ohne oder gar gegen ‚die Mitte‘ hat

⁵⁷ So zum Beispiel Wolf-Dieter Narr, Der Extremismus der Mitte, in: Vorgänge 31, Nr. 118 (1992), S. 4-7 und ders., Vom Extremismus der Mitte, in: PVS 34 (1993), S. 106-113 sowie Christoph Butterwegge, Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analyse und Argumente, Opladen 2000, S. 13-36, hier: S. 18-22 und auch Wolfgang Wippermann (Fn. 53).

politischer Fanatismus keine Chance.“⁵⁸ Es gehört zweifellos zu einer wesentlichen Erkenntnis der Sozialwissenschaft, dass Interaktionen zwischen Extremisten und der (demokratischen) Mitte bestehen und insofern auch Grenz- und Übergangsbereiche vorkommen. Niemand wird als Extremist „geboren“; biographische Verläufe inklusive sozialstruktureller und sozialpsychologischer Faktoren hinsichtlich diverser ideologischer Identitätsausbildungen und -bindungen müssen immer in Rechnung gestellt werden. Dies ändert jedoch zunächst nichts an dem ideengeschichtlich ausgerichteten demokratiethoretisch-analytischen Maßstab: Zwischen den extremen Polen von links und rechts liegt einer (demokratiethoretischen) Logik zufolge eine auf Mäßigung beruhende Mitte, die die fundamentalen Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates akzeptiert und letztlich zur Basis der Lösung politischer Probleme macht. Ansonsten ließe sich methodologisch kaum ausmachen, wer oder was denn nun im Unterschied dazu als extremistisch zu bezeichnen wäre. Als Alternative käme wohl nur ein aus ideologisch-politischer Motivation geborener Ermessensspielraum zur Bestimmung missliebiger politischer Phänomene in Frage – das hat jedoch mit *Politikwissenschaft* nichts zu tun und ist daher demokratiethoretisch auf jeden Fall auszuschließen. Genereller Maßstab für die Bestimmung jeglicher – religiöser beziehungsweise fundamentalistischer oder säkularer – extremistischer Phänomene sind demnach aus theoretischer Sicht des demokratischen Verfassungsstaates liberale, pluralistische und rechtsstaatliche politische Ordnungsvorstellungen – der Extremismus, gleich welcher Couleur, läuft diesen Prinzipien entgegen. Geht man von diesem Demokratie- und Extremismusverständnis aus und identifiziert man die politische Mitte mit dem auf Balance, Mäßigung, Freiheitssicherung und Machtkontrolle zielenden Institutionengefüge in der offenen Gesell-

⁵⁸ Hans-Gerd Jaschke, Politische Richtungsbegriffe im Wandel: Neue Linke, Neue Rechte – Gibt es auch eine Neue Mitte?, in: Bernd Guggenberger/Klaus Hansen (Hrsg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1992, S. 55-73, hier: S. 56 (Hervorhebung im Original). Die Ansicht des amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset, wonach ein „Extremismus der Mitte“ in der Weimarer Republik kennzeichnend für den Übergang zum nationalsozialistischen Deutschland gewesen sei, ist hier nicht von Belang; vergleiche für eine entsprechende Kritik u. a. an dieser Betrachtungsweise Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremismus der Mitte? – Kritik an einem modischen Schlagwort, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 7, Baden-Baden 1995, S. 13-26.

schaft, so erscheint definitorisch ein „Extremismus der Mitte“ mindestens vernunftwidrig beziehungsweise unlogisch.

Daher ist festzuhalten: Versteht man „die Mitte“ in der offenen Gesellschaft als mehrdeutigen und mehrdimensionalen Raum ordnungspolitischer Entscheidungsmacht, deren Zugehörigkeit zum Beispiel auch durch besondere Eigenschaften sozialstruktureller Art einerseits („neuer“ Mittelstand) und politisch-programmatische (institutionelle) Orientierungen andererseits (liberale, pluralistische, rechtsstaatliche politische Ordnungsvorstellungen) markiert ist, ist von einer beziehungsreichen Interaktionsstruktur auszugehen. In dieser gesellschaftlichen Mitte können freilich auch antidemokratische Einstellungen (zum Beispiel Antisemitismus, Antipluralismus) vorhanden sein – diese wirken gegebenenfalls alternierend *aus* ihr, sind jedoch nicht kennzeichnend *für* sie. Die soziologische Figur der „Wechselseitigkeit und Gegenläufigkeit“ illustriert dieses ambivalente Verhältnis. Übergänge der Mitte zu extremen gesellschaftlich-politischen Positionen und *vice versa* bekunden eher eine interaktive empirische Komplexität moderner offener Gesellschaften denn eine durchgreifende ideologische Nähe der Mitte zu extremistischen Doktrinen. Alles andere entspräche einer völligen demokratie- und ideologietheoretischen Beliebigkeit und ließe sich wissenschaftlich nicht rechtfertigen, setzt man definitorische und analytische Klarheit voraus.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Die in Öffentlichkeit und Politik geführte Debatte um eine – gesetzliche – Gestaltung der Zuwanderung markiert einen umfassenden Problembereich, der legitimerweise in Demokratien zu Kontroversen führt. In allen politischen Lagern wird dieses Problem thematisiert – in demokratischen genauso wie (gegebenenfalls instrumentalisierend) in extremistischen. Insofern gibt es eine gemeinsame thematische Schnittmenge von zum Beispiel der extremen Rechten und der gesellschaftlichen Mitte. Doch ist diese thematische Gemeinsamkeit zugleich auch als eine Gemeinsamkeit der Positionen zu bewerten? Beweist dies den „Extremismus der Mitte“? Die Tatsache, dass die extreme Rechte der Zuwanderung ablehnend gegenüber steht und Teile der gesellschaftlichen Mitte für eine Einschränkung plädieren, wirft die zu differenzierende Frage nach den unterschiedlichen Motiven dieser Positionen auf. Sind diese als identisch anzusehen? Bei Rechtsextremisten wurzelt die ablehnende Haltung gegenüber der Zuwanderung in einer Überbewertung (der eigenen) ethnischen Zugehörigkeit und der Ideologie der Ungleichheit (Rassismus, Biologismus, Sozialdarwinismus). Entspricht dies wirklich auch der Grundauffassung der gesellschaftlichen und politischen Mitte? Wenn dem so wäre,

dann müsste die Mitte der Gesellschaft pauschal dem Rechts-Extremismus zugeordnet werden!? Tatsächlich ist methodisch korrekt von der Gemeinsamkeit der Themen und der Gemeinsamkeit der politischen Positionen unabdingbar zu unterscheiden. Einseitigkeiten und darauf beruhende (definitorische oder ideologische) Verzerrungen sind nur so vorzubeugen und erlauben erst dann eine valide und reliable Analyse.

Fasst man nun die Kritikpunkte am normativ gewonnenen Extremismusbegriff und der darauf bezogenen Konzeption der streitbaren Demokratie zusammen, so zeigen sich mit Abstufungen bemerkenswerte Korrelationen. Die Kritiker des Extremismusbegriffs sind zugleich auch die schärfsten Kritiker der streitbaren Demokratie – und umgekehrt.

Was die Vorwürfe der Kritiker zum Beispiel in Bezug auf das vorgeblich illiberale Staatsschutzverständnis angeht, so ist deutlich zu sagen, dass das Arsenal der Wehrhaftigkeit unterschiedliche Mittel in unterschiedlicher Abstufung zur Verfügung hält. Primäres Mittel zur Wahrung eines auf den Menschenrechten gründenden demokratischen Verfassungsstaates ist das diskursive Vorgehen, die geistig-politische Auseinandersetzung, erst danach soll mit rechtsstaatlich legitimen Mitteln repressiv vorgegangen werden, wobei eine Kombination aus beidem nicht ausgeschlossen ist. Extremisten erhalten keineswegs den Status der Rechtlosigkeit, sie können durchaus weiter ihre Rechte wahrnehmen, haben aber eben keine unbedingte Freiheit zur Abschaffung der Freiheit.

Ist die streitbare Demokratie aufgrund der ihr zuteil gewordenen Kritik nun tatsächlich in der Krise? Es hat fast den Anschein, denn es lässt sich auf den ersten Blick durchaus eine gewisse Verschiebung der grundsätzlichen Koordinaten und eine Abkehr von der ursprünglichen gesellschaftlichen antitotalitären Übereinstimmung erkennen.

Hans-Gerd Jaschke sieht hierin lediglich einen – allerdings recht bizarren – Funktionswandel. „Von der Verteidigung demokratisch-rechtsstaatlicher Strukturen einschließlich der Konservierung totalitärer Feindbilder links- und rechtsaußen“ würde sich die streitbare Demokratie zu einem medial-wirksamen Entschlossenheitspostulat

des Staates gegen „rechts“ entwickeln, um dabei im gleichen Kontext politische Fehlentscheidungen zu revidieren zu versuchen.⁵⁹

Eine solche Sichtweise ergibt ein diffuses und zugleich schiefes Bild. Denn hierbei wird suggeriert, das Konzept der streitbaren Demokratie sei zum einen ein beliebiges Instrument zur jeweiligen Revidierung von politischen Fehleinschätzungen (in welchen Zusammenhängen eigentlich?) und in diesem Kontext zum anderen nicht länger vorgesehen für eine Verteidigung demokratisch-rechtsstaatlicher Strukturen. Von einer „Konservierung totalitärer Feindbilder“ zu reden ist ebenso falsch, da sich eine freiheitliche Demokratie immer und zu jeder Zeit der ihr entgegenstehenden Kräfte bewusst sein muss – und dies sind eben stets mannigfache totalitäre Gesellschaftsentwürfe, da ändern rhetorische Formeln einer vorgeblichen „Konservierung“ nichts.

Die Debatte in der Politikwissenschaft ist sicher nicht die Ursache einer Krisenhaftigkeit, sondern Spiegel eines bestimmten und genau zu reflektierenden Wertewandels.⁶⁰ Dieser Wandel lässt sich unter anderem festmachen an der *gesellschaftlichen* Wahrnehmung des Phänomens politischer Extremismus. Als Schwerpunkt wird in diesem Kontext seit Beginn der 1990er Jahre zunächst der Rechtsextremismus ausgemacht – und dies völlig zu Recht.

Gleichwohl geht damit parallel eine geringere öffentliche und auch publizistische Aufmerksamkeit zum Beispiel bezüglich des Linksextremismus einher. Dies ist mit der Äquidistanz der streitbaren Demokratie freilich nicht vereinbar.⁶¹ Schwerpunktsetzungen sind notwendig, beweisen sie doch eine Flexibilität in der Reaktion und Handlungsfähigkeit. Diese dürfen jedoch nicht zu einer Rücknahme in der Aufmerksamkeit gegenüber anderen Spielarten des politischen Extremismus führen (so beispielsweise auch nicht gegenüber den extremistischen Bestrebungen der Scientology-Organisation). Der Rechtsextremismus stellt den demokratischen Verfassungsstaat zweifellos vor große und auch historisch begründete Herausforde-

⁵⁹ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Sehnsucht nach dem starken Staat – Was bewirkt Repression gegen rechts?, in APuZ B39/2000, S. 22-29, hier: S. 29.

⁶⁰ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die streitbare Demokratie in der Krise?, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 8, Baden-Baden 1996, S. 13-35.

⁶¹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Antiextremistischer Konsens – Prinzipien und Praxis, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 12, Baden-Baden 2000, S. 13-30.

rungen. Diese sind mit Nachdruck wahrzunehmen. Gleichwohl gilt es zu beachten: „Wer lediglich auf den Rechtsextremismus starrt“, so der Chemnitzer Politikwissenschaftler Ralf Altenhof, „der fällt auf eine medial inszenierte Brutalität herein, die nichts so sehr braucht wie Öffentlichkeit. Dabei gerät der kaum minder gefährliche Linksextremismus vielfach gar nicht mehr ins Blickfeld, weil er – abgesehen von den ‚Autonomen‘ – subtilere Methoden anwendet und über ein intellektuell respektables Personal verfügt. In dieser Hinsicht ist der öffentliche Umgang mit dem politischen Extremismus auf dem Stand einer Medizin, die als Wunde grundsätzlich nur das anerkennt, was äußerlich sichtbar ist.“⁶²

Rechtsextremistischen Gewalttaten pauschal eine mediale Inszenierung zu unterstellen, wäre allerdings augenscheinlich irrig, wenn auch eine gewisse Wechselwirkung in einigen Fällen nicht auszuschließen ist. Prinzipiell gilt, auf (rechts-)extremistische Gewalttaten ein besonderes Augenmerk zu halten, spiegeln doch solche Gewalttaten und ihre möglichen sozialpsychologisch bedingten „heimlichen Protestbekundungen“ ein erhebliches Gefahrenpotenzial wider, was andererseits auf beachtliche soziale und politische Orientierungen bezüglich rechtsextremistischer Einstellungen deuten kann – insbesondere im Hinblick auf den unsäglichen Antisemitismus⁶³ (der im Übrigen auch bei der extremen Linken wie beim islamischen Fundamentalismus beziehungsweise Islamismus nachweisbar ist).

Daneben sollte aber immer bedacht werden, dass es dem demokratischen Verfassungsstaat nicht darauf ankommt, von welcher politi-

⁶² Ralf Altenhof, Die Entwicklung der streitbaren Demokratie. Über die Krise einer Konzeption, in: Eckhard Jesse/Konrad Löw (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 165-180, hier: S. 180.

⁶³ Zur theoretischen Fundierung und Bedeutung rechtsextremistischer Einstellungspotenziale für die Analyse entsprechender Phänomene vgl. beispielsweise Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, insbesondere S. 165-201 und Armin Pfahl-Traughber (Fn. 47), insbesondere S. 87-96. Unter anderem für einen zuverlässigen Überblick zum Bereich „Protest und Gewalt“ vergleiche Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, hrsg. von der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 1999. Eine alleinige Fixierung auf den gewalttätigen Extremismus erscheint jedoch nicht angebracht, ist doch gerade der nicht gewalttätige Extremismus (beispielsweise in Gestalt von Publikationen) als geistig-ideologische Grundlage einer Bewusstseinsbildung für gewalttätige Handlungen und Aktionen in der Regel vorgeschaltet.

schen Seite Destabilisierungsversuche erfolgen. Der politische Extremismus in seinem gesamten Umfang ist ein ernstzunehmendes Problem und eine große Herausforderung – unter Berücksichtigung der entsprechenden Schwerpunkte, die sich zeitweilig neu ergeben können. In jedem Fall ist an der Konzeption der streitbaren Demokratie festzuhalten. Sie gilt es fortwährend gesellschaftlich zu stärken. Zu ihr gibt es in der liberal-demokratischen Variante keine Alternative.

In diesem Sinne bilanziert auch der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse – allerdings durchaus kritisch und bisweilen kategorisch, was die antitotalitäre Äquidistanz angeht – in seiner Betrachtung zur Historie der streitbaren Demokratie: „Die deutsche Schutzkonzeption hat sich nach rechts offenbar als ein Bollwerk erwiesen, nach links hingegen weniger. Die streitbare Demokratie erschöpft sich keineswegs in den von der Verfassung vorgesehenen Schutzvorkehrungen. Sie basiert auf einer Reihe abgestufter Maßnahmen. An dem Ende der Skala sind die Parteienverbote angesiedelt, am anderen stehen vage gehaltene, praktisch folgenlose Aufrufe zur Verteidigung des demokratischen Verfassungsstaates. Die geistig-politische Auseinandersetzung mag vielfach bereits genügen, um der Legalitätstaktik von Extremisten einen Riegel vorzuschieben; ohne Verankerung durch verfassungsrechtlich gesicherte Abwehrinstrumente müßte sie in Krisenzeiten folgenlos verhalten. Die Konsequenz sollte daher nicht lauten, die im Grundgesetz vorgesehenen Institute selbst in Zweifel zu ziehen oder gar ihre Abschaffung zu verlangen. Allein ihre Existenz hat eine für die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik förderliche Eigenschaft: Verfechter des politischen Extremismus (müssen) wissen, daß einer Legalitätstaktik Grenzen gesetzt sind.“⁶⁴

4. Theorie und Praxis der streitbaren Demokratie: Die Problematik des Umgangs mit Antidemokraten am Beispiel des Rechtsextremismus

Rechtsextremisten lehnen – genauso wie zum Beispiel Linksextremisten oder Islamisten – den demokratischen Verfassungsstaat

⁶⁴ Eckhard Jesse, Streitbare Demokratie und politischer Extremismus von 1949 bis 1999, in: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, hrsg. von Thomas Ellwein und Everhard Holtmann, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 583-597, hier: S. 594.

ab und wollen an dessen Stelle eine andere (eben antidemokratische) Staats- und Gesellschaftsordnung setzen.

Der Rechtsextremismus ist kein ideologisch geschlossenes Gebilde. Jeder Neonazi ist ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist beruft sich auf den (historischen) Nationalsozialismus. Die Wurzeln aller rechtsextremistischen Aktivitäten sind gleichwohl Nationalismus und Rassismus. Die eigene, nur „völkisch“ verstandene Nation wird als ein so wichtiges und absolutes Gut angesehen, dass sich die Interessen anderer Nationalitäten, aber auch die Rechte des Einzelnen dem unterzuordnen haben. Die eigene „Rasse“ wird als höherwertig gegenüber anderen ethnischen Zugehörigkeiten bewertet. Daher soll – so die rechtsextremistische Vorstellung – das deutsche Volk vor „rassisch minderwertigen“ Ausländern und vor einer „Völkervermischung“ bewahrt werden.⁶⁵

Die antidemokratische (extreme) Rechte kann empirisch als „normale“ Pathologie⁶⁶ freiheitlicher Gesellschaften angesehen werden, ihre – durch unterschiedliche Auf- und Abwärtsbewegungen gekennzeichnete – soziale Dynamik entspricht gemeinhin einem rückwärtsgewandten „Reflex auf intensive Modernisierungsschü-

⁶⁵ Vgl. aus der umfangreichen Literatur insbes. Uwe Backes, „Rechtsextremismus“ – Konzeptionen und Kontroversen, in: *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart* (hrsg. von ders.), Köln u. a. 2003, S. 15-52 sowie ferner zum Beispiel Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik* (2 Bände), Opladen 1984; Uwe Backes/Patrick Moreau, *Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte, gegenwärtige Gefahren, Ursachen, Gegenmaßnahmen*, München 1993; H. Joachim Schwagerl, *Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden*, Frankfurt am Main 1993; Richard Stöss, *Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 368, Bonn 2000, S. 101-130 sowie die in Fn. 47 aufgeführte Literatur.

⁶⁶ Erwin K. Scheuch/Hans D. Klingemann, *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 12 (1967), S. 11-29, hier: S. 13. Dies kann überdies generell für den gesamten Extremismus gelten. Vergleiche zur (empirischen) Anwendbarkeit dieser Sichtweise jetzt Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter, *Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens*, in: Dieter Fuchs/Edeltraut Roller/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß*, Wiesbaden 2002, S. 85-107.

be“⁶⁷, der sich wiederum ausdrückt in vielfältigen und ambivalenten Äußerungsformen.⁶⁸

Folgende typischen Merkmale sind für den Rechtsextremismus charakteristisch: (a) Ablehnung der für die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentalen Gleichheit aller Menschen; (b) Verachtung des auf dem Prinzip gleicher Rechte beruhenden demokratischen Verfassungsstaates; (c) ein Nationalismus, verbunden mit einer Feindschaft gegen Fremde oder fremd Aussehende, gegen Minderheiten, fremde Völker und Staaten; (d) Rassismus (Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Biologismus) und ein politischer Autoritarismus, der den (totalitären) Staat bedingungslos über das Individuum stellt; (e) Verschweigen, Verharmlosung oder Leugnung der Verbrechen, die von Deutschen unter nationalsozialistischer Herrschaft verübt worden sind, Betonung angeblich positiver Leistungen des „Dritten Reiches“. Geradezu konstitutiv für den Rechtsextremismus ist das verschwörerische Denken (zum Beispiel die so genannte „jüdisch-freimaurerische Weltherrschaft“). Verschwörungstheorien

⁶⁷ Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekas, Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990, S. 354.

⁶⁸ Vgl. zum Beispiel Franz Greß, Revolte gegen die moderne Welt, in: Universitas, Nr. 569 (1993), S. 1064-1073; Armin Pfahl-Traughber, Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn 1994; Uwe Backes, Rechtsextremismus in Deutschland. Ideologien, Organisationen und Strategien, in: APuZ B 9-10/1998, S. 27-35; Armin Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998; Kai Arzheimer/Harald Schoen/Jürgen W. Falter, Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Fn. 65), S. 220-245; Frank Decker, Populisten auf dem Vormarsch. Die neuen Rechtsparteien in den westlichen Demokratien, in: ZfP 47 (2000), S. 388-419; Uwe Backes, Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, in: APuZ B46/2001, S. 24-30; Cas Mudde, The Ideology of the Extreme Right, Manchester/New York 2002; Stefan Meining, Rechte Esoterik in Deutschland. Ideenkonstrukte, Schnittstellen und Gefahrenpotentiale, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Politischer Extremismus als Bedrohung der Freiheit – Rechtsextremismus und Islamismus in Deutschland und Thüringen, Erfurt 2003, S. 45-84; Frank Decker, Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern, in: Internationale Politik 4/2003, S. 13-22; Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf o.J. (2003); Armin Pfahl-Traughber, Ursachen rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Kritische Prüfung von Erklärungsansätzen anhand der wissenschaftlichen Forschung, in: Kriminalistik 1/2004 (58. Jahrgang), S. 38-43.

– oder besser: „Verschwörungsideologien“⁶⁹ – dienen als geistige Behelfskonstruktion zur Überbrückung von Erklärungsdefiziten, die sich aus den dogmatischen Denkstrukturen ergeben. Diese Form des Denkens erfüllt auch eine sozialpsychologische Funktion und ist als äußerst psychopathologisch zu bewerten.

Am Beispiel des gesellschaftlichen und staatlichen Umgangs mit dem Rechtsextremismus soll nun eine Darstellung der verschiedenen Instrumente der streitbaren Demokratie vorgenommen werden. Der Abriss wird aufgeschlüsselt nach den Bereichen (a) Verfassungsrechtlicher Demokratieschutz, (b) Administrativer Demokratieschutz, (c) Strafrechtlicher Demokratieschutz, (d) Diskursiver Demokratieschutz.⁷⁰

Zunächst zum *verfassungsrechtlichen Demokratieschutz*. Nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz besteht bei Nachweis der Verfassungswidrigkeit die Möglichkeit von Parteienverboten. Das Bundesverfassungsgericht hat bislang zweimal ein solches Verbot ausgesprochen: 1952 traf es die rechtsextremistische SRP, 1956 die linksextremisti-

⁶⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Bausteine“ zu einer Theorie über „Verschwörungstheorien“: Definitionen, Erscheinungsformen, Funktionen und Ursachen, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), *Verschwörungstheorien*, Innsbruck 2002, S. 30-44; vgl. auch ausführlich Daniel Pipes, *Verschwörung. Faszination und Macht des Geheimen*, München 1998. Der Autor weist auch nach, dass sowohl beim Linksextremismus als auch beim islamischen Fundamentalismus ebenso verschwörungsideologische Denkmuster vorhanden sind, was im Übrigen in erheblichem Maße auch für die ideologisch-extremistischen Ansichten der Scientology-Organisation gilt. Vgl. weiterhin auch Eduard Gugenberger/Franko Petri/Roman Schweidlenka, *Weltverschwörungstheorien. Die neue Gefahr von rechts*, Wien 1998 sowie Rüdiger Sünner, „Thule“ gegen „Juda“. Von Urparadiesen und Zukunftskriegen in der Mythologie der Rechten, in: Hans Gasper/Friederike Valentin (Hrsg.), *Endzeitfieber. Apokalyptiker, Untergangspropheten, Endzeitsekten*, Freiburg im Breisgau 1997, S. 100-130. Zum Problem der „Bedeutung der Objekte von Verschwörungsideologien“ vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, in: Uwe Backes (Fn. 65), S. 193-234.

⁷⁰ Die Aufschlüsselung erfolgt in Anlehnung an Werner Billing, *Rechtsextremismus. Eine Herausforderung der wehrhaften Demokratie*, in: Werner Billing/Andreas Barz/Stephan Wienk-Borgert (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1993, S. 131-151; vergleiche in diesem Zusammenhang auch ders., *Streitbare Demokratie und politischer Extremismus*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Texte zur Inneren Sicherheit*, Band I, Bonn 1997, S. 7-18.

sche „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD). Am 30. Januar 2001 reichte die Bundesregierung einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der fraglos antidemokratischen NPD beim Bundesverfassungsgericht ein. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat hatten (jeweils am 30. März 2001) gleichfalls einen Antrag gestellt. Um Sinn und Zweck einer solchen Vorgehensweise hat es breite Diskussionen gegeben.⁷¹

Unabhängig davon: Auswirkungen solcher Verbote sind zum einen die Zerschlagung von Organisationsstrukturen, zum anderen eine Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten betreffender partei-struktureller Bestrebungen. Auch das Setzen eines politischen Zeichens ist mit einem Verbot durchaus verbunden, wobei ein solches Signal bereits im Vorfeld eines Verbots durch eine öffentliche Diskussion gesetzt werden kann.

⁷¹ Vgl. zur Debatte im Vorfeld zum Beispiel Jürgen W. Falter, Warum ist die NPD nicht schon längst verboten?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Oktober 2000; Markusichert, Das Parteiverbot in der wehrhaften Demokratie. Keine Toleranz gegenüber den Feinden der Toleranz!?, in: Die Öffentliche Verwaltung, Heft 16 (2001), S. 671-681; Michael Henkel/Oliver Lembcke, Wie sinnvoll ist das Verbot der NPD? Zum Zusammenhang von streitbarer Demokratie und politischer Kultur, in: Kritische Justiz 34, Heft 1 (2001), S. 14-28 sowie zusammenfassend Eckhard Jesse, Soll die Nationaldemokratische Partei Deutschlands verboten werden? Der Parteiverbotsantrag war unzweckmäßig, ein Parteiverbot ist rechtmäßig, in: PVS 42 (2001), Heft 4, S. 683-697 und Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.), Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben?, Frankfurt am Main 2002. Zum Ende der 1960er Jahre gab es bereits eine intensive Diskussion zum Problem von Parteienverboten, unter anderem am Beispiel der NPD. Vgl. diesbezüglich Rudolf Schuster, Relegalisierung der KPD oder Illegalisierung der NPD? Zur politischen und rechtlichen Problematik von Parteienverboten, in: ZfP 15 (1968), S. 413-429. Am 18. März 2003 stellte das Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren aus formalen Gründen ein: „Das Verfahren kann nicht fortgeführt werden, weil der Einstellungsantrag der Antragsgegnerin nicht die für eine Ablehnung erforderliche qualifizierte Zweidrittelmehrheit gefunden hat. Vier Richter sind der Auffassung, dass ein Verfahrenshindernis nicht besteht. Drei Richter sind der Auffassung, dass ein nicht behebbares Verfahrenshindernis vorliegt. Nach § 15 Absatz 4 BVerfGG bedarf in einem Parteiverbotsverfahren eine dem Antragsgegner nachteilige Entscheidung in jedem Fall einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Senats. (...) Der Einstellungsbeschluss ist eine Prozess- und keine Sachentscheidung. Den Rechtsansichten der Minderheit und der Mehrheit der Richter kommt deshalb keine Bindungswirkung zu.“ (Bundesverfassungsgericht – Pressemitteilung Nr. 22/2003 vom 18. März 2003).

Das Verbot von Parteien hat aber auch problematische Auswirkungen: Einerseits wirkt eine solche Maßnahme als Eingriff in politische Organisationsfreiheiten, andererseits ist das Weiterwirken der Akteure in anderen politischen Organisationen und subkulturellen Milieus wahrscheinlich, wobei diese sich dann einer (öffentlichen) Kontrolle eher entziehen könnten. Bei der Frage des Parteienverbots ist also eine gründliche Abwägung von Vor- und Nachteilen erforderlich. Eine juristische Prüfung zum formalen Verbotverfahren ersetzt die politische (und politikwissenschaftlich-extremismustheoretische) Analyse des Problembereichs somit in keinem Fall.

Artikel 9 Grundgesetz Absatz 2 sieht die Möglichkeit eines Vereinsverbots vor.⁷² Die Entscheidung hierfür liegt bei der Exekutive (den Innenministerien von Bund und Ländern). In der Geschichte der Bundesrepublik hat es zahlreiche Vereinsverbote extremistischer Personenzusammenschlüsse gegeben.⁷³ Auch hier sind die gleichen Auswirkungen wie bei Parteienverboten gegeben: Zerschlagung von Organisationsstrukturen, Einschränkung von Handlungsmöglichkeiten, das Setzen von politischen Signalen, wobei zu betonen ist, dass entsprechende Vereinsverbote in der Vergangenheit durchaus effektiv gewesen sind. Aber auch problematische Auswirkungen sind analog zum Verbot von Parteien vorhanden: die Schaffung von „Märtyrern“, erschwerte Beobachtungsmöglichkeiten durch die Öffentlichkeit und die Verfassungsschutzbehörden sowie die Bildung von Nachfolgeorganisationen. Auch bei der Frage von Vereinsverboten ist neben der juristischen immer eine gründliche politische Prüfung angezeigt. Die Erfahrung mit Vereinsverboten deutet darauf hin, dass es im Vergleich zu Parteienverboten in der Vergangenheit deutlich mehr zur Nutzung dieser Handlungsoption gekommen ist. Die Aussprache solcher Verbote mag auch mit dem „einfacheren“ formal-juristischen Verfahren zu tun haben, da eine Beteiligung und Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht erforderlich ist. Der Rechtsweg steht gleichwohl den Betroffenen vor den Verwaltungsgerichten offen.

⁷² Vgl. ausführlich zu den juristischen Aspekten Cornelia Grundmann, Das Vereinsverbot – ein überholtes Instrument der streitbaren Demokratie?, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutz: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Halle 1998, S. 120-145.

⁷³ Vgl. zum Beispiel näher zu den verbotenen rechtsextremistischen Organisationen mit genauen Daten der Verbotsverfügungen Ulli Schmitt, Nicht wegschauen – eingreifen!, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz 2000.

Der *administrative Demokratieschutz* wird wahrgenommen durch eigens dafür eingerichtete Verfassungsschutzbehörden. Gemäß dem föderalen Prinzip der Bundesrepublik Deutschland existieren sowohl in den Bundesländern als auch auf Bundesebene entsprechende Einrichtungen, wie zum Beispiel das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Die Arbeit zum Beispiel dieser Behörde beruht auf einer klaren Rechtsgrundlage⁷⁴ und stellt eine unverzichtbare institutionelle Bestandsgarantie für die freiheitliche Demokratie in Deutschland dar. Extremistische Bestrebungen jeder Couleur werden teilweise mit nachrichtendienstlichen Mitteln, also mit geheimen Zugängen und Methoden, beobachtet. Voraussetzung für die Beobachtung ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Das demokratietheoretische und handlungspraktische Selbstverständnis der Verfassungsschutzbehörden ist das eines Frühwarnsystems, wobei die Aufklärung des politischen Extremismus bereits im Vorfeld strafrechtlich relevanter Handlungen im Mittelpunkt steht. Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden zur Unterrichtung zum jeweiligen Sachstand bezüglich der extremistischen Bestrebungen fließen an die Innenministerien, bei Strafrechtsrelevanz unter Wahrung des Opportunitätsgebots an die Staatsanwaltschaften.⁷⁵ Insbesondere die Öffentlichkeit wird in Gestalt der jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte umfassend über die Erkenntnisse zu wesentlichen extremistischen Bestrebungen informiert. Die Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden ist umfangreich: Neben der Fachaufsicht durch die jeweiligen Innenbehörden erfolgt eine Kontrolle durch die Parlamente, Gerichte, Datenschutzbeauftragten, Rechnungshöfe und nicht zuletzt auch durch eine kritische und aufmerksame Öffentlichkeit.

Der *strafrechtliche Demokratieschutz* umfasst unterschiedliche Normen, die direkt oder auch indirekt das Auftreten des politischen Extremismus tangieren. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang zum Beispiel die so genannten Propagandadelikte „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“ (§ 86

⁷⁴ Vgl. zu den rechtlichen und auch gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Karl-Ludwig Haedige, *Das neue Nachrichtendienstrecht für die Bundesrepublik Deutschland. Ein Leitfaden mit Erläuterungen*, Heidelberg 1998; vgl. ferner Hermann Borgs-Maciejewski/Frank Ebert, *Das Recht der Geheimdienste*, Stuttgart u. a. 1986.

⁷⁵ Vgl. zur Bedeutung des Opportunitätsprinzips Karl-Ludwig Haedige (Fn. 74), S. 165-166.

StGB) und „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (§ 86 a StGB). Besondere Bedeutung im Zusammenhang des Rechtsextremismus hat der Tatbestand der „Volksverhetzung“ (§ 130 StGB). Die strafrechtliche Relevanz liegt hierbei insbesondere bei der Leugnung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen.⁷⁶ Die repressive Funktion strafrechtlicher Normen in Gestalt von Bestrafungen und auch Beschlagnahmungen ist als klares Zeichen zu werten, nicht mit extremistischen Gesetzesübertretungen konform zu gehen. Gerade Gewaltdelikte müssen vehement zur Strafe führen, seien sie nun fremdenfeindlich oder sonst wie (rechts-)extremistisch motiviert (dies schließt selbstverständlich etwaige Fälle terroristischer Aktivitäten ein).

Am 10. Mai 2001 beschloss die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern rückwirkend zum 1. Januar 2001 die Einführung eines neuen Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“. Dieses neue Erfassungsschema soll über das bis dato geltende Kriterium der „Systemüberwindung“ als Hauptmerkmal extremistischer Gewalttaten hinausgehen und bereits im Vorfeld dessen politisch motivierte Gewalt besser erkennen lassen. Für den Bereich des Rechtsextremismus gilt als politisch motivierte Tat insbesondere, „wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person auf Grund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes beziehungsweise ihres gesellschaftlichen Status richtet.“⁷⁷ Dabei wird allerdings mitnichten der normative Extremismusbegriff verworfen, wie manche Fundamentalkritiker der streitbaren Demokratie meinen könnten, sondern es handelt sich lediglich um eine sinnvolle Ausdifferenzierung auf Ebene des Strafgesetzbuches. Nicht mehr und nicht weniger! Analytische, demokratietheoretisch gesättigte und politische Richtschnur bleibt zweifelsohne der normativ geprägte Extre-

⁷⁶ Hierbei sind die so genannten „Revisionisten“ von Belang; vgl. hierzu ausführlich Armin Pfahl-Traughber, Die Apologeten der „Auschwitz-Lüge“ – Bedeutung und Entwicklung der Holocaust-Leugnung im Rechtsextremismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 8, Baden-Baden 1996, S. 75-101.

⁷⁷ Verfassungsschutzbericht 2001, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2002, S. 35. Vgl. zudem Jens Peter Singer, Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. In einem neuen Erfassungssystem mit mehrdimensionalen Analysemöglichkeiten, in: Kriminalistik 1/2004 (58. Jahrgang), S. 32-37.

mismusbegriff im Kontext der Wertgebundenheit und des präventiven Demokratieschutzgedankens. Denn nur so lässt sich politischer Extremismus, *die* Negierung der Menschenrechtsidee und der Freiheit, auf allen Ebenen – sozialwissenschaftlich sowie in der behördlichen Praxis – angemessen erfassen.

Der *diskursive Demokratieschutz* schließlich stellt eine besondere Forderung an die freiheitliche Demokratie dar und ist als Kern demokratischen Handelns in der Auseinandersetzung mit Extremisten zu sehen. Hiermit ist eine geistig-politische Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus gemeint, die darauf beruht, dass eine Demokratie mit Argumenten und mit geistiger Aufklärung ihre Werte vermittelt und auch verteidigt. Dem liegt die Einsicht und Erkenntnis zugrunde, dass „der beste Verfassungsschutz (...) die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger (ist), sich für unser demokratisches System und für einen toleranten Umgang miteinander einzusetzen.“⁷⁸

Diese geistig-politische Auseinandersetzung muss auf breiter Ebene und von allen in der Gesellschaft als Aufgabe verstanden werden. So beteiligt sich zum Beispiel der Staat an dieser Aufgabe in Form von (a) Öffentlichkeitsarbeit der Verfassungsschutzbehörden (jährliche und zu aktuellen Anlässen verfasste Berichte, Ausstellungen, Vorträge, Medien- und Internetpräsenz etc.), (b) Kampagnen (so zum Beispiel das von der Bundesregierung am 23. Mai 2000 initiierte „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“), (c) Durchführung von Seminaren und Veröffentlichungen (zum Beispiel durch die Bundeszentrale für politische Bildung), Herausgabe von Publikationen (zum Beispiel durch das Bundesministerium des Innern in Gestalt der „Texte zur Inneren Sicherheit“ oder durch den jährlichen Verfassungsschutzbericht).

Auch die Gesellschaft ist gefordert und nimmt diese Aufgabe vielfältig wahr, so zum Beispiel in Form von (a) Initiativen (zum Beispiel Demonstrationen, Beschäftigung mit dem Phänomen aus Sicht von Bürgerbewegungen etc.), (b) Berichten von Medien und Presse über extremistische Vorkommnisse, (c) wissenschaftlichen Arbeitskreisen,

⁷⁸ So zu Recht der Bundesminister des Innern, Otto Schily, im Vorwort des Verfassungsschutzberichtes 1999, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin/Bonn 2000, S. 3.

wie zum Beispiel der „Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie“⁷⁹.

Politische Parteien nehmen sich fernerhin des Themas an, so zum Beispiel in Form von Abgrenzungen zum politischen Extremismus und eigener Aufklärungsarbeit. Als problematisch ist aber auch in diesem Zusammenhang die undifferenzierte Verwendung der Rechtsextremismus-Thematik als Mittel in der politischen Auseinandersetzung zu sehen. Wenn beispielsweise „das Thema“ als Instrument politischer Rhetorik Verwendung findet, wird dem Phänomen des Rechtsextremismus auf unsachlicher, unseriöser und auch waghalsiger Art und Weise Aufmerksamkeit geschenkt. So verzerren und verschieben zum Beispiel ungerechtfertigte Vorwürfe und ideologische Chiffren aus politischer Motivation heraus eine sachliche und tragfähige Auseinandersetzung mit dem Phänomen, was eine umfassende Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus erheblich erschweren kann und ihn unter Umständen auch noch stärkt.⁸⁰ Als besonders problematisch ist hierbei die Rolle des linksextremistischen „Antifaschismus“ zu sehen.⁸¹

⁷⁹ Vgl. www.tu-chemnitz.de/phil/politik/m_jahrbuch_velden.html, Stand: Januar 2004.

⁸⁰ Vgl. zu den diversen Wechselbeziehungen des politischen Extremismus Uwe Backes/Eckhard Jesse, Interaktionen im politischen Extremismus Deutschlands – Vergleich zwischen den organisierten, nicht-gewalttätigen und den gewalttätigen, nicht-organisierten Kräften, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 11, Baden-Baden 1999, S. 13-32.

⁸¹ Vgl. zur politischen Funktion und zum politischen Inhalt dieses „Antifaschismuskonzepts“ vor allem Wolfgang Rudzio, Antifaschismus als Volksfrontkitt, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1994, S. 65-82. Zu den gewalttätigen Auswüchsen unter anderem des linksextremistischen „Antifaschismus“ vgl. Peter Frisch, Militante Autonome, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 188-201 sowie Matthias Mletzko, Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 180-199 sowie ders., Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen, in: Kriminalistik 8-9 (2001), S. 543-548 und 10 (2001), S. 639-644.

5. Das Konzept der Zivilgesellschaft: Die Ablösung der streitbaren Demokratie?

In der Rechtsextremismusdebatte rückt hinsichtlich einer zentralen Säule der streitbaren Demokratie, des oben genannten diskursiven Demokratieschutzes, ein Begriff mehr und mehr in den Vordergrund: die so genannte *Zivilgesellschaft*. Mit ihr werden offenkundig vielschichtige Konfliktbewältigungsmechanismen und Lösungsstrategien bezüglich des Rechtsextremismusproblems verbunden.⁸² Doch was heißt eigentlich Zivilgesellschaft? Verbirgt sich dahinter ein Gegensatz zur streitbaren Demokratie? Zeichnet sich dabei eine Alternative, eine Erweiterung beziehungsweise ein funktionales Äquivalent zu ihr ab? Oder sind hier lediglich zwei Seiten einer Medaille angesprochen?

Der unscharfe und häufig schlagwortartig gebrauchte Begriff Zivilgesellschaft bedeutet im Kern – bei aller Interpretationsbreite – die Fokussierung auf gesellschaftliche Selbstorganisation abseits staatlicher Institutionen. Vereine, (informationelle) Zirkel und Netzwerke sowie Nichtregierungsorganisationen (NRO, oder im englischen Sprachgebrauch NGO – „Nongovernmental Organizations“) als institutionelle Ausformungen sozialer Bewegungen⁸³ sind die zentralen Träger; das Aufkommen des Konzepts in Westeuropa und den USA ergab sich insbesondere – in der Folge von „1968“ – auch deshalb,

⁸² Vgl. zum Beispiel aus jugendsoziologischer Sicht Rainer Schiller-Dickhut, Demokratische Kultur entwickeln statt Therapie abweichenden Verhaltens, in: Dieter Wiedemann (Hrsg.), *Die rechtsextreme Herausforderung. Jugendarbeit und Öffentlichkeit zwischen Konjunkturen und Konzepten*, Bielefeld 2002, S. 185-197; vgl. auch aus Sicht der „antifaschistischen Linken“ Annelie Buntentbach, *Gesellschaft gegen rechts? Zum politischen Umgang mit dem Rechtsextremismus*, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), *Was tun gegen rechts*, Berlin 1999, S. 26-37 sowie demgegenüber (unter kritischer Berücksichtigung einer bürgerlich-liberalen Komponente) Jürgen Raschert, *Zivilgesellschaft – was ist das, und was kann Schule dazu beitragen?*, in: Peter E. Kalb/Karin Sitte/Christian Petry (Hrsg.), *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?* Weinheim u. a. 1999, S. 175-189.

⁸³ Vgl. Dieter Rucht, *Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft*, in: *Politik im 21. Jahrhundert* (hrsg. von Claus Leggewie/Richard Münch), Frankfurt am Main 2001, S. 321-336. Entwicklungsspezifische Gesichtspunkte werden diesbezüglich auch erörtert bei Patrick Moreau, „Die Welt ist keine Ware“ – Aspekte der Bewegung der Globalisierungskritiker am Beispiel von „Attac“ Frankreich und Deutschland, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 134-154.

„weil linke Basisorganisationen und Netzwerke nach einem neuen übergreifenden Selbstverständnis suchten.“⁸⁴ Mit den einzelnen zivilgesellschaftlichen Trägern soll eine soziale Dynamik im Sinne ausgeprägter Vielfalt und nicht eingeschränkter Selbständigkeit von Individuen und Gruppen angestrebt werden, die sich einen „autonomen“ Raum zwischen Staat, Ökonomie und Privatsphäre sichern wollen. Diese übergreifende Begriffsinterpretation geht unter anderem zurück auf den 1937 verstorbenen italienischen Marxisten Antonio Gramsci.⁸⁵ Mindestens zwei zentrale Varianten lassen sich heute grob aus dieser Begriffsbestimmung herauschälen, wobei jeweils Bezüge zueinander bestehen (können). Zum einen wird der Begriff der Zivilgesellschaft mit einer antikapitalistischen Note vorwiegend von linken Gruppen und Netzwerken gesehen, die in dieser Tradition dem bürgerlichen Staat und seinen demokratischen Institutionen „kritisch“ beziehungsweise ablehnend gegenüberstehen und insoweit teilweise eine Nähe zu antifaschistisch-linksextremistischen Ideologien aufweisen. Zum anderen wird unter Zivilgesellschaft eine aktivierte Bürgergesellschaft⁸⁶ verstanden, die eine Förderung und

⁸⁴ Walter Reese-Schäfer, Politische Theorie heute. Neuere Tendenzen und Entwicklungen, München/Wien 2000, S. 75. Vergleiche zur wissenschaftlichen Einordnung der so genannten „68er“-Studentenbewegung in Deutschland Gerd Langguth, Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001.

⁸⁵ Vgl. Walter Reese-Schäfer (Fn. 84), S. 77. Zur politischen Theorie von Gramsci und dessen freiheitsgefährdenden Implikationen vgl. Patrick Moreau, „Kulturelle Hegemonie“ – Gramsci und der Gramscismus, in: „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien (hrsg. von Uwe Backes und Stéphane Courtois), Köln u. a. 2002, S. 259-283. Der Fachphilosoph Georg Lohmann zählt zu den ideengeschichtlichen Einflüssen neben Gramsci noch John Locke, Montesquieu, Alexis de Toqueville, Hannah Arendt und Jürgen Habermas hinzu (vgl. ders., Modell „Zivilgesellschaft“ – Grundlagen, Eigenschaften und Probleme, in: ders. (Hrsg.), Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West, Frankfurt am Main 2003, S. 11-29, hier: S. 14.

⁸⁶ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Für eine aktivierte Bürgergesellschaft. Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000, in: Perspektive 6, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz 2000. Georg Lohmann schlägt in diesem begrifflichen Zusammenhang – normativ verstanden – vor, „daß wir mit dem Ausdruck ‚Zivilgesellschaft‘ ein Zusammenwirken und einen Zusammenhalt von *friedfertigen* und *freiwilligen* Gemeinschaften von Bürgern in einer Demokratie meinen, die um bestimmter, *gemeinsamer* Ziele willen *öffentlich* tätig sind“ (vgl. ebenda, S. 15 – Hervorhebung im Original). Wie mit „freiwilligen“ Gemeinschaften umzugehen ist, die nicht zwingend „friedfertig“ und bisweilen nicht-„öffentlich“ gegen die-

Etablierung von Initiativen „vor Ort“ und somit eine Stärkung der Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens zum Ziel hat. In diesem Sinne wurde am 23. Mai 2000 von der rot-grünen Bundesregierung ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ initiiert. Diese und andere Maßnahmen wurden in einem eigens für den Deutschen Bundestag angefertigten „Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ (Drucksache 14/9519 vom 14. Mai 2002) dokumentiert.

Die Bundesregierung integrierte somit zivilgesellschaftliche Elemente in ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das wiederum theoretisch basierte auf der verfassungspolitischen Grundlage der wehrhaften Demokratie. Versteht man Zivilgesellschaft in diesem Sinne, so lässt sich kaum ein Gegensatz zwischen dieser und dem Prinzip der streitbaren Demokratie ausmachen. Allerdings bestehen bei den heterogenen zivilgesellschaftlichen Trägern fließende Übergänge, die durchaus problematisch wirken können, und dies gerade dann, wenn ein einseitiger gesellschaftspolitischer Antifaschismus angestrebt werden soll. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Kritiker der streitbaren Demokratie begründen ihre Ablehnung zum streitbaren Grundprinzip damit, dass auch „linke“ beziehungsweise vorgeblich „emanzipatorische“ Anschauungen ins Visier genommen würden. Somit würde die Zivilgesellschaft – sofern man diese ideologietheoretisch als „linkes“ beziehungsweise „emanzipatorisches“ Projekt begreift – auch von den Instrumenten der streitbaren Demokratie bedroht. Das ist offenkundig falsch und entspringt eher linksextremistischer Propaganda denn einer seriösen gesellschaftspolitischen Analyse. Entscheidend ist, dass *alle* gesellschaftlichen Gruppen – auch die, die sich als Träger eines zivilgesellschaftlichen Konzeptes verstehen – den nicht-kontroversen Sektor beziehungsweise den entsprechenden allgemeinverbindlichen Wertekodex der pluralistischen (streitbaren) Demokratie anerkennen (und falls nicht, müssen diese tatsächlich mit dem Etikett rechnen, gegebenenfalls zum politischen Extremismus gezählt zu werden). Nur ein nicht-kontroverser Sektor sichert und gewährleistet auch eine aktivierte, zivile Bürgergesellschaft.

sen zivilen Rahmen „gemeinsam“ gerichtet sind, bleibt bei Lohmann indes offen.

Zivilgesellschaftliche Elemente können zudem tatsächlich zu einer lebendigen und pluralen Demokratie beitragen, sie müssen es aber nicht. Eine Garantie dafür, dass demokratische Strukturen tatsächlich gefestigt werden und eine Immunisierung gegen den Rechtsextremismus erfolgt, erscheint eher zweifelhaft. Insbesondere der mögliche Versuch eines Ausspielens staatlicher Institutionen gegenüber vorgeblich „autonomen“ zivilgesellschaftlichen Räumen in Verbindung mit extremistischen Strukturen birgt eine besondere Gefahr und wirkt letztlich kontraproduktiv. Wer diesen Versuch unternimmt, dem geht es wohl mehr um die Durchsetzung ideologisch-antidemokratischer Konzepte denn um eine Stärkung des freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens. Auch einer Überlastung und Überdehnung des Begriffs der Zivilgesellschaft muss entgegen gewirkt werden. Nicht nur, dass extremistische Strukturen die zivilgesellschaftlichen Ansprüche durchdringen können; selbst die Träger einer aktivierten Bürgergesellschaft müssen sich der dem Konzept innewohnenden Schwierigkeiten bewusst sein.⁸⁷ Der Gefahr einer blauäugigen Huldigung und Idealisierung zivilgesellschaftlicher Praktiken sollte erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auch diese sind nicht frei von egoistischen Gruppeninteressen, die möglicherweise in gegenseitige Blockierung oder sogar Gewalt umschlagen können; je nachdem, welche ideologischen (und eventuell antidemokratischen) Zielsetzungen dahinter stehen. Zudem wäre es grundfalsch, die (mehrdeutige und schillernde) Zivilgesellschaft *gegen* den demokratisch-parlamentarischen Staat zu setzen. Die Idee einer Zivilgesellschaft, einer aktiven Bürgerbeteiligung, ist keine selbst tragende Erscheinung. Das Konzept bedarf notwendigerweise des Rahmens eines demokratischen Verfassungsstaates und seiner Institutionen, die zwar ihrerseits durch zivilgesellschaftliche Anschübe angeregt werden, die aber unausweichlich die Einhaltung

⁸⁷ Vgl. zur Kritik am Aktivismus zivilgesellschaftlicher Akteure auch Walter Reese-Schäfer (Fn. 84), S. 79-82 und zum Bereich „Soziale Bewegungen als Problem und Bedrohung für Demokratie“ Dieter Rucht (Fn. 83), S. 330-333. Eine im Ergebnis zu euphorische Einschätzung hinsichtlich der Leistungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen gibt Rolf G. Heinze, Politik und Zivilgesellschaft. Regierungspolitik der rot-grünen Koalition, in: Werner Süß (Hrsg.), Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Opladen 2002, S. 175-188. In diesem Zusammenhang festzuhalten ist, „daß Zivilgesellschaft, ebenso wie der Begriff NGO, häufig politisch-ideologisch verwendet wird (...)“ (vgl. Michael Windfuhr, Der Einfluß von NGOs auf die Demokratie, in: Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme (hrsg. von Wolfgang Merkel und Andreas Busch), Frankfurt am Main 1999, S. 520-548, hier: S. 543).

demokratischer Spielregeln und eine generelle Orientierung am Gemeinwohl – zum Schutz und Ausgleich divergierender Interessen – gewährleisten müssen.

Trotz aller Kritik gegenüber den zivilgesellschaftlichen Konzepten und deren gemeinhin nicht demokratisch legitimierten Trägern (zum Beispiel einzelne NRO und das Problem der „prekären Legitimationsgrundlage“⁸⁸) bleibt aus pluralismustheoretischer Sicht festzuhalten, dass beide Konzepte – die streitbare Demokratie und die idealtypisch aus ihr durchaus hervorgehende aktivierte Bürgergesellschaft (*civil society*) – aufeinander angewiesen sind und mit Blick auf die Bewahrung der freiheitlichen Demokratie an einer Erweiterung demokratischer Streitbarkeit ein hinreichendes Interesse besitzen *müssen*; und dies erst recht, wenn dem diskursiven Demokratieschutz bezüglich der umfassenden Rechtsextremismusproblematik ein größtmöglicher Raum gewährt werden soll. Denn „letztlich (.) ist jeder Einzelne aufgefordert“, so Hans-Gerd Jaschke zu Recht, „in seinem sozialen Umfeld das Mögliche zu tun, um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Grenzen zu halten.“⁸⁹

6. Abschließende Überlegungen

Als Fazit bleibt festzuhalten: Auch (oder gerade) nach den totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts⁹⁰ ist die Freiheitsgefährdung keineswegs gebannt. Die Vorstellung, die Demokratie sei nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zwischen Ost- und Westeuropa mittlerweile

⁸⁸ Vgl. Dieter Neubert, Nichtregierungsorganisationen in der Diskussion, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 2/2003, S. 257-282, insbes. S. 276-277.

⁸⁹ Hans-Gerd Jaschke (Fn. 86), S. 23.

⁹⁰ Vgl. Karl Dietrich Bracher, Das 20. Jahrhundert als Zeitalter der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen demokratischen und totalitären Systemen, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung (2., erweiterte Auflage), Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 336, Bonn 1999, S. 137-151; Friedrich Pohlmann, Deutschland im Zeitalter des Totalitarismus – Überlegungen zu den Schlüsseljahren deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, in: ZfP 47 (2000), S. 201-215; Manfred Henningsen, Totalitarismus und politische Religion. Über die modernen Regime des Terrors, in: Merkur Nr. 637 (2002), 383-392; Uwe Backes/Eckhard Jesse, 1918 - 1933 – 1945 – 1989. Ein Vergleich der Zäsuren und Phasen in extremismustheoretischer Perspektive, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 13-31; Wolfgang-Uwe Friedrich (Fn. 46).

„feindlos“ geworden⁹¹, ist – nicht erst nach dem 11. September 2001 – offenkundig falsch; die unzweifelhafte Abart des terroristischen Septemberereignisses zu Beginn des 21. Jahrhunderts liegt nicht zwingend in einer politisch-ideologischen Neuartigkeit (gleichwohl aber in seiner globalisierten „technischen“ Vernetzung und entsprechenden Ausnutzung von Kennzeichen der technischen Moderne), sondern ganz im Gegenteil in einer gegen die Errungenschaften der kulturelle Moderne gerichteten totalitären gesellschaftlichen Kontinuität: „In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts spielten die totalitären Ideologien des Sozialismus und des Faschismus die Rolle der pervertierten Religion im Aufstand gegen die Zumutungen einer säkularisierten, pluralistischen Moderne. Der islamische Fundamentalismus heute setzt diese totalitäre Tradition fort. Man muß übrigens nicht genau angeben können, was eine authentische Religion ist, um eine pervertierte Religion als solche erkennen zu können, denn Bestialität und Dummheit sind von schlagender Evidenz.“⁹²

In einer modernen pluralistischen und offenen Gesellschaft kann letztlich die Auseinandersetzung mit den verschiedenartigen und doch gleich gesinnten Formen des (gewalttätig-terroristischen) politischen Extremismus⁹³ nicht allein Sache des Staates sein; die gesellschaftliche Auseinandersetzung ist von möglichst allen Demokraten zu führen. Dass in Theorie und Praxis vielschichtige, anpassungsfähige und dadurch letztlich alternativlose liberal-demokratische

⁹¹ So aber beispielsweise Ulrich Beck, *Die feindlose Demokratie*, Stuttgart 1995.

⁹² So der Schriftsteller Rüdiger Safranski, *Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch?*, München/Wien 2003, S. 57. Der Begriff und die analytische Wahrnehmung einer „politischen Religion“ gehen zurück auf den Politikwissenschaftler Eric Voegelin (vgl. ders., *Die politischen Religionen*, hrsg. von Peter J. Opitz, München 1993). Eine vielschichtige Fortschreibung dieses Ansatzes findet sich insbesondere bei Hans Maier (Hrsg.), *„Totalitarismus und „Politische Religionen“*. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn u. a. 1996.

⁹³ Vgl. Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus heute: Islamistischer Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus*, in: *APuZ*, B 46/2001, S. 3-5; Kai Hirschmann, *Terrorismus in neuen Dimensionen. Hintergründe und Schlußfolgerungen*, in: *APuZ*, B 51/2001, S. 7-15; Bruce Hoffman, *Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt*, Frankfurt am Main 2001; Herfried Münkler, *Asymmetrische Gewalt. Terrorismus als politisch-militärische Strategie*, in: *Merkur*, Nr. 633 (2002), S. 1-12; ders., *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg 2002; Bruce Hoffman, *Rethinking Terrorism and Counterterrorism since 9/11*, in: *Studies in Conflict & Terrorism* 25 (2002), S. 303-316; Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, München 1998.

Konzept einer Wehr- und Werthaftigkeit bleibt gleichsam jederzeit aktuell und zeitgemäß. Die streitbare Demokratie lässt sich in diesem Zusammenhang mitnichten auf die Ebene ziehen, sie sei eine „west-deutsche Erblast des Kalten Krieges“⁹⁴, wie manche Fundamentalkritiker lakonisch und mit Anklängen intellektueller Verspieltheit behaupten. Tatsächlich entspringt der Gedanke eines umfassenden Demokratieschutzes nicht einem verkürzten Demokratieverständnis⁹⁵, sondern einer rationalen und theoretisch-anspruchsvollen Sichtweise: „Die Konzeption der abwehrbereiten Demokratie ist die verfassungspolitische Reaktion auf die Erschütterung des liberalen Glaubens, das freie Spiel der Kräfte gewährleiste automatisch den Erhalt der Demokratie.“⁹⁶ Der Soziologe Karl Otto Hondrich fasst diese empirisch gewonnene Erkenntnis – hinsichtlich der Relationen von Liberalität, Mehrheiten und Minderheiten – wie folgt zusammen: „Die ‚offene Gesellschaft‘ (...) setzt einen äußeren Rahmen voraus, der in gewisser Weise ‚geschlossen‘ ist. Der Rahmen bestimmt, wer im Konflikt um die Verteilung von Waren, Werten und Macht mitspielt – und wer nicht. (...) Damit Interessenkonflikte (über die Frage: wer bekommt was?) liberal ausgetragen werden können, müssen Identitätskonflikte (über die Frage: wer gehört dazu?) ruhig gestellt sein. Zwar können und müssen im Innern offene, also liberale Gesellschaften immer ein gewisses Maß an Außenöffnung gewährleisten – aber eben nur: ein gewisses Maß.“⁹⁷

Bei der Aufrechterhaltung und Verteidigung demokratischer Werte und Spielregeln ist in der Praxis die gesamte Öffentlichkeit (die aktivierte Bürgergesellschaft) gefordert. Es bedarf demnach einer nachhaltigen Verkoppelung von administrativem und diskursivem Demokratie- und Verfassungsschutz, wobei der geistig-politischen Auseinandersetzung unter Wahrung der antitotalitären Äquidistanz

⁹⁴ Claus Leggewie/Horst Meier, Die Berliner Republik als Streitbare Demokratie? Vorgezogener Nachruf auf die freiheitliche demokratische Grundordnung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 37 (1992), S. 598-604, hier: S. 599 (Hervorhebung im Original).

⁹⁵ Vgl. ebenda

⁹⁶ Eckart Werthebach/Bernadette Droste-Lehnen, Der Verfassungsschutz – ein unverzichtbares Instrument der streitbaren Demokratie, in: Die Öffentliche Verwaltung, Heft 12 (1992), S. 514-522. Vgl. auch Reinhold Zippelius (Fn. 37), S. 222-224.

⁹⁷ Karl Otto Hondrich, Moderne Gesellschaften brauchen abweichendes soziales Verhalten. Soziologische Thesen zu Liberalität, Mehrheiten und Minderheiten, in: Frankfurter Rundschau vom 26. Mai 1995.

des Grundgesetzes insgesamt Priorität zukommt. Denn, so der Politikwissenschaftler Hans Maier, „es ist diese Ausrüstung mit einer untrüglichen – oder doch untrüglich scheinenden Ideologie, welche den totalitären Bewegungen ihre Durchschlagskraft verleiht. Nicht nur Hände und Füße werden gefangen genommen, sondern auch das Denken. Partei (oder sonstige soziale – auch manch vorgeblich zivilgesellschaftlich tätige – Verbände, A. K.) und Ideologie stützen sich gegenseitig: Aus der Einsicht in das (scheinbar) Notwendige erwächst die intellektuelle Sicherheit, die revolutionäre Leidenschaft, die Bereitschaft, alles, und sei es auch das Schrecklichste, im Dienst der ‚neuen Zeit‘ zu tun. Eine kohärente Welterklärung, ausgestattet mit dem Schein der Wissenschaftlichkeit, gibt den totalitären Bewegungen ihr erschreckend gutes Gewissen.“⁹⁸

Den totalitären Gesellschaftsmodellen gegenüber ist mit allem Nachdruck ein „autonom-heterogener-pluralistischer Rechtsstaat“ (Ernst Fraenkel) auszugestalten und zu verteidigen. „Pluralismus heißt vor allem“, so Karl Dietrich Bracher konkretisierend, „daß der Gemeinwille nicht autoritär – oder totalitär – staatlich gesetzt, sondern von der Bereitschaft getragen und bestimmt wird, der Pluralität der Intentionen und Kräfte eine Grenze zu ziehen: nämlich da, wo Existenz und Fähigkeit dieser Pluralität, ihre Freiheit und reziproke Toleranz selbst bedroht oder verneint wird. Und umgekehrt kann nur da, wo diese Grundübereinstimmung anerkannt wird, der demokratische Staat der Vielheit der Bestrebungen vollen Spielraum gewähren, ohne selbst bedroht zu sein.“⁹⁹ In diesem Zusammenhang lohnt ein Verweis auf die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der KPD-Entscheidung von 1956, wonach eine freiheitliche Demokratie gemäß dem Grundsatz „keine unbedingte Freiheit für die Feinde der Freiheit“ zu handeln habe.¹⁰⁰ Organisations- und Parteienverbote sind demzufolge selbstverständlich nicht ausgeschlossen, erschöpfen sich aber keinesfalls in diesen und bedeuten nicht den wesentlichen Kern der Wehrhaftigkeit.¹⁰¹

⁹⁸ Hans Maier, Deutungen totalitärer Herrschaft 1919-1989, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 349-366, hier: S. 360.

⁹⁹ Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 337 f.

¹⁰⁰ Vgl. BVerfGE 5, 85, 138.

¹⁰¹ Vergleiche den in diesem Kontext zu sehenden Vorschlag einer „flexible response“ der streitbaren Demokratie bei Armin Scherb, Parteiverbot und Demokratie – Die NPD-Verbotdiskussion als Hinweis auf ein strukturelles Defi-

Hauptziel sollte immer sein, für eine Stärkung und Verbreitung demokratischen (Wert)Bewusstseins unter pluralismustheoretischen Prämissen (nach Ernst Fraenkel) zu sorgen, das begründet ist im „Kritischen Rationalismus“ als politisches Manifest einer liberalen Philosophie der offenen Gesellschaft (nach Karl R. Popper). Die Auseinandersetzung um das gesellschaftliche Bestehen der liberal-demokratischen Idee und Methode ist dementsprechend offensiv – im Hinblick auf den antitotalitären Charakter wertgebender Demokratie (nach Karl Dietrich Bracher) – mit Rechts- wie Linksextremismus¹⁰² als auch fundamentalistischen Gesellschaftskonzepten und Weltanschauungen zu führen, seien diese religiös oder säkular begründet.¹⁰³ Erst somit erweist sich die (global) nicht unumstrittene

zit demokratischer Streitbarkeit, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 13, Baden-Baden 2001, S. 73-91.

¹⁰² Vgl. diesbezüglich zum Beispiel zur Diskussion um den extremistischen Charakter der PDS den aufschlussreichen Beitrag von Jürgen P. Lang/Viola Neu, *Die PDS und ihr Verhältnis zum Grundgesetz*, in: *Die politische Meinung* Nr. 388 (2002), S. 51-56; vgl. hierzu auch Patrick Moreau, *Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei*, München 1998 sowie ders./Rita Schorpp-Gabiak, „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – *Die PDS: eine Bilanz*, Baden-Baden 2002.

¹⁰³ Vgl. zum Beispiel Friedhelm Hufen, *Fundamentalismus als Herausforderung des Verfassungsrechts und der Rechtsphilosophie*, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis*, 3. Jahrgang (1992), S. 455-485; Hella Mandt, *Die offene Gesellschaft und die Wurzeln des zeitgenössischen Fundamentalismus*, in: *Staatswissenschaften und Staatspraxis*, 4. Jahrgang (1993), S. 175-196; Armin Pfahl-Traugber, *Extremismus als politische Variante des Fundamentalismus. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Ablehnung der kulturellen Moderne*, in: *MUT*, Nr. 334 (1995), S. 58-65; Bassam Tibi, *Der religiöse Fundamentalismus im Übergang zum 21. Jahrhundert*, Mannheim 1995; Martin Riesbrodt, *Zur Politisierung von Religion. Überlegungen am Beispiel fundamentalistischer Bewegungen*, in: *Das Europa der Religionen. Ein Kontinent zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus* (hrsg. von Otto Kallscheuer), Frankfurt am Main 1996, S. 247-275; Hans-Gerd Jaschke, *Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft*, Hamburg 1998; Andreas Klump, *Die fundamentalistische Herausforderung. Anmerkungen zum Spannungsfeld Demokratie und Extremismus, Fundamentalismus, Islamismus* (www.extremismus.com/texte/islamismus.htm, Stand: September 2001); Christoph Gusy, *Fundamentalismus: Eine Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung?*, in: *Die Polizei* 93, Heft 7/8 (2002), S. 185-191; Christian Büttner, *Mit Gewalt ins Paradies. Einige psychologische Anmerkungen zu Terror und Terrorismus*, in: *Politische Studien*, Heft 386 (2002), S. 21-41; Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus*, in: dies. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 13-26;

Idee der freiheitlichen Demokratie, der offenen Gesellschaft und der Menschenrechte wirklich als Streitbar und potentiell zukunftsfähig.¹⁰⁴

Der letztthin ermittelte kritische Befund des Politikwissenschaftlers Manfred G. Schmidt vermag dies noch zu unterstreichen und führt zudem wieder zurück zum Ursprung der hier behandelten Problemstellung. Er schreibt: „Gewiss: Derzeit ist eine Bedrohung jedenfalls der etablierten Demokratie durch Antisystemkräfte nicht in Sicht. Aber wer legt die Hand dafür ins Feuer, dass im Falle schwerer sozio-ökonomischer und sozialkultureller Konflikte über grundlegende Wertfragen die Stabilität der Demokratien erhalten bleibt?“¹⁰⁵

Bassam Tibi, Vom klassischen Dihad zum terroristischen Dihadismus – Der irreguläre Krieg der Islamisten und die neue Weltunordnung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 27-44; Frank Decker (Fn. 2).

¹⁰⁴ Zu den Stärken, Schwächen und weiteren Funktionsvoraussetzungen stabiler Demokratien über den Problembereich innerstaatlicher Widersacher hinaus vgl. Manfred G. Schmidt, Vom Glanz und Elend der Demokratie nach 1989, in: Politik im 21. Jahrhundert (hrsg. von Claus Leggewie/Richard Münch), Frankfurt/Main 2001, S. 245-262. Zum Aspekt der „Globalisierung der streitbaren Demokratie“ vgl. Hans-Jürgen Papier/Wolfgang Durner, Streitbare Demokratie, in: Archiv des öffentlichen Rechts 128 (2003), S. 340-371, hier: S. 368-370.

¹⁰⁵ Manfred G. Schmidt, Zur Leistungsfähigkeit von Demokratien, in: Ines Katzenhusen/Wolfram Lamping (Hrsg.), Demokratien in Europa. Der Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen 2003, S. 269-283, hier: S. 277. Vergleiche in diesem Sinne auch Karl Dietrich Bracher, Die Demokratie im Zeitalter der totalitären Herausforderungen, in: Paul Kevenhörster/Dietrich Thränhardt (Fn. 46), S. 29-45 (insbes. S. 44 f.). Vgl. ferner zur Entwicklungsperspektive demokratischer Verfassungsstaaten Eckhard Jesse/Roland Sturm, Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, in: dies. (Fn. 2), S. 477-491.

Die Autoren

Arzheimer, Kai, Dr. phil.,

wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz (Bereich Innenpolitik; Lehrstuhl Prof. Dr. Jürgen Falter).

Barisic, Thomas

wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen (Professur für Öffentliches Recht, Rechtsvergleichung und Verwaltungswissenschaft).

Bergmann, Werner, Dr. phil.

Professor am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

Ceylanoglu, Sena, M. A.

Referentin im Bundesministerium des Innern, Berlin (Abteilung Innere Sicherheit).

Heckmann, Friedrich, Dr. rer. pol.

Professor für Soziologie an der Universität Bamberg, Leiter des „europäischen forums für migrationsstudien“ (efms), Institut an der Universität Bamberg.

Jesse, Eckhard, Dr. phil.

Dipl.-Politologe, Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz (Lehrstuhl Politische Systeme/Politische Institutionen).

Kloke, Martin, Dr. phil.

Gymnasiallehrer; arbeitet im Berliner Schulbuchverlag Cornelsen als Redakteur für Ethik und Religion.

Klump, Andreas, Dr. phil.

Dipl.-Politologe, Referent im Bundesministerium des Innern, Berlin (Abteilung Innere Sicherheit).

Leggewie, Claus, Dr. phil.

Professor für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Manjuk, Valerija A.

seit 1998 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Manolcheva, Stojanka

1996-2000 Studium der Soziologie und Politikwissenschaften an der Paissiy Hilendarski Universität in Plovdiv, Bulgarien; 2000 Bachelor in Soziologie; seit 2001 Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Müller, Herbert L., M. A.

Referatsleiter im Landesamt für Verfassungsschutz, Baden-Württemberg (Bereich „Ausländerextremismus“).

Pfahl-Traughber, Armin, Dr. phil.

Dipl.-Politologe, Dipl.-Soziologe, Dozent der Fachhochschule des Bundes in Brühl, Abteilung Öffentliche Sicherheit, und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Köln.

Reinhardt, Arnd, M. A.

Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden.

Stöss, Richard, Dr. phil.

Privatdozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie).

Vior, Eduardo-J., Dr. phil.

wissenschaftlicher Mitarbeiter für „Menschenrechte und Interkulturalität“ am UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechtserziehung der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Wetzel, Juliane, Dr. phil.

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.